AGOMWBW-Rundbrief Nr. 792

vom 17. Juni 2021

Ein gemeinsamer Rundbrief von AG Ostmitteleuropa (AGOM) e. V. Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Herausgegeben von Reinhard M. W. Hanke (V.i.S.d.P.)

Auflage: Verteiler von rund 1.800 Konten

www.ostmitteleuropa.de **www.westpreussen-berlin.de**

Anschrift der Redaktion: **agom-westpreussen.berlin@gmail.com**
Landsmannschaft Westpreußen e. V., Brandenburgische Straße 24 – Steglitz, 12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533 (Büro), Fax-Nr.: auf Anfrage
Postbank Berlin: IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF, LM Westpreußen

I n h a l t s v e r z e i c h n i s ***Seiten I - XIII***

Editorial *Seite 1*

Editorial: Ein AWR-792 mit vielen Seiten, nicht erschöpfend, aber mit erschöpften Lesern?
Von Reinhard M. W. Hanke

Themen global, die uns auch bewegen ***Seiten 2 – 20***

01) Der Weltverfolgungsindex 2021 – Wo Christen am stärksten verfolgt werden
02) Milliardenzahlung an Namibia beruht auf antideutscher Geschichtsfälschung. Von Peter Haisenko
03) Energiewende am Ende oder Hyperinflation? Von Redaktion
04) Microsoft speichert Daten in DANN
05) Die Flucht aus Afghanistan wird uns teuer zu stehen kommen. Von Fabio Bozzo

Sonderthema Corona-Pandemie ***Seiten 21 - 73***

01) Corona-Ausbrüche nach Impfung – jeder Zehnte nach „Impfdurchbruch“ tot. Von Redaktion
02) mRNA-Impfstoffe: „es kommt zu einer Umprogrammierung des Immunsystems!“
03) Fälle von Herzproblemen explodieren bei Covid-geimpften Teenagern
04) Neueste Infos zum Corona-Wahn – Aktualisierung täglich: Basketballprofi Zipser – Not-OP nach Impfung
05) Stoppen wir Covid-Hysterie: Von den USA bis Frankreich verschwindet die Epidemie Von Dr. Gérard Delépine
06) Impf-Propaganda mit David Hasselhoff: durch die Spritze zur Freiheit
07) Kinder gegen Covid zu impfen ist unverantwortlich und unethisch. Von Dr. Nicole Delépine

08) FauciLeaks: Wie Dr. Fauci den Ursprung von Corona vertuschen wollte
Von Richard Abelson
09) Die Nebenwirkungen der Anti-Covid-Pseudo-Impfstoffe: Über 12.000 (!) Tote in der EU
Von Dr. Nicole Delépine
10) Lauterbachs Lügen: „Viren-Experte“ im Faktencheck – gleich 10 Mal (!) überführt
11) Nur mehr irre: Jetzt marschiert Antifa für Pro-Impfung brav maskentragend auf (Video)
12) Schweizer wollen keine grünen Initiativen, sind aber für das Covid-Gesetz
13) 4. Covid-Welle in Tunesien: mehr als 20% sind infiziert

Themen in Europa *Seiten 74 - 199*

01) Mehrheit der Westeuropäer glaubt, dass „die EU nicht funktioniert“
02) Die EU-Außenpolitik ist ein lächerlicher Papiertiger!
欧盟的外交政策是一只荒谬的纸老虎！Von Mariann Őry
03) Marcin Romanowski: „Hassrede ist ein Vorwand, um politischen Druck auszuüben“
04) Barack Obama: Polen und Ungarn sind „autoritäre“ Regime
05) Der Blick der Linken in die Zukunft ist ein Blick nach hinten. Von Davorin Kopše
06) David Engels: Politische Korrektheit ist zur Leitideologie der Europäischen Union Geworden
07) Cancel Culture jetzt auch in Europa: Lissabon und Genua im Fadenkreuz.
Von Emanuele Mastrangelo
08) Die Cancel Culture wütet in Oxford. Von Zoltán Wittich
09) Dänemark stoppt die Immigranteninvasion
10) Bau der Baltic Pipe unterbrochen: ein harter Schlag für Polen?
11) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 7. bis 13. Juni 2021
12) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 31. Mai bis 6. Juni 2021
13) Wohin steuert Ostmitteleuropa? Von Andreas Unterberger
14) Tschechische Republik und Slowakei unterstützen Sloweniens Präsidentschaftspläne im Bereich Inneres
15) György Bakondi: Der Migrationsdruck steigt auf allen europäischen Routen
16) Klares Nein zu Binnen-I und Gender-Stern
17) CDU-Politiker fordert eine deutsche Version der österreichischen „Landkarte des politischen Islam“
18) Muslimischer Verband kündigt Klage an
19) Deutschland: Selbst die Regierungskoalition will nichts mehr von Verteilungsquoten für Migranten wissen
20) Kroatien braucht die Polen und die Polen brauchen Kroatien
21) Distanziert sich Tschechien von der Drei-Meeres-Initiative?
22) Mit oder ohne -ová: Nachnamen der Frauen in Tschechien
23) Ausländisches Kapital in Tschechien: wer hat den größten Anteil?
24) Wir wollen keinen ökofanatischen Piratenstaat“
25) Aufstrebender Star der tschechischen Politik und erster farbiger Abgeordneter tritt nach Vorwürfen eines sexuellen Übergriffs zurück
26) Tomislav Sunić: Kroatien und Osteuropa sind heute „europäischer“ als Westeuropa
27) Arnold Vaatz: „Orbán soll aus dem Amt entfernt werden“
28) Samisdat Nr. 9 – Gegen den unerhörten Ton der europäischen Linken
29) Ungarn: 100-jährige Bilanz der Linken. Von István Zoltán
30) Őrvidék, das heutige Burgenland. Von István Heinrich
31) Oberungarn: heimatlose Heimat. Von Péter Gágyor (Oberungarn, die heutige Slowakei)
32) Bedingte Freilassung der Szekler-Aktivisten István Beke und Zoltán Szőcs
33) Szeklerland: Angst vor Provokationen. Von István Pataky (Târgu Mureş, deutsch Neumarkt am Mieresch, ungarisch Marosvásárhely)

34) Álvaro Peñas: „In Jugoslawien bedeutete das Reden über Titos Verbrechen Gefängnis“
Von Javier Navascués
35) Auslöschung des Deutschtums in Jugoslawien 1945
36) Zeugenaussage über das Massaker in Kočevski Rog (Hornwald, Gottschee)
37) Sloweniens konservative Regierung weist Kritik des Europarats zurück.
Von Daniel Deme
38) Griechenland will mit „Schallkanonen“ Migranten an der Grenze zur Türkei
Abschrecken
39) Salvini + Berlusconi? Das Szenario einer „Lega Italia“ zeichnet sich ab
Von Alberto Basile
40) Portugal: Diogo Pacheco de Amorim, Chegas Ideologe. Von Álvaro Peñas

Politik in Deutschland und in nahen Staaten *Seiten 200 - 218*

01) Bundesrepublik Deutschland – heute
02) AUF1: in Österreich startet erster alternativer und unabhängiger Fernsehsender
03) Dr. Norbert van Handel: Sorgen um die Entwicklung der EU
04) M7 – ein Mitteleuropa der Sieben
05) Österreich: Ursula Stenzel zum Rücktritt von FPÖ Bundesparteiobmann Norbert Hofer
06) FPÖ – Kickl: SPÖ outet sich einmal mehr als Migrationspartei Österreichs

Diese Themen wurde auf unsere Leitseiten gesetzt:

A) Hat das Regionalmuseum in Krockow/Krokowa in der Nordkaschubei mit der Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseums eine Zukunft?
Von Dr. Jürgen Martens

B) Ist das Regionalmuseum in Krockow/Krokowa - Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseums – am Ende?
Von Dr. Jürgen Martens
<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Krockow_Regionalmuseum.pdf>

Pfarrer Steffen Reiche, Kirchengemeinde Bln.-Nikolassee, *Seiten 219*

Aufruf zur Unterstützung *Seiten 220– 222*

1) Finanzielle Unterstützung der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin
2) BdV: Ewige Flamme“ in Berlin-Charlottenburg braucht Ihre Unterstützung
3) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

„Zum Wohle des deutschen Volkes…“, Grundgesetz, Artikel 64 und 56 *Seite 223*
Du musst denken …. *Seite 224*

A. a) Leitgedanken *Seite 225*

„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“ *Arthur Schopenhauer*
Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von Morgen aussieht!
Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)
„Heimat gestalten und nicht nur verwalten!“ *LW Berlin*

A. b) Forderungen und Grundsätze *Seite 226*

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsaetze.pdf>

1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)

2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

A. c) Mitteilungen *Seiten 227- 253*

01) Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung eröffnet am Mittwoch, 23. Juni 2021
02) Gedenkstunde für die Opfer von Flucht und Vertreibung als Online-Veranstaltung. BMI überträgt am 20. Juni 2021 im livestream
03) Wien: Marsch für die Familie am 19. Juni 2021
04) Adolf Loos: Brünner und Pilsner G´schichten
05) Ausschreibung: Informationsreise für Medienvertreter nach Neusatz/Novi Sad
06) Buchmesse Saar, 18. bis 20. Juni 2021. Das Deutsche Kulturforum östliches Europa auf der virtuellen Buchmesse Saar 2021
07) Siebenbürgen heute – eine europäische Landschaft. Dokumentarfilmreihe mit Filmvorführungen & Gesprächen in den Kinostar Arthaus-Kinos Heilbronn. Start im Juni 2021
08) Landesgruppe Bayern lädt zur Teilnahme am Brünner Versöhnungsmarsch
09) 71. Sudetendeutscher Tag in München:
„Verantwortung für die Heimat – unser Weg in die Zukunft“

A. da) Berichte *Seiten 257 - 266*

01) Neues Heft Sudetenland
02) Beauftragter Fabritius empfängt den Präsidenten der JEV Andor Barabás ist neuer Präsident der Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV)
03) Traditionelle Wallfahrt der Minderheiten auf den oberschlesischen St. Annaberg
04) Dreifaltigkeitswallfahrt und Heimattreffen der Neubistritzer in Reingers

A. db) Berichte von Fachtagungen *Seiten 267 - 269*

01) Transformation von unten. Neue Perspektiven auf den Vereinigungsprozess

A. ea) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen *Seiten 270 - 277*

01) CDU-Brinkhaus: "Brauchen wir einen neuen Lastenausgleich?"

A. eb) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen *S. 278 - 342*

01) Leserbrief zu einer äußerst ernsten Angelegenheit: „Amerika“ – ein Name mit Vergangenheit
02) Rettet die Berliner Mohrenstraße. Kolumne von Götz Aly
03) Die Linke ist bei Straßenumbenennungen wieder aktiv: sie fordert, die Roonstraße in Lichterfelde West umzubenennen
04) Straßenumbenennungen ohne Ende? Hermann von Wissmann
05) Demokratischer Diskurs ausgeschlossen: SPD-Politiker haben nichts dazu gelernt. Noch einmal: Maerckerweg
06) Vorletzter Reichskanzler: Pflege für Kurt von Schleichers Grab soll nicht mehr vom Land bezahlt werden
07) … und auch in anderen Bezirken Straßenumbenennungen, beispielsweise in Tempelhof-Schöneberg
08) Götz von Aly zu Rotrotgrünem Brutalismus in Berlin. Kommentar von Götz Aly im Wortlaut
09) Anwohner lehnen Inge-Meysel-Straße ab. Von Hildburg Bruns

Dieses Thema finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

Von der Geschichtsklitterung zur Geschichtsfälschung:
Straßenumbenennungen für eine andere Republik, für eine andere Gesellschaft – für ein anderes Volk?
Das Beispiel Steglitz-Zehlendorf in Berlin: Paul von Hindenburg, Max von Gallwitz, Georg Maercker

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Geschichtslandschaft_Strassen_Gedenktafeln_%20Ehrengraeber.pdf

A. f) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe *Seiten 343 - 356*

01) Soldatendenkmal des Kyffhäuserbundes auf dem Friedhof der Kirchengemeinde Alt-Schöneberg in Berlin
02) Friederike Mayröcker - zum Tod einer ganz Großen
03) 101 Jahre Trianon – Das zerbrochene Schweigen

A. g) Fördermöglichkeiten *Seite 357*

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

01) Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen
02) Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
03) Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

<*http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf*>

A. h) Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde *Seiten 358 - 426*

01) Jenő Szűcs: Drei Europas. Von Yann Caspar
02) Vor den Vorhang. Ein besonderes Beispiel von Vergangenheitsbewältigung in Südmähren
03) Nationalbesitzstand und „Wiedergutmachung“. Zur historischen Semantik sudetendeutscher Kampfbegriffe. Eine Dissertation von Iris Nachum zum Thema
04)14 Tage im Elbsandsteingebirge: ein Erlebnisurlaub zur Verständigung
05) Moser-Kristall: Luxusgläser für die oberen Zehntausend
06) Die Personennamen Tirols in Beziehung auf deutsche Sage und Literaturgeschichte Von Prof. Ignaz v. Zingerle. Das Vorwort, sowie die Zwischenkommentare stammen von Georg Dattenböck, Schriftleiter des „Südtirol-Informationsdienstes“ (SID)
07) 60 Jahre „Feuernacht“: Auspizien des Südtiroler Freiheitskampfs. Von Reinhard Olt
08) 60 Jahre Feuernacht – DANKE!
09) 60. Jahrestag Feuernacht- Plakataktion SHB- SSB – WSB
10) Die Feuernacht. Interview mit Hubert Speckner (Militärhistoriker im österreichischen Bundesheer/Kurator der BAS-Ausstellung „Opfer für die Freiheit“) von Mag.phil. Andreas Raffeiner, in: Tiroler Schützenzeitung
11) „Ostiiarei“ – ein venetisches Sprachrelikt? Von Jože Rant
12) Katalin Novák: Christentum ist keine Option, sondern eine Bestimmung
13) Die besten Weine des Plattensees prämiert
14) Transkarpatien (Karpato-Ukraine): zuhause in der Minderheit. Gastbeitrag von einen ungarischen Studenten in der (heutigen) Ukraine
15) Délvidék/Vojvodina: Ungarns verlorener Süden. Von Zsuzsa Thyssen Cirkl
16) Neusiedler Sees (Fertő): Die Entwicklung des ungarischen Uferprojekts schreitet gut Voran. Von Attila Borsodi
17) Die Zipser Burg – eine der größten Burgen in der Slowakei
18) Mit offenen Augen in Siebenbürgen.
Von Róbert Laczkó-Vass (Kolozsvár/Klausenburg/Cluj-Napoca, Siebenbürgen)

A. i) Plattform des Arbeitskreises für ostdeutsche Landsmannschaften u.ä. (Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa) ***Seiten 427 - 429***

01) Zentrale Festveranstaltung zum Tag der Heimat 2021
02) Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V. Berlin-Brandenburg vervollständigt Vorstand durch Briefwahl

A. i) Plattform des Arbeitskreises für landsmannschaftliche ostdeutsche Heimatkreise (Historisches Ostdeutschland und östl. Mitteleuropa ***Seite 430 - 440***

01) Heimatkreis Wirsitz: Einladung zur 30. Weißenhöher Himmelfahrt, 24. bis 31. Juli 2021
02) Sommertage an Netze und Brahe mit einem „Kleinen Treffen“, 14. bis 21.08.2021
03) Heimatkreis Schneidemühl: Patenschaftstreffen in Cuxhaven abgesagt, neuer Heimatbrief

B. a) Vortragsveranstaltungen ***Seiten 441 – 460***

01) 22.06.2021 online, Leipziger Geograph. Kolloquium: Beschleunigte Suburbanisierung aufgrund der Pandemie – Räumliche Bevölkerungsentwicklung und ihre Folgen. Online-Vortrag von Prof. Dr. Norbert Schneider, Wiesbaden
02) 16.06.2021 online, Kulturstiftung der Deutschen Vertriebenen: Buchvorstellung "Vertriebene in SBZ und DDR" zur internationalen Fachtagung (08./09.07.21), *s.a. B.b)*
03) 08. bis 09.07.2021, Kulturstiftung der Deutschen Vertriebenen: Volksabstimmungen über die territoriale Zugehörigkeit unter besonderer Berücksichtigung der Volksabstimmungen nach dem Ersten Weltkrieg vor 100 Jahren. Internationale Fachtagung im Livestream auf Youtube, *s. a. B.b)*
04) Neue Podcast-Episode online: "Melde gehorsamst, ich bin so bloed." – 100 Jahre Schwejk. Eine tschechisch-deutsche Beziehungsgeschichte
05) 30.06.2021, Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal und Gedenkstätte Steinwache Dortmund: Deutsche Herrschaft der besetzten Sowjetunion. Von Hunger, Zwangsarbeit und Alltagsgewalt in den Jahren des Zweiten Weltkriegs
06) 23.09.2021, Klaus-Zernack-Colloquium 2021 online: Völlig vergessen – die oberschlesische Kämpferin Agnes Wabnitz, Vortrag von Roswitha Schieb, Borgsdorf b. Berlin; Stets gegenwärtig – die jüdische Intellektuelle Rosa Luxemburg. Vortrag von Holger Politt, Rosa-Luxemburg-Stiftung
07) 24.06.2021, DtKultForum im Bundesplatz-Kino: Neues Leben in alten Mauern. Ein Dokumentarfilm von Florin Besoiu. Filmvorführung & Gespräch
08) 27.06.2021, Literaturhaus Berlin:»Vicky Baum, Gabriele Tergit, Irmgard Keun«. Literarische Führung. Mit Sebastian Januszewski
09) 03.07.2021, Literaturforum im Brecht-Haus: Otto - Lesung von Dana von Suffrin im Rahmen unseres Jahresthemas 2021: »Literarische Landschaften im östlichen Europa« und im Rahmen der Lesereihe »Unerhörte Familiengeschichten aus dem östlichen Europa«

10) 10.07.2021, Literaturforum im Brecht-Haus: Letzte Fahrt nach Königsberg. Lesung von Ulrich Trebbin im Rahmen unseres Jahresthemas 2021: »Literarische Landschaften im östlichen Europa« und im Rahmen der Lesereihe »Unerhörte Familiengeschichten aus dem östlichen Europa«
11) 22.06.2021, Topographie des Terrors: Kampf um die Brester Festung 1941. Ereignis – Narrativ – Erinnerungsort.

B. b) Vorlesungsreihen Podiumsdiskussionen, Seminare u.ä.
Seiten 461 – 500

01) 15.07.2021, Verband der Historiker … Deutschlands e.V. (VHD), digital: Die Klagen der Hohenzollern - Eine Dokumentation - Website-Launch und Podiumsdiskussion
02) 16.06.2021 online, Kulturstiftung der Deutschen Vertriebenen: Buchvorstellung "Vertriebene in SBZ und DDR" zur internationalen Fachtagung (08./09.07.21)
03) 08. bis 09.07.2021, Kulturstiftung der Deutschen Vertriebenen: Volksabstimmungen über die territoriale Zugehörigkeit unter besonderer Berücksichtigung der Volksabstimmungen nach dem Ersten Weltkrieg vor 100 Jahren.
Internationale Fachtagung im Livestream auf Youtube
04) 17.06.2021, Oberseminar der Historischen Geographie Bamberg: Moderne auf dem Land? Städtebau und Raumplanung im Kontext der industrialisierten DDR-Landwirtschaft. Vortrag von Fridtjof Florian Dossin, Otto-Friedrich-Universität Bamberg
05) 24.06.2021, Oberseminar der Historischen Geographie Bamberg: Entwicklung und Einfluss von historischen Wander- und Pilgerwegen auf die touristische Wege-Erschließung. Vortrag von Andreas Fenz, Otto-Friedrich-Universität Bamberg
06) 01.07.2021, Oberseminar der Historischen Geographie Bamberg: Kaffee-Schmuggel in der Eifel: Lukratives Geschäft in den Nachkriegsjahren. Eine historisch-geographische Betrachtung. Vortrag von Robin Radl, Otto-Friedrich-Universität Bamberg
07) Von der Versöhnung zur Alltäglichkeit? 30 Jahre deutsch-polnische Nachbarschaft. Internationale Wissenschaftliche Konferenz im Hybridformat vom 17. bis 19. Juni 2021 in Warschau und vom 24. bis zum 25. Juni in Oppeln mitsamt Online-Übertragung Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Deutsches Polen-Institut Darmstadt, Łazarski-Hochschule Warschau
08) Polen und seine Sprache(n). Gefördert durch DAAD, Online. Veranstalter Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien, 03.06.2021 - 08.07.2021, von Johann Wiede, Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien, Universität Jena
09) Südosteuropa ist tot? Lang lebe Südosteuropa! Positionierungen in einem interdisziplinären Forschungsfeld.
X. Dr. Fritz-Exner-Kolloquium zur Südosteuropaforschung
10) Ländliche Gesellschaft und digitale Geschichtswissenschaften.
Sommertagung der Gesellschaft für Agrargeschichte
11) 01.07.2021, Wissenschaftsforum, Herder-Institut für historische Ostmitteleuropa-Forschung: The Ukrainian Revolution and the Germans 1917–1918, Marian Luschnat-Ziegler: The Ukrainian Revolution and the Germans 1917–1918
Marburg (digital)

12) 05. bis 06.07.2021, Carlebach-Arbeitskreis an der Universität Hamburg, Institut für die Geschichte der deutschen Juden Hamburg, Joseph-Carlebach-Institut an der Bar Ilan Universität, Ramat Gan: Deutschland in Israel – Israel in Deutschland: 1948 bis zur Gegenwart. 12. Internationale Joseph Carlebach Konferenz

13) 25. bis 28.08.2021, Deutsches Polen-Institut gefördert durch Sanddorf-Stiftung Regensburg: Interdisziplinäre Sommerakademie des Deutschen Polen-Instituts 2021

14) **13. bis 15.10.2021,** Zentrum Mittleres und Östliches Europa (TU Dresden); Museum für Kohlebergbau in Zabrze / Hindenburg OS: Industrialisierung in Oberschlesien im ‚Zeitalter der Extreme'. Eine Kulturgeschichte der Wirtschaft am Beispiel des Ballestrem-Konzerns ca. 1890-1950
Veranstaltungsort: Digital; Zabrze/Hindenburg OS; Dresden. Gefördert durch Bundesbeauftragten für Kultur und Medien

15) Der große Aufbruch 1968 – ein Mythos von gestern. Tagung der BAG für Ostdeutsches Kulturerbe im Unterricht e. V.
In Soest, November 2021.

16) 11. bis 14.11.2021, Collegium Carolinum in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Geschichte Ost- und Südosteuropas der Ludwig-Maximilians-Universität München: Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen in der Entwicklung Ostmitteleuropas seit 1989 83730 Fischbachau

17) 18 .bis 21. Nov. 2021, Herrnhut, University of Gothenburg, Johannes Gutenberg Universität Mainz, Herrnhuter Brüdergemeine (Prof. Dr. Christer Ahlberger, Prof. Dr. Wolfgang Breul, Dr. Peter Vogt, Ausrichter Prof. Dr. Christer Ahlberger, Prof. Dr. Wolfgang Breul, Dr. Peter Vogt: Die Herrnhuter Brüdergemeine als Impulsgeber für religiöse und kulturelle Innovation im 18. Jahrhundert

18) 26.11.2021, Geschichte und Zukunft e.V. und Konrad-Adenauer-Stiftung Veranstaltungsort Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35: Wie bekommt man das Völkische aus den Köpfen? Reeducation und Reorientation im besetzten Deutschland 1945 bis 1955. Der Stellenwert völkischer Ideologien für Alliierte, deutsche Länder und die Bundesregierung

19) 02.12.2021 - 03.12.2021, Institut für Landesgeschichte, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt, Veranstaltungsort Landesmuseum für Vorgeschichte 06114 Halle (Saale): Nachgeholte Historisierung? Der Braunkohlenbergbau als Herausforderung für Geschichtswissenschaft und -vermittlung

20) 13. bis 14.01.2022, Wissenschaftliche Tagung der AG Landesgeschichte des Verbands der Historiker Deutschlands: Zeit in der Landesgeschichte

21) 11.05.2022 - 13.05.2022, Veranstalter Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf: "Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken

22) 21.09.2022 - 24.09.2022, Veranstalter Verband der deutschen Slavistik (Ruhr-Universität Bochum): Slavistiktag 2022

C. a) Ausstellungen usw. in Berlin und Umland *Seiten 501 - 519*

01) Leonardos intellektueller Kosmos:
Eine Ausstellung der Staatsbibliothek Berlin PK in Kooperation mit dem Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Berlin und dem Museo Galileo, Florenz
Berlin, 11. Mai – 26. Juni 2021

02) 20.04. bis 20.06.2021, Kommunale Galerie Berlin-Wilmersdorf: Time Out | Leere Läden in Berlin : revisited

03) Programme der Museen von Tempelhof-Schöneberg

04) Enthüllte Schätze. 101 Jahre Schöneberger Kunstdepot.
Kunstausstellung, 24.04. bis 06.08.2021

05) „Kommt Schwimmen“. Das Seebad Mariendorf 1876 – 1950
Tempelhof-Museum, 07.05. bis 10.10.2021
06) Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht
28.04. bis 17.10.2021, Topographie des Terrors
07) Brandenburg-Preußen Museum: „Vom Eise befreit sind Strom und Bäche…“
Brandenburg-Preußen Museum Wustrau: Ausstellung „[K]Ein Kinderspiel: Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung vom 21.03. bis 05.12.2021

C. b) Ausstellungen usw. außerhalb des Raumes von Berlin

Seiten 520 - 528

01) 22. April bis 20. Juni 2021, Westpreußischen Landesmuseum: Augenblicke«. Gemälde und Zeichnungen von Rolf Löhrmann
02) Wolfskinder. Ausstellung zum Thema »Verlassen zwischen Ostpreußen und Litauen«. Haus der Heimat, Stuttgart
03) Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold
04) Einblicke ins Depot des Sudetendeutschen Museums
05) 29. 06. bis 07.08.2021, Evang. Reglerkirche Erfurt: Zwei Häuser eines Herrn Kirchen und Synagogen in der Slowakei. Fotoausstellung von Monika und Ľubo Stacho

E. a) Neuerscheinungen auf dem Bücher- und Zeitschriftenmarkt

Seiten 529 – 531

A. Besprechungen (*Seite 529)*

Wir lesen

B. Besprechungen in Arbeit *(Seite 529)*

01) Alexander-Kenneth Nagel: Corona und andere Weltuntergänge. Apokalyptische Krisenhermeneutik in der modernen Gesellschaft.
(Bielefeld) [transcript] (2021). 209 Seiten.
= Kulturen der Gesellschaft.48.
Print-ISBN 978-3-8376-5595-7. € 30,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5595-1.
Rezensent: Dr. Gerd Klöwer, Berlin

02) Svenja Kück: Heimat und Migration. Ein transdisziplinärer Ansatz anhand biographischer Interviews mit geflüchteten Menschen in Deutschland.
(3 Abb., 2 Tab.). (Bielefeld) transcript (2021). 293 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5511-7 (Print), 978-3-8394-5511-1 (pdf). € 48,00.
Rezensentin: Frau Dr. Maria Werthan, Langerwehe

03) Breslau – Freizeit und Konsum. (zahlreiche historische und aktuelle Abb. im Text, Abb. auf den Klapp-Umschlagseiten). Hg. von Heinke Kalinke, Tobias Weger, Łukasz Bieniasz
(Berlin/Boston) de Gruyter (2021). 313 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 81.
ISBN 978-3-11-070298-9. € 49,95.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

04) Arne Frank unter Mitarbeit von Katrin Schulz: Das schlesische Elysium. Burgen, Schlösser, Herrenhäuser und Parks im Hirschberger Tal. (mit zahlreichen mehrfarbigen und SW-Abbildungen im Text, 2 mehrfarbigen Karten auf den Innenseiten).
Fünfte, überarbeitetete und erweiterte Auflage.
(Potsdam) Deutsches Kulturforum östliches Europa (2021). 307 Seiten.
ISBN 978-3-9361168-90-7. € 19,80.
Rezensent: Peter Börner, Siegburg

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen *(Seiten 529 – 531)*

01) Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?

02) Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text).
(Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.

03) Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975).
(Düsseldorf) Droste Verlag 2020. 671 Seiten.
= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 182. ISBN 978-3-7700-5349-0. € 68,00.

04) Handbuch Landesgeschichte. (43 Abb., darunter einige mehrfarbige Abb.). Hrsg. von Werner Freitag, Michael Kißener, Christine Reinle und Sabine Ullmann.
(Berlin) De Gruyter Oldenbourg. (2018). XII, 706 Seiten. = de Gruyter Reference.
Gebunden ISBN 978-3-11-035411-9. € 99,95.

05) Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung.
(zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.

06) Das Museum der Zukunft. 43 neue Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums. Hrsg. von schnittpunkt und Joachim Baur. (mit mehrfarb. und SW-Abb.). (Bielefeld) transcript (2020). 313 Seiten. ISBN 978-3-8376-5270-3. € 29,00.

07) Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen). (Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten. Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00. PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.

08) Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makała. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020). 400 Seiten. = Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.

09) Christofer Herrmann / Kazimierz Pospieszny / Ernst Gierlich (Hrsg.): Spiegel der Fürstenmacht. Residenzbauten in Ostmitteleuropa im Spätmittelalter – Typen, Strukturen, Ausschmückung. (zahlreiche Farbfotos, zahlreiche mehrfarbige und einfarbige Abb.). (Bonn) Kulturstiftung der Vertriebenen (1921). 289 Seiten. ISBN 978-3-88557-243.5. € 24,90.

10) Hans-Jürgen Kämpfert: Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel. Einrichtungen und Persönlichkeiten. (zahlreiche Abb., Stadtplan Danzigs von 1822 auf den Umschlaginnenseiten vorn, Landkarte Westpreußen auf den Umschlaginnenseiten hinten). Münster / Westfalen: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2020. XI, 396 Seiten. = Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 42. ISBN 978-3-924238-58-2. € 40,00.

11) Christhardt Henschel (Hg.): Ostpreußens Kriegsbeute. Der Regierungsbezirk Zichenau 1939 – 1945. (19 SW-Abbildungen im Text). (Osnabrück) fibre (2021). 416 Seiten. = Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau.42. ISBN 978-3-944870-75-5. € 58,00.

12) Arno Mentzel-Reuters und Stefan Samerski (Hg.). Castrum sanctae Mariae: Die Marienburg als Burg, Residenz und Museum. (mit 102 Abb.). Göttingen: V & R Unipress 2019. 505 Seiten. = Vestigia Prussica. Forschungen zur Ost- und Westpreußischen Landesgeschichte. Band 1. ISBN 978-3-8471-0883-2. € 59.99.

13) Peter Bahl: Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945. (Berlin) Berliner Wissenschaftsverlag (2020). XVII, 1.718 Seiten. = Bibliothek der brandenburgischen und preußischen Geschichte. Im Auftrag des Brandenburgischen Hauptarchivs und der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Mario Glauert und Michael Wildt. Band 17. ISBN Print 978-3-8305-5016-7. € 125,00. ISBN E-Book 978-3-8305-4186-8. Freier Zugang. € 0,00.

14) Naturpark Barnim von Berlin bis zur Schorfheide. Eine landeskundliche Bestandsaufnahme. Hg. von Peter Gärtner, Lisa Merkel, Haik Thomas Porada (mit 181 zumeist mehr-farbigen Abb. im Text; 1 Übersichtskarte-Suchpunkte und 1 Tafel mit 4 mehrfarbigen Abb. in Tasche).
Wien, Köln, Weimar. Böhlau Verlag (2020). 496 Seiten.
= Landschaften in Deutschland. Band 80 (herausgegeben im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde und der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig). ISBN 978-3-412-51378-8. € 30,00.

15) Reinhard Olt: Im Karpatenbogen. Ungarn und die Diaspora der Magyaren – Reportagen und Analysen. (mit mehrfarbigen Fotos). Budapest: Freunde von Ungarn Stiftung 2020. 232 Seiten. ISBN 978-615-81674-0-6. € 179,10.

Briefe und Leserbriefe — *Seiten 532 - 534*

01) Einbahnstraße Borstellstraße
Brief an das Straßenverkehrsamt von Berlin Steglitz-Zehlendorf

Impressum *Seite 535*
Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz *Seite 535*
Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“ *Seite 536*
2 Karten zur Geschichte Westpreußens *Seite 537*
Westpreußen in Physisch-geographischen Karten *Seite 538*
Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920 *Seite 539*

Redaktionsschluss für AWR-Nr. 792:
16.06.2021, 12:00 Uhr

Der Rundbrief Nr. 793 erscheint voraussichtlich am 01.07.2021
(Redaktionsschluss: 30.06.2021, 12:00 Uhr)

Editorial: Ein AWR-792 mit vielen Seiten, nicht erschöpfend, aber mit erschöpften Lesern?

Liebe Leser,
um es vorweg zu nehmen: Wir legen wieder einen sehr umfangreichen und inhaltreichen AGOMWBW-Rundbrief vor. Wir sehen die Probleme, die da kommen, wenn wir wieder verstärkt Präsenzveranstaltungen ankündigen wollen. Trotz des gewachsenen Umfangs werden unsere Leser das Thema „Krieg gegen die Sowjetunion“ vermissen. Einerseits hat es sowohl im Deutschen Bundestag einfühlsame, mehr oder weniger objektive Reden zum Datum des Einmarsches der Deutschen Wehrmacht und ihrer Verbündeten gegeben, auch der Bundespräsident hat sich am heutigen Freitag, dem 18. Juni 2021 in einer Rede zur Eröffnung einer Ausstellung im Deutsch-Russischen Museum in Berlin-Karlshorst mit dem Thema beschäftigt, andererseits würde es den Rahmen unseres AWR sprengen, wenn wir uns des Themas hier annehmen würden: allein die in all den Reden weggelassenen Tatsachen würden viel Raum annehmen. Wir können den Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden der Alternative für Deutschland (AfD) im Deutschen Bundestag, dass die deutschen Eliten der Wehrmacht usw. versagt hätten, ebenso zustimmen, wie den Ausführungen eines FDP-Abgeordneten, der auf die Besetzung der Baltischen Staaten und den Winterkrieg gegen Finnland durch die damalige Sowjetunion hinwies. Damit wären die zu nennenden Fakten aber noch nicht erschöpft. Das Versagen der deutschen Eliten in den 1930er/1940er Jahren hat den Feinden Deutschlands die Möglichkeit gegeben, Deutschland mit nationalsozialistischen Methoden dauerhaft zu schaden. Es ist daher logisch, dass der Allgemeinheit keine Landkarte für diese Folgen gezeigt wird, von den Inhalten ganz zu schweigen. Immerhin: Rechtzeitig vor den Wahlen zum Deutschen Bundestag am 26. September 2021 wird nun das Dokumentationszentrum der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung und Versöhnung im Deutschlandhaus eröffnet. Dazu finden Sie auch die Pressemitteilungen der Stiftung in diesem AWR. Und nicht zuletzt wäre auf den 17. Juni 1953 hinzuweisen gewesen. Und, und, und…

Über das „Versagen unserer Eliten“ in der Deutschen Geschichte wäre ein eigenes Kapitel aufzuschlagen. In der Gegenwart gibt es jedoch davon genug zu berichten, nur sind wir in einer Situation, in der die breite Masse der Bevölkerung sich als Einzelperson, in ihren gesellschaftlichen Organisationen, Parteien usw. zu vielen Fehlentwicklungen zu Wort melden könnte. Die Wahrheit ist jedoch, dass unser demokratisches staatliches System von allzu vielen Personen bestimmt wird, die die Demokratie für Ihre eigensüchtigen und ideologischen Langzeitziele missbrauchen und sich die „Masse“ dagegen nicht erhebt. Wir haben in den letzten Monaten viele Beispiele dazu gebracht. Der Hinweis auf kommende Wahlen ist aber nur eine gewisse Ausflucht, denn die Enttäuschung ist groß, dass kritische Stimmen sich kaum erheben und Spalter unserer Gesellschaft sich weiter ausbreiten können. Und auch die Parteienlandschaft kann die Kritik nicht mehr in der gewohnten Weise aufnehmen, weil sie einseitiger geworden ist und sich allzu sehr von Machtkalkül leiten lässt – auch hier fehlen zunehmend die kritischen Stimmen in der Diskussion. Und wer sich nicht einreiht in den sogeannten „Mainstream“ riskiert auch dort, wo demokratischer Diskurs angesagt sein sollte, Ausgrenzung und Ausschuss. Damit ist man noch nicht „mundtot“. Und die „Meinungsfreiheit“ ist sicher: aber wie in der Familie und auch bei guten Freunden gilt: sag nicht alles, die Folgen musst du auf jeden Fall tragen. Die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot sagte in einem Interview: Wichtig ist, was ein Mund sagt, nich welcher Mund etwas sagt, denn die Gewichtung auf Letzteres führt zur Ausgrenzung!
Bleiben Sie gesund, seien Sie kritisch! Es grüßt herzlich Ihr Reinhard M. W. Hanke

Themen global, die uns auch bewegen ***Seiten 2 - 20***

01) Der Weltverfolgungsindex 2021 – Wo Christen am stärksten verfolgt werden



02) Milliardenzahlung an Namibia beruht auf antideutscher Geschichtsfälschung

Von Peter Haisenko

06. 06. 2021



Bild: wikimedia commons

Bundespräsident Steinmeier hat sich noch nie hervorgetan durch solides Geschichtswissen. Dass er sich mit Milliarden im Gepäck in Namibia für etwas entschuldigen will, reiht sich da ein. Die Kolonialgeschichte des Deutschen Reichs brachte den deutschen Schutzgebieten erheblichen Mehrwert.

Vor etwa einem Jahr kam die klare Ansage eines US-Historikers in Kalifornien, dass sich Deutschland für nichts zu entschuldigen hat, was während der kurzen Kolonialgeschichte geschehen ist. Er hat mit seinen Forschungen belegt, dass die Deutschen allen ihren Kolonien einen erheblichen Mehrwert hinterlassen haben. Da ist er nicht der einzige, denn wenn man sich ideologiefrei, also ohne Deutschland mit aller Gewalt beschuldigen zu wollen, mit der deutschen Kolonialgeschichte befasst, kann man zu keinem anderen Urteil kommen. Sie war sowieso nur sehr kurz, nämlich von 1884 bis 1919.

Der deutsche Kaiser und Bismarck waren sehr zögerlich, eher widerwillig, wenn es darum ging, eigene Kolonien zu erwerben. Es waren Kaufleute, die in Eigeninitiative Handelsposten errichteten, die dann wiederum gegen andere, fremde Mächte geschützt werden mussten. Deswegen hießen die deutschen Kolonien auch „Schutzgebiete“. So muss die erste Feststellung sein: Im Gegensatz zu den anderen europäischen Kolonialmächten England, Frankreich, Niederlande, Belgien, Portugal, hat das Deutsche Reich seine Kolonien nicht mit militärischer Gewalt erobert. Man hat das nehmen dürfen, was übrig geblieben ist, weil es für die anderen nicht interessant genug war. Wie positiv das Deutsche

Reich gewirkt hat, mag man heute daran ermessen, dass es die ehemaligen deutschen Kolonien sind, die einigermaßen unauffällig durch die letzten hundert Jahre gekommen sind.

In den ehemaligen Kolonien sind Deutsche bis heute gern gesehen

Die deutschen Schutzgebiete waren nie integraler Bestandteil des Deutschen Reichs. Dennoch hat man sich darum gekümmert, den Eingeborenen auf ihrem Weg in die Moderne zu helfen. Die Schulpflicht wurde eingeführt und das hat teilweise bis heute Bestand, zum Beispiel in Kamerun. Ähnliches fand in Kolonien anderer Länder, vor allem der Engländer, nicht statt. Wie auch, denn auf der Insel gibt es bis heute keine Schulpflicht, die mit der deutschen vergleichbar wäre. Um es kurz zusammenzufassen: Die Deutschen haben sich in ihren Kolonien so positiv benommen, dass die Eingeborenen während des Ersten Weltkriegs auf Seiten der Deutschen gegen die Briten kämpften, ohne dazu gezwungen zu sein. Die wussten schon, was sie – im Gegensatz zu den Briten – an den Deutschen hatten. Wer noch heute in ehemalige deutsche Kolonien kommt, wird dort mit Respekt willkommen geheißen. Vergessen wir nicht: Die Deutschen haben niemals Sklaven gehalten und waren auch nicht am Sklavenhandel beteiligt.

Wie groß der Hass zum Beispiel auf die französischen Kolonialherren auch heute noch ist, habe ich in Afrika in Niamey, der Hauptstadt der ehemaligen französischen Kolonie Niger, erlebt. Ich war einigermaßen peinlich berührt, als mir ein einheimischer Schwarzer sagte: „Hitler war gut! Er hat es den Franzosen endlich mal richtig gegeben!“ Redet irgendjemand über Entschädigungen von Seiten Frankreichs?

Zu den Hereros in Südwest. Das war ein kriegerischer Stamm, der seit einiger Zeit von Norden marodierend in Südwest eingefallen ist und andere Ureinwohner überfallen und vertrieben hat. Geht man verfügbare Quellen durch, dürften sich in Südwest nicht mehr als etwa 50.000 Hereros aufgehalten haben – und das ist eine hohe Schätzung. Sie waren und sind auch heute noch nur ein geringer Anteil an der Gesamtbevölkerung. Für den Aufstand gebe ich hier die absolute Kurzform: Britische Kaufleute haben den Hereros etwa 20.000 bis 30.000 moderne Gewehre verkauft und sie dann gegen die Deutschen aufgehetzt. Es gab verlustreiche Kämpfe mit der Schutztruppe. Die Verluste waren auf beiden Seiten groß. Irgendwann entschieden die Hereros, sich mit Mann und Maus abzusetzen. Dummerweise durch ein Trockengebiet und dabei sind wahrscheinlich etwa 5.000 umgekommen. Maximal. Mehr geben die Archive nicht her. Ich empfehle hierzu die Lektüre einer ausführlichen Darstellung hier:
deutsche-schutzgebiete.de/wordpress/hereroaufstand/?fbclid=IwAR1C7wf9A5Mr3eQHc0OZsVbb6XszJWjwCzMmsgIzd4Q7tvdyP7uuxw8LP1U

Die Belgier haben im Kongo 10 Millionen Eingeborene ermordet

In dieser Darstellung wird auch das Wirken der Briten „gewürdigt“, die nebenan im Süden im Burenkrieg mal eben 30.000 Farmen niedergebrannt und für die Überlebenden die ersten Konzentrationslager errichtet haben. Churchill war da in Führungsposition dabei. Es waren eben auch die Briten, die den Hereros erst die Waffen gegeben und dann Aufstände geschürt haben. Wie auch im Osmanischen Reich mit „Lawrence von Arabien“. Damit bin ich bei einem heiklen Punkt. Wenn sich die Deutschen, ihr verehrter Präsident, so für die Aufarbeitung von Kolonialverbrechen einsetzen, solche notfalls erfinden, wenn es um Deutschland geht, warum setzen sie sich nicht auch dafür ein, ebensolche anderer Länder aufzuarbeiten? Derer gibt es nämlich reichlich und in Dimensionen, die 30.000 Hereros nur noch nebensächlich erscheinen lassen. Gut, man sollte nicht Verbrechen gegeneinander aufrechnen – sagen vor allem immer diejenigen, die selbst die größten Verbrecher sind.

Also ohne aufrechnen zu wollen, erinnere ich einfach mal daran. An Belgien zum Beispiel. Der belgische König Leopold II hat zeitgleich zum Herero-Aufstand in seiner Kolonie Kongo 10 Millionen Eingeborene grausamst ermorden lassen. Nochmals in Worten: zehn Millionen. Das war etwa die Hälfte der gesamten Bevölkerung. Die hat er aber nicht ermorden lassen, weil sie mit britischen Gewehren seine Truppen angegriffen oder belgische Frauen und Kinder massakriert hatten. Er hat aus „disziplinarischen Gründen" gefoltert, verstümmelt und umgebracht, weil sie sich weigerten, Sklavenarbeit für ihn zu verrichten. Rufen Sie im Internet auf „Leopold II Völkermord" für mehr Details oder gleich hier: de.wikipedia.org/wiki/Leopold_II._(Belgien)

Betrachtet man nun den Unterschied zwischen 30.000 und zehn Millionen – ohne zu werten – dann drängt sich geradezu eine Rechnung auf, die allerdings ins Absurde driftet. Wenn für 30.000 Hereros in Südwest 1,1 Milliarden € „Entschädigung" bezahlt werden sollen, wie viel wäre dann für 10 Millionen Kongolesen angemessen? Da kommt eine Summe zustande, die Belgien, respektive das immer noch amtierende belgische Königshaus, komplett überfordern, ja in den Ruin treiben würde. Nämlich 333 Milliarden €. Setzt man zusätzlich noch die realistischere Anzahl von 5.000 Hereros gegen die 10 Millionen, wären schon 2.000 Milliarden € fällig. Wird hier nicht sichtbar, warum niemand über Entschädigungen seitens Belgiens an den Kongo auch nur redet? 1,1 Milliarden sind für das wirtschaftlich starke Deutschland ohne weiteres leistbar, doch sie erfüllen einmal mehr den Zweck, die ewige „deutsche Schuld" von neuem zu bekräftigen.

Nur von Deutschland werden Entschädigungen gefordert

In diesem Sinn können mit England und den USA ähnliche Rechnungen aufgemacht werden. Würden die angehalten, „Entschädigung" zu leisten für alle ihre Kriegsverbrechen, Sklavenhandel und Sklavenhaltung, systematische Ausrottung von Ureinwohnern – die Liste wäre endlos – könnten sie es gar nicht. Die US Bomben liegen immer noch in der Erde von Laos und Kambodscha und töten dort täglich Menschen. Wie wäre es denn, wenn China Entschädigung für die Opiumkriege der Briten verlangte? Zu Recht! Aber halt! Hier stellt sich eine entscheidende Frage! Wie weit darf, soll, muss man in der Geschichte zurückgehen, wenn Entschädigungen überhaupt noch moralisch zwingend oder sinnvoll sein können? Bis zu den spanischen Konquistadoren oder Kolumbus? Der Punkt, auf den ich hier abziele ist, dass immer nur Deutschland im Fadenkreuz steht, wenn das Wort „Entschädigung" fällt und da ist es nebensächlich, wie lange das her sein könnte. Dabei meine ich nicht die endlose Rückgabe jüdischen Eigentums oder Renten für deren Nachkommen.

All mein Schreiben und Streben ist bestimmt von meinem stark ausgeprägten Gerechtigkeitssinn. Es darf nicht sein, dass die einen, die Sieger und Herrscher, alle ihre Verbrechen, Morde und Grausamkeiten als notwendige „Kollateralschäden" abtun oder verleugnen dürfen, während andere für weitaus geringere Schandtaten auf ewig verurteilt und schadenersatzpflichtig gehalten werden. Das Schlimmste daran ist, dass dabei gerade in Deutschland die eigene Regierung in „nationalmasochistischer" Weise federführend ist. Es gibt auch in Deutschland niemanden mehr unter den Lebenden, der für irgendetwas vor 1945 verantwortlich sein könnte. Man könnte folglich einen Schlussstrich ziehen.

Um derartiges aber umfassend und nur halbwegs gerecht zu tun, müsste nach vier Generationen die Geschichte vorbehaltlos aufgearbeitet werden. Genau das wird aber gerade in Deutschland aktiv verhindert. Allgemein ist festzustellen, dass hierzulande selbst Geschichte systematisch zu Ungunsten Deutschlands verfälscht wird. Ermordete Deutsche werden in der Anzahl heruntergelogen, zu oft im Faktor zehn, **siehe Dresden**, und wenn es darum geht, deutsche Schandtaten zu benennen, dann ist es genau anders herum.

Praktizierter Nationalmasochismus als Staatsräson

Noch vor wenigen Jahren galt im Fall der Hereros die Zahl von 5.000 als belegbar und gesichert. Letztlich habe ich eine Doku gesehen, wo im ÖRR schon von 60.000 die Rede war. Kommt dann jemand, der nach gründlichen Recherchen vor Ort seine Doktorarbeit über dieses Thema vorgelegt und von der Uni bestätigt bekommen hat, der belegen kann, dass es maximal 5.000 Hereros waren, dann wird dieser als Rechtsradikaler verunglimpft und wirtschaftlich ins Aus gestellt. Das ist praktizierter Nationalmasochismus als Staatsräson. Das wissen offensichtlich auch die Hereros und Nama in Namibia, denn die haben jetzt verkündet, dass die 1,1 Milliarden zu wenig sind. Ach ja, das würde ich auch, wenn ich weiß, welch Geistes Kind diejenigen sind, mit denen ich „verhandle“. Wenn ich weiß, dass ich damit etwas Gutes tue für die, die sowieso schon zu meinen Gunsten die Geschichte zurecht gelogen haben. Die wollen doch, dass keines der Schuldthemen jemals stirbt.

Hier nochmals für alle, die an der wahren Geschichte in Südwest interessiert sind der Link zu der ausführlichen Dokumentation über den Herero-Aufstand: deutsche-schutzgebiete.de/wordpress/hereroaufstand/?fbclid=IwAR1C7wf9A5Mr3eQHc0OZsVbb6XszJWjwCzMmsgIzd4Q7tvdyP7uuxw8LP1U

Zum Autor: Peter Haisenko ist Schriftsteller, Inhaber des *Anderwelt-Verlages* und Herausgeber von *AnderweltOnline.com*

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Energiewende am Ende oder Hyperinflation?

Von Redaktion

08. 06. 2021



Bild: shutterstock

In der letzten Zeit mehren sich die Anzeichen, die auf den Beginn des Endes der Energiewende hindeuten.

Der Temperaturtrend der letzten Jahre wurde durch den kalten Winter und Frühling und den kühlen Sommerbeginn eindeutig gebrochen. (siehe: *EIKE* – *Europäisches Institut für Klima & Energie*).

Der Frühling war so kalt wie zuletzt vor 25 Jahren. In Texas sorgten extreme Tiefsttemperaturen im Winter für einen Zusammenbruch des Stromnetzes, etc…

Die behauptete Korrelation zwischen dem CO2-Gehalt der Atmosphäre und der Temperatur kann also nicht aufrechterhalten werden.

Allerdings werden sich faktenresistente Klimahysteriker von solchen Tatsachen nicht beeindrucken lassen. Es ist eher damit zu rechnen, dass sie ihre „Aufklärungsarbeit“ noch verstärken werden. Diese Propaganda wird aber auf immer weniger fruchtbaren Boden fallen. Immer mehr Menschen werden an den Klimaschwindel zweifeln und nicht einsehen, wieso sie für diesen Unsinn zahlen sollen.

Die Energiewende wird letztlich nicht durch einen Meinungskampf entschieden. Vielmehr wird ein Ressourcenmangels in verschiedenen Bereichen dem Unsinn ein frühes Ende setzen, oder zumindest stark verlangsamen. Dafür mehren sich jetzt die Anzeichen:

1. Explosion der Bauholzpreise um einen Faktor vier
2. Steigerung des Kupferpreises auf das Doppelte
3. Eklatanter Mangel bei Computerchips
4. Mangel bei sonstigen Ressourcen

zu Punkt 1: Explosion der Bauholzpreise um einen Faktor vier

Bauholz hat zwar nicht unmittelbar mit der Energiewende zu tun, betrifft aber eine andere Hype der linksgrünen Fanatiker: Holz sei nachhaltig, weil es ja nachwächst! Allerdings stimmt dies nur, solange man nicht mehr Holz verwendet als eben wirklich nachwächst. Derzeit läuft die Nachfrage nach Holz durch einen weltweiten Bauboom dem Angebot davon (siehe *ndr.de* „Darum sind die Holzpreise explodiert“)! Diese Preissteigerung ist auch eine Folge der lockeren Geldpolitik der Notenbanken (FED und EZB), deren Leitungen allen Ernstes glauben, durch das Öffnen der Geldschleusen insbesondere die Energiewende auf Schiene bringen zu können. Das Beispiel zeigt, dass diese Politik schnurstracks in die Hyperinflation führt.

zu Punkt 2: Innerhalb eines Jahres verdoppelte sich der Kupferpreis

Die Gründe für die Kupferrallye liegen auf der Hand: Die Energiewende benötigt Kupfer noch und nöcher! Mehr Kupfer wird hauptsächlich für die Generatoren der Windräder, die Motoren der Elektrofahrzeuge und die Wärmepumpen benötigt. All dies soll jetzt uferlos steigen. Klar ist, dass jetzt Spekulanten auf diesen Zug aufspringen (siehe dazu: *spiegel.de*). Zwar sind die weltweiten Kupfervorräte beträchtlich. Sie könnten bei gleichbleibenden Verbrauch theoretisch noch 100 Jahre reichen, jedoch wird die Ausbeutung der Vorräte immer teurer. Noch vor Kurzem ging man davon aus, dass bis zum Jahre 2035 200 Minen schließen müssen (www.elektronikpraxis.vogel.de/knappes-kupfer-bis-2035-schliessen-weltweit-200-minen-a-704986/). Obendrein wird Kupfer von einigen Akteuren regelrecht gehortet (siehe *www.wsj* „Zwei Unternehmen horten die weltweiten Kupfervorräte“).

Für die EU ist dabei besonders prekär, dass es in der EU mit Ausnahme von Polen keine nennenswerten Kupferlagerstätten gibt. Man kann also getrost davon ausgehen, dass diese Preissteigerungen weitergehen werden.

Selbiges gilt für die seltenen Erden (siehe *finazen.net*) und natürlich auch für Lithium. Bei diesen Elementen sind die Vorkommen in Europa auch eher bescheiden.

zu Punkt 3: Eklatanter Mangel bei Computerchips

Sowohl durch die „Energiewende“ als auch durch die vielbesungene „Digitalisierung“ ist ein weltweiter Mangel an Halbleiterbauteilen entstanden. Besonders betroffen ist die Automobilindustrie, die im laufenden Jahr zwischen 2 und 4 Millionen Autos weniger bauen kann (siehe dazu *deutschlandfunk.de*). Die Gründe sind einfach: die Chipfabriken arbeiten am Limit und zusätzliche Bedarfe können nur mehr durch Ausweitung der Produktionsstätten gedeckt werden. Die Wachstumsraten der Halbleiterindustrie waren in der Vergangenheit zwar beachtlich, aber auch die Volatilität dieser Branche. Die Investitionen für ein neues Werk sind gigantisch (Richtwert ca. 10 Mrd. Dollar) und durch die Volatilität dieses Marktes riskant. Es ist daher nur logisch, dass sich Investoren zurückhalten, bis die Preise für Halbleiter und die Produkte in denen sie verbaut werden, kräftig steigen. Im laufenden Jahr sind die Preise für ausgewählte Elektronikprodukte zwischen 11 und 136 Prozent gestiegen (siehe *gaming-grounds.de*).

Die seligen Zeiten, in denen man von einem kontinuierlichen Preisverfall bei Halbleiter und Elektronikprodukten ausgehen konnte, sind definitiv Geschichte. Durch die absurden Zielsetzungen der Politik für die Energiewende wird ein Nachfragesog aufgebaut, der nur mit ständig steigenden Preisen befriedigt werden kann!

Ein weiterer Grund für die Preissteigerungen am Halbleitermarkt ist die Tatsache, dass sich die Integration in der Halbleitertechnologie einer physikalischen Grenze nähert. Zusätzliche Funktionalität kann dann nicht mehr durch höhere Integration ausgeglichen werden. In der Vergangenheit verursachte höhere Funktionalität nur einmalig höhere Softwarekosten. Damit ist jetzt auch Schluss.

Die Preissteigerungen bei elektronischen Bauteilen wird letztlich auch eine Preissteigerung bei Photovoltaikpaneele nach sich ziehen. Der bisherige Preisverfall bei diesen Modulen gehört auch der Vergangenheit an.

zu Punkt 4: Mangel bei sonstigen Ressourcen

In der Zwischenzeit gibt es einen Mangel bei einer Vielzahl von Produkten von der Gartenbank bis zum Fahrrad.

Beispiele :

- Dämmstoffe für den Bau
- Stahl, Chemikalien und Plastik (siehe dazu *boerse-am-sonntag.de*)
- Die Stahlpreise stiegen gegenüber 2020 um fast 20% (siehe dazu *fertigung.de*).

Sogar Stahlschrott wird knapp und teurer (siehe dazu *euwid-recycling.de*). Auch das ist nicht verwunderlich wenn man bedenkt, dass ein 3MW-Windrad aus 1000 Tonnen Stahl besteht. Die Weltproduktion an Stahl beträgt etwa 150 Millionen Tonnen pro Jahr. Würde beispielsweise Deutschland seine gesamte Energieproduktion auf Windräder umstellen, so wären unter Berücksichtigung der Verluste der notwenigen Energiespeicherung bis zu einer Million 3MW-Windräder notwendig. Alleine diese Anzahl würde zwei Drittel der Weltproduktion an Stahl verschlingen!

Zusammenfassung:

Die „Energiewende“ erzeugt durch die Vorgaben der Politik absurde Bedarfe bei den verschiedensten Rohstoffen und gleichzeitig einen Mangel derselben. Dies führt zwangsweise zu Preissteigerungen in allen möglichen Bereichen, die mit der „Energiewende“ gar nichts zu tun haben. Diese Preissteigerungen werden noch dazu durch Spekulanten verstärkt. Man kann derzeit nichts falsch machen, wenn man auf steigende Rohstoffpreise setzt. Man versteht jetzt, wieso die Mehrheit der Aktienfonds hinter der Energiewende stecken (siehe *climateaction100.org*)

Die Lieferschwierigkeiten in Verbindung mit Preissteigerungen führt zwangsweise zu einer Kaufpanik bei Konsumenten, aber auch bei Firmen. Letztere werden von der Just-in-Time-Produktion wieder auf eine Produktion mit Lagerhaltung umstellen. Beides führt wieder zu einer Verstärkung des Preisauftriebs. Zuzüglich zu diesen Preissteigerungen kommen dann natürlich noch steigende Energiekosten hinzu.

Die offiziellen Inflationsraten kann man vergessen. Diese sind alle gefälscht. Die Mainstreampresse betreibt bereits gezielt Desinformation über die wahren Ursachen der Preiserhöhungen z.B. (siehe der *standard.at*).

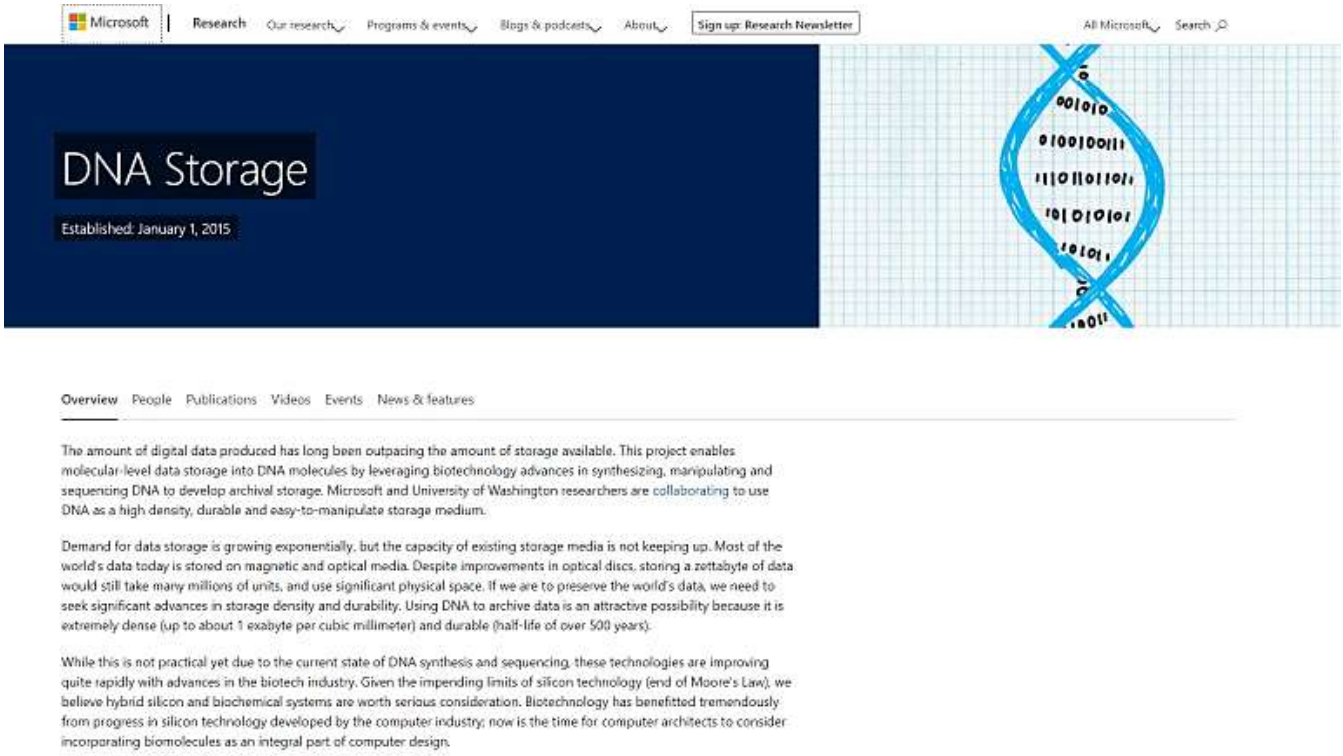
Vielleicht mag jetzt irgendwer glauben, dass mit der Inflation wenigstens ein Wirtschaftsboom einsetzt. Auch das ist mehr als fraglich, da ja auch ein Mangel produziert wird. Man bedenke nur die Situation in der Autoindustrie. Auch der Fahrradhändler ums Eck hat von der Rohstoffrallye nichts, weil er deswegen gar keine Fahrräder für den Verkauf hat.

Die Energiewende führt also auch zu der altbekannten, plansozialistischen Chaosproduktion. Die Idee über die Geldpresse die Energiewende auf Schiene zu bringen kann nur in der Hyperinflation enden. (bs)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Microsoft speichert Daten in DANN

03. 06. 2021



Microsoft DNA storage · *Bildquelle: Science Files*

Derzeit vollzieht sich weitgehend unbemerkt eine Entwicklung auf der Schnittstelle zwischen Informationswissenschaft und Biotechnologie. Einer der Hauptplayer ist Microsoft. Es geht darum, DNA, synthetisch hergestellte DNA, als Speicher für Informationen zu benutzen.

DNA besteht aus Nukleotiden oder Basen, aus vier Basen: Adenine, Cytosine, Guanine und Thymine (A, C, G oder T). Speichermedien, die derzeit im Handel sind, arbeiten auf Basis von binären Codes, kennen also nur die Werte 1 und 0. Die Idee, DNA als Speichermedium zu nutzen, setzt somit ein neues Coding voraus: 00 -> A; 01 -> C, 10 -> G und 11 -> T.

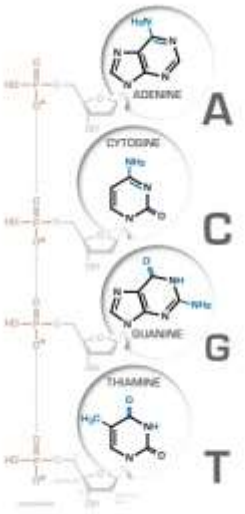


Figure 1. Chemical structure of DNA bases. Each base can encode two bits of digital data.

Jede Zelle im menschlichen Körper enthält ein menschliches Genom. Ein menschliches Genom besteht aus ca. 6 Milliarden Basenpaaren, die in 23 Chromosomen-Sets organisiert sind. In der DNA dieser Chromosome sind rund 1,6 Gigabytes an Information gespeichert. Jede menschliche Zelle enthält somit 1,6 Gigabyte an Daten. Alle Zellen im menschlichen Körper speichern rund 100 Zettabyte an Daten, mehr Daten als die Menschheit bislang in digitaler Form produziert hat.

Die Idee, DNA als Speicher für Daten zu nutzen, sie hat – wie man sieht – einen gewissen Appeal, denn DNA ist in der Lage, große Mengen von Information auf kleinstem Raum zu speichern, in 3-D. DNA ist extrem stabil, so dass technische Neuerungen wie der Sprung vom Floppy zur CD und zur DVD und die dabei entstehenden hohen Transformationskosten vermieden werden können, denn DNA kann gespeicherte Information über Jahrhunderte, wenn nicht Jahrtausende konservieren. Die Fortschritte auf dem Feld der Mikrobiologie haben zudem dazu geführt, dass es schnell und billig möglich ist, DNA zu kopieren. Die einzigen Probleme, die sich mit DNA als Speicher und aus technischer Sicht verbinden, sind das Schreiben der Daten in die DNA, das Speichern der Daten, das Auslesen der Daten und das Lesen der Daten.

Alles Probleme, die zwischenzeitlich gelöst sind.

Die Idee, DNA als Speicher für Daten zu benutzen, ist bereit Ende der 1980er Jahre aufgekommen, Ende der 1990er Jahre war es bereits gelungen, Daten in DNA zu speichern. Fortschritte bei der Sequenzierung und der Synthese von DNA haben schließlich dazu geführt, dass DNA als Speichermedium erforscht und zu mittlerweile erstaunlicher Virtuosität entwickelt wurde. Von den 28 Basenpaaren, in denen Joe Davis im Jahre 1988 erfolgreich Information abgelegt hat (das Projekt trug den Namen “Microvenus”, für diejenigen, die es nachlesen wollen), hat sich die Forschung in geradezu Windeseile weiterentwickelt. 2016 gelang es Microsoft in Zusammenarbeit mit Luis Ceze und Karin Strauss von der University of Washington und in Zusammenarbeit mit Twist Bioscience, einem der wichtigsten Player im Feld, rund 1 Gigabyte an Daten aus Musik-Videos, Büchern aus dem Projekt Guttenberg und vieles mehr zu speichern und auszulesen. 2019 gelang es die komplette Wikipedia in DNA zu übertragen, und seit 2019 ist es Twist Bioscience möglich, lange Oligonukleotide zu synthetisieren und als Speichermedium zu nutzen. Dabei wird im Wesentlichen eine Phosphoramidit-Synthese durchgeführt, die Nukleinsäuren

erzeugt. Das Verfahren ist der Polymerase Kettenereaktion, bei der ein Ausgangsstück DNA genutzt und verfielfältigt wird, insofern überlegen, als auf das Ausgangsstück DNA verzichtet werden kann. Statt dessen wird Silizium als Substrat genutzt, um DNA synthetisch zu erzeugen:

„Twist Bioscience hat eine neuartige Plattform für die Herstellung synthetischer DNA in einem massiv parallelen Maßstab entwickelt. Anstatt DNA auf festen Substraten der vorherigen Generation wie Plastik- oder Glasperlenreaktoren zu synthetisieren, verwendet die Technologie von Twist kundenspezifisch gefertigte Siliziumwafer und synthetisiert Millionen einzigartiger Oligonukleotidsequenzen in jedem Syntheselauf, mit verbesserten Synthesefehlerraten und Sequenzgleichförmigkeit gegenüber früheren Methoden. Zukünftige Generationen der DNA-Synthese-Technologie werden derzeit speziell für die DNA-basierten digitalen Speicheranwendungen entwickelt, um DNA in einem noch höheren Durchsatzmaßstab zu produzieren.“

Die Technik, um Information in DNA zu speichern, sie ist vorhanden. Fortschritte auf dem Gebiet des DNA-Sequenzierens, also beim LESEN von DNA, haben nicht nur dazu geführt, dass die Kosten entsprechender Verfahren von ein paar Milliarden US-Dollar auf ein paar 1000 US-Dollar gesunken sind, sie haben vor allem dazu geführt, dass Daten, die in DNA gespeichert werden, fehlerfrei und schnell wieder ausgelesen werden können. Verbesserungen, wie die oben beschriebene, bei der DNA Synthese, die Polymerase Kettenreaktion durch Phosphoramidit-Synthese ersetzt haben, haben zur Folge, dass es mittlerweile recht einfach ist, Daten in DNA zu speichern.

Mit anderen Worten, es gibt eine Technologie, die DNA synthetisch herstellen kann, die Daten in die synthetisch hergestellte DNA schreiben kann, diese Daten zielgenau auslesen kann und fehlerfrei wiederherstellen kann, damit sie gelesen werden können. Die Auslese erfolgt derzeit noch mit Polymerase-Kettenreaktion, mit der die Daten der Zielregion der DNA ausgelesen, vervielfältigt, sequenziert und dekodiert werden, um dann, nach Beseitigung von Fehlern gelesen werden zu können. Mit diesem Verfahren ist es Microsoft und Twist Bioscience gelungen, mehr als 1 Gigabyte an Daten nicht nur in DNA zu speichern, sondern auch fehlerfrei wieder auszulesen.

Weiterlesen bei ScienceFiles.

DNA als Datenspeicher

Fluoreszierende DNA-Stränge werden genutzt, um digitale Nachrichten zu kodieren.

Jedes Mal, wenn wir eine E-Mail senden, einen Tweet absetzen oder etwas anderes online tun, generieren wir Daten – und weil wir viel online tun, generieren wir auch eine Menge Daten: etwa 2,5 Quintillionen Bytes pro Tag.

Die meisten dieser Daten werden auf Servern in Rechenzentren gespeichert, die kostspielig und energieintensiv sind und viel Platz beanspruchen.

DNA ist eine vielversprechende Speicheralternative zu Rechenzentren, und jetzt haben Forscher der Boise State University eine neue Methode zur DNA-Datenspeicherung entwickelt, die eine große Hürde für ihre Einführung beseitigt – und sie sieht ein bisschen aus wie das Lite-Brite-Spielzeug, mit dem Sie vielleicht als Kind gespielt haben.

DNA-Datenspeicherung

Digitale Daten werden mit Sequenzen von nur zwei Zahlen gespeichert: 1 und 0. Die DNA verwendet Buchstaben (A, G, T und C), die chemische Basen darstellen, um Informationen zu speichern. Übersetzen Sie die digitalen Sequenzen von Daten in Codes mit vier Buchstaben, und Sie können DNA zum Speichern Ihrer digitalen Informationen verwenden.

Forscher schätzen, dass alle digitalen Daten der Welt in nur 20 Gramm DNA gepackt werden könnten, was bedeutet, dass wir tonnenweise Platz einsparen könnten, der derzeit von Datenzentren belegt wird.

DNA ist auch viel haltbarer als Server und könnte unsere Informationen möglicherweise für Jahrtausende schützen, aber das Abrufen von Daten aus der DNA ist nicht einfach.

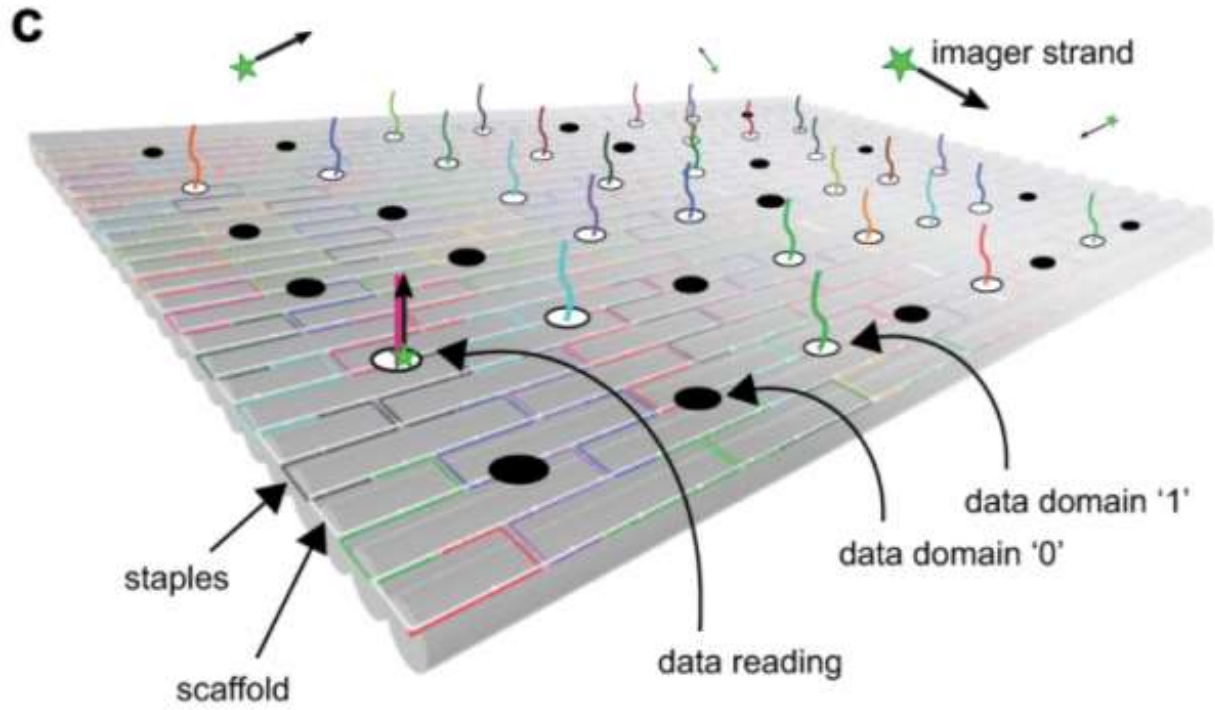
Um die gespeicherten Informationen zu entschlüsseln, ist eine große Maschine, ein sogenannter Sequenzer, erforderlich, und der Abrufprozess ist langsam – es kann fast einen Tag dauern, um ein einziges Wort zu entschlüsseln.

Eine geniale Idee

Um die Sequenzierung überflüssig zu machen, begannen die Forscher in Boise mit einsträngiger DNA (man stelle sich einen in zwei Hälften geteilten DNA-Strang vor).

Sie programmierten diesen DNA-Strang so, dass er sich selbst zu einer flachen, rechteckigen Kartenform faltet. Dieses Rechteck hat 48 Stellen, an denen andere DNA-Einzelstränge angedockt werden können – Sie können sich diese Andockstellen wie die Löcher in einer Lite-Brite-Steckplatte vorstellen.

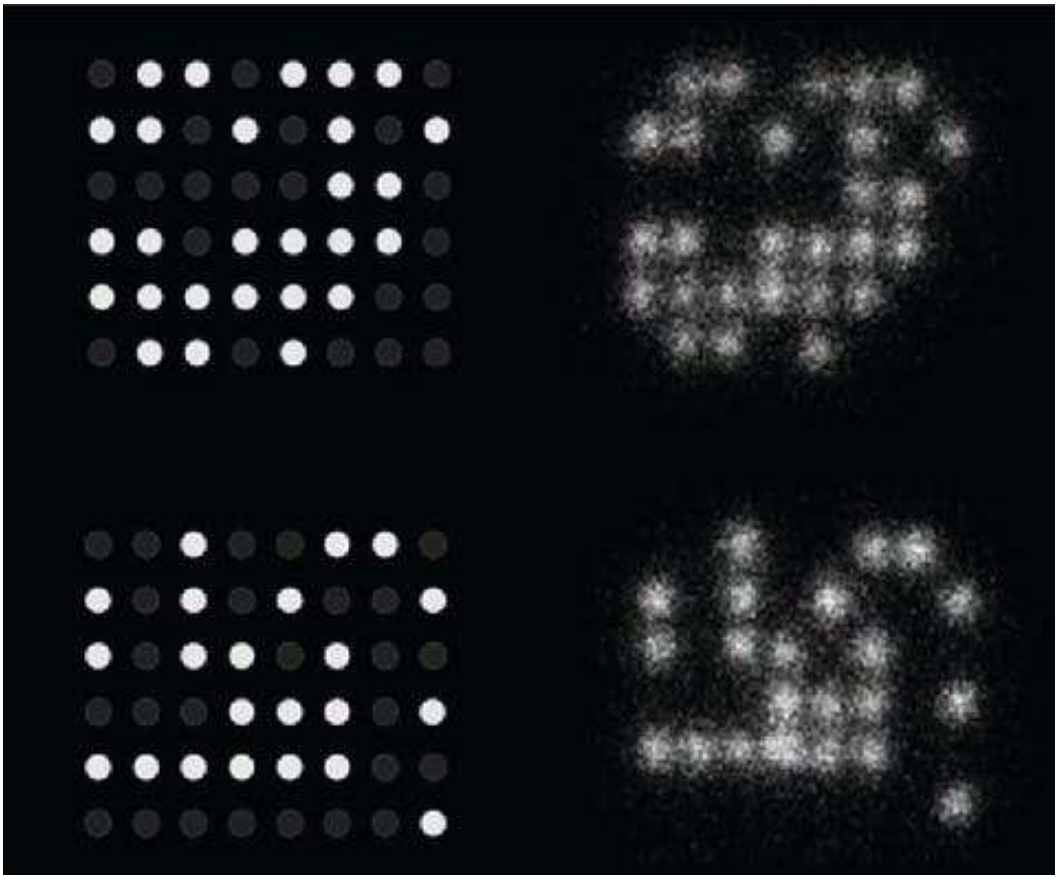
Jede Stelle auf dem DNA-Rechteck diente als ein „Bit“ im digitalen Code. Wenn ein DNA-Strang eingesteckt war, bedeutete das eine 1. Keine DNA in einem Loch bedeutet eine 0.



Die Reihenfolge der Stränge auf der Stecktafel wurde zur Codierung der Daten verwendet.
Bildquelle: Nucleic Acid Memory Institute an der Boise State University

Nachdem eine Nachricht über das Pegboard kodiert wurde, ist der nächste Schritt, sie abzurufen. Dazu werden fluoreszierende DNA-Stränge mit den Strängen auf der Stecktafel gepaart.

Nachdem die DNA-Stränge wie Stifte in einem Lite-Brite-Spielzeug aufgeleuchtet waren, konnten die Forscher sie mit einem höchstauflösenden Elektronenmikroskop abbilden. Ein Algorithmus konnte dann das Bild analysieren und das Muster aus 1en und 0en entschlüsseln, um die eingebettete Nachricht mit 100-prozentiger Genauigkeit abzurufen – eine DNA-Sequenzierung war nicht erforderlich.



Das gewünschte Muster (links) und wie die DNA unter dem Mikroskop aussah (rechts). *Bildquelle: Nucleic Acid Memory Institute an der Boise State University*

Blick in die Zukunft

Die Wahrscheinlichkeit, dass Sie ein höchstauflösenden Elektronenmikroskop zu Hause haben, ist ungefähr so groß wie die eines DNA-Sequenzers, also wird dies noch nicht die Technologie sein, die die DNA-Datenspeicherung in den Mainstream bringt.

Dennoch ist es ein neuartiger, hochpräziser Ansatz, der nach Ansicht der Forscher eine weitere Entwicklung rechtfertigt.

Die Forscher suchen nun nach Möglichkeiten, den Prozess der Kodierung und des Abrufs der Daten zu beschleunigen und die Datenmenge, die sie mit ihrem System speichern können, zu erhöhen.

Quelle: FreeThink.com

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Die Flucht aus Afghanistan wird uns teuer zu stehen kommen

Von Fabio Bozzo

10. 06. 2021



Besiegt. Rückzug. Schande. Diese drei Worte, die der Münchner Konferenz würdig sind, würden ausreichen, um die bevorstehende Flucht des US-geführten Westens aus Afghanistan zu beschreiben. Diese Führung begann 1941 mit der Verabschiedung des „Rent and Loan"-Gesetzes und heute scheint sie zumindest müde zu sein; was schlecht ist, da Europa absolut unfähig ist, sich selbst zu verteidigen, geschweige denn den Rest der freien Welt.

Lassen Sie uns der Reihe nach vorgehen. Wie jeder weiß, wurden die Anschläge vom 11. September 2001 von Al-Qaida organisiert (ohne irgendwelche versteckten Komplotte, wie einige uns glauben machen wollen). Da sich Bin Ladens Hauptquartier in Afghanistan befand, baten die Vereinigten Staaten um die Auslieferung des saudischen Terroristen. Die Taliban, die sunnitischen Fundamentalisten, die fast das gesamte Staatsgebiet kontrollierten, weigerten sich. Deshalb marschierten die Amerikaner (zunächst nur unterstützt von den Briten) in Afghanistan ein. Wie es logisch ist, war der Besatzungskrieg des Gebietes schnell und relativ leicht zu gewinnen, auch dank des Beitrags der verbliebenen Milizen der Nordallianz, also der letzten wirklichen internen Gegner der Taliban. Bin Laden entkam der Fahndung jedoch auf gewagte Art und Weise. Er wurde erst zehn Jahre später in Pakistan aufgespürt und getötet, einem technisch bankrotten Land, das vollständig mit Al-Qaida kollaboriert und der Hauptsponsor der Taliban ist, ein Land, das von einer korrupten Clique regiert wird, die den islamischen Fundamentalismus unter den Massen schürt, sich aber nach außen hin als moderat darstellt, um dem Westen das Geld aus der Tasche zu ziehen – und das obendrein im Besitz von Atomwaffen ist. Die Tatsache, dass die pakistanischen Behörden Bin Laden schützten, obwohl sie behaupteten, Verbündete der Vereinigten Staaten zu sein, war schon damals bekannt, aber wegen dieses Meisterwerks diplomatischer Heuchelei tat der Westen so, als ob er nichts tun würde. In den zehn Jahren vor dem Tod Bin Ladens wurde auch der Rest der Al-Qaida-Führung von der Rache der Demokratie niedergemäht, so dass ihre terroristische Kapazität heute stark geschwächt und redimensioniert ist. Sicherlich kann man jedoch nicht sagen, dass sie verschwunden ist (allein ihre Berühmtheit lässt immer wieder neue Organisationsklone in der ganzen islamischen Welt entstehen), doch ihre glorreichen Tage sind für immer vorbei.

Was ist mit Afghanistan? Anglo-amerikanische Truppen, zu denen sich später auch die anderer NATO-Partner gesellten, blieben gut 20 Jahre lang vor Ort. Während dieser Zeit

besiegten sie wiederholt die Taliban im Feld, demonstrierten ihre militärische Stärke und ermöglichten den Aufbau des Gerüsts eines Staates, der diesen Namen verdient. So viel zu den positiven Ergebnissen. Die schlechte Nachricht ist jedoch viel schwerwiegender. In diesen zwanzig Jahren hat der Westen, auf Kosten von Milliarden von Dollar, nicht:

- die Mentalität der Bewohner verändert, die nach wie vor die eines islamischen Fundamentalismus ist, der so obskurantistisch und grausam ist, dass er selbst für die guten Seelen unseres Hauses kaum glaubwürdig ist;
- die Taliban ausgelöscht, die trotz ihres dschihadistischen Treibens (oder vielmehr gerade deswegen) die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung genießen;
- den Afghanen die Demokratie beigebracht (und hier kann man leicht eine Mischung aus Verlegenheit und Zärtlichkeit für diejenigen empfinden, die ein paar Jahre lang glaubten, sie könnten die Demokratie in die islamische Welt exportieren);
- einen mit dem Westen verbündeten Staat geschaffen, der stark genug war, um mehr als ein Jahr lang auf sich allein gestellt zu sein.

Analysieren wir also die aufgeführten negativen Punkte (die positiven werden ohnehin von den Pressesprechern der heutigen Neville Chamberlains wiederholt).

Konnte die Mentalität eines Volkes durch militärische Besetzung verändert werden? Der Autor dieser Zeilen glaubt das, weil sich in 20 Jahren eine neue Generation bildet, aber unter der Bedingung, dass Methoden anwendet werden, die für die westliche öffentliche Meinung inakzeptabel sind, da diese immer von defätistischen medialen und politischen Bereichen (oft an der Grenze zum Verrat) beeinflusst wird. Auf welche Methoden spielen wir an? Der Bau von Schulen für eine ganze Generation afghanischer Kinder und Jugendlicher, die unter dem Banner der Werte der westlichen Zivilisation aufwachsen konnten, während die Fundamentalisten vor ihren Augen auf dem Schlachtfeld besiegt wurden, dank der Waffen, die von der überlegenen Wissenschaft eben jener Zivilisation produziert wurden, die ihnen ohne allzu viele Komplimente in die Köpfe eingeimpft wurde.

Konnten die Taliban ausgelöscht werden? Objektiv gesehen antworten wir mit nein, es sei denn, ein Drittel der etwa 32 Millionen Afghanen würde ausgerottet, was aus offensichtlichen moralischen und politischen Gründen unmöglich ist. Die „Hardliner“ werden sagen, dass es an historischen Beispielen von entwickelten Zivilisationen, die strategisch notwendige Grausamkeiten durchgeführt haben, nicht mangelt: Rom führte einen kompletten Völkermord an den entwickelten Karthagern durch, das kaiserliche Deutschland besiegte die Herero-Guerillas, die dieses Volk fast ausrotteten, während die Cyrenaica durch eine Repression, die 63.000 der damals 225.000 Einwohner tötete, wieder unter italienische Kolonialherrschaft gebracht (und vom islamischen Fundamentalismus der Senussi befreit) wurde. Aber das sind Beispiele, die man heute gar nicht mehr in Betracht ziehen kann: Selbst die Sowjets, die keine Leute waren, die Witze machten, schafften es nicht, ein Massaker zu veranstalten, das darauf abzielte, das afghanische Territorium von ihren Feinden zu säubern. Sie beschränkten sich darauf, mit brutalen Methoden ihre Feinde und einen minimalen Teil der Bevölkerung, die sie unterstützten, zu töten, und versuchten dann, der Mehrheit der Einwohner die kommunistischen Prinzipien beizubringen. Ergebnis? Nach zehn Jahren mussten sie mit viel kaputteren Knochen abreisen als die Soldaten des heutigen Westens.

Wäre der Export von Demokratie möglich gewesen? Nein. Das war es nicht, ist es nicht und wird es nicht sein. Die Demokratie ist ein Produkt der westlichen Zivilisation, mit sehr wenigen Anwendungen außerhalb dieser. Wer auch immer einwenden wird, dass die Demokratie in nicht-westlichen Ländern wie Japan oder Indien Wurzeln geschlagen hat, muss sich daran erinnern, dass die Japaner das disziplinierteste Volk auf dem Planeten

sind, das sich selbst Ende des 19. Jahrhunderts auferlegt hat, eine teilweise Demokratisierung aus Europa zu importieren. Die Amerikaner haben also durch die militärische Besatzung nach 1945 die bereits *in nuce* existierende japanische Demokratie nicht exportiert, sondern tatsächlich wiederhergestellt, verstärkt und verbessert. In Indien hingegen existiert eine sehr unvollkommene Demokratie nur dank der zwei Jahrhunderte währenden britischen Kolonialschule, die den Massen des Subkontinents die Vorzüge der Rechtsstaatlichkeit lehrte. Man könnte noch weitere Beispiele anführen, aber das wäre off-topic. Der Punkt ist, dass in einer stammesorientierten und islamischen Gesellschaft wie der afghanischen das Reden über Bürgerrechte, Gleichberechtigung der Geschlechter, Rechtsstaatlichkeit und individuelle Freiheiten dem Versuch gleicht, Pinguine in der Sahara aufzuziehen: Solche Konzepte sind dazu bestimmt, in der Lächerlichkeit zu sterben, nachdem sie in Blut ertränkt wurden. Nicht zuletzt deshalb, und das ist eine unbestreitbare Tatsache, weil es bis heute kein Land mit einer muslimischen Mehrheit gibt und es ein solches auch nie gegeben hat, das gleichzeitig eine echte Demokratie ist.

War es möglich, einen Staat zu schaffen, der stark genug war, um nach dem Rückzug des Westens auf eigenen Füßen zu stehen? Vielleicht ja und vielleicht nein. Die Geschichte ist voll von positiven Beispielen von Vasallenstaaten (die Römer nannten sie *regni clientes*), denen es, extern unterstützt von einer oder mehreren Mächten, gelingt, ein gewisses Maß an innerer Ordnung aufrechtzuerhalten, selbst mit den unvermeidlichen Kriegen. Allerdings ist der afghanische Fall auch in diesem Sinne objektiv komplex, da, abgesehen von einer Klammer um die Jahrhundertwende, die von den Briten (langjährige Meister im Management der Dritten Welt) verwaltet wurde, ein von außen unterstütztes afghanisches Regime immer unkontrollierbare Revolten hervorgerufen hat. Die Sowjets griffen selbst direkt ein, weil ihre externe Unterstützung nicht mehr ausreichte, um die kommunistische Regierung in Kabul am Leben zu erhalten. Diese Frage ist daher die am schwierigsten zu beantwortende.

Lassen Sie uns nun der Fairness halber und *par condicio* die Beweggründe derjenigen nennen, die den Abzug (pardon, das Disengagement) aus Afghanistan beschlossen haben. Obwohl alle auf der Linken und viele auf der Rechten es nicht gerne zugeben, wurde diese Entscheidung vom damaligen Präsidenten Trump getroffen, und da diese Entscheidung zu Hause weithin akzeptiert wurde, hat die neue Biden-Administration sie nur bestätigt und ihr Tempo sogar beschleunigt. Die Befürworter von America First haben objektiv solide Argumente:

1. die Intervention ist sehr kostspielig und zwischen der internationalen Wirtschaftskrise und der globalen Pandemie können wir uns keine idealistischen Kreuzzüge leisten;
2. die Mehrheit der Afghanen hasst nach 20 Jahren immer noch alles, wofür der Westen und die Rechtsstaatlichkeit stehen, und zwar so sehr, dass der Guerillakrieg nur zunimmt, sobald die Zahl der NATO-Truppen vor Ort abnimmt;
3. die Minderheit, die für uns ist, ist so klein, korrupt und unfähig, dass Militäranalysten vorhersagen, dass die Regierung in Kabul innerhalb eines Jahres ausgelöscht sein wird, und das trotz der immensen Hilfe, die sie in Form von Geld, Ausbildung und Ausrüstung erhalten hat (darunter bis zu 100.000 Militärfahrzeuge, von denen die afghanische Armee ohne westliche Hilfe nur in der Lage ist, die Wartung von weniger als zwanzig Prozent zu gewährleisten!)
4. amerikanische Leben sind mehr wert als idealistische Kreuzzüge in entlegenen Gegenden, die nichts von uns und den Werten unserer Zivilisation wissen wollen, daher ist der Rückzug ein Akt des Patriotismus gegenüber dem Volk der Vereinigten Staaten (die Verbündeten werden dicht folgen, da ihnen die kriegerische, logistische und politische Stärke fehlt, um ohne die USA dort zu verbleiben).

Das sind zweifelsohne starke Argumente, aber – der Teufel steckt im Detail – sie berücksichtigen nicht die globalisierte Realität unseres mittlerweile kleinen und überbevölkerten Planeten. In der Zwischenzeit wird der Rückzug, trotz aller schönen Reden, von der Welt als das wahrgenommen werden, was er wirklich ist: ein Sieg des islamischen Fundamentalismus über die westliche Zivilisation. Dies wird allen radikalen Muslimen der Erde eine moralische Aufladung geben, die das Verlangen verspüren werden, die „Kreuzfahrer" vom Nahen Osten bis zum Maghreb in Bedrängnis zu bringen. Auch „Feiern" seitens der eingewanderten islamischen Massen in Europa (vor allem in Frankreich, Belgien, Deutschland, Skandinavien und Großbritannien) sind nicht auszuschließen, Feiern, die mit ziemlicher Sicherheit zu Ausschreitungen ganzer Stadtteile und blutigen Anschlägen führen werden. Alles Dinge, die wir schon gesehen haben, aus denen der Großteil unserer politischen Klasse sich aber wissentlich weigert, Lehren zu ziehen.

Der medial peinlichste Moment wird die Eroberung von Kabul durch die Taliban sein, die, wie bereits erwähnt, wahrscheinlich innerhalb eines Jahres stattfinden wird. Es wird eine Art neuer Fall von Saigon sein, mit vielen verzweifelten Menschen, die versuchen, auf die letzten Hubschrauber aufzuspringen und westlichen linken Journalisten, die Artikel über die „Niederlage des Imperialismus" schreiben. Weniger pittoresk werden die Hinrichtungen durch Enthauptung und Steinigung sein, die dem Sieg der Islamisten folgen werden, aber diese Dinge werden die erwähnten „antifaschistischen" Journalisten nicht interessieren. Fürs Protokoll: Die Vereinigten Staaten und Großbritannien haben bereits Pläne gemacht, 18.000 bzw. 3.000 Afghanen, die mit der NATO kooperiert haben, die Staatsbürgerschaft zu verleihen. Dies ist zwar ein Akt, der zum Teil moralisch geboten ist, aber er bedeutet auch, dass weitere Gruppen von Islamisten in den Westen kommen, deren Kinder gut auf die für die zweite Generation typische Radikalisierung vorbereitet werden.

Die zweite ruchlose Folge der afghanischen Niederlage hat stattdessen einen sehr klaren Namen: China. Der Feind Nummer eins des Westens im Neuen Kalten Krieg hat viel in Afghanistan investiert, und Pekings Führung spielt nicht gerne auf verlorenem Posten. Natürlich sind die Taliban nicht dafür bekannt, dass sie wissen, wie man einen Handelsvertrag abschließt oder eine moderne Wirtschaft verwaltet, aber für das Reich des gelben Drachens ist das kein unüberwindbares Problem. In der Zwischenzeit hat Peking bereits eine fruchtbare Allianz mit Pakistan geschlossen, das durch seine Radikalisierung diplomatisch isoliert wurde und das von China benutzt wird, um Indien zu bedrohen, den anderen asiatischen Riesen, dessen Gewicht Peking Sorgen bereitet und der sich Washington immer mehr annähert. Mit einer solchen Allianz müssen die Chinesen nicht einmal eine direkte Intervention in Afghanistan riskieren, um ihre wirtschaftlichen Interessen zu schützen: Wir wissen sehr wohl, dass die Taliban weitgehend von pakistanischer Unterstützung abhängen, also werden sie sich hüten, die chinesischen Besitztümer und Arbeitskräfte zu belästigen. Außerdem haben die Chinesen, die Pragmatiker sind, kein Interesse daran, der stammesorientierten und fundamentalistischen afghanischen Gesellschaft die Zivilisation beizubringen. Es wird ihnen genügen, dass ihre eigenen wirtschaftlichen Aufträge gewinnbringend sind. Um ein irdisches Beispiel zu geben: Der chinesische Aufseher einer Mine wird sich nicht dafür interessieren, ob die Minenarbeiter Sklaven in Ketten sind, ob eine Frau neben der Mine infibuliert wird (zu dieser Praxis in Afghanistan siehe Encyclopedia of Women & Islamic Cultures: Family, Body, Sexuality and Health, Band 3 und Encyclopaedia of Women and Islamic Cultures, Brill Academic Publishers, 2005, S. 588), oder ob einem angeblichen Abtrünnigen der Kopf abgesägt wird (eine Praxis, die in der Scharia die Todesstrafe nach sich zieht). Der Gesandte aus Peking wird sich nur für den monatlichen Umsatz der Mine interessieren. Auf diese Weise werden alle Akteure des Augenblicks glücklich sein: Nach Pakistan wird China Afghanistan in seine Umlaufbahn gebracht haben, die von China unterstützte afghanische Führung wird in der Lage sein, ihre geliebte dschihadistische Hölle auf Erden neu zu erschaffen, und die

pakistanische Führung wird vor den islamischen Massen einiges an Punkten gewinnen. Und schließlich, um den Schaden noch zu vergrößern, werden die Chinesen in der Lage sein, ihren wirtschaftlichen und strategischen Kolonialismus als respektvoll gegenüber den lokalen Bräuchen darzustellen, im Gegensatz zu dem des weißen Mannes, der als Imperialist versucht, Bürgerrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu exportieren.

Wir schließen mit einem kurzen Flug über die Karte ab. Aus dem Geschriebenen geht hervor, dass die Katastrophen, die auf den einigermaßen verständlichen Abzug aus Afghanistan folgen werden, im Wesentlichen zwei sind: eine Explosion (in jeder Hinsicht) der Freude der nach Europa einwandernden islamischen Massen und eine Zunahme der chinesischen strategischen Stärke. Das erste Problem ist ein rein europäisches Problem: Wir haben sie hereingelassen und wir haben ihnen erlaubt, den ethnischen Austausch des alten Kontinents erfolgreich zu initiieren. Deshalb werden wir und nur wir entscheiden müssen, was wir in naher Zukunft tun werden. Das zweite Problem ist geopolitischer Natur. Bis heute hat China seine Einflusssphäre in Burma (durch einen Staatsstreich), Laos und Kambodscha (durch Korruption und wirtschaftliche Erpressung), Nordkorea (reine Vasallisierung), Pakistan (Wirtschaftshilfe und gegenseitiger Opportunismus) und teilweise Thailand (wo sich der Westen verzweifelt wehrt) erweitert. Zu all dem soll nun Afghanistan hinzukommen, ganz zu schweigen von der internationalen Unterstützung, die Peking seit Jahrzehnten dubiosen Regimen wie dem Iran und Venezuela gewährt, die im Austausch für Wirtschaftshilfe als wiederkehrende Schikanen gegen den Westen und unsere Verbündeten eingesetzt werden, um die öffentliche Meinung vom Feind Nummer eins abzulenken. Kurzum, der gelbe Drache breitet sich mit zunehmendem Appetit und Eile in ganz Asien aus.

Damals, in den 1930er Jahren, wurde einer anderen Diktatur dummerweise erlaubt, Gebiete zu annektieren und ihren Einfluss in dem, was sie als ihren „Lebensraum“ betrachtete, auszuweiten. Wir alle wissen, wie es endete…



Fabio Bozzo

Abschluss in Geschichte mit Spezialisierung auf Moderne und Zeitgeschichte an der Universität Genua. Er ist Essayist und Autor von Ucraina in fiamme. Le radici di una crisi annunciata (2016), Dal Regno Unito alla Brexit (2017), Scosse d’assestamento. „Piccoli“ conflitti dopo la Grande Guerra (2020) e Da Pontida a Roma. Storia della Lega (2020, mit einem Vorwort von Matteo Salvini).

Dieser Beitrag erschien zuerst bei CENTRO MACHIAVELLI, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Corona-Ausbrüche nach Impfung – jeder Zehnte nach „Impfdurchbruch“ tot

Von Redaktion

15. 06. 2021



Bild: Shutterstock

Nun tritt das ein, was „Verschwörungstheoretiker“ prophezeit haben: Nämlich, dass bereits Geimpfte keineswegs vor Corona-Infektionen und Covid-Krankheitsausbrüchen sicher sind. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein: Wie unsere Redaktion bereits berichtete, gehen beispielsweise in Köln die Hälfte der dort gemeldeten Corona-Infektionen auf geimpfte Personen zurück. Und das obwohl nicht einmal die Hälfte der Einwohner von Köln geimpft wurde! Das waren Mitte Mai in Köln **1.800 Neuinfektionen bei vermeintlich Immunisierten**!

Nun wäre es wohl interessant zu wissen, bei wieviel Prozent der trotz Impfung infizierten Personen danach tatsächlich die Krankheit ausbricht? Und wie viele dieser bedauernswerten Impfopfer dann auch sterben. Natürlich wird man seitens der Politik kein Interesse daran haben, hier Alarm zu schlagen. Gut möglich wäre ja auch, dass man Geimpfte deshalb nicht mehr im großen Umfang testet.

Bei 80 Corona-Ausbrüchen überproportional viele Tote

Einen Vorgeschmack was Geimpften blühen könnte, wenn sie trotz „Immunisierung“ (um im verlogenem Wording der Corona-Hysteriker zu bleiben) an Covid erkranken, bot uns ein Artikel auf *krone.at*. Das online-Portal der größten Tageszeitung Österreichs berichtete schon vor drei Wochen Beunruhigendes: Die Todesrate bei Corona-Ausbrüchen in

Österreich betrug b**ei bereits Geimpften 10 Prozent!** Hingegen lügt man uns in diversen Medien ständig vor, dass die Impfungen einen leichteren Verlauf gewährleisten, sollte die Krankheit trotz „Immunisierung“ ausbrechen.

Um nicht von „unabhängigen Faktencheckern“ erneut angepatzt zu werden, zitieren wir wörtlich aus dem Online-Portal der genannten Zeitung:

„Impfdurchbruch: Corona: Nach 2. Impfung bislang 80 Erkrankungen

Laut aktuellem Nebenwirkungsbericht sind bislang insgesamt 80 Covid-19-Fälle bei Vollimmunisierten in Österreich registriert worden, also bei Menschen, die ihre zweite Teilimpfung oder den beim Impfstoff von Johnson&Johnson einzigen nötigen Impfstich verabreicht bekommen hatten. In 20 Fällen davon verlief die Erkrankung schwer. ***Acht Menschen starben, eine Person befand sich in Lebensgefahr, elf benötigten Spitalsbehandlung.***

Erkrankt man trotz Vollimmunisierung an Covid-19, und zwar, wenn nach der zweiten Dosis ein Zeitraum von sieben Tagen bzw. nach der Einzeldosis des Johnson&Johnson-Vakzins ein Zeitraum von 28 Tagen oder mehr verstrichen ist, bezeichnet man das als sogenannten ***Impfdurchbruch*** *– jedoch auch nur, wenn der Betroffene positiv getestet und Symptome einer Covid-19-Erkrankung zeigt*.“

Womit auch klar wird, dass die derzeitige Impfpropaganda gar nicht darauf abzielt, sich aus Gesundheitsgründen impfen zulassen, sondern bloß deshalb, weil es die Obrigkeit verlangt um ein einigermaßen normales Leben führen zu dürfen. Für wenige Monate. Schon jetzt werden für Geimpfte die Dritte Impfladung für den Herbst angekündigt: Man spricht von „Booster Shots“.

Trotz Impfung Verstorbene verschwiegen

Wie Manipulation durch Verschweigen stattfindet wollen wir in diesem Zusammenhang auch nicht weglassen. Über das Impfdesaster berichtete auch *oe24.at* eine weitere große österreichische Zeitung. Dort war zu lesen:

*„**Experten gehen davon aus, dass etliche Menschen trotz Impfung keinen ausreichenden Immunschutz haben.***

Die in der EU zugelassenen Corona-Impfstoffe haben allesamt eine hohe Wirksamkeit gegen schwere Covid-19-Verläufe. Wie bei Vakzinen gegen andere Krankheiten ist jedoch kein hundertprozentiger Schutz möglich. In Österreich wurden bisher etwa 80 Covid-Fälle bei Vollimmunisierten gemeldet, 20 Personen erkrankten schwer.

Etliche Menschen betroffen

Die Ständige Impfkommission (Stiko) in Deutschland geht davon aus, dass es etliche Menschen gibt, die keinen oder nur einen unzureichenden Immunschutz aufbauen. […]“

Das ist zwar alles richtig, nur warum ließ man die acht Toten unter den Tisch fallen? Vermutlich weil dort in der Printausgabe beinahe täglich ganzseitige Inserate platziert werden, die den Lesern die Vorzüge des Geimpftseins schmackhaft machen sollen. (cf)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) mRNA-Impfstoffe: „es kommt zu einer Umprogrammierung des Immunsystems!“

13. 06. 2021

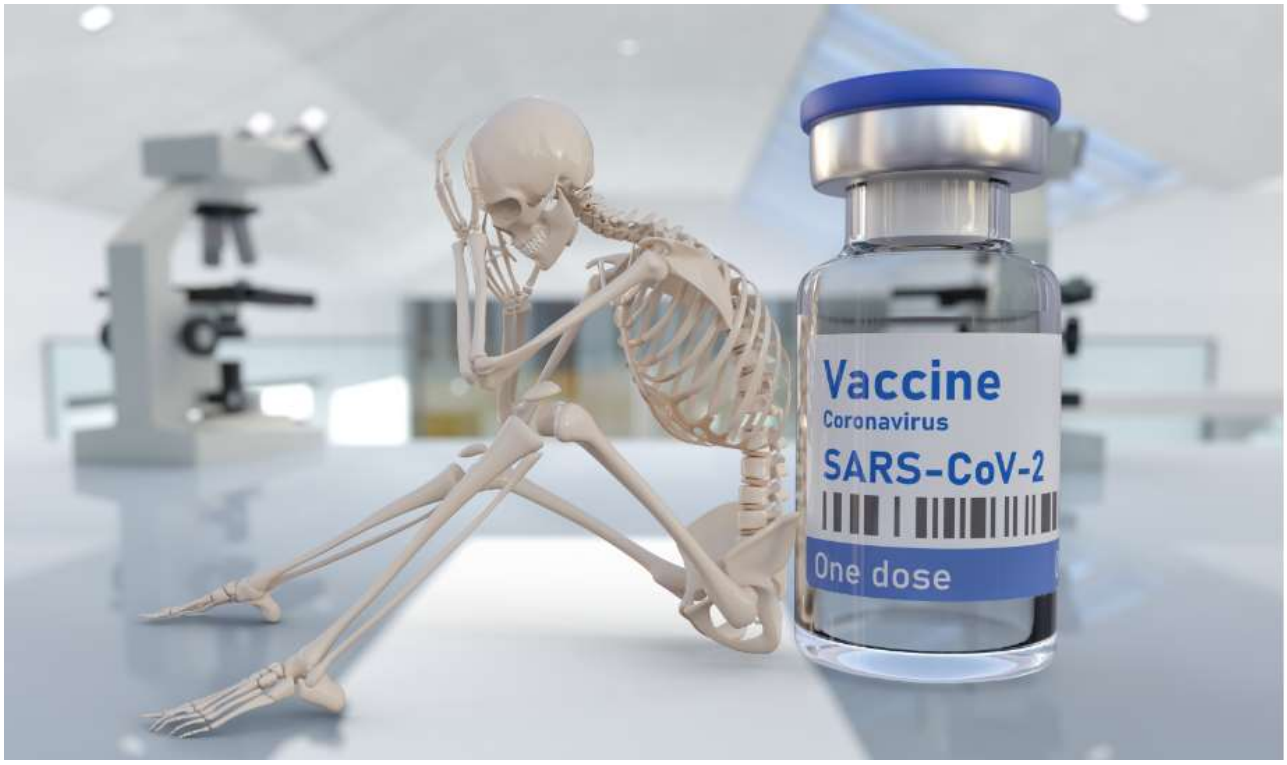


Bild: shutterstock

Wie fatal die möglichen Auswirkungen sogenannter mRNA-Impfstoffe auf den menschlichen Organismus sind, wird immer deutlicher. Nicht nur berichteten wir bereits über die irische Immunologin Prof. Dr. Dolores Chahill, die davor warnte, dass eine Corona-mRNA-Impfung dafür sorge, dass bei einer neurlichen Erkrankung der eigene Körper angegriffen wird. Nun erläutert auch der Epidemiologe Alexander Kekulé in einem Podcast für den WDR, dass die Impfstoffe das Immunsystem unseres Körper dauerhaft umprogrammieren. Mit ungeahnten Folgen, da immer noch wissenschaftliche Langzeitstudien fehlen.

Immunsystem wird „umprogrammiert“

Wie sogar Pfizer selbst zu seinen Impfstoffen bekannt gibt, sorgen diese dafür, dass das Immunsystem „umprogrammiert“ wird:

„the mRNA BNT162b2 vaccine induces complex functional REPROGRAMMING of innate immune responses, which should be considered in the development and use of this new class of vaccines.“ (Übersetzung: „der mRNA-Impfstoff BNT162b2 induziert ein komplexes funktionelles REPROGRAMMING der angeborenen Immunantworten, was bei der Entwicklung und Anwendung dieser neuen Klasse von Impfstoffen berücksichtigt werden sollte.“)

Die Folge ist eine regelrechte Hypersensibilisierung auf bestimmte Krankheitserreger, was jedoch auch die Gefahr birgt, dass der eigene Körper angefallen wird, wenn das Immunsystem beispielsweise die initiierten Spike-Proteine als Gefahr deklariert und eigene Zellen im Körper angreift.

Und auch der deutsche Epidemiologe Kekulé kommt im Podcast zu einer ähnlichen Conclusio:

„Es kommt hier wohl zu einer Umprogrammierung des Immunsystems, die wir noch nicht ganz verstanden haben."

Langzeitfolgen durch mRNA-Impfungen

Der Biologe Clemens Arvay informiert in einem sehenswerten Video wiederum über erste Hinweise auf komplexe immunbiologische Langzeitfolgen durch mRNA-Impfstoffe:

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Fälle von Herzproblemen explodieren bei Covid-geimpften Teenagern

12. 06. 2021



Bildquelle: MPI

Bekanntlich findet jetzt das Impfexperiment gegen das Corona-Virus auch an Kindern seine Fortsetzung. An einer Personengruppe, die von der „Pandemie" gesundheitlich praktisch

kaum betroffen ist, wie die Statistiken beweisen. Anders sieht es bei den „Impfreaktionen“ in dieser Altersgruppe aus:

Aus den Daten der kanadischen Zulassungsbehörde geht hervor, dass Impfreaktionen unter Jüngeren relativ häufig waren – etwa um **ein Fünftel häufiger als bei Erwachsenen**. Mit Impfreaktionen sind kurzfristige Symptome gemeint, die nach der Impfung auftreten. Dazu zählen etwa Kopfschmerz, Schmerzen oder Jucken an der Einstichstelle, Hautrötung, Müdigkeit, Fieber und Schüttelfrost, berichtet *quarks.de*, ein WDR-Online Angebot für Jugendliche. Dort ist auch zu lesen, dass die **Studien bei kleineren Kindern noch laufen**. Wir zitieren wörtlich:

„In etwa sechs Monaten erwartet der Hersteller Biontech erste Ergebnisse aus den Studien mit Kindern von sechs Monaten bis elf Jahren. Anschließend werden die geimpften Kinder nachbeobachtet. Dasselbe passiert zeitgleich bei der Impfstudie der US-Pharmafirma Moderna.

Die Kinder-Impfstudien mit den Vektor-Impfstoffen von Astrazeneca und Johnson&Johnson wurden nach Bekanntwerden der seltenen Fälle von Blutgerinnseln zeitweise pausiert oder eingestellt.

*Im Frühjahr haben Wissenschaftler aus den USA und Israel allerdings eine Häufung von Herzmuskelentzündungen (Myokarditis) bei jungen Menschen festgestellt, nachdem sie mit einem mRNA-Impfstoff von Biontech oder Moderna geimpft wurden. Möglicherweise gibt es bei **jungen Männern** zwischen 16 und 24 Jahren ein Zusammenhang zwischen Erkrankung und Impfung.“*

Fälle von Herzproblemen explodieren bei Covid-geimpften Teenagern

Lassen Sie sich nicht einreden, dass dies eine „Verschwörungstheorie“ ist: Sie stammt aus dem *Journal de Montréal*, [siehe Storybild oben] das schreibt: „Wissenschaftler warnen die Bevölkerung vor den Gefahren einer Covid-19-Impfung bei 10–19-Jährigen“, berichtet *MPI*. Und weiter:

„Das Vorsorgeprinzip spielt unserer Meinung nach gegen eine großflächige Anwendung der Injektionen von Pfizer bei Minderjährigen“, heißt es in einem Artikel vom 27. Mai, der von fünf Wissenschaftlern aus Quebec mitverfasst wurde, darunter der Honorarprofessor für medizinische Pharmakologie an der Universität von Montreal, Pierre Biron.

„Die niedrige Rate an Krankenhausaufenthalten bei 10- bis 19-Jährigen [und] die Sterblichkeitsrate von fast Null minimiert den Nutzen des Impfstoffs für diese Altersgruppe, außer für Menschen mit einer besonderen Erkrankung“, fügte Isabelle Picard, eine der Wissenschaftlerinnen, die den Artikel unterzeichnet haben, in einem Nachrichtenaustausch mit der Agentur QMI hinzu.

Diese Wissenschaftler bezweifeln daher die Relevanz, Minderjährige einem Risiko auszusetzen, zumal die Rate der ungewöhnlichen klinischen Manifestationen (UCM) für den Impfstoff von Pfizer „kaum unter dem kumulativen Risiko einer Krankenhauseinweisung […] in Quebec für diese Altersgruppe liegt.“

„Die UCM-Rate ist auch höher als die Sterblichkeitsrate, also ist es wahrscheinlicher, dass bei Minderjährigen eine Nebenwirkung des Impfstoffs auftritt, als dass sie an Covid-19 sterben“, schreibt La Journal de Montréal.

Das National Advisory Committee on Immunization (NACI) hatte jedoch am 5. Mai die Impfung gegen Covid-19 mit dem Impfstoff von Pfizer/BioNTech bei 12- bis 15-Jährigen genehmigt, basierend auf einer Stichprobe von 1131 geimpften Kindern, die von den Autoren des Artikels als zu klein angesehen wurde, um die unerwünschten Wirkungen adäquat zu bewerten.

Herz-Kreislauf-Erkrankungen

„Die Boten-RNA (mRNA)-Impfstoffe werden bei jungen Menschen auch mit Fällen von Myokarditis, einer Entzündung des Herzmuskels, in Verbindung gebracht“, schreibt *Le Journal de Montréal.*

Israel erwägt, Teenagern zwischen 12 und 15 Jahren wegen des Risikos einer Myokarditis keine zweite Dosis zu geben, berichtete *Israel Hayom*, eine führende israelische Tageszeitung, am 31. Mai.

Einer der aktiven Mitglieder des Comité sur l’immunisation du Québec (CIQ), Dr. Gaston De Serres, der die Impfung verteidigt, gab dennoch zu, dass es Fälle von Myokarditis in Québec gegeben hat, sagte aber, dass er nicht in der Lage sei, diese zu quantifizieren, so *MPI* weiter.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Neueste Infos zum Corona-Wahn – Aktualisierung täglich: Basketballprofi Zipser – Not-OP nach Impfung

13. 06. 2021



Bild: pixabay/geralt/

Wie unsere Leser wissen, bringen wir seit Beginn der sogenannten „Pandemie“ vor mehr als einem Jahr laufend Artikel und Studien zum Thema „Corona“. Nachdem sich die Berichte über Wiedersprüche und Irrwitzigkeiten rund um das Virus in letzter Zeit

geradezu häufen, wollen wir jetzt (Juni 2021) Meldungen aus den Medien in gekürzter und chronologischer Form hier wiedergeben. Diese Sammlung soll auch eine kleine Hilfe für künftige Historiker darstellen, wenn es gelten wird diesen Jahrhundertbetrug aufzuarbeiten.

13.06.2021

Basketballprofi Paul Zipser: Not-OP wegen Gehirnblutung nach Impfung

Der deutsche Basketball-Nationalspieler Paul Zipser vom FC Bayern ist wegen einer Gehirnblutung notoperiert worden. Wie die *Frankfurter Rundschau* berichtete, wurde Zipser mit dem Corona-Impfstoff von Johnson & Johnson geimpft. Die Zeitung schrieb am 13. Juni:

„Die Diagnostik ins Rollen brachte am Samstag nach der Ludwigsburg-Partie Dr. Sebastian Torka. Zipsers Schwindel-Symptome, die morgens zusätzlich eintraten, ließen das Ärzteteam um den Bayern-Mannschaftsarzt hellhörig werden, da sie wussten, dass der Heidelberger mit dem Vakzin von Johnson und Johnson gegen Corona geimpft worden war.“

Berichtenswert ist auch, dass in vielen Medien, die heute über dieses weitere Impfopfer berichteten, der Umstand das der Basketballstar zuvor geimpft wurde, völlig verschwiegen wurde. Beispielsweise auf *sport1.de* oder *spox.com* und natürlich auch auf *suedeutsche.de*.

12.06.2021

„Pulitzer-Preise im Zeichen von Corona und George Floyd“

Die Pulitzer-Preise würdigen in diesem Jahr vor allem die Berichterstattung über die Corona-Pandemie und über Polizeigewalt in den USA. Ein Teenager erhält einen Sonderpreis, berichte *dw.com*.

„Dienst an der Öffentlichkeit“

Den Preis in der Königskategorie ‚Dienst an der Öffentlichkeit‘ gewann die ‚New York Times‘ für ihre ‚mutige, vorausschauende und umfassende‘ Corona-Berichterstattung. Der Journalist Ed Yong vom Magazin ‚The Atlantic‘ und der Fotograf Emilio Morenatti von der Nachrichtenagentur Associated Press (AP) wurden ebenfalls ausgezeichnet.geehrt. Morenatti hatte eine Serie von Bildern über die Auswirkungen der Pandemie auf ältere Menschen in Spanien gemacht.

Für journalistische Beiträge rund um den Tod des Afroamerikaners George Floyd gab es ebenfalls Auszeichnungen.

11.06.2021



Sceenshot von alpenverein.at

„Ab 10.06.2021 sind neue Vorgaben / Lockerungen für den Bergsport in Kraft getreten. Die ***Die wichtigsten Infos für unsere TeilnehmerInnen kurz zusammengefasst:***
- Bei Fahrgemeinschaften maximal 2 Personen pro Sitzreihe und Tragen der FFP2-Masken. Also im Allgemeinen maximal 4 (haushaltsfremde) Personen in einem PKW.
- Teilnahme an der Veranstaltung – 3G-Regel – nur mit gültigem aktuellen Nachweis über Test, Impfung oder Genesung.

Dieser ist dem/der TourenführerIn am Treffpunkt vorzuweisen.
- Mindestens 1m Abstand beim Gehen zwischen haushaltsfremden Personen. Beim Gehen keine FFP2-Maske.
- FFP2-Maske sowie Nachweis 3G-Regel beim Betreten von Hütten, Gaststätten und Beherbergungsbetrieben.

Details zur Durchführung unserer Touren erfahren sie auf unserer Homepage, per Newsletter oder von den verantwortlichen TourenführerInnen. Stand: 11.06.2021“

10.06.2021

Während in Österreich beispielsweise noch überall eine FFP2-Maskenpflicht (!) gilt (welche nachweislich nicht gegen Viren schützen):



Hier der Link dazu: www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Corona-Daenemark-kippt-Maskenpflicht,daenemark1270.html

09.06.2021

Leipziger stirbt nach AstraZeneca-Impfung – er war erst Ende 40

LEIPZIG – Ein Mann ist in Leipzig offenbar an den Folgen einer Corona-Impfung mit AstraZeneca gestorben. Wie die „LVZ“ am Mittwochabend berichtete, erlitt der Patient des Universitätsklinikums eine Hirnthrombose.

„Die bisherigen Laborergebnisse weisen auf einen Zusammenhang mit der vorhergehenden Impfung hin, sind aber noch nicht abgeschlossen“, erklärte demnach eine Sprecherin des Krankenhauses, berichtet *bild.de*.

Neuer Maskenskandal aufgedeckt

08.06.2021

Sie wollen kein „Corona-Leugner“ sein und schon gar nicht ein „Covidiot“. Dann nehmen Sie am besten zu den heute unten stehenden Thema nicht Stellung. Denn egal was sie dazu sagen oder meinen, „Expertinnen und Experten“ können Ihnen je nach „Bedarf“ wiedersprechen. Am 01.06.2021 berichtete die Kronenzeitung (Österreichs auflagenstärkste Zeitung) in ihrem online-Portal *krone.at* Untenstehendes, um nur zwei Tage später das Gegenteil dazu zu verlautbaren (siehe weiter darunter):



Screenshot krone.at

Am 03.06.2021 laute die Überschrift auf *krone.at* „Gemischte Impfung gut verträglich und wirksam“. Weiter im Text heißt es dann:

„Eine Covid-19-Impfung mit AstraZeneca gefolgt vom Impfstoff von Biontech/Pfizer hat laut einer aktuellen deutschen Studie wohl keine Nachteile bei Wirksamkeit und Verträglichkeit. Eine Kombination der Präparate in einem Abstand von zehn bis zwölf Wochen sei gut verträglich und rufe vergleichbare Immunantworten wie eine Impfserie mit zweimal Biontech hervor, schrieb der Wissenschaftler Leif Erik Sander von der Berliner Charité auf Twitter. Zu einem ähnlichen Ergebnis war erst kürzlich eine spanische Studie gekommen.“

Unter Anderem wird im Artikel auch berichtet:

„Bereits im Februar sprach sich der österreichische Virologe Florian Krammer dafür aus, ein mRNA-Vakzin auf das AstraZeneca-Präparat ‚draufzuimpfen' und die Wirkung zu ***testen****. Aus immunologischer Sicht sei das ‚****vermutlich kein Problem****', so der Forscher. Nun liegen erstmals konkrete Daten zur Wirksamkeit einer solchen Mischung vor."* (Hervorhebungen durch unsere Redaktion)

Man beachte im Text: ‚zu testen' und ‚vermutlich kein Problem'. Probleme haben mittlerweile jedoch Personen, die sich nicht per Impfung ‚testen' lassen wollen, oder anders gesagt, nicht Versuchskaninchen sein wollen.

Komplett gegenteilig sah die Berichterstattung nur zwei Tage zuvor aus:



01.06.2021 15:58 | NACHRICHTEN > ÖSTERREICH

„UNSICHERE KONSEQUENZ"

Nationales Impfgremium rät: Impfstoffe nicht mixen

Screenshot krone.at

Unter der Überschrift „Unsichere Konsequenz – Nationales Impfgremium rät: Impfstoffe nicht mixen" berichtet *krone.at* am 01.06.2021 Folgendes:

„Schon mehrere Länder wenden bei der Corona-Immunisierung bei der ersten und bei der zweiten Imfpung verschiedene Impfstoffe an. So setzt Deutschland etwa bei Menschen unter 60 Jahren nach einem ersten Stich mit AstraZeneca beim zweiten Termin auf die mRNA-Vakzine Biontech/Pfizer und Moderna. Der Grund dafür ist auch das seltene Auftreten von Thrombosen. Das österreichische Nationale Impfgremium (NIG) rät in seiner aktualisierten Anwendungsempfehlung allerdings davon ab. Möglich ist es aber auf Wunsch sehr wohl." (Anm.: Rechtschreibfehler im Original)

„Off-Label-Anwendung mit unsicherer Konsequenz"

Und weiter ist unter Anderem im Artikel zu lesen:

„ ‚Für einen vollständigen Impfschutz soll eine Impfserie mit dem Impfstoff beendet werden, mit dem sie begonnen wurde. Die Verwendung unterschiedlicher Impfstoffe bei Dosis 1 und 2 ist weder vorgesehen noch empfohlen und wäre eine ***Off-Label-Anwendung mit unsicherer Konsequenz****, sowohl was Schutz als auch mögliche Nebenwirkungen betrifft', schreibt das NIG in seiner aktualisierten Empfehlung."*

Wir meinen: Bleiben wir lieber „Covidioten", anstatt uns als Versuchskaninchen einer „Off-Label-Anwendung mit unsicherer Konsequenz" zu unterziehen.

07.06.2021

„Moderna beantragt Zulassung seines Corona-Impfstoffs für Jugendliche in EU"

Jetzt komme auch die Kinder dran, eine Personengruppe, die praktisch von der „Pandemie" überhaupt nicht betroffen ist.

Der US-Pharmakonzern Moderna hat eine Zulassung seines Corona-Impfstoffs für Kinder und Jugendliche ab 12 Jahren in der EU beantragt. Das gab das Unternehmen am Montag bekannt. Bei einem positiven Votum der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) wäre der Moderna-Impfstoff das zweite für Jugendliche in der EU zugelassene Vakzin nach dem von Biontech/Pfizer. Moderna hat bisher eine EU-Zulassung ab 18 Jahren. Quelle: *wdr.de*

06.06.2021

„Vor G7-Gipfel: Johnson fordert Corona-Impfung für alle"

Ist die Corona-Pandemie erst dann vorbei, wenn die gesamte Weltbevölkerung gegen das tückische Virus geimpft ist? Der britische Premier Johnson ist wohl dieser Ansicht – und formuliert einen eindringlichen Appell, berichtet *dw.com.*

Und weiter:
„ ‚Der britische Premierminister Boris Johnson hat vor dem anstehenden Gipfel der führenden Industrienationen das Ziel ausgegeben, die gesamte Weltbevölkerung bis Ende 2022 gegen Corona zu impfen. ‚Ich fordere meine Kollegen der G7-Staaten auf, diese schreckliche Pandemie mit uns zu beenden und zu versprechen, dass wir die durch das Coronavirus angerichtete Verwüstung nie wieder zulassen werden', erklärte Johnson in London."

05.06.2021

04.06.2021

„Lauterbach rechnet mit baldigen Auffrischungsimpfungen"

SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach hält eine Auffrischungsimpfung gegen Covid-19 für wahrscheinlich. *„Ich rechne damit, dass wir spätestens Anfang nächsten Jahres wieder impfen müssen*", sagt er im Podcast „heute wichtig" von „stern", RTL und ntv am Donnerstag. Möglicherweise hätten dann einige den Impfschutz bereits wieder verloren. Entscheidend für die Frage einer erneuten Impfung sei aber, wie sich die Sars-CoV-2-Varianten entwickeln würden.

Lauterbach sprach sich außerdem für eine zügige Impfung von Kindern und Jugendlichen zwischen 12 und 16 Jahren aus, sobald Menschen mit Priorisierung geimpft sind: „*Kinder brauchen den Impfstoff, um gut vorbereitet in das neue Schuljahr zu kommen.“* Erwachsene ohne Priorisierung könne man zwei Wochen nach hinten schieben.

Die Ständige Impfkommission dagegen hatte angekündigt, vor einer Aussage dazu erst weitere Daten zur Verträglichkeit der Impfstoffe auszuwerten.

Quelle: *1.wdr.de*

03.06.2021

„Corona-Impfstoff in Rekordzeit dank AIDS-Forschung“

Viele Menschen wundern sich, wieso bei den Covid-Impfungen auf die ansonsten übliche jahrelange Entwicklung verzichtet werden kann. Das Rätsels Lösung lesen wir auf *dw.com*.

„Nur Monate nach Ausbruch der weltweiten Pandemie waren erste Vakzine gegen das Coronavirus gefunden. Zu verdanken war das auch der HIV-Forschung. Und auch die Suche nach einem HIV-Impfstoff erfährt wieder Auftrieb.“

Und auch ein Erklärvideo findet sich dort.

02.06.2021

„NIG spricht klare Empfehlung für Kinder-Impfung aus“

Ein ausführlichen Artikel zum Thema Kinderimpfung auf *medonline.at* beginnt mit folgenden Worten:

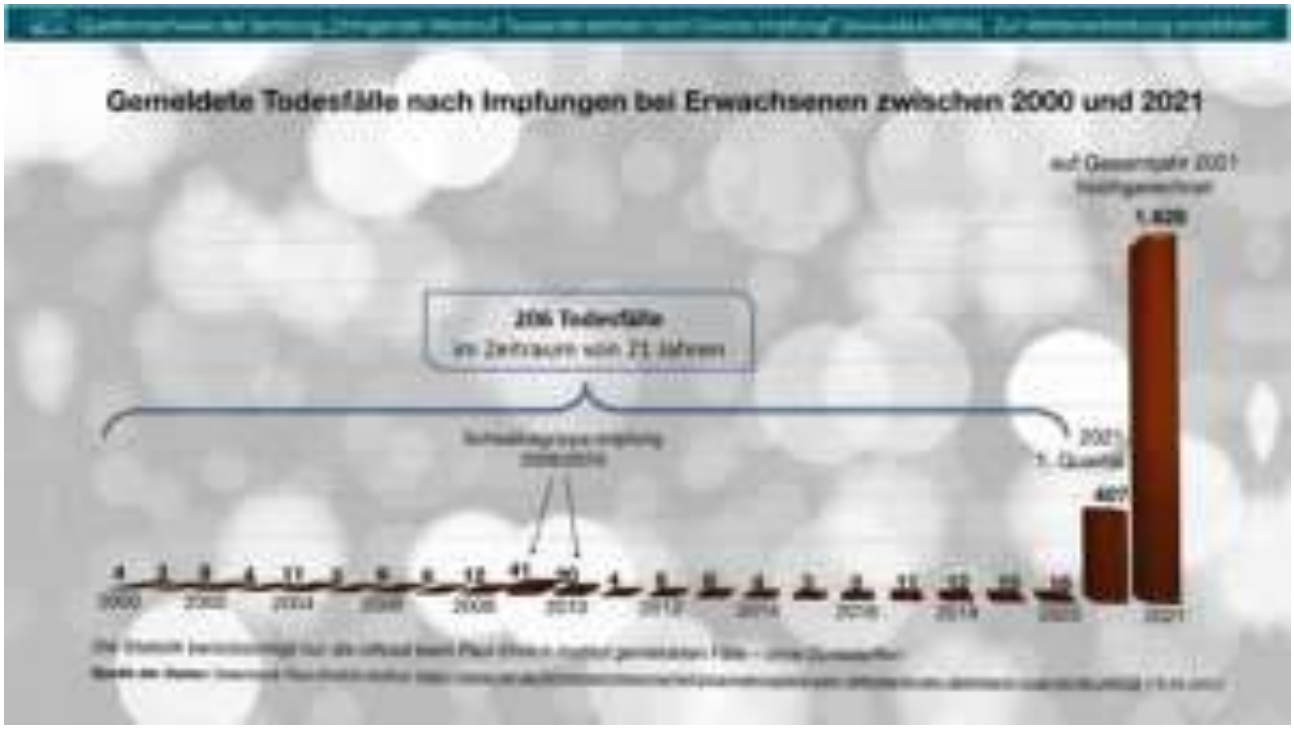
„Ende Mai gab es grünes Licht für Kinder & Jugendliche ab 12: Der Nutzen der COVID-19-Schutzimpfung durch den mRNA-Impfstoff von Pfizer/BioNTech überwiege, schließt sich das österreichische Nationale Impfgremium (NIG) der Empfehlung (im Sinne der Nutzen-Risiko-Analyse, Anm. der Red. am 10.06.2021) der Europäischen Arzneimittelbehörde (EMA) vollinhaltlich an. Denn auch die Kids sind vor schweren Krankheitsverläufen nicht gefeit…“

Und im Artikel stößt man noch auf Erwähnenswertes, nämlich das auch von einem „Risiko“ gesprochen wird. Und, dass die „Sicherheit und Wirksamkeit weltweit genau beobachtet wird“, was nichts anderes heißt, dass auch hier die Versuchsreihe erst anläuft.

„Der Nutzen der Impfung gegenüber dem Risiko überwiege ‚auch in dieser Altersgruppe‘, hatte der Ausschuss für Humanarzneimittel nach Prüfung des Zulassungsantrages für den mRNA-Impfstoff von BioNTech/Pfizer für Kinder ab dem vollendeten 12. Lebensjahr befunden. Sicherheit und Wirksamkeit der COVID-19-Schutzimpfung würden bei Kindern und Erwachsenen weiterhin nicht nur im Rahmen des europäischen Pharmakovigilanzsystems, ‚sondern auch weltweit genau beobachtet‘, heißt es in den überarbeiteten Anwendungsempfehlungen des NIG zu den COVID-19-Schutz-Impfungen.“

01.06.2021

Impftote in Deutschland – eine Zwischenbilanz



Impftote 2021 im Vergleich zu den Jahren davor ab 2000 (offizielle Zahlen des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI) in Deutschland). Säule rechts ist die Prognose für das gesamte Jahr 2021 bei gleichbleibender Tendenz. Bis Ende 1. Quartal (Stand 2.4.2021) in Deutschland: bei 31.149 gemeldeten Nebenwirkungen, davon 3.436 schwer und 407 Todesfälle.

05) Stoppen wir Covid-Hysterie: Von den USA bis Frankreich verschwindet die Epidemie

Von Dr. Gérard Delépine

10. 06. 2021



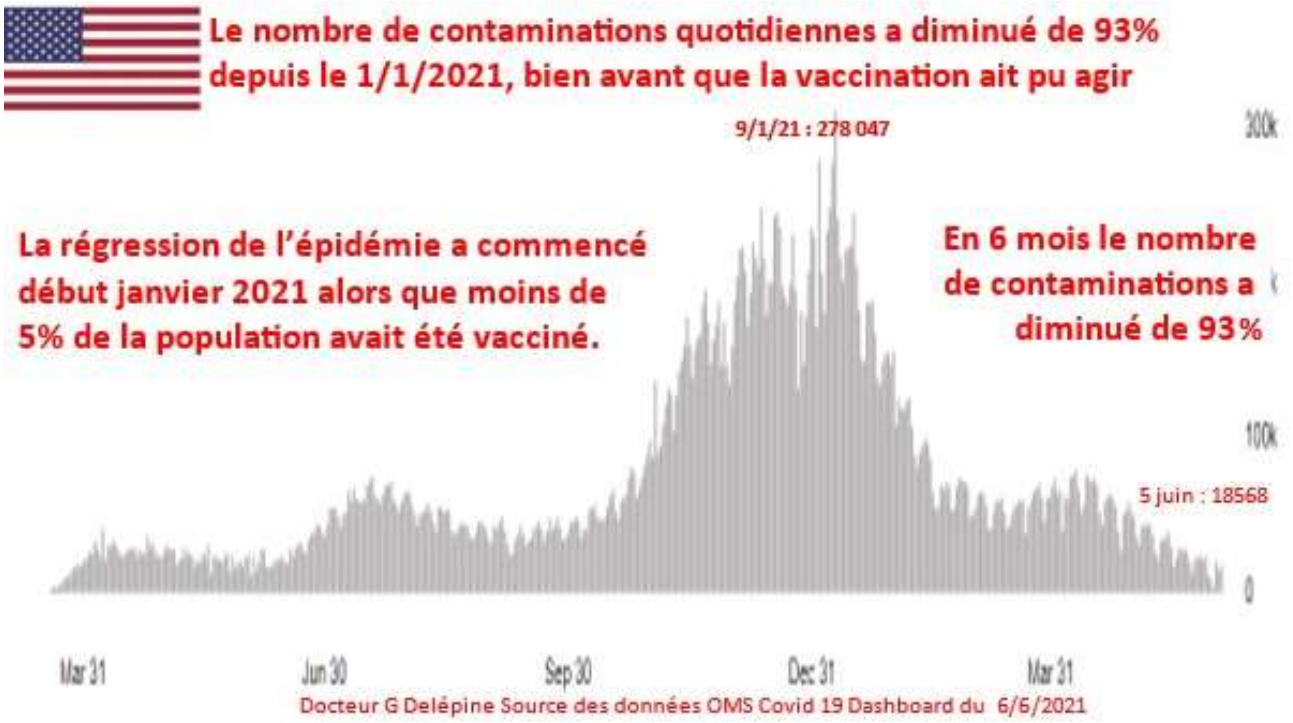
Bildquelle: MPI

Seit 17 Monaten regieren unsere politischen Führer und die Medien mit der Angst. Katastrophenprophezeiungen werden als Realitäten dargestellt, die Zahl der Todesfälle, die Covid zugeschrieben werden, wird jeden Tag aufgelistet, und dann, wenn sie nicht mehr zahlreich genug sind, wird die Zahl der „Fälle“ aufgelistet, was die Menschen glauben lässt, dass sie krank sind. Wenn das nicht reicht, winken sie mit den Varianten, die uns überwältigen werden. Diese sorgfältig aufrechterhaltene Panik hat es skrupellosen Führern erlaubt, ohne die geringste Scham freiheitsfeindliche Maßnahmen, „die Pseudo-Covid-Diktatur“, durchzusetzen und antisoziale Gesetze zu verabschieden.

Wir sollten aufhören, Angst zu haben. Betrachten wir die Tatsachen, nur die bewiesenen Tatsachen, die zeigen, dass die Epidemie in den USA seit 6 Monaten und in Europa seit zwei Monaten gestoppt ist, was die sogenannten sanitären Maßnahmen noch absurder macht, die uns ersticken und nur den Zweck verfolgen, uns dazu zu bringen, experimentelle Pseudo-Impfstoffe zu akzeptieren, die nicht sehr effektiv und gefährlich sind.

Die Epidemie hat die USA seit Januar verlassen, doch die Medien sprechen nicht darüber

Betrachtet man die von der WHO veröffentlichte Kurve der Kontaminationen, so sieht man, dass die Anzahl der täglichen Kontaminationen seit Januar 2021 um 93 % gesunken ist.

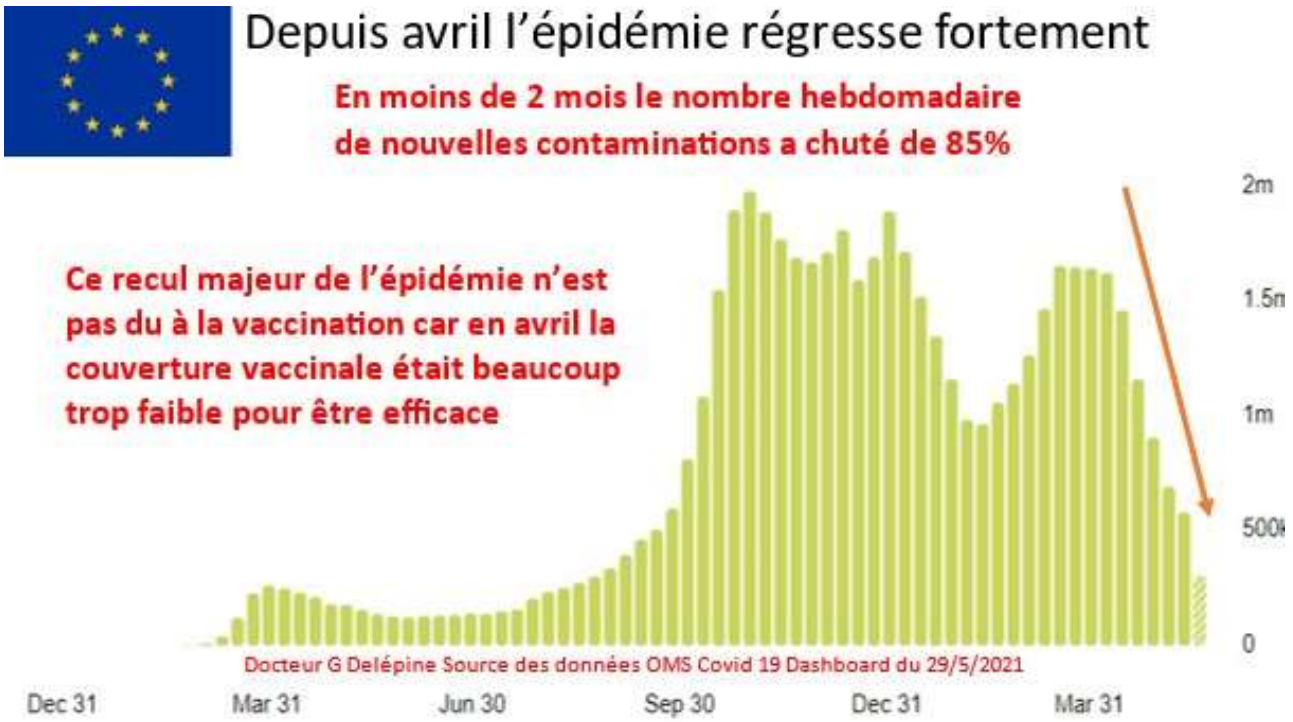


Dieses fast völlige Verschwinden von Neuinfektionen ist hingegen nicht auf die Impfung zurückzuführen, wie uns die Medien glauben machen wollen. Es begann, als noch kein Amerikaner beide Dosen des Impfstoffs erhalten hatte und nur weniger als 5% die erste Dosis erhalten hatten. Und es beschleunigte sich im Februar und März, als die Durchimpfungsrate unter 20 % lag und die Impfung noch zu frisch war, um überhaupt wirken zu können.

Zu glauben, dass die Impfung zur Verlangsamung der Epidemie beigetragen haben könnte, ist daher nichts weiter als eine Lüge der Impfpropaganda, die durch die bewiesenen Fakten widerlegt wird.

Die Epidemie hat Europa seit April 2021 verlassen, doch die Medien erwähnen das nicht

Auch in Europa ist die Epidemie seit April 2021 rückläufig, die Zahl der täglichen Infektionen sank innerhalb von zwei Monaten um über 80%.



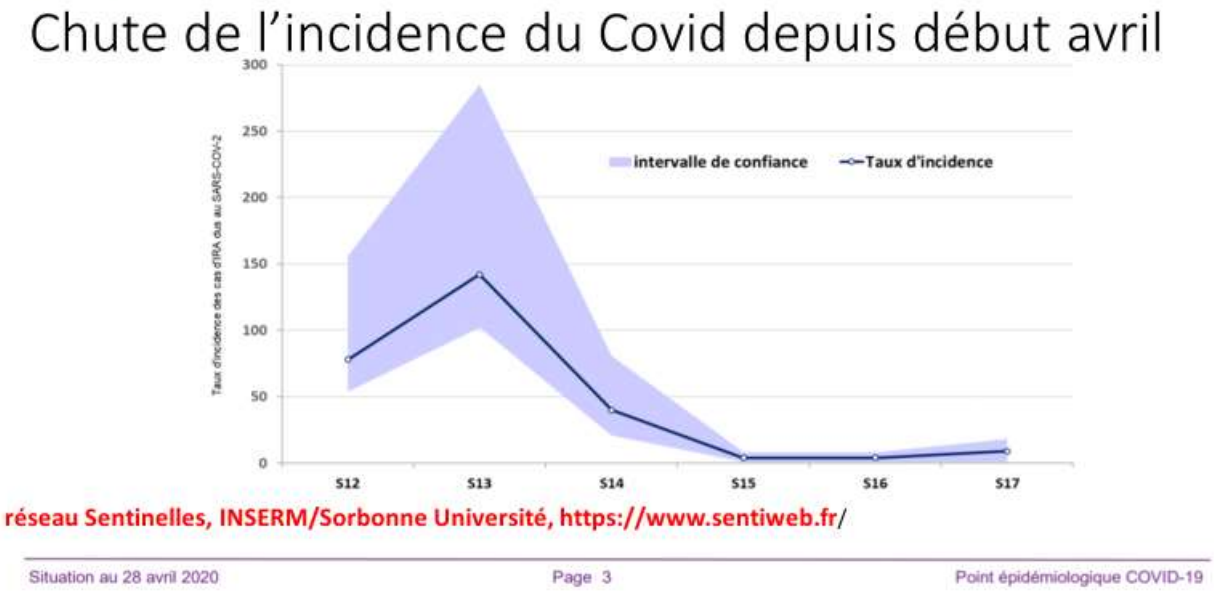
In Europa, wie auch in den USA, kann der Rückgang der Epidemie nicht mit der Impfung in Verbindung gebracht werden, die laut Impfbefürwortern im April 2021 gar nicht ausreichend verbreitet war, um wirksam zu sein. Also diejenigen, die immer wieder behaupten, dass eine Durchimpfungsrate von mehr als 70 % unbedingt erreicht werden muss, um einen wirksamen Schutz für die Bevölkerung zu erreichen.

Die Epidemie hat Frankreich seit dem 21. April verlassen, doch die Medien erwähnen das nicht

Seit Anfang April 2021 ist die Zahl der täglichen Neukontaminationen von 57172 auf 6654 gesunken, was einem Rückgang von 88 % entspricht. Diese hervorragende Nachricht ist leider nicht so verbreitet worden, wie sie es verdient, obwohl sie der Bevölkerung erlauben würde, aus dem Alptraum herauszukommen, in den die Terrorpropaganda und die kontraproduktive Unterdrückung unserer Grundfreiheiten sie gestürzt haben.

Diese Kurve der WHO wird durch das Sentinelnetzwerk bestätigt, das ebenfalls einen deutlichen Rückgang der Patientenzahlen seit April beobachtet und die aktuelle Inzidenz von Covid 19 auf 5/100.000 schätzt, was deutlich unter der Rate liegt, die man üblicherweise zulässt, um von einer Grippeepidemie zu sprechen. Erinnern Sie sich daran, dass im Jahr 2016 die Epidemie-Schwelle für Influenza-Syndrome bei 173 Fällen pro 100.000 Einwohner und die für akute Diarrhöe (Gastroenteritis) bei 194 Fällen pro 100.000 Einwohner lag.

Figure 1. Taux d'incidence pour 100 000 habitants des cas d'IRA dus au SARS-COV-2 vus en médecine générale par semaine depuis la semaine 12 (16 au 22 mars) en France métropolitaine, (Réseau Sentinelles)



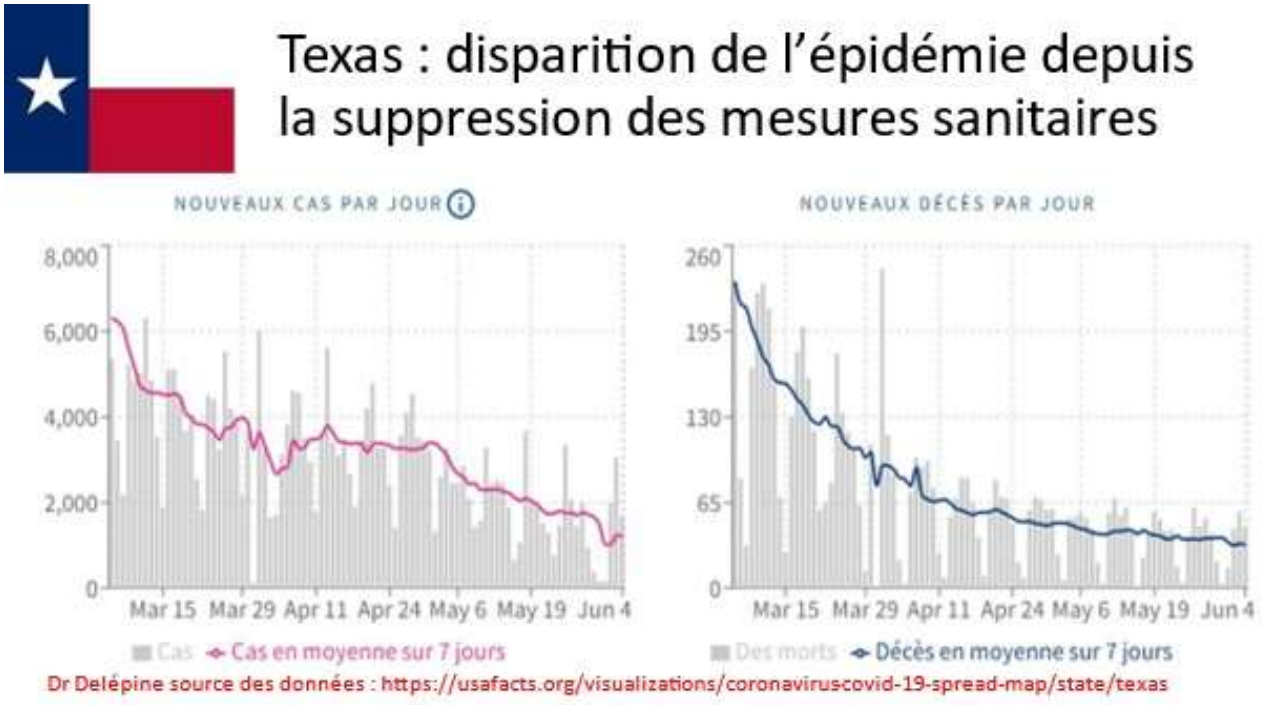
Dieser Rückgang der Epidemie ist nicht auf die Impfung zurückzuführen. Er begann im April, als weniger als 15 % der Bevölkerung eine erste Dosis erhalten hatten und weniger als 5 % vollständig geimpft worden waren.

Dieses spontane Verschwinden der Krankheit erinnert an die saisonale Influenza und die beiden vorherigen gut dokumentierten Coronavirus-Epidemien, MERS-CoV im Jahr 2012 und SARS im Jahr 2002.

Stoppen wir die Covid-19-Hysterie: folgen wir dem Beispiel von Texas

Im März 2021 war Texas ebenfalls seit zwei Monaten aus der Epidemie herausgekommen und befand sich auf unserem aktuellen Kontaminationsniveau. Deren Gouverneur beschloss in Anbetracht der beträchtlichen Verwüstungen für die körperliche und geistige Gesundheit, die Bildung, den sozialen Verhältnissen und die Wirtschaft, die die so genannten sanitären Maßnahmen mit sich brachten, diese allesamt zu beenden und nicht mehr auf die „offiziellen" Experten zu hören. Dies brachte ihm eine Kampagne von Beleidigungen und Verunglimpfungen seitens der Covid-Protagonisten ein, die ihm eine Gesundheitskatastrophe prophezeiten.

Doch sie haben sich wieder einmal geirrt und die Wiederaufnahme des normalen Lebens in Texas wurde von einem weiteren Rückgang der Kontamination begleitet. Angesichts dieser Demonstration der Nutzlosigkeit autoritärer Gesundheitsmaßnahmen haben alle republikanischen Staaten und nun auch die überwiegende Mehrheit der demokratischen Staaten sie mit dem gleichen zufriedenstellenden Fortschritt abgeschafft.



Die uns auferlegten Maßnahmen sind medizinisch völlig nutzlos. Sie sind schädlich für den Alltag, für die Erziehung, für den Unterricht, für das soziale Leben und für die Wirtschaft. Fordern wir ihre sofortige Abschaffung!

Die Texaner haben es erfolgreich getan. Lassen Sie uns ihrem Beispiel folgen und unsere Grundfreiheiten zurückerobern.

Die Impfung spielte keine Rolle bei der Eindämmung der Epidemie, weil sie zu spät kam. Eine Impfung heute ist daher sinnlos, denn selbst wenn das Coronavirus eines Tages wiederkäme, wäre es eine neue Variante, die gegen die aktuellen Impfstoffe resistent ist, wie es das Grippevirus jedes Jahr beweist.

Quelle: MPI

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Impf-Propaganda mit David Hasselhoff: durch die Spritze zur Freiheit

08. 06. 2021



Der deutschen Bundesregierung ist derzeit offenbar jedes noch so billig-plumpe Mittel recht, um die Bevölkerung zu einer Corona-Impfung zu drängen. Selbst vor dem Engagement eines ehemaligen Schauspielstars und Sängers schreckt man nun nicht zurück, wie eine aktuelle Werbekampagne des Gesundheitsministeriums (BMG) von Jens Spahn (CDU) verdeutlicht. Dabei fragt man sich zu Recht, weshalb eine Impfung eine globale Marketing- und Werbekampagne benötigt, die seinesgleichen sucht.

„Mit der Spritze in die Freiheit"

Mit der mehr als billigen Propaganda-Kampagne verrät das Gesundheitsministerium auch gleich, worum es bei der Impfung eigentlich geht: der Bürger erhält – trotz stetiger gegenteiliger Behauptung – seine „Freiheit" vom Staat zurück, zumindest temporär. Denn die Werbesujets mit David Hasselhoff sind mit folgenden Texten versehen:

„I found freedom – #Ärmelhoch für die Impfung"

oder

„Ich, David Hasselhoff, bin vermeintlich ein Held, wegen ‚Baywatch' und ‚Knight Rider' und der Berliner Mauer, aber meine Freiheit war die Impfung. Sie können das auch"





Zudem „kämpft" man neuerdings dank der Impfung perfiderweise FÜR die Freiheit, zumindest nach der Logik des BMG.

Impfung wegen Annehmlichkeiten, nicht Gesundheit

Und wie es mittlerweile üblich ist, lässt sich auch der Schauspieler Hasselhoff nicht etwa aus Angst vor dem Virus oder die Sorge um seine Gesundheit impfen. Nein, es ist wegen der persönlichen Annehmlichkeiten – wie bei vielen anderen Bürgern auch. Man will schließlich wieder verreisen oder im Gasthaus Bier trinken. Hasselhoff dazu:

„Ich freue mich darauf, wieder zum Alltag zurückzukehren, auf die Freiheit. Die Freiheit, sich impfen zu lassen und um die Welt zu reisen" Mein Rat an alle in Amerika, in der ganzen Welt und in Deutschland: Lassen Sie sich impfen."

Bei der BMG-Kampagne #ÄrmelHoch, die die Impfbereitschaft erhöhen möchte, beteiligten sich bereits andere Entertainer wie Uschi Glas oder Günther Jauch.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Kinder gegen Covid zu impfen ist unverantwortlich und unethisch

Von Dr. Nicole Delépine

09. 06. 2021



Bildquelle: MPI

GEFAHR: Kinder sollten nicht mit Anti-Covid-Pseudo-Impfstoffen geimpft werden

In einer Zeit, in der die Epidemie in Europa und den USA verschwindet und in der die Offenlegung der E-Mails von Dr. Fauci zeigt, dass er gelogen hat, um den Markt für Pseudo-Impfstoffe vorzubereiten, ist es absolut notwendig, die Kleinen vor diesen experimentellen Gen-Injektionen zu retten, die keine Impfstoffe im klassischen Sinne sind.[1]

Werden die skandalösen Enthüllungen, die durch die Veröffentlichung der Fauci-E-Mails zustande gekommen sind, noch rechtzeitig den Impfwahnsinn stoppen? Wundern Sie sich nicht über die Anbiederungen der Behörden und der Medien, die Sie unter dem Vorwand eines Impfpasses oder anderer Zwangsmaßnahmen dazu zwingen wollen, auch die Jüngsten so schnell wie möglich zu impfen. Frankreich wird dank Macron vielleicht zu den Letzten gehören, die diese Maßnahmen aufgeben, aber sie werden in der Praxis verschwinden, wie Eric Verhaeghe[2] in einem kürzlich erschienenen Artikel im *Courrier des stratèges* und wir selbst bereits im vergangenen April vorausgesagt haben,[3] ihre Abschaffung Anfang Juni in Israel[4] und bald in Großbritannien[5] bestätigt es.

Seit mehr als einem Jahr wiederholen wir, dass Kinder und Jugendliche nicht durch Covid gefährdet sind[6].

Die internationale Literatur zeigt einhellig, dass Kinder andere Kinder oder Erwachsene nicht kontaminieren. Die wenigen Artikel, die versuchen, das Gegenteil glauben zu machen, basieren nur auf theoretischen Labordaten oder falschen mathematischen Simulationen und

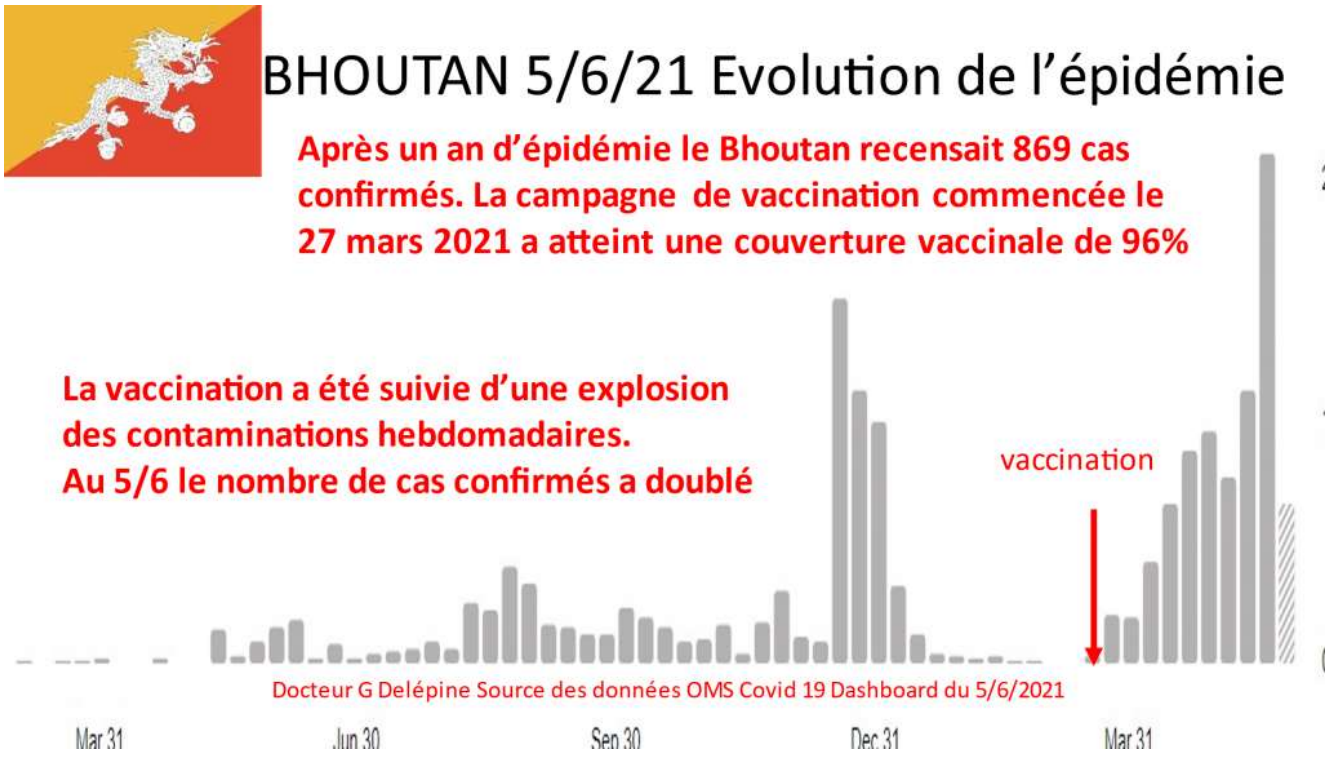
niemals auf realen epidemiologischen Studien, zumal Lehrer nicht stärker kovidgefährdet sind als die Allgemeinbevölkerung (entgegen dem perversen Spiel ihrer Gewerkschaften, die einem das glauben machen wollten)[7].

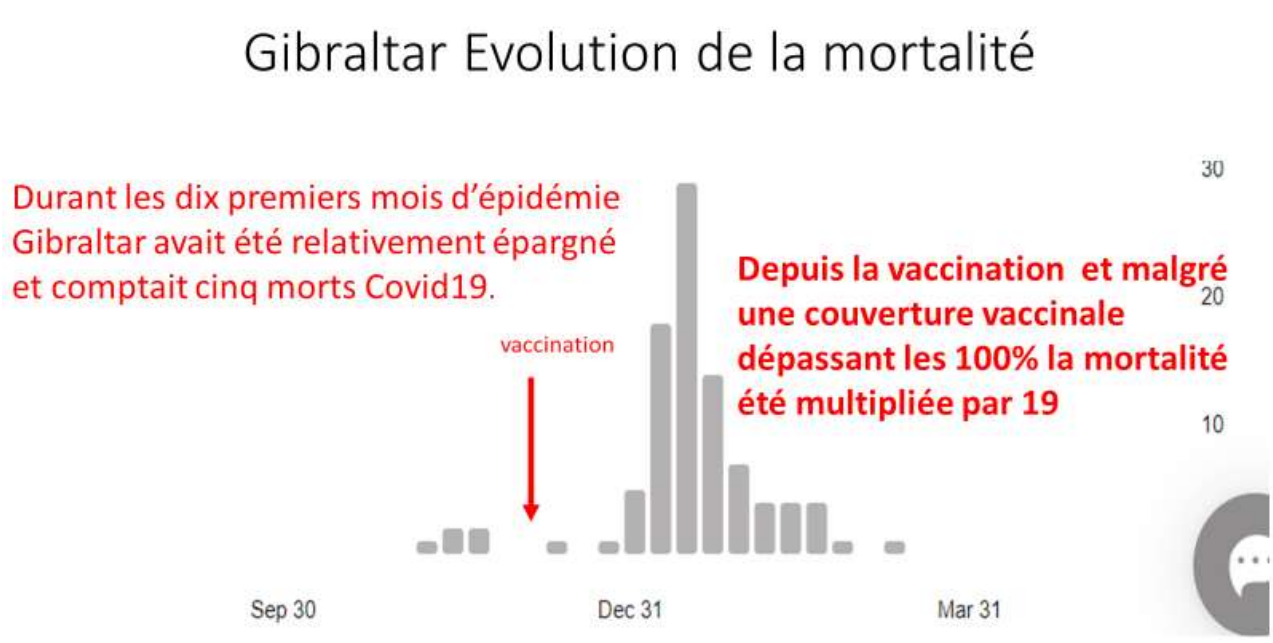
Selbst diejenigen, die in Frankreich die Impfung für die Jüngsten befürworten, erkennen dies an und bringen stattdessen Argumente ins Spiel, die ebenso unredlich sind.

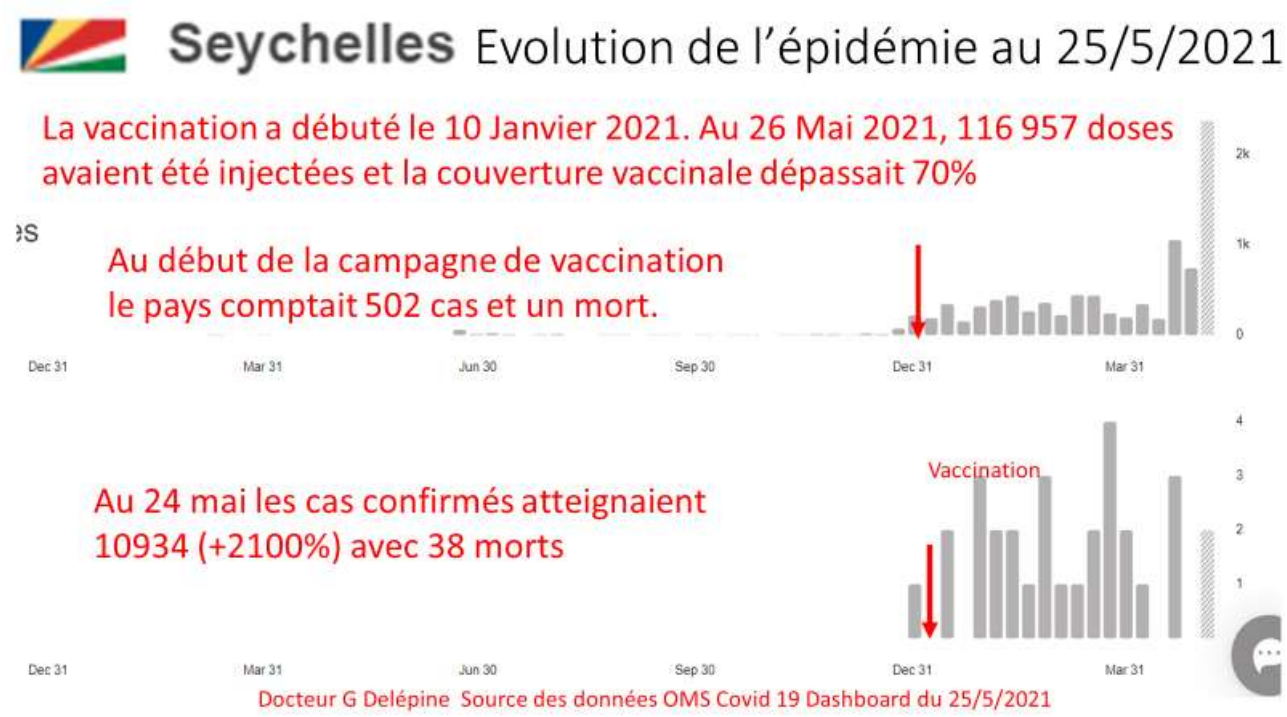
Der lächerlichste Vorschlag ist die Impfung als Antidepressivum! „Die Impfung der Kinder würde sie in das gemeinsame Schicksal (!) einbinden und so „bei der psychologischen Rekonstruktion helfen“! Eine perverse Botschaft, die immerhin das Verdienst hat anzuerkennen, dass die Impfung als Schutz vor Covid keine Rolle spielt.

Kann eine sehr hohe Durchimpfungsrate Kontaminationen verhindern?

Die Befürworter der Covid-Impfung von Kindern wollen diese durchsetzen, um eine möglichst hohe Durchimpfungsrate zu erreichen[8], mit dem offiziellen Ziel, die älteren Menschen zu retten. Aber auch die Länder mit den höchsten Durchimpfungsraten der Welt, wie Bhutan (96%), Gibraltar (>100%) oder die Seychellen (>70%), wurden Opfer von schweren Epidemieausbrüchen nach der Impfung, wie die folgenden, von der WHO[9] veröffentlichten und von uns rot kommentierten Kurven zeigen.







Selbst eine sehr hohe Durchimpfungsrate scheint daher nicht in der Lage zu sein, eine Kontamination zu verhindern.

Was den Schutz der älteren Menschen als Argument angeht: waren dieselben älteren Menschen, denen eine wirksame frühzeitige Behandlung verweigert wurde und denen einfach Rivotril gegeben wurde, „um sie zu entlasten" und in Wirklichkeit, um sie zu euthanasieren, von Interesse für die Behörden? Allerdings hätten so etwa zehntausend Menschen[10] in EHPADs mit Hilfe dieses „wunderbaren" Medikaments sterben können,

das für Menschen mit Ateminsuffizienz verboten ist und erst dank des Dekrets von Édouard Philipe-Véran von Ende März 2020, das im Oktober und kürzlich am 1. Juni 2021 erneuert wurde, larga manu gegeben wurde. Was ist damit?“[11]

AUFRUF VON ÄRZTEN AN DIE REGIERENDEN IM VEREINIGTEN KÖNIGREICH

„Kinder gegen Covid zu impfen ist „unverantwortlich, unethisch und unnötig““

In einem offenen Brief an die Regulierungsbehörde für Arzneimittel und Gesundheitsprodukte (Medicines and Healthcare products Regulatory Agency)[12] erklärten mehr als 40 Ärzte, Mediziner und Wissenschaftler in Großbritannien, dass Kinder anfälliger für die möglichen Langzeitwirkungen von Covid-Impfstoffen sind.

Die Gruppe forderte, dass niemand unter 18 Jahren gegen Covid geimpft werden sollte, da das Virus nachweislich kein Risiko für gesunde Kinder darstellt. Der Brief wurde als Reaktion auf durchgesickerte Dokumente des britischen National Health Service geschrieben, in denen beschrieben wird, wie die britischen Gesundheitsbehörden planen, Kinder über 12 Jahren zu impfen.

Laut den Dokumenten des Gesundheitsdienstes könnten Kinder im Alter von 5 Jahren bereits ab 21. Juli geimpft werden – ein Schritt, von dem die Regierung sagt, dass er notwendig sein könnte, um Fälle von Covid zu reduzieren, da die Eindämmung im ganzen Land zunimmt. Dennoch wird Covid durch Kinder nicht übertragen und die europäische Epidemie ist am Abnehmen.

Außerdem haben hochrangige britische Beamte gerade offiziell zugegeben, dass sie die Zahlen gefälscht und die Angst der Bevölkerung dazu benutzt haben, um die sogenannten Gesundheitsmaßnahmen durchzusetzen, die den Politikern ins Zeug passten. Werden sie ihre Lügen fortsetzen?

Die Autoren des Briefes erinnerten daran, dass das Risiko, an Covid zu sterben, bei gesunden Kindern 1 zu 1,25 Millionen beträgt. Covid-Gen-Pseudoimpfstoffe sind hingegden verantwortlich für Schlaganfälle durch zerebrale Venenthrombosen bei Menschen unter 40 Jahren – ein Befund, der „zur Aussetzung der Oxford-AstraZeneca-Kinderstudie führte“, so die Autoren. Sie geben an:

„Kinder haben ein ganzes Leben vor sich, und ihr immunologisches und neurologisches System ist noch in der Entwicklung, was sie potenziell anfälliger für unerwünschte Ereignisse macht als Erwachsene.“

Befinden wir uns wirklich in der Zeit der Zauberlehrlinge und der russischen Roulettespieler, oder hat der Mythos von Faust unsere Führer heimgesucht, aber auch die Bevölkerungen, die sich seltsamerweise diesem Rausch durch Injektion einer Substanz unterworfen haben, die unsere DNA verändern kann, sogar die der folgenden Generationen. Niemand weiß es, und dies ist das Perplexeste. In der Welt, die vor kurzem das Vorsorgeprinzip in der Verfassung verankert hat, in der die Worte Umwelt und Zukunft des Planeten auf alle möglichen Arten verwendet werden und in der Diebe von genveränderten Substanzen (GVO) immer noch ihre Strafe absitzen, wird denjenigen, die bewusst Bio kaufen und die GVO in ihrer Seife oder ihrem Shampoo loswerden wollen, ein Gift gespritzt, das sie eindeutig zu genveränderten Menschen machen wird. Ein toller Job der Lobbyisten und Kommunikatoren! Sie haben unsere Ökologen und ihre Anhänger, ergo einen guten Teil der Bevölkerung, in Verteidiger des GVO-Menschen verwandelt… Ein starked Resultat![14]

Dieser Brief sollte übrigens vollständig gelesen werden: „Covid-19 Child Vaccination: Safety and Ethical Concerns – An Open Letter From UK Doctors to Dr. June Raine, Chief Executive, MHRA“ :

„Wir möchten Sie über unsere ernsten Bedenken gegenüber allen Vorschlägen zur Verabreichung von Covid-19-Impfstoffen an Kinder informieren. Kürzlich durchgesickerte Regierungsdokumente deuten darauf hin, dass eine Einführung des Covid-19-Impfstoffs für Kinder über 12 Jahren bereits für September 2021 geplant ist und dass im schlimmsten Fall bereits Kinder im Alter von 5 Jahren im Sommer geimpft werden könnten.“

Wir waren zutiefst beunruhigt, als wir hörten, wie mehrere Regierungs- und SAGE-Vertreter[15] in den Medien dazu aufriefen, die Einführung des Covid-19-Impfstoffs „so schnell wie möglich auf Kinder zu übertragen“. An Londoner Schulen verteilte Unterrichtsmaterialien enthalten „emotional aufgeladene und ungenaue“ Fragen.

Manipulation von Lehrergewerkschaftsfunktionären, die selbst Kinder manipulieren

Es wurde eine beunruhigende Sprache von Führern der Lehrergewerkschaft verwendet, die dazu führt, **dass Kinder gezwungen werden**, Covid-19-Impfstoffe zu akzeptieren.

Der Gruppenzwang in den Schulen sollte gemäß den von den Gewerkschaften weitergegebenen Regierungsrichtlinien gefördert werden. **Doch der Zwang, eine medizinische Behandlung zu akzeptieren, verstößt gegen britische und internationale Gesetze und Erklärungen.**[16] Besonders schäbig, verachtenswert und illegal ist es, diesen Zwang über Kinder auszuüben. Nötigung von Kindern kann nach der Charta der Rechte des Kindes nicht akzeptiert werden.

„Eine solche Rhetorik ist unverantwortlich und unethisch und ermutigt die Öffentlichkeit, zu verlangen, dass Minderjährige mit einem Produkt geimpft werden, das sich noch im Forschungsstadium befindet und keine bekannten mittel- oder langfristigen Auswirkungen hat, gegen eine Krankheit, die kein wesentliches Risiko für sie darstellt. Nachfolgend finden Sie eine Zusammenfassung unserer Gründe; eine ausführlichere und vollständig referenzierte Erklärung ist verfügbar“, heißt es in dem Brief an die medizinischen Gremien der englischen Regierung.

Die Autoren listen dann die Risiken und den Nutzen bei medizinischen Behandlungen auf. Einige der wichtigsten Punkte sind wie folgt

WIEDERHOLEN SIE NICHT DIE TRAGÖDIEN DER VERGANGENHEIT MIT ANDEREN ÜBEREILT AUF DEN MARKT GEBRACHTEN IMPFSTOFFEN

„Wir müssen sicherstellen, dass sich vergangene Tragödien, die sich ereignet haben, nicht wiederholen, insbesondere wenn Impfstoffe überstürzt auf den Markt gebracht werden.

*Beispielsweise führte der **Schweinegrippe-Impfstoff Pandemrix**, der nach der Pandemie 2010 eingeführt wurde, zu mehr als 1.000 Fällen von Narkolepsie, einer verheerenden Hirnschädigung, bei Kindern und Jugendlichen, bevor er zurückgezogen wurde.*

*Der **Dengue-Impfstoff Dengvaxia** wurde ebenfalls an Kindern eingesetzt, bevor die vollständigen Ergebnisse der Studie vorlagen, und 19 Kinder starben an einer möglichen antikörperabhängigen Verschlechterung (ADD), bevor der Impfstoff zurückgezogen*

wurde.[17] Eine Wiederholung dieser Situation mit den Covid-19-Impfstoffen hätte nicht nur Auswirkungen auf die betroffenen Kinder und Familien, sondern würde sich auch äußerst schädlich auf die Impfraten im Allgemeinen auswirken."

Auch in Frankreich befürchten die Impfbefürworter, dass sich die Akzeptanz, die durch die Verwechslung des Covid-Pseudo-Impfstoffes mit einem üblichen Impfstoff" begünstigt wird, ins Gegenteil verkehrt, wenn das volle Ausmaß der schädlichen Wirkungen der Covid-Pseudo-Impfung bekannt wird. Für die vertrauenden und getäuschten Menschen wird es zu spät sein, ihren Fehler einzugestehen (es ist schwierig, aus einer Verurteilung herauszukommen, selbst im Angesicht von Beweisen, weil man sich innerlich selbst zerstört), und sie werden vielleicht Impfstoffe rundweg ablehnen.

„Keine medizinische Intervention sollte auf Basis einer „Einheitsgröße" eingeführt werden (…). Dieser Ansatz wurde im vergangenen Oktober von der Leiterin der Vaccine Task Force der Regierung, Kate Bingham, beschrieben. Sie sagte: „Wir müssen einfach jeden impfen, der gefährdet ist. Es wird keine Impfung von unter 18-Jährigen geben. Dies ist ein reiner Erwachsenen-Impfstoff für Menschen über 50, der sich an Mitarbeiter im Gesundheitswesen, in Pflegeheimen und an gefährdete Personen richtet. Kinder müssen nicht zu ihrem eigenen Schutz geimpft werden."

„Natürlich erworbene Immunität gibt eine breitere und länger anhaltende Immunität als eine Impfung. In der Tat werden viele Kinder bereits immun sein. Kinder mit sehr hohem Risiko können bereits jetzt aus humanitären Gründen geimpft werden. Kinder müssen hingegen nicht geimpft werden, um die Herdenimmunität aufrechtzuerhalten."

KURZFRISTIGE SICHERHEITSBEDENKEN BEI ANTI-Covid-„IMPFSTOFFEN

Laut dem Brief an die MHRA (Ref. 12)

„Bis zum 13. Mai hatte die MHRA 22 insgesamt 224.544 unerwünschte Ereignisse, darunter 1.145 Todesfälle, im Zusammenhang mit SARS-CoV-2-Impfstoffen erhalten. Berichte über Schlaganfälle aufgrund von zerebralen Venenthrombosen waren zunächst nur in geringer Zahl vorhanden, aber mit zunehmender Bekanntheit führten viele weitere Berichte zu der Schlussfolgerung, dass der Impfstoff von AstraZeneca bei Erwachsenen unter 40 Jahren nicht angewendet werden sollte. Diese unerwartete Schlussfolgerung führte auch zur Aussetzung der Kinderstudie von AstraZeneca in Oxford."

„Ähnliche Ereignisse wurden bei Impfstoffen von Pfizer und Moderna im US Adverse Event Reporting System (VAERS) festgestellt, und es handelt sich wahrscheinlich um ein Ereignis, das mit der Produktion von Spike-Protein zusammenhängt."

„Die neuen britischen Leitlinien zur Behandlung von impfstoffinduzierter Thrombozytopenie (VITT) schließen alle Covid-19-Impfstoffe in ihre Empfehlungen ein. Die Möglichkeit anderer unerwarteter Sicherheitsprobleme kann nicht ausgeschlossen werden."

„In Israel, wo die Impfstoffe unter Jugendlichen und Heranwachsenden weit verbreitet sind, wurde der Impfstoff von Pfizer mit mehreren Fällen von Herzmuskelentzündung bei jungen Männern in Verbindung gebracht, und es wurden Bedenken über Berichte über veränderte Menstruationszyklen und abnorme Blutungen bei jungen Frauen nach der Impfung geäußert. "

Gemeldete Todesfälle in den USA unter geimpften Kindern, die in Studien eingeschlossen waren, beunruhigen britische Ärzte

„In den USA gibt es inzwischen eine Reihe von impfstoffassoziierten Todesfällen, die VAERS gemeldet wurden, obwohl die Impfstoffe nur in Studien an Kinder verabreicht werden und erst seit kurzem an 16- bis 17-Jährige."

LANGFRISTIGE SICHERHEITSBEDENKEN

„Alle Phase-3-Studien des Impfstoffs Covid-19 laufen noch und werden voraussichtlich nicht vor Ende 2022 oder Anfang 2023 abgeschlossen sein. Die Impfstoffe sind EXPERIMENTAL mit begrenzten Kurzzeitdaten und etwas längerfristigen Sicherheitsdaten für Erwachsene. Darüber hinaus verwenden viele von ihnen eine brandneue mRNA-Impfstofftechnologie, die noch nie zuvor für den Einsatz beim Menschen zugelassen wurde. Die mRNA ist effektiv ein Prodrug und es ist nicht bekannt, wie viel Spike-Protein ein Individuum produzieren wird."

Mögliche Spätfolgen können Monate oder Jahre dauern, bis sie sichtbar werden. Die bisher durchgeführten begrenzten Studien an Kindern sind völlig unzureichend erforscht, um seltene, aber schwerwiegende Nebenwirkungen auszuschließen.

Lassen Sie uns gemeinsam mit unseren englischen Kollegen darauf bestehen:

Kinder haben ihr Leben noch vor sich, ihr immunologisches und neurologisches System ist noch in der Entwicklung, was sie potenziell anfälliger für unerwünschte Wirkungen macht als Erwachsene.

„Es wurden bereits eine Reihe von spezifischen Bedenken geäußert, darunter Autoimmunerkrankungen und mögliche Auswirkungen auf die Plazenta und die Fruchtbarkeit. In einer kürzlich veröffentlichten Arbeit wurde die Möglichkeit angesprochen, dass mRNA-Covid-19-Impfstoffe eine auf Prionen basierende neurodegenerative Erkrankung auslösen könnten. Alle Risiken, bekannte und unbekannte, müssen gegen die Risiken von Covid-19 abgewogen werden."

Der hippokratische Eid besagt „zuvorderst keinen Schaden anrichten", d.h. **Pflicht zum vorsichtigen und verhältnismäßigen Handeln**.

„Die aktuelle und verfügbare Evidenz zeigt deutlich, dass die Risiko-Nutzen-Kalkulation NICHT die Verabreichung von ausgefallenen und experimentellen Covid-19-Impfstoffen an Kinder unterstützt, die praktisch kein Risiko für Covid-19 haben, aber bekannten und unbekannten Risiken durch Impfstoffe ausgesetzt sind."

In der Erklärung der Rechte des Kindes heißt es:

„Das Kind benötigt aufgrund seiner körperlichen und geistigen Unreife besondere Schutzmaßnahmen und Fürsorge, einschließlich eines angemessenen rechtlichen Schutzes." Als Erwachsene haben wir die Pflicht, Kinder vor unnötigem und vorhersehbarem Schaden zu schützen.

Zumindest sollte man erwarten, dass der Abschluss der aktuellen Phase-3-Studien zusammen mit mehrjährigen Sicherheitsdaten für Erwachsene alle potenziellen unerwünschten Wirkungen ausschließen oder quantifizieren kann.

Die Autoren des Briefes an die MHRA kommen zu dem Schluss:

„Wir fordern unsere Regierungen und Aufsichtsbehörden auf, die Fehler der Geschichte nicht zu wiederholen und die Aufforderungen, Kinder gegen Covid-19 zu impfen, zurückzuweisen. Bei vielen Aspekten der Pandemie wurde äußerste Vorsicht walten gelassen, aber sicherlich ist dies der wichtigste Zeitpunkt, um echte Vorsicht walten zu lassen – wir dürfen nicht eine Generation der Erwachsenen sein, die durch unnötige Eile und Angst die Gesundheit der Kinder gefährdet."

ERGÄNZEN WIR DIESE ENGLISCHE ANALYSE MIT DEN AMERIKANISCHEN BERICHTEN ÜBER KINDERVERSUCHE[18]

Schauen wir uns zunächst die Gesamtberichte in den USA an. In den USA wurden bis zum 21. Mai 2021 281,6 Millionen Dosen des Covid-Impfstoffs verabreicht. Dazu gehören 120 Millionen Dosen des Impfstoffs von Moderna, 152 Millionen Dosen des Impfstoffs von Pfizer und 10 Millionen Dosen des Impfstoffs von Johnson & Johnson (J&J).

Von den 4.406 bis zum 21. Mai gemeldeten Todesfällen traten 23 % innerhalb von 48 Stunden nach der Impfung auf, 16 % innerhalb von 24 Stunden und 38 % bei Personen, die innerhalb von 48 Stunden nach der Impfung krank wurden.

Die Zahl der gemeldeten unerwünschten Ereignisse nach Covid-Impfungen steigt weiter an, so die Daten, die von den Centers for Disease Control and Prevention (CDC) am 21. Mai veröffentlicht wurden. Die Daten stammen direkt aus Berichten, die an das Vaccine Adverse Event Reporting System (VAERS) übermittelt wurden.[19]

Die Daten zeigen, dass zwischen dem 14. Dezember 2020 und dem 21. Mai insgesamt 262.521 unerwünschte Ereignisse an VAERS gemeldet wurden, darunter 4.406 Todesfälle – ein Anstieg von 205 gegenüber der Vorwoche – und 21.537 schwerwiegende Ereignisse, ein Anstieg von 3.009 gegenüber der Vorwoche.

UNTER JUGENDLICHEN

Berichte über Zwischenfälle und Unfälle im Zusammenhang mit dem Covid-Impfstoff bei Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 Jahren haben sich innerhalb von 1 Woche mehr als verdreifacht, so die VAERS-Daten vom 28. Mai.

Die Daten zeigten insgesamt 3.449 unerwünschte Ereignisse bei Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 Jahren, im Vergleich zu 943 Meldungen in der Vorwoche. Die Daten dieser Woche enthielten 58 Berichte über schwerwiegende unerwünschte Ereignisse in der Altersgruppe der 12- bis 17-Jährigen.

CDC UNTERSUCHT HERZPROBLEME BEI TEENS UND JUGENDLICHEN NACH COVID-IMPFUNG

Das CDC's Advisory Committee on Immunization Practices hat am 17. Mai eine Empfehlung herausgegeben, in der Ärzte vor Berichten über Myokarditis gewarnt werden. Diese scheint vor allem bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufzutreten, häufiger bei Männern als bei Frauen, häufiger nach der zweiten Dosis und in der Regel innerhalb von vier Tagen nach der Impfung mit Impfstoffen von Pfizer oder Moderna. Die meisten Fälle erschienen „mild" und die Nachuntersuchung läuft. Myokarditis ist eine Entzündung des Herzmuskels, die zu Herzrhythmusstörungen und zum Tod führen kann.

Wie *The Defender* am 26. Mai berichtete, meldete Connecticut 18 neue Fälle von Herzproblemen bei Teenagern, die einen Covid-Impfstoff erhalten hatten. Alle 18 Fälle

führten zu einem Krankenhausaufenthalt, die überwiegende Mehrheit für ein paar Tage, während eine Person am 26. Mai immer noch im Krankenhaus lag.

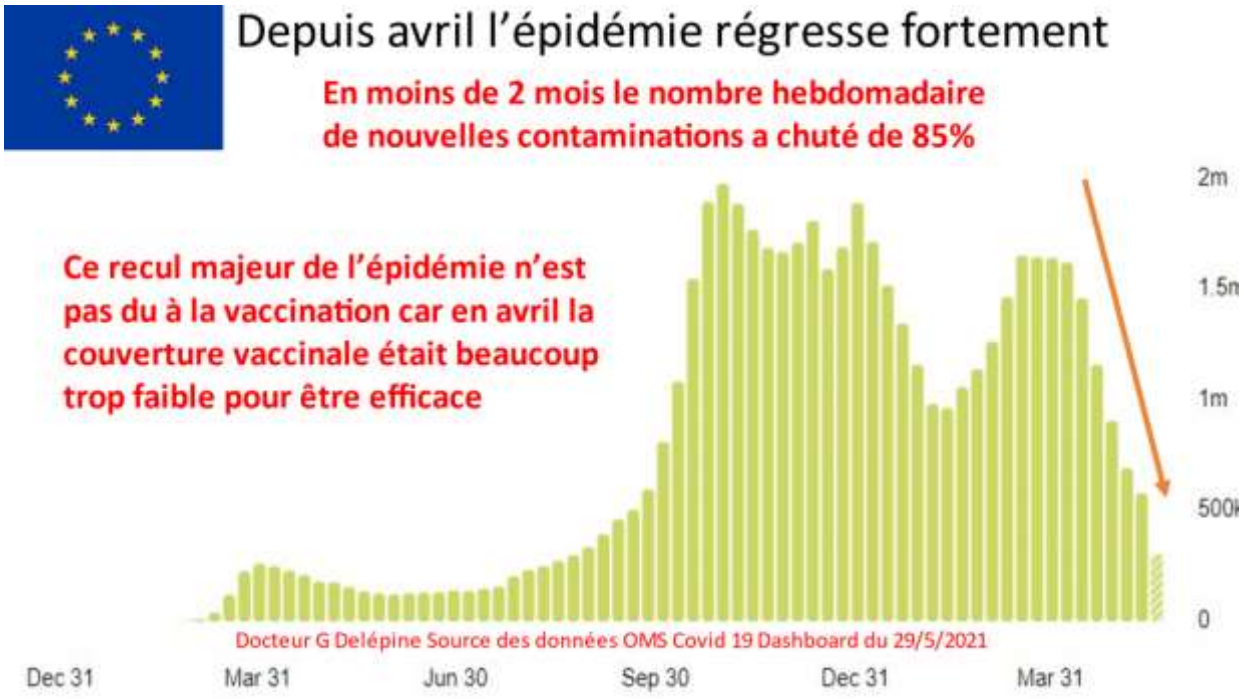
Eine VAERS-Recherche ergab 419 Fälle von Perikarditis und Myokarditis in allen Altersgruppen, die in den Vereinigten Staaten nach einer Covid-Impfung zwischen dem 14. Dezember 2020 und dem 21. Mai gemeldet wurden. Von den 288 gemeldeten Fällen wurden 247 Fälle Pfizer zugeschrieben, 151 Fälle Moderna und 20 Fälle dem Covid-Impfstoff von J&J.

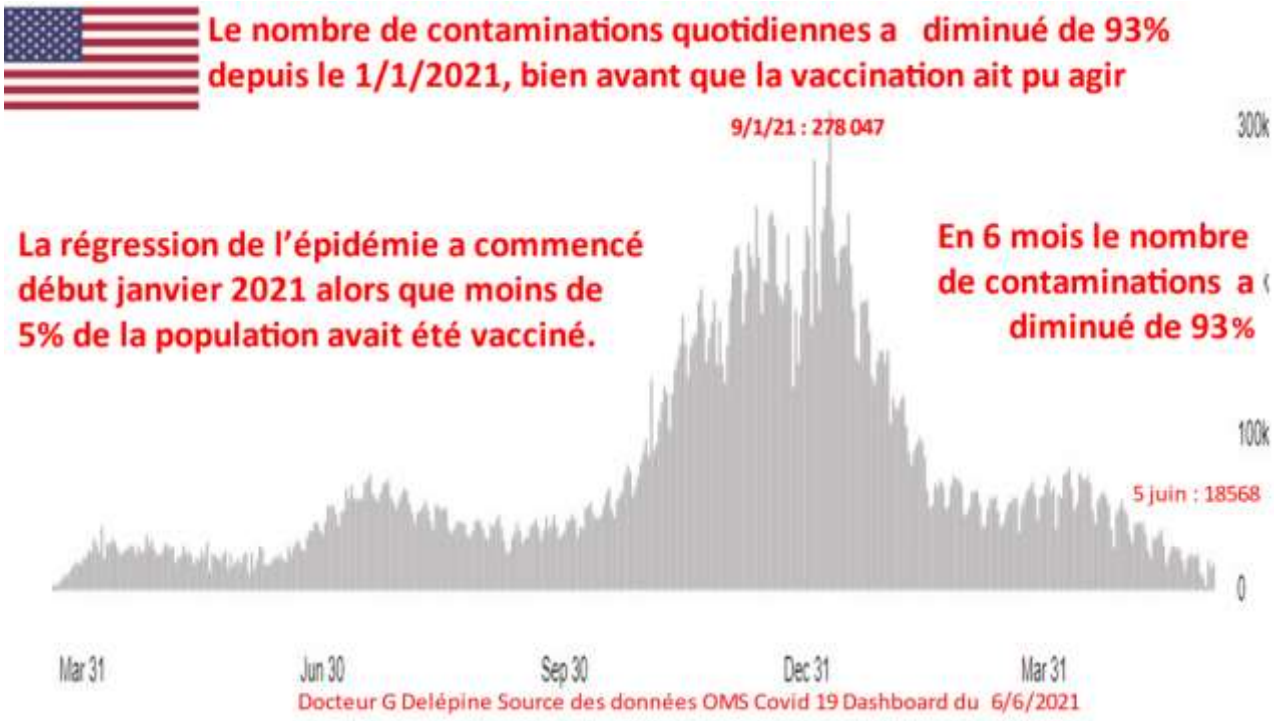
WIE KANN MAN KINDER VON DER NOTWENDIGKEIT DER IMPFUNG ÜBERZEUGEN? ÜBERSCHÄTZUNG DER KRANKENHAUSAUFENTHALTE FÜR COVID: CQFD

Eine Studie von Stanford-Forschern fand heraus, dass die Zählung von SARS-CoV-2-Infektionen bei hospitalisierten Kindern die Auswirkungen von Covid in pädiatrischen Populationen überschätzt, da die Zahlen viele asymptomatische Patienten einschlossen. Von 117 Krankenhauseinweisungen kamen die Autoren zu dem Schluss, dass 53 Patienten (45 %) aus nicht-viralen Gründen eingeliefert wurden. Die Studie fand auch heraus, dass 39,3 % (oder 46 Patienten), die als mit SARS-CoV-2 kodiert wurden, tatsächlich asymptomatisch waren (gesunde Person mit nur einem positiven PCR-Test).

„Wenn wir uns auf positive Krankenhaus-Testergebnisse für SARS-CoV-2 verlassen, überhöhen wir das tatsächliche Risiko einer Krankenhauseinweisung für die Krankheit bei Kindern um etwa das Doppelte.“

Lassen wir uns also nicht manipulieren, es geht um das tatsächliche Leben und die Zukunft unserer Kinder! Warten wir ab, was aus der derzeit in Europa und den USA grassierenden Epidemie wird und welche Ergebnisse die ersten Behandlungen bringen werden, deren Zulassung unbedingt notwendig ist.





Vielleicht verschwindet diese Epidemie für immer, wie SARS und Mers. Und wenn nicht, dann warten wir die Ergebnisse der Studien und „Impfungen" an Milliarden von Menschen ab, die durch eine beispiellose Propaganda zur Impfung gedrängt wurden. Wir werden sehen, wer es überlebt. Wünschen wir ihnen viel Glück.

[1] Seit Pasteur besteht ein Impfstoff aus Antigenen, die injiziert werden, um eine spezifische Immunantwort zu stimulieren. Die heutigen Pseudo-Impfstoffe enthalten keine Antigene, sondern einen genetischen Code, der unseren Zellen Befehle gibt.
[2] Pass sanitaire : Macron peut-il passer en force ? – Le courrier des stratèges (lecourrierdesstrateges.fr)
[3] Delépine – Passeport vaccinal : chronique d'une mort annoncée mondialisation.ca 9 avril 2021 www.mondialisation.ca/passeport-vaccinal-chronique-dune-mort-annoncee/5655350
[4] fr.businessam.be/trois-mois-apres-son-introduction-israel-na-deja-plus-besoin-du-passeport-vaccinal/
[5] jeminformetv.com/2021/06/01/le-pass-sanitaire-la-grande-bretagne-jette-leponge/
[6] Delépine – Die Schulen werden wie geplant am 11. Mai 2020 eröffnet. Keine Gefahr für Kinder oder Erwachsene. Agoravox Demo 4/17/2020 www.agoravox.fr/tribune-libre/article/les-ecoles-doivent-ouvrir-comme-223390
[7] Institut Pasteur COVID-19 DANS LES ÉCOLES PRIMAIRES : PAS DE TRANSMISSION IMPORTANTE DU VIRUS ENTRE ENFANTS OU VERS LES ENSEIGNANTS www.pasteur.fr/fr/espace-presse/documents-presse/covid-19-ecoles-primaires-pas-transmission-importante-du-virus-entre-enfants-ou-enseignants
[8] von der wir am Beispiel der Masern wissen, dass sie das Virus nicht auszurotten vermag
[9] Auf der offiziellen Website WHO Covid19 Dashboard
[10] France Soir Chronique N°52 — « La sur prescription des 3 benzodiazépines injectables Rivotril®, Valium® et Tranxène®, a coïncidé avec les pics de décès de résidents dans les EHPADs, ce qui interroge »

www.francesoir.fr/opinions-tribunes/chronique-ndeg52-la-surprescription-des-3-benzodiazepines-injectables-rivotrilr

[11] 40+ Doctors Tell UK Drug Regulators: Vaccinating Kids for COVID is 'Irresponsable, Unethical and Unnecessary' • Children's Health Defense (childrenshealthdefense.org)
[12] Medicines and Healthcare products Regulatory Agency (MHRA): Exekutivbehörde des Ministeriums für Gesundheit und Soziales im Vereinigten Königreich, die dafür verantwortlich ist, dass Arzneimittel und medizinische Geräte funktionieren und akzeptabel sicher sind.
[13] Covid: des scientifiques britanniques admettent avoir utilisé la « peur » pour faciliter le contrôle de la population ! — Le Libre Penseur
„The Telegraph" enthüllt in einem längeren Artikel, dass „Wissenschaftler des (SPI-B) Komitees, die den Einsatz von Angst zur Kontrolle des Verhaltens der Menschen während der Covid-Pandemie gefördert haben, zugegeben haben, dass ihre Arbeit ‚unethisch' und ‚totalitär' war.
Das SPI-B ist eines der Unterkomitees, das die Emergencies Science Advisory Group (Sage) berät, die von Sir Patrick Vallance, dem wissenschaftlichen Chefberater von Boris Johnson, geleitet wird
[14] La ruée vers les vaccins, immense manipulation organisée ? — Nouveau Monde (nouveau-monde.ca)
[15] Ihr wissenschaftliches Komitee berät die britische Regierung:
SPI-B ist eines der Unterkomitees, die das Scientific Advisory Panel for Emergencies (SAGE) beraten, das von Sir Patrick Vallance, dem wissenschaftlichen Chefberater von Boris Johnson, geleitet wird
[16] Il serait illégal de rendre obligatoire une substance expérimentale génique (appelée « vaccin anticovid ») — Nouveau Monde (nouveau-monde.ca)
[17] Analyse d'une catastrophe sanitaire annoncée, la saga du Dengvaxia, vaccin contre la Dengue – AgoraVox le média citoyen
[18] COVID Vaccine Injury Reports Among 12- to 17-Year-Old More Than Triple in 1 Week, VAERS Data Show • Children's Health Defense (childrenshealthdefense.org)
[19] VAERS ist das primäre, von der Regierung finanzierte System zur Meldung von Impfstoff-Nebenwirkungen in den Vereinigten Staaten.
Jeden Freitag veröffentlicht VAERS alle Meldungen von Impfstoffzwischenfällen, die bis zu einem bestimmten Datum eingegangen sind, in der Regel etwa eine Woche vor dem Veröffentlichungstermin

Quelle: MPI

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) FauciLeaks: Wie Dr. Fauci den Ursprung von Corona vertuschen wollte

Von Richard Abelson

03. 06. 2021



National Institutes of Health Director Dr. Francis Collins (mitte) und National Institute of Allergy and Infectious Diseases Director Dr. Anthony Fauci (re.) bei einem Treffen mit Bill Gates. *Bild: flickr.com / (CC BY-NC 2.0)*

FauciLeaks: 3200 Seiten E-Mails veröffentlicht – Wie Dr. Fauci den Ursprung von Corona vertuschen wollte

Die neu enthüllten E-Mails des US-Coronapapstes Dr. Anthony Fauci zeigen, dass Fauci seit 31.1.2020 bemüht war, seine Rolle in der Corona-Forschung im Wuhan-Labor und einen möglichen Laborursprung der Pandemie zu vertuschen. Das Weiße Haus bereiten laut Insidern Faucis Ablösung vor.

Das Portal „Buzzfeed“ erhielt 3200 Seiten von Faucis E-Mails von Januar bis Juni 2020, die „Washington Post“ erhielt 866 Seiten von Faucis E-Mails vom März und April 2020 offiziell per Informationsfreiheitsanfrage. Die E-Mails dokumentieren, wie Fauci versucht hat seine Beteiligung an Superviren-Experimenten im Wuhan Institut für Virologie zu vertuschen, wie Tucker Carlson gestern auf Fox News darlegte.

Am 31.01.2020 schrieb Virologe Dr. Kristian Andersen eine E-Mail an Fauci und äußerte seine Sorge darüber, dass es Anzeichen gebe, dass das SARS-CoV-2 Virus im Labor hergestellt wurde:

„Man muss ganz genau hinsehen, um zu merken, dass manche Eigenschaften (möglicherweise) konstruiert aussehen."

Fauci antwortete am 01.02. knapp : *„Danke, Kristian. Wir sprechen uns bald."*

Eine viel längere, dringendere E-Mail schrieb Fauci kurz darauf an seinen Mitarbeiter Hugh Auchincloss, unter dem Betreff »WICHTIG«:

„Wir müssen uns heute Morgen unbedingt unterhalten. Lass dein Handy an. … Lies dieses Papier und die E-Mail, die ich dir weiterleite. Du wirst heute einiges zu tun haben."

Im Anhang war ein PDF zum Thema „Baric, Shi et al – Nature Medicine – SARS Gain of Function"

Die „Fledermausfrau" Dr. Shi Zhenghli vom *Wuhan Institut für Virologie* (WIV) hatte seit 2014 mit Finanzierung von Faucis NIAID des US-Gesundheitsministeriums, Peter Daszaks *EcoHealth Alliance* und dem Virologen Ralph S. Baric der University of North Carolina sog. „Gain of Function" (Superviren) Forschung an Fledermaus-Coroinaviren unternommen, die in USA nicht erlaubt waren (Freie Welt berichtete). Diese Forschung wurde u.a. im Journal Nature Medicine publiziert.

Am 19.2. veröffentlichte Peter Daszak zusammen mit 26 anderen Forschern – darunter Dr. Christan Drosten der Berliner Charité – einen „offenen Brief" im führenden Medizinjournal The Lancet, und nannte die Theorie eines Laborursprungs des SARS-Cov-2 Virus eine „Verschwörungstheorie."

Der Urheber der Corona-Virusforschung am WIV erteilte sich also hier einen Freibrief, mit Unterstützung des deutschen „Coronapapstes" Drosten.

Am 17.03. publizierte der besagte Dr. Kristian Andersen mit vier anderen Forschern in Nature Medicine ebenfalls einen offenen Brief, nach dem „unsere Analysen klar zeigen, dass das SARS-Cov-2 kein Laborkonstrukt ist oder absichtlich manipuliert wurde."

Diese „Analyse" basierte jedoch auf der Annahme, dass manipulierte Viren leicht zu erkennen seien, was im Falles der Experimente von Baric und Shi nicht der Fall gewesen sein muss, wie Wissenschaftsjournalist Nicolas Wade schreibt. Warum Andersen seine Meinung seit dem 31.1.2020 revidiert hatte, war nicht klar.

Auf diesen beiden „offenen Briefe" basierten die Angaben der KPCh, WHO und aller Medien, wonach die Laborursprungshypothese eine „Verschwörungstheorie" von Donald Trump war.

Am 17.4.2020 trat Fauci neben Donald Trump und Mike Pence vor die Kameras und sagte, bezugnehmend auf den „offenen Brief" von Andersen:

„Eine Gruppe hochqualifizierter Virologe hat sich angesehen, wie die Virensequenzen sich in Fledermäusen entwickelt haben, und die Mutationssequenzen dort sind völlig konsistent mit einer Übertagung von einem Tier auf den Menschen." Für diese Behauptung gibt es bis heute keine Belege.

Am 18.04. schrieb Dr. Peter Daszak an Fauci und bedankte sich für die Reinwaschung, da er „von Fox News Reportern unter Beschuss genommen wird." Daszak dankte Fauci „im Namen unserer Mitarbeiter und Partner, dass Sie öffentlich klargestellt haben, dass die

wissenschaftlichen Daten einen natürlichen Ursprung von Covid-19 durch Übertragung von Fledermaus auf Menschen unterstützt, nicht einen Laborursprung aus dem Wuhan Institut für Virologie.“ Der Rest dieser E-Mail ist nach Ausnahme B7(A) des Informationsfreiheitsgesetzes zensiert, da der zensierte Inhalt Teil einer polizeilichen Ermittlung sei. Ob gegen Fauci und Daszak ermittelt wird, ist nicht bekannt.

Die Urheber der Fledermaus-Coronaforschung Fauci und Dastzak gratulieren sich also hier, die Laborursprungstheorie hier ohne Belege als „Verschwörungstheorie“ diffamiert zu haben. Und wir haben jetzt die E-Mails.

Das Weiße Haus soll inzwischen die Ablösung Faucis vorbereiten, wie Jack Posobiec aus Washington meldet. Der Verlag National Geographic Books entfernte ein für Herbst geplantes Ratgeber-Buch von Fauci aus dem Sortiment.

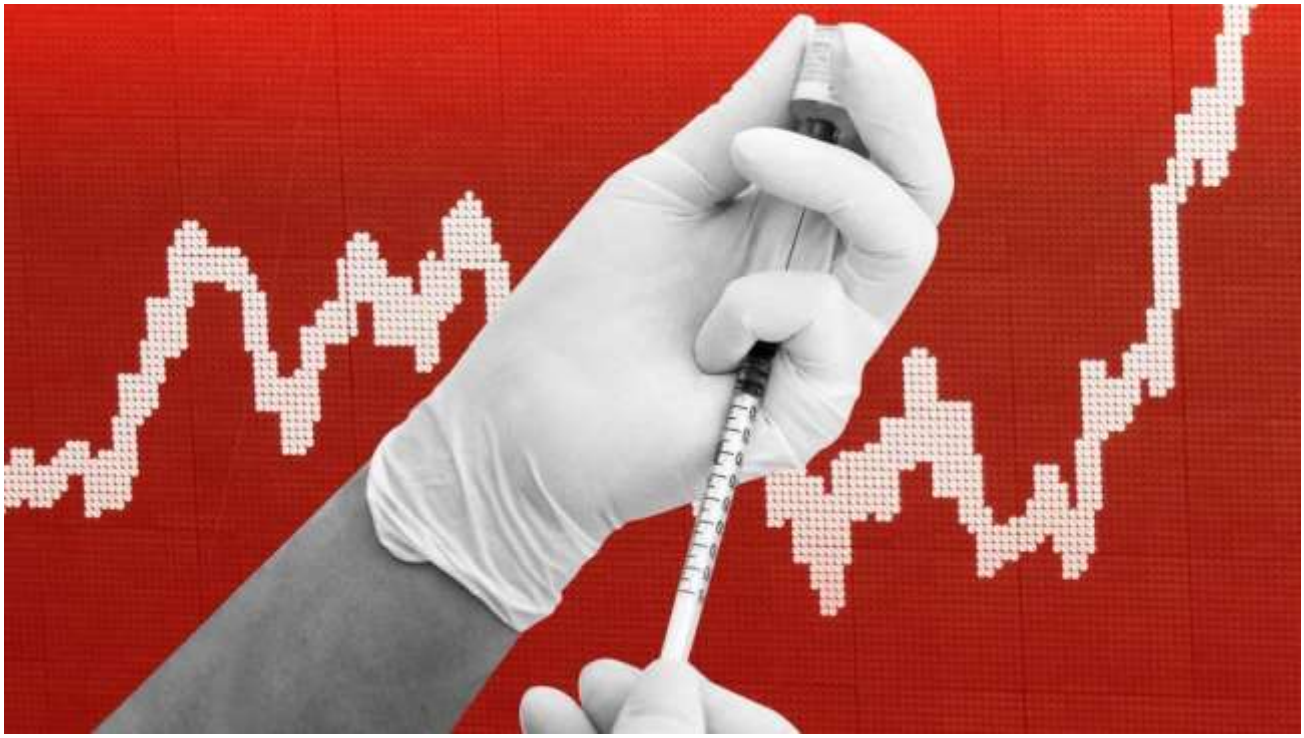
Siehe auch das Video von Paul Joseph Watson: The Fauci E-Mails
Zuerst erschienen auf Freie Welt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Die Nebenwirkungen der Anti-Covid-Pseudo-Impfstoffe: Über 12.000 (!) Tote in der EU

Von Dr. Nicole Delépine

05. 06. 2021



Bildquelle: MPI

Das ist eine schwierige Frage, denn es ist sicher, dass, wie immer, viele Nebenwirkungen von Ärzten, Familien oder Patienten nicht gemeldet werden. Wir fassen hier lediglich die von den offiziellen amerikanischen (Vaers für die USA) und europäischen (Eudravigilance der European Medicines Agency) Institutionen anerkannten Wirkungen zusammen.

EU (OHNE GB): ZAHKREICHE NEBENWIRKUNGEN UND TODESFÄLLE

Mehr als 12.000 Europäer wurden nach offiziellen EU-Angaben durch Covid-19-Impfstoffe getötet[1]

Die europäische Datenbank für Berichte über vermutete Arzneimittelreaktionen ist EudraVigilance, die auch Berichte über Unfälle und Todesfälle im Zusammenhang mit den experimentellen Covid-19-Impfstoffen verfolgt.

Für alle „Faktenprüfer", die auf Twitter oder Facebook die Ergebnissen dieser Datenbank anzweifeln, veröffentlichen wir hier die Richtlinie der EMA zu Arzneimittelunfällen. Nur Söldlinge im Dienste von Big Pharma werden noch sagen können, dass diese Informationen gefälscht sind!

EudraVigilance schreibt über ihre Datenbank [2]:

„Diese Website wurde 2012 von der Europäischen Arzneimittel-Agentur eingerichtet, um der Öffentlichkeit Zugang zu Berichten über vermutete Nebenwirkungen (auch bekannt als vermutete unerwünschte Wirkungen) zu geben. Diese Berichte werden von den nationalen Arzneimittelbehörden und von pharmazeutischen Unternehmen, die Zulassungen (Lizenzen) für Arzneimittel besitzen, elektronisch an EudraVigilance übermittelt."

„EudraVigilance ist ein System zur Erfassung von Meldungen über vermutete Nebenwirkungen. Diese Berichte werden verwendet, um den Nutzen und die Risiken von Arzneimitteln während ihrer Entwicklung zu bewerten und ihre Sicherheit zu überwachen, nachdem sie im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zugelassen wurden."

STAND 8. MAI 2021: NEBENWIRKUNGEN VON ANTIKOVID-IMPFSTOFFEN IN DER EU

Ihr Bericht vom 8. Mai 2021 zeigt 10.570 Todesfälle und 405.259 Komplikationen nach einer der vier Covid-19-Prüfspritzen. Jede Kategorie von Vorfällen wird zusammen mit der Anzahl der erkrankten Personen und der Anzahl der Todesfälle vermerkt.



Gesamtreaktionen für den untersuchten mRNA-Impfstoff

PFIZER: Tozinameran (Code BNT162b2,Comirnaty) von BioNTech/ Pfizer

5.368 Todesfälle und 170.528 Ereignisse ab dem 08.05.2021

MODERNA

Gesamtreaktionen für den mRNA-1273 (CX-024414) mRNA-Prüfimpfstoff von Moderna 2.865 Todesfälle und 22.985 unerwünschte Ereignisse, Stand: 08.05.2021

ASTRAZENECA

Gesamtreaktionen für Oxfords AZD1222/VAXZEVRIA (CHADOX1 NCOV-19) Prüfimpfstoff

AstraZeneca: 2.102 Todesfälle und 208.873 Komplikationen (Stand: 08.05.2021)

JANSSEN

Gesamtreaktionen für Johnson & Johnsons COVID-19 JANSSEN (AD26. COV2. S) Prüfimpfstoff: 235 Todesfälle und 2873 Komplikationen, Stand: 08.05.2021

SIE KÖNNEN DIE DATENBANK NACH PATHOLOGIE ABFRAGEN und den rapiden Anstieg der Nebenwirkungen und Todesfälle in dem Update vom 22. Mai sehen:

Base de données européenne des rapports d'effets indésirables susceptibles d'être liés à l'utilisation de médicaments

Rapport quotidien sur les effets secondaires graves des vaccins Covid-19

État des données: 07.05.2021

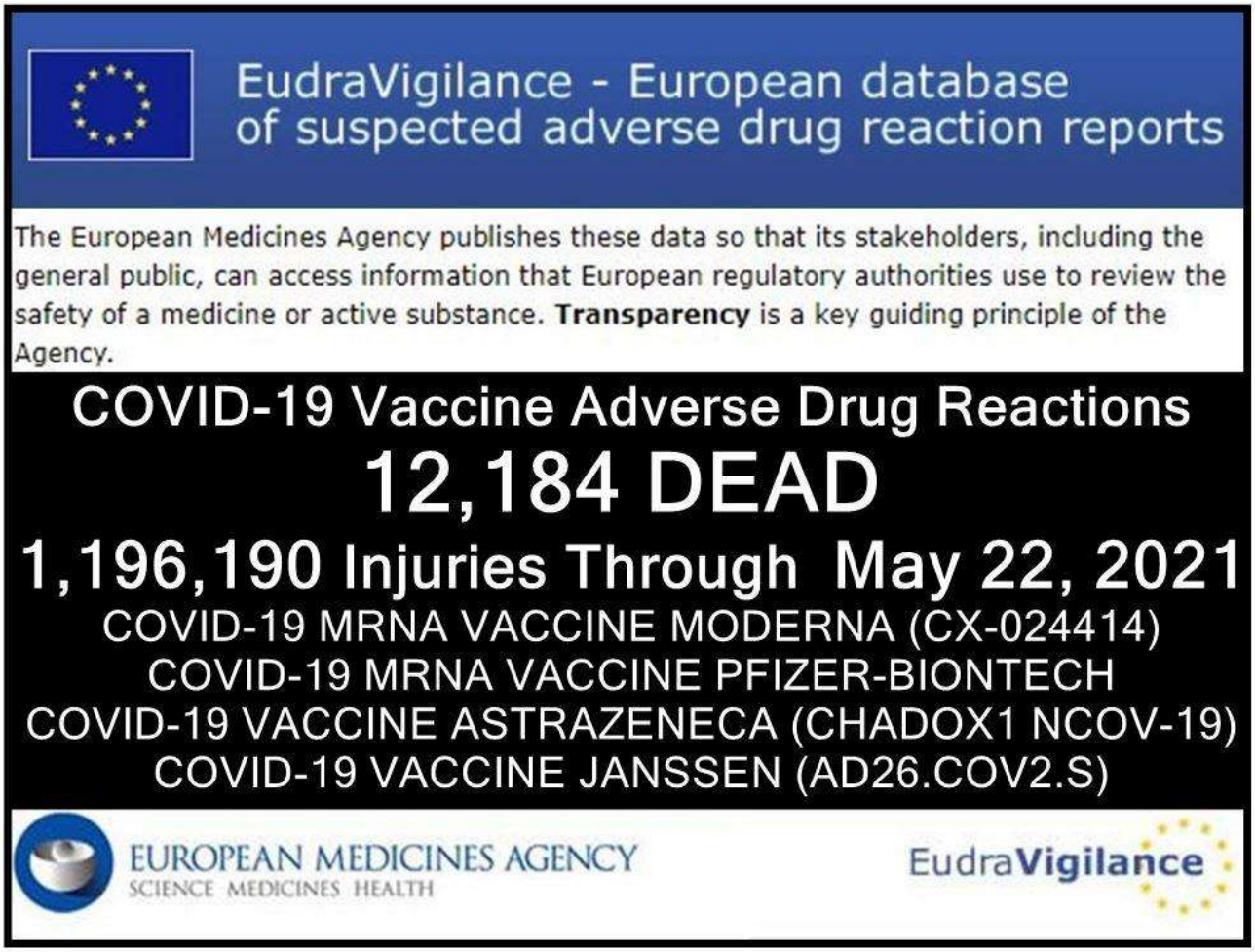
Sources des données (Liens, voir annexe)

Base de données européenne des rapports d'effets indésirables susceptibles d'être liés à l'utilisation de médicaments

Effets secondaires signalés total : 404'555

Décès signalés 6'786

Déclaration	Nombre	BioNTec	AstraZeneca	Moderna	Janssen
Perte de connaissance	6917	42,2%	46,09%	10,7%	1,01%
Covid-19	6863	82,09%	10,88%	8,18%	0,85%
Thrombose	5406	28,84%	56,62%	8,31%	8,23%
Exanthème	5015	54,1%	35,98%	9,92%	–
Saignements	4920	32,54%	57,46%	8,48%	4,52%
Paralysie	3856	55,21%	28,76%	14,39%	1,63%
Accident vasculaire cérébral	3421	41,95%	39,84%	13,65%	4,56%
Embolie	3178	34,77%	51,26%	9,06%	4,91%
Infarctus	1738	43,9%	37,63%	14,44%	4,03%
Thrombocytopénie	1617	23,56%	66,11%	7,3%	3,03%
Insuffisance cardiaque	1141	50,66%	22,17%	25,59%	1,58%
Cécité	499	33,27%	48,7%	13,6%	4,41%
Problèmes rénaux	490	48,98%	26,73%	22,65%	1,63%
Mort subite	400	64,66%	22,56%	12,78%	–
Angine de poitrine	399	45,36%	45,11%	8,52%	1%
Insuffisance pulmonaire	360	53,61%	14,17%	29,44%	2,78%
Palpitations cardiaques.	352	38,92%	45,45%	14,2%	1,42%
Insuffisance respiratoire	307	44,95%	18,89%	34,2%	1,95%
Perte enfant en début de grossesse	82	62,5%	21,25%	14,58%	1,67%



VERGLEICH VON ANTICOVID-PSEUDO-IMPFSTOFFEN UND H1N1-IMPFSTOFF

Eine von der EMA im April 2021 veröffentlichte Tabelle gibt einen Überblick über die Anzahl der Injektionen nach Art der Gensubstanz und den Vergleich mit dem H1N1-Impfstoff, und wir sehen, dass die Anzahl der gemeldeten Zwischenfälle für diese Produkte, deren therapeutische Studien nicht abgeschlossen sind, viel höher ist als für den H1N1-Impfstoff:

Effets secondaires et décès vaccins Covid (03/04/2021)				
	Nombre de Vaccinations (02/04/2021)	Nombre de cas D'effets déclarés (03/04/2021)	Nombre de Décès (03/04/2021)	Vaccination Depuis
Pfizer		**127789**	**3529**	Decembre 2020
Moderna		**11545**	**1475**	Janvier 2021
ASTRAZENECA		**133310**	**976**	Janvier 2021
JANSSEN	113.25 millions	**137**	**20**	Avril 2021
Total	113.25 millions	272781	6000	
x100*		24.08%	0.53%	
Vaccins H1N1 (2009)				
	Nombre de Vaccinations	Nombre de cas D'effets déclarés	Nombre de Décès	Vaccination Depuis
H1N1 (2009) Pandermix + Celvapan + Focetria	36 millions	**14268**	**176**	4,5 mois
x100*		3.96%	0.05%	

* selon une étude interne des Health Human Services et de Harvard, moins de 1 % des effets secondaires des vaccins sont signalés.
https://digital.ahrq.gov/sites/default/files/docs/publication/r18hs017045-lazarus-final-report-2011.pdf

Sources : http://www.adrreports.eu/ (données vaccins covid)
https://ansm.sante.fr/var/ansm_site/storage/original/application/e41f68fbee043b89e1fc740dac52d2e1.pdf (données vaccins H1N1)
https://ourworldindata.org/grapher/cumulative-covid-vaccinations?time=latest (nombre de vaccinations European Union + United Kingdom)
https://cv19.fr pour plus de détails

effets secondaires vaccins covid Le 09/04/2021							
Pfizer + Moderna +Astrazeneca							
	Nombre de vaccinations	Nombre de cas d'effets déclarés	Nombre de décès	Cas France	Cas de désordres du système nerveux	Avortements spontanés	Vaccination depuis
Covid Pfizer-BioNTech (ARN)	Eudravigilance rapporte principalement les cas Européens et certains cas graves Hors Europe	134606	3760	14094	59021	104	3 mois
VACCINE MODERNA (ARN) (CX-024414)		13426	1801	818	5738	21	3 mois
VACCINE ASTRAZENECA (ADN) (CHADOX1 NCOV-19)		150863	1086	10403	92040 (+90%)	21	2 mois
TOTAL	Europe : 65 millions de doses	299895 (+51%)	6647 (+45%)	25315 (+47%)	156799 (+57%)	146 (+76%)	
un vaccin traditionnel Vaccin H1N1 sur le même site depuis 11 ans							
PANDEMRIX (H1N1)	61 Millions de doses	14984 soit 20 fois moins	368 soit 18 fois moins	825	6507	59	11 ans

** évolution entre 20/03 au 9/04 soit 3 semaine*

Comparaison : un vaccin traditionnel Vaccin H1N1 (2009)				
rapport ANSM 2010	Nombre de vaccinations	Nombre de cas d'effets déclarés	Nombre de décès	Vaccination depuis
H1N1 (2009) pandermix + celvapan + focetria	36 millions (72 millions de doses)	14268 (396/M)	176(4,9/M)	4,5 mois

IN FRANKREICH

Zahlen sind auf der ANSM verfügbar, aber nicht sehr schnell.

Man darf sich nicht wundern über die Aussagen der Impfzentren, die darum bitten, Impfzwischenfälle nicht zu melden, weil sie von der übergroßen Anzahl von Meldungen überwältigt sind. Zum Beispiel:

Covid-19-Impfstoffe: etwa 4.000 Meldungen von Nebenwirkungen in Limousin: ein Beispiel

Veröffentlicht am 24/05/2021[3]: „Sortieren, verarbeiten, untersuchen, aufzeichnen: eine kolossale Aufgabe für die Tätigkeit des Zentrums. " Von Stephane Lefèvre, der in einem Artikel in *Le Populaire* schreibt:

„Seit Anfang 2021 ist es ein noch nie dagewesener Zustrom für das regionale Zentrum für Pharmakovigilanz in Limoges, das alle Berichte über unerwünschte Arzneimittelwirkungen sammelt. Darunter auch einer der 34 französischen Fälle von atypischer Thrombose, die mit der Injektion des Impfstoffs von AstraZeneca in Verbindung gebracht werden.

(…) Genau 4.000 in viereinhalb Monaten (von 283.000 Personen, die eine oder zwei Dosen des Impfstoffs im Limousin erhalten haben): ein Rekord für diese Struktur, die Berichte über unerwünschte Arzneimittelwirkungen sammelt und ihre Beobachtungen an die Nationale Agentur für die Sicherheit von Arzneimitteln, die ANSM (*), schickt. Mehr als die Hälfte der Berichte sind noch ausstehend".

„Normalerweise erhalten wir etwa 1.200 Meldungen pro Jahr, von denen kaum zehn auf „klassische" Impfstoffe entfallen", sagt Professor Laroche, Leiter des Zentrums.

Von den 4.000 konnte das CRPV 1.200 in die Datenbank aufnehmen und hat 400 weitere bearbeitet, die auf eine Registrierung warten. Es hat noch mehr als die Hälfte zu bearbeiten. „Aber wir sortieren die täglich eingehenden Meldungen nach Priorität, um keine schwerwiegenden Nebenwirkungen durchgehen zu lassen. Unser Rückstand besteht hauptsächlich aus Berichten über gewöhnliche unerwünschte Wirkungen."

Sogenannte „schwerwiegende" Reaktionen machen 25 % der Meldungen aus, ein Anteil, der dem nationalen Niveau entspricht.

(…) Unter den bemerkenswerten Nebenwirkungen hat das CRPV von Limoges insbesondere einen der 34 Fälle von Thrombose atypischer Lokalisation (zerebral, intestinal) registriert, die in Frankreich nach dem Impfstoff von AstraZeneca aufgetreten sind und zu 11 Todesfällen geführt haben. Der Fall Limousin war nicht fatal.

Neben diesem auffälligen Fall sind Tachykardie, Gürtelrose, arterielle Hypertonie, Gesichtslähmung und Urtikaria einige der weiteren Folgen, die nicht in der Packungsbeilage aufgeführt sind. Jeder Krankenhausaufenthalt ist ebenfalls in den 25 % der schwerwiegenden Auswirkungen enthalten.

„Unsere Aufgabe ist es, festzustellen, ob es der Impfstoff ist, der ein Gesundheitsproblem verursacht, oder ob es andere mögliche Erklärungen gibt."

„Wenn der Fall komplizierter ist, kann es einen halben bis einen Tag dauern, um den Fall zu dokumentieren, um die Person zu erreichen, damit sie uns ihre Geschichte erzählt, um

medizinische Informationen für eine vollständige Krankenakte zu erhalten. Alles muss genau sein, um eine mögliche Gesundheitsentscheidung zu rechtfertigen."

Aufruf zur gezielteren Berichterstattung

Auch wenn sich Frau Laroche über die massive Beteiligung freut, fordert sie gezieltere Erklärungen zu den „schwerwiegenden, sehr störenden oder unbekannten" Auswirkungen. Dies ist notwendig, um die Reaktivität der Impfstoffüberwachung zu gewährleisten.

(*) In Frankreich gibt es 31 regionale Pharmakovigilanz-Zentren: Dieses territoriale Netzwerk versorgt die ANSM, die französische Arzneimittelagentur.

Die Meldungen im Einzelnen

„Geografische Verteilung: 80 % der beim CRPV von Limoges eingegangenen Meldungen stammen aus Haute-Vienne, 15 % aus Corrèze und 5 % aus Creuse.

Verteilung nach Impfstoffen: 78% der 1.600 bearbeiteten Meldungen betreffen Impfstoffe von Pfizer, 18% von AstraZeneca und 4% von Moderna und Janssen.

Verteilung nach Reporterprofil: 74 % der Berichte kamen von Patienten und 26 % von medizinischem Fachpersonal.

Verteilung nach Meldeverfahren: 25 % der beim CRPV eingehenden Meldungen gehen über das vom Gesundheitsministerium eingerichtete nationale Portal. Die meisten kommen per E-Mail oder Post mit der Zusendung des Formulars zur Überwachung und Meldung von unerwünschten Ereignissen, das vom CRPV Limousin bearbeitet und jedem geimpften Patienten ausgehändigt wird. Eine lokale Initiative, die die Teilnahme an der Deklaration stark gefördert hat. "

Andere regionale Zentren berichten von ähnlichen Ausbrüchen wie der in Toulouse.

SORGEN ÜBER DIE ZUKÜNFTIGE FRUCHTBARKEIT JUNGER FRAUEN

Fehlgeburten haben sich in Großbritannien während der Zeit der beschleunigten Impfung vervielfacht. Auch Menstruationsstörungen werden von vielen Frauen berichtet.[4]

Was die Bedenken bezüglich der Fruchtbarkeit betrifft, so wird es wichtig sein, darauf zurückzukommen.

IN DEN USA[5]

Nach offiziellen Berichten der CDC und der VAERS-Datei, einer offiziellen Bundesbehörde

In den Vereinigten Staaten wurden bis zum 14. Mai 268,4 Millionen Dosen des Impfstoffs Covid verabreicht. Dazu gehören 115 Millionen Dosen des Impfstoffs Moderna, 144 Millionen Dosen von Pfizer und 9 Millionen Dosen des Impfstoffs Covid von Johnson & Johnson (J&J).

Die Zahl der unerwünschten Ereignisse, die als Folge der Covid-Impfstoffe gemeldet wurden, hat 200.000 überschritten, so die am 21. Mai von den Centers for Disease Control

and Prevention (CDC) veröffentlichten Daten. Die Daten stammen direkt aus Meldungen, die an das Vaccine Adverse Event Reporting System (VAERS) übermittelt wurden.

VAERS ist das primäre, von der Regierung finanzierte System zur Meldung von unerwünschten Impfstoffereignissen in den USA. An VAERS übermittelte Berichte erfordern weitere Untersuchungen, bevor ein kausaler Zusammenhang bestätigt werden kann.

Zwischen dem 14. Dezember und dem 14. Mai 2021 zählte Vaers 227.805 Berichte über unerwünschte Ereignisse nach antiviralen Impfstoffen, darunter 4.201 Todesfälle und 18.528 als schwerwiegend eingestufte Vorfälle (Megan Redshaw am 21. Mai 2021[6]).

Die neuesten Daten der CDC zeigen, dass es 943 Berichte über unerwünschte Ereignisse nach COVID-Impfungen bei 12- bis 17-Jährigen gibt.

Von den 4.201 bis zum 14. Mai gemeldeten Todesfällen traten 23 % innerhalb von 48 Stunden nach der Impfung auf, 16 % innerhalb von 24 Stunden und 38 % bei denjenigen, die innerhalb von 48 Stunden nach der Impfung krank wurden.

Die VAERS-Daten zeigen:

20 % der Todesfälle waren auf Herzerkrankungen zurückzuführen,

54 % der Verstorbenen waren männlich, 44 % waren weiblich, und die restlichen Todesmeldungen enthielten keine Angaben zum Geschlecht der Verstorbenen.

Das mittlere Sterbealter betrug 74,7 Jahre, und zu den jüngsten gemeldeten Todesfällen gehörten zwei 15-Jährige (VAERS I.D. 1187918 und 1242573) und ein 16-Jähriger (VAERS I.D. 1225942).

Andere Todesfälle bei Kindern unter 16 Jahren wurden gemeldet und konnten nicht bestätigt werden oder enthielten offensichtliche Fehler.

Bis zum 14. Mai hatten 1.140 schwangere Frauen unerwünschte Ereignisse im Zusammenhang mit Covid-Impfstoffen gemeldet, darunter 351 Fälle von Fehl- oder Frühgeburten.

Von den 2.275 gemeldeten Fällen von Bell's Lähmung wurden 51% nach Impfungen mit Pfizer-BioNTech, 42% nach Impfungen mit Moderna-Impfstoff und 192 Fälle oder 10% der Bell's Lähmung in Verbindung mit J&J gemeldet.

Es gab 195 Berichte über das Guillain-Barré-Syndrom, wobei 40 % auf Pfizer, 38 % auf Moderna und 26 % auf J&J zurückgeführt wurden.

Es gab 65.854 Berichte über Anaphylaxie, wobei 38 % der Fälle auf Pfizer, 51 % auf Moderna und 11 % auf J&J zurückgeführt wurden.

Es gab 3.758 Berichte über Blutungsstörungen und andere verwandte Erkrankungen. Davon wurden 1.468 Berichte Pfizer, 1.093 Berichte Moderna und 1.093 Berichte J&J zugeschrieben.

Ein Artikel von **Childrenshealthdefense.org** kommentiert diese Ergebnisse:

„COVID-Impfstoffe funktionieren möglicherweise nicht für Millionen von Menschen mit Grunderkrankungen. Einige Experten stellen die Empfehlung der CDC in Frage, dass immungeschwächte Menschen geimpft werden sollten, nachdem neue Forschungen

ergeben haben, dass 15 % bis 80 % der Menschen mit zugrunde liegenden Gesundheitszuständen und diejenigen, die immunsuppressive Medikamente einnehmen, wenige oder keine Antikörper gegen COVID-Impfstoffe entwickeln.

Dennoch weisen die aktuellen CDC-Richtlinien darauf hin, dass Menschen mit geschwächtem Immunsystem gegen COVID geimpft werden sollten, obwohl „keine Daten vorliegen, um die Sicherheit und Wirksamkeit des COVID-Impfstoffs in diesen Gruppen festzustellen", weil Menschen mit geschwächtem Immunsystem oder solche, die aufgrund einer Erkrankung immunsuppressive Medikamente einnehmen, weitgehend von klinischen Impfstoffstudien ausgeschlossen wurden."

„Dr. Meryl Nass, eine Ärztin für Innere Medizin, sagte, dass es in der Verantwortung der CDC liegt, die Risiken und Vorteile jedes Impfstoffs für verschiedene Gruppen von Menschen zu bestimmen. Für COVID-Impfstoffe, sagte Nass, hat die CDC diese Informationen nicht veröffentlicht oder der Öffentlichkeit mitgeteilt, welche Gruppen ein höheres Risiko haben könnten, eine unerwünschte Reaktion zu erfahren, die jeden möglichen Nutzen weit überwiegt."

HAFTUNG DES ARBEITGEBERS FÜR ANGEORDNETE IMPFUNGEN IN DEN USA

Arbeitgeber könnten für „jede unerwünschte Reaktion" haftbar gemacht werden, wenn sie die Covid-Impfung vorschreiben.

„Wenn Sie von Ihren Mitarbeitern verlangen, dass sie sich als Bedingung für die Beschäftigung (d. h. aus arbeitsbezogenen Gründen) impfen lassen, ist jede unerwünschte Reaktion auf den Covid-19-Impfstoff arbeitsbezogen. Die Nebenwirkung wird erfasst, wenn es sich um einen neuen Fall gemäß 29 CFR 1904.6 handelt und eines oder mehrere der allgemeinen Kriterien für die Erfassung in 29 CFR 1904.7 erfüllt.

„Umgekehrt hat die OSHA[7] erklärt, dass sie Ermessensspielraum bei der Durchsetzung hat und nicht verlangt, dass unerwünschte Ereignisse aufgezeichnet werden, wenn ein Arbeitgeber nur „empfiehlt", dass Mitarbeiter den Impfstoff erhalten, wobei sie anmerkt, dass die Impfung wirklich freiwillig sein muss, damit dieser Ermessensspielraum gilt."

Bei der Bestimmung, ob eine Impfung „freiwillig" ist, heißt es auf der Website, dass „die Entscheidung eines Mitarbeiters, den Impfstoff anzunehmen oder abzulehnen, keinen Einfluss auf [seine] Leistungsbewertung oder den beruflichen Aufstieg haben kann" und dass „einen Mitarbeiter, der sich entscheidet, sich nicht impfen zu lassen, keine Konsequenzen aus dieser Entscheidung treffen können".

CHILDRENSHEALTHDEFENSE KOMMENTAR ZUR TRAGÖDIE DES MUSIKERS ERIC CLAPTON

Eric Clapton macht Propaganda für schwere Nebenwirkungen von AstraZeneca verantwortlich. Am 17. Mai berichtete *The Defender*, dass Eric Clapton, 76, nach der Verabreichung des Impfstoffs Covid von AstraZeneca eine schwere unerwünschte Reaktion erlitt, die ihn befürchten ließ, dass er nie wieder spielen kann.

„Unnötig zu sagen, dass die Reaktionen katastrophal waren, meine Hände und Füße waren erfroren, taub oder brennend und für zwei Wochen so gut wie unbrauchbar. Ich fürchtete, ich würde nie wieder spielen", sagte Clapton. „Aber die Propaganda sagte, der Impfstoff sei für alle sicher."

Tage nach Claptons Kritik an der Impfstoff-„Propaganda" berichtete das *Wall Street Journal*, dass die US-Impfstoffhersteller Werbekampagnen sponsern, die auf etwa ein Drittel der Amerikaner abzielen, die den Covid-Impfstoff nicht bekommen wollen.

Pfizer, Moderna, Regeneron und andere Pharmafirmen sponsern TV-, Radio- und Social-Media-Werbung, in der Covid-Impfstoffe und Medikamente angepriesen werden, um die Zahl der Impfungen zu erhöhen. Im Gegensatz zu Medikamentenanzeigen, in denen Markennamen genannt werden, müssen allgemeine „Holen Sie sich den Impfstoff"-Anzeigen nicht den gesetzlichen Richtlinien folgen, die eine Liste der möglichen Nebenwirkungen des Medikaments beinhalten.[8]

74 Tage und zählend, CDC ignoriert Defender-Untersuchungen

Laut der CDC-Website:

„Die CDC geht jeder Meldung eines Todesfalls nach, um zusätzliche Informationen anzufordern und mehr darüber zu erfahren, was passiert ist, und um festzustellen, ob der Tod eine Folge des Impfstoffs war oder nicht.

„Am 8. März kontaktierte The Defender die CDC mit einer schriftlichen Liste von Fragen über gemeldete Todesfälle und Unfälle im Zusammenhang mit COVID-Impfstoffen. Nach wiederholten Versuchen per Telefon und E-Mail, eine Antwort auf unsere Fragen zu bekommen, kontaktierte uns ein Spezialist für Gesundheitskommunikation von der CDC Vaccine Working Group am 29. März, drei Wochen nach unserer ersten Anfrage.

Die Person erhielt unsere Anfrage nach Informationen von VAERS, sagte aber, dass sie unsere Liste mit Fragen nie erhalten hatte, obwohl Mitarbeiter, mit denen wir mehrmals sprachen, sagten, dass CDC-Pressesprecher die Fragen abarbeiteten und bestätigten, dass die Vertreterin sie erhalten hatte. Wir stellten die Liste der Fragen erneut mit einer neuen Frist zur Verfügung, erhielten aber nie eine Antwort.

Der Defender setzte sich auch mit der CDC-Medienabteilung in Verbindung, die uns mitteilte, dass die COVID-Reaktionseinheit darüber informiert werden würde, dass der Spezialist für Gesundheitskommunikation nie geantwortet hatte. Es wurde keine Erklärung dafür gegeben, warum unsere Anfragen ignoriert wurden. Uns wurde gesagt, wir sollten zurückrufen, was wir auch mehrmals taten.

Am 19. Mai erklärte eine CDC-Mitarbeiterin, dass unsere Fragen überprüft worden seien und dass unsere Anfrage in ihrem System in Bearbeitung sei, dass sie uns aber keine Kopie der Antwort geben würde. Es ist 74 Tage her, dass wir unsere erste E-Mail mit der Frage nach VAERS-Daten und -Berichten verschickt haben.

Children's Health Defense bittet jeden, der eine unerwünschte Reaktion erlebt hat, egal bei welchem Impfstoff, diese zu melden."

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es sehr schwierig ist, Informationen zu haben, aber die bekannten Elemente sind schon sehr bedeutend: zum Beispiel die Tatsache, dass

die Anzahl der Todesfälle, die in drei Monaten nach der Covid-Impfung registriert wurden, bereits die der in 21 Jahren in den USA für alle anderen Impfstoffe registrierten erreicht.

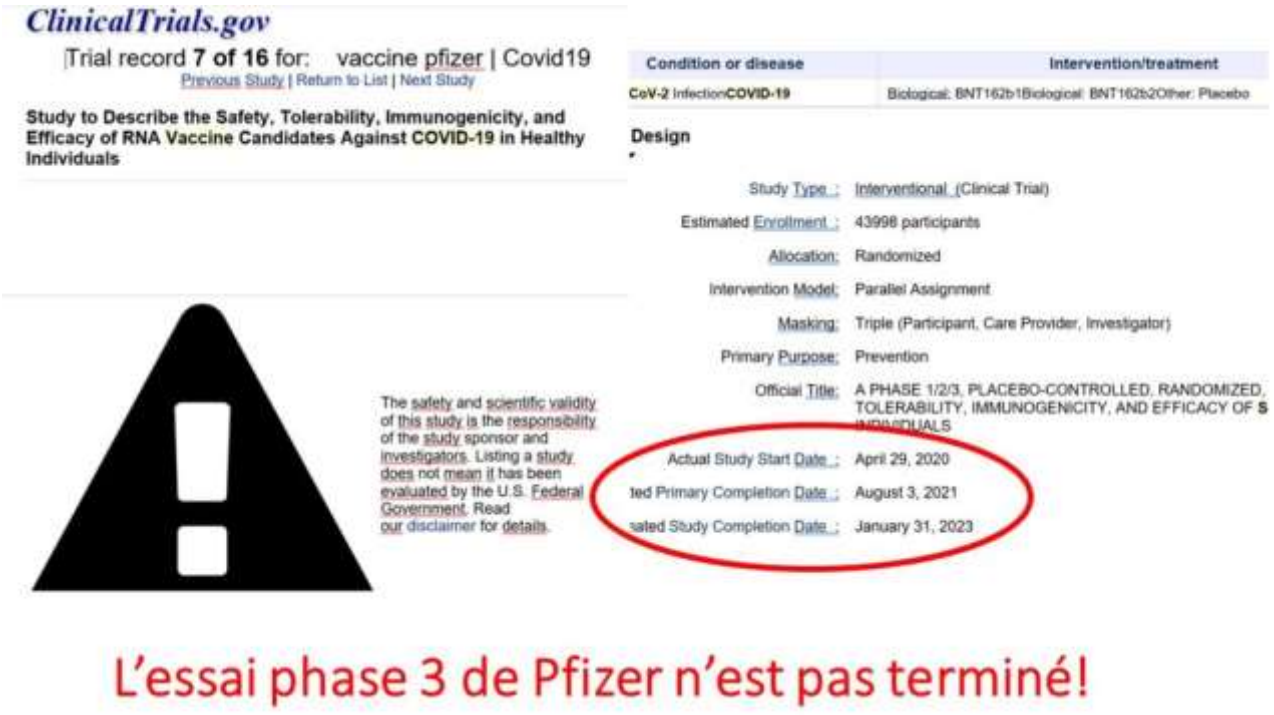
Erinnern wir uns auch daran, dass der Impfstoff gegen die Vogelgrippe im Jahr 1976 nach 53 Todesfällen und der Impfstoff gegen H1N1 im Jahr 2009 nach 57 Todesfällen zurückgezogen wurde. Offensichtlich hat die Welt der Wachsamkeit und Sicherheit einen anderen Maßstab.

Eine sehr vorsichtige Schlussfolgerung

„Sie sind Lehrer, Ärzte, Juristen, Künstler, Polizisten, Wissenschaftler, Psychologen, Essayisten, Journalisten und andere. Angesichts der aktuellen Situation richten sie bitte einen Appell an jeden von uns. Ein Aufruf zum zivilen Widerstand und zum Aufwecken des Gewissens.

Alleine sind wir schneller. Gemeinsam kommen wir weiter.
Afrikanisches Sprichwort “

UND DENKEN WIR DARAN, DASS ES SICH UM GENETISCHE SUBSTANZEN (auf keinen Fall um klassische Impfstoffe) im therapeutischen Versuch handelt!



L’essai phase 3 de Pfizer n’est pas terminé!





---

[1] Massacre: More than 10,000 Europeans KILLED by COVID-19 Vaccines According to Official EU Data

[2] Oracle BI Interactive Dashboards – DAP (europa.eu)

[3] www.lepopulaire.fr/limoges-87000/actualites/vaccins-covid-19-environ-4–000-declarations-d-effets-secondaires-en-limousin_13956157/?fbclid=IwAR1-FITfK41S7ymHS8aWGZ2Zhcd7qbREeBgVabffgz3Flw67x9FbN7WzHDs

[4] Covid-19 : le vaccin aurait un effet secondaire sur les règles (aufeminin.com)

[5] Latest CDC Data Show Reports of Adverse Events After COVID Vaccines Surpass 200,000, Including 943 Among 12- to 17-Year-Olds • Children's Health Defense (childrenshealthdefense.org)

[6] childrenshealthdefense.org/defender/vaers-cdc-adverse-events-covid-vaccines-surpass-200000/

[7] Occupational Safety and Health Administration — Wikipedia (wikipedia.org) Die Occupational Safety and Health Administration (OSHA) ist eine Bundesbehörde in den Vereinigten Staaten, deren Aufgabe es ist, Verletzungen, Krankheiten und Todesfälle am Arbeitsplatz zu verhindern. Sie tut dies durch den Erlass von Vorschriften für den Arbeitsschutz. Die OSHA wurde mit dem Occupational Safety and Health Act von 1970 gegründet, einem der wichtigsten Arbeitsschutzgesetze in den Vereinigten Staaten. OSHA entwickelte den 29 CFR Process Safety Management (PSM) Standard, „Process Safety Management of Highly Hazardous Chemicals".

[8] La ruée vers les vaccins, immense manipulation organisée ? – Nouveau Monde (nouveau-monde.ca)

Quelle: Nouveau Monde

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Lauterbachs Lügen: „Viren-Experte“ im Faktencheck – gleich 10 Mal (!) überführt

04. 06. 2021



Seit über einem Jahr erleben wir, wie eine beispiellose Hysterie rund um eine angebliche „Pandemie“ von Politiker, Medien und „Experten“ befeuert wird. Einer der Hauptakteure in dieser verantwortungslosen Allianz ist der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach. Der *BILD-Zeitung* ist es gelungen Lauterbach mit seinen größten Falschmeldung zu konfrontieren, die am Ende der 10 Vorhalte (siehe unten) jeweils am Ende stehen.

Lesen Sie hier zehn Beispiele des Schwachsinns, die vom „Viren-Experten“ in Talkshows oder auf Pressekonferenzen verzapft wurde.

1. **Mundschutz kann man aus Staubsaugerbeuteln basteln**

Bei Markus Lanz (9. April 2020) erklärt Lauterbach, Staubsaugerbeutel seien das beste Material, um selbst Atemschutzmasken herzustellen.

Der Hersteller Swirl warnte vor Gesundheitsschäden: Man verwende u. a. Stoffe wie Zink-Pyrithion und Aktivkohle. Auch die Drogerie-Kette dm bat eindringlich darum, Masken NICHT aus den Beuteln zu basteln. Sie könnten gesundheitsschädliche Stoffe enthalten, die beim Aufschneiden des Materials freigesetzt werden könnten und die Atemwege schädigen.

Lauterbach heute dazu:
„Nicht alle Staubsaugerbeutel enthalten diese schädlichen Stoffe. Außerdem war das lediglich ein Vorschlag, was man in der Not machen könnte.“

2. **Long Covid ist ein großes Problem bei Kindern**

Lauterbach bei Maybrit Illner (6. Mai*): „Sieben Prozent der Kinder, das ist unstrittig, die sich infizieren, entwickeln Long-Covid-Symptome.“*

Diese Meinung scheint er exklusiv zu haben. „Sie müssen schon mit einer sehr, sehr großen Lupe suchen, um Fälle von Long Covid bei Kindern zu entdecken“, sagt der Berliner Kinderarzt Dr. Jakob Maske (50), Sprecher des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte.

Einen ähnlichen Eindruck hat auch Dr. Martin Karsten, der ebenfalls eine große Kinderarzt-Praxis (bis 3000 Kinder pro Vierteljahr) in der Hauptstadt betreibt. „Wir hatten in der gesamten Zeit ein einziges Kind, bei dem wir den Verdacht von Langzeitfolgen nach einer Erkrankung mit Covid-19 hatten“, sagt der Arzt.

Lauterbach heute dazu:
Auf BILD-Anfrage räumte er ein, in Deutschland gäbe es dazu keine Daten und verrät sogar die Absicht seiner Falschmeldung: *„Ich wollte damit erreichen, dass durch Wechsel- und Distanzunterricht nicht so viele Kinder erkranken.“*

3. **Die Patienten auf den Intensivstationen werden immer jünger**

Im Talk bei Maybrit Illner (16. April 2021) sagt Lauterbach:
„Diejenigen, die jetzt auf Intensivstationen behandelt werden, sind im Durchschnitt 47 bis 48 Jahre alt. Die Hälfte von denen stirbt. Viele Kinder verlieren ihre Eltern. Das ist eine Tragödie.“

Fakt ist: Niemand wusste zu dem Zeitpunkt, wie alt die Intensivpatienten wirklich sind.

Auf eine Anfrage der FDP-Politikern Judith Skudelny im April, teilte die Bundesregierung mit, dass bei der Übermittlung der Intensivbetten-Kapazitäten keine Daten zum Alter der Patienten erfasst wurden. Grund: Man habe diese Daten bisher nicht „als erforderlich angesehen“.

Lauterbach heute dazu:

Lauterbach räumt „glattweg eine Fehleinschätzung“ ein:
„Meine Einschätzung kam durch persönliche Gespräche zustande, die ich mit den Leitungen von Intensivstationen geführt habe. Zum Glück ist es dann nicht so gekommen, wie ich nach diesen Gesprächen befürchtet hatte.“

4. **Ein Asthmaspray schützt vor Corona**

Im April 2021 erklärte Lauterbach das Asthmaspray Budesonid zum möglichen „Gamechanger“ in der Bekämpfung von Covid-19 und zitiert eine Studie.

An der Studie nahmen 146 Probanden teil. Zu wenig, urteilen Fachgesellschaften. Außerdem wussten die Teilnehmer und Ärzte, welcher Patient das Spray bekommt. Ein Placebo-Effekt ist demnach nicht auszuschließen.

Daraus lasse sich keine generelle Empfehlung für Patienten mit Covid-19 ableiten, heißt es in einer Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin (DGP), der Österreichischen Gesellschaft für Pneumologie (ÖGP) und der Deutschen Gesellschaft für Allergologie und klinische Immunologie (DGAKI). Die Europäische Arzneimittelagentur EMA empfiehlt den Einsatz ebenfalls nicht. Es gebe bislang keine ausreichenden Hinweise für einen Nutzen, ein Schaden durch den Einsatz des Mittels könne ebenfalls nicht ausgeschlossen werden.

Lauterbach heute dazu (bitte 2 Mal lesen, da geradezu unfaßbar): Sein Satz gelte natürlich nur, wenn sich die Ergebnisse der Studie bestätigen würden …

5. **Die indische Mutante ist 20 Prozent ansteckender**

Lauterbach in BILD am SONNTAG (30. Mai):
„Die indische Variante ist wahrscheinlich 20 Prozent ansteckender als die britische."

Der Frankfurter Virologe Martin Stürmer: „Wie viel ansteckender die indische Variante ist, muss in Labor-Studien erst mal überprüft werden. Die aktuellen Daten aus Großbritannien zeigen, dass sie sich ähnlich wie die britische Variante verhält. Heißt: Vermutlich wird sie ähnlich ansteckend sein wie die britische Variante."

Spannend: Der bisherige Anteil der Infektionen mit der indischen Variante beträgt in Deutschland seit ein paar Wochen nur rund zwei Prozent. „Die britische Variante hat sich in Deutschland deutlich schneller ausgebreitet. Dass die Verbreitung der indischen Variante jetzt seit Wochen konstant bleibt, gibt Hinweise darauf, dass sie doch nicht so ansteckend sein könnte wie ursprünglich vermutet", sagt Virologe Stürmer.

Lauterbach heute dazu:
Der „Experte" kann seine These nicht belegen, sagt, es sei die einzige Erklärung, *„dass die indische Variante in vielen Grafschaften die britische Mutation verdrängen konnte".*

6. **Kinder sind große Virenschleudern**

Lauterbach misst Kindern bei der Verbreitung des Virus eine große Rolle zu: *„Enthusiasmus über Impftempo kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir vor Juli kaum Eltern impfen werden. Massive Schulausbrüche werden Eltern dann sehr hart treffen."* (12. April 2021)

Dem widersprechen aktuelle Daten. Das Robert-Koch-Institut (RKI) erklärte: „Eine grundsätzliche Beobachtung aus den Meldedaten ist, dass die Inzidenzen in den jüngeren Altersgruppen – bis etwa 15 Jahre – erst dann zu steigen begannen, als sie schon mehrere Wochen bei den jüngeren Erwachsenen erhöht waren." Daraus könne man schließen, dass Kinder keine Pandemie-Treiber sind, so das RKI.

Lauterbach heute dazu:
Durch das Abschwächen der dritten Welle seien auch Kinder und Jugendliche nicht so betroffen. *„Wenn es wirklich so gekommen wäre, wie das RKI mit den sehr hohen Inzidenzen vorhergesagt hat, dann hätte das zweifelsfrei auch Kinder und Jugendliche massiv betroffen."*

7. **Monster-Mutation aus indischer und britischer Variante**

In BILD warnt Lauterbach am 16. Mai vor einer Kombination aus indischer und britischer Variante:
„Das ist ein biologischer Prozess, den man auch im Labor verfolgen kann."

„Bei Rekombinationen ist die Voraussetzung, dass ein Mensch mit zwei Virusvarianten infiziert ist", sagt der Virologe Dr. Martin Stürmer. „Und dann müssen sich die Gene auch noch so elegant austauschen, dass dabei eine neue Supervariante entsteht. Das halte ich nicht für unmöglich, aber in der augenblicklichen Situation eher für unwahrscheinlich."

Und Epidemiologe Klaus Stöhr ergänzt: So etwas „spielt gegenwärtig bei der Pandemiebekämpfung keine relevante Rolle“.

Lauterbach heute dazu:
„Von Rekombinationen habe ich nie etwas gesagt. Und so war es auch nicht gemeint, das ist eine völlig abwegige Vorstellung. Mir ging es tatsächlich um das Auftreten von Mutationen, die sowohl die Eigenschaften ähnlich der britischen wie der indischen Variante haben. Und genau das ist jetzt in Vietnam aufgetreten.“

8. **Die Fußball-EM muss ohne Zuschauer stattfinden**

Am 17. Januar twitterte der SPD-Politiker:
„Im März wird die Entscheidung zur Fußball-EM getroffen. Da wir dann in Europa noch mitten in der Covid-Pandemie sind, bezweifele ich, dass die Durchführung beschlossen wird. Wenn, dann als Geisterspiel-EM.“

Inzwischen steht fest: Die Fußball-EM soll überwiegend mit Zuschauern stattfinden. Die Auslastung der Stadien beträgt zwischen 20 und 100 Prozent.

Lauterbach heute dazu:
„Das hätte auch anders ausgehen können. Niemand freut sich mehr darüber als ich, dass der Fußball jetzt stattfinden kann.“

9. **Kinder und Jugendliche müssen geimpft werden**

Lauterbach drängt auf die Impfung von Kindern und Jugendlichen. Er erklärt in der BILD am SONNTAG (30. Mai):
„Unser Impfziel von 80 Prozent schaffen wir nicht, ohne auch die Zwölf- bis 18-Jährigen zu impfen. (…) Sollte es zu einer vierten Welle kommen, und das ist keineswegs ausgeschlossen, würden die Schülerinnen und Schüler besonders darunter leiden.“

Was er außer Acht lässt: Eine Corona-Infektion verläuft bei Kindern und Jugendlichen in den meisten Fällen asymptomatisch oder mild. Virologe Prof. Peter Kremsner (60): „Die Impfreaktion ist bei Kindern und Jugendlichen viel stärker als bei älteren Menschen.“ Das stehe in keiner Relation zu den Auswirkungen einer Corona-Infektion, von der viele junge Menschen noch nicht einmal etwas bemerkten.

Lauterbach heute dazu:
Nur so könne man Schulausfälle im Herbst verhindern. *„Wenn normaler Unterricht stattfinden soll, müssen wir Kinder und Jugendliche impfen. Natürlich auf freiwilliger Basis.“*

10. **Lockerungen führen zur Explosion der Fallzahlen**

Am 5. Mai 2020 warnte Lauterbach bei Markus Lanz:
Wenn bald alles erlaubt sein würde „mit der Bitte, dabei eine Maske zu tragen und Abstand zu halten, kommt das exponentielle Wachstum rasch zurück“.

Stattdessen sanken die Fallzahlen: Am 1. Juni lag die Inzidenz bei 3,6, am 15. Juni bei 2,5, am 7. Juli bei 2,9, am 3. August bei 5,1.

Lauterbach heute dazu:
„Was soll das? Wir haben doch überhaupt nicht wieder alles erlaubt! Wir hatten doch durchgehend einen Teil-Lockdown!“

Dass im Sommer naturgemäß Grippe und grippeähnliche Infekte zurückgehen, wird von Lauterbach überhaupt nicht berücksichtigt und dass die Maßnahmen, die er mit zu verantworten hat, nicht zielführend sind, erleben wir gerade in den USA wo in mehr als 20 Bundesstaaten der Irrsinn bereits beendet wurde. Maskentragen und Impfpässe sind teilweise dort gar nicht mehr zulässig!

Noch wird bei uns weitergelogen, dass sich die Balken biegen. Gegen die Panikmacher aus Politik und den Medien ist der Baron Münchhausen eine geradezu ehrliche Haut

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Nur mehr irre: Jetzt marschiert Antifa für Pro-Impfung brav maskentragend auf (Video)

08. 06. 2021



Nicht ohne meinen Maulkorb: Linke bei Pro-Impf-Demo. *Bild: Screenshot Youtube*

Es ist kaum zu fassen: In Marburg (Hessen) gab es eine Demo vor einer BioNTech-Fabrik wo „Demonstrierende“ lautstark die Forderung erhoben, dass der Pharmakonzern die Segnungen seines Impfstoffes allen Bürger*innen und der ganzen Welt „gerecht“ zuteil kommen lassen soll.

Die fortschrittlichen Revoluzzer simulierten besorge Bürger, die es voll Empörung nicht erwarten können, endlich ihren Gen-Cocktail verpasst zu bekommen.
In einem Punkt sind wir voll auf Seiten dieser Revoluzzer: Mögen sie alle schnellstmöglich „durchgeimpft“ werden.

So brav können auf Zuruf Antifa-Faschisten sein

„Anarcho-Freundschaft“ Genossen! Gerne stellen wir die für uns vorgesehen Impf-Kontingente euch kostenlos zur Verfügung. Schon deshalb, weil man Antifa-Chaoten noch nie so brav und obrigkeitshörig – aktuell mit Regierungsmaulkorb – aufmarschieren sah.

https://www.youtube.com/watch?v=3D_TsYyDOZY&t=11s

12) Schweizer wollen keine grünen Initiativen, sind aber für das Covid-Gesetz

03. 06. 2021



Bildquelle: LesObs

Zwei aktuelle Umfragen zeigen ein „Nein“ zu beiden Anti-Pestizid-Initiativen, ein „Ja“ zum Terrorismusgesetz und zum Covid-Gesetz, aber ein „Unentschieden“ bei der CO2-Regulierung.

Zwei Wochen vor der Abstimmung am 13. Juni hat sich der Trend bei den beiden Anti-Pestizid-Initiativen umgekehrt, die laut Umfragen von SRG und Tamedia wahrscheinlich abgelehnt werden. Bei den Covid-, CO2- und Anti-Terror-Gesetzen bleibt das „Ja“-Votum in Führung.

Das Institut gfs.bern befragte im Auftrag der SRG zwischen dem 18. und 27. Mai 17’959 Stimmberechtigte. Die statistische Fehlerspanne beträgt +/- 2,8 Prozentpunkte. Die dritte Umfrage von Tamedia basiert auf den Antworten von 17.193 Befragten, die am 27. und 28. Mai befragt wurden. Die Fehlerspanne beträgt +/- 1,2 Prozentpunkte.

Quelle: watson.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) 4. Covid-Welle in Tunesien: mehr als 20% sind infiziert

03. 06. 2021



24 ORE

Tunisia, attesa quarta ondata a metà giugno

«Una quarta ondata di pandemia di coronavirus è prevista per metà giugno 2021 con un picco di infezioni ad agosto». Lo ha detto oggi il ministro della Sanità di Tunisi, Faouzi Mehdi aggiungendo che per tale data periodo il numero complessivo di morti per infezione da virus è stimato a 4mila. Il ministro ha sottolineato davanti alla Commissione parlamentare Salute e Affari Sociali che il tasso di positività ha raggiunto oltre il 20%, e che continua la pressione sugli ospedali pubblici occupati con un tasso dell'82% dei letti in rianimazione e del 74% dei letti provvisti di ossigenoterapia.

Nazionalità dichiarate al momento dello sbarco anno 2020 (aggiornato al 31 dicembre 2020)	
Tunisia	12.883
Bangladesh	4.141
Costa d'Avorio	1.950
Algeria	1.458
Pakistan	1.400
Egitto	1.264
Sudan	1.125
Marocco	1.030
Afghanistan	1.009
Iran	970
altre*	6.924
Totale**	**34.154**

Bildquelle: VoxNews

„Eine vierte Welle der Covid-Pandemie wird für Mitte Juni 2021 erwartet mit einem Höhepunkt der Infektionen im August." So der Gesundheitsminister von Tunis, Faouzi Mehdi.

Der Minister wies vor der parlamentarischen Kommission für Gesundheit und Soziales darauf hin, dass die Positivitätsrate mehr als 20 % erreicht hat und dass dadurch in den öffentlichen Krankenhäusern weiterhin 82 % der Betten bei der Reanimation und 74 % der Betten bei Sauerstofftherapie belegt sind.

Bis August wird mit einer Zahl von weiteren 4.000 Todesopfern gerechnet.

Eine katastrophale Situation. Die zugleich bedeutet, dass 20 % der illegalen Immigranten, die per Boot nach Italien übersetzen, positiv sein können!

Italien muss somit bis August mit einer weiteren gesundheitlichen Katastrophe rechnen, wenn die Regierung nicht Vorsorge trifft, die Illegalen mit Militärschiffen aufzuhalten und zurückzubringen.

Quelle: VoxNews

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Mehrheit der Westeuropäer glaubt, dass „die EU nicht funktioniert“

15. 06. 2021



Bildquelle: Remix News

Brüssels Umgang mit der Coronavirus-Pandemie und der krisenbedingten Rezession hat viele mit pessimistischen Ansichten über die Zukunft der EU zurückgelassen

Die Autoren der Umfrage, die der European Council on Foreign Relations (ECFR) in 12 EU-Mitgliedsstaaten durchgeführt hat, veranlassen die europäischen Staats- und Regierungschefs, die Ergebnisse als Warnung zu verstehen. Es kpönnte im Hinblick auf die Zukunft der EU eine der letzten Warnungen sein.

Die polnische Tageszeitung Rzeczpospolita weist darauf hin, dass die besorgniserregendsten Daten aus den beiden größten Staaten der EU – Deutschland und Frankreich – stammen. Nach der Umfrage sind 55 Prozent der Deutschen und 62 Prozent der Franzosen der Meinung, dass die EU „nicht funktioniert“. Auch 57 Prozent der Italiener teilen diese Ansicht, ebenso wie 52 Prozent der Spanier und 51 Prozent der Österreicher.

Deutlich verständnisvoller sind da die Polen, bei denen nur 33 Prozent dieser Ansicht sind. Allerdings sagten 44 Prozent der Polen, dass ihr Vertrauen in die EU bereits gering ist oder sich im letzten Jahr verschlechtert hat.

Die Autoren des Berichts stellten fest, dass die früher sehr marginale Skepsis gegenüber der Integration nun in den Mainstream übergegangen ist, insbesondere in Deutschland, wo das Vertrauen in die EU um 11 Prozentpunkte gesunken ist.

Achtunddreißig Prozent der Befragten in den 12 Mitgliedsstaaten glauben, dass das größte Versagen der EU im letzten Jahr darin bestand, eine tiefe Rezession zuzulassen, wobei 31 Prozent auf die Unfähigkeit der EU hinwiesen, eine effiziente Impfung gegen das Coronavirus zu gewährleisten. Andere Vorwürfe, wie das Einfrieren der Wirtschaft und des sozialen Lebens, wurden deutlich weniger genannt (21 Prozent).

Der Bericht betonte auch, dass die Corona-Pandemie zugeschlagen habe, als die EU bereits mehrere ernste Krisenepisoden in der Vergangenheit durchgemacht habe, nämlich die Finanzkrise 2008, die Migrationskrise 2015 und den Brexit. Eine effiziente Reaktion auf die Pandemie hätte eine Chance für Brüssel sein können, das Vertrauen wieder aufzubauen, aber dies ist in den Augen der öffentlichen Meinung der EU eindeutig nicht geschehen.

Eine Chance, dieses Versagen wettzumachen, ist der EU-Rettungsfonds, aber dieser wird keine leichte Aufgabe sein, zumal nur 14 Prozent der Befragten in Deutschland Unterstützung von der EU oder anderen Mitgliedsstaaten erwarten, um die Krise zu überwinden. Die Umfrage ergab, dass 59 Prozent der Deutschen glauben, dass ihr Land nur auf sich selbst zählen kann.

Aber auch in Polen ist die Zahl derer, die Unterstützung von der EU und anderen Ländern erwarten, innerhalb eines Jahres von 50 auf 42 Prozent gesunken. Das ist ein Wert, der den reicheren Nationen Westeuropas, die Nettozahler in den EU-Haushalt sind, sehr nahe kommt: Österreich (38 Prozent), Frankreich (39 Prozent), Italien (42 Prozent), die Niederlande (42 Prozent) und Schweden (40 Prozent).

Darüber hinaus hat die zunehmende Skepsis gegenüber der Integration zu einer steigenden Unterstützung für eher euroskeptische Parteien geführt, wie z.B. die französische Partei Rassemblement National, Italiens Fratelli d'Italia und die spanische Vox.

Diese Situation ist jedoch auch eine Folge des Versagens, das die nationalen Regierungen nach Ansicht der Befragten während der Pandemie erlitten haben. Schließlich stehen hinter diesen Regierungen Mainstream-Parteien, und 42 Prozent der Befragten glauben, dass diese Parteien für Rezession und Arbeitslosigkeit verantwortlich sind; 34 Prozent halten sie für schuldig an ineffizienten Impfprogrammen.

Hoffnung kann die EU aus der Tatsache schöpfen, dass nur 12 Prozent der Befragten der Meinung sind, dass es an der Zeit ist, die EU aufzulösen.

Wenn es um die Zukunft der europäischen Integration geht, gehen die Meinungen weit auseinander. Die Umfrage ergab, dass 33 Prozent der Meinung sind, dass die EU ein Beispiel für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Welt werden sollte, während 18 Prozent die EU als eine der globalen Mächte auf der internationalen Bühne sehen. Siebzehn Prozent glauben, dass die Aufgabe der EU der Schutz von Traditionen und Nationalstaaten sein sollte, und 15 Prozent sind der Meinung, dass die Integration den Binnenmarkt und die wirtschaftliche Zusammenarbeit betreffen sollte.

Quelle: Niezalezna.pl

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Die EU-Außenpolitik ist ein lächerlicher Papiertiger!

欧盟的外交政策是一只荒谬的纸老虎！

Von Mariann Őry

12. 06. 2021



Die EU-Außenpolitik ist ein lächerlicher Papiertiger!

Die Angewohnheit, deutsche Interessen als gemeinsame europäische Interessen auszugeben, wird letztlich zu einer Zentralisierung der Macht zugunsten Berlins führen.

„Die Außenpolitik der Europäischen Union ist lächerlich geworden. Wenn unsere acht gemeinsamen Erklärungen bisher beiseite gefegt wurden – und im Fall von China ist das geschehen -, wird auch die neunte zum Gespött. Wir sehen aus wie armselige Papiertiger, und nach unseren folgenlosen Erklärungen lacht die Welt über uns“, mit dieser unangenehmen Wahrheit konfrontierte Ministerpräsident Viktor Orbán kürzlich die EU-Entscheidungsträger.

Es kann wirklich nicht gesagt werden, dass die ungarische Position in dieser Frage nicht schon lange klar ist. In seinem früheren, achten Samizdat, den Orbán an Armin Laschet, den Kanzlerkandidaten der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, richtete, reagierte er auf ein ähnliches Thema. Deshalb wurde Ungarn zur Zielscheibe der Berliner Kritik, weil es als einziges die EU-Erklärung zu Israel nicht unterstützt hat.

Bevor wir untersuchen, warum die Besessenheit der Union, Erklärungen abzugeben, problematisch ist, wollen wir uns mit einem interessanten Detail beschäftigen. Das erste Element dieses Details hat mit Laschet zu tun, aber noch wichtiger ist der sozialdemokratische Außenminister Heiko Maas, der vorschlug, dass die Einstimmigkeit bei Entscheidungen über die Außenpolitik der Europäischen Union abgeschafft werden sollte. Tut es Deutschland weh, die Union nicht allein regieren zu können, weil es durch lästige mitgliedstaatliche Souveränität behindert wird?

Unangenehme Assoziationen an die europäische Vergangenheit drängen sich auf.

Berlin verpackt die Durchsetzung des eigenen Willens stets in das so genannte gemeinsame Interesse, was meist mit dem deutschen Interesse gleichzusetzen ist. Als zum Beispiel Bundeskanzlerin Angela Merkel die Syrer großzügig nach Deutschland einlud, und somit so ziemlich jeden, der vorgab, Syrer zu sein, wurde es plötzlich zum gemeinsamen europäischen Interesse, diese Menschen zu verteilen.

Um auf das Verteilen von Erklärungen zurückzukommen: Denken Sie nicht, dass, wenn Ungarn ein Veto gegen einen gemeinsamen Erklärungsentwurf einlegt, alle anderen mit dem Dokument vollkommen zufrieden sind. Das ist nicht der Fall, sie trauen sich bloß nicht aufzustehen. Die ungarische Position hingegen ist, dass gefährlicher Unsinn nicht ermöglicht oder unterstützt werden sollte.

Die Europäische Union macht sich lächerlich, wenn sie den Großmächten mit unwirksamen Papieren drohen will, eine politische Polizeitruppe spielt und die strategischen Partner der Union in herablassender, belehrender Weise kritisiert. Dahinter steckt eine unendliche Arroganz, die sehr typisch für die liberale Elite der EU ist. Es ist nicht nur so, dass sie falsch liegen, denn solange sie diese wütenden Aussagen machen, geht die Welt weiter – in der Tat, die Welt geht an uns vorbei.

Europa wird nicht stark und wettbewerbsfähig sein, weil es außenpolitische Erklärungen abgegeben hat – schon gar nicht, wenn es wieder einmal eine Krise falsch handhabt. Die EU-Länder, die ausschließlich auf westliche Impfstoffe und gemeinsame EU-Beschaffung setzen, liegen bereits gut anderthalb Monate hinter Ungarn zurück. Die ungarische Regierung hat rechtzeitig erkannt, dass es falsch war, sich ausschließlich auf westliche Impfstoffe zu verlassen, und dass Ungarn auch östliche Impfstoffe braucht. Die ungarische Regierung hat daraus hingegen kein Politikum gemacht, sondern gesagt, es gehe darum, dass der Impfstoff funktioniert.

Das ist ebenso eine Frage der Souveränität wie das Vetorecht der Nationalstaaten bei gemeinsamen Entscheidungen und Erklärungen. Ungarn will kein Papiertiger sein, sondern ein starkes, souveränes Land. Die Indikatoren des Seuchenmanagements und die der Wirtschaft beweisen, dass dies die richtige Richtung ist und dass Ungarn auf der richtigen Seite der Geschichte steht.

MAGYAR HÍRLAP Dieser Veitrag erschien zuerst bei MAGYAR HÍRLAP, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Marcin Romanowski: „Hassrede ist ein Vorwand, um politischen Druck auszuüben“

13. 06. 2021



Marcin Romanowski · *Bildquelle: El Correo de España*

„Hassrede ist ein Vorwand, um politischen Druck auf Länder auszuüben, die die von den Eliten und Neomarxisten in Brüssel auferlegten Veränderungen nicht akzeptieren.“ (Marcin Romanowski)

Von Álvaro Peñas

Interview mit Marcin Romanowski, stellvertretender polnischer Justizminister. Er ist promovierter Jurist und war von 2016 bis 2019 Direktor des Instituts für Justiz. Am 4. Juni 2019 wurde er von Justizminister Zbigniew Ziobro zum Unterstaatssekretär im Justizministerium ernannt und ist verantwortlich für die Cybersicherheit des Justizsystems und die Implementierung neuer Technologien im Bereich der Justiz. Marcin Romanowski gehört der Solidarna Polska (Solidarisches Polen) an, einer der drei Parteien, die die Regierungskoalition Zjednoczona Prawica (Vereinte Rechte) bilden.

Letztes Jahr trat in Polen eine umstrittene Justizreform in Kraft, die von der großen Mehrheit der Polen unterstützt, aber von der Europäischen Union scharf kritisiert wurde. Hat diese Reform die Probleme des polnischen Justizwesens erfolgreich gelöst und was halten Sie von dieser fortgesetzten Einmischung Brüssels in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Landes?

Die von der Regierung durchgeführte Justizreform weist auf das hin, was der Hauptmangel unseres Justizsystems zu sein scheint – das Personal und die Tatsache, dass das polnische Justizsystem in seiner Grundform nach dem formalen Zusammenbruch der kommunistischen Diktatur im Jahr 1989 nie eine echte Reform durchlaufen hat. Langsame und subtile Änderungen, die vom damaligen Establishment akzeptiert wurden, wurden erst

im letzten Jahrzehnt der kommunistischen Herrschaft vorgenommen. Später, während der Verhandlungen zwischen den Kommunisten und einem Teil der widerspenstigen Opposition, wurden breitere und notwendige Veränderungen der Justiz aus dem politischen Reformpaket ausgeschlossen. Die Justiz sollte sich selbst reformieren, unterstützt durch eine neue Institution, den Nationalen Justizrat, der noch während der Verhandlungen der kommunistischen Regierung mit der Opposition im Jahr 1989 gegründet wurde. Der demokratische Deckmantel des Rates verdeckte jedoch alle kommunistischen Aspekte der Justiz, was später über 25 Jahre lang in politischen Diskussionen thematisiert wurde, in denen verschiedene Parteien, einschließlich der heutigen Opposition, gründliche Reformen forderten, darunter auch die Reform des Justizrates. Die meisten waren sich einig, dass der Justizrat mit seinem unklaren System der Richterernennung am meisten für die verschiedenen Funktionsstörungen der Justiz verantwortlich war. Die nicht-repräsentative Natur der Richter, die den Justizrat zusammensetzten, einschließlich der eklatanten Dominanz der Richter des Obersten Gerichtshofs, bedeutete, dass der Rat im Wesentlichen ein korporativer „Wachhund“ für die Reinheit der Richterkaste war und all jene ausschaltete, die für demokratische Offenheit, Transparenz und Rechenschaftspflicht der dritten Gewalt eintraten. In Deutschland wurde nach 1989 die „Nulloption“ angewandt, was dazu führte, dass ein großer Teil der kommunistischen Richter den Beruf verließ. Es war für den deutschen Gesetzgeber offensichtlich, dass Richter, die de facto wichtige Funktionäre des kommunistischen Regimes waren, oft verantwortlich für Justizmorde und die Verfolgung der Opposition, im neuen demokratischen System nicht unabhängig sein konnten. In Polen bedeutet diese „Null-Option“ null Rechenschaftspflicht, und es gab keine Säuberung der Justiz, nicht einmal von Kommunisten, die für Justizverfolgung verantwortlich waren. Aus heutiger polnischer Sicht ist auffällig, wie verbissen die Brüsseler Eliten gegen die eingeleiteten Reformen ankämpfen und wie sehr ihnen elementares historisches Wissen über die kommunistische Vergangenheit und die Einbettung der Justiz in die Realitäten des alten Systems fehlt. Schlimmer noch, die Rechtsstaatlichkeit ist zu einem Vorwand nicht nur für verdeckte, sondern auch für offene Einmischung in Angelegenheiten geworden, die nach den EU-Verträgen den Mitgliedsstaaten überlassen waren. Erstaunlich und traurig ist nicht nur die Unerbittlichkeit Brüssels im Kampf gegen legitime Reformen, die von der Bevölkerung unterstützt werden, sondern auch die Heuchelei der EU im Umgang mit Polen und anderen Ländern. In seinen fast parallelen Urteilen zur dritten Gewalt sieht der EuGH Polen und z.B. Malta sehr unterschiedlich. So verstößt in Polen laut EuGH der neue Justizrat, dem von den Richtern selbst nominierte und vom Parlament gewählte Richter angehören, gegen eine angebliche EU-Norm, während in Malta die Ernennung der Richter durch den Präsidenten auf Vorschlag des Premierministers in Abwesenheit eines Gremiums wie des Nationalrats EU-Recht entspricht und die Unabhängigkeit garantiert. Ähnlich ist die Situation in Deutschland, wo kein EU-Gremium darauf hingewiesen hat, dass die offene Parteizugehörigkeit deutscher Richter mit der Unparteilichkeit und Unabhängigkeit der Richter unvereinbar ist, während Polen mit seiner absoluten verfassungsrechtlichen Verpflichtung zur Unparteilichkeit ein Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit unterstellt wird.

Das zeigt, wie parteiisch und paternalistisch der Ansatz Brüssels ist. Auf die Frage, ob die Reformen den gewünschten Effekt hatten, muss die Antwort teilweise ausfallen. Einerseits haben die Reformen – in gewissem Sinne – die Rechtsprechung des EuGH abgebaut. Andererseits wurden sie vom Koalitionspartner und dem Präsidenten nicht vollständig akzeptiert, der gegen einige der Reformen sein Veto einlegte.



Polen hat 2015 die Istanbul-Konvention ratifiziert, einen Vertrag, den Sie als trojanisches Pferd der Linken bezeichnet haben. Dennoch stimmte das polnische Parlament im März auf Geheiß Ihres Ministeriums mit einem Text „Ja zur Familie. Nein zu Gender“ gegen diesen Vertrag. Steht der Ausstieg Polens aus der Istanbul-Konvention bevor? Welche Maßnahmen hat Polen gegen häusliche Gewalt ergriffen?

Polen lehnt die neomarxistische These vom Klassenkampf, der heute auf einen Kampf der Geschlechter reduziert wird, entschieden ab. Vor einiger Zeit sahen Marxisten das Übel dieser Welt im Kapital. Es war das Kapital, das die Menschen in Bessere und Schlechtere teilte, es war die Quelle allen Elends und aller Ausbeutung. Die heutigen linksliberalen Eliten berufen sich auf das gleiche Narrativ, nur dass sie an die Stelle des Kapitals das Geschlecht (Gender, wie sie es umzudefinieren versuchen) setzen. Es ist ein Geschlecht, das die angebliche Ursache für das Unglück der Menschheit sein soll, es ist ein Geschlecht, das die Menschen in Bessere und Schlechtere, in diejenigen, die am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben teilnehmen, und in die Ausgeschlossenen einteilen soll. Letztere sollen Frauen, sexuelle Minderheiten, Menschen mit anderer Geschlechtsidentität sein. Nach diesen Ansichten soll jede Stigmatisierung aufgrund von Geschlecht oder sexueller Identität die Ursache für Misserfolge, Schwierigkeiten und sogar Dramen im Leben sein. In der modernen Welt sind Geschlecht und Sexualität zur Leinwand für angebliche Trennungen, Diskriminierungen, Pathologien und jede mögliche Ausgrenzung geworden, einschließlich der Quelle häuslicher Gewalt. Nach den Slogans der linken Avantgarde soll die Vernichtung des Geschlechts, die Auslöschung der Unterschiede zwischen Frauen und Männern und vielleicht sogar die Einführung einer völlig neuen Kategorie des dritten Geschlechts und das Fehlen des Unterschieds zwischen sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität eine neue Befreiung, die Essenz der liberalen Revolution und die endgültige Lösung des Problems der Gewalt gegen Frauen bringen. Wir lehnen eine solche primitive Erzählung ab. Der wirkliche Kampf gegen häusliche Gewalt kann nicht auf die abstrakte Identifizierung ihrer angeblichen Quelle und auf die Schaffung bürokratischer Berichterstattung und aufdringlicher Erziehung reduziert werden, die uns glauben machen

soll, dass die Trennung zwischen Männern und Frauen grundsätzlich falsch ist. Probleme wie häusliche Gewalt oder Ausgrenzung liegen viel tiefer, sind vielfältiger und nuancierter. Die Quellen von Dysfunktionen in der Familie sind verschiedene Pathologien wie Alkohol- oder Drogenmissbrauch, verschiedene Süchte, zufällige Ereignisse, die durch Arbeitslosigkeit oder Armut verursacht werden, oder unzureichende Bildung, die Chancen auf sozialen Aufstieg blockiert, Sexualisierung von Frauen in den Mainstream-Medien. Unserer Meinung nach ist das in der Istanbul-Konvention vorgeschlagene Menschenbild zu primitiv. Die Welt und ihre Komplexität ist kein Problem einer eng verstandenen menschlichen Sexualität, die heute – unter anderem durch die Medien – unserer Meinung nach übermäßig geschärft oder gar verzerrt wird. Die heutige Welt ist eine Vielzahl komplexer, oft geschichteter und multiplizierter Probleme. Die Aufgabe des Staates ist es, diese geschickt zu entschärfen. Das haben wir zum Beispiel bei der häuslichen Gewalt in Polen getan, die wir nicht durch das Prisma des Geschlechterkampfes sehen. Jede häusliche Gewalt, unabhängig von ihrer primären Quelle, sollte beseitigt oder zumindest minimiert werden. Das hat der polnische Gesetzgeber getan, indem er ein sogenanntes Anti-Gewalt-Gesetz verabschiedet hat, das das Opfer schützt und gleichzeitig eine effektive Trennung des Täters vom Opfer vorsieht, unabhängig davon, wodurch der häusliche Konflikt verursacht wurde. Die Polizei ist berechtigt, einen Haftbefehl zu erlassen, der den Täter verpflichtet, das Haus während der polizeilichen Intervention sofort zu verlassen. Dies ist ein rechtlicher Mechanismus, der dem Opfer realen und faktischen Schutz bietet. Es gibt auch ein spezielles Hilfsnetzwerk, das aus 365 Zentren in ganz Polen besteht, die aus einem vom Justizministerium geschaffenen Fonds – Fundusz Sprawiedliwości (Justizfonds) – finanziert werden, wo Opfer, Angehörige und Zeugen kostenlose und professionelle rechtliche und psychologische Hilfe in Anspruch nehmen können. Das Ergebnis ist, dass der Kampf gegen häusliche Gewalt einen umfassenden Charakter hat und das Niveau der realen häuslichen Gewalt, nicht nur das in der offiziellen Statistik, eines der niedrigsten in Europa ist.

Im Rahmen dieser EU-Gender-Obsession haben Sie an einer Debatte im Europäischen Parlament über die Situation von LGBT-Menschen in Polen teilgenommen. Polen ist ein Rechtsstaat, aber er wird ständig von Brüssel aus in Frage gestellt. Sind all diese Kampagnen nicht ein Weg für die EU, den souveränen Staaten der Union ihre ideologische Agenda aufzudrücken?

Genau hier liegt das Grundproblem. Was wir derzeit in der europäischen Öffentlichkeit erleben, ist eine Verleugnung von Demokratie und Pluralismus. In einer klassischen Demokratie gab es eine Pluralität von Ansichten, Gedanken und Ideen. Jeder hatte das Recht zu sagen, was er dachte, und in der öffentlichen Debatte war die Mehrheitsmeinung eindeutig. Heute haben wir dieses Rudiment der Demokratie vergessen. Stattdessen haben wir einen weitreichenden Relativismus. Die politischen Herolde der Linken definieren autoritär, was eine akzeptable Norm ist, die in der öffentlichen Debatte funktionieren kann, und was als gefährliche „Orthodoxie“, „Faschismus“ oder „religiöser Fanatismus“ definiert wird. Der vom ideologischen Beigeschmack linksliberaler Aktivisten durchdrungene Relativismus wirft alles aus dem öffentlichen Raum, mit dem er nicht einverstanden ist. Der Feind Nummer eins ist der Glaube und die traditionellen Werte, aber auch der Nationalstaat und sein Substrat in Form des Volkes. Stattdessen entwirft die linke Phantasmagorie eine Utopie ohne Religion, ohne Werte und ohne Staat, stattdessen wird mit der Vision eines pseudosozialistischen Internationalismus im neuen Gewand gelockt, der allen Menschen Glück bringen soll. Erreicht werden soll dies durch die Auferlegung eines einheitlichen Narrativs und die Eliminierung von allem, was wir für Aberglauben halten oder was nicht in „unsere“ Vision der Welt passt. Wie weit dieser Prozess fortgeschritten ist, zeigt sich daran, dass alles, was früher die Norm war, wie etwa eine Familie, die aus einem Vater, einer Mutter und einem Kind besteht, heute als Freak angesehen wird, während der Titel einer

Familie von verschiedenen Beziehungen beansprucht wird, in denen das Kind als Objekt behandelt wird. All dies atomisiert die Gesellschaft, untergräbt ihre sozialen, psychologischen und kulturellen Grundlagen und muss am Ende in einer Katastrophe enden.

Diese ideologische Agenda ist totalitär und lässt keine anderen Standpunkte zu. Ein sehr aufschlussreicher Fall ereignete sich vor zwei Jahren in Polen, als ein IKEA-Manager einen Mitarbeiter feuerte, weil er einen Tag der Solidarität mit LGBT-Menschen nicht unterstützte. Der Manager wurde wegen Diskriminierung seines Mitarbeiters strafrechtlich verfolgt. Sie sagten damals, dass Sie die Diktatur des Relativismus oder die Ideologisierung von Arbeitsplätzen nicht zulassen würden.

Wir sind uns alle einig, dass negative Erscheinungen im öffentlichen Raum beseitigt werden sollten. Die Kultur der öffentlichen Debatte ist ein Bereich, der für das Funktionieren der Demokratie entscheidend ist. Jeder Mangel an Respekt vor einem anderen Menschen ist verwerflich und sollte verurteilt werden. Das Problem mit Hassreden ist jedoch ein anderes. Für einige politische Kreise ist sie zu einem Werkzeug der ideologischen Propaganda geworden, das einen „neuen Menschen" formen soll. Die öffentliche Debatte, insbesondere in einer Demokratie, muss offen und pluralistisch sein. Und mittlerweile ist es die von den linksliberalen Ideologen erfundene Hassrede, die die demokratische Debatte abwürgt. Im Namen des angeblichen Respekts vor dem anderen Menschen unterdrückt sie die Ansichten, mit denen die Linken nicht einverstanden sind, und eliminiert Ansichten, die nicht in die radikal-liberale, selektiv gewählte Vision von Staat, Gesellschaft und Politik passen. Man fragt sich, mit welchem Hass versucht wird, Ansichten in Frage zu stellen und aus dem öffentlichen Raum zu entfernen, die z. B. auf Glauben, traditionellen Werten und assimilierten kulturellen Mustern beruhen. Der Fall des Lehrers aus Island, der es wagte, sich kritisch über die Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare zu äußern und dem der EGMR deshalb wegen Hassrede verurteilte, ist geradezu plakativ. Ebenso wie die Stigmatisierung einer finnischen Politikerin, nur weil sie in einer öffentlichen Debatte die Bibel zitierte, was dazu führte, dass sie als religiöse Fanatikerin angesehen wurde, die das Gift des religiösen Hasses verbreitet. Wir beobachten eine äußerst gefährliche Tendenz, dass der Kampf gegen die „Hassrede" der Stigmatisierung von Ansichten dient, mit denen der linksliberale Mainstream nicht einverstanden ist. Wendet man das gleiche Maß in die andere Richtung an, stößt man auf offene Aggression. Angriffe auf Katholiken, die traditionelle Werte lächerlich machen, werden mit der Freiheit der öffentlichen Debatte, dem Pluralismus usw. erklärt. Das Hauptproblem bei der Hassrede ist also ihre Relativierung. Das Stigma der Hassrede wird in der Regel Ansichten zugeschrieben, die von der linksliberalen Mehrheit nur schwer akzeptiert werden können, während offene Angriffe auf die Kirche, den Glauben, die Familie oder die Verteidiger des Lebens unter dem Schirm der liberalen Redefreiheit geschützt werden.

Die Europäische Kommission sagt, sie sei sehr besorgt über „Hassreden" und will bis Ende dieses Jahres eine Liste von Hassverbrechen erstellen. In Spanien zum Beispiel will die linke Regierung einige Aktivitäten von Pro-Life-Gruppen kriminalisieren. Ist diese „Hassrede" nicht ein weiteres Instrument, um Andersdenkende wie Polen und Ungarn zu verfolgen oder christliche Werte zu kriminalisieren?

Ich fürchte ja. Seit langem gibt die Europäische Kommission Anlass zu der Annahme, dass der Kampf gegen die so genannte Hassrede ein weiterer Vorwand sein wird, um politischen Druck auf Länder auszuüben, die die von den Brüsseler Eliten und Neomarxisten auferlegten ideologischen, sozialen und kulturellen Veränderungen nicht unreflektiert akzeptieren. Wir sehen, dass der „Schutz" vor Hassreden nur radikale Liberale, LGBT-

Menschen oder rassische Minderheiten abdeckt. Obwohl wir zunehmend Angriffe auf Christen erleben, hören wir von europäischen Politikern nicht einmal Worte der Verurteilung, geschweige denn konkrete Taten. Derzeit ist „Hassrede“ ein abstraktes Konzept, und wie bei der „Rechtsstaatlichkeit“ hat die Europäische Union keine konkreten Bedingungen für ihre Bewertung definiert. Ohne präzise Kriterien und objektive Annahmen wird die Europäische Kommission ein weiteres Instrument des politischen Drucks erhalten. Wir werden Zeuge einer ideologischen Zensur all jener, die nicht den Gender-Newspeak verwenden oder einfach nur Ansichten äußern, die mit ihrer Überzeugung oder Religion übereinstimmen.

Strajk Kobiet, die linksextreme Pro-Abtreibungs-Bewegung, wird von den westlichen Medien und dem Europäischen Parlament stark unterstützt und von vielen Organisationen des Soros-Netzwerks finanziert. Diese Gruppe war in Angriffe auf Kirchen und gewalttätige Proteste verwickelt, ist das nicht ein echter Fall von „Hassrede“?

Das ist genau das, worüber wir sprechen. In Polen haben wir es vor allem nach 2015 mit noch nie dagewesenen Angriffen auf die Kirche, Priester, Gläubige oder auch Menschen zu tun, die sich zu einem traditionellen Wertesystem bekennen. Die Manifestation des Patriotismus, des Glaubens, der Verbundenheit mit dem, was unseren kulturell-genetischen Code ausmacht, wird von vielen Teilnehmern des polnischen politischen Lebens durch aggressive linke Kreise stigmatisiert, nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten. Rechtswidrige Manifestationen, Schändungen von Denkmälern und Orten, die für den Staat, die Nation und die Kirche wichtig sind, werden – leider – als eine Erscheinung der normalen öffentlichen Debatte betrachtet. Sogar die öffentliche Paraphrasierung einer heiligen Messe durch Personen, die LGBT-Gruppen angehören, mit stark obszönen Elementen wird als Teil einer solchen „normalen Debatte“ betrachtet. Es sind diese Beispiele von Linksextremismus, Verachtung des nationalen Erbes und elementarer Respektlosigkeit gegenüber anderen, die uns mit echtem Entsetzen erfüllen. Wenn wir ernsthaft über Hassrede sprechen wollen, sollten wir alle diese Aussagen als Beleidigung von Katholiken behandeln. Inzwischen ist das heute propagierte Verbot von Hassrede stark asymmetrisch, sogar so weit, dass die Äußerungen offen konservativer Politiker direkt als hasserfüllt stigmatisiert werden, während die Äußerungen linksliberaler Politiker und Politikerinnen, unabhängig vom Inhalt, als „natürlicher“ Teil der öffentlichen Debatte angesehen werden. Der beste Beweis dafür sind Äußerungen von F. Timmermans, der einerseits die patriotische Kundgebung anlässlich des polnischen Unabhängigkeitstages im Europäischen Parlament als „Marsch von tausend Faschisten“ bezeichnete und andererseits die Straßenschlägereien von LGBT-Aktivisten als Stimme der Zivilgesellschaft bezeichnete. Es ist klar, dass die Hauptbefürworter des Kampfes gegen die sogenannte Hassrede willkürliche Zensur und die Einschränkung der Redefreiheit von Menschen mit konservativen Ansichten meinen.

Im Januar kündigte Polen ein Gesetz an, das die Zensur durch große Social-Media-Plattformen bekämpfen soll. Wann wird dieses Gesetz in Kraft treten, und sind finanzielle Sanktionen gegen diese Plattformen oder die sogenannten „Faktenchecker“ geplant?

Das Internet ist heute der Ort, an dem die meisten politischen Diskussionen und Weltanschauungsstreitigkeiten stattfinden. Bürgerinnen und Bürger äußern dort ihre Meinung und sollten das Gefühl haben, dass ihre Rechte im Online-Raum geschützt sind. Immer häufiger kommt es dort zu Zensurmaßnahmen, die sich vor allem gegen religiöse und traditionelle Inhalte oder gegen den weit gefassten rechten Flügel richten. Kürzlich blockierte YouTube Live-Übertragungen von Gottesdiensten in Polen. Dank einer schnellen

Reaktion und des Drucks von Politikern unserer Partei und vieler christlicher Organisationen wurde der Kanal schnell wieder freigeschaltet. Doch das reicht oft nicht aus. Die Zensuraktivitäten der digitalen Giganten widersprechen der Idee der Meinungsfreiheit, weshalb unser Projekt davon ausgeht, dass die Social-Media-Giganten nicht in der Lage sein werden, Beiträge zu entfernen oder Konten polnischer Nutzer zu sperren, wenn die von ihnen geposteten Inhalte nicht gegen polnisches Recht verstoßen. Das Projekt des Justizministeriums sieht die Einrichtung eines Rates für Meinungsfreiheit (CFE) vor, der über das verfassungsmäßige Prinzip der Meinungsfreiheit wachen soll. Wenn der Dienst einen Account sperrt oder einen Eintrag entfernt, dessen Inhalt nicht gegen polnisches Recht verstößt, wird der Nutzer die Möglichkeit haben, eine Beschwerde bei dem Dienst einzureichen. Die Beschwerde muss innerhalb von 48 Stunden bearbeitet werden. Wenn das Unternehmen den Eintrag nicht wiederherstellt oder das Konto weiterhin sperrt, kann der Nutzer eine Beschwerde bei der KSE einreichen. Für die Nichteinhaltung der Entscheidungen der CFE oder des Gerichts wird der Rat in der Lage sein, der Social-Media-Plattform eine Geldstrafe in einer Höhe zwischen 12.000 und 12 Millionen Euro aufzuerlegen. Wir wollen, dass über dieses Gesetz so schnell wie möglich abgestimmt wird, weil sich die digitalen Giganten jeden Tag mehr und mehr in die Grundfreiheiten der Bürger einmischen. Ein spezifischer rechtlicher Rahmen, in dem Online-Plattformen agieren können, und geeignete Maßnahmen zur Begrenzung ihrer Straflosigkeit sind ein Muss. Unser Projekt ist fertig und wurde bereits im Februar dieses Jahres vorgestellt, wir warten noch auf die Entscheidung unseres größeren Koalitionspartners, Recht und Gerechtigkeit, um das Gesetzgebungsverfahren zu diesem Thema einzuleiten.


Justizminister Zbigniew Ziobro und Marcin Romanowski

Sie setzen sich aktiv für die polnische Minderheit in der Ukraine ein, wie ist die Situation der in der Ukraine oder in Litauen lebenden Polen? Schließlich wollte ich Sie noch nach der Integration von Minderheiten wie Ukrainern, Weißrussen oder Deutschen fragen, die in Polen leben.

Seit vielen Jahren organisiere ich Hilfe für die römisch-katholische Gemeinde in Lemberg und Umgebung, in der überwiegend Polen leben, die ein Kinderhospiz, verschiedene Jugendinitiativen und karitative Arbeit organisieren. Neben der materiellen Unterstützung ist dies vor allem ehrenamtliche Arbeit. Im Rahmen des Bildungsprojekts „Legal Leaders Workshop“, an dem jedes Jahr über hundert herausragende Studenten und junge Juristen teilnehmen, ist eines der Elemente des Projekts (neben dem juristischen Unterricht natürlich) eine einwöchige Freiwilligenreise nach Lemberg. Dies ist ein sehr wichtiges Element, um Sensibilität und den Geist des Dienstes an anderen zu entwickeln. Darüber hinaus ist es auch ein Element der Bewusstseinsbildung für die Tatsache, dass diese Gebiete in der Vergangenheit zu Polen gehörten, was ihre grundlegende Bedeutung für die polnische und europäische Kultur und Identität zeigt. Für mich geht es auch darum, die Erinnerung an meine Familie zu pflegen: Einer meiner Verwandten war vor dem Zweiten Weltkrieg Dozent an der Medizinischen Fakultät der Lemberger Universität; er wurde 1941 zusammen mit anderen Universitätsprofessoren von den Deutschen ermordet. Die Erinnerung an die deutsche oder russische Bestialität während des Zweiten Weltkriegs ist praktisch in jeder polnischen Familie präsent; es gibt keine Familie, in der nicht jemand, der ihnen nahe stand, von den Unterdrückern getötet wurde. Für Spanier mag das unverständlich sein, weil sie solche Erfahrungen aus diesem grausamen Krieg nicht gemacht haben. Für die Generation meiner Großeltern, die die Besatzung überlebt hat, löste die deutsche oder russische Sprache lange Zeit Abscheu und Entsetzen aus. Es ist wichtig, diese Bedingungen des heutigen Polens zu verstehen. Aber wenn wir auf die heutige Westukraine oder Teile Litauens zurückkommen, die vor 1945 zu Polen gehörten, dann sind sie besonders gezeichnet vom Trauma des Krieges und der Besatzung, vom Tod und der Vertreibung von Millionen von Menschen. Diejenigen, die geblieben sind, werden aber meiner Meinung nach immer noch nicht ausreichend vom polnischen Staat unterstützt. Ich meine natürlich nicht eine Art territorialen Revisionismus, den es in Polen nicht gibt. Die Polen, die in diesen Gebieten geblieben sind, dürfen nicht zwischen dem Verlust der polnischen Identität oder der Rückkehr nach Polen wählen müssen. Sie sollten eine starke Unterstützung im Bereich der Kultur, der Bildung, des Hochschulwesens und der sozialen Aktivitäten haben. Ungarn, das sich um die ungarische Minderheit außerhalb seiner Grenzen auf äußerst effiziente, effektive und umfassende Weise kümmert, ist für mich ein Vorbild. Auch die Haltung der litauischen Behörden gegenüber den einheimischen Polen lässt viel zu wünschen übrig, sowohl im Bereich der polnischen Bildung als auch bei der Rückgabe des von den Kommunisten nach 1945 beschlagnahmten Eigentums. Die Ukraine ist, wie Litauen, ein sehr wichtiger Partner für uns. Ohne eine stabile Ukraine ist die Sicherheit Polens und ganz Mitteleuropas grundlegend bedroht. Es gibt jedoch immer noch einen wunden Punkt in den polnisch-ukrainischen Beziehungen: der Völkermord, der 1943–1944 von ukrainischen Nationalisten, die mit den Deutschen kollaborierten, an den örtlichen Polen begangen wurde. Die nationalistischen Führer jener Zeit, die direkt für das so genannte „Wolhynische Gemetzel“ verantwortlich waren, bei dem in kurzer Zeit über 100.000 Frauen, Kinder und wehrlose Menschen getötet wurden, werden derzeit in der Ukraine als Helden der antikommunistischen ukrainischen Bewegung behandelt. Es ist daher schwierig, eine echte und dauerhafte polnisch-ukrainische Gemeinschaft aufzubauen, ohne Rechenschaft abzulegen, ohne sich der Wahrheit über die Vergangenheit zu stellen. Und was die ukrainische Minderheit in Polen betrifft: Sie ist jetzt eine Gemeinschaft von mehr als einer Million Menschen, die nach der russischen Aggression im Jahr 2014 in der Ost- und Südukraine Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität in Polen suchen. Als Folge der immer noch andauernden militärischen Krise in der Ukraine hat Polen in der Praxis die größte und quantitativ und proportional größte Anzahl von Flüchtlingen in ganz Europa aufgenommen. Daher sind die Vorwürfe der Europäischen Kommission von vor ein paar Jahren, als Polen sich gegen die Zwangsumsiedlung von sogenannten Flüchtlingen aus dem Nahen Osten und Afrika wehrte, absurd. In der großen Mehrheit waren es keine Kriegsflüchtlinge, sondern Wirtschaftsmigranten. Wir haben nicht

zugestimmt und werden niemals zustimmen, zur Aufnahme von Wirtschaftsmigranten verpflichtet zu werden, die kulturell fremd sind und unsere Traditionen nicht respektieren. Wir haben eine Tradition und können echten Kriegsflüchtlingen helfen, aber wir sind gegen das Social Engineering der Migration, das die Reste der christlichen Kultur des Westens zerstört. Wir haben unsere Grenzen für Ukrainer geöffnet, die sowohl vor Krieg als auch vor Armut fliehen. Das ist natürlich ein sehr wertvoller Zuwachs an Arbeitskräften in Polen, das sich wirtschaftlich dynamisch entwickelt, aber in einer demografischen Krise steckt, aber eine Injektion von Menschen, die uns kulturell, sprachlich und religiös nahe stehen. Genauso wie die Belarussen, die uns in jeder Hinsicht noch näher stehen, und unsere Beziehungen sind nicht mit der oben erwähnten unüberwindbaren schmerzhaften Vergangenheit belastet. Ich denke, man kann diese Situation in gewisser Weise mit dem Zustrom einer großen Zahl von Migranten aus Lateinamerika nach Spanien zu Beginn dieses Jahrhunderts vergleichen. Auch Polen hat eine jahrhundertealte Tradition der Toleranz und des wohlverstandenen Multikulturalismus, denn es bildete fast 400 Jahre lang den größten Flächenstaat Europas, der heute von Ukrainern, Weißrussen, Litauern, Letten und Deutschen bewohnt wird. Es war eine konstitutionelle Monarchie mit breiter Beteiligung der Bürger an der Regierung und religiöser Toleranz, die eine friedliche Koexistenz von Katholiken, Protestanten, Orthodoxen und Juden ermöglichte. Aufbauend auf unseren Traditionen und unserer Kultur können wir eine dauerhafte Gemeinschaft aufbauen.

El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei EL CORREO DE ESPAÑA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Barack Obama: Polen und Ungarn sind „autoritäre“ Regime

13. 06. 2021



Barack Obama · *Bildquelle: Visegrád Post*

In einem Interview, das am Montag, den 7. Juni, vom amerikanischen Sender CNN ausgestrahlt wurde, zeigte der ehemalige US-Präsident Barack Obama einmal mehr die immer größer werdende Kluft zwischen Konservativen und „Liberalen“ auf, und zwar bis zu dem Punkt, an dem die Worte für beide Seiten nicht mehr die gleiche Bedeutung zu haben scheinen.

„Ungarn und Polen haben offensichtlich nicht die gleichen demokratischen Traditionen wie wir…“

So warnte Barack Obama vor der Schnelligkeit, mit der Demokratie in Autoritarismus umschlagen kann – was wir in Westeuropa zwar in gewisser Weise sehen… aber eher

wegen der Liberalen – und griff damit ein Argument auf, das der jetzige US-Präsident Joe Biden schon im Wahlkampf genannt hatte: „*Das undemokratische Amerika wird nicht auf einen Schlag aufkommen, sondern in mehreren Schritten.*

Wenn man sich anschaut, was in Ländern wie Ungarn und Polen passiert, die offensichtlich nicht die gleichen demokratischen Traditionen hatten wie wir, und wo diese Traditionen nicht so tief verwurzelt waren. Und doch waren sie noch vor zehn Jahren funktionierende Demokratien, und jetzt sind sie im Wesentlichen autoritäre Regimes geworden…“

Ferner erklärte er, dass „*die Demokratie an der Wahlurne sterben kann*“, sprich, wenn das Volk nicht „richtig“ wählt.

„Mangelndes Wissen führt oft zu falschen Schlussfolgerungen“

Nicht unbedingt sehr überrascht, da Ungarn und Polen von ihren westlichen Gesprächspartnern – denen ein Teil der ungarischen und polnischen Opposition durchaus zuzuordnen ist – sich schon einiges anhören müssen, reagierte der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki jedoch, indem er durch die Blumen meinte, in den Äußerungen von Barack Obama nicht das Land erkennen zu können, in dem er täglich lebt: „*Es wäre besser, Barack Obama nach Polen einzuladen, was ich auch tue*, [damit er sehen kann], *wie prächtig sich Polen heute entwickelt* […] *Als ein anderer Politiker der Demokratischen Partei, Bill Clinton, vor ein paar Jahren nach Polen kam, sparte er nicht mit Lob.*

Man muss nur hierher kommen, statt irgendwelche Berichte zu lesen, die meiner Meinung nach das Bild von Polen stark verzerren.

Andere Beobachter, die weniger zurückhaltend in ihren Kommentaren sind, weil sie keine Regierungspositionen innehaben, waren in ihrer Reaktion weniger nuanciert, so der Journalist Tomasz Grzywaczewski auf Twitter:

„Durch seine katastrophale internationale Politik hat Präsident Obama immer wieder gezeigt, dass er nichts über die Welt weiß. Wie wir sehen können, hat sich seitdem wenig geändert,

während sogar der stellvertretende polnische Außenminister Szymon Szynkowski vel Sęk seinerseits der Meinung war, dass ein „*Mangel an Wissen oft zu falschen Schlussfolgerungen führt und in diesem Fall ist es nicht das erste Mal*“, in Anspielung auf das, was der Journalist Grzegorz Kuczyński und der Sejm-Vizepräsident Marek Kuchciński (PiS) unverblümt erklärten:

„Wie wir wissen, ist Obama ein prominenter Experte für Polen…“,

und erinnerten daran, dass er 2012 von angeblichen „*polnischen Todeslagern*“ gesprochen hatte.

Eine „ernste Warnung vor einer Schwächung der Allianz zwischen Polen und den Vereinigten Staaten“

Der ehemalige polnische Verteidigungsminister Tomasz Siemoniak (PO) sagte seinerseits, er teile die Ansicht des ehemaligen US-Präsidenten, die er als „*ernsthafte Warnung vor einer Schwächung der Allianz zwischen Polen und den Vereinigten Staaten*“ betrachte, zeigte dadurch wieder einmal die Homogenität der Meinungen zwischen der polnischen Opposition

und den westlichen Liberalen und hob somit unbewusst den Widerspruch hervor, sich zu sehr auf das Bündnis mit Leuten zu verlassen, die an liberal-libertären Werten festhalten und ihre progressive Ideologie der ganzen Welt aufzwingen möchten. Erinnern wir uns daran, dass Präsident Obama im Jahr 2011 die Förderung der der LGBT-Forderungen in der Welt zu einer der Achsen der amerikanischen Außenpolitik gemacht hatte und dass er immer abscheuliche Beziehungen zu Ungarn unterhielt, seitdem das ungarische Volk den Fidesz gewählt hatte, um das Land zu regieren.

VISEGRÁD POST
COMPRENDRE L'EUROPE CENTRALE

Dieser Beitrag erschien zuerst bei der VISEGRÁD POST, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Der Blick der Linken in die Zukunft ist ein Blick nach hinten

Von Davorin Kopše

12. 06. 2021



Die Ereignisse aus der jüngsten Vergangenheit sollten nach dem Diktat der von dort kommenden Kräfte vergessen und nur noch nach vorne geblickt werden. Aus denselben Protokollen teilen sie uns mit, dass in eben dieser Vergangenheit die Grundlage unserer Existenz und die Erhaltung des Rechts auf den Gebrauch der slowenischen Sprache liegt. Wir hören, dass es ohne den Nationalen Befreiungskrieg, der zur Durchführung der Revolution missbraucht wurde, keine Unabhängigkeit geben würde. Die falsche Geschichte darf nicht revidiert werden, die Opfer entsetzlicher Massaker dürfen nicht begraben und ihre Mörder nicht verurteilt werden. Wollen wir das?

Im Namen des Volkes

Richter werden indirekt vom Volk durch die repräsentative Demokratie gewählt. Dies sind die Menschen, die in den Jahren vor der Unabhängigkeit massiv ihrer Rechte, ihrer Würde, ihres Wohlstands, ihrer Freiheit, ihrer Gesundheit und viele sogar ihres Lebens beraubt wurden. In all den Jahren hat das System jedoch nicht in ausreichendem Maße mit der Mentalität der Richterschaft gerechnet, um eine bessere Justiz zu etablieren, die das Vertrauen der Menschen verdient. Ich lasse hier die ehrlichen und gewissenhaften Richter weg, die sich von den alten Praktiken gelöst haben.

Kriminelle wie Ivan Maček („Matija“), Mitja Ribičič („Major“) und viele andere und schließlich Franc Sever („Franta“) haben nie den Hammerschlag eines Richters gehört. Sie mussten sich nie vor dem Volk verteidigen und wurden nicht im Namen des Volkes verurteilt. Sie starben, zumindest formell, rechtlich unschuldig. So unschuldig wie ihre Opfer, aber sie starben nicht auf die gleiche Weise. Ich sage nicht, dass sie das hätten tun sollen, natürlich nicht, aber sie hätten sich verteidigen müssen und sie hätten verurteilt werden müssen, damit der Gerechtigkeit zumindest teilweise Genüge getan wurde. Es stimmt nicht nur, dass sie nicht im Namen des Volkes gerichtet wurden, sondern es ist auch eine Tatsache, dass der Wille des Volkes ein anderer ist. Weil es keine Genugtuung gibt, statt innerer Ruhe und Entspannung, bleiben Bitterkeit und Angst in der Nation, dass sich die Zeit der Verbrechen wiederholen könnte. Wie wahr diese Aussage ist, werden wir weiter unten sehen, wo wir über die Einstellung zur Verfassung sprechen.



Ivan Maček

Nicht nur politisch und materiell, sondern auch seelisch sind die Menschen fragil, weil ihnen seit Jahrzehnten ein Bindemittel vorenthalten wurde. Selbst viele, die das vergangene System nicht mehr wollen, gehen nicht zu den Urnen oder wählen die Nachfolger derer, die diese Nation aufgrund erlernter Gier in eine Art willenlose Verwirrung gestürzt haben. Eine Handvoll, die noch über die Mehrheit der Medien verfügt und diese lenkt, kümmert sich täglich um die entsprechende Dosis an Fehlinformationen. Sie manipulieren ständig, dass Slowenien eine Regierung braucht, die Nichtregierungsorganisationen, Quasi-Kulturalisten

und nicht zuletzt die Medien selbst blind finanziert. Ein entscheidender Wandel hat auf diese Weise seit dreißig Jahren nicht mehr stattgefunden. Unglaublicherweise werden die Menschen durch Manipulationen in eine absurde Spirale gedrängt, die dafür sorgt, dass sie immer gegen sich selbst sind. Alles geschieht im Namen oder im Willen des Volkes, auch wenn das Volk dagegen ist. Wenn es zu einer Verschiebung kommt, schalten sie die Lautsprecher ein und beeilen sich zu erklären, wie die Demokratie angegriffen wird. Schauen wir uns diese Demokratie an.

Sieben Jahre Linke

Die mangelnde Wahlbeteiligung gibt im Verhältniswahlrecht Parteien Raum, die die Nation als Ganzes nicht wirklich billigt und akzeptiert. Auf diese Weise haben wir in Slowenien, das sich vor kurzem dem Sozialismus widersetzt und ihn mit Abscheu abgelehnt hat, weil er Armut produziert, die Sozialistische Linkspartei, eine Partei, die den Mund voll hat von der Befürwortung sozialer Gerechtigkeit, von Arbeiterrechten und, in jüngerer Zeit, von Klimagerechtigkeit und Sorge um die Umwelt. Letzteres nennen sie Ökosozialismus, was ebenso ein Oxymoron ist wie eine intelligente Retardierung.

Gregor Čušin: „Ich bin Slowene und katholisch. Ich gehöre einer fremden Nation an, einer verrückten Nation. Ich gehöre einer Nation an, die vierzig Jahre lang unter dem Kommunismus gelitten hat, für die Demokratie gekämpft und einen Kommunisten zu ihrem ersten demokratisch gewählten Präsidenten gemacht hat.“ Jeder möge seine eigene Parallele zu den Linken ziehen.



Luka Mesec · *Foto: STA*

Wer ist hier also verrückt? Es ist empirisch erwiesen, dass der Sozialismus keine soziale Gerechtigkeit kennt, sondern nur die Gleichheit der Massen in Armut. Es ist bekannt, dass es weder reiche sozialistische Länder noch arme Sozialisten gibt. Daraus sehen wir, wovon die Sozialisten reden. Sie reden für sich selbst! Wie kann man die Arbeitnehmerrechte in

einem Unternehmen gewährleisten, in dem nichts von niemandem und alles von allen kommt? Das haben wir schon probiert und es hat nicht funktioniert, denn in der Masse geht aus Interessenvermischung und Verantwortungsflucht die Konsistenz von Systempflege und -entwicklung verloren. Die Linke befürwortet dies, während sie den Nebel senkt. All dies führt auch zu einem unbeschwerten Umgang mit der Umwelt. Der Beweis dafür liegt in der Erinnerung an vergangene Zeiten des Sozialismus und der vergifteten toten Flüsse. In den 1930er Jahren war die Sava in Tacen bei Ljubljana trinkbar. Die Folgen des sozialistischen kollektiven Umgangs mit der Umwelt auf dem Gelände des Stahlwerks Celje werden noch jahrzehntelang beseitigt werden…

Nach sagenhaften sieben Jahren Paradies für die aggressiven Abgeordneten der Linken in der Nationalversammlung ist es an der Zeit, sie mit sich selbst zu konfrontieren. Lassen wir sie ihre Programmplattform erklären, wo geschrieben steht, dass sie Privateigentum abschaffen werden, dass sie dafür sorgen werden, dass das Eigentum an Unternehmen von privatem auf staatliches Eigentum übertragen wird. Sie sollen erklären, wie sie beabsichtigen, gegen den Kapitalismus zu kämpfen, wie er in der Verfassung definiert ist, und wie sie stattdessen sozialistische Prinzipien etablieren werden. Diese sozialistischen Prinzipien diktieren ihnen die Abschaffung der Marktwirtschaft und die Einführung einer Planwirtschaft. Aus ökonomischer Sicht ist dies nichts anderes als die Abschaffung des Wettbewerbs und des Marktes.

In der heutigen Situation wäre die Einführung dieser Absurditäten schlimmer als damals, als wir mit der Sowjetunion über den internationalen Warenverkehr verhandelten. Das ist nicht mehr so und Lichtungen gehören der Vergangenheit an. Werden wir mit Venezuela und Nordkorea Handel treiben? Das ist jetzt nicht mehr der Fall, und das Clearing gehört der Vergangenheit an. Werden wir mit Venezuela und Nordkorea Handel treiben? Ein Land ohne Marktgesetze kann sich nicht an den internationalen Wirtschaftsströmen beteiligen und daher auch nicht im heimischen Umfeld überleben, wie wir es in diesen Ländern sehen. Die Linke bietet uns also eine Rückkehr in eine noch schlimmere Vergangenheit an, als wir sie aus Erfahrung kennen.

Ich gehe nicht zu den Wahlen

In einer Zeit, in der wir den dreißigsten Jahrestag der Unabhängigkeit feiern, hören wir Aussagen von einzelnen Teilnehmern des Krieges um Slowenien, dass sie nicht für das Slowenien gekämpft haben, das wir heute haben. Da ich jeden Tag sehe, was wir in all dieser Zeit erreicht haben, kann ich der Propagandathese, dass es früher besser war, nicht zustimmen. Wir kämpften und waren erfolgreich gegen ein System und eine Situation, in dem wir gerade überleben, aber nicht wirklich leben durften. Später lief nicht alles so, wie wir es uns gewünscht hätten, aber es läuft eben nie alles glatt. Wer hat also einige Leute davon überzeugt, dass es uns heute schlecht geht? Wer hat ein Interesse daran, uns unzufrieden zu machen, obwohl wir im Allgemeinen nie besser gelebt haben? Sicherlich diejenigen, die nicht wollen, dass wir besser leben, damit sie uns ein besseres Leben versprechen können, das aber unter ihrer Herrschaft nie zustande kommt. Mir ist schon klar, dass viele Menschen immer noch nicht in Wohlstand leben, aber es gibt keinen Ausweg aus der Armut, den uns die Linke und die Linken im Allgemeinen zeigen könnten. Sie wollen uns unter dem Motto der Armut für alle führen, nicht nur Armut einiger weniger.

Der Blick der Linken in die Zukunft ist ihr Programm, über das sowohl die Mainstream-Medien als auch die Genossen von der „Verfassungsbogen“-Koalition schweigen. Sie versprechen uns eine Zukunft, die wir aus sehr dunkler Vergangenheit kennen, auf die wir nicht schauen dürfen, um nicht zu sehen, was uns mit ihnen an der Macht in noch

schlimmerer Form passieren kann. Nach dieser Semantik ist der Blick in die Zukunft gleich oder schlechter als der Blick in die Vergangenheit. Wenn wir diese Täuschung akzeptieren, graben wir uns neue Abgründe, in die wir gestoßen werden – lebendig oder tot.



Igor Zorčič · *Foto: STA*

Es ist unwahrscheinlich, dass die extrem linke Linkspartei mehr Anhänger haben wird als bei den letzten Parlamentswahlen. Daraus folgt, dass eine höhere Wahlbeteiligung die Zahl ihrer Abgeordneten in der Nationalversammlung deutlich reduzieren würde, oder sie würden gar aus dem Parlament ausscheiden. Wer also für die Nichtteilnahme an den Wahlen plädiert und mit dem Programm und den Aktivitäten der Linkspartei nicht einverstanden ist, wird am Wahlsonntag auf dem heimischen Sofa sitzend dennoch diese Partei unterstützen. Stattdessen wird die Wahl dann von jenem Teil der Bevölkerung entschieden, der gerne auf den Straßen in Ljubljana flaniert, wo er hauptsächlich nicht nach Arbeit, sondern nach den Privilegien sucht, die die Linken, wenn sie erst einmal an der Macht sind, großzügig aus dem gemeinsamen Topf an sie verteilen.

Zorčič hat Bedenken

Die Parlamentsparteien Slowenische Demokratische Partei und Nova Slovenija haben die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung der Nationalversammlung der Republik Slowenien beantragt, in der sie von der Linkspartei Antworten auf ihre programmatischen Positionen und Aussagen sowie die Aktivitäten ihrer Partei und ihrer Abgeordneten einfordern. Dies betrifft speziell diejenigen Teile ihrer Tätigkeit, in denen sie von den Bestimmungen der Verfassung abweichen oder direkt gegen diese verstoßen. Bei der Einreichung des Antrags äußerte der Präsident der Nationalversammlung Igor Zorčič Bedenken hinsichtlich der Zulässigkeit, dieses Thema im Tempel der Demokratie zu diskutieren.

Igor Zorčič ist der Abgeordnete und Präsident der Nationalversammlung, der aus der Koalitionspartei des Zentrums der Moderne und ihrer Gruppe von Abgeordneten ausgetreten ist. Er hat sich der Gruppe der fraktionslosen Abgeordneten in der Opposition angeschlossen, aber er ist nicht als Präsident der Nationalversammlung zurückgetreten, was aus Gründen der politischen Hygiene das Richtige gewesen wäre. Es ist unverständlich, dass er nicht von diesem Posten entfernt werden kann, weil sich einige politische Parteien und ihre Mitglieder dagegen wehren. Und es ist geradezu lächerlich, dass politische Parteien einen Abgeordneten einer Fraktion in Schutz nehmen, obwohl es in dieser Fraktion keine Mitglieder mit Unterstützung einer Partei gibt. Dies ist ein weiterer Beweis dafür, wie gering die Entwicklung von Parteipolitik und parlamentarischer Demokratie in Slowenien ist.

Zorčič und seine Mitstreiter haben also Bedenken gegen die vorgeschlagene Entschließung der Nationalversammlung, die die Regierung der Republik Slowenien und alle zuständigen staatlichen Organe auffordern würde, ihre Überwachung von Versuchen, die parlamentarische Demokratie und andere verfassungsrechtliche Grundlagen der Republik Slowenien zu untergraben, zu intensivieren und solche Phänomene anzugehen und zu verhindern. Die Parlamentsparteien werden sich zu diesem Thema äußern und wir werden sehen, wer für und wer gegen die Verfassungsordnung in der Republik Slowenien ist. Ein deklarativer Verweis auf die Verfassung reicht nämlich nicht aus; was zählt, sind Taten zum Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung.



Davorin Kopše ist ein Kriegsveteran im Kampf für ein unabhängiges Slowenien, Kandidat für das Europäische Parlament und Bürgerakivist.

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei DEMOKRACIJA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) David Engels: Politische Korrektheit ist zur Leitideologie der Europäischen Union geworden

11. 06. 2021



David Engels ist ein belgischer Historiker, der derzeit am Zachodni-Institut in Poznan (Posen) arbeitet. Er ist Spezialist für Alte Geschichte, insbesondere für die römische und seleukidische, und ist auch ein führender Denker des europäischen Konservatismus, der sich seit mehr als einem Jahrzehnt mit Fragen der Identität beschäftigt. Bekannt wurde Engels durch sein Buch „Auf dem Weg zum Imperium“, das die Krisensituation der EU mit dem Untergang der römischen Republik im ersten Jahrhundert v. Chr. vergleicht.

Die westlichen Gesellschaften haben sich mit Begeisterung dem moralischen Relativismus und der Kultur des Todes (Abtreibung, Euthanasie usw.) verschrieben, was neben der niedrigen Geburtenrate nur zum kollektiven Selbstmord führen kann. Wie ist diese Blindheit möglich? Warum hat die europäische liberale Rechte diese Agenda akzeptiert und sogar gefördert?

Die Antwort findet sich bereits bei Chesterton, der die meisten „Werte“ der modernen liberalen Gesellschaften als „aus den Angeln gehobene“ christliche Werte betrachtete. In der Tat hat der langsame Tod des Christentums seine Werte nicht völlig ausgelöscht, aber er hat sie ihrer transzendenten Verankerung beraubt, so dass Werte wie „Barmherzigkeit“, „Toleranz“, „Gerechtigkeit“ oder „Gleichheit“ aufgehört haben, kohärente Bausteine einer größeren Konstruktion zu sein, sondern begonnen haben, miteinander zu konkurrieren, während sie sich als „absolut“ ausgeben. Das konnte nur zu Absurditäten und Katastrophen führen, erst recht nach dem großen Trauma des Totalitarismus. So hat sich der Westen aus guten Absichten heraus eine Kultur des Todes zu eigen gemacht, während er sich einredet, ein Verfechter des moralisch „Guten“ geworden zu sein, da alle Tugenden, ihrer wahren Bedeutung entleert, zu Synonymen ihres genauen Gegenteils geworden sind. Toleranz hat zu Ausgrenzung geführt, Gesundheitsfürsorge zu Abtreibung, Würde zu Euthanasie,

Selbstverwirklichung zu kulturell-demografischem Selbstmord, Antifaschismus zu einem neuen Totalitarismus, Gleichheit zu exklusiven Quoten, Antirassismus zu eklatant rassistischer Identitätspolitik, usw.

Sie schreiben, dass „die Europäische Union Europa geeint, aber den Westen abgeschafft hat". Sind wir auf Kosten unserer Seelen materiell geeint worden?

Auf jeden Fall. Schon zu Beginn bevorzugten die europäischen Institutionen die wirtschaftliche vor der politischen oder kulturellen Zusammenarbeit: Einige Gründungsväter waren wohl überzeugt, dass die christlichen Wurzeln des Abendlandes stark und dauerhaft genug seien, um als zivilisatorisches Fundament eines vereinten Europas zu dienen, auch ohne explizit vorgeschrieben zu sein, andere dachten, dass die Einigung nach der Katastrophe des Nationalismus indirekt, durch die langsamen wirtschaftlichen und institutionellen Notwendigkeiten der „méthode Monnet", realisiert werden müsse. Leider wurde, wenn auch sehr allmählich, offensichtlich, dass dieses kulturelle Vakuum, das vielleicht als eine Form der freiwilligen Neutralität gedacht war, langsam von einem anderen Geist, nämlich dem Universalismus, ausgefüllt wurde. Die europäischen Institutionen wurden von Jahr zu Jahr mehr von einer Ideologie beeinflusst und dominiert, die die typische Identität des Westens durch einen multikulturellen Mischmasch ersetzen will, der sich ausschließlich an menschlichen Werten orientiert, ohne die spezifische Bedeutung der westlichen Traditionen zu berücksichtigen, eine Ideologie, die nur die angeblichen Interessen der „Menschheit" im Auge hat und zum Schaden Europas handelt. Schritt für Schritt ist die „politische Korrektheit" zur Leitideologie der Europäischen Union geworden, und je stärker sie wird, desto mehr zeigt sie ihr wahres Gesicht: Die EU steht heute nicht für die mutige Verteidigung der europäischen Zivilisation, sondern für Werte wie antichristliche Laizität, LGBTQ-Rechte, Feminismus, Antifaschismus, Gender-Theorie, Klimaparanoia, Technokratie, Social Engineering, Transhumanismus, digitalen Totalitarismus usw.

Ist das Bild von Notre Dame in Flammen das Symbol für das, was Europa erwartet?

Ich fürchte ja, obwohl es schwer zu sagen ist, inwieweit der gegenwärtige kulturelle Niedergang und die ideologische Radikalisierung Europas zu einer vollwertigen Krise oder zu einer langsamen, jahrzehntelangen Abwärtsspirale führen werden. Sicher ist jedoch, dass die materiellen wie immateriellen Symbole des alten Europa im Namen des „Fortschritts", der „Toleranz", der „historischen Verantwortung" oder des „Kampfes gegen den Radikalismus" zunehmend angegriffen werden, und wir müssen nicht nur mit einer fortgesetzten Demontage unseres patrimonialen, vor allem geistigen Erbes rechnen, sondern auch mit einem immer stärkeren Angriff auf Tradition und Geschichtsstolz. Spengler, einer meiner wichtigsten historischen Mentoren, hat klar gezeigt, dass alle Zivilisationen, auch die westliche, sterblich sind und früher oder später untergehen und sterben werden. Aber er hätte sich nie vorstellen können, dass dieser Niedergang viel mehr durch inneren Verrat und Selbsthass als durch äußeren Druck herbeigeführt werden würde.

In Frankreich warnen das Militär und sogar einige Politiker vor der Gefahr eines ethnischen Krieges, eine Möglichkeit, auf die Sie in Ihren Büchern hingewiesen haben. Haben wir diesen Punkt der Zersetzung in den westlichen Gesellschaften bereits erreicht?

Ja, das haben wir. Frankreich steht seit Jahren am Rande der Katastrophe, jeder spricht von der drohenden institutionellen Spaltung des Landes entlang ethnischer Linien, und früher oder später wird es tatsächlich zu großen Unruhen kommen: Die Gelbwesten-Bewegung sowie die fast täglichen Brandstiftungen in den wichtigen französischen Metropolen zeigen, wie kritisch die Situation ist. Leider ist der Staat auf einen solchen zivilen

Großkonflikt nicht vorbereitet: Einerseits verteidigt die Regierung von Emmanuel Macron entschieden Multikulturalismus, Toleranz und Laizität, andererseits sind große Teile der französischen Armee und Polizei bereits islamisiert und müssen im Falle eines ethnischen Konflikts als unzuverlässig gelten. Und wenn Frankreich erst einmal im Chaos versinkt, werden die Auswirkungen auf die wirtschaftliche und damit auch politische Stabilität der gesamten Europäischen Union immens sein, wie ich in vielen der vor einigen Wochen in meiner spanischen Aufsatzsammlung „El ultimo occidental" veröffentlichten Beiträge zu zeigen versucht habe.

Houllebecq sieht in seinem Roman „Unterwerfung" eine Zukunft, in der Frankreich ein islamisches Land wird. Glauben Sie, dass so etwas passieren könnte? Dass es angesichts des Werteverlustes im Westen Europäer gibt, die Werte vertreten, die so ganz anders sind als die unserer eigenen Identität.

Die größte Stärke der islamischen Minderheiten ist nicht (nur) ihre wachsende Zahl, sondern auch ihr kultureller Zusammenhalt und ihr Stolz auf ihre Identität, während die meisten autochthonen Europäer durch die jahrzehntelange ideologische Formatierung zutiefst destabilisiert sind und ihre eigene Kultur wegen ihrer (angeblich) zahlreichen Verbrechen als etwas betrachten, für das sie sich kollektiv schämen müssen. Im Moment ist die Konversion zum Islam noch ein Randphänomen, aber sobald der Staat die Kontrolle über die Situation verliert, könnte sie schnell zu einer viel größeren Entwicklung werden, da zu erwarten ist, dass islamische Parallelgesellschaften und -institutionen den versagenden französischen Staat ersetzen und zu einer Autoritätsfigur für ganze geografische Segmente der Bevölkerung werden. Außerdem ist es wichtig zu beachten, dass wir keine muslimische „Mehrheit" brauchen, damit Frankreich oder Belgien zu muslimischen Ländern werden: Die Geschichte hat gezeigt, wie selbst winzige muslimische Minderheiten ganze Gesellschaften beeinflussen und dominieren können, wenn sie sich in einer Situation der Macht und Initiative befinden. Und angesichts des Ausmaßes an Selbsthass, das dem Westen von seinen gegenwärtigen wachen Eliten auferlegt wird, sowie der Selbstzerstörung der christlichen Kirchen, die immer mehr bestrebt sind, der Doktrin der politischen Korrektheit zu gefallen, ist zu erwarten, dass viele autochthone Europäer ein politisches und kulturelles System nicht verteidigen wollen, das seine Attraktivität wie auch seine Glaubwürdigkeit verloren hat.

Polen, Ungarn und andere mittel- und osteuropäische Länder leisten Widerstand gegen diesen progressiven Totalitarismus. Glauben Sie, dass ihr Beispiel als moralisches Leuchtfeuer für Westeuropa dienen kann?

Zumindest hoffe ich das. Das ist ein großes Problem, denn einerseits sind die meisten Menschen im Westen auf politisch korrekte Medien angewiesen, um sich zu informieren, andererseits zögern die Visegrád-Staaten noch, eine große Medienoffensive zu starten, da sie mögliche Vergeltungsmaßnahmen der jeweiligen Behörden, vor allem in Brüssel und Berlin, fürchten. Sollte es ihnen jedoch gelingen, direkt mit den Bürgern zu kommunizieren, könnten sie zu einem wichtigen Aktivposten im Kampf für einen neuen Konservatismus werden, der die bloßen nationalen Grenzen überwinden und für eine neue Form der europäischen Einigung kämpfen möchte, die unsere Identität und unsere Interessen verteidigt, anstatt sie zu verwässern und zu verkaufen.

Die Gewalt der Strajk Kobiet (polnische Pro-Abtreibungsbewegung), ihre Angriffe auf Kirchen und die große Zahl junger Frauen bei ihren Aktionen haben viele innerhalb und außerhalb Polens überrascht. Sind sich die Polen darüber im Klaren, womit sie konfrontiert sind, wie viel Wille, Mittel und Geld im Dienst dieses Totalitarismus stehen?

Die polnische Gesellschaft ist in der Tat sehr gespalten zwischen den Universalisten und den Traditionalisten, oder den „Nirgendwo“ und den „Irgendwo“. Natürlich war das schon seit vielen Jahren bekannt, aber die Gewalt der „Strajk Kobiet“ und vor allem die Aggression gegen Kirchen und öffentliche Denkmäler wie Statuen von Johannes Paul II. hat viele Menschen schockiert. Daraus sind zwei Lehren zu ziehen: Zum einen zeigt es, dass die Gefahr, den Konservatismus auch in Polen unterwandert zu sehen, größer ist als erwartet; zum anderen hat der Vandalismus dieser meist jungen Leute viele Bürger schockiert und ihnen gezeigt, dass ihre Identität und ihre Traditionen tatsächlich in großer Gefahr sind, wenn sie sie nicht schützen und diesen aufkommenden Totalitarismus bekämpfen. Natürlich haben zumindest die konservativen Medien die Menschen schon seit vielen Jahren davor gewarnt und aufgezeigt, wie diese Gruppen von Berlin und Brüssel aus finanziert und organisiert werden, aber da Polen ein so ruhiges, homogenes und zumindest oberflächlich solidarisches Land ist, haben viele Bürger geglaubt, dass diese Warnungen übertrieben sein könnten. Das ändert sich jetzt.

Ist es möglich, Rom zu retten?

Wie Sie wissen, habe ich in meinem Buch „Auf dem Weg zum Imperium“ zu zeigen versucht, dass sich die heutige westliche Zivilisation in einer ähnlichen Situation befindet wie die späte römische Republik im ersten Jahrhundert v. Chr.: Masseneinwanderung, demographischer Niedergang, religiöse Krise, Zersplitterung der traditionellen Familie, Globalisierung, Plutokratie, Schuldenkrise, eine Politik von Brot und Spielen, soziale Polarisierung – all das gab es auch vor 2000 Jahren. Und die römischen Eliten, genau wie unsere heutigen Regierungen, sind nicht nur unfähig, sondern auch unwillig, den Lauf der Dinge zu ändern: In ihrem kurzfristigen Denken versuchen sie, so viel wie möglich von den nächsten Monaten und Jahren zu profitieren und schieben die Lösung der immer größer werdenden sozialen, wirtschaftlichen und ethnischen Probleme einfach in die Verantwortung der nächsten Generation – bis das System einfach zusammenbricht. So wurde die Römische Republik zum Opfer eines Bürgerkriegs, des Aufstiegs der Armee, des kurzzeitigen Triumphs der Demagogie Cäsars und schließlich des Aufkommens der konservativen Restauration des ersten Kaisers, Augustus. Manchmal glaube ich, dass in Europa in den nächsten 20 Jahren oder so etwas Ähnliches passieren wird. Natürlich wäre es gut, wenn wir aus der Geschichte lernen könnten, und deshalb habe ich in meinem Buch „Renovatio Europae“ einige alternative Lösungen skizziert. Aber ich befürchte, dass ein solcher friedlicherer Übergang nur in den osteuropäischen Ländern erreicht werden wird, während der Westen die Notwendigkeit von Identität und historischem Patriotismus durch eine lange Periode von Unruhen und Gewalt lernen muss.



David Engels bei der Eröffnung des Intermarium-Kollegs

Eine gute Nachricht inmitten dieses Niedergangs war die Eröffnung des Intermarium-Kollegs am 28. Mai, bei der Sie anwesend waren, zusammen mit anderen Persönlichkeiten und Organisationen wie dem polnischen Ordo Iuris und dem ungarischen Zentrum für Grundrechte. Was ist der Zweck des Intermarium-Kollegs?

Das Intermarium-Kolleg soll eine vollwertige neue Universität sein, die sich der Überwindung der gegenwärtigen linksliberalen Vorherrschaft widmet und zur ursprünglichen Idee der „universitas“ zurückkehrt, einem Ort, an dem sich Menschen aus allen Schichten im Streben nach Schönheit, Wahrheit und dem Guten versammeln können und an dem die westliche Zivilisation als positives Erbe und nicht als Feind gesehen wird, den es zu überwinden gilt. Da die Kurse erst im Oktober 2021 beginnen werden, ist es natürlich schwierig, genau vorherzusagen, wie sich diese neue Universität entwickeln wird; dennoch bin ich überzeugt, dass wir genau diesen Ansatz brauchen, wenn wir unser Bildungssystem retten wollen: Neue Institutionen zu gründen, um die Dekadenz der bisherigen zu überwinden, genau wie es die mittelalterlichen Mönchsorden vor vielen Jahrhunderten immer wieder getan haben.

El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei EL CORREO DE ESPAÑA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Cancel Culture jetzt auch in Europa: Lissabon und Genua im Fadenkreuz

Von Emanuele Mastrangelo

11. 06. 2021



Bildquelle: Centro Machiavelli

Der offenbar ansteckende Wahnsinn der Cancel Culture ist in Europa gelandet und beginnt hier Schaden anzurichten. Bei allem Respekt vor den Leugnern und dem „Es ist alles in Ordnung, Frau Marchioness“, die nur Einzelfälle und nicht eine steigende Flut sehen, ist es nun Portugal, das ins Rampenlicht gerät, mit dem gleichen symptomatischen Muster: ein Vertreter der liberalen Linken, der das Niederreißen von Denkmälern fordert, weil diese „faschistisch“ und „kolonialistisch“ seien und nicht mehr im Einklang mit den Bedürfnissen einer Gesellschaft, die „inklusiv“ sein will.

Die Axt der Cancel Culture soll für den kolossalen Platz des Imperiums und das Denkmal der Entdeckungen (Padrão dos Descobrimentos) herangezogen werden, beides Werke, die während des Regimes des Estado Novo von Salazar in den vierziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts gebaut wurden. Diesen x-ten Kampf um die Cancel Culture führt der sozialistische Abgeordnete Ascenso Simões an, der diese Stätten als eine „vom Estado Novo fabrizierte Wahl der Privatgeschichte“ definierte und die deshalb „in der heutigen Zeit keine Bedeutung“ hätten. Zunächst aus ästhetischen Gründen (nach Simões‘ persönlichem Geschmack, der zu einem universellen Kriterium erhoben wird) und dann, weil sie in „einer Stadt, die innovativ und offen für alle Gesellschaften und Herkünfte sein will“, aus dem Rahmen fallen würden. Die Schlussfolgerung aus diesem Delirium ist, dass „ein respektables Land“ diese Werke zerstören solle. So wie die Statuen von Salazar und seine Namen von den Brücken und Plätzen Lissabons entfernt wurden, sollte nach Ansicht des sozialistischen Abgeordneten auch das Denkmal der Entdeckungen entfernt oder sogar zerstört werden.

Im Moment scheint Simões sogar innerhalb seiner eigenen Partei isoliert zu sein: Der ehemalige Bürgermeister von Lissabon, João Soares, erklärte, dass „es mich traurig macht, wenn ich sehe, dass die Sozialisten den Padrão dos Descobrimentos abreißen wollen, und zwar weil ich ein eingefleischter Sozialist bin. Die hier kursierende Perfidie und Dummheit ist maßlos“. Doch der Weg der Cancel Culture geht trotz alledem weiter, oder vielleicht sogar dank der Tatsache, dass ihre Befürworter wie isolierte Irre erscheinen, die den Mond anheulen. Sie öffnen Overton Windows, die langsam und unmerklich zur Verwirklichung der Agenda führen, der sie gehorchen. Und so wird das Denkmal, das die Dutzenden von heldenhaften portugiesischen Seefahrern und Entdeckern – darunter Magellan, Da Gama, Diaz und Cabral – ehrt, wahrscheinlich bald mit einer ziemlich vorhersehbaren Strategie angegriffen werden: Es wird mit Studentendemonstrationen und Sit-ins beginnen. Dann

einige kleine Akte von Vandalismus. Dann werden sie versuchen, es zu „rekontextualisieren“ oder zu „re-signifizieren“, in dem Versuch, eine Übereinkunft mit denen zu finden, die es gerne dem Erdboden gleichmachen würden, und mit jenen Aktivisten (Krieger der sozialen Gerechtigkeit, „neue Portugiesen“ usw.), die sich durch dieses Denkmal „beleidigt“ fühlen. Das wird die Cancel-Culture-Fanatiker aber keineswegs beruhigen, sondern ihnen nur ein weiteres Argument liefern: „Habt ihr das gesehen? Wenn das Denkmal rekontextualisiert werden muss, dann ist es so, wie wir gesagt haben: Es ist ein faschistisches und kolonialistisches Denkmal“. Es folgte eine neue Welle des Vandalismus, verbunden mit einer permanenten Mobilisierung gegen das Denkmal. Am Ende wird unaufhaltsam der Bulldozer kommen.

Auch in Italien schreitet derweil der ikonoklastische Fanatismus sprunghaft voran. In Anlehnung an die „Heldentaten“ der Sympathisanten von Black Lives Matter in England gehen die Italiener ebenfalls von der „kolonialen Vergangenheit“ aus. Jene Vergangenheit, die – nach Jahrzehnten der kapillaren und gefälschten Propaganda über den italienischen „Wischmopp-Kolonialismus“ – nur wenige bereit sind zu verteidigen. So forderten in Genua das Studentenkollektiv „Edera“ und andere liberale, kulturmarxistische, feministische und einwanderungsfreundliche Vereinigungen, deren Namen es wert sind, aufgeschrieben zu werden (ARCI Genova, Comunità San Benedetto al Porto, La Comune, Non una di meno, Ora in silenzio per la pace, Rete studenti medi, Associazione 3 febbraio, Better Together und Be Woke) die Entfernung der Statue des Reeders und Patrioten Raffaele Rubattino.

Rubattino (1810–1881) war der Mann, der die Schiffe zuerst für das unglückliche Unternehmen von Pisacane und dann für die Expedition der Tausend von Garibaldi zur Verfügung gestellt hatte und der die Bucht von Assab am Roten Meer kaufte, die erste Keimzelle der zukünftigen Kolonie Eritrea. Er war also ein „Kolonialist“. Und selbst wenn er sein „koloniales Unternehmen“ darauf beschränkte, als Frontmann für eine Regierungsaktion zu fungieren und es nicht als persönliche Initiative betrachtete, so reicht das den Demonstranten der Cancel Culture *al pesto*, um den Abriss seines Denkmals zu fordern. Hier sind wir also bereits in Phase 2. Das Overton-Fenster in Genua ist noch weiter geöffnet. Erwarten Sie in den kommenden Monaten Vandalismus gegen dieses Denkmal. Auf sein mittelfristiges Überleben ist nicht eine Lira zu wetten.

Es sei denn, wir haben den Mut, endlich eine revolutionäre Reaktion zu setzem, die der Cancel Culture endgültig ihre Krallen zieht.



Emanuele Mastrangelo ist seit 2006 Chefredakteur von „Storia in Rete“. Er ist militärhistorischer Kartograph, Autor mehrerer Bücher (u.a. Wikipedia. L’eniclopedia libera e l’egemonia dell’informazione, mit Enrico Petrucci) und hat Herausgeber von Eroi. 22 storie dalla Grande Guerra und Terra benedetta. Storie d’Italia e di italiani.

Dieser Beitrrag erschien zuerst bei CENTRO MACHIAVELLI, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Die Cancel Culture wütet in Oxford

Von Zoltán Wittich

11. 06. 2021



Magdalen College, Oxford · *Fotoquelle: Magayr Nemzet*

Ein Gemälde von Königin Elizabeth II. zieht die Aufmerksamkeit einiger Studenten auf sich

Von Zoltán Wittich

Studenten der Universität Oxford entfernten kürzlich ein Porträt von Königin Elisabeth II. von den Wänden der Universität, während 150 Dozenten sagten, sie würden sich weigern zu unterrichten, bis die Universität eine Statue von Cecil Rhodes von einem Gebäude neben dem Campus entfernt.

Die Entfernung des Porträts von Königin Elisabeth II. von England wurde am Dienstag von der Studentenvertretung am Magdalen College, das zur Universität Oxford gehört, beschlossen. Dem Antrag zufolge war die Entfernung des Gemäldes notwendig, um den Raum „inklusiver“ zu gestalten, insbesondere um den Empfindlichkeiten ausländischer Studenten gerecht zu werden, die durch Kunstwerke, die sich auf die britische Monarchie beziehen, an die Kolonialzeit erinnert werden.

In der Ausschusssitzung stimmten zehn der Teilnehmer für die Entfernung des Porträts, zwei stimmten dagegen und fünf enthielten sich. Das Protokoll enthält Aussagen wie: „Die Entfernung der Königin (im Zusammenhang mit der sogenannten Cancel Culture) sendet eine schreckliche Botschaft, die viele verärgern wird." Ein anderer Sprecher sagte jedoch: „Wir haben keine Befugnis, die Königin zu entfernen, aber es geht nur um unseren Gemeinschaftsraum, der inklusiv sein sollte".

Für weitere Empörung unter den Briten, die die Monarchie hoch schätzen, sorgte die Tatsache, dass der Vorschlag von einem amerikanischen Gaststudenten, einem gewissen Matthew Katzman, eingebracht wurde. Katzman ist Präsident der Studentenorganisation Magdalen Middle Common Room, die für die Entfernung des Porträts stimmte. Laut Katzman wird das Gemälde künftig zwischen anderen Kunstgegenständen aufbewahrt werden. Er fügte hinzu: „Darstellungen der königlichen Familie sind an vielen Orten auf dem Campus zu finden, daher war man sich einig, dass das fragliche Gemälde eine unnötige Ergänzung des Gemeinschaftsraums darstellt."

Seit seiner Gründung im Jahr 1458 hat das Magdalen College eine Reihe berühmter Absolventen hervorgebracht, darunter König Edward VIII., der ehemalige britische Schatzkanzler George Osborne, der ehemalige kanadische Premierminister John Turner und der österreichische Physik-Nobelpreisträger Erwin Schrödinger, der insgesamt zehn Nobelpreise erhalten hat. Die Präsidentin des Magdalen College, Dinah Rose, die letztes Jahr ernannt wurde, sagte, dass „die Universität Redefreiheit und politische Debatte unterstützt, obwohl die Studenten nicht im Namen der Institution gesprochen haben". Rose ferner: „Ein Student zu sein bedeutet mehr als nur zu lernen, es geht um Entdeckungen und Diskussionen. Und es ist manchmal provokativ gegenüber älteren Generationen."

Bildungsminister Gavin Williamson reagierte auf Twitter auf die Angelegenheit mit den Worten:

Dass Studenten der Universität Oxford ein Porträt der Queen entfernen, ist einfach absurd. Sie ist das Staatsoberhaupt und ein Symbol für das Beste, was Großbritannien zu bieten hat. Während ihrer langen Regierungszeit hat sie unermüdlich daran gearbeitet, die britischen Werte von Toleranz, Inklusivität und Respekt in der ganzen Welt zu fördern

- Gavin Williamson (@GavinWilliamson) 8. Juni 2021

Premierminister Boris Johnson bestätigte durch seinen Sprecher, dass er mit Williamsons Position übereinstimmt.

An einer anderen Einrichtung der Universität Oxford, dem Oriel College, haben 150 Dozenten erklärt, sie würden keine Studenten unterrichten oder andere Tätigkeiten ausüben, einschließlich Interviews, Konferenzen und Seminaren, bis die Universität „die Statue des Imperialisten Cecil Rhodes entfernt".

Die Institution wurde letzten Monat des Rassismus beschuldigt, weil sie sich weigerte, die Statue aus einem ihrer Gebäude zu entfernen. Rassismus und die anhaltenden Auswirkungen des Kolonialismus", so die Wissenschaftler, „können nur unter Beteiligung aller Institutionen der Universität wirksam bekämpft werden. Die Entscheidung von Oriel untergräbt diese Bemühungen." Nachdem eine unabhängige Untersuchungskommission im vergangenen Juni die Entfernung der Statue von Cecil Rhodes gefordert hatte, stimmte das Oriel College zu, entschied sich aber, die Entfernung unter Hinweis auf die Kosten zu verschieben.



Cecil Rhodes hinterließ dem Oriel College vergeblich Millionen von Pfund

Cecil Rhodes war ein in England geborener Wirtschaftswissenschaftler, Geschäftsmann, Politiker und Bergbaumagnat, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hauptsächlich in Südafrika tätig war. Als überzeugter Anhänger des britischen Empire unterstützte Rhodes die koloniale Expansion der Inselnation im südlichen Afrika und wurde 1890 Regierungschef der britischen Kolonie Kapstadt. Nach ihm wurde die Kolonie Rhodesien (heute Simbabwe und Sambia) benannt. Obwohl er dem Oriel College Millionen von Pfund vermacht hat, sind seine Werte mit der Weltanschauung einer modernen Universität unvereinbar. Rhodes wird als imperialistisch und rassistisch angesehen. Deshalb wurde zum Beispiel das Cecil Rhodes House in London im März auf Wunsch seiner Bewohner in Park View House umbenannt.

Proteste von Black Lives Matter, einer Bewegung, die sich selbst als antirassistisch definiert, haben seit letztem Sommer zur Umbenennung von 39 Straßen, Häusern und Schulen und zur Demolierung von 30 Statuen und Denkmälern britischer historischer Persönlichkeiten in ganz Großbritannien geführt.

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Dänemark stoppt die Immigranteninvasion

05. 06. 2021



Bildquelle: MPI

Die Mitte-Links-Regierung in Kopenhagen hat Maßnahmen ergriffen, um eine der restriktivsten Migrationspolitiken in Europa umzusetzen.

Nach Jahrzehnten selbstgerechter Einwanderungspolitik hat sich Dänemark entschlossen, dem einen Riegel vorzuschieben. Das Land will keine weiteren Immigranten mehr, es gibt zu viele Schwierigkeiten. Deshalb wurde am 3. Juni ein Gesetz verabschiedet, das es ermöglicht, Zentren für Asylbewerber in Ländern außerhalb der EU zu eröffnen. Das Gesetz wurde mit 70 zu 24 Stimmen verabschiedet.

Diese Entscheidung wurde vom Minister für Einwanderung und Integration, Mattias Tesfaye, getragen, unterstützt von der Rechten und den Parteien, welche die Medien als „die extreme Rechte“ bezeichnen. In seinen Grundzügen sieht das Gesetz vor, dass alle Asylbewerber bis zur Genehmigung in ein Aufnahmezentrum außerhalb der Europäischen Union geschickt werden. Ferner muss der Asylsuchende im Aufnahmeland bleiben, nachdem ihm der Flüchtlingsstatus zuerkannt wird.

Das Gesetz sieht ferner vor, dass syrische Flüchtlinge in ihre Herkunftsregion zurückgeschickt werden können, da diese als „sicher“ gilt.

Der Gesetzestext stipuliert, dass „Dänemark nicht verpflichtet ist, Schutz zu gewähren, wenn dem Ausländer Asyl gewährt wird, nachdem die eigentliche Bearbeitung des Asylantrags in dem Drittland abgeschlossen ist. Stattdessen muss der Schutz von dem betreffenden Drittland gewährt werden. Wird dem Ausländer das Asyl verweigert, muss auch der betreffende Drittstaat die Verantwortung für die Ausweisung der betreffenden Person übernehmen“.

Diese neue, höchst umstrittene Maßnahme ist eine der jüngsten, die das nordische Königreich ergreift, das seine Migrationspolitik ständig verschärft. Im Moment ist Kopenhagen in Gesprächen mit fünf bis zehn Ländern, aber keines von ihnen hat diese Vereinbarung bisher offiziell akzeptiert. Die dänische Presse spricht von mehreren afrikanischen Ländern, darunter Ägypten, Äthiopien und Eritrea.

Es scheint jedoch, dass Ruanda das von der dänischen Regierung favorisierte Land ist; Minister Tesfaye stattete Ruanda im April einen offiziellen Besuch ab.

„Jeder Versuch, Asylsuchende zur Prüfung ihrer Asylanträge nach Ruanda zu überstellen, wäre nicht nur unvernünftig, sondern auch potenziell illegal. Dänemark kann Menschen, die auf seinem Territorium ankommen, nicht das Recht vorenthalten, Asyl zu beantragen und sie ohne die erforderlichen Garantien in ein Drittland überführen“, erklärte dazu Amnesty International am 5. Mai.

Im Januar hatte Ministerpräsidentin Mette Frederiksen ihr Ziel bekräftigt, die Zahl der Asylbewerber in Dänemark „auf Null zu reduzieren“ und die Zahl der „nicht-westlichen“ Bewohner in bestimmten Vierteln zu begrenzen.

Die Internationale Flüchtlingsagentur der Vereinten Nationen, immer noch in ihrer multikulturellen Ideologie verankert, distanziert sich von Dänemark: man befürchtet eine „Erosion des internationalen Schutzsystems“, wenn weitere Länder dem Beispiel Dänemarks folgen.

Angesichts der Verabschiedung dieses Gesetzes hat auch die Europäische Kommission ihre „Besorgnis“ zum Ausdruck gebracht. Der Entwurf „wirft grundlegende Fragen auf, die sowohl den Zugang zu Asylverfahren als auch den effektiven Zugang zu Schutz betreffen“, sagte Kommissionssprecher Adalbert Jahnz. „Eine solche Externalisierungsprozedur sei nach den EU-Regeln nicht möglich“, fügte er hinzu, merkte aber an, dass die dänische Entscheidung im Lichte der Ausnahmen – oder Opt-outs -, die das Land in Migrationsfragen genießt, genauer analysiert werden müsse.

Quelle: MPI

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Bau der Baltic Pipe unterbrochen: ein harter Schlag für Polen?

06. 06. 2021



Bildquelle: Visegrád Post

Dies ist ein unerwarteter Schlag für Polen, das auf die Alternative der Baltic Pipe setzte, die norwegisches Gas aus der Nordsee zum pommerschen Terminal in Swinemünde (*Świnoujście*) transportieren sollte, um seine Abhängigkeit von russischem Gas ab 2022 zu verringern. Der dänische Betreiber Energinet gab jedoch am Donnerstag (3. Juni) bekannt, dass der dänische Berufungsausschuss für Umweltfragen am 31. Mai die Umweltgenehmigung für die Baltic Pipe widerrufen hat, was das Projekt verzögern könnte.

Werden durch das Projekt Fledermausbrutplätze beschädigt?

Der Widerruf der am 12. Juli 2019 von der dänischen Umweltschutzbehörde erteilten Genehmigung bedeutet konkret, dass besagte Behörde nun verpflichtet ist, zusätzliche Studien durchzuführen, um zu beurteilen, ob das Projekt wahrscheinlich Brut- oder Rastplätze bestimmter Arten zerstört oder beschädigt – darunter Mäuse und Fledermäuse in dem Teil der Pipeline, der durch Jütland sowie durch die Inseln Fünen und Seeland verlaufen soll.

„*Wir bedauern diese Entscheidung sehr. Als wir von den Behörden eine Genehmigung für die Baltic Pipe 2019 erhielten, hieß es, dass wir an einer Reihe von Maßnahmen weiterarbeiten müssen, die gute Lebensbedingungen für bestimmte Tierarten gewährleisten.*

Seitdem haben wir unsere Bemühungen zu ihrem Schutz fortgesetzt. Der Berufungsausschuss argumentiert jedoch, dass alle Maßnahmen vor der Erteilung der Genehmigung festgelegt werden sollten,“

erklärte die für das Projekt zuständige stellvertretende Direktorin von Energinet, Marian Kaagh.

„*Energinet klärt mit den Behörden die Konsequenzen der Entscheidung, die Umweltgenehmigung zu widerrufen, und bereitet sich darauf vor, den Bau auszusetzen, bis die notwendigen Genehmigungen vorliegen.*

[…] *Wir müssen sorgfältig abwägen, was genau der Widerruf der Genehmigung für das Baltic-Pipe-Projekt bedeutet, insbesondere für die Bauarbeiten in Gebieten mit geschützten Arten*“, fuhr sie fort.

„In den anderen Abschnitten gehen die Arbeiten ohne Unterbrechung weiter“

Der stellvertretende polnische Außenminister Paweł Jabłoński kommentierte seinerseits die Entscheidung und versuchte, hinsichtlich der endgültigen Auswirkungen auf die Ostseepipeline zu beruhigen: „*In den anderen Abschnitten gehen die Arbeiten ohne Unterbrechung weiter. Vieles deutet darauf hin, dass die Arbeiten an dem dänischen Abschnitt, der von der heutigen Entscheidung betroffen ist, nur vorübergehend eingestellt werden, bis der dänische Investor die umweltrechtlichen und gesetzlichen Auflagen erfüllt.* […]

Wir haben keine rechtliche Möglichkeit, diese Entscheidung anzufechten. Wir ergreifen die entsprechenden Maßnahmen auf diplomatischem Weg. Wir dürfen nicht vergessen, dass das Baltic-Pipe-Projekt von strategischer Bedeutung für Europa ist, und niemand sollte diese Tatsache aus den Augen verlieren.“

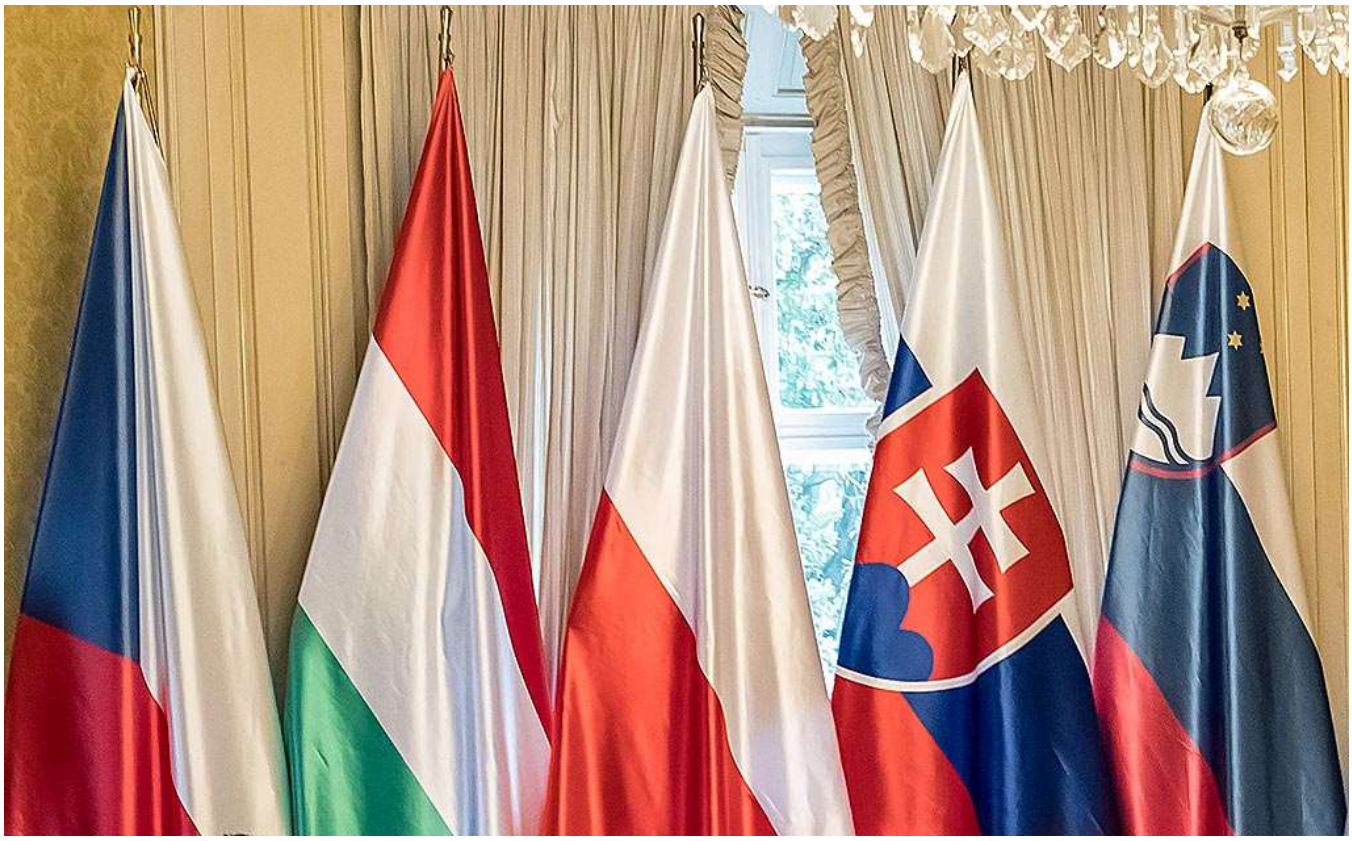
VISEGRÁD POST
COMPRENDRE L'EUROPE CENTRALE

Dieser Beitrag erschien zuerst bei der VISEGRÁD POST, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 7. bis 13. Juni 2021

14. 06. 2021



Bildquelle: Demokracija

V4

- Die Europäische Kommission hat eine neue Klage gegen Polen und die Tschechische Republik angestrengt, da diese beiden Länder nun die einzigen EU-Mitgliedstaaten sind, die es nicht-polnischen oder nicht-tschechischen EU-Bürgern immer noch nicht erlauben, nationalen politischen Parteien beizutreten, was sie in Bezug auf ihre Wahlchancen bei Kommunal- oder Europawahlen benachteiligen würde. „In der Tat können Bürger anderer EU-Mitgliedstaaten mit Wohnsitz in der Tschechischen Republik oder in Polen ihr passives Wahlrecht bei Kommunalwahlen und Wahlen zum Europäischen Parlament nicht in vollem Umfang und unter den gleichen Bedingungen ausüben wie Staatsangehörige dieser Staaten. Die Tschechische Republik und Polen sind die einzigen beiden Mitgliedstaaten, in denen ein solches Verbot noch in Kraft ist“, heißt es in einer Pressemitteilung der Kommission vom 9. Juni. „EU-Bürger, die ihre politischen Rechte in anderen EU-Mitgliedstaaten ausüben wollen, sollten dies ohne Einschränkungen tun können. Insbesondere sollten sie bei Kommunal- und Europawahlen in dem Mitgliedstaat, in dem sie ihren Wohnsitz haben, unter denselben Bedingungen wie die Staatsangehörigen dieses Mitgliedstaats kandidieren können. Die Kommission fördert die aktive Beteiligung aller EU-Bürger am demokratischen Prozess, indem sie insbesondere sicherstellt, dass Bürger eines anderen EU-Mitgliedstaats im Einklang mit ihren im Vertrag verankerten Rechten einer politischen Partei in ihrem Wohnsitzmitgliedstaat beitreten können.
- Die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Katarina Barley (SPD), warf der ungarischen und der polnischen Regierung in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* vor, „den Rechtsstaat schwächen“ zu wollen: Die

polnische PiS und der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán „versuchen, den Rechtsstaat nicht nur in ihrem Land, sondern in ganz Europa zu schwächen […] Die Europäische Union wehrt sich nicht entschieden genug. Das wollen wir nicht länger hinnehmen. […] Nur weil sich jemand über ein Gesetz beschwert, heißt das nicht, dass es nicht durchgesetzt werden kann. Ich verstehe, dass die Kommission vorsichtig sein will. Deshalb haben wir im Januar nicht sofort gepusht. Aber es gibt keinen Grund, das bestehende Recht nicht anzuwenden und weiteren Schaden für Europa zu riskieren […] Es ist nicht hinnehmbar, dass die Staats- und Regierungschefs so stark in Entscheidungen eingreifen, die der Rat und das Parlament mit großer Mehrheit getroffen haben. Offenbar haben sie Angst, dass Polen und Ungarn wichtige Entscheidungen blockieren werden. […] Es wird sehr schwierig sein, PiS oder Viktor Orbán zu überzeugen, ihr Verhalten zu ändern. Natürlich benutzen sie das Narrativ, dass der demoralisierte Westen ihnen seine Werte aufzwingen will. Aber die Fragen der Gewaltenteilung und der Unabhängigkeit der Justiz sind keine Frage nationaler Überzeugungen oder Eigenschaften, sondern die Grundlagen unserer europäischen Gemeinschaft."

Ungarn

- In einer am Dienstag, den 8. Juni, veröffentlichten Erklärung erklärte der Ungarische Fußballverband (MLSZ), dass die Spieler der ungarischen Nationalmannschaft sich nicht an der Scharade beteiligen werden, auf Geheiß der „antirassistischen" Black Lives Matter (BLM)-Bewegung zu Beginn des Spiels zu knien – eine Praxis, die in einigen westlichen Ländern alltäglich geworden ist.
- Am selben Abend spielte die ungarische Nationalmannschaft in einem Freundschaftsspiel gegen Irland in Budapest. Zu Beginn des Spiels – während der Hymnen – knieten die irischen Spieler alle nieder, während die Ungarn dies nicht taten. In diesem Moment begann die Menge, die kniende irische Mannschaft auszupfeifen, deren Mitglieder – laut Irish Times – sagten, sie seien schockiert, weil es für sie „unverständlich [ist], ausgepfiffen zu werden". „Das kann für Ungarn sicherlich auch wegen der Europameisterschaft nachteilig sein. (…) Das wirft kein gutes Licht auf Ungarn und die ungarischen Fans", sagte Irlands Kapitän Stephen Kenny. Der ehemalige Europaabgeordnete Péter Niedermüller, derzeit Bürgermeister des 7. Bezirks von Budapest (Opposition – Demokratische Koalition), stimmte dem zu: „Genau aus diesem Grund interessiere ich mich nicht für die ungarische Nationalmannschaft, wir können uns schämen. Es war besser, heute in Budapest irisch zu sein."
- Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán sagte seinerseits, er verstehe die Reaktion der ungarischen Fans voll und ganz: „Ich bin überhaupt nicht für das Niederknien, beim Sport geht es um etwas anderes und dafür ist auf dem Spielfeld kein Platz. […] Wir erwarten von der ungarischen Nationalmannschaft nicht, dass sie kniet, sondern dass sie um den Sieg kämpft … Dieses System von Gesten kann nur als etwas Unverständliches interpretiert werden, das eine Provokation ist … Die Ungarn knien nur vor Gott, ihrem Land oder wenn sie um die Hand ihrer Liebsten bitten."
- Die Details der Organisation des Besuchs des Papstes in Budapest am 12. September, wo er anlässlich der Abschlussfeier des Internationalen Eucharistischen Kongresses eine Messe auf dem Heldenplatz feiern wird, hat offensichtlich zu einigen Spannungen zwischen der ungarischen Regierung und dem Vatikan geführt. Nach Informationen, die der Presse zugespielt wurden, wollte Papst Franziskus nur drei Stunden in Ungarn bleiben, bevor er zu einer offiziellen dreitägigen Reise in die benachbarte Slowakei aufbrach. Er erklärte, sein Besuch in Budapest sei „kein Besuch im Land, sondern [nur] für diese Messe", was Beobachtern implizierte, dass

der Nachfolger des heiligen Petrus weder Ministerpräsident Viktor Orbán noch Präsident János Áder treffen würde. Damit setzte er ein klares Zeichen gegen die ungarische Einwanderungspolitik, ein Bereich, in dem Papst Franziskus eher linke Positionen vertritt. Inzwischen scheinen die guten Dienste des ungarischen Kardinals Péter Erdő, Primas von Ungarn und Erzbischof von Esztergom, begleitet von denen des stellvertretenden Ministerpräsidenten Zsolt Semlyén (KDNP), den Papst überzeugt zu haben, das übliche Protokoll zu respektieren.

Polen

- Am Montag, dem 7. Juni, unterzeichnete der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko ein Dekret, mit dem der 17. September zum Nationalfeiertag von Belarus, dem „Tag der nationalen Einheit", erklärt wurde, in Erinnerung an das Datum des Einmarsches in Ostpolen am 17. September 1939, nach dem Molotow-Ribbentrop-Pakt.
- Umfrage um Umfrage bestätigt den Niedergang der Bürgerlichen Koalition (KO) und ihrer Hauptkomponente, der Bürgerplattform (PO) des ehemaligen Ministerpräsidenten Donald Tusk. So würde laut einer aktuellen Meinungsumfrage des Meinungsforschungsinstituts United Survey, die am 8. Juni von Wirtualna Polska veröffentlicht wurde, bei einer Parlamentswahl an diesem Sonntag in Polen die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) von Jarosław Kaczyński, die seit 2015 an der Macht ist, gewinnen, würde 34,4 % der Stimmen erhalten, verglichen mit 23 % für Szymon Hołownias Bewegung Polska 2050, 14 % für die Bürgerliche Koalition, 8,1 % für die linke Lewica-Koalition, 7,6 % für Konfederacja, ein Bündnis aus Populisten und Libertären und 4,7 % für die Agrarpartei (PSL).
- Die PiS unterstützt die weißrussische Opposition gegen Präsident Lukaschenko, was jedoch Grenzen hat, woran der stellvertretende Sejm-Vorsitzende und PiS-Fraktionsvorsitzende Ryszard Terlecki kürzlich erinnerte, nachdem Swetlana Tichanowskaja sich mit dem Warschauer Bürgermeister Rafał Trzaskowski getroffen hatte: „Wenn Tichanowskaja für die antidemokratische Opposition in Polen werben und auf dem Treffen von Trzaskowsi sprechen will, soll sie in Moskau Hilfe suchen […] wir unterstützen die belarussische Opposition, die nicht auf der Seite unserer Gegner steht", Worte, die, wie man sich vorstellen kann, einen wahren Aufschrei innerhalb der polnischen liberalen Opposition hervorriefen, die unter anderem die Absetzung von Herrn Terlecki von seiner Position als Vizepräsident des Parlaments.
- Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki hatte in der Nacht vom 24. auf den 25. Mai verkündet, dass der tschechisch-polnische Streit um den Braunkohletagebau Turów (an der Grenze zwischen beiden Ländern) vor einer gütlichen Einigung stehe. Die Tschechische Republik fordert nach wie vor die sofortige Schließung der Mine und verlangt sogar eine Strafzahlung von fünf Millionen Euro pro Tag.
- Pfizer Inc. gab am Dienstag, den 8. Juni, den Beginn der Tests des Pfizer-BioNTech Impfstoffs gegen Covidose an einer Stichprobe von 4.500 Kindern unter dem Alter von Zweifeln an mehr als 90 klinischen Standorten in den Vereinigten Staaten, Spanien, Finnland und Polen bekannt.
- In einer historischen Geste, die auf Versöhnung und Normalisierung der polnisch-weißrussischen Beziehungen abzielt, legte der polnische Präsident Andrzej Duda am Dienstag, dem 8. Juni, einen Kranz vor einem Denkmal für 79 weißrussische Zivilisten nieder, die am Ende des Zweiten Weltkriegs von polnischen nationalistischen Partisanen getötet wurden.
- Die regionalen Behörden der Woiwodschaft Łodź (Westpolen) kündigten am Dienstag (8. Juni) ihre Absicht an, das Braunkohlekraftwerk Bełchatów – das

umweltschädlichste Kohlekraftwerk Europas: Allein es stößt mehr als 30 Millionen Tonnen CO2 pro Jahr aus – bis 2036 zu schließen.

- Der polnische Bildungsminister Przemysław Czarnek sagte am Mittwoch, dem 9. Juni, vor dem „Kongress der christlichen Pädagogik“, der vom Jagiellonen-Kolleg (Kolegium Jagiellońskie Toruńska Szkoła Wyższ) organisiert wurde, dass die christliche Erziehung notwendig sei, um „die lateinische Zivilisation in Europa und in der Welt zu retten.“ „Danke, dass Sie diesen Kongress organisiert haben […] angesichts eines großen Angriffs auf das Christentum“, fuhr er fort. „Europa ist heute ein Ort, an dem das Christentum mit noch nie dagewesener Macht bekämpft wird. […] Diese Entchristlichung schreitet vor unseren Augen voran […] Die Christenfeindlichkeit breitet sich in den Ländern Westeuropas in einem noch nie dagewesenen Ausmaß aus und Polen ist, wie Erzbischof [von Krakau] Marek Jędraszewski feststellt, das letzte Land, in dem die christliche Kirche nicht die weiße Fahne schwenkt. […] Die westliche Kirche ist leer […], weil sie sich von der Weitergabe der christlichen Werte entfernt hat […] Die Erziehung der künftigen Generationen ist notwendig, um die lateinische und christliche Zivilisation in […] Europa und der Welt zu retten. …] Auf unseren Schultern – den christlichen Erziehern – ruht heute diese Verantwortung […] Wir werden diese Prüfung unter der Bedingung bestehen können, dass wir keine Angst mehr haben, christlich zu sein, christlich zu denken, den jüngeren Generationen christliche Werte zu vermitteln.
- Der Europäische Kommissar für Justiz, Didier Reynders, schrieb kürzlich an den polnischen Justizminister, Zbigniew Ziobro, und forderte die polnische Regierung auf, ihre Klage vor dem Verfassungsgericht wegen des Konflikts zwischen den Normen des europäischen Rechts und der polnischen Verfassung zurückzuziehen. Der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki reagierte auf einer Pressekonferenz am Donnerstag, den 10. Juni, sehr deutlich: „Der Vorschlag der Europäischen Kommission ist sachlich nicht relevant. Ich habe nicht die Absicht, meinen Antrag an das Verfassungsgericht zurückzuziehen […] Ein Antrag an das Verfassungsgericht wurde anlässlich des Beitritts Polens zur Europäischen Union und dann bei der Verabschiedung des Vertrags von Lissabon gestellt. Jedes Mal bestätigte das Verfassungsgericht, dass im Falle einer Gesetzeskollision diese Bestimmungen geändert werden müssen oder das Grundgesetz geändert werden muss. Das ist die Logik der EU-Mitgliedschaft“, sagte er und wies darauf hin, dass es für die polnische Regierung „keinen Zweifel gibt, dass die polnischen Verfassungsnormen Vorrang vor anderen Rechtsnormen haben.
- In einem am Donnerstag, 10. Juni, in der Tageszeitung Rzeczpospolita veröffentlichten Interview reagierte der polnische Außenminister Zbigniew Rau auf die Entscheidung der US-Regierung, die Sanktionen gegen das Gaspipeline-Projekt Nord Stream 2 aufzuheben: „Im Januar habe ich zum ersten Mal mit Außenminister Antony Blinken gesprochen […] Wir waren uns einig, dass es dringend notwendig ist, den polnisch-amerikanischen strategischen Dialog wieder aufzunehmen. Im Februar und März, als es Gerüchte über vertrauliche amerikanisch-deutsche Gespräche über NS 2 gab, hörten wir die Zusicherung, dass keine solchen Gespräche im Gange seien. Wir haben diese Aussagen akzeptiert, obwohl sie unserem Wissen aus anderen Quellen widersprechen. Inzwischen lese ich Agenturmeldungen, dass in dieser Woche in Washington Gespräche zwischen engen Vertrauten von Bundeskanzlerin Merkel und Beratern von Präsident Biden über die Fertigstellung von Nord Stream 2 stattfinden. Diese Formel für den amerikanisch-russisch-deutschen Dialog kann nicht die Gespräche zwischen Amerika und den NATO-Verbündeten an der Ostflanke ersetzen, die die Auswirkungen dieser Entscheidungen in besonderer Weise spüren werden. Denn diese Pipeline wird die gemeinsamen Interessen Deutschlands und Russlands radikal stärken und eine direkte Bedrohung für den Frieden in Europa darstellen. Die militärische Bedrohung

für die Ukraine, aber auch für Polen und andere mitteleuropäische NATO-Staaten, wird zunehmen.

- Der nationalistische Abgeordnete Robert Winnicki (Konfederacja) erklärte via Twitter: „Die USA verhandeln mit Russland und Deutschland und ignorieren die Interessen der mitteleuropäischen Länder. Polen muss endlich die Konsequenzen ziehen und anfangen, eine ausgewogenere Politik gegenüber Washington, Peking, Berlin und Moskau zu verfolgen“, eine Ansicht, die der geopolitische Experte Jacek Bartosiak weitgehend teilt, der in einem Interview mit der konservativen Zeitschrift Do Rzeczy, das am 31. Mai veröffentlicht wurde, bereits sagte: „Unsere Interessen sind für die USA weniger wichtig und das ist ein sehr gefährlicher Prozess. Es ist deutlich zu erkennen, dass die Pläne für die Entwicklung Mittel- und Osteuropas von den Deutschen zusammen mit den Amerikanern und zunehmend von den Russen durch ihren Krieg der neuen Generation bestimmt werden.
- Das polnische konservative Magazin wPolityce machte in dieser Woche auf fünf vor dem polnischen Verfassungsgericht anhängige Verfahren aufmerksam, in denen die Kläger versuchen, in einseitiger Weise zu argumentieren, dass Art. 1 des polnischen Familiengesetzbuchs – „eindeutig festlegt, dass nur eine Frau und ein Mann heiraten können“ – wäre verfassungswidrig, da dies „gleichgeschlechtliche Paare“ diskriminieren würde, sozusagen ein Versuch, die „gleichgeschlechtliche Ehe“ durch die Hintertür einzuführen… Von wPolityce dazu befragt, erklärt der Juraprofessor Jarosław Szymanek: „Die Kläger weisen darauf hin, dass die Verletzung der Verfassung in dem liegt, was nicht in Art. 1 – d.h., dass es auch keine anderen angegebenen Alternativen zum Heiraten gibt. Die Petenten argumentieren, dass das, was nicht existiert, verfassungswidrig ist“, und sind der Ansicht, dass „das Verfassungsgericht nicht nur erklären sollte, dass Art. 1 des Familien- und Vormundschaftsgesetzes eindeutig mit der Verfassung übereinstimmt, sondern es sollte auch weiter gehen, d.h. erklären, dass nur und ausschließlich der bestehende Inhalt von Art. 1 im Einklang mit der Verfassung steht, [weil] der Sejm mit einer anderen Mehrheit eine Bestimmung einführen könnte, wonach auch gleichgeschlechtliche Ehen im polnischen Recht zugelassen werden können, und es wird sich wieder die Frage stellen, ob dieser neue Inhalt, der gleichgeschlechtliche Ehen zulässt, im Einklang mit der Verfassung steht. Deshalb ist es so wichtig, dass das Verfassungsgericht nicht nur feststellt, dass der derzeitige Inhalt von Artikel 1 verfassungsgemäß ist, denn daran zweifelt niemand, sondern auch, dass nur die aktuelle Fassung verfassungsgemäß ist, um alle möglichen juristischen Tricks und gesetzgeberischen Eingriffe für die Zukunft auszuschließen.

Tschechische Republik

- Der Prager Stadtrat hat am Dienstag die endgültige Genehmigung für das U-Bahn-Projekt der Linie D erteilt, dessen Bau ursprünglich 2010 beginnen sollte, aber wegen des Widerstands gegen die Pläne für die Stationen Pankrác und Písnice verschoben wurde. Die neue fahrerlose U-Bahn-Linie, die das Stadtzentrum mit den südlichen Teilen der Stadt verbinden wird und deren Bau 52 Milliarden Kronen (zwei Milliarden Euro) gekostet hat, soll bis 2029/2030 in Betrieb gehen.
- Während der Mechanismus zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union, der auf der angeblichen Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit beruht, von Ungarn und Polen vor dem EuGH angefochten wird, ist es schließlich die Tschechische Republik, die Gegenstand eines Versuchsballons in diesem Bereich zu sein scheint. In Anbetracht der Vorwürfe von Interessenkonflikten gegen den tschechischen Ministerpräsidenten Andrej Babiš im Rahmen der berühmten Storchennest-Affäre sieht das Europäische Parlament eine gute Gelegenheit, diesen Mechanismus erstmals zu aktivieren. Am Mittwoch, den 9. Juni, haben die

Abgeordneten einen Antrag angenommen, in dem die Europäische Kommission aufgefordert wird, „den Einfluss von Premierminister Babiš auf die tschechischen Medien und die Justiz zu bewerten, Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit zu identifizieren und, falls ihre Erkenntnisse dies bestätigen, zu gegebener Zeit den Konditionalitätsmechanismus zum Schutz des EU-Haushalts zu aktivieren.

Slowenien

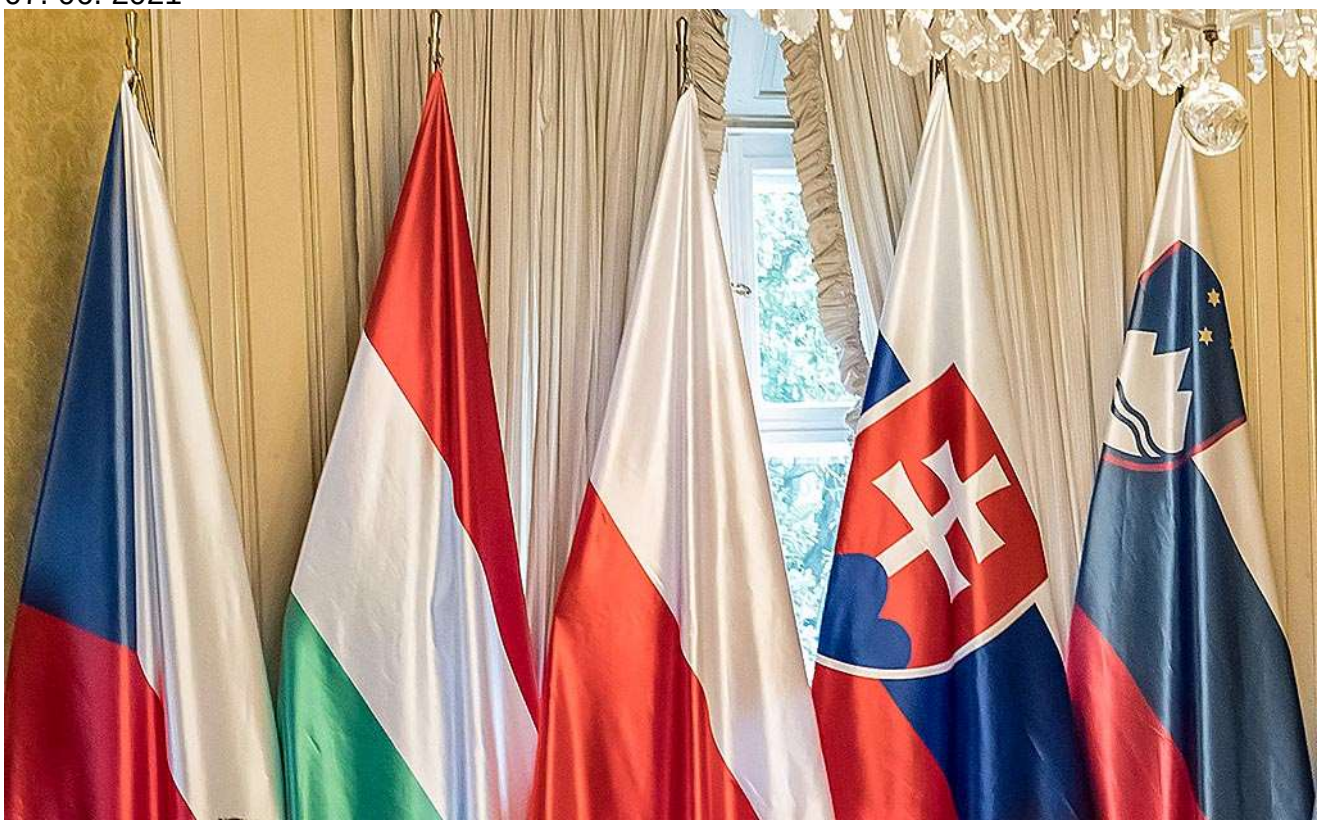
- 11.6. Marko Kremžar, Gründungsmitglied der NSi (Neues Slowenien – Christliche Volkspartei, slow. Nova Slovenija Krščanska ljudska stranka) und letzter Präsident der SLS (Slowenische Volkspartei, slow. Slovenska Ljudska Stranka) in der Emigration, ist im Alter von 93 Jahren gestorben, teilten der NSi und die SLS mit. Er war Ökonom, Politiker, Pädagoge und Schriftsteller und vor allem im Bereich Journalismus und Bildung in Slowenien und für Slowenen im Ausland und in der Welt tätig. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war Kremžar als junger Mann in zwei kommunistischen Konzentrationslagern inhaftiert, konnte aber später nach Österreich fliehen. Von dort emigrierte er mit seinen Eltern nach Argentinien, wo er sein Studium abschloss und promovierte. Kremžar entwickelte eine reiche literarische Tätigkeit, wie z.B. Romane und Theaterstücke, aber noch mehr sein fachliches Werk, vor allem soziologische und politikwissenschaftliche Abhandlungen. Laut der katholischen Wochenzeitung Družina schrieb er eine Reihe von Büchern zu Themen der jüngeren slowenischen Geschichte, des Bürgerkriegs und seiner Folgen. „Sein Engagement in der slowenischen Gemeinde in Buenos Aires, wo er ein wichtiger Organisator und Lehrer der slowenischen Sekundarstufe war, wird für immer in der Geschichte bleiben“, betonte die NSi.
- 10.6. Am Morgen erlebten die Mitarbeiter des Kulturministeriums der Republik Slowenien auf dem Weg zur Arbeit erneut eine unangenehme Überraschung. In der Nacht haben Unbekannte (vermutlich wieder Linksextremisten) die Fenster und die Eingangstür des Ministeriums mit gelben Kreuzen beschmiert. Der Staatssekretär im Büro des Premierministers, Jelka Godec, twitterte: #nocomment Dies ist das Ergebnis der Aktionen von @strankalevica @StrankaLMS @StrankaSAB @strankaSd“. Das derzeitige Team, angeführt von Kulturminister Vasko Simoniti, musste schon viele Worte schlucken – auf eigene Kosten. Sie sind täglich unbegründeten, manipulativen Angriffen von den Mainstream-Medien, linken Oppositionsparteien und Teilen der Zivilgesellschaft ausgesetzt. Eine kleine Minderheit von Kulturschaffenden mit viel medialer Unterstützung hat bereits mehrfach Vorfälle vor dem Eingang des Kulturministeriums (MK) inszeniert. Letzten Sommer inszenierten die Theaterschauspieler Primož Bezjak und Katarina Stegnar einen Proteststriptease. Sie unternahmen auch eine „humorvolle“ Aktion, als sie Schulbänke mit den Nachnamen von MK-Mitarbeitern beschriftet aufstellten und die Bänke mit Blut beschmierten. Auch das Wohnhaus des jetzigen Kulturministers Vasko Simoniti wurde bereits mehrfach vandalisiert.
- 9,6 Slowenien bleibt ein attraktiver Wirtschaftsstandort für deutsche Unternehmen, so das Ergebnis der diesjährigen Umfrage der deutschen Handelskammern in 15 Ländern Mittel- und Osteuropas. „Es gibt ein großes Interesse deutscher Investoren für zusätzliche Investitionen und Slowenien sollte sich Gedanken machen, wie man das am besten nutzen kann“, waren die Redner auf der Pressekonferenz überzeugt. Matej Lahovnik, ehemaliger Wirtschaftsminister und Leiter der Beratergruppe, betonte, dass die Ergebnisse der Konzentration der Regierung auf die Wirtschaft in diesem Fall bereits sichtbar sind. „Es ist offensichtlich, dass die aktuelle Regierung operativ arbeitet und sich auf die Wirtschaft konzentriert, und Investoren sehen das slowenische Umfeld als stabil an“, erklärte er. „Die wirtschaftliche Aktivität in Slowenien ist weiterhin hoch“, fasste Tina Drolc von der Slowenisch-Deutschen

Handelskammer die Ergebnisse der Umfrage unter deutschen Unternehmen zusammen. Wie STA berichtet, schätzen 47% der befragten deutschen Unternehmen in Slowenien ihre Situation derzeit als gut ein, während 44% sie als zufriedenstellend oder deutlich besser als die allgemeine wirtschaftliche Lage im Land einschätzen. 48% erwarten, dass die Situation im Jahr 2021 weiterhin gut sein wird, während 39% glauben, dass sich ihre Situation verbessern wird. Bei den Exportumsätzen erwarten 43 % der befragten Unternehmen ein Wachstum, während die Hälfte der Unternehmen von einem unveränderten Volumen ausgeht.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 31. Mai bis 6. Juni 2021

07. 06. 2021



Bildquelle: Demokracija

V4

- Direkte RegioJet-Züge, die Prag, Bratislava und Budapest (aber auch andere Städte der Region) mit der kroatischen Küste (Rijeka, Split und Gračac) an der Adria verbinden, verkehren seit diesem Montag, 31. Mai, wieder dreimal pro Woche. Die Frequenz dieser Zugverbindungen wird im Juli und August täglich sein. Kroatien setzt stark auf die Erholung des Tourismussektors, der 20% der Wirtschaft ausmacht.
- Seit dem 1. Juni nutzen Polen und die Tschechische Republik den Europäischen Impfpass, Ungarn und die Slowakei sind (noch) nicht dabei.

Ungarn

- Am Sonntag, den 30. Mai, hob Deutschland alle gesundheitlichen Beschränkungen (Vorregistrierung, Quarantäne usw.) für Menschen auf, die auf dem Landweg aus Ungarn einreisen. Das ungarische Außenministerium rät jedoch weiterhin von touristischen Reisen ins Ausland ab.
- Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán empfing am Montag, 31. Mai, den Präsidenten des österreichischen Nationalrats (Parlament), Wolfgang Sobotka (ÖVP), im Karmeliterkloster in Buda. Die beiden Staatsmänner sprachen natürlich auch über die Covid-Krise und Orbán sagte: „Dank der Impfungen kann in Ungarn die allmähliche Lockerung der Restriktionen beginnen, und wir gehören jetzt zu den Besten in Europa, was die Impfungen und die Aufhebung der restriktiven Maßnahmen betrifft. Wir freuen uns, dass auch in Österreich allmählich wieder Normalität einkehrt und dass es wieder möglich ist, das Land zu touristischen Zwecken zu besuchen. Nach seinem Treffen mit Viktor Orbán wurde Sobotka von seinem ungarischen Amtskollegen, László Kövér, im Budapester Parlament empfangen.
- Nach dem Rücktritt des Oberbefehlshabers der ungarischen Armee, Ferenc Korom, gab Verteidigungsminister Tibor Benkő am Montag, 31. Mai, bekannt, dass er Generalmajor Romulusz Ruszin-Szendi als seinen Nachfolger im Amt vorgeschlagen hat. Die Ernennung des letzteren fand an diesem Samstag, dem 5. Juni, statt.
- Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó besuchte am Montag, den 31. Mai, China, wo er mit seinem chinesischen Amtskollegen Wang Ji zusammentraf, dem er das Kreuz des Ungarischen Verdienstordens als „Zeichen der Wertschätzung und Dankbarkeit des ungarischen Volkes“ für die aktive Zusammenarbeit im Kampf gegen die Coronavirus-Pandemie und insbesondere für die Lieferung des Impfstoffs von Sinopharm überreichte, mit dem eine Million Menschen in Ungarn geimpft werden konnten.
- Die ungarische Fluggesellschaft Wizz Air hat am Montag, den 31. Mai, nach mehrmonatiger Zwangspause wegen der Covid-Kriser ihren Betrieb auf dem Flughafen Debrecen (im Osten des Landes) wieder aufgenommen, von wo aus sie ab dem 5. Juni ihre Flüge nach Eindhoven (Niederlande) und ab dem 12. Juni nach London-Luton wieder aufnehmen wird. Weitere Ziele werden in den kommenden Wochen folgen.
- Laut einer am 29. Mai erlassenen Regierungsverordnung können ausländische Zuschauer, die zu den Spielen der Fußball-Europameisterschaft kommen, mit einem negativen PCR-Test von weniger als 72 Stunden nach Ungarn einreisen und auch in Hotels übernachten und Restaurants besuchen wie ungarische Staatsbürger, die ein Immunitätszertifikat (védettségi igazolvány) besitzen.
- Während seines Besuchs in London am 29. Mai, über den wir bereits letzte Woche kurz berichtet haben, hat der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán mit seinem britischen Amtskollegen Boris Johnson vereinbart, dass die ungarischen Immunitätszertifikate (védettségi igazolvány) demnächst von Großbritannien anerkannt und akzeptiert werden, so dass ihre Inhaber dorthin reisen können. Dies wird in naher Zukunft im Rahmen der gegenseitigen Anerkennung der genannten Immunitätsbescheinigungen geschehen. Ungarn hat außerdem einen Gasliefervertrag mit dem britischen Unternehmen Shell unterzeichnet, um seine Abhängigkeit von russischem Gas zu verringern. In einer Erklärung, die nach seinem Treffen mit Viktor Orbán herausgegeben wurde, drückte der britische Premierminister Boris Johnson seinen „Wunsch nach einer engeren Zusammenarbeit Großbritanniens mit der Visegrád-Gruppe“ aus.
- Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó sagte am Montag (31. Mai), dass die derzeit im Bau befindliche Impfstoffanlage in Ungarn auch den chinesischen Impfstoff

produzieren könne, was er als „strategischen Vorteil“ für Ungarn bezeichnete. „Ungarn und die Volksrepublik China sind seit 2017 strategische Partner“, es habe sich „in den letzten Monaten gezeigt, wie Ungarn von dieser strategischen Zusammenarbeit profitiert hat, deren Erfolg sich nun in geretteten Menschenleben messen lässt“, sagte er weiter. „Impfung ist keine ideologische oder geopolitische Frage, sondern ein Werkzeug, um Leben zu retten. Wenn in dieser Frage nicht Menschenleben auf dem Spiel stünden, könnten wir uns jetzt einfach und lautstark über diejenigen lustig machen, die allen möglichen Unsinn verbreiten, einschließlich des Unsinns über den chinesischen Impfstoff.“

- Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó nahm am Dienstag, den 1. Juni, bei seinem Besuch beim israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu in Jerusalem kein Blatt vor den Mund: „Die Hamas und der Staat Israel wurden fast auf der gleichen Ebene behandelt, als ob die Hamas eine Art NGO wäre, und wir müssen klar sprechen: es ist eine terroristische Organisation, die Israel angegriffen hat […] Israel ist unser Freund, unser Verbündeter, und es ist nur natürlich, dass wir, wenn es einen Angriff gibt, Israel, unseren Freund, verteidigen […] Wir werden in Zukunft ganz sicher ein Veto gegen jede Erklärung oder Resolution einlegen, die Israel gegenüber unfair ist, die antiisraelische oder sogar antisemitische Untertöne hat […] Israel wurde von einer terroristischen Organisation, der Hamas, angegriffen. Leider gab es in der internationalen politischen Arena nicht genug Mut, dies zu sagen […] Aufgrund von Heuchelei und Doppelmoral hat die internationale Gemeinschaft Israel nicht verteidigt […] Israel hat das Recht auf Selbstverteidigung […] Wir bedauern, dass die Tatsache, dass Israel von einer terroristischen Organisation angegriffen wurde, bestritten wurde, wir bedauern, dass einige internationale Organisationen Israel und die Hamas auf der gleichen Ebene behandeln wollten, als ob die Hamas eine NGO wäre, und wir bedauern auch, dass internationale Organisationen nicht deutlich gemacht haben, dass Israel das Recht auf Selbstverteidigung hat.… Ungarn hat mehrere Positionen, gemeinsame Erklärungen und Resolutionen in den EU- und UN-Institutionen mit einem Veto belegt, die gegenüber dem Staat Israel extrem unfair“ waren.
- Beamte des ungarischen Terrorismus-Präventionszentrums (TEK) haben am Dienstag, 1. Juni, einen 21-jährigen ungarischen „Konvertiten zum Islam“ festgenommen, der mehrere Terroranschläge geplant hatte. Laut einem ungarischen Polizeisprecher hatte sich die betreffende Person, „ein Student an einer Universität in der Hauptstadt“, „vorgenommen, eine selbstgebaute Bombe herzustellen und sie bei einer Massenveranstaltung in Budapest oder anderswo in Ungarn einzusetzen“ und war „bereit, terroristische Handlungen zu begehen, um die europäische Bevölkerung auf ungarischem Gebiet einzuschüchtern“.
- Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó besuchte am Donnerstag, den 3. Juni, das Internationale Wirtschaftsforum in St. Petersburg, wo er Gespräche mit dem russischen Industrie- und Handelsminister Denis Manturov führte, die in einer vorläufigen Vereinbarung für Russland mündeten, die Produktion des Impfstoffs Sputnik V in Ungarn zu erlauben. „Tatsache ist, dass sowohl Ungarn als auch Russland offen dafür sind, dass Ungarn Impfstoffe unter russischer Lizenz herstellt“, erklärte Szijjártó. „Wenn Ungarn davon profitieren kann, dann denke ich, ist es einen Versuch wert“.
- Ungarns „traditioneller“ Gay Pride soll am 24. Juli in Budapest stattfinden, aber die nationalistische Mi Hazánk-Bewegung arbeitet hart daran, die Veranstaltung zu vereiteln.
- Mehrere tausend Menschen demonstrierten am Samstag, den 5. Juni, in Budapest gegen den Bau eines Campus für die chinesische Fudan-Universität. Der

Bürgermeister von Budapest und Oppositionskandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, Gergely Karácsony, war einer der Redner.

- Am Freitag, den 4. Juni, verkündete Ministerpräsident Viktor Orbán in seinem traditionellen Interview im öffentlichen Rundfunk das Ende der Massenimpfkampagne und erklärte, dass es nun die Verantwortung eines jeden sei, sich impfen zu lassen oder nicht.

Polen

- Die polnische radikale feministische Pro-Abtreiungs-Bewegung Strajk kobiet (Frauenstreik) griff kürzlich auf ihrem Facebook-Account die polnischen Schullehrpläne an, weil sie angeblich die traditionelle Familie zu positiv darstellen, ein Modell, das die Organisation als „faschistisch" betrachtet: „In den Bildern und im Text gibt es immer das Familienmodell, das auf einem faschistischen Modell basiert – eine Frau, ein Mann, Kinder, alle weiß, polnisch, nicht behindert, heterosexuell und cisgender, religiös und der katholischen Ordnung unterworfen."
- Kreml-Sprecher Dmitri Peskow reagierte am 28. Mai scharf auf die Äußerungen des polnischen Präsidenten Andrzej Duda bei den Feierlichkeiten zum georgischen Unabhängigkeitstag am Mittwoch, den 26. Mai, in Tiflis. „Der Kreml ist der Meinung, dass die Rhetorik von Präsident Andrzej Duda, dass ‚Russland ein abnormales Land ist', inakzeptabel ist. Moskau ist bestrebt, positive Beziehungen zu allen seinen Nachbarn, einschließlich Warschau, zu pflegen", sagte Peskow. In der Tat hatte Andrzej Duda in Georgien gesagt, dass „die aggressiven und imperialen Aktivitäten Russlands, die den Menschen die Möglichkeit zur Entwicklung nehmen, sie des normalen Lebens berauben und zur Zerstörung von Staaten führen, sowie der Weg zum Krieg von der internationalen Gemeinschaft nicht akzeptiert werden können […] Russland ist kein normales Land, es ist kein Staat, der sich normal verhält. Es ist ein aggressiver Staat, und wir können das an Orten wie hier [in Georgien] sehen", wobei er die Konflikte mit Südossetien und Abchasien anführt, zwei von Russland unterstützten separatistischen Regionen Georgiens.
- Das Ordo Iuris Institut eröffnete am 28. Mai das Collegium Intermarium, eine neue Privatuniversität in der polnischen Hauptstadt Warschau, die ab dem kommenden Oktober die künftige mitteleuropäische konservative Elite ausbilden soll.
- Laut einer am Dienstag, dem 1. Juni, veröffentlichten Umfrage des Instituts IBRiS würde die polnische Regierungskoalition der Vereinigten Rechten, angeführt von der PiS, im Falle von Wahlen an diesem Sonntag 40,3 % der Stimmen erhalten; demgegenüber würden 22,9 % auf die Bewegung Polska 2050 von Szymon Hołownia, 15,9 % auf die PO-Liberalen von Borys Budka, 9,4 % auf Lewica (Die Linke) und 7,3 % auf die rechte Opposition, vertreten durch die nationalistische Partei Konfederacja, entfallen.
- Nach der Ryanair-Affäre, bei der am 23. Mai ein weißrussischer Regimegegner im Zuge einer erzwungenen Flugzeuglandung in Minsk verhaftet wurde, sorgt nun ein ähnlicher Fall für Schlagzeilen. An diesem Montag, dem 31. Mai, wurde ein Flugzeug der polnischen Fluggesellschaft LOT, das sich auf dem Flughafen von St. Petersburg (Russland) auf den Start vorbereitete und bereits auf dem Weg zur Landebahn war, in letzter Minute von der russischen Polizei abgefangen, die das Flugzeug bestieg, um den russischen Oppositionellen Andrei Piwowarow zu verhaften, ein Mitglied der aufgelösten Bewegung „Offenes Russland" des Oligarchen Michail Chodorkowski, ehemaliger Chef von Youkos, seit 2015 im Exil in London.
- Der polnische Präsident Andrzej Duda nahm am 26. Mai an den Feierlichkeiten zum Gedenken an die Unabhängigkeit Georgiens in Tiflis teil, wo er eine Rede hielt, die in bemerkenswerter Weise an die seines Vorgängers Lech Kaczyński während des kurzen russisch-georgischen Krieges von 2000 erinnerte, der damals sagte: „Heute

Georgien, morgen die Ukraine, übermorgen die baltischen Staaten, und dann, vielleicht, wird die Zeit für mein Land, Polen, kommen." „Deshalb bin ich heute hier bei Ihnen, und ich möchte noch einmal betonen, dass es in Europa und in der NATO genug Platz gibt, um unsere Freunde aus Osteuropa willkommen zu heißen: Georgien, die Ukraine und Moldawien. Gerade in der aktuellen Situation muss die Politik der offenen Tür der Europäischen Union und der NATO beibehalten werden", sagte Andrzej Duda. „Polen […] wird Georgien auf jede erdenkliche Weise unterstützen und die Integration Georgiens in die euro-atlantischen Strukturen fördern […] Als Freund fordere ich Sie auf, auf dem Weg der Reformen und der Einhaltung europäischer Standards beharrlich zu sein. Wir und alle anderen, besonders im Westen, müssen uns daran erinnern, dass die europäische Kultur seit Tausenden von Jahren Teil dieser [georgischen] Zivilisation ist […] Freiheit, Unabhängigkeit, Demokratie, Respekt und Solidarität sind die Regeln, die unsere Zusammenarbeit leiten. Georgier, wir warten auf euch in einem vereinten Europa, weil ihr seit Jahrhunderten Teil seines Erbes seid. Georgier, wir freuen uns darauf, euch in der NATO zu sehen, denn ihr seid eine stolze und mutige Nation, die Sicherheit und die Möglichkeit verdient, ihren Wohlstand friedlich aufzubauen."

- Ein Prozess wegen Spionage zugunsten des chinesischen Geheimdienstes gegen den polnischen Cybersecurity-Experten Piotr Durbajlo und den ehemaligen Direktor der polnischen Abteilung des Huawei-Konzerns, Wei Qing-wang, hat am Dienstag, den 1. Juni, in Warschau – auf Antrag der Verteidigung hinter verschlossenen Türen – begonnen. Den Angeklagten drohen bis zu zehn Jahre Gefängnis.
- In einem Interview, das am Sonntag, den 30. Mai, von der konservativen Zeitschrift Do Rzeczy veröffentlicht wurde, bedauerte der Chefredakteur des Portals PCh24.pl, Krystian Kratiuk, die Entscheidung des polnischen Statistikamtes (Główny Urząd Statystyczny, GUS), die gleichgeschlechtliche Ehe in das aktuelle Volkszählungsformular aufzunehmen (obwohl sie in Polen nicht anerkannt ist): „Es ist schwer, diese Entscheidung zu verstehen, da die gleichgeschlechtliche Ehe im polnischen Rechtssystem nicht existiert. Der Präsident des Zentralen Statistikamtes wird wahrscheinlich erklären, dass ein solches System in den Rechtssystemen anderer Länder existiert und dass einige in Polen lebende Menschen es benutzen […] Das ist ein großer Sieg für linke Propaganda und homosexuelle Aktivisten. Die meisten Polen sind mit dieser Art der zivilisatorischen Besonderheit der Homo-Ehe nicht einverstanden. …] Ich bin überzeugt, dass dieser Tag ein Teil des Jahreskalenders der Homosexuellen-Lobby in Polen werden wird. Sie werden ihn als den Tag des ersten Sieges gegen „Faschismus und Intoleranz" in Polen in der Geschichte ihrer Bewegung feiern, die darauf abzielt, unsere gesamte christliche Zivilisation zu stürzen."
- Laut einer Studie des Instituts für gesellschaftliche Veränderungen, die am Freitag, den 28. Mai, veröffentlicht wurde, sind 51% der Polen für den Bau von Atomkraftwerken in Polen, gegenüber 30%, die dagegen sind. Die Anhänger der Bürgerlichen Koalition (KO) sind am meisten dafür (65%), vor den Anhängern der PiS (58%) und Polska 2050 (58%).
- Der konservative Journalist, der vom öffentlichen polnischen Fernsehen wegen seiner Kritik an der Anti-Covid-Politik der polnischen Regierung zensiert wurde, ist immer noch nicht auf Sendung. In einem am Mittwoch, dem 2. Juni, vom Portal Polonia Christiania veröffentlichten Interview erklärte er nicht nur, dass nicht bekannt ist, wann die Sendung „Es lohnt sich, darüber zu reden" wieder ausgestrahlt wird: „Die Pandemie neigt sich langsam dem Ende zu, aber die Redaktion von ‚Es lohnt sich, darüber zu reden' steht immer noch unter Quarantäne […] Wir sind jetzt schon den zweiten Monat nicht mehr auf Sendung. …] Die Redaktion ist arbeitslos. Das fünfköpfige Team, mit dem ich arbeite, wurde seiner Existenzgrundlage beraubt."

- Der dänische Betreiber Energinet gab am Donnerstag, den 3. Juni, bekannt, dass das dänische Environmental Appeal Board die Umweltgenehmigung für die Baltic Pipe am 31. Mai widerrufen hat. Eine Entscheidung, die das Projekt verzögern und Polens Pläne, sich vom russischen Gas zu lösen, vorübergehend durchkreuzen könnte.

Tschechische Republik

- Nach der tschechisch-russischen diplomatischen Krise, die sich am 17. April ereignete, nachdem die tschechische Regierung die Beteiligung russischer Dienste an der Explosion eines Munitionsdepots in Vrbětice im Jahr 2014 aufgedeckt hatte, verließen am Montag, den 31. Mai, 63 russische Diplomaten die Tschechische Republik.
- Die tschechische Polizei hat am Montag, den 31. Mai, beantragt, den tschechischen Ministerpräsidenten Andrej Babiš und seine ehemalige Beraterin Jana Mayerová wegen „Veruntreuung von EU-Geldern“ (in diesem Fall etwa zwei Millionen Euro) im so genannten Storchennest-Fall anzuklagen. Die Betreibergesellschaft gehörte zunächst der Agrofert-Gruppe – die Andrej Babiš gehört -, von der sie sich trennte, bevor sie EU-Subventionen erhielt und später wieder zur Agrofert-Gruppe gehörte. Andrej Babiš seinerseits wies die Vorwürfe gegen ihn rundweg zurück: „Es ist nicht überraschend, dass dieser Fall vor den Wahlen wieder auftaucht. Es ist eine Pseudo-Affäre, die vor 14 Jahren absichtlich und künstlich konstruiert wurde. Die polizeilichen Ermittlungen dauern seit fünf Jahren an. Es ist nie etwas passiert und ich weise diese sinnlosen Anschuldigungen zurück. Ich habe Vertrauen in das tschechische Justizsystem“, sagte er.
- Das tschechische Abgeordnetenhaus stimmte am Donnerstag einem Gesetzentwurf zu, der die Pflicht für Frauen aufhebt, die Endung -ová an ihren Nachnamen anzuhängen, lehnte aber einen Vorschlag der Piratenpartei ab, alle Hinweise auf das Geschlecht aus Ausweisdokumenten zu entfernen. „Wir sind vom Wohlstand geschwächt und denken uns Unsinn aus. Aber die Öffentlichkeit kommt damit zurecht. Der Steuerzahler hat andere Sorgen und Bedenken“, sagte der Oppositionsabgeordnete Jaroslav Foldyna (Freiheit und direkte Demokratie, SPD) zu diesem Thema.
- Am Montag, den 31. Mai, nahm die serbische Premierministerin Ana Brnabić am Nikola-Tesla-Flughafen in Belgrad am Abflug von 100.620 Dosen des von ihrem Land gespendeten Covid-Impfstoffs von Pfizer-BioNTech in die Tschechische Republik teil, während der tschechische Botschafter in Belgrad, Kuchta, ein paar Worte des Dankes sagte: „Serbien war immer unser Partner, es war uns immer nahe in Zeiten, in denen wir krank waren, und heute haben wir wieder einmal den Beweis, dass wir brüderliche Völker sind. Das ist es, was die Bürger der Tschechischen Republik fühlen und ich hoffe, dass die Bürger Serbiens das auch fühlen. Dieses Geschenk ist ein großes, großes Geschenk […] Ich denke, wir werden diese großzügige Geste und Freundschaft nie vergessen.“

Slowakei

- Der Anti-Impf-Kampagne in der Slowakei geht die Luft aus. Während die Durchimpfungsrate in der Hauptstadt Bratislava 40 % erreicht hat, liegt sie in der Provinz bei 20 %.

Slowenien

- Am 1. Juni hat das Verfassungsgericht das Dekret über die Umbenennung der Tito-Straße für ungültig erklärt, und der Gemeinderat der Gemeinde Radenci wird in Übereinstimmung mit den Anweisungen derselben Entscheidung des Verfassungsgerichts das Dekret über die Umbenennung der Tito-Straße in Straße der slowenischen Unabhängigkeit erneut verabschieden.
- Am 2. Juni stimmten die Abgeordneten für ein neues Gesetz über den Straßenverkehr, das Plattformen wie Uber die Zulassung ermöglicht.
- Am 2. Juni entschieden die Richter des Verfassungsgerichts, dass Artikel 39(1)(2) und (3) des Gesetzes über ansteckende Krankheiten, auf dessen Grundlage die Regierung der Republik Slowenien Verordnungen zum Verbot bzw. zur Einschränkung von Bewegung und Versammlung erlassen hat, verfassungswidrig sind.
- Am 3. Juni empfing Staatssekretär Uroš Lampret den Botschafter der Tschechischen Republik in Slowenien, Herrn Juraj Chmiel. Der Besuch hatte einen Höflichkeitscharakter und erfolgte auf Initiative des tschechischen Botschafters im Hinblick auf das Geschäftstreffen slowenischer und tschechischer Unternehmen der Verteidigungsindustrie, das am 24. Juni 2021 in der Industrie- und Handelskammer Sloweniens stattfinden wird.
- Am 4. Juni kam es in Ljubljana erneut zu regierungsfeindlichen linken Protesten.
- Am 5. Juni nahmen Präsident Borut Pahor und der Premierminister an einer Heiligen Messe für die Opfer der Nachkriegsmorde und der kommunistischen Gewalt teil. Die Gedenkfeier fand vor der Kapelle der göttlichen Barmherzigkeit am Tatort in der Krenovo-Schlucht in Kočevje Rog (Hornwald) statt. Historikern zufolge soll es bis zu 30 000 Opfer der außergerichtlichen Tötungen der Zwischen- und Nachkriegszeit in mehreren Gräbern im Kočevje Rog gegeben haben, von denen die meisten, zwischen 15 000 und 20 000, in der Krenovo-Schlucht verscharrt wurden.
- Am 6. Juni wurden in Slowenien 1.329 PCR-Tests durchgeführt, wobei 57 Neuinfektionen bestätigt wurden. Der Anteil der positiven Tests beträgt somit 4,3 %.

Kroatien

- Am Sonntag, den 30. Mai, fanden in Kroatien Kommunalwahlen statt. Während die Linke die drei größten Städte des Landes (Zagreb, Split und Rijeka) gewann, setzten sich die Konservativen der Kroatischen Demokratischen Union (Hrvatska demokratska zajednica, HDZ) in 16 von 21 Gespanschaften (županija) durch und gewannen sogar die Gespanschaften Zagreb und Varaždin.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Wohin steuert Ostmitteleuropa?

Von Andreas Unterberger

09. 06. 2021



Bildquelle: Ungarn Heute

Sie sind liberal. Sie sind erfolgreich. Sie werden aber – genau deshalb – von den Mainstream-Medien in Westeuropa und vom EU-Parlament wild denunziert. Dabei ist **die Entwicklung der mittelosteuropäischen Reformländer in den drei Jahrzehnten der Freiheit nach vier Jahrzehnten kommunistischer Diktatur die wohl größte europäische Erfolgsgeschichte der jüngeren Vergangenheit.** Ob sie nun Ungarn oder Tschechien oder Polen oder Slowenien oder Slowakei heißen.

Das ist für **Österreich** freilich weniger erbaulich. Denn die Alpenrepublik **kann dadurch von Jahr zu Jahr weniger ein Wohlstandsgefälle gegenüber diesen Nachbarländern ausnutzen.** Was es ja lange von den Pflegerinnen bis zu den Bauarbeitern in hohem Ausmaß getan hat. Aber **neue Arbeitskräfte kommen kaum mehr nach**.

Es zahlt sich für sie nicht mehr aus, die Heimat zu verlassen.

Nachschub für diese Berufe muss Österreich schon in Rumänien oder in Nicht-EU-Ländern wie der Ukraine, Bosnien oder Moldawien suchen.

Die Umkehrung der Relation merkt man auch an der obersten Einkommensspitze. Zwei besonders spektakuläre Fälle kommen aus Tschechien. Einer tschechischen Unternehmergruppe ist es (mit Hilfe der österreichischen Staatsanwaltschaft) gelungen, die Kontrolle über den österreichischen Glücksspielkonzern Casinos Austria zu erlangen. Und ein weiterer tschechischer Investor ist gerade dabei, zu einem Haupteigentümer des großen österreichischen Immobilienkonzerns Immofinanz zu werden (der nicht nur durch den Buwog-Deal bekannt geworden ist).

Praktisch alle Osteuropäer profitieren heute von einer sehr akzentuiert freien Marktwirtschaft, also einer ohne sozialistische Einschränkungen.

Sie profitieren davon, dass sie viel **liberalere Staatswesen** geworden sind als jene im überregulierten und unter den zu groß gewordenen Wohlfahrts-Lasten stöhnenden Westeuropa. Und überdies profitieren sie davon, dass sie **trotz des heftigen Druckes aus Österreich und Deutschland nicht ihre Atomkraftwerke abgebaut** haben, sondern diese zum Teil sogar ausbauen. Angesichts der Strom-Zukunft in Deutschland, das alle Atom- wie Kohlekraftwerke abbaut, werden die osteuropäischen Atomstromexporte zum Goldstrom für diese Länder werden.

Speziell Ungarn entwickelt sich zu einem wirtschaftlich extrem spannenden Standort. Im Grund ist jeder Unternehmer ein schwachsinniger Feind seines eigenen Geldes, wenn er noch in Österreich aktiv ist, wo er bei höherem Einkommen 55 Prozent Einkommensteuer zahlen muss, während er in Ungarn eine "**Flat Tax" von nur 15 Prozent** zahlen muss, also einen Steuersatz, der immer gilt, wie viel jemand auch verdienen mag. Und die **Körperschaftssteuer** (also die Unternehmenssteuer vor Ausschüttungen an die Eigentümer) **beträgt gar nur 9 Prozent**, während sie in Österreich generell 25 Prozent ausmacht, wobei hier selbst bei Ausbleiben eines Einkommens eine Mindestkörperschaftssteuer zu zahlen ist.

Zwar strebt US-Präsident Joe Biden jetzt eine globale Vereinbarung über eine drastische Erhöhung der Mindeststeuern an, um sein gigantisches Billionen-Ausgabeprogramm finanzieren zu können. Es ist aber zweifelhaft, ob er damit global durchkommt, auch wenn die westeuropäischen Hochsteuerländer über seinen Vorschlag jubeln. Denn **die Osteuropäer wissen sehr genau, dass sie einen guten Teil ihres steilen Aufstiegs den – nicht nur in Ungarn – niedrigen Steuersätzen zu verdanken haben.** Aber auch in den USA wird Biden nur sehr schwer im Kongress eine Mehrheit für Steuererhöhungen bekommen.

In Österreich gibt es kaum eine Diskussion darüber, dass die Steuersätze zu hoch sind. Bei der ÖVP taucht zwar hie und da der Wunsch nach Steuersenkungen auf, aber es wäre vermessen zu sagen, dass ihr das wirklich ein prioritäres Anliegen ist. Bei der FPÖ sind seit den Zeiten Jörg Haiders solche Diskussion überhaupt nicht mehr geführt worden. Und **Rot und Grün sind sowieso vehemente Befürworter noch höherer Steuern.**

Es ist daher absolut absurd, Ländern wie Ungarn abzusprechen, dass sie liberal sind. Sie sind sogar um Eckhäuser liberaler als die westeuropäischen Länder. Für die wenigen wirklich liberalen Politiker im Westen, wie etwa jene der deutschen FDP, wären Steuersätze wie in Ungarn Weihnachten, Silvester, Geburtstag und Hochzeitstag gleichzeitig. Sie wagen aber gar nicht mehr, solche Wünsche auch nur laut auszusprechen.

In Ungarn gibt es auch über die (ebenso in anderen mittelosteuropäischen Ländern eingeführte) Flat tax hinaus noch **andere nachahmenswerte Regelunge**n. So brauchen dort **wie in Polen Menschen vor ihrem 25. Geburtstag künftig überhaupt keine Einkommensteuer zu zahlen,** was ihnen die Gründung von Familien oder Start-Up-Unternehmen erleichtern wird. So wird **Frauen mit vier Kindern die Einkommensteuer ganz erlassen**. So gibt es überaus **großzügige Förderungen für Familien, wenn sie sich ein Haus oder ein familiengerechtes Auto kaufen.**

So ist Ungarn mit einer Familienförderung von 5 Prozent des BIP das kinderfreundlichste Land der Welt (wodurch das Land in der Tat eine überdurchschnittliche Steigerung der Kindergeburten erreicht hat).

Aber wie kann man nur Ungarn loben, werden nun mache sagen! **Dreht es doch gerade Rechtsstaat und Demokratie ab, wie man regelmäßig von Linkspolitikern im EU-Parlament hören kann!**

Diese Vorwürfe sind freilich infamer Nonsens. Was sich an vielen Fakten zeigen lässt. Um beim gravierendsten zu beginnen: Es gibt weder in Ungarn noch in einem der anderen postkommunistischen Staaten politische Häftlinge – in einem westlichen EU-Land hingegen sehr wohl, nämlich in Spanien. Aber ohne dass das EU-Parlament oder der EU-Gerichtshof dort protestiert hätte.

In Ungarn gibt es im Gegensatz zur Behauptung einer Abschaffung der Medienfreiheit auch sehr wohl jede Menge oppositioneller Medien.

Dass es viele sind, hat man unlängst auch daran sehr konkret merken können, als gleichzeitig **mit einer neuen Welle von Klagen linker EU-Plattformen über das angeblich Ende der Pressefreiheit in Ungarn gleich 28 sich als unabhängig bezeichnende ungarische Medien einen Protestbrief gegen die Regierung veröffentlicht haben.**

Das beweist ziemlich klar, dass es zumindest 28 regierungskritische Medien in Ungarn gibt. Dieses Faktum ist auch dadurch nicht aus der Welt zu schaffen, dass im Vorjahr eine regierungskritische Radiostation ihre Lizenz verloren hat, weil sie laut Gerichtsurteil gegen Rechtsvorschriften verstoßen hat.

Interessant ist aber auch, worüber sich die 28 beschwert haben: nämlich darüber, dass Journalisten während der Corona-Pandemie das Betreten von Spitälern verboten worden ist. Das ist nun ein Verbot, dessen Sinn die allermeisten Menschen als sehr einleuchtend empfinden. **Offenbar kann man aber Orbán nichts Schlimmeres vorwerfen, als diese in Pandemiezeiten durchaus verständliche Maßnahme.**

Ernster zu nehmen ist allerdings, dass regierungsfreundliche Medien von regierungsfreundlichen Unternehmern überproportional mit Inseraten finanziert werden. Das stinkt ein wenig. Jedoch: **Es ist eine Infamie, wenn dieser Vorwurf ausgerechnet von österreichischen Journalisten erhoben wird. Denn hier passiert dasselbe in noch viel größerem Umfang.** Noch dazu nicht durch selbständige Unternehmer, sondern durch Steuergelder, die von Politikern freihändig an ihnen wohlwollend gegenüberstehende Medien vergeben werden. Für Inserate. Für “Kooperationen”.

Dabei hat sich die jetzige Bundesregierung vor allem im letzten Jahr mit Corona-Inseraten unrühmlich hervorgetan. Es ist mehr als fragwürdig, ob die alle wirklich einen Informationswert hatten. So sehr in Zeiten der Pandemie auch die Intensivierung der Regierungsinformation zweifellos legitim und notwendig gewesen ist, so sind jedenfalls Inserate mit dem bloßen Wort “Danke” ein reiner Hohn.

Fast genauso schlimm haben es auch die Freiheitlichen getrieben, als sie in der Regierung waren. Das wurde jetzt insbesondere durch die von der FPÖ nominierte Außenministerin Karin Kneissl offenkundig, die davon berichtete, wie der FPÖ-Obmann H.C. Strache sie unter Druck gesetzt hatte, aus parteipolitischen Gründen (und nicht zu irgendwelchen Informationszwecken) mehr Inseratengeld an Zeitungen und andere Medien fließen zu lassen.

Insgesamt noch schlimmer treiben es die Bundesländer, mit der Gemeinde Wien an der in jeder Hinsicht unrühmlichen Spitze. Beim Wiener Rathaus hat sich auch durch die jeweiligen

Koalitionspartner nichts zum Besseren geändert, ob die nun schwarz, grün oder pink gefärbt waren.

Aus all diesen Gründen sind all die von den diversen linken Plattformen gegen Ungarn gerichteten Attacken nur lächerlich.

Eine ganz andere, **viel problematischere Frage ist die außenpolitische Orientierung Ungarns. vor allem Richtung China:**

- Ungarn hat dieser Tage eine notwendige **Protestnote** der EU **gegen** die vielen Rechtsverletzungen Chinas mit einem Veto blockiert.
- Es hat auch als erstes Land einen **chinesischen Corona-Impfstoff importiert.**
- Es **holt** jetzt überdies eine **chinesische Elite-Uni ins Land.**

Nun sind zweifellos chinesische Unis in mancherlei Disziplinen exzellent. Nun hat gewiss jedes EU-Land selbst das Recht zu entscheiden, ob es bei EU-Resolutionen mitzieht. Nun ist absolut nachvollziehbar, dass Ungarn angesichts seiner sehr schlechten Corona-Zahlen und der monatelangen EU-Verspätung nach jedem verfügbaren Impfstoff gegriffen hat.

Aber dennoch ist die Summe dieser Signale Richtung China besorgniserregend. Sie fällt umso mehr auf, als China sich in den letzten Jahren schon eine Reihe anderer Länder gekauft hat – entweder "nur" wirtschaftlich unter dem Vorwand "Neue Seidenstraße" oder auch politisch. Es wäre angesichts der dramatisch negativen Entwicklung in China selbst absolut unerfreulich**, sollte sich Ungarn zu einem Einfallstor für China in der Mitte Europas entwickeln.**

Eine solche Politik Ungarns wäre freilich politisch nicht ganz unverständlich. Angesichts der ständigen politischen Provokationen der von der Merkel-CDU und Figuren wie Othmar Karas unterstützten Linken gegen Ungarn ist es naheliegend, dass der **politische Vollprofi Viktor Orbán dann halt Kontakte außerhalb der EU sucht.** Was er auch mehrfach versucht hat:

- Dabei war **China** mit seinem dicken Geldbeutel zweifellos naheliegend.
- Naheliegend wären freilich auch die **USA**, aber dort haben die Ungarn keinen Freund mehr, nachdem Orbán allzu stark auf Donald Trump gesetzt hat, und Nachfolger Joe Biden sowieso ein williges Ohr für alle linken Verschwörungstheorien zeigt.
- Die Kontaktversuche Orbáns Richtung **Türkei** haben trotz der angeblich gemeinsamen Sprachwurzeln wenig gebracht.
- Naheliegend ist trotz der eindrucksvollen antikommunistischen Vergangenheit Orbáns auch **Russland**. In der Tat spricht Orbán nie so kritisch über das Putin-Russland wie etwa Tschechien oder Polen.
- Aber er hat jetzt doch **eine gemeinsame antirussische Erklärung aller neun exkommunistischen EU-Länder mitunterschrieben**. Denn die Zugehörigkeit zu diesem zusammenwachsenden Block ist für ihn zweifellos das Wichtigste.

In der Innenpolitik muss sich Orbán nächstes Jahr Wahlen stellen. Gegen ihn hat sich eine extrem seltsame Bilanz formiert:

Alle Linksparteien, ob rot, ob grün, ob linksliberal, ob postkommunistisch, bilden dabei eine enge Allianz mit der zum Teil offen antisemitischen Jobbik-Partei. Die Jobbik-Partei steht ganz eindeutig weit rechts von FPÖ oder AfD – dennoch kritisieren weder die roten, noch

die grünen, noch die gelb-pinken Parteiverbände in der EU eine Kooperation ihrer Schwesterorganisationen mit dieser Partei. Bei AfD und FPÖ bekommen sie hingegen sofort Schaum vor dem Mund.

Ziemlich widerlich, wenn man das Verhalten dieser Parteiverbände gegenüber Ungarn mit jenem gegenüber den beiden rechtspopulistischen Parteien im deutschen Sprachraum vergleicht. Die Lehre daraus ist eindeutig: Es geht ihnen bei ihrem "antifaschistischen" Gelabere rein um parteitaktische Spielchen.

Dieses Spiel wird ihnen freilich durch Orbán selber erleichtert, der den Fehler begangen hat, seine Politik als "illiberal" zu bezeichnen. Dabei ist sie ja, wie oben gezeigt, näher zum klassischen Liberalismus, zu den liberalen Obergöttern Hayek und Friedman, a**ls die irgendeines westeuropäischen Landes.**

Orbán hat sich mit diesem Ausdruck eigentlich von seinen linksliberalen Gegnern in Ungarn abheben wollen. Diese verwenden das Wort "liberal" nämlich im amerikanischen Sinn, also erstens auf der ersten Silbe betont, und zweitens als Vokabel zur Tarnung sozialistischer Politik. Damit hat die Linke wieder einmal eine Politik der totalen Sprachverwirrung betrieben – freilich eine (mit Hilfe der Medien) sehr erfolgreiche.

Dieser Beitrag erschien zuerst 15. Mai 2021 bei ANDREAS UNTERBERGER.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Tschechische Republik und Slowakei unterstützen Sloweniens Präsidentschaftspläne im Bereich Inneres

04. 06. 2021



Minister Aleš Hojs und Jan Hamáček · *Bildquelle: gov.si*

Im Rahmen der Vorbereitungen auf die slowenische EU-Ratspräsidentschaft traf sich Innenminister Aleš Hojs gestern mit seinem tschechischen Kollegen Jan Hamáček in Prag. Er setzte den Arbeitsbesuch in Bratislava mit einem Treffen mit dem slowakischen Minister Roman Mikulec fort.

Er erläuterte seinen Kollegen die Prioritäten der slowenischen Ratspräsidentschaft im Bereich Inneres, wo es vor allem darum gehen wird, bei den Verhandlungen über die Rechtsinstrumente, die Teil des Migrations- und Asylpakts sind, geeignete Lösungen zu finden. Minister Hojs äußerte den Wunsch, dass nach den langwierigen und schwierigen Verhandlungen über den Pakt Fortschritte erzielt werden, und sagte: „Wir wollen Fortschritte beim Vorschlag für eine Verordnung über die EU-Asylagentur und eine Stärkung des Mandats des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO), das Mitgliedstaaten unter Migrationsdruck operativ unterstützt“. Die Tschechische Republik und die Slowakei teilen die Position Sloweniens zur Migration: Sie befürworten Fortschritte in der externen Dimension und effektivere Maßnahmen zur Rücksendung von illegalen Migranten.

„Eine der Prioritäten wird die Stärkung des Schengen-Raums sein“, sagte Minister Hojs, bevor er hinzufügte, dass „gerade heute die Europäische Kommission ihre Strategie für die Zukunft von Schengen vorgestellt hat, die die Grundlage für künftige Diskussionen während der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft sein wird“.

Wir werden uns bemühen, ein hohes Maß an Sicherheit in der gesamten EU zu gewährleisten, was wir durch eine Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs erreichen wollen. Eines der wichtigsten legislativen Instrumente, bei dem wir Fortschritte sehen wollen, ist die überarbeitete Europol-Verordnung, die Slowenien unterstützt. „Auch die Tschechische Republik und die Slowakei unterstützen sie

im Prinzip, obwohl wir uns auf Expertenebene noch auf einen Kompromisstext einigen müssen. Wir wollen ein gestärktes Mandat für die Agentur, das insbesondere Mitgliedstaaten mit kleinen Verwaltungssystemen bei der Analyse großer Datenbanken helfen kann. Wichtig ist auch eine stärkere Rolle der Agentur bei der Innovation und Entwicklung modernster polizeilicher Instrumente."

Regional wird der Schwerpunkt auf dem Westbalkan liegen, wo wir uns um eine Intensivierung der polizeilichen Zusammenarbeit bemühen werden, insbesondere bei der Prävention und Untersuchung von sexuellem Kindesmissbrauch und vermissten Personen.

Der tschechische und der slowakische Minister brachten ihre Unterstützung für die Pläne der slowenischen Ratspräsidentschaft im Bereich Inneres zum Ausdruck und versprachen eine konstruktive Haltung bei den Verhandlungen.

Quelle: gov.si

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) György Bakondi: Der Migrationsdruck steigt auf allen europäischen Routen

04. 06. 2021



Immer mehr illegale Einwanderer kommen an der Südgrenze unseres Landes an · *Foto: MTI*

Der Experte sagte, dass auch die Aktivität von NGOs, die Migranten helfen, zugenommen hat

Solange Europa seine Außengrenzen nicht schließe, werde es immer Menschen geben, die versuchen, illegal einzureisen, sagte der Chefberater des Premierministers für Innere Sicherheit, György Bakondi, am Mittwoch in in der Sendung „Guten Morgen, Ungarn!“ von Radio Kossuth. Laut Bakondi hat der Migrationsdruck auf allen europäischen Routen zugenommen.

Unter Ausnutzung des politischen Streits zwischen Marokko und Spanien würden immer mehr Menschen illegal über Spanien nach Europa einreisen. Die Situation auf der italienischen Migrationsroute sei ähnlich.



Zwei Hauptrouten führen über das Mittelmeer nach Europa · Foto: MTI

Beide Länder hätten eine Diskussion über die Migrationssituation im Europarat initiiert, wo die Migrationsstrategie der EU derzeit gestaltet wird.

Zur Migrationsroute aus der Türkei erklärte der Sicherheitsberater, dass die Situation dort stark von der Entwicklung der türkisch-griechischen Beziehungen beeinflusst wird, die derzeit von politischen Spannungen unterschiedlicher Intensität geprägt sind. Deshalb ist diese Migrationsroute überlastet und diejenige, über die die meisten Menschen an der ungarischen Grenze ankommen.

In diesem Jahr wurden mehr als 38.000 illegale Einwanderer von den ungarischen Behörden aufgegriffen, im Vergleich zu nur etwa 10.000 im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

György Bakondi sagte, dass Ungarn in dieser Frage eine klare Position eingenommen habe: „Wir wollen nicht mit Menschen leben, die von einer Organisation der Europäischen Union mit dem Ziel hierher geschickt werden, dass wir sie hier zu behalten haben. Wir sind der Meinung, dass diejenigen, die nach Ungarn einreisen, keine illegalen Migranten sein dürfen und nicht von der organisierten Kriminalität transportiert werden dürfen. Sie können jedoch dann hier einreisen, wenn sie von den ungarischen Behörden die Erlaubnis dazu erhalten haben."

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) Klares Nein zu Binnen-I und Gender-Stern

Die **„Kronen Zeitung“**, mit Abstand auflagenstärkste Tageszeitung Österreichs, nahm sich am vergangenen Samstag eines überaus wichtigen Themas an, wie der Titel verrät. Im Blattinnenteil ist der Gender-Thematik eine ganze Doppelseite gewidmet – besonders bemerkenswert ist dabei die Leser-Antwort auf die Frage „Halten Sie Gendern für sinnvoll?“ **95% verneinen das** – und lassen sich von den restlichen 5% „pflanzen“?



Klares Nein zu unsinnigen Sprachvorschriften

Mehrheit gegen Binnen-I und Gender-Stern

Schüler*innen
Bürger*innen
Bürger“innen
Wähler:innen
Lehrerinnen
Österreicher“innen
Österreicherinnen

Samstag, 5. Juni 2021 € 1,50

© IM BRENNPUNKT, SEITEN 16/17



Seite 16 IM BRENNPUNKT Samstag, 5. Juni 2021

Samstag, 5. Juni 2021 IM BRENNPUNKT Seite 17

Immer mehr bei uns gegen das Gendern

Eine aktuelle Akonsult-Studie bestätigt: Die Österreicher sagen eindeutig Nein zu Binnen-I und Gender-Sternchen. Auch unsere deutschen Nachbarn haben die gleiche Sichtweise auf das Thema.

Im Brennpunkt

KATHI PREER

Liebe Leserinnen, Leser*innen sowie Leser und Leserinnen! Oder reicht Ihnen das Wort Leser? Mir welcher Schreibweise fühlen Sie sich am meisten angesprochen?

Seit Jahren flammt immer wieder die emotionale Diskussion rund um die gendergerechte Sprache auf. Jedes Geschlecht und auch jene, die sich „weder als Mann noch als Frau“ sehen, sollen angesprochen werden – so der Tenor der Befürworter.

Doch eine aktuelle „Welt“-Studie aus Deutschland belegt: 65 Prozent unserer Nachbarn lehnen Binnen-I, Gender-Sternchen oder Kunstpausen (Leser – Pause – innen) in der gesprochenen Sprache ab. Die Genderbefürworter haben sogar zugenommen. Im Vorjahr wehrten sich 58% der Deutschen dagegen.

Im Zuge der Studie wurden die Probanden auch gefragt, ob sie einen Zusammenhang zwischen der Verwendung von Binnen-I und der Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau sehen. Mehr als die Hälfte denkt nicht, dass gendergerechte Sprache sich positiv auf das Leben der Österreicherinnen auswirkt.

Ein Grund dafür könnte sein, dass 63 Prozent der Befragten davon ausgehen, dass sich Frauen auch bei der ausschließlich männlichen Schreibweise – generisches Maskulinum genannt – angesprochen fühlen.

Seit der Überarbeitung des Duden gibt es nun auch einen Gendertrott zwischen den Rechtschreibbibeln.

Während das Österreichische Wörterbuch auf weibliche Berufsbezeichnungen verzichtet, steht im deutschen Duden der Arzt neben der Ärztin. Alle 12.000 Personen- und Berufsbezeichnungen der Online-Datenbank wurden gegendert.

Auch österreichische Verlage setzen bei feministisch und politisch ungerichteten Publikationen auf gendergerechte Sprache. „Leser, die sich sehr für diese Inhalte interessieren, sind in dieser Hinsicht auch meist schon erfahren und würden sich über wundern, wenn nicht gegendert würde“, erklärt Stefanie Jakesch, Verlagsleiterin bei Kremayr & Scheriau. Doch es gibt auch immer wieder Beschwerden bei solchen Werken: „Vor allem Verfechter des Nicht-Genderns reagieren an, dass die Sprache verhunzt wird“, berichtet Jakesch.

20% verwenden gendergerechte Sprache

66% lehnen Binnen-I oder das Sternchen strikt ab

56% glauben nicht, dass Gendersprache Frauen fördert

Der Stud-Enterich findet, man könnte das „Binnen-I“ sinnvoller verwenden. Zum Beispiel als ... Zebrastreifen.

Österreichisches Wörterbuch

DUDEN

Der deutsche Duden gendert – daher die Spaßausgabe Dudin (rechts). Das Österreichische Wörterbuch (links) verzichtet auf weibliche Bezeichnungen.

FRAGE DES TAGES

Geschlechtergerechte Sprache: Halten Sie Gendern für sinnvoll?

Nein 95%

38 Prozent der Befragten halten Binnen-I und Co. für unnötig. 81 Prozent sind für die Wahlfreiheit. Wenn es jemand möchte, soll er oder sie die Texte gendern – oder eben nicht.

Interview

„Sprache verändert die Wahrnehmung“

Die Wiener Migrationsforscherin Judith Kohlenberger verfasste ihr Sachbuch „Wir“ mit Gendersternchen und erhielt dafür positive Resonanz.

Wie wichtig war Ihnen, gegenderte Sprache in Ihrem Buch zu verwenden?

Für mich ist es selbstverständlich, gendergerechte Sprache im Alltag zu verwenden, deshalb auch im Buch. Immerhin geht es darin um ein größeres „Wir“, aus dem ich schon allein sprachlich nicht die Hälfte der Weltbevölkerung ausschließen wollte.

Warum das Sternchen und nicht das Binnen-I?

Einerseits ist das Sternchen inklusiver, weil es Raum für nicht-binäre Geschlechtsidentitäten (Anm.: Personen, die sich „weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht“ zuordnen) bietet. Andererseits, und das ist jetzt rein subjektiv, fügt es sich schön ins Textbild ein und spart Platz.

Sie arbeiten auf der Wirtschaftsuni – Gendern ist Pflicht. Können Sie es verstehen, wenn andere nur die männliche Form benutzen?

Im Jahr 2021, wo selbst in der „Zeit im Bild“ gendergerechte Sprache verwendet wird, kann ich das nicht mehr nachvollziehen. Nicht nur Männer in der Sprache abzubilden ist nicht weg und nimmt niemandem etwas weg – aber es verändert die Wahrnehmung und formt unser Denken.

Welche Reaktionen haben Sie auf Ihr Buch bekommen?

Ich hatte tatsächlich einen sehr netten Anruf eines Pensionisten aus dem Burgenland, der mir ganz begeistert erzählte, dass meist Buch das erste war, welches er „mit Sternderln“ gelesen hat. Das Gendern habe ihn überraschenderweise überhaupt nicht gestört.

Migrationsforscherin an der WU: Judith Kohlenberger.

Interview

„Binnen-I ersetzt nicht Frauenpolitik“

Gegen Binnen-I und Sternchen argumentiert der Lehrer Tomas Kubelik aus Melk (NÖ). Er ist Autor des Buches „Genug gegendert!“.

Was spricht gegen gendergerechte Sprache?

Gegenderte Formen wie Binnen-I und Sternchen entsprechen nicht dem Regelwerk der deutschen Rechtschreibung. Außerdem erschweren sie Migranten das Erlernen der Sprache, was einem Integrationshindernis gleichkommt. Am meisten stört mich aber die Tatsache, dass das Gendern vorgeschrieben oder zumindest mit moralischer Überheblichkeit erwartet wird. Zur freien Meinungsäußerung gehört auch das Recht, die Art der Ausdrucksweise wählen zu dürfen.

Sie sind für die Förderung von Frauen. Warum sprechen Sie sich dennoch gegen Gendersprache aus?

Frauenpolitik, Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik können doch nicht durch Sprachvorschriften erreicht werden! Es gibt nicht den geringsten Hinweis darauf, dass gegenderte Sprache etwas am Leben von Frauen verbessert.

Die komplette Vorschriftlichung – Schüler und Schülerinnen – wäre das für Sie eine gute Alternative?

Das kommt auf den Kontext an. Wenn es wichtig ist, die Unterschiede herauszustreichen, ist es sinnvoll, andernfalls nicht. Wenn es hilft: „An Montag haben alle Schüler frei“, gibt es weder ein Missverständnis, noch wird zeitaufwand diskriminiert.

Hat schon eine Schülerin von Ihnen eingefordert, dass Sie gendern sollen?

Nein, das ist noch nie vorgekommen.

Tomas Kubelik, Lehrer aus Niederösterreich und Autor.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 69, 2021

Wien, am 08. Juni 2021

17) CDU-Politiker fordert eine deutsche Version der österreichischen „Landkarte des politischen Islam“

06. 06. 2021



Bildquelle: Remix News

Der Kampf gegen den politischen Islam ist seiner Meinung nach eine wichtige Aufgabe

Der CDU-Politiker Hans-Jürgen Irmer hat eine „Landkarte des politischen Islams“ für Deutschland gefordert und sich dabei auf das aktuelle Projekt der Universität Wien und der Dokumentationsstelle Politischer Islam bezogen, das mehr als 600 muslimische Organisationen, Vereine und Moscheen auf einer „Islamkarte“ in Österreich auflistet.

„Der Kampf gegen den politischen Islam ist eine wichtige Aufgabe. So etwas sollte es auch in Deutschland geben“, so der Bundestagsabgeordnete gegenüber der Jungen Freiheit.

„Österreich zieht die richtigen Schlüsse“, betonte Irmer. Es sei richtig und wichtig, „Erkenntnisse zu gewinnen, zum Beispiel darüber, wer wo sitzt und welche Funktionen er hat“. Es ergänze das vor wenigen Wochen von der Unionsfraktion beschlossene Maßnahmenpaket gegen „politischen Islamismus“. In dem Positionspapier heißt es unter anderem, dass die Finanzierung von Moscheen aus dem Ausland transparenter gemacht werden müsse. Ausserdem soll die staatliche Zusammenarbeit mit Organisationen des politischen Islam beendet werden. Bund, Laender und Kommunen muessten auch bei der Praeventionsarbeit enger zusammenarbeiten.

18) Muslimischer Verband kündigt Klage an

An dem Projekt „Landkarte des politischen Islam“ werde noch gearbeitet, heißt es auf der Website des Projekts. Österreich hat dem politischen Islam nach dem islamistischen Terroranschlag in Wien im vergangenen November den Kampf angesagt

Die Muslimische Jugend Österreich kündigte eine Klage gegen das Projekt an. Österreichische Islamverbände und linke Politiker hatten zuvor kritisiert, dass das Projekt die Sicherheit von Vertretern des Islam in Österreich gefährde und Vorurteile gegen Muslime geschürt würden.

Integrationsministerin verteidigt „Islamkarte

Die österreichische Integrationsministerin Susanne Raab (ÖVP) wies die Vorwürfe zurück.

„Es geht keineswegs um einen Generalverdacht gegen Muslime“, sagte sie. „Es geht um den gemeinsamen Kampf gegen den politischen Islam als Nährboden für Extremismus.“

Auch mögliche Sicherheitsbedenken sieht sie nicht.

„Wenn Sie jetzt sagen, Sie gründen einen islamischen Verein, wollen aber nicht, dass jemand weiß, was Sie tun und wer Sie sind, dann zeigt das genau das Problem, nämlich dass Sie lieber in privaten Hinterzimmern predigen“, erklärte sie.

Die Ministerin fügte hinzu, dass die Erstellung der Karte auch im Interesse derjenigen Muslime sei, die mit extremistischen Strömungen nichts zu tun haben wollen.

„Sie sollen auch wissen, in welche Moschee sie gehen und welche Strukturen und Ideologien dahinter stehen“, erklärte sie.

Quelle: Remix News

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) Deutschland: Selbst die Regierungskoalition will nichts mehr von Verteilungsquoten für Migranten wissen

07. 06. 2021



Illegale Einwanderer, die mit einem Sonderzug aus Freilassing auf der deutschen Seite der deutsch-österreichischen Grenze in Schönefeld ankommen, am 18. September 2015 · *Fotoquelle: MTI / Magyar Nemzet*

Die deutsche Regierungskoalition lehnt die Forderung Italiens nach einer Umsiedlung der ankommenden Flüchtlinge ab

Sowohl die Christlich-Demokratische Union (CDU) als auch die Sozialdemokratische Partei (SPD) betonen, dass die Migrationssituation in Italien noch nicht so gravierend sei, dass Hilfe aus anderen Mitgliedsstaaten benötigt wird, obwohl sowohl die Liberal-Demokratische Partei (FDP) als auch die Grünen eine anteilige Verteilung vorschlagen.

CDU-Sprecher Thorsten Frei wies darauf hin, dass bis Ende April rund 38.000 Asylanträge in Deutschland gestellt worden seien.

Auch Lars Castellucci, migrationspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, sagte, Italien brauche derzeit keine Hilfe. Die asylpolitische Sprecherin der Grünen, Luise Amtsberg, hat dagegen bereits gesagt, dass die deutschen Städte bereit sind, Migranten aufzunehmen:

Deutschland muss sich an dem temporären Verteilungsmechanismus beteiligen und im Verhältnis zu seiner Bevölkerung etwa ein Viertel der Migranten aufnehmen.

Stephan Thomae, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, ergänzte die Aussage der Grünen, dass sich mindestens zehn EU-Mitgliedsstaaten, die bereit sind, Migranten Asyl zu gewähren, zusammensetzen sollten.



Von der libyschen Küstenwache aufgegriffene Migranten nach Europa sprechen mit Mitarbeitern der Internationalen Organisation für Migration im Hafen von Tripolis am 9. Mai 2021 · *Foto: MTI / Internationale Organisation für Migration*

EU-Innenkommissarin Ylva Johansson hatte zuvor die Mitgliedsstaaten aufgefordert, Italien bei der Lösung der Migrationssituation zu helfen.

Sie erinnerte daran, dass Mitte Mai mehr als zweitausend Migranten an einem Tag die Insel Lampedusa erreichten, während die italienischen Behörden seit Jahresbeginn bereits mehr als dreizehntausend Migranten registriert hatten, was einer Verdreifachung der Zahl des Vorjahres entspricht.

Nach früheren Presseberichten befinden sich mindestens neunhunderttausend Migranten in Libyen, aber die Migrationsrouten können von den lokalen Behörden nicht immer kontrolliert werden.

Die Mehrheit, vor allem Afghanen und Syrer, will aber nicht nach Italien, sondern vor allem nach Deutschland.

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

20) Kroatien braucht die Polen und die Polen brauchen Kroatien

02. 06. 2021



Bildquelle: Remix News

Dank der Verbindungen mit Kroatien kehrt die nationale Fluggesellschaft Polens langsam zur Normalität zurück, schreibt Marcin Wikło auf dem Internetpoortal WPOLITYCE.PL.

Fotos von einer polnischen LOT-Passagiermaschine, die auf dem kroatischen Flughafen Zadar ankommt, machen die Runde. Interessanterweise sind dies keine Archivfotos, sondern Anzeichen dafür, dass wir langsam aber sicher in die Welt vor der Pandemie zurückkehren, in der Flugreisen etwas Normales waren.

Kroatien braucht die Polen und die Polen brauchen Kroatien. Das zeigt sich deutlich in der Statistik. Im Rekordjahr 2019 wählten fast eine Million Polen Kroatien als Urlaubsziel. Dann kam der Virus und diese Zahlen waren nicht mehr zu halten, aber der Rückgang war vergleichsweise gering (immerhin noch mehr als 600.000 Menschen im Jahr 2020). Das bedeutet, dass sich die Polen in Kroatien wohlfühlen und die Kroaten in der Lage sind, in solch schwierigen Zeiten für Sicherheit zu sorgen.

Der Einweihungsflug nach Zadar sollte ein Symbol dafür sein, dass das Schlimme hinter uns liegt und die Chance besteht, dass sich die Tourismusbranche nach der Zerstörung durch das Coronavirus langsam wieder erholt. Aus diesem Grund waren die größte Gruppe an Bord des Flugzeugs Vertreter von Tourismusunternehmen. Alle waren von der leicht verständlichen Euphorie ergriffen, als wir nach einem Jahr der Isolation endlich durch die Wolken brachen.

Natürlich sagen uns die Zahlen nicht alles und das Virus ist noch nicht vollständig besiegt. Deshalb sprechen wir von vorsichtigem Optimismus. Die fortschreitenden Impfprogramme, nicht nur in Polen, lassen uns mutig nach vorne blicken, doch die erwartete vierte Welle gibt uns nicht das Recht, entscheidende Pläne zu schmieden. In einer solchen Situation müssen wir Schritt für Schritt vorgehen. Für den polnischen Nationalcarrier und polnische Unternehmen ist der Flug nach Zadar jedenfalls der Beginn einer völlig neuen Reiseroute.

LOT-CEO Rafał Milczarski war von Journalisten oft gebeten worden, etwas Konkretes zu versprechen; bestimmte Zahlen oder Pläne zu nennen. Das hat er nicht getan, und angesichts der derzeitigen unsicheren Lage kann man seine Entscheidung verstehen.

Bevor die Luftfahrtindustrie wieder ordentliche Einnahmen erzielt, und ich bin mir sicher, dass sie das irgendwann tun wird, muss ein Wandel in den Köpfen der Passagiere stattfinden. Wir, die Touristen, müssen sicher sein, dass wir uns nicht in Gefahr begeben.

Milczarski hat keine detaillierten finanziellen Perspektiven verraten, aber er hat verraten, dass er zusammen mit seiner großen Familie und mit Rücksicht auf deren Sicherheit seinen Sommerurlaub in Kroatien verbringen wird. Für mich könnte es keine bessere Empfehlung geben.

Ich wiederhole: Kroatien braucht die Polen und die Polen brauchen Kroatien. Das nennen wir im Geschäftsleben eine Win-Win-Situation.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

21) Distanziert sich Tschechien von der Drei-Meeres-Initiative?

15. 06. 2021



Bildquelle: Trimarium.org

„In der Tschechischen Republik herrscht die Meinung vor, dass die Drei-Meeres-Initiative (Three Seas Initiative, 3SI) eher eine Bedrohung als eine Chance darstellt“. – analysiert Prof. Piotr Bajda in einem Bericht für *3 Seas Initiative Insight*. Er erklärt, dass nach Ansicht Prags eine stärkere Beteiligung an der Initiative zum Verlust seiner Position in der Region oder zu einer Verschlechterung seiner Beziehungen zu Deutschland und der Europäischen Union führen könnte.

Der Autor des Berichts weist deutlich darauf hin, dass die tschechische Regierung immer noch nicht definiert hat, welche Bedeutung 3SI für ihre Regionalpolitik hat und welche Rolle die Tschechische Republik selbst in diesem Projekt spielen soll. Der Politikwissenschaftler beschreibt, dass die Initiative praktisch in der gesamten tschechischen politischen Szene keine Begeisterung hervorruft.

Zemans Ansatz

Piotr Bajda schreibt in dem Bericht, dass Miloš Zeman selbst sowie die politischen Kreise um den tschechischen Präsidenten – Kommunisten von der KSČM und Populisten von der Partei Freiheit und Direkte Demokratie – wenig oder kein Engagement für 3SI-Projekt zeigen. „Distanziert von der Initiative ist selbst das scheinbar am meisten interessierte Präsidentenlager. Auf der Website von Präsident Zeman wird in der Rubrik, in der die Aktivitäten des Staatsoberhauptes vorgestellt werden, nicht einmal seine Teilnahme an den letzten beiden 3SI-Gipfeltreffen erwähnt“, heißt es in der Analyse.

Die tschechischen Kommunisten von der KSČM, die Zeman unterstützen, sind sogar noch feindseliger gegenüber der Idee. Piotr Bajda zählt auf, dass die Partei auf ihrer Website zwar dreimal auf 3SI verweist, dies aber immer im Zusammenhang mit der US-Außenpolitik tut. Der Analyst merkt an, dass die Gruppierung zum ersten Mal während des Besuchs von Präsident Donald Trump 2017 beim 3SI-Gipfel in Warschau im Juli auf die Initiative Bezug nahm und behauptete, dass dort „russophobe Aussagen zur Unterstützung der 3SI und zur führenden Rolle Polens“ gemacht wurden.

Die nächsten Links sind nicht besser, denn die tschechischen Kommunisten schreiben zuerst, dass es sich um ein geopolitisches Projekt handelt, das „unter dem Deckmantel der Energiesicherheit darauf abzielt, überbezahltes amerikanisches Flüssiggas aus dem Gashafen Swinemünde (Swinoujscie) zu verteilen“, um später offiziell zu bestätigen, dass sie die 3SI nicht unterstützen werden, weil sie „ein amerikanisches Projekt ist, das darauf abzielt, den energiepolitischen und militärischen Einfluss der USA in Europa zu stärken“.

SPD und das politische Umfeld von Babiš

Eine ähnliche Position sieht Prof. Bajda auch im Fall der zweiten der pro-russischen und pro-chinesischen Parteien, die die Sympathie von Präsident Zeman genießt. Laut dem Analysten erwähnte die Partei Freiheit und direkte Demokratie (Svoboda a přímá demokracie, SPD) das 3SI-Projekt nur ein einziges Mal und das auch nur in Bezug auf die tschechisch-amerikanischen Beziehungen. Der Text enthält den Kommentar der Gruppe nach dem Treffen des Ministerpräsidenten Andrej Babiš mit dem amerikanischen Außenminister Antonio Blinken; dieser Kommentar wirft der tschechischen Regierung vor, das Diktat der USA in der militärischen oder energetischen Zusammenarbeit zu akzeptieren. Die SPD ist überzeugt, dass die amerikanische Administration auf diese Weise das 3SI-Projekt ausnutzt und die Wahl Tschechiens für günstigere chinesische oder russische Angebote beschränken will, analysiert Bajda.

Im Fall von Adrej Babiš und seinem Kabinett erklärt der Autor des Berichts, dass sowohl der tschechische Premierminister als auch die Parteien, die die Regierungskoalition bilden (die ANO-Gruppe und die tschechischen Sozialdemokraten von der ČSSD), der 3SI ebenfalls nicht viel Raum widmen.

Die Haltung der Opposition

Piotr Bajda sieht bei der tschechischen Opposition eine ähnliche Haltung gegenüber der Initiative. „Die liberale Piratenpartei spricht das Thema überhaupt nicht an, und das andere Oppositionslager um die konservative ODS tut sich ebenfalls nicht hervor und hält eine ähnliche Distanz“, so Bajda. Er stellt fest, dass nur einer der Parteiführer, Alexandr Vondra, sich zu diesem Thema geäußert hat.

Er zitiert Vondra: „Die 3SI ist ein wichtiges polnisch-rumänisch-kroatisches Projekt, dessen Hauptziel der Aufbau einer Nord-Süd-Kommunikationsinfrastruktur im Interesse der gesamten Region ist, da die bisherigen Ost-West-Investitionen vor allem Deutschland und Russland zugute kamen. Die deutsche Beteiligung am Bau von Nord Stream 2 der 3SI gibt als Antwort auf die Bedrohung der Energiesicherheit und die hybriden Aktivitäten Russlands in der Region zusätzlichen Auftrieb.“ Bajda erwähnt zugleich, dass der zitierte Politiker von einigen Kommentatoren als Typus eines zukünftigen Außenministers angesehen wird.

Die Idee des tschechischen Präsidenten fand keine Resonanz

Wie bereits zitiert, glaubt Piotr Bajda, dass „die Quelle der Probleme bei der Definition der Haltung der Tschechischen Republik gegenüber der 3SI in der fehlenden Definition der Rolle liegt, welche die 3SI in der tschechischen Außenpolitik spielen soll. Die zitierte tschechische Politik zeigt Schwäche gegenüber der Initiative im Zusammenhang mit der Realisierung des Oder-Elbe-Donau-Schifffahrtskanals nach der Idee von Miloš Zeman, übrigens das einzige Infrastrukturprojekt, das Tschechien auf die Liste des gemeinsamen Interesses gesetzt hat“, so Bajda.

Professor Bajda erinnert sich, dass das Büro des tschechischen Präsidenten vor dem 3SI-Gipfel 2018 in Bukarest eine Anfrage an die einzelnen Ministerien verschickte, ob sie an der Entwicklung einer Liste von Infrastrukturprojekten interessiert seien. Es stellte sich jedoch heraus, dass kein Ministerium auf Zeman reagierte und sich die Idee des Präsidenten als die einzige herausstellte.

Bedenken von tschechischer Seite

Der Bericht enthält eine eingehende Analyse der Ursachen für die Distanzierung Prags vom 3SI-Projekt. Piotr Bajda erklärt, dass tschechische Experten- oder politische Kreise die Initiative als Polens eigenes Projekt behandeln, das innerhalb der Visegrád-Gruppe nicht diskutiert wurde.

„Besonders lebhaft sind die Befürchtungen, dass die Beteiligung an 3SI zu einer Verschlechterung der Beziehungen zu Deutschland führen könnte“, schreibt der 3SI-Experte. „In der Tat ist es eine Art Dogma der tschechischen Diplomatie, in den Beziehungen zu Berlin eine nicht-konfrontative Außenpolitik zu verfolgen, insbesondere in Bereichen, die nicht als vorrangig behandelt werden“, fügt Professor Bajda hinzu. Der Politologe stellt auch fest, dass auf der Website des Außenministeriums der Tschechischen Republik dieses Thema in der Hierarchie der Bedeutung der Beziehungen der Tschechischen Republik in Europa an erster Stelle steht. Prag betrachtete das Projekt erst nach der ersten Erklärung des Beitritts Berlins zur 3SI mit einem freundlicheren Auge“, so der Analyst abschließend.

Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und der EU

Piotr Bajda schreibt weiter, dass abgesehen von den Vorbehalten gegenüber dem Projekt als einer originellen Idee Warschaus, die die tschechisch-deutschen Beziehungen gefährden könnte, einige tschechische Kommentatoren und Experten in der Initiative eine Möglichkeit sehen, die Position Polens in den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union zu stärken. Bajda sieht in den Äußerungen tschechischer Experten oder Politiker die Sorge, dass das Ziel Polens eine Art Vereinnahmung der Kontakte zwischen Mitteleuropa und den Vereinigten Staaten ist. Warschau möchte der wichtigste Vertreter der Region in den Beziehungen zu Washington sein und würde damit die

Entwicklung der Beziehungen anderer Hauptstädte zu den Vereinigten Staaten einschränken“, stellt Piotr Bajda den Standpunkt der tschechischen Nachbarn dar.

In dem Text heißt es: „Für die Tschechen war ein solches Symbol das Fehlen einer Einladung von Präsident Miloš Zeman ins Weiße Haus, während zahlreiche Einladungen zu Treffen zwischen Donald Trump und Andrzej Duda ausgesprochen wurde.“ Gleichzeitig wird das polnische Vorgehen als Wunsch gewertet, die 3SI und die guten Beziehungen Warschaus zu Washington zu nutzen, um die Europäische Kommission daran zu hindern, das Verfahren nach Artikel 7 des Lissabon-Vertrags (wegen schwerwiegender Verletzung der in Artikel 2 genannten euroäischen Werte) in den bilateralen Beziehungen zu nutzen“, erklärt Piotr Bajda.

Der Experte fügt hinzu, dass es den Tschechen in Bezug auf 3SI nicht nur um die Frage der Beziehungen zwischen Prag und Washington geht. Die Tschechen, so Prof. Bajda, könnten in dem Projekt einen potenziellen Schaden für ihr Image auch in Bezug auf Europa sehen, weil die Initiative ihrer Meinung nach eine Bedrohung für ein separates Projekt gegenüber der EU darstellen könnte. Diese Besorgnis manifestiert sich vor allem bei Premierminister Babiš, dessen unklare Geschäftsaktivitäten für die EU-Kontrollinstitutionen von Interesse sind (der Fall des Baus des exklusiven Konferenzzentrums Čapí Hnízdo, oder Storchennest)“, heißt es in der Analyse.

Zwischen China und Russland

Laut Prof. Bajda liegt die Ursache für die fehlende starke Beteiligung Tschechiens an 3SI auch in der Vielfalt der politischen Szene, wenn es um die Einstellung zu China und Russland geht. „Ein Teil der tschechischen politischen Klasse möchte Peking als strategischen Partner für die gesamte Region sehen (vor allem das präsidiale Zentrum, die SPD und die KSČM), die Regierungskoalition ANO und ČSSD möchte die Beziehungen zu Peking auf der Grundlage des politischen Pragmatismus aufbauen, während die übrigen Oppositionsparteien in engeren Beziehungen zu China mehr Gefahren als Chancen sehen“, so der Bericht von Piotr Bajda.

Wie wir in dem Bericht lesen, wünscht sich auch ein großer Teil der politischen Szene eine Erwärmung der Beziehungen zu Russland – vor allem das präsidiale Zentrum, SPD und KSČM. Prof. Bajda erinnert daran, dass die Regierung versucht hat, die pragmatischen tschechisch-russischen Beziehungen zu konsolidieren, doch die Offenlegung von Informationen über die Beteiligung russischer Spionagedienste an den Explosionen im Munitionsdepot in Vrbětice im Jahr 2014 hat eine deutliche Verschlechterung der Beziehungen zu Putin verursacht. Laut Prof. Bajda sind die Oppositionsparteien sogar noch unerbittlicher gegenüber Moskau, was deutlich wird an der Umbenennung des Platzes, auf dem sich die russische Botschaft befindet, in Nemzow-Platz (durch die regierende Prager Piratenpartei).

Der Wunsch mitzugestalten

Piotr Bajda stellt fest, dass sich die Tschechen eher als Bittsteller denn als Mitgestalter von 3SI fühlen. „Es ist daher möglich, dass ein zusätzliches Element, das die tschechische Haltung beeinflusst, ein eigenartiges Gefühl ist, von Polen missachtet zu werden, dass Prag nicht als Partner behandelt wird“, schreibt der Politikwissenschaftler.

Der Bericht definiert die derzeitige Rolle der Tschechischen Republik innerhalb des Projekts als „vorsichtigen Beobachter", der „bereit ist, sich stärker in das Projekt einzubringen, sofern dies die Beziehungen Prags zu Berlin und der Europäischen Kommission nicht in irgendeiner Weise behindert.

Piotr Bajda merkt jedoch an, dass dies nicht immer der Fall sein muss und stellt, wie bereits erwähnt, einen Wandel und eine zunehmend wohlwollende Haltung Prags gegenüber 3SI fest. „Seit Tomáš Petříček das Ressort des Außenministers übernommen hat (er ist von Oktober 2018 bis April 2021 Chef des tschechischen Außenministeriums) und es Signale des Interesses an dem Projekt seitens der Europäischen Kommission und Deutschlands gab, haben die Tschechen aufgehört, 3SI ostentativ zu bestreiten", stellt der Experte fest. Er warnt jedoch vor verfrühtem Optimismus, da die Tschechen ihre Rolle in dem Projekt noch nicht definiert haben und „die Haltung Prags gegenüber 3SI kondizioniert ist und in erster Linie mit der Haltung der oben genannten externen Akteure und nicht mit den Beziehungen innerhalb der mitteleuropäischen Region zusammenhängt.

Gründe für eine Änderung der Einstellung

Der Autor des Berichts sieht jedoch mehrere Faktoren, die die Haltung der Tschechischen Republik gegenüber 3SI weiter verändern könnten. Einer davon ist die Tatsache, dass die Initiative in den Vereinigten Staaten parteiübergreifend unterstützt wird und die Regierung in Washington auf 3SI hinarbeitet. Laut Piotr Bajda wird dies dazu führen, „dass Prag versucht, sich als ein Land zu deklarieren und zu positionieren, das sich der regionalen Zusammenarbeit verpflichtet fühlt, in der Hoffnung, die tschechisch-amerikanischen bilateralen Beziehungen zu verbessern."

Ein weiteres Element, das den Stand der Dinge verändern könnte, ist die Ernennung eines Regierungsbevollmächtigten (nach polnischem Vorbild), der für die Koordination der Zusammenarbeit in der Initiative verantwortlich ist, argumentiert Professor Bajda. Er beruft sich auf Informationen hinter den Kulissen, wonach die Entscheidung über die Ernennung bereits gefallen ist und die Position an den stellvertretenden Verkehrsminister Jan Sechter vergeben werden soll.

Prof. Bajda schildert, dass Sechter ein langjähriger Beamter und Diplomat ist, der u.a. Botschafter der Tschechischen Republik in Warschau war. Der 3SI-Experte weist darauf hin, dass „eine solche Ernennung bestätigen könnte, dass eine der Bedingungen für eine stärkere tschechische Beteiligung an dem Projekt die Beibehaltung des ausschließlich wirtschaftlichen Charakters ist, und alle Versuche, 3SI politisch zu nutzen, insbesondere gegen die Europäische Union oder die Bundesrepublik Deutschland, von den Tschechen abgewehrt werden.

Darüber hinaus zitiert der Bericht unter anderem die Analyse des unabhängigen Think-Tanks *Institut pro politiku a společnost*, dessen Arbeiten von Jan Macháček geleitet werden, der Unterzeichner der berühmten Charta77 und Mitbegründer der wöchentlichen Meinungszeitschrift *Respekt* ist. Prof. Bajda erklärt, dass diese Analyse eine Empfehlung für Prag enthält, sich stärker in 3SI einzubringen, denn „es besteht die Gefahr, dass die Republik bei dem größten regionalen Projekt seit der EU-Erweiterung 2004 und 2007 auf der Strecke bleibt".

Was kann Polen tun?

Der Bericht diagnostiziert nicht nur die aktuelle Haltung Prags zum 3SI-Projekt. Prof. Bajda schlägt auch Lösungen vor, die die Situation ändern und die Tschechische Republik ermutigen könnten, innerhalb der Initiative aktiver zu werden.

Piotra Bajda ist der Meinung, dass die Werbeaktionen in den tschechischen Medien fortgesetzt werden sollten, wodurch immer mehr neue Adressaten erreicht würden. „Es wäre ratsam, das polnisch-tschechische Forum im Bereich der 3SI-Förderung zu aktivieren, z.B. durch die Ausschreibung eines Wettbewerbs für Projekte, die von NGOs oder Fachinstitutionen durchgeführt werden“, heißt es im Bericht. „Eine wichtige Geste gegenüber der Tschechischen Republik wäre die Ernennung eines Bevollmächtigten für bilaterale Kontakte im neuen Büro für Internationale Politik in der Kanzlei des Präsidenten der Republik Polen.“ – so Prof. Bajda.

Der gesamte Bericht ist unter diesem Link verfügbar.

Quelle: Trimarium.pl

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

22) Mit oder ohne -ová: Nachnamen der Frauen in Tschechien

Alle Frauen in Tschechien sollen künftig die Möglichkeit bekommen, selbst zu entscheiden, ob sie ihren Familiennamen mit dem Suffix **-ová** nutzen oder ihn amtlich in der gleichen Form wie die Männer führen. Aber - was bedeutet diese Gesetzesänderung im alltäglichen Sprachgebrauch? Es könnte, so weist Radio Prag hier nach, die Verständigung erschweren.

04.06.2021



Božena Němec oder Božena Němcová?
Illustrationsfoto: Krokodyl, Wikimedia Commons, gemeinfrei
Länge 3:50 - *https://deutsch.radio.cz/mit-oder-ohne-ova-nachnamen-der-frauen-8719430*

Alle Frauen in Tschechien sollen die Möglichkeit bekommen, selbst zu entscheiden, ob sie ihren Familiennamen mit dem Suffix -ová nutzen oder ihn amtlich in der gleichen Form wie die Männer führen. Was bedeutet diese Gesetzesänderung im alltäglichen Sprachgebrauch?



Quelle: Wordart.com

Novák – **Nováková**. **Svoboda** – **Svobodová**. **Miler** – **Milerová**. Die weiblichen Familiennamen werden im Tschechischen von der männlichen Form häufig mit dem Suffix **–ová** abgeleitet. Ein Gesetz, das im Abgeordnetenhaus nun gebilligt wurde, überlässt Frauen selbst die Entscheidung, ob sie dieses **–ová** nutzen wollen oder nicht. Entscheiden diese sich aber für die bisher männliche Form, könnte dies die Verständigung erschweren. Warum das so ist, erläutern wir nun anhand der beiden tschechischen Tennisspielerinnen Petra Kvitová und Karolína Plíšková.



Petra Kvitová|Foto: Carine06, Flickr, CC BY-SA 2.0

Nehmen wir theoretisch an, dass beide die männliche Form ihres Namens nutzen und Kvitová in einem Duell Plíšková geschlagen hat. Im Satz **„Kvitová porazila Plíškovou“** ist auf den ersten Blick klar, dass Kvitová die Siegerin ist. Genauso gut kann man aber auch die Wortfolge ändern und sagen: **„Plíškovou porazila Kvitová“**. Es sind nämlich die Suffixe und ihre Beugung, die die Information vermitteln, in welchem Casus – **pád** und Genus – **rod** das Wort steht und daher auch, wer Subjekt und wer Objekt im Satz ist. Die Suffixe kann und darf man allerdings nicht nutzen, wenn man die männliche Form der Namen bei Frauen nutzt: Kvita hat Plíšek besiegt. **„Kvita porazila Plíšek.“** Beziehungsweise auch: **Plíšek porazila Kvita / Kvitu**. Die Deklination fällt weg und somit auch die Information, wer von wem geschlagen wurde. Im Deutschen ist diejenige die Siegerin, die an erster Stelle im Satz steht. Die Wortfolge im Tschechischen ist aber lockerer und hilft nicht, um dies zu klären.



Karolína Plíšková|.- *Foto: Tatiana, Flickr, CC BY-SA 2.0*

Wie lässt sich das Problem lösen? Eine Möglichkeit bietet der Vorname. Dieser bleibt in weiblicher Form und wird auch entsprechend dekliniert. Also: **Petra Kvita porazila Karolínu Plíšek**. Und auch: **Karolínu Plíšek porazila Petra Kvita**. Oder man hilft sich mit anderen Wörtern, die dem Namen vorgestellt werden, wie etwa die Bezeichnung des Berufs. Diese werden dann anstatt des Nachnamens dekliniert und drücken das nötige Casus und Genus aus. Ein Beispiel bietet uns die tschechische Finanzministerin: anstatt von **Schillerová**, **Schillerové**, **Schillerovou** und so weiter sagt man **ministryně Schiller**, **ministryni Schiller** oder aber auch **ministryní Schiller**. Auf Wiederhören! **Na slyšenou!**

Autor: Markéta Kachlíková

23) Ausländisches Kapital in Tschechien: wer hat den größten Anteil?

Die doch überraschende Antwort lautet: Die Bürger und Firmen aus **Luxemburg** sind die **größten ausländischen Eigentümer** der Firmen in Tschechien. Dies ergibt sich aus einer Analyse des ausländischen Kapitals im Grundbesitz tschechischer Unternehmen, die die Beratungsfirma Dun & Bradstreet erarbeitet hat. Luxemburg steht mit Investitionen in Höhe von 171 Milliarden Kronen (6,73 Milliarden Euro) an der Spitze der Rangliste, gefolgt von **Deutschland** mit 170 Milliarden Kronen (6,69 Milliarden Euro) und den **Niederlanden** mit 107 Milliarden Kronen (4,91 Milliarden Euro). Das Volumen der Investitionen aus Luxemburg stieg gegenüber dem Vorjahr um **59 Prozent** an!

Das Gesamtvolumen des ausländischen Kapitals der 20 größten ausländischen Eigentümer stieg gegenüber dem Vorjahr um 14 Prozent von 800 Milliarden Kronen (31,48 Milliarden Euro) auf 915 Milliarden Kronen (36 Milliarden Euro). Dies ist der höchste Wert seit 2019.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 67, 2021

Wien, am 03. Juni 2021

24) Wir wollen keinen ökofanatischen Piratenstaat“

Die Minderheits

regierung aus der **Ano-Partei** und den **Sozialdemokraten** hat am Donnerstag ein Mißtrauensvotum überstanden. Dabei halfen die **Kommunisten** dem Kabinett, indem sie vor der Abstimmung den Saal verließen. 89 Abgeordnete unterstützten den Misstrauensantrag, 82 waren dagegen. Weitere 29 Parlamentarier waren nicht anwesend. Für einen erfolgreichen Sturz der Regierung hätte es 101 Stimmen gebraucht, wie „Radio Prag“ hier berichtet.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 68, 2021

Wien, am 07. Juni 2021

https://deutsch.radio.cz/wir-wollen-keinen-oekofanatischen-piratenstaat-regierung-uebersteht-8719474

Wir wollen keinen ökofanatischen Piratenstaat“ – Regierung übersteht Misstrauensvotum

---

04.06.2021
„Wir wollen keinen ökofanatischen Piratenstaat“ – Regierung übersteht Misstrauensvotum
Länge 4:18

https://deutsch.radio.cz/wir-wollen-keinen-oekofanatischen-piratenstaat-regierung-uebersteht-8719474



Regierung hat ein Misstrauensvotum überstanden.- *Foto: Roman Vondrouš, ČTK*

Die Minderheitsregierung aus Partei Ano und Sozialdemokraten hat am Donnerstag ein Misstrauensvotum überstanden. Dabei halfen die Kommunisten dem Kabinett, indem sie vor der Abstimmung den Saal verließen.



Markéta Pekarová Adamová.- *Foto: Michaela Danelová, Tschechischer Rundfunk*

89 Abgeordnete unterstützten den Misstrauensantrag, 82 waren dagegen. Weitere 29 Parlamentarier waren nicht anwesend. Für einen erfolgreichen Sturz der Regierung hätte es 101 Stimmen gebraucht. Initiiert wurde das Misstrauensvotum von der Koalition „Spolu“

aus Bürgerdemokraten, Christdemokraten und der Partei Top 09 sowie von den Piraten und der Bürgermeisterpartei Stan. Obwohl das Votum scheiterte, sprachen die Vorsitzenden der bürgerlich-liberalen Oppositionsparteien von einem sinnvollen Versuch. Markéta Pekarová Adamová ist Parteichefin von Top 09:

„Wir haben uns auf das gestützt, was in der Verfassung verankert ist – und zwar, dass die Macht der Regierung nur von einer Stimmenmehrheit im Abgeordnetenhaus ausgehen kann. Es war zu sehen, dass das Kabinett diese Mehrheit nur dann hat, wenn die Kommunisten den Saal verlassen. Die Regierung stützt sich nach wie vor auf die Kommunisten. Sie müssen nun die Verantwortung nicht nur dafür übernehmen, was geschehen ist, sondern auch für das, was noch passieren wird."



Petr Fiala.- *Foto: Michaela Danelová, Tschechischer Rundfunk*

Die Opposition nannte viele Gründe für das Misstrauensvotum, darunter den Interessenskonflikt von Premier Andrej Babiš (Partei Ano) sowie das Versagen der Regierung während der Corona-Pandemie.

Der Leiter der Koalition „Spolu" und Parteichef der Bürgerdemokraten, Petr Fiala, begründete zu Beginn der Sitzung das Misstrauensvotum. Er erklärte, es sei traurig, dass es von der Opposition initiiert werden musste.

„In jedem Staat, der die Prinzipien der parlamentarischen Demokratie achtet, würde der Ministerpräsident selbst die Vertrauensfrage stellen. Und zwar in dem Moment, wenn einer der Partner der Regierung seine Unterstützung aufkündigt. Die Kommunisten haben schließlich vor mehreren Wochen verlauten lassen, dass sie das Kabinett nicht mehr unterstützen werden."



Andrej Babiš,-
Foto: Michal Krumphanzl, ČTK

Nach der Begründung des Misstrauensvotums durch die Opposition ergriff Premier Babiš das Wort. Er schilderte die mutmaßlichen Erfolge seines Kabinetts. Zudem sparte er nicht mit Warnungen vor der Zukunft:

„Wir wollen in Tschechien keinen multikulturellen und ökofanatischen Piratenstaat. Wir wollen nicht unsere Autos und unsere Wohnungen teilen. Wir wollen unser Land nicht teilen. Wir wollen nicht, dass das Europaparlament, mit dem die Piraten kooperieren, unser Land regiert. Ich bin ein souveräner Premier und niemandem untergeordnet. Ich respektiere nur Bürger, die mir vertrauen. Und niemand aus dem Ausland wird uns da reinquatschen.“

Die Debatte im Abgeordnetenhaus dauerte anschließend zwölf Stunden lang. Erst am späten Abend kam es zur Abstimmung. Nachdem die Kommunisten schon am Vormittag den Saal verließen, war das Resultat absehbar. Der Vorsitzende der Piratenpartei, Ivan Bartoš, kommentierte dies gegenüber den Inlandssendungen des Tschechischen Rundfunks:



Ivan Bartoš.-
Foto: Michal Krumphanzl, ČTK

„Auch mit dieser Abstimmung hat die Regierung die Verantwortung für die nicht bewältigte Pandemiewelle übernommen und zudem für die Zerstörung der öffentlichen Finanzen. Obwohl die Regierungsmitglieder nur kurze Zeit an der Sondersitzung teilgenommen haben, hoffe ich, dass sie zugehört haben, als dazu aufgefordert wurde, dass wir uns auf eventuelle neue Virus-Mutationen vorbereiten sollten.“

Premier Babiš bezeichnete am Freitag im Tschechischen Rundfunk die Sondersitzung als ein Wahlkampfmeeting.

„Ich habe das genossen. Denn ich habe den Menschen mitgeteilt, was wir für sie alles gemacht haben.“

Autoren: Martina Schneibergová , Renata Kropáčková

25) Aufstrebender Star der tschechischen Politik und erster farbiger Abgeordneter tritt nach Vorwürfen eines sexuellen Übergriffs zurück

03. 06. 2021



Dominik Feri.- · *Foto: Remix News*

Dominik Feri, 24, war der Star der bei jungen Wählern beliebten Partei TOP 09

Ein junger aufsteigender Stern der tschechischen Politik, der Geschichte machte, indem er das erste farbige Mitglied der Abgeordnetenkammer wurde, wurde nun von mehreren Frauen eines unangemessenen sexuellen Verhaltens beschuldigt, was zu seinem Rücktritt führte.

Der 24-jährige Dominik Feri, der die linke Partei TOP 09 vertrat, war schon seit Jahren Gegenstand von Gerüchten, aber ein gemeinsamer Artikel von Deník N und A2larm lieferte zusätzliche Beweise und Glaubwürdigkeit für die Vorwürfe der sexuellen Übergriffe.

In den letzten Tagen haben die Tschechen die Auswirkungen des Falles genau verfolgt.

Feri hat sich entschieden, wegen der Vorwürfe des unangemessenen sexuellen Verhaltens gegenüber mehreren Frauen zurückzutreten. Er wird auch nicht an den Parlamentswahlen im Oktober teilnehmen, bei denen er im Prager Wahlkreis auf Platz vier für die Koalition Spolu (Gemeinsam) (ODS, TOP 09, KDU-ČSL) antreten sollte. Er plant, sich gegen die Vorwürfe vor Gericht zu verteidigen.

„Ich habe mir immer eine andere Politik gewünscht, die auf persönlicher Verantwortung beruht. Jetzt will ich mit gutem Beispiel vorangehen. Ich trete als Abgeordneter zurück und werde bei den Herbstwahlen nicht mehr kandidieren. Ich möchte nicht, dass falsche und manipulative Artikel in den Medien Menschen, die mir nahe stehen, oder meinen Kollegen schaden. Es war eine außerordentliche Ehre für mich, als Ihr Abgeordneter zu dienen“, erklärte Feri.



Prag, 11. August 2018: Dominik Feri, tschechischer Politiker beim Prague Pride Festival auf dem Wenzelsplatz · *Foto: Shutterstock*

Deník N veröffentlichte zusammen mit dem Nachrichtenportal A2larm Aussagen mehrerer Frauen, von denen einige behaupten, dass Feri Sex mit ihnen hatte, obwohl sie sich ausdrücklich weigerten. Andere gestanden, dass er sie aufgefordert hat, ihm Nacktfotos zu schicken oder sagten, dass er sie öffentlich gedemütigt hat. In einer früheren Reaktion bestritt der Politiker, sexuelle Gewalt begangen zu haben, entschuldigte sich aber für „unangemessenes“ Verhalten in einigen Situationen.

Die Vorsitzende von TOP 09, Markéta Pekarová Adamová, erklärte auf Twitter, sie betrachte Feri als ihren Freund und glaube, dass er seinen Namen reinwaschen werde.

„Für Politiker gilt jedoch die Schuldvermutung, und ich persönlich habe sie immer gefordert. Deshalb möchte ich ihm für seine Entscheidung danken, als Abgeordneter zurückzutreten und bei den kommenden Wahlen nicht zu kandidieren“, schrieb die Vorsitzende.

Die Entscheidung von Feri, zurückzutreten, wurde auch von anderen Vertretern der Spolu-Koalition gelobt. Im Gegenteil, die Minister der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei (ČSSD) Jana Maláčová und Jakub Kulhánek kritisierten Feris Fall. Laut Maláčová passen die Enthüllungen in das Muster, wie Politiker von TOP 09 agieren, d.h. schöne Dinge sagen, aber etwas anderes tun. Außenminister Jakub Kulhánek erklärte, dass er als Vater eines kleinen Mädchens hoffe, dass sie, wenn sie erwachsen ist, nie jemanden wie Feri auf einer Party treffen wird.

Laut der Polizei wurdein dem Fall noch niemand angeklagt, und auch die rechtliche Qualifikation ist noch nicht geklärt. Die Behörden fügten hinzu, dass sie alle Umstände untersuchen, die für die Entscheidung, ob ein Verbrechen begangen wurde, wichtig sind.

TOP 09 bezeichnet sich selbst als eine liberal-konservative Partei. Gegenwärtig überwiegt jedoch der liberale Flügel. Ein wichtiges Merkmal der Partei ist der pro-europäische Ansatz. Feri, 24, ist der Star der Partei, ist vor allem bei jungen Wählern beliebt. Er hat mehr als eine Million Follower auf Instagram, wo er Popularität erlangte, indem er Regierungsrichtlinien in einfache Regeln übersetzte.

Quelle: CeskeNoviny.cz / Remix News

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

26) Tomislav Sunić: Kroatien und Osteuropa sind heute „europäischer“ als Westeuropa

11. 06. 2021



Dr. Tomislav Sunić · *Foto: Facebook*

Anlässlich der Veröffentlichung der kroatischen Ausgabe des Buches *Postmortem Report: Cultural Examinations from Postmodernity* sprach Tomislav Sunić mit Vokativ.hr über Multikulturalismus, amerikanische Politik, politische Korrektheit und was das alles für Kroaten bedeutet.

Tomislav Sunić ist ein kroatischer Schriftsteller, Politikwissenschaftler, Übersetzer und ehemaliger Diplomat. Er hat einen Abschluss in französischer und englischer Sprache und Literatur der Philosophischen Fakultät in Zagreb, einen Master-Abschluss der California State University in Sacramento und einen Doktortitel in Politikwissenschaft der University of California, Santa Barbara. Er lehrte an der California State University, der University of California, dem Juniata College in Pennsylvania, dem Anglo-American College in Prag und an der kroatischen Akademie in Zagreb. Er war Diplomat in Brüssel, Kopenhagen, London und Algerien und arbeitete als Berater des Außenministeriums. Als prominenter rechter Intellektueller hat er an mehreren hundert Vorträgen und Konferenzen teilgenommen und für einflussreiche Zeitungen wie *Le Monde*, die *New York Times* usw. geschrieben. Seine Bücher und Essays wurden in Englisch, Französisch, Spanisch, Deutsch und Englisch veröffentlicht. Zu seinen wichtigsten Werken gehören : *Against Democracy and Equality: The European New Right* (1990), *Fragments of Metapolitics* (1997), *Homo Americanus: The Child of the Postmodern Age* (2018), *La Croatie: un pays par défaut?* (2010). Seine Essays sind unter www.tomsunic.com verfügbar.

MARKO RAIČ: Ihr Buch mit ausgewählten Essays mit dem Titel *„Posmrtni izvještaj“ (Postmortem Report)* ist kürzlich in kroatischer Sprache erschienen. Können Sie unseren Lesern ein paar Worte zu diesem Buch sagen?

TOMISLAV SUNIĆ: Das Buch bezieht sich nicht nur auf ein Thema, sondern gliedert sich in vier Unterthemen. Der erste Teil befasst sich mit Religionen mit einem vergleichenden Ansatz. Im Mittelpunkt der Analyse stehen vor allem Monotheismus und Polytheismus. Ich muss anmerken, dass alle Essays vor 20–30 Jahren zuerst in Fachzeitschriften in den Vereinigten Staaten auf Englisch veröffentlicht wurden. Im zweiten Teil des Buches geht es um Kulturpessimismus. Hier greife ich Autoren wie Oswald Spengler, Emil Cioran, Ernst Jünger, Arthur Schopenhauer und andere Autoren heraus, die sich mit Kulturpessimismus beschäftigt haben, also Autoren, die nicht geneigt waren, von einer schönen und schönen Zukunft zu sprechen, sei es nun eine kommunistische oder eine liberale Zukunft . Es gibt auch ein umfangreiches Literaturverzeichnis; wenn sich die Leser also nicht für meine Prosa interessieren, dann lesen Sie zumindest einen Teil des Literaturverzeichnisses. Im dritten Teil des Buches beschäftige ich mich mit dem Begriff der Rasse, seiner Etymologie und dem Thema Rassismus. Ich bespreche einige Autoren, die sich mit diesen Themen beschäftigt haben, vor allem deutsche Autoren, die während der Weimarer Republik geschrieben haben. Der vierte Teil des Buches beschäftigt sich mit dem Thema Osteuropa mit einem Schwerpunkt auf dem ehemaligen Jugoslawien. Hier analysiere ich den Begriff Nationalismus versus Internationalismus, das heißt, was wir heute von Souveränität versus Globalismus nennen würden. Meiner Meinung nach ist das Buch sehr dynamisch und behandelt Themen, die auch heute noch aktuell sind.

Ein besonderer Abschnitt in meinem Buch behandelt die Auflösung Jugoslawiens, ein Essay, das vor etwa dreißig Jahren am Vorabend der Auflösung Jugoslawiens veröffentlicht wurde. Es wurde im *Journal of Libertarian Studies*, einer renommierten akademischen Zeitschrift in USA, mit dem bezeichnenden Titel: *„Woodrow Wilson’s Defeat in Yugoslavia“* veröffentlicht. Im Wesentlichen spiele ich auf Wilsons romantische Ideen über die Selbstbestimmung der Menschen an und wie sie gescheitert sind, zumal diese Ideen nach dem Ersten Weltkrieg nicht nach Plan verliefen. Ich analysiere auch die Verfolgung und Liquidierung der Volksdeutschen in Slawonien, Srijem, Baranja und Bačka, wobei ich viel

von Vladimir Geiger und anderen deutschen Autoren zitiere. Ich denke, diese Geschichte ist ziemlich gut dokumentiert, denn ich habe viele deutsche Quellen verwendet. Das letzte Thema schließlich ist eine vergleichende Analyse von Ideologien. Besonderes Augenmerk lege ich auf den Kommunismus und seinem Zusammenbruch sowie der aktuellen Dynamik des Liberalismus. Mit dem ethnischen Wandel in Europa kommt auch der politische Wandel.

Damit der Staat funktioniert, braucht es einen gesellschaftlichen Mindestkonsens über die wichtigsten Dinge, die alle seine Bewohner betreffen. Glauben Sie, dass der gesellschaftliche Konsens in Westeuropa durch den demografischen Wandel bedroht ist? Wenn wir das Wachstum der muslimischen Bevölkerung berücksichtigen, wie machbar ist ein Szenario wie das in Houellebecqs „Unterwerfung“?

Damit eine Gesellschaft funktionieren kann, braucht es natürlich einen gesellschaftlichen Konsens, der wiederum durch Terror und Repression erreicht werden kann. Staaten können sehr lange auf der Landkarte existieren, wenn die herrschende Elite Gewalt gegen ihre Untertanen anwendet. Ich stehe dem Wort „Konsens“ skeptisch gegenüber, weil es ein anmaßendes Etikett aller liberalen Staaten ist („Konsensdemokratie“). Aber er muss auf jeden Fall existieren, sonst würde die Gesellschaft zusammenbrechen und zerfallen. Was Frankreich selbst betrifft, das das offensichtlichste Beispiel für diese Polarisierung und den fehlenden Konsens oder den sich abschwächenden Konsens ist, müssen wir den Liberalismus an die erste Stelle setzen, d. h. die wirtschaftliche Dynamik, die den Anforderungen und dem Appetit der Bürger nicht entsprach.

Wir müssen einen Faktor erwähnen, der in unserem Land nicht genug thematisiert wird, und das ist die ethnische Verdrängung der Bevölkerung, die in Westeuropa stattfindet. Wir müssen sicherlich feststellen, dass unsere Theoretiker, seien es Politikwissenschaftler, Soziologen oder Philosophen, vergessen, dass heute die gesamte EU – Kroatien, Ungarn, Polen und andere mitteleuropäische Länder, die in Bezug auf die Bevölkerungsstruktur ein Sonderfall sind, nicht mitgerechnet – ein Problem mit vielen „Zuwanderern“ aus außereuropäischen Ländern hat. Ohne Zweifel, ob es uns gefällt oder nicht, mit ethnischen Veränderungen und mit der Ankunft einer nicht indigenen Bevölkerung gibt es Veränderungen im politischen Bereich. Dies ist der Kern des heutigen Problems in Frankreich, Schweden, Deutschland…

Die Zahlen variieren. Frankreich, das etwa 70 Millionen Einwohner hat, hat 10–15% nichteuropäische Bevölkerung. Sie stammen nicht nur nicht aus einer nichteuropäischen Kulturkreis, sondern gehören auch einer anderen Religion an. Es sind überwiegend Muslime aus Teilen Afrikas, die einst Kolonien der Dritten Französischen Republik waren. Dieser Wandel spiegelt sich in allen Lebensformen wider. Sei es eine Frage der Sprache, der Hauptkultur… Wie soll heute ein Französischprofessor an einem Gymnasium oder College die Geschichte Afrikas, Algeriens, Marokkos oder Tunesiens zu einem Zeitpunkt lehren, wo Frankreich die Führung übernahm? Es ist sicherlich sehr schwer für ihn, denn in seiner Klasse oder seinem Seminar sitzen 20–30% eingebürgerter Franzosen, die nicht französischer Abstammung sind, also keine autochthonen Franzosen sind. Ich erinnere mich, dass ich ähnliche Probleme in Methodik und Herangehensweise hatte, als ich in den 1980er Jahren in Kalifornien unterrichtete, wo zu dieser Zeit bereits etwa 50% der Amerikaner nichteuropäischer Abstammung waren.

Ich muss auch das Paradox hervorheben, dass Osteuropa europäischer blieb als Westeuropa selbst, weil es während des Kalten Krieges keinen Zustrom von Einwanderern wie im reichen Westen gab. Osteuropa hinkte sehr, sehr stark hinterher. Es hinkt immer

noch hinterher, auch Kroatien. Wir können dies aber auch unterstreichen: Wenn wir das ethnische Profil betrachten, ist es europäischer, weil es seine Homogenität und letztlich einen ethnischen Konsens bewahrt hat, der in den Ländern Westeuropas nachlässt.

„Wir müssen den Islam als Religion von islamistischer Politik unterscheiden“

Frankreich hat kürzlich Gesetzesänderungen eingeleitet, die versuchen, radikalen Islamismus, Polygamie, Zwangsheiraten usw. zu unterdrücken. Die muslimische Gemeinschaft ist besorgt, weil sie glaubt, dass jeder Muslim mit der Zeit verdächtig sein wird, während die Linke behauptet, dass dies die Religionsfreiheit verletzen und die Islamophobie verstärken wird. Wie nachhaltig ist dieser Kampf des traditionell säkularen Frankreichs gegen den radikalen Islamismus?

Frankreich ist ein äußerst säkulares Land. Es war der Staat, der als erster Gesetze erließ, um die Religion vollständig vom öffentlichen Leben zu trennen. Es ist eine Praxis, die sich später auf alle westlichen Länder ausbreitete. Zwei Dinge muss ich auf jeden Fall unterstreichen. Erstens müssen wir im Hinblick auf das Anwachsen des Islamismus, der eine etwas abwertende Bedeutung hat, den Islam als Religion von der islamistischen Politik unterscheiden. Was wir jetzt in Frankreich, Europa und den USA im Kontext dieser terroristischen Auftritte bestimmter Gruppen sehen, ist nicht als religiöses, sondern als politisches Phänomen zu sehen. Ich möchte mich nicht als großer Befürworter oder Verteidiger des Islam erweisen, aber hier muss ich mich in gewisser Weise von meinen französischen, deutschen und vor allem amerikanischen Kollegen distanzieren, die von Islamophobie, praktisch einer Art Panik gegen Muslime, erfüllt sind.

Vergessen wir nicht, wenn wir den Islam kritisieren, dass in Südosteuropa, auf dem Balkan, zig Millionen indigene Muslime leben. Ein Bosniake, ein Muslim aus Bihac oder Travnik, hat mit einem Muslim aus Bangladesch sehr wenig, fast nichts gemeinsam. Schließlich ist auch die Türkei, die ein muslimisches Land ist und in der der islamische Klerus eine wichtige Rolle in der Regierung spielt, aus meiner Sicht ein sehr säkularer, in manchen Fällen vielleicht zu säkularer Staat.

Wenn wir den Islam kritisieren, dürfen wir nicht vergessen, dass im jugoslawischen Europa, auf dem Balkan, zig Millionen Muslime als autochthone Bevölkerung leben. Ein Bosniake, ein Muslim aus Bihać oder Travnik, hat mit einem Muslim aus Bangladesch sehr wenig, so gut wie nichts, gemeinsam. Schließlich ist auch die Türkei, die ein muslimisches Land ist und in der die islamische Heiligkeit eine wichtige Rolle in der Regierung spielt, ein sehr säkulares, vielleicht in einigen Fällen meiner Meinung nach zu säkulares Land.

Wie ich eingangs sagte, müssen wir den Unterschied zwischen dem politischen Islam, seinen Bestrebungen und den Bestrebungen dieser Terrorgruppen einerseits und dem Islam als Religion andererseits hervorheben. Auch wenn wir tiefer in das Thema Terrorismus einsteigen, müssen wir immer auf die Ursachen eingehen.

Ich möchte darauf nicht näher eingehen, aber wir müssen den Kontext der Aktivitäten extremistischer Gruppen berücksichtigen, die in Europa großen Schaden angerichtet haben. Wir müssen uns die Rolle Frankreichs und Amerikas in den letzten ca. zwanzig Jahren ansehen. Eine rhetorische Frage: Wer war daran interessiert, den gesamten Nahen Osten zu verändern? Wir müssen die Rolle Amerikas kritisch betrachten, wie die Invasion des Irak und den Sturz von Saddam Hussein unter dem Vorwand, nach Massenvernichtungswaffen zu suchen, die nie gefunden wurden.

Damit es keine Missverständnisse gibt: Meine Vorfahren haben unter dem Kreuz gegen die Türken gekämpft, unsere Vorfahren so wie Ihre. Sicherlich kamen die Türken im 17. Jahrhundert nicht zu den Kroaten, um das Wort Gottes oder die Menschenrechte zu fördern, sondern folgten reiner Machtpolitik. Wir müssen jedoch auch sagen, dass eine große Anzahl von Muslimen zu Kroatien neigte. Noch im 20. Jahrhundert hatte Ante Pavelić Minister in seiner Regierung, die islamischen Glaubens waren.

Was den Islam als gewalttätige Religion angeht, lehne ich ihn ab, oder lehne ihn in dem Maße ab, wie man es vom Judentum sagen kann, wenn man liest, was Jahwe Mose geboten hat, wie sie nach Kanaan kommen und die einheimische Bevölkerung ausrotten müssen. Dieselbe Kritik können wir auf den gesamten Monotheismus, auf das Judentum und auf das Christentum ausdehnen, das auch nicht allen in guter Erinnerung geblieben ist. Erwähnen wir nur den Dreißigjährigen Krieg, der unter Christen geführt wurde und Europa buchstäblich zerstörte. Wir müssen bei der Bewertung solcher Dinge immer äußerst vorsichtig sein.

Monotheistischer Glaube an sich impliziert eine Welt und eine Wahrheit.Ohne Cicero, Seneca und andere heidnische Denker loben zu wollen, aber die alten Griechen und Römer haben sich blutige Schlachten geliefert, aber sie haben nie den Glauben und die Religionen anderer Menschen verändert. Die römische Unterdrückung gegen Juden und Christen war politischer, nicht religiöser Natur.

Obamas dritte Amtszeit

Donald Trump hat mit seiner Präsidentschaft tiefe Spuren in der US-Politik hinterlassen, die amerikanische Gesellschaft in ihren Grundfesten erschüttert und für große Polarisierung gesorgt. Wie würden Sie seine Amtszeit und die von ihm initiierten Trends bewerten? Wird sein politisches Erbe und sein Charisma in den USA noch ein Problem für die Demokraten und den sogenannten Deep State, oder ist diese Geschichte abgeschlossen?

Bei jeder Analyse müssen wir den Unterschied zwischen Ursache und Wirkung kennen. Die Ursachen des „Trumpismus“ sind enorme demografische und ethnische Veränderungen in Amerika. Laut Statistiken der US-Regierung hatten die USA in den 1980er Jahren eine Bevölkerung von etwa 250 Millionen, von denen 85 % europäischer Abstammung waren. Was auch immer sie waren, sie hatten eine gemeinsame Wurzel, wir können sagen europäische und christliche Wurzeln. Das ist heute nicht der Fall. Schaut man sich heute die Statistiken an, sind nur 62 % der Amerikaner europäischer Abstammung. Wie immer – und es ist nicht so, als ob ich Amerika neu entdecken möchte – kommt es bei jedem ethnischen Wandel unweigerlich zu einem politischen Wandel. Es ist kein Zufall, dass schon vor Trump der Begriff „Balkanisierung Amerikas“ verwendet wurde. Basierend auf den ethnischen, religiösen und kulturellen Veränderungen, die in den letzten 30 Jahren stattgefunden haben, können wir ergründen und verstehen, warum Donald Trump dieses Mandat erhalten hat. Die meisten Unterstützer hat Trump im „deep white America“, den zentralamerikanischen Staaten, anders als an der Ost- und Westküste und dem urbanen Amerika, wo das Profil der Menschen völlig anders ist und die für Biden, also gegen Trump, gestimmt haben.

Inwieweit diese Wahl gefälscht sein mag, kann ich nicht behaupten, da ich keine Daten habe. Von dem Moment an, als Trump an die Macht kam, wurde jedoch ein aggressiver Prozess seines Sturzes eingeleitet, der während seiner gesamten Amtszeit andauerte. Gleichzeitig hat Trump die Löhne und die Lebensqualität einer großen Zahl von Afroamerikanern und Hispanics erhöht, auf deren Stimmen die Demokraten normalerweise zählen. Letztendlich hatten wir zum ersten Mal seit 50 Jahren einen amerikanischen

Präsidenten, der keinen einzigen Krieg außerhalb Amerikas begann, obwohl er unter enormem Druck aus bestimmten Kreisen stand.

Was denken Sie also, was wir in Bidens Amtszeit erwarten können? Was sind Ihre Prognosen?

Was wir jetzt mit Herrn Biden haben, ist nicht neu. Dies ist im Wesentlichen die dritte Amtszeit von Barack Obama, weil buchstäblich die gleichen Leute, die in der Obama-Regierung waren, jetzt bei Biden arbeiten. Ob es die neue Normalität oder die alte Normalität ist, weiß ich nicht.

Ich bin mit Joe Biden nicht zufrieden. Lassen wir nun die Politik beiseite, betrachten wir die Sache rein vom physiologischen Standpunkt aus: Der Mann hat sicherlich einige eigene Qualitäten, aber er verhält sich etwas senil und zusammenhangslos. Ich fürchte, er wird etwas Dummes tun und unter den Einfluss vieler Berater geraten, da er, wie wir sagen würden, „späte Berufung“ ist. Angesichts dessen, was wir in seinen Auftritten während des Wahlkampfs gesehen haben, verwechselt er manchmal Worte usw., wenn er schlecht reagiert. Letztendlich machen sich die Jahre bemerkbar. Ich bin ein Skeptiker, und mache mir große Sorgen um sein Mandat, weil ich denke, dass er dem Druck verschiedener Kreise ausgesetzt sein wird, die sich in erster Linie um ihre eigenen Interessen und nicht um die Interessen und das Wohl Amerikas kümmern werden .

Die Medien erzwingen nationalen Masochismus

Kürzlich wurde im kroatischen öffentlichen Raum der Ausdruck „weißer heterosexueller Mann in Machtposition“ verwendet. Können Sie uns erklären, was das für eine Metasprache ist, was dieser Satz eigentlich bedeutet?

Ja, wir sprechen über die lexikalischen und rechtlichen Konsequenzen von Political Correctness. Wir müssen unseren Medien und Wissenschaftlern kritisch gegenüberstehen, die diese Amerikanismen zu oft verwenden und sie dann ins Kroatische übersetzen. Der Begriff ist ziemlich abwertend und wird in der amerikanischen Sprache oft verwendet, als ob ein Mann nicht heterosexuell und weiß sein dürfte. Es ist eine Art nationaler Masochismus, der heute durch die Medien aufgezwungen wird. Es gibt eine besondere Liebe zu Afroamerikanern, wobei die Weißen dazu gebracht werden sollen, ihre Schuld am Kolonialismus, an der Ustascha, am Faschismus usw. zu bereuen. Ich sehe das oft in unseren Medien, vielleicht häufiger in der Phrase „Hassrede“, die wiederum ein Amerikanismus (hate speach) ist, der in die Rechtsdokumente gelangt ist. Wir Kroaten waren schon immer schlechte Nachahmer des Westens und seiner Trends. Starčević bemerkte diese Mimikry gut bei Kroaten, die Ungarn oder Österreicher schlecht nachahmten.

Ich muss die Kritik jetzt etwas erweitern. Wir haben unsere nationale Identität auf der Grundlage einer serbischen oder einer anderen Aggression aufgebaut, also hat das serbische Regime, wenn Sie wollen, einen Aufstand geschaffen. Milošević und seine Memorandisten haben dieses „Bewusstsein“ auch in unserem Land geschaffen, was mich sehr beunruhigt. Dies ist nicht unsere wahre Identität, weil wir in Bezug auf die Identität nicht von anderen abhängig sein dürfen. Wir müssen uns unserer Identität bewusst sein, unserer Baška-Tafel, Prinz Branimir, König Tomislav, Glagolit, unsere alte Literatur, Judith, Marulić usw. Darin liegt unsere Identität, nicht in schlechter Nachahmung, in irgendeinem Balkan-Englisch oder wenn wir versuchen, päpstlicher zu sein als der Papst. Dann lachen uns Fremde aus. Ich würde auch den Fußball erwähnen, denn wenn unser Kroatien auf der

Fußballreligion basiert, dann haben wir es nicht verdient, Kroaten genannt zu werden. Wir haben eine sehr hohe nationale Kultur, auf die wir uns verlassen können. Wir brauchen eine proaktive, keine reaktive Identität.

„Bosnien und Herzegowina ist eine kleinere Kopie des ehemaligen Jugoslawiens“

Bosnien und Herzegowina ist ein Beispiel für einen tief gespaltenen Staat, in dem es keinen Mindestkonsens für sein Überleben gibt und der nur von der internationalen Gemeinschaft zusammengehalten wird. Drei verschiedene Völker, die verschiedenen religiösen und kulturellen Kreisen angehören, landeten nach dem blutigen Krieg in demselben staatlichen Rahmen, der keinem von ihnen passt. Was ist Ihrer Meinung nach die Zukunft von Bosnien und Herzegowina, dh der Zukunft der dort lebenden Kroaten?

Über den „Bosnischen Topf“ könnte man stundenlang reden. Zuallererst begrüße ich die Schritte von Herrn Janez Janša und dem „Non-Paper“, das wir kürzlich sehen konnten, denn wenn er wirklich aus der slowenischen Diplomatie stammt, drückt es eine reale Situation aus. Das eine ist der Wunsch der Theoretiker an der politikwissenschaftlichen Fakultät, wie Bosnien und Herzegowina aussehen sollte: ganzheitlich, multikulturell usw. Aber die Realität sieht so aus: Bosnien und Herzegowina ist eine kleinere Kopie des ehemaligen Jugoslawiens. Ein Befürworter des Zerfalls Jugoslawiens und ein Verfechter eines unabhängigen Kroatiens zu sein, und gleichzeitig ein Verfechter des Überlebens eines multikulturellen Bosnien und Herzegowina zu sein, ist eine Form der Selbsttäuschung, d.h ein Widerspruch in sich. Dies kann kein ernsthafter Ansatz sein.

Bosnien und Herzegowina kann nur so lange auf der Landkarte überleben, wie ausländische Faktoren, oder nennen wir sie beim richtigen Namen, nur solange die Prokonsuln der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten dort das Sagen haben. Sobald sie morgen oder übermorgen sich zurückziehen, wird Bosnien und Herzegowina zu einem neuen Konfliktherd in Europa und auf dem Balkan. Serben in Bosnien und Herzegowina haben eine bessere Position, denn selbst im Ausnahmezustand, z.B. bei verschärften Spannungen zwischen den USA und Russland können sich bosnische Serben mit ihrem rechtmäßigen und legalen Mutterland im benachbarten Serbien verbinden und auf mögliche russische Hilfe zählen. In diesem Fall werden Bosniaken angesichts ihrer schwachen bosniakischen Identität die neo-osmanischen Begehrlichkeiten der Türkei wecken, also einem Land und einer Regionalmacht, die sich ihrer jahrhundertealten Rolle auf dem Balkan bewusst ist und heute eine sehr wichtige militärische Rolle im östlichen Mittelmeerraum spielt

Was die Kroaten in Bosnien und Herzegowina angeht, sagen uns ihre niedrige Geburtenrate und ihre ständige Auswanderung alles. Kroaten in Bosnien und Herzegowina können so viel über ihre historischen Rechte oder ihre Kultur sprechen, wie sie wollen, aber angesichts des Rückgangs der kroatischen Bevölkerung in Bosnien und Herzegowina ist es unwahrscheinlich, dass diese romantischen Geschichten in naher Zukunft eine Rolle zugunsten der Kroaten spielen werden. Letztlich entscheidet die Geburtenrate eines jeden Landes über seine internationale Position – und sein langfristiges Überleben.

Quelle: Vokativ.hr

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

27) Arnold Vaatz: „Orbán soll aus dem Amt entfernt werden“

14. 06. 2021



Arnold Vaatz · *Bildquelle: Deutscher Bundestag*

Von László Szőcs

Viktor Orbán und Polens Jarosław Kaczyński werden von den deutschen Medien mehr verurteilt als Kim Jong Un oder Wladimir Putin. Sie werden in einem solchen Ausmaß dämonisiert, dass man das Gefühl hat, dass sie das Selbstwertgefühl der westeuropäischen intellektuellen Klasse bis ins Mark beschädigen, erklärte Arnold Vaatz, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, gegenüber der *Magyar Nemzet*. Wenn die Grünen in Berlin an die Macht kämen, so der Thüringer Politiker, würden sie versuchen, Ungarn in der EU noch weiter zu isolieren, und das Europaparlament werde alle Hemmungen fallen lassen, um einen Schlag gegen Ungarn zu führen.

- Hat sich die Stimmung in der CDU nach der Wahl in Sachsen-Anhalt beruhigt? Hat Armin Laschet seine Position als gemeinsamer Kanzlerkandidat der CDU/CSU gefestigt, oder könnte der Bayer Markus Söder noch als sein Nachfolger in Frage kommen?

- Nein, ich denke, die Frage ist geklärt – es sei denn, es tritt in der Zwischenzeit eine katastrophale Entwicklung ein. Unser Kanzlerkandidat ist Armin Laschet, der nach der Wahl in Sachsen-Anhalt gezeigt hat, dass wir nach wie vor eine starke Basis haben. Ich glaube auch, dass die öffentliche Meinung mit der Wahl des CDU-Ministerpräsidenten Reiner Haseloff ein wichtiges Signal der besonderen Wertschätzung für die Unabhängigkeit der Berliner Politik gesetzt hat. Haseloff hat etwas getan, was jeder Ministerpräsident in Deutschland tun musste. Er hat dem ungezügelten Verlangen der öffentlich-rechtlichen Medien, durch die Erhöhung der TV-Gebühren noch mehr Einnahmen zu erzielen, widerstanden und dieser Gier einen Riegel vorgeschoben. In Ostdeutschland haben die öffentlich-rechtlichen Medien einen katastrophalen Ruf für tendenziöse Berichterstattung, da es sich um rein linke Formationen handelt. Für die Ostdeutschen erinnert die Verpflichtung, die öffentlich-rechtlichen Medien durch Beiträge zu finanzieren, an die DDR-Zeit, als sie für die Berliner Mauer zahlen mussten, die sie einriegelte. Auch zum ideologisch motivierten Rückbau des Braunkohlebergbaus, der die Wirtschaft im südlichen Ostdeutschland grundlegend verändert, hat Haseloff sehr stark Stellung bezogen.

- Der sächsische Publizist Gunter Weissgerber – mit dem Sie gut befreundet sind – schrieb neulich in der Magyar Nemzet: „Haseloffs Sieg bedeutet die Niederlage von Angela Merkel und den Untergang von Merkels desaströser Politik“. Sind Sie damit einverstanden?

- Ich sehe das anders. Aber eines ist wichtig: Es gibt einen wesentlichen Unterschied zwischen Haseloff und Merkel. Beide sagen, sie wollen Politik für die Mitte machen, aber tatsächlich ist die Kanzlerin die CDU immer weiter nach links zu den Grünen gerückt und dadurch faktisch zu einer zweiten grünen Partei gemacht. Haseloff hingegen hat in der Tat einen Mittelweg eingeschlagen und sich deutlich nach rechts von der Partei Alternative für Deutschland (AfD) distanziert, aber auch eine Linie nach links gezogen. Derweil verhalf Merkel einem linken Ministerpräsidenten in Thüringen zur Macht. Das hätte Haseloff nie getan.

- Können Sie sich nach der Bundestagswahl im September eine CDU-Grüne-Regierung vorstellen, ähnlich wie in Österreich?

- Ich denke, es ist möglich, oder genauer gesagt, wahrscheinlich. Im Westen des Landes haben die Grünen großen Rückhalt, auch wenn sie inzwischen hinter der CDU liegen. Eine Koalition mit der SPD wird aber gar nicht mehr möglich sein. Sie werden nicht genug Sitze haben, um dies zu tun, und sie sind auch eindeutig daran interessiert, die Koalition zu verlassen, da sie erkannt haben, dass sie dadurch nur schlechter dastehen und ihre Chancen in ganz Deutschland auf ein Niveau gesunken sind, das vorher undenkbar gewesen wäre. Sie wollen also nicht weitermachen, selbst wenn sie die Stimmen dazu hätten. Ich denke, wenn die Grünen vor der SPD landen, gibt es keine andere Möglichkeit, als sie in die Regierung zu bringen. Hoffen wir natürlich, dass sie nicht die stärkste Partei sind und dass wenigstens die CDU den Kanzler stellen kann. Die Frage ist, ob eine dritte Partei benötigt wird. Vielleicht brauchen wir die liberale FDP, und dann wird es interessant sein zu sehen, wie sie sich verhält. Beim letzten Mal sind sie aus den Koalitionsverhandlungen ausgestiegen. Formal begründeten sie dies damit, dass sie der von CDU und Grünen gemeinsam geplanten Energiepolitik – etwa dem Ausstieg aus der Kohleförderung – nicht ihren Namen geben würden. Aber ich persönlich denke, dass das nicht der wahre Grund war. Der wahre Grund waren tiefe persönliche Kränkungen.

- Sie sind ein Mann, der Ungarn gut kennt. Sie haben gerade eine vernichtende Bemerkung über die deutschen Medien gemacht. Man fühlt sich wie ein Sündenbock, wenn man in deutschen Zeitungen über Ungarn liest, und dasselbe gilt für die deutschen öffentlichen Medien. Kürzlich hat der Bericht der Deutschen Welle aus Buda starke Ressentiments geweckt. Was ist bei uns in Deutschland so schief gelaufen?

- Das ist nicht nur in Deutschland der Fall, sondern in ganz Westeuropa. Lange Zeit nach dem Warschauer Pakt und dem Zusammenbruch des Sozialismus sonnte sich der Westen in ihm und prahlte mit seiner Eitelkeit, so wie die Mitteleuropäer und DDR-Bürger seinen hohen Lebensstandard bewunderten. Später zeigten aber auch die Wahlpräferenzen dieser Länder, dass sie sich zunehmend von der westlichen Lebensauffassung abwandten, die Klimaideologie als irrsinnig und die moralische Dominanz über die ganze Welt als lächerlich und aufgeblasen empfanden. Von diesem Punkt an erlitt der Westen eine große narzisstische Wunde und fühlte sich in seiner Eitelkeit verletzt. Er war nicht mehr der Beste, das Nonplusultra von allem. Es waren die Polen, die Ungarn, die Tschechen und die Ostdeutschen, die in Frage stellten, ob Westler überhaupt normal sind, wenn sie über, sagen wir, dreißig Geschlechter sprechen. Ebenso verhält es sich mit dem ökologischen Hype, dass praktisch die gesamte westliche Politik der Rettung des Klimas untergeordnet wird. Ungarn und Polen unterscheiden sich von den anderen mittel- und osteuropäischen Ländern dadurch, dass sie eine politische Kontinuität haben, ihre Regierungen weiterhin

durchhalten und sie große Unterstützung in der Bevölkerung genießen. In diesen beiden Ländern ist dies auf Persönlichkeiten an der Spitze zurückzuführen, wie Viktor Orbán und Jarosław Kaczyński. Orbán ist die personifizierte Antithese des aktuellen Modetrends im westeuropäischen politischen Denken. Und noch etwas ist mir erst im Nachhinein klar geworden: Der Sozialismus brach gerade dann zusammen, als er die Herzen der Westeuropäer eroberte. Der Zusammenbruch des östlichen Sozialismus war die größte und schwerste Niederlage, die die westeuropäische Linke je erlitten hat. Und da die politische Linke praktisch das gesamte Medienspektrum dominiert und in den letzten Jahren keinen Platz für konservative Stimmen zugelassen hat, haben sie einen Hass auf Orbán und Kaczyński. Sie werden grundsätzlich verurteilender oder aggressiver behandelt als Kim Jong Un oder Wladimir Putin. Sie werden derart dämonisiert, dass man das Gefühl hat, dass das Selbstwertgefühl dieser Klasse westeuropäischer Intellektueller bis ins Mark beschädigt wird.

- Was kann die Bundestagswahl für Ungarn bringen? Wie könnten sich die Beziehungen im Falle einer Laschet-Regierung entwickeln?

- Ich hoffe auf eine Verbesserung, bin mir aber überhaupt nicht sicher. Wenn die Grünen an der Regierung sind, werden sie alles tun, um den Außenminister zu stellen, und dann wird natürlich die bisherige Politik gegenüber Ungarn fortgesetzt. Das heißt, sie werden versuchen, Ungarn so weit wie möglich auszuschließen, es aus der Europäischen Union zu verdrängen, es zu bestrafen und so weiter. Es ist auch möglich, und ich hoffe, dass dies der Fall sein wird, dass Laschet eine konstruktive Rolle in dieser Angelegenheit spielen wird. Aber ich befürchte, dass das Europäische Parlament in seinem Hass auf Ungarn immer ungezügelter wird und ungehemmt versucht, Ungarn zu treffen und, wenn möglich, Orban zu schaden und ihn aus dem Amt zu entfernen. Dessen bin ich mir hundertprozentig sicher. Im Moment lassen sich die europäischen Politiker nicht von Rationalität leiten, wenn es um Sie geht. Diese Aggressivität gegenüber Ungarn, dieser Anspruch auf moralische Exklusivität, dieser Anspruch, dass sie allein wissen, was Demokratie ist, kommt aus Brüssel, nicht primär aus Berlin. Aber wenn ich Ihnen einen Rat geben kann, dann den, dass die Nähe zu Putin und der chinesischen Universität Ihr Image ohne guten Grund beschädigt. Wenn Sie in dieser Richtung weitermachen, wird das früher oder später die Beziehungen zu denen in Deutschland, die voll auf der Seite Ungarns stehen, zerstören. Das sind Dinge, die dazu führen werden, dass Ungarn Freunde verliert.

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

28) Samisdat Nr. 9 – Gegen den unerhörten Ton der europäischen Linken

12. 06. 2021



Viktor Orbán · *Bildquelle: Ungarnreal*

Die europäische Linke, allen voran die **deutsche Linke attackiert Ungarn erneut in einem unerhörten Ton**. Jetzt aus dem Grund, da es in der Angelegenheit von Hongkong nicht bereit war, eine gemeinsame Erklärung zu unterzeichnen, die jedweden politischen Gewichtes und jedweder Ernsthaftigkeit entbehrte. So war es, und wenn sie auch hundertmal erneut vorgelegt werden sollte, wird auch zum hundertsten Mal dies das Ergebnis sein.

Laut dem Standpunkt Ungarns muss jene Brüsseler Praxis beendet werden, die sich in dem Fabrizieren von und dem Herumwedeln mit Erklärungen erschöpft.

Wir verstehen es, wenn irgendeiner der Mitgliedsstaaten aus innerstaatlichen, innenpolitischen Gründen ein Papier aufzeigen können möchte, auf dem das Logo der EU zu sehen ist. Aber auch dafür gibt es Grenzen. In den vergangenen Jahren hat diese innenpolitisch motivierte gemeinsame Außenpolitik dazu geführt, dass die Außenpolitik der Europäischen Union lächerlich geworden ist. Wenn man bisher acht unserer gemeinsamen Erklärungen beiseite gefegt hat – und im Fall Chinas ist das geschehen –, wird auch die neunte ein spöttisches Gelächter auslösen. Wir erscheinen als bemitleidenswerte Papiertiger, und wegen unserer Erklärungen, die keinerlei Folgen haben, lacht die Welt über uns.

Es wäre an der Zeit, dass statt der Erklärungen produzierenden außenpolitischen Bürokraten endlich **die wahren führenden Politiker Europas,** die tatsächlichen Former der Außenpolitik, das heißt **die Staats- und Regierungsoberhäupter die großen strategischen Fragen selbst in die Hand nehmen**, so wie das zuletzt auf der Sitzung des Europäischen Rates im Fall Russlands geschehen ist.

Was die Chinapolitik Europas angeht, so muss man unserer Meinung nach dem vorbeugen, dass erneut eine Politik und Kultur des Kalten Krieges in der Weltpolitik entsteht.

Der Neustart des Kalten Krieges ist den Interessen Europas, Mitteleuropas und auch Ungarns entgegengesetzt.

Wir benötigen Entwicklung, grüne und digitale Entwicklung. Wir brauchen Zusammenarbeit, Investitionen, Handels- und kulturell-wissenschaftliche Beziehungen, und nicht Boykotte, Sanktionen, Rügen und Belehrungen.

Ungarn wird in der Zukunft ebenso wie bisher alles im Interesse der Entwicklung der internationalen Kooperation unternehmen. **Wir werden unsere durch den Grundvertrag der Europäischen Union garantierten Rechte nutzen, wir verfahren entsprechend des Prinzips der loyalen Zusammenarbeit, und wir werden für die Wiederherstellung des außenpolitischen Gewichts und Ansehens von Europa arbeiten.** Wir unterstützen die Initiativen, die auf die Herstellung der strategischen Souveränität und Autonomie Europas abzielen. Dazu müssen wir zuerst den außenpolitischen Amoklauf der europäischen Linken beenden.

Ungarnreal Dieser Beitrag erschien zuerst in deutscher Sprache bei UNGARNREAL, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION. Ungarisches Original: miniszterelnok.hu/szamizdat-9/

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

29) Ungarn: 100-jährige Bilanz der Linken

Von István Zoltán

04. 06. 2021



Bildquelle: Ungarnreal

Was hat denn die ungarische Linke in den letzten hundert und ein paar zerquetschten Jahren in Ungarn dem Gemeinwohl Dienliches zustande gebracht, auf das sie mit Recht stolz sein könnte, vor dem wir den Hut ziehen könnten? Die Frage ist auch deshalb schwierig, weil die Linke nicht geeint und in Raum und Zeit stark fragmentiert ist.

Nun, wir Ungarn wurden in 1919 und später nach 1945 mit dem schlimmstmöglichen, bolschewistisch-kommunistischen Terror nach russischem Vorbild überzogen.

Was können wir also in die positive Schale der wertenden Bilanz legen, wenn wir **die inländische Linke bewerten? Landverteilung?** Die barmherzige **Verteilung von Land, das anderen gestohlen wurde,** damit im nächsten Moment die Menschen, die zum Land kamen, in die sozialistischen Genossenschaften gedrängt werden? Oder d**ie Verteilung von Mietwohnungen** nach Räumungen und **entschädigungslosen Verstaatlichungen?**

Und was können wir in die andere, **negative Schale der Waage** legen?

Als erstes Mihály Károlyis Assistieren zur kommunistischen Machtübernahme **in 1919**, **den roten Terror** des in gepanzerten Zügen herumfahrenden blutrünstigen Tibor Szamuely mit seinen Gefährten, und die von ihnen eingeführte **133 Tage andauernde Proletar-(eher Terror-)diktatur.**

Zweitens, den **systematischen Wahlbetrug** mit den berüchtigten blauen Zetteln **in 1947** und die skrupellose Schreckensherrschaft des Salami-Taktikers Rákosi. Und im Zusammenhang damit **die erzwungene Flucht von Hunderttausenden Menschen aus Ungarn 1956**. Den neuen, schweren Verlust an Menschen nach dem Krieg.

Drittens, **die Einrichtung der Staatsschutzbehörde** (AVH- ung.Stasi), die Menschen folterte und sie zwang, Meineide zu leisten oder falsch auszusagen. **Konzeptionsprozesse** an den Gerichten, welche von der Parteizentrale aus gesteuert wurden. Die Blutrichter. Kistarcsa, Recsk und Hortobágy, **Lager für die entrechteten Vertriebenen**. Wo viele **ohne Urteil,** unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten, bis aufs Blut gedemütigt, zur **Zwangsarbeit** gezwungen und im besten Fall zu stummen Überlebenden wurden.

Viertens, die grausame **Verfolgung von Kirchen und Priestern**, die Auflösung von Klöstern und Nonnenorden und damit die **gezielte Zerstörung des gesellschaftlichen Zusammenhalts**.

Fünftens, die **entschädigungslose Verstaatlichung** und Liquidierung der damaligen Betriebe, die **Verfolgung der ausgeplünderten Eigentümer**. Und damit das Absterben des Unternehmergeistes der Begabten und Fleißigen.

Sechstens, die **Verfälschung der ungarischen Geschichte, das Verbot von literarischen Werken und Theaterstücken. Bücher** wurden verboten, Zeitschriftenredaktionen, welche die Fakten beschrieben hatten, wurden geschlossen und Dichter und Schriftsteller auf Lebenszeit zum Schweigen gebracht.

Siebtens, die **Verhinderung der akademischen Bildung junger Menschen allein aufgrund ihrer Herkunft.**

Und die Liste ist noch lange nicht zu Ende; die weiche Diktatur der Kádár-Ära zum Beispiel hat nur der begrenzten Kapazität wegen keinen Platz mehr auf der negativen Seite der Skala gefunden.

Die aggressive linke Politik der Versprechungen und der Gewalt, die auf menschlicher Gutgläubigkeit oder auf Neid und Hass baut, hinterließ und hinterlässt weiterhin kaum zu heilende Narben am Körper der Gesellschaft. Und sie zerstört absichtlich und skrupellos den sozialen Zusammenhalt.

Das Geheimnis des zweifelhaften Erfolgs der Linke ist ihre Fähigkeit, gutgläubige und unerfahrene Menschen mit einfachen, scheinbar sympathischen Ideen zu verzaubern und in die Irre zu führen. Indem sie **unerfüllbare Versprechungen** macht, pflanzt sie **unrealistische Forderungen und falsche Anschuldigungen** in die Köpfe**.** Sie ist auch deshalb erfolgreich, weil sie **keine moralischen Skrupel hat** und sich dadurch leicht an die jeweilige Situation anpasst. **Wenn es sein muss, verkleidet sie sich als Mutant und ziert sich mit modischer grünen Schminke.** Sie glaubt, dass der Zweck die Mittel heiligt. Alle Mittel. In der Tat ist die jüngere Generation für linkes, aber schädliches Gedankengut in attraktiver Verpackung anfällig. Es ist kein Zufall, dass **die routinierte Linke, die Unerfahrenheit der Jugend ausnutzend, sie als Rammbock benutzt, um die Macht zu erlangen und zu behalten.** Die einzige Verteidigung gegen die Meister des Kuhhandels ist die gründliche Kenntnis der Geschichte, sonst wird sich alles wiederholen. Und auf die Täuschung folgt zwar Enttäuschung, aber niemals die Reparation.

Die Linke unserer Zeit hat die Kultur der Verweigerung etabliert: keine Olympiade, kein Grenzschutz, keine Atomenergie, kein Stadtwäldchen-Projekt, keine neue Eisenbahnlinie nach Belgrad, keine nationale Konsultation, kein Impfstoff vom Osten, keine Fudan-Universität, keine autochthonen Ungarn jenseits der Grenze, nichts.

Sie waren sich untereinander nicht mal einig in der Unterstützung der familienpolitischen Maßnahmen*!*

Es ist ein bezeichnendes Zeugnis für die Linke, dass sie auch nach Jahrzehnten der Machtausübung als Einparteienherrschaft nicht in der Lage war, das Land demokratisch zu regieren. Denn bloße Macht reicht zum Regieren nicht aus. Regieren ist nicht die s**ervile Ausführung von Befehlen fremder Mächt**e.

##Das Handeln aller linken Regierungen seit 1994 könnte ein Lehrbuchbeispiel für den totalen Bankrott sein; einige haben es sogar selbst zugegeben. Die linken Regierungen haben unermesslichen Schaden angerichtet, zum Beispiel durch die Übertragung strategischer Wirtschaftssektoren in ausländische Hände, durch die Veruntreuung des nationalen Vermögens, durch die Zerstörung des internationalen Ansehens Ungarns.

Die imaginäre Waage ist unweigerlich auf den Kopf gefallen, denn **die positive Waage ist leer und die negative mit unverzeihlichen Sünden und irreparablen Schäden überfüllt**. Eingeständnis und Entschuldigung sind natürlich ausgeblieben. Darüber hinaus setzt sich der linke Amoklauf heute in beschleunigtem Tempo fort, unterstützt durch starken internationalen Rückenwind und wohlhabende Sponsoren. Missachtung der Souveränität und nationalen Interessen unseres Landes eingeschlossen. Nur damit die Linken wieder einmal die Macht an sich reißen können und im Gegenzug zu gehorsamen, ferngesteuerten Statthaltern werden. Denn die Heimat steht bei ihnen nicht an erster Stelle.

Nach einer hundertjährigen Gnadenfrist gibt es und kann es keine Vergebung für die begangenen Sünden und die schwerwiegenden Versäumnisse geben.

Was kann ich als ein Mann, der in die Rákosi-Ära hineingeboren wurde, dem wohlmeinenden, aber unsicheren Wahlvolk, **den Ungläubigen, den Uninformierten, aber**

vor allem der Jugend noch sagen? Lesen Sie István Fekete's Buch „Zsellérek", das früher verboten war! Und das Buch „Gefängniswelt in Ungarn", geschrieben von István Fehérváry, über die Zeit zwischen 1945 und 1956. Wenn Sie die geistige Kraft dazu besitzen.

Sei es drum! Zum Schluss empfehle ich jedem, **das Museum „Haus des Terrors",** das den Opfern der Diktaturen des 20. Jahrhunderts gewidmet ist, in Budapest zu besuchen. Wo sich die Diktatoren unserer Zeit mit der realen, hier **in Stein gefrorenen Diktatur, ihren Tätern und gegenständlichen Beweisen auseinandersetzen könne**n. Und wenn all dies geschehen ist, bleibt nur noch die Frage:

Ist es wirklich das, was wir wollen? Schon wieder?

Der Autor Dr. István Zoltán ist Universitätsdozent i.R

Ungarnreal

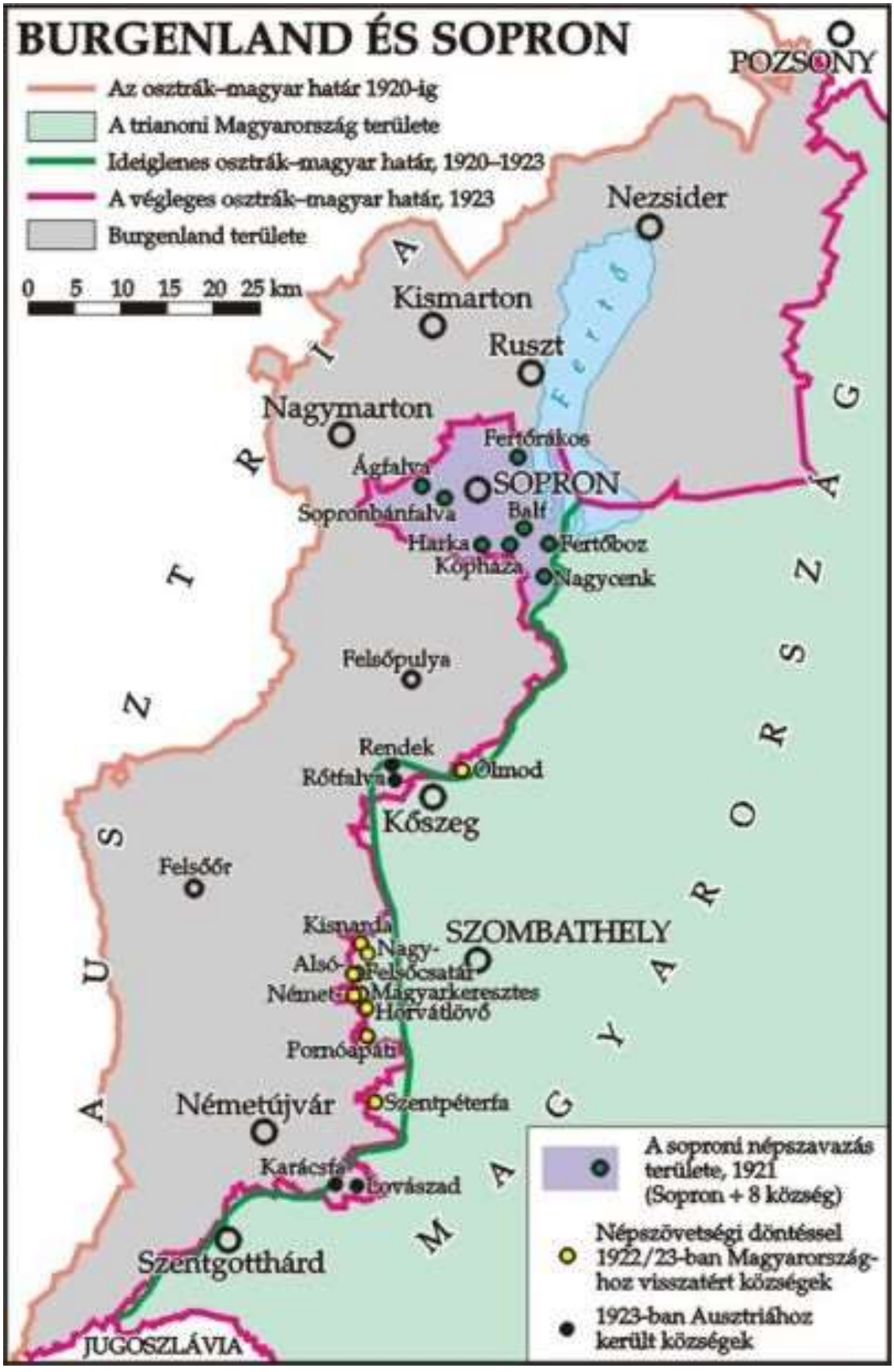
Dieser Beitrag von MAGYAR NEMZET erschien in deutscher Sprache (Übersetzung von Dr. Andrea Martin) zuerst bei UNGARNREAL, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

30) Őrvidék, das heutige Burgenland

Von István Heinrich

06. 06. 2021



Bildquelle: MTA

Das schöne Land, wo Störche im Tiefflug im Nationalpark und Welterbe Neusiedler See (Fertő-tó) zu sehen sind, wo Haydn-Kirche und Esterházy-Schlösser, aber auch Türkentürme, Ritterburgen zu finden sind, alles worüber Landbewohner und Touristen sich begeistern, heißt **heute Burgenland und nicht mehr Őrvidék**. Es ist eine kuriose oder vielmehr traurige Eigentümlichkeit des Trianon-Diktats, dass sogar der Kriegsverlierer Österreich durch das Friedensdiktat von Trianon ein ansehnliches Stück Land von Ungarn erhielt.

Worüber viele unserer österreichischen Nachbarn mit Freude so sprechen, es sei seit hundert Jahren ihr Land, das war eigentlich über Jahrhunderte **das Gebiet der magyarischen Grenzwächter, Grenzbeobachter und Grenzschützer.** Die heutigen Ortsnamen mit der Endung „**wart**" belegen das. **Oberwart/Felsőőr**, **Unterwart/Alsóőr**, **Siget in der Wart /Őrsziget** weisen noch auf die Siedlungräume der „Grenzwarte" hin, während Ortsnamen wie **Oberschützen/Felsőlövő**, **Unterschützen/Alsólövő**, jenen Raum markieren, in denen die Grenzshüter lebten. Die Grenzwächtersiedlungen konnten sich über Jahrhunderte halten, die Bewohner genossen bis 1848 königliche Privilegien.

Die wirtschaftliche Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert führte zum Entstehen eines aufstrebenden Bürgertums. Dieses war in der Hauptsache ungarisch. **Der Ausgleich 1867 führte zu einem Aufschwung der Zahl der Ungarn.** Neben den traditionell ungarischsprechenden Gemeinden **Oberpullendorf/Felsöpulya**, **Mitterpullendorf/Középpulya**, **Oberwart/Felsőőr**, **Siget in der Wart/Őrsziget** und **Unterwart/Alsóőr**, wiesen insbesondere die Gemeinden **Bruckneudorf/Királyhida** und **Güssing/Németújvár** sehr hohe Anteile magyarischer Bevölkerung auf (über 50 %).

Die Folgen des Trianon-Diktats stellten alles auf den Kopf. Die Veränderungen sind darauf zurückzuführen, dass viele **magyarische Beamten, Militärs den neuen Staat Österreich verlassen haben**. Es gab immerhin noch genügend ungarischssprachige oder gemischtsprachige Schulen im Bundesland. Es gehörte regelrecht zum guten Ton der Intelligenzschicht, sich zur ungarischen Kultur zu bekennen.

Diese Anerkennung der ungarischen Kultur kam nicht von ungefähr. Die ungarischen Fürsten, allen voran diejenigen der **Familie Esterházy brachten schon vor 350 Jahren Kunst und Kultur ins Burgenland.** Auch im 21. Jahrhundert fördert die Unternehmerfamilie das regionale Kulturleben. **Ohne Esterházys scheint im Burgenland gar nichts zu gehen.** Schloss Esterházy in **Eisenstadt/Kismarton** und die Burgen **Forchtenstein/Fraknó** und **Lockenhaus/Léka** sind nur einige der **Besitzungen jenes alten Adeslsgeschlechts,** das nicht nur die Vergangenheit des Landes pflegte, sondern auch die Gegenwart tatkräftig mitgestaltet.

Untrennbar mit dem Fürstenhaus verbunden ist **Josef Haydn**, der 30 Jahre lang als Kapellmeister einen Großteil seiner Werke seines fürstlichen Arbeitgebers komponierte. **Mozart** konzertierte mehrmals bei seinem Gönner Graf Johann Esterházy in Wien. Und auch die Karriere **Franz Liszts**, der im übrigen auch **aus Burgenland stammte,** begann seine Karriere im Eisenstädter Schloss. Dort begeisterte er 1819 im Alter von neun Jahren eine kleine Runde von Kunstfreunden mit seinem virtuosen Klavierspiel.

Zurück zur Gegenwart. – Verglichen mit meinen **ungarischen Landsleuten** in den Folgestaaten, die nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg entstanden, genießen meine Freunde und Bekannten **in Österreich**, ähnlich wie in den anderen westlichen Ländern Vorzüge, vor allem was ihr materielles Wohlergehen betrifft. Manchmal sinne ich aber

darüber nach, ob das vielleicht zutrifft, dass **ein Großteil von ihnen relativ schnell assimiliert wird, und ihre Nachkommen nach zwei oder drei Generationen ihren Ursprung nur als ein Kuriosum in einem pletschernden Gespräch erwähnen?**

Der Autor, Prof. Dr. István Heinrich, ist Agrarökonom i.R.

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien zuerst bei UNGARNREAL, unserem Partnber in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

31) Oberungarn: heimatlose Heimat

Von Péter Gágyor (Oberungarn, die heutige Slowakei)

07. 06. 2021



Bildquelle: Webseite von Miklós Durai / Ungarnreal

Ein Haus wird aus festen Stoffen gebaut, eine Heimat aus Gefühlen. Kann man sich mit den Grundlagen unserer Gefühlswelt sachlich auseinandersetzen? Ich meine, das kann man nicht.

Schon in der Dämmerung des irdischen Lebens wird durch die Geburt eines Kindes in dessen sich entwickelnder Seele ein eigenartiger Strauß von Erlebnissen zusammengetragen, die zunächst hauptsächlich im Unterbewusstsein abgespeichert werden. Neue Erlebnisse schließen sich dabei den noch im Fötusstadium erfahrenen Stimmungen, Ängsten und Geräuschen an.

Bei meiner Geburt nahm der Krieg nicht wie durch Zauberhand ein Ende. Schließlich waren kulturelle Entstellungen und entartetes menschliches Benehmen für die vierziger, fünfziger Jahre charakteristisch – leider sogar für die Jahre danach. Die auf den Krieg folgende Generation erbte die Ängste ihrer allzeit zur Flucht bereiten Mütter und deren zerstörerische, frustrierende Effekte. **In den Tagen nach dem Kriegsende mussten sich die Menschen die Frage stellen, wie dieser neue Zeitabschnitt zu bewerten war. Als Befreiung oder als Besetzung** – welches war die passende Einordnung für diese gewichtigen Zeiten: für die verworrenen Zeiten der **Zwangsarbeit, der vergewaltigten Frauen,** des Schicksals, abermals **zu den Kriegsverlierern zu gehören**, als **kollektiv Schuldige gebrandmarkt**, die Zeit **der Trauer über den Holocaust, des wiederholten Trianon**, **der Lager**, der als Kriegsgefangene v**erschleppten Verwandten** und Bekannten und des **Bevölkerungsaustausches.**

Die nicht zu verdrängende Erfahrung des Volkes, ewige Verlierer zu sein, und dessen blutige Folgen haben in dieser Hinsicht die außerhalb der Grenzen dieses erneut verstümmelten Landes lebenden Ungarn vielleicht noch härter getroffen als die innerhalb der Landesgrenzen gebliebenen.

Was ist die Heimat? Was bedeutet der Begriff innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen? Welche Erlebnisse sind mit diesem emotionsgeladenen, ein Gefühl der Sicherheit versprechenden Begriff in der erwachenden Seele des Kindes, dann des Jugendlichen und schließlich des Erwachsenen verknüpft?

Was ist die Heimat, wenn über ihre Landschaften fremde Heere streunen, wenn die neuen Machthaber deine Sprache verbieten, deine Schulen und Staatsangehörigkeit abschaffen

– wie es aufgrund der **Beneš-Dekrete** in der neu zusammengeflickten zweiten tschechoslowakischen Republik geschah, auf dem vom früheren Faschisten Tiso – Hitlers liebster Musterstaat-Kreatur – geführten Gebiet der Slowakei, **wo man dich schon als Säugling als Kriegsverbrecher betrachtet?** Man zeichnete uns aufgrund der Nationalität als kollektiv Schuldige aus.

Dass sich in die Gedanken über Heimat beziehungsweise Heimatlosigkeit Emotionen mischen, ist tatsächlich unvermeidbar.

Wer in Oberungarn (Oberland, ***Felvidék***, ehemals die nördliche Region des **Königreichs Ungarn**, heute Slowakei) ein **heimatloser Ungar** ist, der galt als Außenstehender in jedweder Gemeinschaft und als zu Vertreibender, oder wenn er feige war, **wurde er "rechtmäßig" zur Ablegung und Verleugnung seiner Muttersprache und Kultur gezwungen**. Die schweren Folgen dieser Vorgehensweise sind auch heute noch an der rapiden Assimilation der dortigen Ungarn zu messen. **Wer im Zuge des "Bevölkerungsaustauschs" nach Ungarn umgesiedelt wurde, der fand seine gestohlene Heimat in einer fremden Landschaft und in einem fremden Haus auch nicht wieder.** Einige packten ihre Habseligkeiten jahrelang nicht aus, quälten sich aber in den ihnen zugewiesenen Häusern von vertriebenen Schwaben (also deutschsprachigen Ungarn, die im Grunde ihre Schicksalsgenossen waren) mit den wiederkehrenden Gespenstern des geerbten Leids.

Immerhin hörte auf internationales Drängen hin das schändliche "Social Engineering" nach zwei Jahren auf. **Der utopische Versuch der Kreation eines Nationalstaates brachte viele Verluste und Tote mit sich (in Viehwaggons erfrorene Säuglinge, Selbstmorde, in der Donau Ertrunkene).** In das "entdeutschte" Sudetenland auf tschechischem Terrain kehrten auch viele zur Zwangsarbeit verschleppte Ungarn heim.

Das schlechte gesellschaftliche Klima blieb jedoch bestehen, denn die die Mehrheit bildenden Slowaken hatten sich vom ungarn- und deutschenfeindlichen Regierungsprogramm anstecken, teilweise sogar regelrecht betören lassen. Die Ungarn lernten das Fürchten, denn die Beneš-Dekrete gehören bis heute zur Rechtsordnung der Slowakei, auch wenn sie derzeit nicht angewendet werden.

Diese Furcht war auch berechtigt: Nach dem Februarumsturz 1948 wurde die volksdemokratische Tschechoslowakei vom Kommunisten Klement Gottwald geführt, der die "internationalistische" Verheißung der Entungarisierung mit Beneš gemeinsam verkündet hatte. Auf der Steinmauer unseres städtischen Krankenhauses war noch bis zum Ende der 50er Jahre seine Wahl-Parole zu lesen: *"Wählt die Nummer 3 und es wird hier keine Ungarn mehr geben!*"

Für die Unruhen der oberungarischen Gebiete gibt es zwar keine eindeutigen historischen Gründe, aber mythologische Scheingründe. Diese haben sich in das **gesellschaftliche Halbwissen** eingebrannt, selbst in die Grundlagen des **Schullehrstoffs**. Im Grunde genommen **begannen diese Geschichtsverfälschungen mit dem vom russischen Zaren initiierten Panslawismus**. Nach dessen Muster bildeten sich Utopien von der Erschaffung neuer, "rein nationaler Heimatländer". Parolenartige Ideologien von der Rückgewinnung der "Urheimat".

Martin Eggers Werk *"Das Großmährische Reich, Realität oder Fiktion?*" erschien 1995. Bei slawischen, besonders bei tschechischen und slowakischen Historikern, löste es mit Sicherheit keine Begeisterung aus. Denn es **belegt, dass das "Reich" in Wahrheit bloße Fiktion ist.**

Das Großmährische Reich und die Kontinuität der Slowakei sind nämlich doch nur **falsche Mythologien des Karpatenbeckens, so wie auch die dako-romanische Theorie**. Auch im kollektiven Gedankengut der Ungarn sind ähnliche Mythen entstanden, doch diese wurden immerhin nicht auf eine akademische Ebene erhoben, sie wurden schon bei ihrer Entstehung zur Zielscheibe der Ironie.

Ist die Wissenschaft kontaminiert? Jeder Dialog kann zu einem psychopathischen Austausch von fixen Ideen entarten. **Dadurch können die "Gewinner" die Assimilation von mehr als einhunderttausend Ungarn als Erfolg erachten**. Diese Bestrebungen können als krankhafte Symptome von besonders grotesken kleinen nationalistischen Sehnsüchten angesehen werden. Insbesondere angesichts der negativen Statistiken des aktuellen Bevölkerungszuwachses in Europa und der Daten der immer stärkeren Zuwanderung von außerhalb Europas.

Was Europas größere, staatsbildende und sich somit in einer besseren Lage befindenden Nationen mit Minderheiten anstellen, ist wahrhaftig eine absurde Komödie, die sich zu Ungunsten der ursprünglichen Bevölkerung abspielt. Die zerstörerische Tätigkeit von sich hinter dilettantischer Wissenschaftlichkeit versteckenden NGOs und aggressiven "scheinzivilen" Organisationen gegenüber der traditionellen Zivilisation. Dem Schicksal können auch sie nicht entgehen. Fruchtlose (sich nicht vermehrende) Nationen gelangen früher oder später hierhin. **Ein Heilmittel gegen die Verbreitung von Gewalt gegen**

Nationalitäten wäre vielleicht der ursprüngliche Liberalismus. Das wäre seine Aufgabe. In einer Überdosis ist der neue Neoliberalismus allerdings schädlich wie ein überdosiertes Medikament, seine Nebenwirkungen töten alles ab.

Wir sind wieder weniger geworden in Oberungarn. Nach der letzten Volkszählung (2011) betrug der Verlust 60000 Ungarn in zehn Jahren. Ein weiterer Dominostein in dem Prozess, der mit Trianon angefangen hat.

Ein bezeichnendes Beispiel der bevölkerungspolitischen Gewalt: “In Preßburg gab es eine knappe deutsche Mehrheit, eine beachtliche ungarische Bevölkerung und eine kleinere slowakische. Aus slowakischer Perspektive war es einer der größten “Erfolge” der auf Trianon folgenden Jahrzehnte, dass sich die ethnischen Verhältnisse in dieser Stadt dermaßen stark veränderten.” (György Farkas) **So wurde Pozsony (Preßburg), wo der Anteil der slowakischen Bevölkerung etwa 14% betrug, der Anteil der deutschen 39% und der Anteil der ungarischen 37%, dennoch zu Bratislava, zur slowakischen Hauptstadt.**



Pozsony (Preßburg, Bratislava) war die Hauptstadt des Königreichs Ungarn von 1536 bis 1848). Kupferstich von Matthäus Merian, 1638 · Bildquelle: Ungarisches Nationalmuseum

Der Verlust wird natürlich nur immer größer, wobei auch das schwindende Bevölkerungswachstum eine Rolle spielt, was wir mit einem unnatürlichen Begriff als “**natürlichen Rückgang**” verbuchen möchten. Darin liegt die ironische Färbung der wissenschaftlichen Fachsprache.

In jedem Fall ist die Erosion der ungarischen Bevölkerung in Oberungarn furchterregend und tragisch. Von der Wende bis 2011 ist die Zahl der Ungarn laut den Daten der Volkszählung um 110 000 geschrumpft, auf weniger als eine halbe Million.

Was haben wir für Aussichten? Die Bevölkerungsentwicklung in ganz Europa zeigt allgemein eine sinkende Tendenz. Für uns ist ein vielfaches dieser Tendenz Realität. Seit (und wegen) Trianon gibt es keine echte oder retuschierte Statistik, die das Schreckensbild verdrängen könnte, dass dies über systametische Unterdrückung das Ergebnis einer gewissen Assimilationspolitik ist.

Die wechselhafte Ausübung von Assimilationszwang in der Gesellschaft und der Politik (manchmal verstärkt durch Polizeiterror), die "verdummte" Kommunikation der europäischen (Nachbar-)Völker, ist weiterhin unaufhaltsam. Der aus der Perspektive der sogenannten Mehrheitsvölker als erfolgreich erachtete Prozess erschafft in allen Nachfolgestaaten neue Geschichten, neue Vergangenheiten. **In Österreich** ist dieser Vorgang in Hinblick auf die einheimische ungarische Bevölkerung bereits fast vollständig abgeschlossen. Die **in Kroatien und Slowenien verbliebenen Ungarn** könnten sich fast schon den Luxus **positiver Diskriminierung** erlauben, über die Gründung f**olkloristischer Reservate**, als touristisch interessante Besonderheit.

Die Vojvodina, Siebenbürgen, Transkarpatien und Oberungarn werden in langsamen Qualen aufgezehrt. Der Zustand des Volksempfindens ist von Ort zu Ort unterschiedlich, abhängig von den örtlichen Zwangsmaßnahmen, politischen Manipulationen, Mengenverhältnissen der Nationalitäten und der Strategie der wechselnden Mehrheitsmächte. "*Die Namensforschung in Oberungarn lässt darauf schließen, dass als Ergebnis der Assimilation eine noch zerstreutere, wahllosere Gesellschafts- und Nationalitätenstruktur entstanden ist als im Falle von Siebenbürgen.* ***Neben den geschichtlichen Hintergründen ist ein weiterer Grund hierfür die "Enthauptung" (Vertreibung, Umsiedlung) der ungarischen Intelligenz nach 1945****. Wenn wir in die Tiefe gehen, erscheint der slowakische Chauvinismus zwar nicht so augenscheinlich wie der rumänische, er war aber viel methodischer und wirkungsvoller." (Mihály Hajdú)*

Und siehe da, **es entsteht eine heimatlose Heimat, beziehungsweise eine entheimatete Heimat.** X**Y wird nach dem Krieg geboren. Als Ungar in einer mehrheitlich ungarischen Kleinstadt jenseits der Grenze.** Seine Familie erhält den weißen Zettel, den Aussiedlungsbescheid. Der Vollzug zieht sich "zum Glück" hin. Seine Großmutter nimmt ihn in eine Bergbaustadt mit, damit ihm weniger Leid zuteil wird. In der Bergbaustadt gibt es dünn gesät noch ein paar andere ungarische Familien, doch a**uf der Straße wird bereits Slowakisch gesprochen**. **XY findet keine Heimat, er bleibt fremd und bekommt dies auch zu spüren**. Die internationale Politik macht der Aussiedlung ein Ende, die Ungarn erhalten ihre Staatsbürgerrechte zurück. **Sie dürfen bleiben. XY kehrt in seine Stadt zurück**. Durch den langen Urlaub spricht er seine Muttersprache etwas fehlerhaft. Von der heimischen Jugend wird er auch hier schief angeschaut. **Eigentlich ist er zuhause, aber trotzdem fremd.**

Er besucht eine ungarischsprachige Schule, doch das Wertesystem des Internationalismus lässt ihn seine Zweitrangigkeit spüren. Seine Sprache wird auf den häuslichen Gebrauch beschränkt.

Nach dem Abitur verschlägt es ihn nach Bratislava, in einem Studentenclub ist er vorsichtig politisch aktiv und gerät ins Blickfeld der Staatssicherheit. **Er wird Journalist auf seiner Muttersprache, wird also ein Teil der verdächtigen ungarischen Intelligenz. Später verliert** er wegen einer als antisowjetisch erachteten Theaterproduktion **seine tschechoslowakische Staatsbürgerschaft** und wird zum Ungarn außerhalb der Grenzen des Mutterlandes. (Und diese Situation ist nur scheinbar absurd. Dezső Győry, der in den 20er bis 30er Jahren in seiner Gesellschaft in Oberungarn als zweiter Ady gehandelt wurde und ab 1949 in Budapest lebte und an Bedeutung verlor, ist trotz seiner literarischen

Errungenschaften verschwunden.) Von der politischen Polizei **in Ungarn** wird er mit Rekrutierungsabsichten ausgefragt, und da er widersteht, **muss er immer mehr Retorsionen ertragen**. **Er emigriert nach Deutschland**. Bis er sich mittlere Sprachkenntnisse angeeignet hat, stellt sich die Frage nach der Heimatsuche gar nicht mehr. **Nach anderthalb Jahrzehnten kehrt er zurück, doch in seiner ursprünglichen Heimat darf er mangels Staatsbürgerschaft keine Immobilien kaufen** (die Union reicht noch nicht bis zur Slowakei). In Ungarn, ein paar hundert Meter von der Donau und dem dahinter liegenden "schönen bunten Zierband" entfernt (wie Dezső Győry Oberungarn nannte), darf er es. Seine **ewige Heimatsuche** endet in einem Ausgleich mit ein paar Minuten lang dauernden Überfahrten und Gespaltenheit.

Die zwiegespaltene Erfahrung.

Ungar außerhalb Ungarns. Außerhalb Ungarns und dennoch Ungar. Ungar und dennoch außerhalb des Landes. Wer soll das verstehen?

Bisher hat er vierzehn Bücher geschrieben. Romane, Erzählungen, Theaterstücke, Gedichte, Gedichtübersetzungen. Er ist Mitglied der Ungarischen Schriftstellervereinigung… und **keines seiner Bücher ist von einem ungarischen Verlag herausgegeben worden.**

Der Autor, Péter Gágyor (1946-), ist Schrifsteller aus Oberungarn

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien auf Ungarisch zuerst bei MANDINER und in deutscher Übersetzung von Sophia Matteikat bei UNGARNREAL, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

32) Bedingte Freilassung der Szekler-Aktivisten István Beke und Zoltán Szőcs

13. 06. 2021



HWIM · *Bildquelle: hvim.hu*

Rumänien – Das Amtsgericht im siebenbürgischen Kronstadt (*Brassó*/*Brașov*) hat gestern (10. Juni) entschieden, dem vierten Antrag auf bedingte Freilassung der beiden Szekler Aktivisten István Beke und Zoltán Szőcs stattzugeben, die 2018 zu fünf Jahren Haft wegen „Terrorismus“ verurteilt wurden. Dieses Urteil ist noch nicht rechtskräftig, da die rumänische Staatsanwaltschaft noch in Berufung gehen kann.

Fünf Jahre Haft für ein paar… Kracher

Am Ende eines Verfahrens, das vor drei Jahren für Schlagzeilen gesorgt und die Empörung sowohl der ungarischen Gemeinde in Siebenbürgen als auch der Behörden in Budapest hervorgerufen hatte und über das die *Visegrád Post* berichtet hatte, hatte das Oberste Gericht Rumäniens am 4. Juli 2018 István Beke und Zoltán Szőcs, zwei siebenbürgische Aktivisten der ungarischen nationalistischen Bewegung HVIM („Jugendbewegung der 64 Burgkomitate“) zu fünf Jahren Haft „*wegen terroristischer Handlungen und Anstiftung zu terroristischen Handlungen*“ verurteilt. Sie wurden beschuldigt, einen Bombenanschlag während der Parade anläßlich des rumänischen Nationalfeiertags in Szekler Neumarkt (*Kézdivásárhely*/*Târgu Secuiesc*), im Herzen des Szeklerlandes – eines Gebiets Siebenbürgens mit großer ungarischsprachiger Mehrheit – am 1. Dezember 2015 geplant zu haben, was nie bewiesen wurde, da sich der „Sprengstoff“, den die rumänische Polizei in István Bekes Wohnung fand, als bloße Feuerwerkskörper herausstellte. In erster Instanz hatte das Bukarester Gericht zunächst übrigens die meisten Anklagepunkte der Staatsanwaltschaft für unbegründet befunden.

Diese verspätete Beschwichtigungsmaßnahme, die schließlich die Haftstrafe dieser beiden lokalen Figuren der magyarischen Szene in Siebenbürgen um sieben Monate reduzierte, wird u.U. etwas zur Beruhigung der Gemüter in einer Region beitragen, in der ethnische Spannungen zwischen Magyaren und Rumänen immer noch regelmäßig vorkommen.

VISEGRÁD POST
COMPRENDRE L'EUROPE CENTRALE

Dieser Beitrag erschien zuerst bei der VISEGRÁD POST, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

33) Szeklerland: Angst vor Provokationen

Von István Pataky
(Târgu Mureş, deutsch Neumarkt am Mieresch, ungarisch Marosvásárhely)

04. 06. 2021



Es wird heute eine ungarische Gedenkfeier und eine rumänische Feier zum Trianon-Jubiläum geben · *Bildquelle: Magyar Nemzet*

Trauernde Ungarn und feiernde Rumänen werden am Freitag, 4. Juni, dem Jahrestag der Trianon-Entscheidung, in Sfântu Gheorghe (deutsch Sankt Georgen, ungarisch Sepsiszentgyörgy) auf die Straße gehen.

Obwohl bei beiden Veranstaltungen keine großen Menschenmengen erwartet werden, befürchtet die Szekler-Stadt Provokationen.

Der Szekler Nationalrat wird wieder die Gedenkfeier auf dem Hauptplatz von Szpsiszentgyörgy organisieren, einer Stadt.die zu fast achtzig Prozent aus Ungarn besteht. Ebenfalls zum x-ten Mal organisiert die rumänische rechtsextreme Organisation Calea Neamului („Die Straße der Nation“) eine Kundgebung im Zentrum des siebenbürgischen Landkreises. Ihr Sprecher Mihail Târnăveanu verspricht, dass die Kundgebung zahlreicher und besser organisiert sein wird als im letzten Jahr, als nur etwa 100 Menschen kamen. Auf seiner Social-Media-Seite erklärte der anti-ungarische Organisator, warum sie sich in Sfântu Gheorghe versammeln und nicht zum Beispiel in Brăila in Südrumänien.

- Einfach deshalb, weil in Brăila niemand die territoriale Autonomie will, niemand den Friedensvertrag von Trianon in Frage stellt, während in den Komitaten Covasna und Harghita unzählige Stimmen, Vereine, Parteien, Bürgermeister, Ratsvorsitzende, Leiter von Institutionen sich nicht an die Entscheidung von Trianon gewöhnen können und glauben, dass dies eine große Ungerechtigkeit gegenüber der ungarischen Nation ist.

- argumentiert Târnăveanu.

Der Europaabgeordnete József Kulcsár-Terza forderte die Einwohner von Sfântu Gheorghe auf, nicht auf die Provokation der extremistischen Rumänen einzugehen. Der Ungarische Verband Siebenbürgens schickte eine Erklärung an Bürgermeister Árpád Antal, in der er ihn aufforderte, die Genehmigung für die Nutzung des öffentlichen Raums nicht zu erteilen und die Veranstaltung zu verhindern, da der rumänische Verband eine offen anti-ungarische Demonstration in Sfântu Gheorghe organisiert, die als Kulturveranstaltung getarnt ist. Der Bürgermeister sagte der siebenbürgischen Tageszeitung Krónika:

Diese Veranstaltungen sind nicht genehmigungs-, sondern anzeigepflichtig, so dass das Bürgermeisteramt sie nicht verbieten kann.

Im Mai letzten Jahres hat das rumänische Parlament mit großer Mehrheit, bei Ablehnung der Ungarischen Demokratischen Allianz Rumäniens und Enthaltung der Allianz „Rettet Rumänien“ und mit Unterstützung aller anderen Parteien, ein von den Sozialdemokraten initiiertes Gesetz verabschiedet, wonach Rumänien jedes Jahr des Vertrags von Trianon gedenken wird.

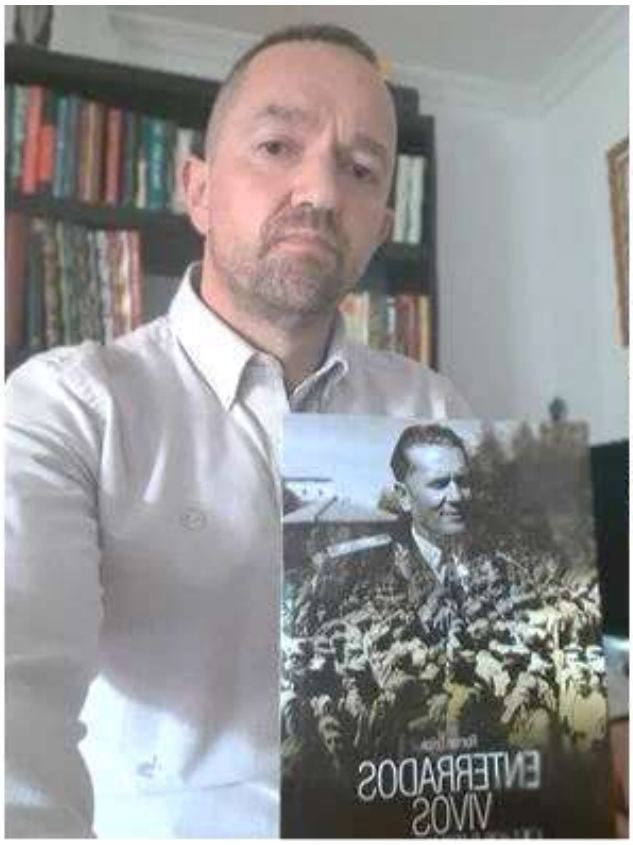
Quelle: Magyar Nemzet

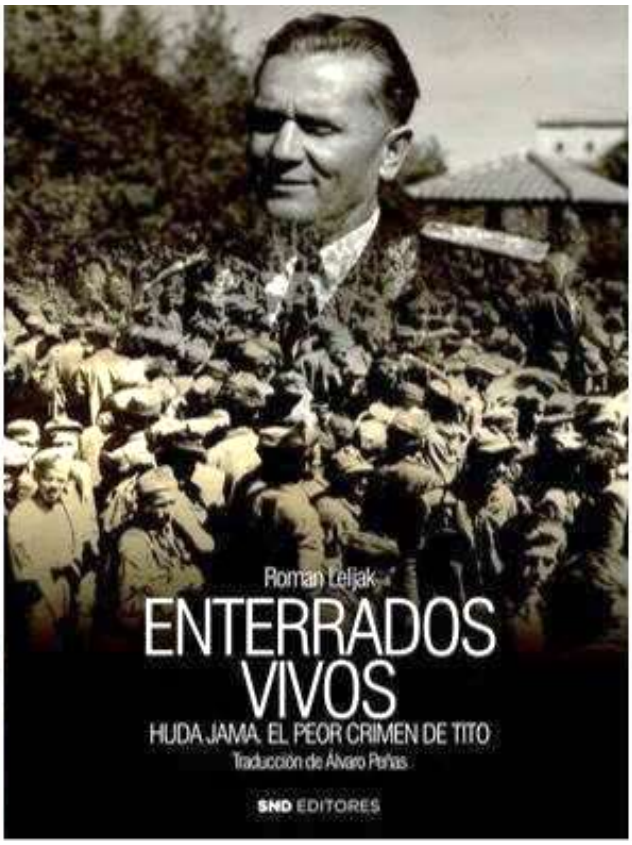
Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

34) Álvaro Peñas: „In Jugoslawien bedeutete das Reden über Titos Verbrechen Gefängnis“

Von Javier Navascués

04. 06. 2021





Bildquelle: El Correo de España

Álvaro Peñas ist ein leidenschaftlicher Geschichtsliebhaber und Reisender, ein guter Kenner der Länder des Ostens, die er häufig bereist, und ihrer politischen Situation, dank seiner Freundschaften mit Journalisten und Politikern der patriotischen Parteien vieler dieser Länder. Er scheibt regelmäßig für El Correo de España, unserem Partner in der Europäischen Medienkooperation, und gilt als Osteuropa-Spezialist. Bei dieser Gelegenheit befragten wir ihn zu seiner Übersetzung des Buches „Lebendig Begraben – die schlimmsten Verbrechen von Tito“, verfasst von dem slowenischen Autor von Roman Leljak.

Warum ein Buch über Titos schlimmste Verbrechen?

Als ich anfing, über dieses Thema zu lesen, war ich überrascht, wie wenig über all diese Verbrechen bekannt war und wie positiv, ja wohlwollend, das Bild von Tito war. Der jugoslawische Diktator, der für die Ermordung tausender Italiener zwischen 1943 und 1947 verantwortlich war, wurde von Italien ausgezeichnet, das 60 Jahre brauchte, um seine Opfer anzuerkennen und zu ehren. Die Massaker, die an Kroaten, Slowenen, Bosniern und Serben begangen wurden, waren enorm, zwischen 80.000 und 100.000 Ermordete, aber sie wurden während der 45 Jahre des kommunistischen Regimes verborgen. Das sind zu viele Jahre der Lügen und als ich das Buch von Roman Leljak las, dachte ich, das ist eine Geschichte, die erzählt werden muss.

Außerdem ist es unglaublich, dass diese Verbrechen so viele Jahre lang verborgen blieben.

So ist es leider. Ein anderes Beispiel ist Katyn, dem von Stalin angeordneten Massaker an 22.000 Polen, das bis zum Fall der Sowjetunion 1989 nicht anerkannt wurde; viele ähnliche Verbrechen blieben jahrzehntelang verschüttet. Die von Tito begangenen Massaker wurden aus politischen Gründen ignoriert, weil der jugoslawische Diktator gegen den Faschismus gekämpft hatte und weil er sich später mit Stalin anlegte und ein potentieller Verbündeter des Westens wurde. In Jugoslawien bedeutete das Reden über das Geschehene Gefängnis, und viele der Schauplätze der Massaker wurden in Müllhalden verwandelt und mit Unrat bedeckt. Natürlich wurde jede Anprangerung dieser Verbrechen als westliche oder faschistische Propaganda abgestempelt. Die Wahrheit ist für bestimmte Interessen zweitrangig.

Trotz Leljaks Entdeckung im Jahr 1989 und seinem Buch sollte es noch 20 Jahre dauern, bis die Höhle Huda Jama geöffnet wurde.

Ich habe vor kurzem den slowenischen Ministerpräsidenten Janez Janša interviewt und ihn gefragt, ob sich die slowenische Gesellschaft mit ihrer Vergangenheit versöhnt hat, seine Antwort war nein, dass dies noch eine ausstehende Aufgabe sei. Im Interview fügte ich ein Foto des Premierministers am Kočevski Rog (dt. Hornberg, in Kočevje/Gottschee) hinzu, wie er den 1.500 Menschen gedenkt, die dort von den Partisanen getötet wurden. Eine der touristischen Attraktionen an dieser Stelle ist jedoch eine Partisanen-Kommandozentrale mit 26 Holzbaracken, die bis 1944 aktiv war und in der Partisanen und Kommunisten die Befreier der Nation sind. Als ich das Geschichtsmuseum in Maribor (Marburg), der zweitgrößten Stadt Sloweniens, besuchte, in deren Nähe mehrere Massaker stattfanden, wurden diese Ereignisse nicht erwähnt und es gab viele Bilder von lächelnden Partisanen. Das ist seit vielen Jahren die offizielle Geschichte, und es ist sehr schwierig, dieses Narrativ zu ändern, umso mehr, wenn diejenigen, die die Henker verteidigen, nicht einmal etwas von Versöhnung hören wollen. Hinzu kommt der Krieg auf dem Balkan mit dem Zerfall Jugoslawiens und der parteiische Umgang mit der Geschichte, vor allem durch die Erben des kommunistischen Regimes, die zu Sozialisten und Liberalen umfunktioniert wurden.

All dies erklärt, warum es so lange gedauert hat, Huda Jama zu öffnen. Man muss jedoch sagen, dass Kroatien und Slowenien große Anstrengungen unternommen haben, um die Opfer dieser Verbrechen zu finden und zu ehren, auch wenn immer noch Leichen auftauchen, wie das im August letzten Jahres gefundene Grab mit 250 ermordeten Italienern, von denen 100 minderjährig waren. In Serbien oder Bosnien-Herzegowina wurde nichts Ähnliches getan wie bei den Kroaten oder Slowenen, und ich habe in das Buch ein Interview mit dem bosnischen Historiker Omer Hamzic aufgenommen, der als einziger diese Verbrechen und ihre Auswirkungen in Bosnien-Herzegowina am Beispiel einer Kleinstadt untersucht hat. Die Wahrheit ist, dass die Ehrungen der Opfer bis heute ein Grund für Konfrontationen sind. Eine Messe in Sarajevo im letzten Jahr verursachte einen Riss zwischen der katholischen und der orthodoxen Kirche in Bosnien.

Warum, glauben Sie, hat sich die Weltöffentlichkeit nicht so sehr über diese Gräueltaten geäußert, wie sie es sollte?

Wiederum aus politischen Gründen. In Italien räumte die Linke ihren Fehler bei der Unterstützung von Titos kommunistischem Regime ein, aber schon nach kurzer Zeit wurden Stimmen laut, die die Verbrechen leugneten, verharmlosten oder rechtfertigten und behaupteten, die Ehrungen der Opfer seien nichts anderes als ein Angriff der Rechten auf den antifaschistischen Kampf. In den ehemaligen jugoslawischen Republiken wiederholte

sich dieselbe politische Debatte, mit dem Zusatz der nationalistischen Konfrontation. Außerdem fällt es einem großen Teil der öffentlichen Meinung schwer, über die Verbrechen des Kommunismus zu sprechen, und in der westlichen Welt wird das romantische und revolutionäre Bild, das z.B. Che Guevara symbolisiert, aufrechterhalten. Das allgemeine Bild von Tito ist das seines Erfolges beim Aufbau eines multinationalen sozialistischen Modells unabhängig von der Sowjetunion. Jahrestag seines Todes im vergangenen Jahr gab es in der spanischen Zeitung El País Berichte voller Titonostalgie und Lob für die großen Erfolgen des jugoslawischen Sozialismus, für die westlichen Medien sind diese grausamen Verbrechen *peccata minuta.*

Erzählen Sie uns, wie wichtig es ist, sie bekannt zu machen.

In diesem, wie auch in anderen Fällen, wurden zu viele Jahre lang die Wahrheit und die Opfer aus politischen Gründen verschwiegen oder weil es politisch nicht korrekt ist, mit dem Finger auf ihre Mörder zu zeigen. Leider gibt es immer noch Opfer zweiter und sogar dritter Klasse. Deshalb ist es wichtig, diese und ähnliche Ereignisse bekannt zu machen, diese Opfer zu ehren und ihnen den Platz einzuräumen, der ihnen gebührt, und ihre Henker und diejenigen, die sie rechtfertigen, anzuprangern.

Was können Sie uns über die Zeugen sagen, die noch leben?

So unglaublich es erscheinen mag, die wenigen Zeugen, die noch leben, haben immer noch Angst, über das zu sprechen, was sie erlebt haben, und in vielen Fällen sind es ihre Nachkommen, die ihre Geschichte erzählen. Zeuge solch schrecklicher Ereignisse zu sein und so viele Jahre schweigen zu müssen, hinterlässt Spuren, und noch Jahre nach dem Untergang Jugoslawiens fürchteten viele die Rückkehr des kommunistischen Regimes. Dann gibt es die Geschichten der wenigen, die es geschafft haben, die Massaker zu überleben und sich im Exil ein neues Leben aufzubauen. Menschen, die für ihr Leben gebrochen wurden und deren Zeugnisse ebenfalls in diesem Buch erscheinen.

Wie erklären Sie sich so viel Hass und Bosheit, um sie lebendig begraben zu können?

Für die Henker waren die Opfer keine Menschen, sie waren kein menschliches Wesen, sie waren der Abschaum, der sterben musste, um eine bessere und gerechtere Gesellschaft aufzubauen. Leider gibt es viele ähnliche Beispiele, in denen die Ermordeten ihre Menschlichkeit verlieren, weil sie einer bestimmten Rasse, einem Volk oder einer sozialen Schicht angehören. In „Ich wählte die Sklaverei“ erzählt Valentín González, wie ein reumütiger russischer Kommunist gesteht, alle möglichen Verbrechen begangen zu haben, weil er dachte, er täte es, um eine gerechtere und egalitärere Welt zu erreichen. Dies ist zweifellos die Art und Weise, in der viele Henker ihre Taten rechtfertigten, obwohl, wie Leljak erwähnt, einige in den Alkoholismus flüchteten und sogar Selbstmord begingen. Eine der Geschichten im Buch ist die von einem Partisanen, der eine Gruppe von Gefangenen nach Huda Jama bringt. Des Wartens im LKW müde, betritt er die Mine und wird Zeuge, wie die letzten Gefangenen von hinten erschossen werden. Laut diesem Partisanen hat derjenige, der den Abzug gedrückt hat, das Töten genossen.

Es handelt sich ebenso sehr um einen Krieg zwischen verschiedenen Nationalitäten wie um einen Bürgerkrieg. Tatsächlich gibt es viele Elemente, die an den spanischen Bürgerkrieg erinnern, wie z.B. die Verfolgung der katholischen Kirche, die Säuberung aller anderen Widerstandsgruppen durch die Kommunisten und sogar solche verabscheuungswürdigen Handlungen wie die Denunziationen von Nachbarn gegeneinander aus Neid oder persönlichen Kränkungen. Die wichtigsten Partisanengeneräle waren in den Internationalen Brigaden, und dasselbe wird auch von Tito behauptet, obwohl er es in seinen offiziellen

Biographien bestritt. Leljak beschuldigt ihn, in Spanien gewesen zu sein, aber nicht als Kämpfer, sondern als Agent des sowjetischen NKWD, um Linke zu verfolgen, die mit Stalins Politik „nicht einverstanden“ waren.

Es wird viel über die 100 Millionen Toten des Kommunismus gesprochen, aber könnten es noch viel mehr sein?

Die Zahlen sind enorm, denn Morde, Deportationen und Hungersnöte waren die gängige Währung der kommunistischen Regime und sind es immer noch. Wir haben Fälle wie die Unterdrückung der Uiguren in China, die sich heute ereignen, oder wie die Hungersnot in Kasachstan, die dem ukrainischen Holodomor sehr ähnlich ist und die nicht einmal als Völkermord gilt. Leider ist das Konto nicht geschlossen.

Warum ist das Buch lesenswert?

Es ist natürlich eine harte Geschichte, aber es ist etwas, das wir wissen müssen. Die einzige Möglichkeit, aus der Geschichte zu lernen und zu verstehen, warum Dinge passieren, ist, alles zu wissen, was in der Vergangenheit passiert ist. Die voreingenommene Sichtweise der Geschichte, die in immer mehr Ländern anzutreffen ist, wo einige Todesfälle viel mehr wert sind als andere oder wo bestimmte Verbrechen je nach Täter gerechtfertigt sind, ist ein echter Irrweg. Die in diesem Buch beschriebenen Verbrechen haben keine mögliche Rechtfertigung, sie sind methodisch, grausam und unmenschlich. Sie sind perfekt geplant und nicht das Ergebnis des unkontrollierten Handelns einiger weniger Hitzköpfe. Soldaten, Zivilisten, Frauen und sogar Kinder werden ermordet. Geschäftsinhaber werden hingerichtet, um ihre Betriebe zu verstaatlichen, auch Menschen, die die Partisanen aufgrund ihrer sozialen Schicht unterstützt haben. Sie wendeten an, was Lenin sagte, um das Land von schädlichen Insekten zu säubern, um alle zu töten, die sich dem kommunistischen Regime widersetzen könnten. Jetzt, wo wir wieder sehen, wie der Kommunismus beschönigt wird, entweder aus ideologischen Gründen, wie bei den meisten Linken, oder aus nationalen Gründen, wie im Falle Russlands, ist es sehr notwendig, all diese Geschichten zu kennen und sich daran zu erinnern. Wir dürfen nicht vergessen, dass die kommunistische Utopie auf dem Gulag und dem Massengrab aufgebaut wurde.



Javier Navascués

Stellvertretender Direktor von El Correo de España. Radio- und TV-Moderator, Sprecher und Drehbuchautor.

El Correo de España Dieser Beitrag erschien zuerst bei EL CORREO DE ESPAÑA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Wir erinnern

35) Auslöschung des Deutschtums in Jugoslawien 1945

Im Königreich Jugoslawien der Zwischenkriegszeit gab es **500.000 Deutsche**. 450.000 waren **Donauschwaben** im Westbanat, der Batschka, der Südbaranja, in Ostslawonien und Syrmien. 50.000 lebten auf slowenischem Gebiet in der ehemaligen **Untersteiermark** und in der **Gottscheer Sprachinsel**. Nach der Kapitulation vom 17. April 1941 wurde Jugoslawien zwischen Deutschland, Italien, Ungarn und Bulgarien aufgeteilt. Die Donauschwaben im Westbanat wurden dem unter deutscher Militärverwaltung stehenden Serbien zugeschlagen. Die Batschka und das Baranja-Dreieck kamen zu Ungarn, Berlin beanspruchte die Untersteiermark, das Mießtal und Oberkrain. Die Gottschee erhielt Italien. Bitte lesen Sie hier den historischen Artikel von **Dr. Peter Wassertheurer** (erschienen auch in „Zur Zeit“ 22/2021)

https://drive.google.com/file/d/1sLhsjVDLzaT-2E6DUjIR_88NspMddddw/view

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 69, 2021

Wien, am 08. Juni 2021

Ende der Deutschen
Die fatalen Ziele des Antifaschistischen Rates der Nationalen Befreiung Jugoslawiens (AVNOJ)

Peter Wassertheurer

Im Königreich Jugoslawien der Zwischenkriegszeit gab es 500.000 Deutsche. 450.000 waren Donauschwaben im Westbanat, der Batschka, der Südbaranja, in Ostslawonien und Syrmien. 50.000 lebten auf slowenischem Gebiet in der ehemaligen Untersteiermark und in der Gott scheer Sprachinsel. Nach der Kapitulation vom 17. April 1941 wurde Jugoslawien zwischen Deutschland, Italien, Ungarn und Bulgarien aufgeteilt. Die Donauschwaben im Westbanat wurden dem unter deutscher Militärverwaltung stehenden Serbien zugeschlagen. Die Batsch ka und das Baranja-Dreieck kamen zu Ungarn, Berlin beanspruchte die Untersteiermark, das Mießtal und Oberkrain. Die Gottschee erhielt Italien.
Im bosnischen Bihać wurde am 26. November 1942 der *Antifaschistische Rat zur Volksbe freiung Jugoslawiens* (ANNOJ) mit Ivan Ribar an der Spitze gegründet. Im Herbst 1943 er klärte Ribar in Jajce den AVNOJ zum obersten jugoslawischen Legislativ- und Exekutivor gan. Gleichzeitig kam es zur Gründung des *Nationalkomitees zur Befreiung Jugoslawiens* unter Führung von Marschall Josip Broz Tito, der auch der kommunistischen Partei vorstand. Am 21. November 1944 erließ der AVNOJ mehrere Bestimmungen, die zur Enteignung der
Deutschen führten. Enteignet wurde 1. das Vermögen des Deutschen Reiches und seiner Staatsbürger, das sich auf dem Gebiet Jugoslawiens befanden, 2. das Vermögen von Personen deutscher Nationalität mit Ausnahme jener Deutschen, die in den Reihen der Volksbefrei ungsarmee oder in Partisaneneinheiten kämpften oder die Staatsbürger neutraler Staaten wa ren und sich während der Besetzung nicht feindlich verhielten sowie 3. das Vermögen von Kriegsverbrechern und ihrer Handlanger ungeachtet ihrer Staatsbürgerschaft und das Vermö gen jener Personen, die, ungeachtet der

Staatsbürgerschaft, durch ein ziviles oder militäri sches Gericht zum Verlust des Vermögens zugunsten des Staates verurteilt wurden. In weite ren Gesetzen und Erlässen wurden der deutschen Bevölkerung alle staatsbürgerlichen Rechte aberkannt. Ausnahmen galten nur

für jene, die als Partisanen aktiv im Widerstand gegen das NS-Okkupationsregime an der Seite der jugoslawischen Truppen gekämpft hatten, Antifa schisten oder mit südslawischen Partnern verheiratet waren. 1946 wurden die Bestimmungen des AVNOJ durch das jugoslawische Parlament bestätigt und erhielten Gesetzeskraft. Neben den legislativen Maßnahmen überzog eine Terrorwelle das Land, die sich vornehmlich gegen die deutsche Volksgruppe richtete, die pauschal der NS-Kollaboration beschuldigt wurde. In Wahrheit sollte das sozialistische Tito-Jugoslawien radikal entgermanisiert werden, um in den Besitz der Deutschen und des arisierten Vermögens zu gelangen.
Noch im Herbst 1944 waren von der Volksdeutschen Mittelstelle (VOMI) im Westbanat so wie im slawonisch-syrmischen Raum Evakuierungen durchgeführt worden. Sie kamen aber zu spät, denn bereits im Oktober 1944 überrollte die Kriegsfront 200.000 Donauschwaben, die hilflos einem grausamen Schicksal ausgeliefert waren. Bis 6. Oktober 1944 besetzte die Rote Armee das Westbanat, drei Wochen später die gesamte Batschka. In dieser Phase errichteten serbische Partisanenverbände eigene Volksbefreiungsausschüsse, die mit brutalen Methoden gegen die deutsche Zivilbevölkerung vorgingen. Die ethnischen Säuberungsaktionen betrafen vor allem ehemalige NS-Funktionäre sowie Klassenfeinde und forderten im Herbst 1944 rund 9.500 Todesopfer. Ab dem Winter 1944/45 wurden in den deutschen Siedlungsgebieten Kon
zentrationslager eingerichtet. Zwangsarbeit und Gewalt folgten. Bis März 1948 überlebten 90.000 Deutsche den Tito-Terror nicht. Wie radikal die Säuberung war, verriet die Volkszäh lung nach 1971 mit 12.300 Deutschen.
Nach dem Kollaps des Milosevic-Regimes erließen die Nachfolgestaaten Restitutionspro gramme, um Unrechtsenteignungen zu entschädigen. Grundlage bildet der Besitz der Staats-
bürgerschaft. Ehemalige Staatsbürger, die in der KP-Ära zu einer anderen gelangt waren, wurden zunächst ausgeschlossen, mussten später aber berücksichtigt werden, wie das bei Kroatien der Fall war. Damit öffneten sich auch für die Volksdeutschen Schlupflöcher. Im Unterschied zu Tschechien, das die Sudetendeutschen ausschloss, weil nur das ab 1948 von den Kommunisten enteignete Vermögen betroffen war, gab es bei den jugoslawischen Nach
folgestatuten keine Diskriminierungsparagrafen. Wie schwierig die Restitution für ehemalige Angehörige der deutschen Volksgruppe dennoch war, beweist Slowenien. 1991 erließ Slowe nien das Denationalisierungsgesetz, das eine Restitution möglich machte, wenn der Antrag steller beweisen konnte, dass die Enteignung zu Unrecht erfolgt war. Außerdem konstatierte der slowenische Verfassungsgerichtshof 1997 die Kollektivschuld für Volksdeutsche, was dazu führte, dass Antragsteller Belege für ihre Unschuld vorlegen können mussten. Die Be weislastumkehr machte eine Restitution aber schier unmöglich und diskriminierte deutsche Antragsteller. Diese Situation bestand auch in Serbien und Kroatien, wo es eine Spießrute lauf gleichkam, sich jene Dokumente zu besorgen, die das Unrecht der Enteignung bewiesen. Der Geist des AVNOJ existierte weiter und machte für Deutsche einen gleichberechtigten Zugang unmöglich.
Auch in der Minderheitenpolitik wirkt der AVNOJ fort, indem sich Slowenien weigert, die deutsche Minderheit als autochthone Volksgruppe anzuerkennen. Daran ändert auch das Kul turabkommen mit Österreich nichts, das lediglich bilaterale Austauschprogramme zum Inhalt hat, ohne dass es der deutschen Volksgruppe hilft. Im Unterschied zu Slowenien genießen die deutschen Volksgruppen in Kroatien und Serbien eine Anerkennung als ethnische Minderheit.

(Dr. Peter Wassertheurer ist Präsident der Deutschen Weltallianz)

36) Zeugenaussage über das Massaker in Kočevski Rog (Hornwald, Gottschee)

04. 06. 2021



Tito und Milka Planinc ("Milja") · *Foto: Twitter*

Wie Kommissarin Milja (Milka Planinc) mit einem Hammer Maurernägel durch den Schädel in die Gehirne der Lebenden trieb

Jedes Jahr im Mai organisiert die slowenische „Übergangslinke" eine Reihe von Veranstaltungen zu Ehren des Roten Sterns und des kommunistischen Regimes. Der Medien-Mainstream fasst sie unkritisch zusammen, schweigt aber fast völlig über die Schrecken von Kočevski Rog (dt. Hornwald, in der ehemals deutsch besiedelten Gottschee) wo Partisanen nach dem Zweiten Weltkrieg auf Befehl der Kommunistischen Partei Zehntausende von Menschen buchstäblich abschlachteten.

Vor mehr als zwölf Jahren veröffentlichte **Zoran Božić** in der kroatischen Wochenzeitung *Hrvatsko slovo* einen Artikel mit dem Titel *Kočevski Rog – ungesühnter Völkermord oder die Schrecken von Kočevski Rog verlangen nach der Wahrheit*. Der Text wurde kürzlich vom Portal *Kavarna Hayek* zusammengefasst und wird im Folgenden in voller Länge veröffentlicht.

Häutung

Die Opfer wurden kopfüber an Holzkreuzen aufgehängt, am Knöchel erstochen und langsam gehäutet. Die gehäuteten Körperteile wurden mit Salz eingerieben, die Unglücklichen schrien und fielen in Ohnmacht. Wenn die Metzger im Namen des Roten Sterns, sie wurden „Spezialisten" genannt, fertig waren, wurde das Opfer skalpiert, die Haut zum Trocknen an einen Baum genagelt und die Opfer unter unerträglichen Schmerzen sterben gelassen. Die Schlächter waren meist Partisanen der 11. dalmatinischen Brigade, und die Opfer waren Slowenen, Kroaten und Serben, die im Mai 1945 vom britischen 5. Korps aus Österreich nach Jugoslawien zurückgebracht wurden, in die Arme der grausamen

Kommunisten. Mehr als 70 Jahre sind vergangen, seit Ende Mai und Anfang Juni 1945 in Kočevski Rog eines der größten Massaker in der Geschichte der Region stattfand. Die Massaker waren kein „Fehler“, ein „notwendiges Übel“ oder eine „Hinrichtung der Kollaborateure der Besatzer“, sondern ein vorsätzliches Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Namen der Ideologie, im Namen der Revolution. Die Blüte des slowenischen Unternehmertums, das durch die sozialistische Wirtschaft ersetzt wurde, lag im Sterben. Dies erwies sich als ein völlig fehlgeleitetes Wirtschaftsprojekt, das kläglich endete.

Da nur sehr wenige Opfer überlebten, die Schlächter in psychiatrischen Kliniken landeten oder später selbst hingerichtet wurden und es keine schriftlichen Aufzeichnungen gibt, da die Befehle der Partei- und Partisanenführung mündlich erfolgten, sind die Nachkriegsereignisse auf dem von Höhlen und Abgründen durchzogenen Karstplateau bis heute geheimnisumwittert und werden wohl nie ganz aufgeklärt werden. Die slowenischen Zeugen, die Opfer aus den Reihen der Heimwehr waren (**France Dejak, France Kozina** und **Milan Zajec**), entkamen aus dem Abgrund, in den sie von den Partisanen gestoßen wurden, weil sie dachten, sie seien tot. Sie hatten das „Glück“, in einer Gruppe von denen zu sein, die zuvor mit der Peitsche geschlagen und dann erschossen worden waren. Im Gegensatz zu den Unglücklichen, die ausgewählt wurden, waren die meisten von ihnen Kroaten, einige auch Serben, die bei kommunistischen Kannibalenorgien am Rande der schwer zugänglichen Kočevje-Wälder buchstäblich abgeschlachtet wurden.

Zeugnis von „Genosse Jure“

Das Abschlachten mit Messern, Äxten und Sägen wurde nur von den Henkern erwähnt, denn es ist nicht bekannt, ob eines der Opfer die Folter überlebt hat. **Borivoj Karapandžič** (Autor des Buches „Jugoslawischer blutiger Frühling“), **Milovan Djilas** (Autor des Buches „Kriegszeit“) und der Historiker **Graf Nikola Tolstoj** (Autor des Artikels über die Massaker im britischen Magazin Encounter) sprachen darüber für die britische BBC vor dem Zerfall Jugoslawiens, nach dem Zerfall Jugoslawiens sagten **Simo Dubajić** und **Ivan Gugić** darüber aus. Am entsetzlichsten ist das Zeugnis des „Genossen Jure“, der 1992, kurz vor seinem Tod, aber ohne Reue, dem kroatischen Ermittler für kommunistische Verbrechen Zoran Božić gestand, der anderthalb Jahrzehnte später in der Zeitschrift *Hrvatsko slovo* einen umfangreichen Text mit dem Titel *Der Schrecken von Kočevski Rog – Sehnen nach der Wahrheit* veröffentlichte.



Simo Dubajić

Die detaillierte Beschreibung des Massakers an kroatischen Heimwehrleuten, Ustascha-Angehörigen und Zivilisten erregte einiges Aufsehen, wurde aber nie dementiert. Božić wurde sogar beim kroatischen Journalistenverband (HND) angezeigt, weil er mit detaillierten Beschreibungen von Kannibalismus und Grausamkeiten, wie sie sich normales menschliches Bewusstsein, Moral und Ethik kaum vorstellen können, nicht mit den Opfern sympathisiert, sondern sich mit Verbrechern gleichsetzt. Der HND mahnte Božić deshalb ab, er habe mit dem Artikel die Würde der Opfer gefährdet.

Freiwillige Schlächter

Laut Zeugenaussagen wurden in Kočevski Rog Zehntausende von Menschen getötet, die meisten von ihnen Kroaten (etwa 40.000), slowenische Heimwehrleute und zwischen 5.000 und 6.000 Zivilisten, der Rest waren Unglückliche anderer Nationalitäten, darunter auch Deutsche. Die meisten von ihnen wurden zunächst aus Wietersdorf (Vetrinje) in Österreich über Jesenice in die Lagersammelstelle in Šentvid gebracht, wo sie bereits nach Ethnien getrennt und in die Kategorien A, B und C eingeteilt wurden, wobei die Einstufung in B und C fast die sichere Hinrichtung bedeutete. Dann wurden sie mit dem Zug zunächst nach Kočevje (Gottschee) transportiert (nach einigen Angaben zwischen 5.000 und 8.000 pro Tag), von dort in die Wälder von Kočevski Rog. Der Kommandant der Henker war der Partisanenmajor **Simon Dubajić**, und sein Vorgesetzter war die politische Kommissarin Milja, die später als **Milka Planinc** erkannt wurde, später eine hohe Parteifunktionärin und zwischen 1982 und 1986 Präsidentin des jugoslawischen Exekutivrates.

Jure war ein Kämpfer der 11. dalmatinischen Brigade der 26. dalmatinischen Division der jugoslawischen Armee. In der zweiten Maihälfte 1945 kam die Kommissarin Milja zu seiner Einheit und sagte, dass sie Freiwillige für die Exekution der „Banditen“ benötige. Mit dem Versprechen einer reichen Belohnung wurden sie nach Kočevje gebracht. Dort wurden sie von slowenischen Partisanen empfangen, die sie an schwer zugängliche Orte fuhren. Jure behauptet, dass er am Massaker vom 29. Mai bis zum 9. Juni teilnahm und dass allein seine Gruppe etwa 11.000 Menschen tötete. Bis auf etwa 800 Slowenen waren das alles Kroaten.

Die satanische Kommissarin

Bei dem Massaker erwies sich die Kommissarin Milja als die Beste. „Sie war eine begabte Expertin im Quälen und Töten von Menschen mit einer satanischen Fantasie“, so der Zeuge. Durch sie haben sich die üblichen Massen-‚Hinrichtungen von Landesverrätern‘ in eine kannibalistische Tötungsorgie verwandelt“, schrieb Zoran Božić. Sie wählte persönlich junge Männer aus und befahl den Partisanen, sie zu schlachten, ihnen mit einem Messer und Löffeln die Augen auszukratzen, die Ohren, Nasen und Genitalien abzuschneiden und dann ihre Hoden in die leeren Augenhöhlen und die Genitalien in den Mund zu stopfen.

Laut der Autorin war der Kommissar oft wütend auf die „Butterfinger“ unter den Schlächtern, die die Genitalien von oben bis unten durchschnitten. Ihrer Meinung nach begann die ordnungsgemäße Partisanenkastration mit einem Schnitt unter dem Hodensack, wobei das Messer auf das Zwerchfell angesetzt wurde. Dann wurden die männlichen Genitalien zusammen mit dem Hodensack mit einem starken und tiefen Schnitt abgetrennt. Eine ihrer Lieblingsspezialitäten war das sogenannte „gefüllte kroatische Gehirn“. Milja schlug mit einem Hammer Mauernägel in die Gehirne von lebenden Menschen und fragte das Opfer nach jedem eingeschlagenen Nagel: „Habe ich dir endlich den Unabhängigen Staat Kroatien aus dem Kopf geschlagen?“ Die zweite Spezialität nannte sie „salziges kroatisches Herz“. Nach vier kräftigen Schlägen mit einer Axt in die Herzgegend der Brust in Form eines Vierecks riss sie bereits lebenden Menschen das Herz heraus und schleifte es zusammen mit den gezogenen Adern über den Boden.

24-Stunden-Schichten

„Jure behauptet, dass die Kameraden der Partisanen bei allen Arten von Grausamkeiten die Hauptrolle spielten. Sie löschten Zigaretten an Opfern beiderlei Geschlechts und verbrannten die empfindlichsten Körperteile mit versengtem Eisen, besonders die Vagina und die Brustwarzen. Den Frauen wurde die Gebärmutter herausgeschnitten und mit einem Bajonett durch die Genitalien gerissen, dann wurden sie den Opfern in den Mund gestopft, so dass sie erstickten. Auf Befehl von Kommissar Milja trieben die Partisanen sadistisch Stücke von Stacheldraht durch die Genitalien in die Harnröhre, um die Hände zu fesseln. Schwangeren Frauen wurde mit einem Messer in den Unterleib gestochen und ungeborene Kinder wurden aus dem Mutterleib gerissen“, schrieb Božić. Einige „Genossen“ töteten die Männer und Frauen, indem sie zuerst ein Wasserrohr in die Analöffnung trieben und dann hindurchschossen. Kommissar Milja ermutigte die Partisanen, mehreren Frauen die Brüste abzuschneiden, sie zu salzen und sie dann auf die Amputationswunden zurückzudrücken. Dabei fügten sie den weiblichen Genitalien mit Drahtbürsten Wunden zu und salzten sie anschließend. Jede bestialische Prozedur wurde von öffentlicher Zustimmung und kannibalistischer Begeisterung der Verbrecher begleitet, schrieb Božić in der Wochenzeitung.

Die Partisanenschlächter „arbeiteten“ in Schichten 24 Stunden am Tag. Wenn sie fertig waren, trafen sie sich meist vor der Pause am Feuer neben dem Friedhof und betranken sich extra. Manche wurden zu dieser Zeit schon verrückt. „Schon zum Zeitpunkt des Schlachtens hatten einzelne psychische Störungen oder sogenannte ‚Überfallattacken‘. Sie töteten zu diesem Zeitpunkt wie am Fließband in Trance. Schlachterinnen erlebten psychomotorische Anfälle, die als Kozara bekannt sind. Dann verstümmelten und töteten sie in einem Zustand der Besessenheit zuerst die Opfer, leckten ihr Blut und Hirn, rissen ihnen die Kleider vom Leib und masturbierten öffentlich“, sagte Božić.

Der Zeuge Jure Božić sagte, dass entgegen der landläufigen Meinung slowenische Partisanen gleichberechtigt an dem Gemetzel teilnahmen. Im Gegensatz zu kroatischen Schlächtern, die Äxte und Messer benutzten, töteten die Slowenen auch mit großen Forstsägen. Mit ihnen sägten sie die Menschen in zwei Hälften, und zwar so langsam, dass das Opfer lange leiden musste. „Slowenische Partisanen trennten einzelnen Opfern die Köpfe ab und spielten dann mit ihnen Fußball, wenn sie ihre Schicht beendet hatten. Außerdem wurden menschliche Köpfe auf Pfähle aufgespießt und über einem Feuer verbrannt“, schrieb Božić. Dubajić beteiligte sich auch persönlich an den Morden. Er tötete kroatische Gefangene mit einer *kama*, einem Messer mit beidseitig geschärfter Klinge. „Dabei trank er Blut aus ihren Halsvenen und leckte das Blut vom Messer. Einige Kameraden, darunter Kommissar Milja, leckten das gesalzene Hirn der Opfer von der Messerspitze. Milja gewann nach einer Reihe von selbst vollzogenen Hinrichtungen ein zunehmend satanisches Image. Sie war so blutverschmiert, dass Blut von ihrer Uniform und ihren Händen tropfte. Ihre Stiefel waren rosa, weil sie auf dem menschlichen Gehirn herumlief, Stücke von Schädelknochen steckten in ihrer Uniform und ihren Haaren“, berichtet Jure Božić.

Das Massaker an den Kroaten in Kočevski Rog dauerte 12 Tage. Während dieser Zeit waren die Schreie der unter unerträglichen Schmerzen sterbenden Opfer durch den Wald zu hören. Viele baten die Partisanen, sie nicht mehr zu verstümmeln, sondern sofort zu töten. Die meisten wurden nicht erhört. In den letzten Tagen waren Mineneinheiten eingetroffen, die Höhlen und Abgründe aushoben, in denen Tausende von Leichen lagen.

Medaillen für die Schlächter

Die Briten begannen am 18. Mai mit der Auslieferung der Flüchtlinge, die sich vor den Kommunisten nach Österreich geflüchtet hatten (es waren etwa 220.000). Während dieser Zeit war Tito ständig zwischen Zagreb und Ljubljana unterwegs. In seinen berüchtigten Reden in der zweiten Maihälfte 1945 in Zagreb und auf dem heutigen Kongresni trg in Ljubljana sagte er der Menge, dass die Verräter nie wieder die Berge und blühenden Felder sehen würden, und sagte zwischen den Zeilen, dass sie mit allen abrechnen würden. Zu dieser Zeit wurden die zurückgekehrten Slowenen, Kroaten und Serben bereits in Konzentrationslager und auch nach Kočevje transportiert. Nach Aussage von Jure wurde dieser Ort Tito von der slowenischen Parteiführung empfohlen, die zusammen mit Tito am 1. Juni eines der Schlachthäuser besuchte. **Edvard Kardelj, Ivan Maček-Matija, Franc Leskošek – Luka, Aleksander Ranković, Peka Dapčević, Koča Popović** und einige andere prominente Funktionäre sollen damals mit Tito gekommen sein. Sie waren offensichtlich zufrieden, denn bald kam der Befehl, dass den Henkern ein 14-tägiger Urlaub in Bled (dt.Veldes) gewährt werden sollte. Dafür sorgte Ivan Maček – Matija, der Chef der slowenischen OZNA (Geheimdienst und Geheimpolizei), der eine Willkommensrede hielt und ihnen Orden überreichte.

Nach mehreren Zeugenaussagen, schrieb Božić in *Hrvatsko slovo*, wurden die Schlächter, die mehr als 2.000 „kroatische Banditen“ hingerichtet haben, besonders gelobt. Der Rekordhalter und Träger der „goldenen Kočevje-Medaille“ war **Ante Čepić**, ein Kroate aus Makarska, Maschinengewehrschütze während des Krieges und Mitglied der Kommunistischen Partei Jugoslawiens seit 1944. Er soll 3.800 Menschen getötet haben. **Ljuba Periša**, ein Kroate aus Šibenik, ein OZNA-Offizier und Mitglied der Kommunistischen Partei Jugoslawiens seit 1943, erhielt eine Silbermedaille für 3.000 Getötete. Nach dem Krieg wurde er verrückt und tötete seine Familie in Novi Sad mit einer Trophäenpistole, mit der er auch in Kočevski Rog tötete. **Ado Dragić**, seit 1943 Mitglied der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, erhielt die „bronzene Kočevje-Medaille“ für 2.200 Gefallene, und **Ivan Bokež** (eigentlich **Nikola Marić** aus dem Boke Kotorske) und Kommissarin **Milja** (eigentlich **Milka Planinc**) erhielten ein Sonderlob für 2.000 Gefallene. „Das Treffen der Kočevje-Schlächter am Bleder See verwandelte sich schnell in eine mehrtägige zügellose Orgie von Ausschweifungen, Primitivismus und Atavismus. Die kosmopolitische Bevölkerung und die Angestellten dieses prestigeträchtigen Kurortes waren entsetzt über das Wüten der Nutznießer des halbmonatigen Urlaubs, der vom Schlächter des Balkans – Marschall Tito – persönlich angeordnet und genehmigt wurde“, schrieb Božić. Die Zeugen erinnern sich nicht an Simo Dubajić, aber sie sehen deutlich die Kommissarin Milja vor ihren Augen, die auf den Tischen der Bleder Cafés tanzte und mit einem noch blutverschmierten Messer auf Holz einstach.

Unbestrafte Verbrechen

Die Verbrecher und diejenigen, die das Verbrechen angeordnet haben, wurden nie bestraft. Anzeigen, die in den letzten zehn Jahren gegen lebende Personen erstattet wurden, wurden meist abgewiesen oder landeten in den Schubladen der Staatsanwälte. Tito und die Partei haben immer Schlächter geschätzt, von denen die meisten nicht über 25 Jahre alt waren. Wie viele von ihnen die Drecksarbeit in Kočevski Rog gemacht haben, weiß niemand. Einer von ihnen, Ivan Gučić, sprach von 60 bis 70, aber so viele waren offensichtlich nur in seiner Gruppe.

Die Exekutionen waren schließlich ein anspruchsvoller und mühsamer organisatorischer Kraftakt. Es galt, den Ort zu finden, die Gefangenen zu transportieren, sie zu bewachen, die Henker zu versorgen, die Friedhöfe zu schließen und die Beweise zu vernichten, und

Dokumente bezeugen, dass die Parteimitglieder große Angst hatten, dass die Massengräber nicht entdeckt werden und lange verborgen bleiben würden. Am 14. August 1946 schrieb der stellvertretende Innenminister **Boris Kocijančič,** der Vater von **Janez Kocijančič,** einem ehemaligen Parteimitglied und langjährigen Präsidenten des Slowenischen Olympischen Komitees, an alle Bezirks- und Kreisabteilungen des Inneren. Offenbar war Kocijančič mit dem blutigen Massaker an ideologischen Gegnern bestens vertraut, denn er warnte seine Untergebenen, dass „es zwischen gewissen Kreisen viel Lärm geben könnte, weil sie versuchen werden, das Volk mit verschiedenen Appellen an Frömmigkeit und Menschlichkeit zu täuschen und Unmut für die Volksautoritäten zu erzeugen." Nun, die „gewissen Kreise" wurden früher oder später beseitigt und die Morde wurden jahrzehntelang vertuscht (außer unter den Einwanderern in aller Welt). Noch heute haben einige, die noch am Leben sind, Angst zu sprechen, obwohl die Wahrheit, die die Nachfolger des kommunistischen Regimes immer noch durch Täuschung vertuschen, ans Licht kommen sollte. Doch Kočevski Rog ist nur eine der Tragödien…

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei DEMOKRACIJA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

37) Sloweniens konservative Regierung weist Kritik des Europarats zurück

Von Daniel Deme

15. 06. 2021



Janez Janša · *Bildquelle: Remix News*

Janšas Konservative reagieren auf Menschenrechtsvorwürfe

Die Menschenrechtskommissarin des Europarates, Dunja Mijatović, hat in ihrem „Memorandum zur Meinungs- und Medienfreiheit in Slowenien“ die Vergabe von staatlichen Beihilfen an unabhängige Medien durch die slowenische Regierung scharf kritisiert. Außerdem hat sie ihre Besorgnis über die ihrer Meinung nach von der Regierung unternommenen Schritte geäußert, die die Fähigkeit kritischer Stimmen, frei zu sprechen, zu untergraben drohen.

Hintergrund der Kritik sind die Entscheidungen der slowenischen Agentur für elektronische Kommunikation, die mit der Zuteilung von Geldern an die Medien des Landes beauftragt ist. Während des jährlichen Prozesses kann die Kommission staatliche Zuschüsse an Pressestellen vergeben oder verweigern, basierend auf einer Reihe von Bedingungen, bei denen Medienorganisationen auf einer Skala von eins bis zehn Punkte erhalten, basierend auf ihrem Antrag und ihrer Leistung in der vorherigen Periode.

Einige Medienorganisationen, die keine oder weniger staatliche Zuschüsse als in den Vorjahren erhalten haben, haben gegen die konservative Regierung von Janez Janša Beschwerde eingelegt und sie der politischen Voreingenommenheit und Einschüchterung beschuldigt. Wie in den Berichten des Rates hervorgehoben wird, haben sie auch Behauptungen über Einschüchterungen gegen Journalisten und über beleidigende Hassreden aufgestellt. Der Bericht hat einige Einträge in sozialen Medien hervorgehoben, in denen weibliche Journalisten frauenfeindlichen Kommentaren bezüglich der Unterordnung unter Männer und einigen Beleidigungen sexueller Natur ausgesetzt waren.

Der Bericht kritisiert auch die slowenische Regierung für das Verbot von wöchentlich stattfindenden Studentendemonstrationen, was diese als Angriff auf ihr Recht auf Protest betrachteten. In ihrer Antwort haben die slowenischen Behörden die Tatsache hervorgehoben, dass aufgrund von Pandemiebeschränkungen keine großen Versammlungen im Land erlaubt waren, und die Schlussfolgerung des Rates, dass diese Demonstrationen gestoppt wurden, um die Demonstranten daran zu hindern, ihre Meinung zu äußern, unwahr sei.

In der Antwort der Regierung wird auch darauf hingewiesen, dass es bei einigen der Demonstrationen zu erheblicher Gewalt kam, in deren Verlauf 17 Polizeibeamte verletzt wurden. Während einer solchen Veranstaltung am 11. Mai wurden nicht nur Polizeibeamte, sondern auch Journalisten von gewalttätigen linken Demonstranten angegriffen. Bei einer früheren Demonstration im November 2020, die die Europäische Kommission selbst als „friedlich“ bezeichnet hat, warfen Demonstranten Granitblöcke auf Polizisten, andere Teilnehmer und sogar Sanitäter.

Zum Thema staatliche Hilfen für die Medien: Trotz der schweren wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie hatte die slowenische Regierung zweistellige Millionenbeträge an COVID-19-Hilfen für die Medien bereitgestellt, darunter ein monatliches Grundeinkommen von 700 Euro für Journalisten sowie die Finanzierung von 80 Prozent der Löhne von derzeit entlassenen Journalisten, die in privaten Medien arbeiten.

Die Regierungserklärung räumt allerdings ein, dass während der COVID-19-Krise der öffentliche Diskurs „herabgewürdigt und die Rhetorik überhöht wurde“. Dieser Diskurs fand in den sozialen Medien statt und beinhaltete Konfrontationen zwischen Politikern und

Journalisten. Diese Konfrontation könne jedoch nicht als Angriff auf die Medienfreiheit gewertet werden, sondern sei Teil eines demokratischen Prozesses gewesen, heißt es in der Erklärung.

„Wir müssen betonen, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung ein Recht ist, das jedem zusteht, auch der Regierung und ihren Vertretern, und es beinhaltet von Natur aus auch die Äußerung von Kritik“, heißt es in dem Schreiben der Regierung.

Der Bericht des Europarats selbst erkennt an, dass Journalisten nicht von Kritik ausgenommen werden können, eine Meinung, der sich die slowenische Regierung in ihrer Antwort anschließt. Sie fügt hinzu, dass dies insbesondere dann der Fall ist, wenn Journalisten unwahre Berichte veröffentlichen und absichtlich Lügen verbreiten. Dies ist eine Anspielung auf die Tatsache, dass die Gründe, die die Medienkommission für die Nichtvergabe von Finanzhilfen an einige Zeitschriften und Radiosender anführte, ihre einseitige Berichterstattung und die Tatsache waren, dass sie lokale Angelegenheiten ignorierten, die den Kernteil ihrer Berichterstattung hätten ausmachen sollen.

Als Reaktion auf die Vorwürfe der von der Regierung inspirierten Gewalt gegen die Presse wird in der Antwort der Regierung hervorgehoben, dass der letzte solch schwere Angriff vor etwa 20 Jahren im Jahr 2001 stattfand, als ein Reporter vor seinem Haus schwer verprügelt wurde. Seitdem gab es zwei weitere Vorfälle von Gewalt gegen Pressevertreter. In einem Fall versuchten linksradikale Aktivisten, einem Reporter während einer Demonstration die Kamera zu stehlen, der andere Fall ereignete sich während eines gewalttätigen Anti-Regierungs-Protestes, als ein Pressefotograf von Demonstranten verprügelt wurde.

Andererseits erwähnt der Regierungsbericht den Fall des Investigativjournalisten Bojan Požar, der systematischem Druck und Einschüchterung durch einige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ausgesetzt war und über dessen Fall die slowenische Presse nie berichtet hat, weil sich seine Arbeit hauptsächlich auf die Aufdeckung von Korruption bei zentristischen und linken politischen Parteien konzentriert hat. Tatsächlich, so schlussfolgert der Regierungsbericht, „sehen wir eine potentielle Erosion der journalistischen Freiheiten ausschließlich in den privaten Medien, wo sich eine schädliche Medienkonzentration gebildet hat, die es den Eigentümern großer Medienunternehmen, die den Markt kontrollieren, ermöglicht, Einfluss darauf zu nehmen, worüber Journalisten schreiben. Es ist seit Jahren ein ständiges Problem, dass Journalisten großer Tageszeitungen, die sich im Besitz von drei Medienmagnaten befinden, nicht über Missetaten ihrer Eigentümer berichten dürfen.“

Quelle: Remix News

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

38) Griechenland will mit „Schallkanonen“ Migranten an der Grenze zur Türkei Abschrecken

10. 06. 2021



Bildquelle: Fdesouche

Die griechische Polizei hat die Installation von zwei „Schallkanonen“ an ihrer Landgrenze zur Türkei angekündigt. Diese mächtigen Lautsprecher sollen Versuche von illegalen Migranten abwehren, den Fluss Evros zu überqueren, der die beiden Länder trennt. Eine bisher in Europa beispiellose Maßnahme.

„Zwei Schallkanonen wurden südlich und nördlich des Flusses Evros in Stellung gebracht“, erklärte ein griechischer Polizeibeamter in der Grenzregion gegenüber der AFP. Der Fluss, der die Grenze zwischen Griechenland und der Türkei markiert, ist einer der Hauptanziehungspunkte für Migranten nach Europa. Die griechische Polizei kaufte die hochmoderne Ausrüstung mit „nationalen Mitteln“ nach dem Zustrom von Migranten im Februar 2020.

Diese Schallkanonen können einen Schall von bis zu 162 Dezibel aussenden. Zum Vergleich: Ein normales Gespräch hat durchschnittlich 60 Dezibel und ein Flugzeug strahlt etwa 120 Dezibel aus. Im Februar und März 2020 „hätten solche Soundsysteme abschreckende Ergebnisse erzielt. Wir wären nicht unter solch einem erstickenden Druck gestanden“, ertklärte der Grenzschutzbeauftragte Panagiotis Harelas gegenüber dem griechischen Fernsehen.

Die Europäische Kommission „hat mit Besorgnis die Berichte in den Medien über dieses akustische Kanonengerät zur Kenntnis genommen“, das „eingesetzt werden soll, um von Grenzübertritten abzuschrecken“, sagte ein Sprecher der Kommission, Adalbert Jahnz, am Donnerstag. Er fügte bei einer Pressekonferenz hinzu, dass er „in Kontakt mit den griechischen Behörden“ sei, um „mehr Informationen“ über das Gerät zu erhalten.

Sammy Mahdi, belgischer Staatssekretär für Asyl und Migration, sagte, er sei „sehr für den Schutz der europäischen Grenzen, aber noch mehr für den Schutz der europäischen Werte.

Das Ziel ist nicht, alle Migranten abzuschrecken, sondern die Migration besser zu kontrollieren. Dies kann und muss auf humane Art und Weise geschehen“, fügte er in einer Erklärung hinzu.

Quelle: Le Courrier de l’Atlas

Die Europäische Union wird bis Ende des Jahres eine Stahlmauer zwischen Griechenland und der Türkei errichten. Ein gepanzerter LKW, der mit einer Schallkanone ausgestattet ist, die ohrenbetäubenden Lärm abfeuert, vergleichbar mit der Lautstärke eines Düsentriebwerks, wird ebenfalls an der griechisch-türkischen Grenze eingesetzt, um Migranten daran zu hindern, europäisches Territorium zu erreichen.

Europa wird ein wenig vorsichtiger. Nachdem die Europäische Union (EU) die libysche Küstenwache ausgerüstet und ausgebildet hat, um so viele Migrantenboote wie möglich abzufangen, und dann ein neues Abkommen mit Tunesien unterzeichnet hat, um den Strom der Flüchtlinge, die das Mittelmeer überqueren, im Austausch für finanzielle Hilfe einzudämmen, erwirbt sie nun ein neues Schutzarsenal.

Diesmal investiert die Union an der griechisch-türkischen Grenze und nimmt eine Schallkanone in Betrieb, die von einem gepanzerten LKW aus ohrenbetäubenden Lärm abfeuert, der die Lautstärke eines Düsentriebwerks erreichen kann. Eine Stahlmauer wird auch die Übergänge blockieren, die von Exilanten genutzt werden, um über die Evros-Grenze nach Griechenland zu gelangen.

Quelle: InfoMigrants

Hightech-Überwachung von Migranten an der griechisch-türkischen Grenze

Ein griechisches Panzerfahrzeug, ausgestattet mit einer ultrastarken Schallkanone.

Entlang der 200 km, die Griechenland und die Türkei trennen, wurden neue Überwachungs- und Abschreckungssysteme getestet, darunter eine extrem leistungsstarke Schallkanone.

Dimosthenis Kamargios, Grenzschutzbeamter: „Wir sind bereit. Mit unseren neuen Systemen haben wir ein sehr klares Bild von dem gesamten Gebiet, und wir sind bereit, unsere Kräfte entsprechend auf die Gebiete zu lenken, in denen ein Masseneintritt von Migranten versucht werden könnte. Mit neuen Systemen wie der Schallkanone und gepanzerten Fahrzeugen können wir diesen Einbruch verhindern.“

Die EU hat nach der Flüchtlingskrise vor fünf Jahren, als mehr als eine Million Menschen – viele von ihnen flohen vor Kriegen in Syrien, Irak und Afghanistan – in Griechenland und anderen EU-Ländern ankamen, 3 Milliarden Euro in Sicherheitstechnologie investiert.

Es gibt jedoch einige Abgeordnete, etwa der deutsche Patrick Breyer von der Piratenpartei, die ethische Fragen zu dem System haben: „Was wir an den Grenzen sehen, und in der Behandlung von Ausländern im Allgemeinen, ist, dass es oft ein Testgelände für Technologien ist, die dann auch auf Europäer angewendet werden.“

Entlang des Evros-Flusses wurden eine Stahlwand und zahlreiche Beobachtungstürme installiert, die mit Fern- und Infrarotsicht ausgestattet sind. Die Griechen, die der Türkei gegenüberstanden, wollten auf alles vorbereitet sein.

Athanasios Pemousis, aus der Gemeinde Poros: „Wir haben einen immer aggressiveren Nachbarn. Auf ihrer Seite gibt es nie eine Kompromissposition. Nur eine aggressive Position. Wir sind immer in der Defensive, wir müssen etwas tun, um uns zu verteidigen."

Trotz einer oft angespannten Situation und Zusammenstößen, wie in Evros im März 2020, ist die Zahl der nach Griechenland einreisenden Migranten innerhalb eines Jahres um fast 80 % gesunken.

Quelle: Euronews

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

39) Salvini + Berlusconi? Das Szenario einer „Lega Italia" zeichnet sich ab

Von Alberto Basile

07. 06. 2021



Salvini & Berlusconi · Bildquelle: Centro Machiavelli

In den letzten Tagen mehren sich die Gerüchte über einen Zusammenschluss zwischen der Lega Salvini und der Forza Italia. Zunächst würde es sich um die Bildung einzelner Fraktionen im Parlament handeln, aber die Möglichkeit der Gründung einer echten Partei, der „Lega Italia", mit Salvini als Sekretär und Berlusconi als Präsident, zeichnet sich am Horizont ab. Bis vor wenigen Wochen mochte es noch wie politische Phantasie erscheinen, aber das Projekt einer „Lega Italia" wurde kürzlich in einem Dossier der „Nazione Futura" diskutiert und ist heute eines der Hauptthemen in allen nationalen Zeitungen.

Die Idee der einzelnen Fraktionen wurde zunächst von Matteo Salvini lanciert; das Projekt scheint in Giorgettis Händen zu sein und Berlusconi scheint gewillt, den Vorschlag zu akzeptieren, obwohl es in der Forza Italia keinen Mangel an gegenteiligen Stimmen gibt. Salvini könnte sich so auf elegante Weise von Giorgia Meloni distanzieren, ihm stünden die Türen der Europäischen Volkspartei weit offen und er würde sich als Führer der rechten Mitte etablieren. Berlusconi käme aus der Sackgasse der Forza Italia heraus, die von allen Seiten Stücke und Stimmen verliert, und könnte Salvini als Mitgift einen Wahlkonsens in

Süditalien bringen, um den die Lega kämpft. Natürlich gibt es Fallstricke, wie die PdL-Affäre (Il Popolo della Libertà) zeigt, aber ich glaube, dass sich diese Herausforderung, wenn sie schrittweise, intelligent und realistisch gehandhabt wird, als sehr interessant erweisen könnte. Forza Italia und die Lega von heute haben viel mehr miteinander zu tun als Fini und Berlusconi zur Zeit des PdL.

Persönlich würde ich diese Entwicklung des politischen Rahmens der rechten Mitte begrüßen. Auf diese Weise würde eine große und moderne konservative Partei entstehen, von der liberalen Rechten, patriotisch, aber nicht nationalistisch, Förderer eines „starken, aber nicht geschäftigen" Staates, europäisch, aber nicht dogmatisch pro-europäisch. Es könnte auch kleinere Akronyme enthalten, wie die neue Partei von Toti und Brugnaro oder die Formation von Maurizio Lupi. Die „Lega Italia" hätte sicherlich plurale Seelen und Strömungen in sich, und wenn sie es versteht, die Dialektik zu managen, würde sie der rechten Mitte und dem ganzen Land nützen.

Interessant fand ich in diesem Zusammenhang die Überlegungen von Alessandro Campi in „Il Giornale" und Giovanni Toti in „Repubblica". Ersterer hofft auf eine „konservative Massenpartei, etwas, das es in Italien noch nie gegeben hat und das in unserer politischen Landschaft störend sein würde. Sie sollte die Partei der Tradition, der sozialen Marktwirtschaft, der religiösen Werte, der Gewissheiten und der sozialen Stabilität sein. Eine Kraft, die das untergetauchte Recht repräsentiert, von dem Longanesi sprach". Giovanni Toti seinerseits ist vorsichtiger, aber er ist bereit, „einen Raum zu unterstützen, in dem alle Kulturen der rechten Mitte unabhängig von den Zahlen eine politische Heimat haben", also „eine große konservative Partei, in der verschiedene Seelen vereint werden können".

Ich stimme mit beiden Analysen überein. Italien hat endlich eine große Mitte-Rechts-Kraft wie die spanische PP oder die britischen Konservativen verdient. Ich weiß, es hat in unserer Geschichte keine Vorbilder, aber es gibt Zeiten, in denen man die Karten auf dem Tisch komplett neu mischen kann. Natürlich ist mein Wunsch nur ein Wunsch, der noch lange nicht in Erfüllung geht, aber wir beginnen Wege zu sehen, die zum Ziel führen.

Natürlich hängt, wie bei jedem komplexen Projekt, alles davon ab, wer und wie dieser Entwurf realisiert werden soll. Können wir von einer neuen Generation von 20- bis 30-Jährigen träumen, die in der neuen politischen Einheit geboren und politisch aufgewachsen sind und dazu bestimmt sind, die herrschende Klasse von morgen zu repräsentieren und als Bollwerk gegen politische Korrektheit und linke Ideologie zu agieren?



Alberto Basile

Geboren 1988, Doktor in Fremdsprachen (Katholische Universität Mailand). Mehrsprachig, aber immer tief mit seinem Land verbunden, sieht er sich selbst als konservativen und realistischen Liberalen. Er arbeitet im kaufmännischen Bereich für eine italienische Luxusmarke.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei CENTRO MACHIAVELLI, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

40) Portugal: Diogo Pacheco de Amorim, Chegas Ideologe

Von Álvaro Peñas

06. 06. 2021



Diogo Pacheco de Amorim · *Foto: El Correo de España*

„Chega prangert laut an, was die Portugiesen mit leiser Stimme zu sagen pflegten“

Interview mit Diogo Pacheco de Amorim, dem Ideologe der portugiesischen Partei „Chega!“ („Es reicht!“). Er war der Autor des Wahlprogramms für die Legislative 2019, der „ideologischen Matrix“ und der „Gründungstexte“ der Partei, Vizepräsident seit ihrer Gründung bis zum letzten Kongress am 30. Mai letzten Jahres und Berater von André Ventura in der Versammlung der Republik. Während seiner intensiven politischen Karriere gehörte Pacheco de Amorim zu den integrativen Studentenbewegungen, die sich gegen die Entkolonialisierung wandten und Portugal und die Überseeprovinzen als Ganzes verteidigten. Er musste während der turbulenten Jahre der Nelkenrevolution ins Exil nach Madrid gehen und war Mitglied der Demokratischen Bewegung zur Befreiung Portugals. Er arbeitete für Parteien wie die Bewegung für Unabhängigkeit und Nationalen Wiederaufbau,

die CDS-PP, wo er Berater des Präsidenten und stellvertretenden Ministerpräsidenten Diogo Freitas do Amaral war, und die Neue Demokratie, wo er Ideologe bei Manuel Monteiro war.

Der letzte Kongress der Chega diente dazu, die Führung von André Ventura zu bekräftigen und die Partei für die Kommunalwahlen neu zu organisieren. Der Kongress wurde von Matteo Salvini besucht. Der Vorsitzende der Lega sprach von der Vereinigung von Volksparteien, konservativen Parteien und Identitätsparteien: „Mein Traum ist es, die Besten dieser drei Familien zusammenzubringen, um den Sozialisten und Kommunisten und denen, die gegen ein Europa der Völker und der Freiheit sind, entgegenzutreten“. Chega und Lega sind Mitglieder der europäischen Fraktion „Identität und Demokratie“ (ID).

Eine aktuelle Umfrage gibt ihnen 8,3 % der Stimmen und bestätigt sie als dritte politische Kraft, knapp hinter den Konservativen und den Sozialisten. Worin liegt der Erfolg der Chega?

Dieser Erfolg liegt in unserer Fähigkeit, alles laut anzuprangern, was die meisten Wähler aus Angst vor der sozialistischen Macht und der politischen Korrektheit nur mit leiser Stimme zu sagen pflegten. Tatsächlich gibt es seit der Revolution vom 25. April keine wirklich konservative und liberale Partei mehr auf der politischen Bühne Portugals. Sowohl die PSD als auch die CDS sind keine wirklich konservativen und rechtsgerichteten Parteien. Sie sind Mitte-Rechts-Parteien sozialdemokratischen Ursprungs und sie konfrontieren die Sozialistische Partei nicht, weil sie viele ihrer Werte teilen. Chega teilt keine der Werte des sozialistischen Raums und ist daher durchaus in der Lage, eine frontale Kritik an diesen Werten und den Ergebnissen dieser Werte, die in konkrete Politik umgesetzt werden, die in Portugal seit 45 Jahren angewandt wird, zu üben.



Bei den letzten Präsidentschaftswahlen haben Sie Ihre besten Ergebnisse in ehemaligen kommunistischen Hochburgeb erzielt. Wie erklären Sie sich diesen Wechsel zugunsten von Chega?

Ein großer Teil dieser Wählerschaft ist nicht wirklich kommunistisch und hat die Kommunisten gewählt, weil sie die einzigen waren, die die Situationen eklatanter Ungerechtigkeit anprangerten, die die Parteien des Systems geschaffen und aufrechterhalten haben. Chega prangerte diese Situationen deutlicher und entschiedener an als die Portugiesische Kommunistische Partei. Aufgrund der Unterstützung, die sie in den letzten Jahren der Regierung der Sozialistischen Partei gegeben hat, hat sie schließlich Maßnahmen der Regierung zugestimmt, die vor allem den schutzlosesten Wählern geschadet haben.

Ihr Erfolg hat die portugiesische Linke und die extreme Linke sehr nervös gemacht, und sie sind so weit gegangen, dass sie bei mehreren Gelegenheiten ein Verbot Ihrer Partei gefordert haben.

Ja, sie sind sehr nervös, denn egal wie sehr sie versuchen, uns in den Medien zu verunglimpfen. Wir steigen immer noch in den Umfragen und sie sehen nicht, wie sie uns im üblichen politischen Kampf in Demokratien aufhalten können. Sie versuchen also, die Methoden anzuwenden, die die extreme Linke in Ländern, in denen sie entscheidenden Einfluss erlangt hat, schon immer benutzt hat: die Justizmaschinerie zu nutzen, die sie infiltriert hat.

Gibt es einen Versuch der etablierten Parteien, Chega zu isolieren?

Ja, es gibt ihn, und zwar auf eine sehr klare Art und Weise: Der Versuch, uns zu ächten, ist eine der frontalsten Versionen dieses Versuchs. Die andere ist, uns in den Medien mundtot zu machen und, wenn das nicht gelingt, schamlos zu lügen und zu verleumden.

Die Linke versucht, wie in Spanien, die Geschichte umzuschreiben. Ich wollte Sie zu zwei Themen befragen, dem Tod von Oberstleutnant Marcelino da Mata, Portugals höchstdekoriertem Soldaten, und dem Vorschlag des sozialistischen Abgeordneten Ascenso Simoes, das Denkmal der Entdeckungen abzureißen.

Wie überall wollen die Linken die Geschichte umschreiben und werden dies auch tun, wenn wir sie nicht aufhalten. Um dies zu tun, nutzt die Linke ihre fast ausschließliche Kontrolle über die Maschinerie des öffentlichen Bildungssystems, der Wissenschaft, der Sozialwissenschaften und der Welt der Kultur. Dies ist eine Situation, die dringend mit energischen politischen Maßnahmen rückgängig gemacht werden muss und der wir volle Priorität einräumen werden, wenn wir in der Regierung sind.

Im September gehen in Portugal wieder die Wähler zu Kommunalwahlen an die Urnen. Was erwarten Sie von diesen Wahlen? Wo hoffen Sie, die besten Ergebnisse zu erzielen?

Wir hoffen, dass wir in allen Gemeinden des Landes Bürgermeister einsetzen können, sowohl auf der Ebene der Gemeinden als auch, soweit möglich, auf der Ebene der Bezirke. Die Kommunalwahlen sind sehr wichtig, um im ganzen Land Fuß zu fassen und die Unterstützung zu festigen, die auf nationaler Ebene bei den Präsidentschaftswahlen gezeigt wurde. Wir hoffen, die dritte Partei in der Anzahl der Stimmen zu sein, und wir hoffen, unsere besten Ergebnisse in den großen Ballungsgebieten und im gesamten Gebiet südlich des Tejo zu erzielen.



André Ventura hat darauf hingewiesen, dass Chega nicht die Krücke der PSD sein wird. Welche Politik wird Chega in den Orten verfolgen, in denen ihre Stimmen entscheidend sind?

An diesen Stellen wird Chega von Fall zu Fall entscheiden. Aber mögliche Koalitionen mit der PSD werden immer davon abhängen, ob die PSD uns in der Regierung der Gemeinden akzeptiert und ob die politische Aktion in diesen Gemeinden unsere wichtigsten Wahlvorschläge berücksichtigt.

El Correo de España Dieser Beitrag erschien zuerst bei EL CORREO DE ESPAÑA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Bundesrepublik Deutschland – heute

Sehr geehrte Damen und Herren,

kann einer die Zustände, die in unserem Land eingerissen sind, treffender beschreiben als der ehemalige Bundesminister Spranger (Anhang)?

https://de.statista.com/infografik/24358/nebeneinkuenfte-von-bundestagsabgeordneten-nach-parteien/

CDU-Abgeordnete verdienen 8,7 Mio. Euro nebenbei

von
Matthias Janson

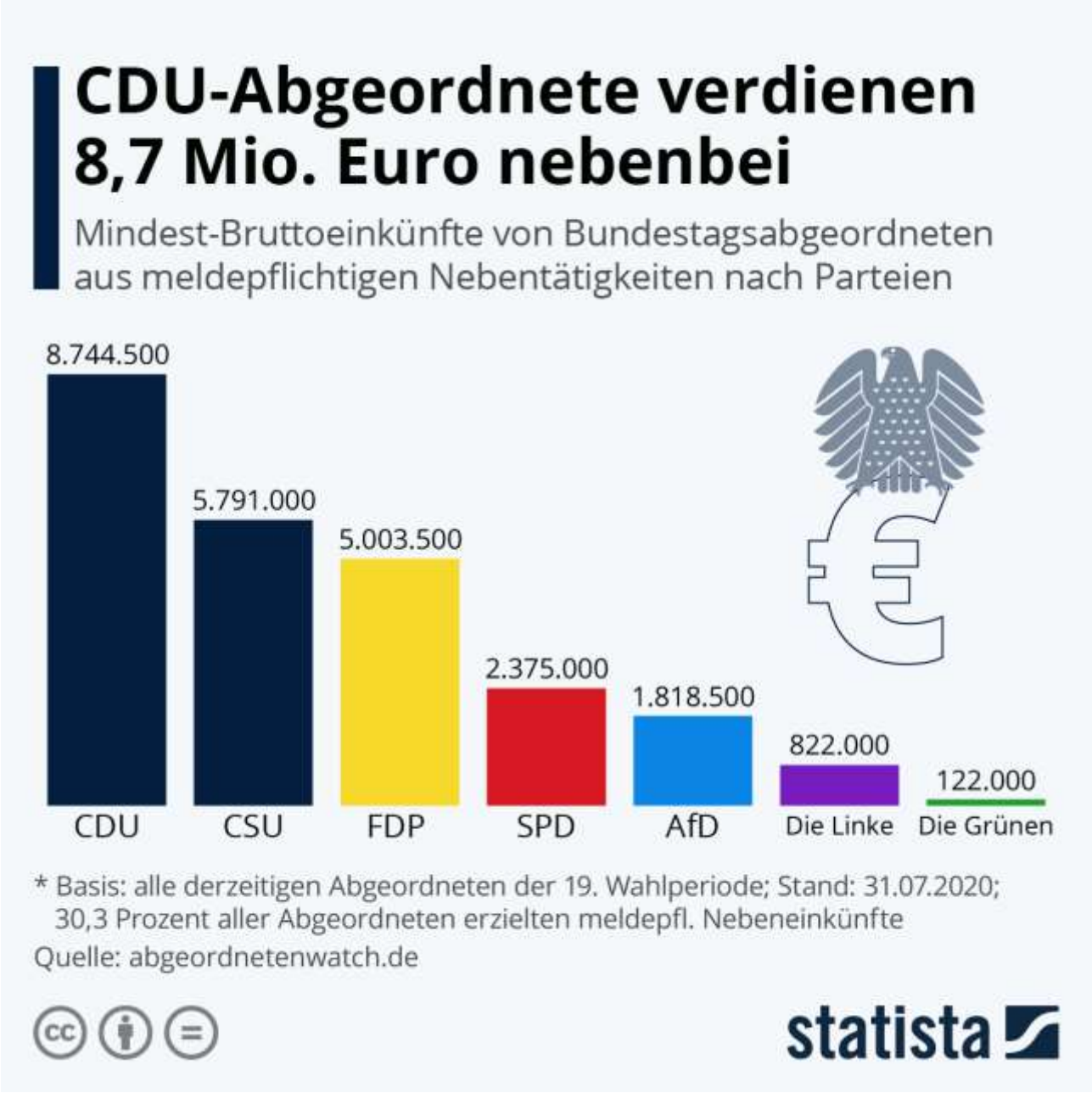
Matthias Janson
Data Journalist
matthias.janson@statista.com +49 40 284 841 564



08.03.2021

Rund ein Drittel der derzeitigen Bundestagsabgeordneten der CDU haben in der aktuellen Wahlperiode meldepflichtige Nebeneinkünfte erzielt - sie kommen dabei zusammen auf die Summe von 8,7 Millionen Euro. Damit liegt die CDU vor allen anderen Parteien, wie die Statista-Grafik auf Basis von Daten von abgeordnetenwatch.de zeigt. Die geringste Summe an Nebeneinkünften weisen die Grünen auf. Nicht alle Bundestagsabgeordneten erzielen Einkünfte aus meldepflichtigen Nebentätigkeiten. Der Anteil variierten letzten Erhebungen zufolge zwischen 13 Prozent (Die Grünen) und 53 Prozent (FDP). So erklärt sich auch, warum Parteien mit weniger Abgeordneten zum Teil in Summe ebenso hohe Einkünfte erzielen wie Parteien mit mehr Abgeordneten. Solche Nebentätigkeiten können etwa eine Rede vor Mitgliedern eines Unternehmens sein oder eine beratende Tätigkeit. Verboten sind die Nebentätigkeiten nicht. Nach dem Abgeordnetengesetz sind sie sogar explizit zulässig, solange das Bundestagsmandat noch „im Mittelpunkt der Tätigkeit“ der Politiker steht.

Die Nebentätigkeiten der Abgeordneten geraten aktuell durch die Maskenaffäre der CDU in den öffentlichen Fokus. Kürzlich hatte der CDU-Abgeordnete Nikolas Löbel hatte dem Spiegel bestätigt, dass er für die Vermittlung von Corona-Schutzmasken im vergangenen Jahr etwa 250.000 Euro kassiert hatte. Gegen den CSU-Politiker Georg Nüßlein ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts auf Bestechlichkeit und Steuerhinterziehung. Auch er hatte wohl für teure Maskenverträge abkassiert.



Das Desaster ist ja nicht erst jetzt losgegangen - seit vielen Jahren ist klar, in welches Unglück diese Frau unser Land gestürzt hat. Und alle CDU-Abgeordneten und alle CSU-Abgeordneten haben zugeschaut und keiner ist ihr in den Arm gefallen. Geduckt haben sie sich – und kassiert. Zuletzt bei der Maskenbeschaffung. Da ist jeder Anstand, jede Moral verlorengegangen (https://de.statista.com/infografik/24358/nebeneinkuenfte-von-bundestagsabgeordneten-nach-parteien/).

Diejenigen, die das Abgleiten der CDU in das linke-rote Gesellschaftsverständnis hätten verhindern müssen, waren die CDU-Bundestagsabgeordneten. Sie haben es nicht getan. Jahrelang nicht getan.

Wenn nun möglichst viele dieser Leute im September dafür bezahlen - durch den Verlust ihres Abgeordneten-Mandates persönlich dafür bezahlen, - fange ich an, wieder an Recht und Gerechtigkeit zu glauben. Dann waren es nicht die Abgeordneten – dann war es ein Höherer, der für Ordnung gesorgt hat.

Was die dann aber bezahlen ist nichts gegen das, was ich durch die mir zugemutete Rechtsverweigerung der Bundesrepublik Deutschland bezahlt habe: Mit meinem Bauernhof. Da ist das letzte Wort aber noch nicht gesprochen! Das Ganze ist wie in einem Kriminalfilm: **Zum Schluss siegt immer das Recht!**

Mit freundlichen Grüßen

Karin Zimmermann

Am Hang 19

53819 Neunkirchen-Seelscheid

E-Mail: info@Aviadoc.de

(Vertriebenenausweis-Nr. A - 3334/30.358)

Siehe die folgenden Seiten:

Carl- Dieter Spranger

Bundesminister a.D.

91522 Ansbach, 12.03.2021

Telefon (0981)
Telefax: (0981)

An den Landesvorsitzenden
der Christlich-Sozialen Union in Bayern,
Herrn Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL
Franz-Josef-Strauß-Haus
Mies-van-der-Rohe-Str. 1
80807 MÜNCHEN

Sehr geehrter Herr Landesvorsitzender,

das schwere Versagen der Bundeskanzlerin und ihrer Gefolgschaft in CDU und CSU in Bund und Ländern bei der Bekämpfung der CORONA-Pandemie schädigt Deutschland, seine Menschen und seine internationale Reputation gewaltig.

Was ist nicht alles fehlerhaft und falsch gemacht worden bei

- der verschleppten Beschaffung und Verteilung von Masken,
- dem Verzug des Schutzes von Alten- und Pflegeheimen,
- dem Fehlschlag mit der Corona-App.,
- der gigantischen deutschen und europäischen Schuldenorgie,
- dem massiven Versagen der EU-Bürokraten und ihrer schon als deutsche Ministerin untauglichen Präsidentin samt Kommissaren,
- dem viel zu späten und völlig unzureichenden Einkauf von Impfstoffen und ihren Einsatz,
- der verschlampten Einführung von Schnell- und Selbsttests,
- der monatelang verzögerten, Existenzgefährdenden, überbürokratisierten Auszahlung von Staatshilfen,

- der verantwortungslosen Missachtung der Existenzrechte von Selbständigen, Klein- und Mittelständlern in Handel, Gastronomie, Kultur, Sport, Touristik u.a.,

- in beinahe täglichen Änderungen unverständlicher, vielfältiger, tiefgreifender Lockdown-Regelungen ohne sinnvolle Begründungen.

Mediale Dauerpräsenz mit immer neuen Versprechungen durch führende CDU- und CSU-Politiker wie Spahn und Altmeier stehen im groben Widerspruch zum Handeln und Umsetzen. Eine aus dem Ruder gelaufene Verbotspolitik hat nach Dauer und Ausmaß der - von vielen Gerichten aufgehobenen - Einschränkungen von Grund- und Freiheitsrechten jedes Maß verloren.

All das das hat unabsehbare Folgen für die wirtschaftliche finanzielle, gesellschaftliche soziale und gesundheitliche Zukunft unseres Landes und seiner Menschen.

All das steht in der verhängnisvollen Tradition und Bilanz der Kanzlerschaft Merkels und ihrer Gefolgsleute in CDU und CSU.

Mein Rückblick zu Merkel vom Februar 2018 (untenstehend) fasste das schon damals zusammen. Die heute weitläufig rot/grün infizierten CDU und CSU haben mit der Union von Adenauer, Ehrhard Kohl und Strauß nur noch wenig gemein. Ob das nochmals anders wird, erscheint höchst zweifelhaft.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

(Unterschrift)

Carl- Dieter Spranger

Bundesminister a.D.

91522 Ansbach,

Februar 2018

Telefon (0981)

Telefax: (0981)

Merkel- ein Rückblick

in Ergänzung der gleichlautenden glänzenden Darstellung von Wolfgang Streeck, Direktor emeritus am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 16. November 2017.

„Ich werde Sie an Ihren Taten messen, hat die Bundeskanzlerin zwar nie ihren sozialistischen Auslandskollegen entgegengehalten, aber voller Arroganz dem konservativen Bundeskanzler Kurz bei seinem Antrittsbesuch in Berlin. Wer Frau Merkel nun an ihren Taten misst, kommt u.a. zu folgenden Ergebnissen:

1) Ihr überfallartiger, weltweit einzigartiger Ausstieg aus der Kernenergie war eine totale Kehrtwende zur bisherigen Unionspolitik, führt zu Folgekosten in Billionenhöhe und zu massiven Schäden für den Standort Deutschland, für Verbraucher und Arbeitnehmer, für Natur und Umwelt.

2) Ihr Ausstieg aus der Wehrpflichtpraxis bedeutet letztendlich den Anfang vom Ende der Parlamentsarmee. Die massive Unterfinanzierung der Bundeswehr während ihrer Amtszeit beschädigt in nie gekanntem Ausmaß die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr und die sicherheitspolitische Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland.

3) Ihre Europa- und Europolitik verletzte vielfach europäisches Recht und europäische Verträge und führte zur Verschuldung Deutschlands und zu Targetverpflichtungen in Höhe unzähliger Milliarden.

4) Der von ihr statt eines den Maastrichtkriterien verpflichteten deutschen Fachmannes mitinstallierte EZB-Chef Draghi enteignet mit seiner Geldschwemme-, Transfer- und Nullzinspolitik die deutschen Sparer zugunsten südeuropäischer Staaten mit bisher mehr als 300 Mrd. Euro.

5) Die ohne Abstimmung mit den Nachbarstaaten durchgeführte grenzenlose, unkontrollierte, unregistrierte illegale Masseneinwanderung war hunderttausendfacher Rechts- und Verfassungsbruch ohne

Parlamentsbeteiligung mit unabsehbaren Schäden für die, „die schon länger hier sind" (so Merkel): die Deutschen.

- Diese Masseneinwanderung spaltet Deutschland und Europa, isoliert Deutschland in Europa und hat den Brexit Großbritanniens entscheidend befördert.

- Sie belastet die deutschen Steuerzahler viele Jahre mit jährlich ca. 40 Mrd. Euro, die Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Kommunen und zugunsten hilfsbedürftiger Deutscher fehlen.

- Verwaltung und Rechtsprechung sind personell heillos überfordert, die staatlichen Leistungen an illegale Einwanderer, die keinerlei Gegenleistungen erbringen müssen, übersteigen die Einkünfte vieler Deutscher oft um ein Vielfaches.

- Die Glaubwürdigkeit des Staates und seiner Organe und das Vertrauen der Bürger daran haben schweren Schaden genommen. Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus werden durch diese Politik geradezu gezüchtet. Das schadet dem Ansehen Deutschlands in Europa und in der Welt.

- Die kulturelle Identität Deutschlands und des deutschen Volkes ist gefährdet, weil eine unregierbare Multi-Kulti-Gesellschaft entsteht, die die Kanzlerin früher mal als „gescheitert" erklärt hat.

- Statt ihre verantwortungslose Einwanderungspolitik zu korrigieren, hat die Kanzlerin den Konflikt mit der CSU gesucht, mit Hilfe ihrer rot/grünen Medienfreunde durchgeführt und so die schwerste Krise zwischen CDU und CSU vorsätzlich ausgelöst.

6) Mit erkennbarem Desinteresse an den schwierigen und oft unpopulären Themen Recht, Sicherheit, Ordnung, erfolgreicher Arbeit der Sicherheitsbehörden und dem Anspruch der Bürger darauf hat sie die Funktionsfähigkeit des Staates erheblich beeinträchtigt:

- Durch den Verfall staatlicher Institutionen wie Bundeswehr, Bildungswesen, Justiz, Verwaltung, Forschung und Wissenschaft.

- Durch den hunderttausendfachen Rechts- und Verfassungsbruch bei der Masseneinwanderung.

- Durch unzähligen und ungeahndeten Missbrauch des Asyl-, Ausländer- und Abschiebungsrechtes sowie des Sozialstaates.

- Durch die Überforderung von Polizei, Justiz und Verwaltung.

- Durch steigende Ausländerkriminalität.

- Durch Toleranz gegenüber Vandalismus und durch Missachtung des Versammlungsrechtes zu Lasten von Sicherheit und Ordnung, zu Lasten der Polizei und der gesetzestreuen Bürger.

- Durch Radikalisierung der politischen Landschaft und unerträgliche Toleranz gegenüber öffentlichen, insbesondere linksextremistischen Gewaltexzessen und der sogenannten Antifa und anderer linksextremistischen Organisationen.

Die berechtigten Sorgen der Bürger über diese Zustände, über die Erosion des Rechtsstaates und über schleichenden Staatsverfall sind ein entscheidender Grund für Entstehen und Aufschwung der AfD.

7) Mit ihrer Politik verschwendet Merkel viele Milliarden Euro zu Lasten der jungen Generationen und dringend notwendiger Investitionen in eine vielfach desaströse Infrastruktur bei Straßen, Wohnungen, Bahn, Bildungseinrichtungen u.a. Die Wirtschaft wurde mit Bürokratie überschwemmt, die Bürger durch Steuerzahlungen und Sozialabgaben in nie gekanntem Ausmaß belastet statt durch eine Steuerreform entlastet.

8) Merkels Familienpolitik schwächte die Institution Familie und stärkte den Einfluss des Staates wie in der früheren DDR. Sie hat „die Ehe für alle" zu verantworten, die den Wertefundamenten von CDU und CSU massiv widerspricht.

   Ein solcher Widerspruch besteht zu vielen ehemaligen Markenkernen der Union in der Wirtschafts-, Rechts- und Bildungspolitik. Dafür werden mit vielen Millionen Euro-, Gender-, Multi-Kulti- und linke „Anti-Rechts"-Organisationen gefördert. Hexenjäger und Gesinnungsgouvernanten der so genannten politischen Korrektheit tyrannisieren die Menschen. Vertreter nationaler, konservativer Werte und Politik werden als rechtspopulistisch, rechtsextremistisch, nazistisch diffamiert und linksextremistischen Gewaltexzessen ausgesetzt. Die Kanzlerin lässt das alles zu.

9) Nach der sozialdemokratisch geprägten Legislaturperiode 2013-2017 (u.a. Mindestlohn, Rente 63, Frauenquote, doppelte Staatsbürgerschaft, Mietpreisbremse, Netzkontrollgesetz) ist der aktuelle GroKo-Vertrag politisch und organisatorisch ein großer Sieg der desolaten SPD („für lange Zeit regierungsunfähig," so vor Wochen Merkel) und nach dem vermeidbaren Jamaika-Scheitern „Merkels Ausverkauf" (so FAZ) von CDU und CSU-Grundsätzen. Um Kanzlerin zu bleiben hat sie der Erpressung der SPD nachgegeben. In allen politischen Bereichen, besonders in der Europa-, Wirtschafts-, Finanz-, Rechts-, Verteidigungs- und Ausländerpolitik hat sie Grundpositionen der Union geräumt und der SPD nach dem Amt des Bundespräsidenten und des Bundesverfas-

sungsgerichtspräsidenten kampflos drei der wichtigsten Ministerien überlassen. 70 % des GroKo-Vertrages sind nach wissenschaftlichen Untersuchungen SPD-Programm.

10) Richtschnur ihres Handelns waren für Frau Merkel nicht die geistesgeschichtlichen und wertorientierten Grundlagen und Programme, Strategien und Zukunftskonzepte von CDU und CSU, wie sie unter Adenauer, Kohl und Strauß maßgebend waren, zu großen Wahlerfolgen führten und ein stabiles Parteiensystem ermöglichten. Dazu gehörte die Politik von Kohl und Strauß, rechts von der Union dürfe es keine demokratisch legitimierte Kraft geben. Diese Fundamente waren für Merkel immer ohne Bedeutung. Deutschland, deutsche Interessen, das deutsche Volk, deutscher Nationalstaat und Nationalbewusstsein sind für Frau Merkel keine Maßstäbe. Ihre Maßstäbe waren und sind vielmehr das Wohlwollen der linken, medialen, insbesondere der einseitigen rot-grünen öffentlich-rechtlichen Meinungs- und Manipulationskartelle sowie die desinformierende, bezahlte Meinungsumfrageindustrie. Diese Maßstäbe hat sie mit permanenten Kehrtwendungen, schönen Bildern und konturenlosem Phrasensprech, opportunistisch, mit elitärer Arroganz gegenüber dem Normalbürger, dem Volk und seiner Lebenswirklichkeit umgesetzt und so eine andere, eine rot/grüne Republik auf den Weg gebracht. Sie hat den großen Erfolg der alle Gesellschaftsbereiche zersetzenden, beherrschenden, totalitären und z.T. kriminellen 68-er Ideologie massiv befördert.

11) Die arrogante Missachtung der wahren Sorgen und Nöte vieler Bürger durch das rot/grüne „Establishment" in Medien, Gesellschaft und Organisationen sowie der durch Merkel vollzogene Linksruck der CDU und deren Missachtung ihrer konservativen, nationalbewussten, liberalen Mitglieder und Stammwähler führten zum Abschmelzen der Unionsparteien, zur Zersplitterung und Radikalisierung von Gesellschaft und Parteienlandschaft und zum Aufstieg der AfD. Mit politisch-medialer-gesellschaftlicher Hetze, Diffamierung, Ausgrenzung und Dämonisierung als „Rechtspopulisten, Rechtsextremisten, Nazis" kann man der AfD und ihren Wählern nicht erfolgreich begegnen. Man muss vielmehr die Ursachen von Gründung und Aufstieg der AfD erkennen, ernstnehmen, sich mit AfD-Positionen sachlich auseinandersetzen und sich wieder dem Volk zuwenden. Zu der dazu notwendigen Kehrtwende aber ist die Kanzlerin nicht willens. Eine personelle und programmatische Erneuerung der Union muss deshalb ohne sie stattfinden, will man den Niedergang von CDU und CSU als Volksparteien aufhalten.

02) AUF1: in Österreich startet erster alternativer und unabhängiger Fernsehsender

02. 06. 2021



Stefan Magnet, einer der erfolgreichsten alternativen Medienmacher im deutschsprachigen Raum, ist in Österreich mit einem neuen und vielversprechenden Projekt an den Start gegangen: den ersten alternativen und vor allem unabhängigen Fernsehsender für deutschsprachige Gebiete, genannt **AUF1 (Alternatives Unabhängiges Fernsehen, Kanal 1)**. Nachdem mit alternativen Onlineportalen wie Wochenblick, Info-Direkt und Unzensuriert bereits erfolgreich die staatliche subventionierte Mainstream-Medienlandschaft in Österreich aufgewirbelt wurde, nimmt man damit nun das Fernsehen – als größten Medienmarkt – in Angriff.

Nachrichten, Analysen und Hintergründe

AUF1 wartet dabei gleich von Beginn an mit einem breiten Medienangebot auf: Sendungen berichten über aktuelle Nachrichten, bieten politische Analysen, Hintergrundberichte und Interviews sowie Faktenchecks und Meinungen. Und auch Satire und Spaß kommt nicht zu kurz:

„Alternatives Unabhängiges Fernsehen, Kanal 1. Mit AUF1 startet der erste wirklich zu 100% unabhängige und alternative TV-Sender im deutschsprachigen Raum mit 7-Tages-Programm und täglichem Nachrichtenformat. Neuartig sind nicht nur die Inhalte, sondern auch die Grundprinzipien des Senders."

In der linken Fernseh-Medienlandschaft Österreichs, angeführt von einem mit Millionen Euro subventionierten und der Politik gelenkten Staatsfunk ORF, dürfte AUF1 einen Nerv treffen und den Bedarf an „alternativem Fernsehen" abdecken, wie auch die ersten Zugriffszahlen zeigen. Wir wünschen dem Projekt jedenfalls viel Erfolg und werden es gerne unterstützen.

Der Online-TV-Sender AUF1 ist ausschließlich durch seine Zuseher finanziert und will von keinen Investoren oder großen Werbeträgern abhängig sein. Wer das Projekt unterstützen möchte, kann dies hier tun.

Sender unterstützen:

https://www.auf1.tv/unterstuetzen/



Der Online-TV-Sender AUF1 ist ausschließlich durch seine Zuseher finanziert. Er ist von der Basis getragen und unterstützt und kann nur durch diese Zuseherschaft existieren. Wenn Ihnen das Programm gefällt und Sie den ersten wirklich unabhängigen TV-Sender unterstützen möchten, dann bitten wir Sie im Rahmen Ihrer Möglichkeiten zu helfen. Nur mit dieser Hilfe können wir ein tägliches Programm aufrechterhalten und weiter ausbauen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Dr. Norbert van Handel: Sorgen um die Entwicklung der EU

08. 06. 2021



Dr. Norbert van Handel

Ein Beitrag von Dr. Norbert van Handel (Steinerkirchen/Traun) *)

1. Der Rücktritt **Norbert Hofers** als Bundesparteiobmann der FPÖ hat Wellen geschlagen, teilweise zu hohe.
   Es ist ihm gelungen, nach Ibiza die Partei wieder auf Vordermann zu bringen. Eine Leistung, die man nicht hoch genug bewerten kann.
   Norbert Hofer wird als 3. Präsident des Nationalrats, immerhin die dritthöchste Position nach dem Bundespräsidenten, jede Möglichkeit haben politisch einzuwirken.
   In einer Präsidiumssitzung der Partei wurde der bisherige Clubobmann **Herbert Kickl** zum neuen Parteiobmann designiert. Seine Bestätigung durch einen Sonderparteitag wird voraussichtlich am 19. Juni erfolgen.
   Unter **Herbert Kickl** wird die Opposition vor allem auch gegenüber der türkis-grünen Regierung kantiger werden.
   Gleichzeitig betonte **Kickl** auch, dass es ihm wichtig sei, Verbindungslinien zu anderen Parteien aufzubauen, zu erhalten und zu pflegen – Verbindungen dieser Art gäbe es in allen politischen Lagern. Die FPÖ müsse für alle Eventualitäten gerüstet sein.
   Vor allem verwies **Kickl** sinngemäß auch darauf, dass in allen Landesparteien verschiedene politische Befindlichkeiten herrschten, auf die Rücksicht genommen werden müsse.
   Besonders trifft das natürlich für Oberösterreich als wirtschaftsstärkstes Bundesland zu, in welchem der FPÖ Obmann **Dr. Manfred Haimbuchner,** ein ausgewiesener Wirtschaftsfachmann, als Landeshauptmann-Stellvertreter überaus erfolgreich agiert.

Es ist deshalb ein Gebot der Stunde, **Haimbuchner** bei den kommenden Landtagswahlen in Oberösterreich mit allen Mitteln zu unterstützen, da gerade seine Position die Wirkmächtigkeit der Partei verkörpert.
Der Obmannwechsel der Bundes FPÖ ging nach umfassenden sachlichen Diskussionen elegant und ohne Verwerfungen über die Bühne.
Kickl dankte **Hofer** mehrfach für seine überaus verdienstvolle Tätigkeit und dieser sagte zu, die neue Bundesführung entsprechend zu unterstützen.

2. **Sorgen muss uns die Entwicklung der EU machen.**
Seit der EWG, die eine reine Wirtschaftsgemeinschaft war, versuchten maßgebliche Kreise die EU zu eine Art Union zu machen, deren Supremat über die einzelnen Länder immer größer wird. Beispiele dafür sind etwa das Hilfspaket für Nationen, die unter Corona besonders gelitten haben, das aber von allen Staaten als Schuldner solidarisch mitgetragen werden muss. **Eine Situation, die dem europäischen Recht nicht entspricht.**
Der Konstruktionsfehler der EU ist vor allem der, dass in wichtigen Fragen **Einstimmigkeit verlangt wird** und demnach genau jene wichtigen Fragen nicht managementmäßig durchgesetzt werden können.
Die Einstimmigkeit ist aber unverzichtbar, weil sonst die großen Nationen gnadenlos die kleineren beherrschen könnten. Ein Zustand, der langfristig weitere Austritte begünstigen kann.
Die Zentrifugalkräfte in der EU sind nämlich stärker als je zuvor, nur will man es nicht wahrhaben:
– Der **Brexit** war in dieser Richtung das stärkste Signal,
– die **Verweigerung der Schweiz, einen Rahmenvertrag mit der EU abzuschließen**, kann durchaus als Absatzbewegung gewertet werden,
– die Machenschaften des **dänischen Geheimdienstes** gegenüber befreundeten Ländern zeigt, dass von einem **EU Patriotismus nicht die Rede sein kann,**
– die unsicheren Situationen in Katalonien, Irland und Wales, letztere stärken Tendenzen aus dem Vereinigten Königreich auszutreten, bringt neue Unsicherheiten.
– **die ständigen Einmischungen in die verfassungsmäßigen Rechte anderer Länder**, insbesondere Ungarn, Polen, möglicherweise auch Slowenien, schüren den Unmut zwischen einzelnen Ländern einerseits und Brüssel andererseits.
3. **Besonders stört auch das Sanktionenregime der EU**.
Es ist mehr als lächerlich, Russland oder China ständig mit Sanktionen zu überziehen. **Gestört wird damit nur die Wirtschaft und gerade die ist es, die nach Corona alle Möglichkeiten haben muss.**
Die bedenkliche Situation der Kontakte zu Russland und China ist ebenso unerfreulich wie die Tatsache, dass man anscheinend seitens Brüssel oder auch anderer Nationen nicht in der Lage ist, in vernünftige Gespräche mit beiden Großmächten zu treten. **Gerade das chinesische Projekt der Neuen Seidenstraße, vielleicht das größte, das je auf den Weg gebracht wurde, sollte die EU dazu bringen, hier konstruktiv mitzuwirken und mit China entsprechende Möglichkeiten zu verhandeln**. Diesbezüglich geschieht nichts, weil auch das Personal der EU dazu nicht in der Lage zu sein scheint.
4. Die enge Anbindung an die USA, direkt über die NATO und indirekt über mangelnde Äquidistanzen, ist mehr als unerfreulich.
Wie soll eine Verteidigung Europas funktionieren, wenn im Grund genommen nichts ohne NATO gemacht werden kann?
Das Verhältnis zur Türkei und die ständige Gefahr, von Herrn **Erdogan** erpresst zu werden, was Frau **Merkel** zu danken ist, schwebt wie ein Damoklesschwert über der gesamten Immigrantensituation.

5. **Es sollte verstanden werden, dass die Abwehr einer ungebremsten Zuwanderung von ungebildeten und teilweise gewaltbereiten Menschen nichts mit Ausländerfeindlichkeit , sondern vielmehr damit zu tun hat, dass die einzelnen Länder ihre kulturelle Identität nicht gefährdet sehen wollen**. Dies wird vor allem von den Linksgrünen bewusst dahingehend verkehrt, dass pausenlos gerufen wird, die Menschenrechte würden nicht eingehalten werden. **Genau diese Menschenrechte sind allerdings auf dem Prüfstand, denn ihr Sinn war Gerechtigkeit im Weitesten, nicht aber gewachsene historische Kulturen gnadenlos zu zerstören.**
   Dass gerade diese mehr als reparaturbedürftigen Rechte seitens der linken UNO oder der großkapitalistisch unterwanderten WHO wie ein Mantra vor sich hergetragen werden, ist ein Faktum, dem konsequent entgegengesteuert werden muss.
6. In den letzten Jahren und Jahrzehnten sind vor allem **Aggressionen von den USA ausgegangen**. Man regt sich zwar über Einzelfälle auf, etwa in Russland, wenn man an **Nawalny** denkt oder in anderen Fällen in China, vergisst jedoch, dass diese Länder einen völlig anderen verfassungsmäßigen Aufbau haben. Die **westliche Demokratie zu exportieren, entspricht einer unangenehmen Überheblichkeit, wenn auf der anderen Seite so genannte demokratische Länder, wie etwa die USA, mit falschen Voraussetzungen ganze Länder und Zivilisationen zerstören – siehe Irak, Afghanistan, Syrien und Libyen.**
   Abgesehen von Demokratie-Defiziten, gerade in den USA, muss man erkennen, dass Amerika nicht mehr jenes Land ist, das 1945 die leidende europäische Bevölkerung mit Carepaketen und günstigen Krediten verwöhnte. Denn auch **diese Maßnahmen führten letztendlich zu einem permanenten Supremat der Amerikaner über Europa**. Historiker können, ausgehend von den sogenannten Friedensverträgen von Saint Germain und Versailles nach dem ersten Weltkrieg, dies leicht belegen. Darauf einzugehen würde allerdings hier zu weit führen.
7. Die EU müsste sich als **Wirtschaftsgemeinschaft**, beschränkt auf die vier großen Freiheiten, reorganisieren und jede weitere Einmischung in einzelne Länder im Sinne der Subsidiarität unterlassen.
   Da eine europäische Verteidigung, siehe oben, so lange nicht möglich sein wird, als die NATO dominiert, sollten sich zum Beispiel **jene Länder, die Jahrhunderte lang miteinander verbunden waren, enger zusammenschließen. M7 – ein Mitteleuropa der Sieben, d.h. die Visegrád-Staaten, Slowenien, Kroatien und Oberitalien haben vielfach gleiche oder sehr ähnliche Interessen, die im Rahmen der EU gebündelt werden sollten.**
   Auf einen Zerfall der EU zu wetten ist sinnlos, da Mammutbürokratien in sich nur schwer auseinanderfallen. Es gibt genügend historische Beispiele dafür.

*) Webseite des Gastautors: norbert.vanhandel.at/

* * *

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) M7 – ein Mitteleuropa der Sieben

In der EU müssen endlich die kleinen christlichen Länder gegen den großen linksliberalen Mainstream auftreten.

Deshalb ist M7 – Mitteleuropa der Sieben – eine Gruppe aus Visegrád-Staaten, Österreich, Kroatien und Slowenien in der EU so wichtig.
Wir werden mit allen Mitteln daran arbeiten müssen, dass dies auch Wirklichkeit wird, sonst sind wir langfristig auf der Verliererstraße.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Österreich: Ursula Stenzel zum Rücktritt von FPÖ Bundesparteiobmann Norbert Hofer

02. 06. 2021



Ursula Stenzel.- *Foto: Franz Johann Morgenbesser / Wikimedia CC 2.0)*

Wer meine Auftritte in OE24TV seit gestern verfolgt hat, kennt meine Haltung zu den Freiheitlichen. Ich stehe außerhalb der FPÖ und habe meine Parteimitgliedschaft zurückgelegt, aber nicht mein Eintreten für eine starke FPÖ.

Gestatten Sie mir einen Helikopterblick auf die Ereignisse. Das wird auch Norbert Hofer gerecht, der ja ein leidenschaftlicher Pilot ist. Was wäre, wenn man ihn beim Sonderparteitag zum Ehrenobmann der FPÖ küren würde? Ich hoffe im Interesse Österreichs auf eine Erholung der FPÖ. Bundeskanzler Sebastian Kurz ist durch eigene Schuld schwer angeschlagen, die Tage der türkis/grünen Koalition sind gezählt. Diese hält nur, weil keiner von ihnen, weder Vizekanzler Werner Kogler noch Kurz zur Zeit Neuwahlen riskieren wollen. Daher ist eine schlagkräftige FPÖ ein Gebot der Stunde. Hofer, den ich persönlich sehr schätze und der die Partei nach der IBIZA-Falle, in die Strache hineingetappt ist, durch schwierige Gewässer geführt hat, war nicht mehr der Mann der Stunde.

Alle, die ihm jetzt Krokodilstränen nachweinen, heucheln. In Wirklichkeit ging es ihnen, allen voran der Kurz-ÖVP und ihren medialen Echoschreibern darum, den Dualismus in der FPÖ

fortzuschreiben. Das lenkt so schön von ihrer eigenen Misere ab, die Kurz selbst zu verantworten hat. Pubertäre Chats, ungeheure Schiebereien bei der Besetzung der ÖBAG, Anklagedrohung wegen vermutlicher Lügen vor dem U-Ausschuss, Missachtung des Parlaments und und und … . Es bedarf in einer solchen Phase der Selbstbeschädigung des türkisen Wunderwuzzis Sebastian Kurz, von Blümels E-Mail Poker gar nicht zu reden, einer scharfen Oppositionspolitik und keiner Anbiederung, als möglicher Koalitionspartner einer ÖVP, ob schwarz oder Türkis.

Aber Achtung: das, was jetzt die willfährigen Medien zu kolportieren versuchen, eine Art Dolchstoßlegende: das stimmt nicht. Nein, Kickl ist der Mann der Stunde. Ein Sonderparteitag sollte so schnell wie möglich einberufen werden. Das Präsidium der FPÖ wird darüber schon kommenden Montag entscheiden. Je länger ein Parteitag hinausgezögert wird, umso schlechter: das freut nur die Feinde der FPÖ, denn dann zieht sich die Personaldiskussion bis in den Herbst hinein und man kann unentwegt über Richtungsdiskussionen in der FPÖ berichten. Dies dürfte mittlerweile allen klar geworden sein. So haben so manche, die ihren Kopf zu weit hinausgestreckt haben bereits einen mehr oder minder erwarteten Rückzug angetreten.

Als erster der oberösterreichischen Landeshauptmannstellvertreter und oberösterreichische Landeshauptmann Manfred Haimbuchner, der klar gemacht hat, dass er nicht um den Bundesparteivorsitz rittern wird. Als zweiter, der Wiener FPÖ Obmann Dominik Nepp, der sich sekundiert von dem ÖVP- und Kurz-nahen Kurier als mögliche Alternative zu Kickl ins Spiel gebracht hat. Ein Manöver das eher als Selbstschutzvorstoß zu betrachten war. Und Kunasek, der Obmann der Steiermark, als eine Alternative zu Kickl? Das glaubt er wohl selbst nicht.

Alles deutet darauf hin, dass sich die Landesobleute sukzessive um Herbert Kickl scharen. Als Österreicherin, die der FPÖ Erfolg wünscht, darf ich Folgendes wünschen: Einen Sonderparteitag: Ende Juni, Anfang Juli, keine Kampfabstimmung, sondern ein klares Votum für Herbert Kickl. Man kann Meinungsvielfalt in einer Partei auch anders abbilden als durch Kampfabstimmungen, oder eine Doppelführung. Also keine Krampflösungen. Der Mann der Stunde ist Herbert Kickl, ein hervorragender Stratege, angriffig und rhetorisch brillant.

Mit ihm an der Spitze soll die FPÖ ihre Familienstreitereien begraben und einen Neuanfang setzen.

Zur Autorin:

Ursula Stenzel war von 1972 bis 1995 ORF Auslandsredakteurin, vielen Zuschauern der Zeit im Bild als Moderatorin bekannt, von 1996 bis 2005 Abgeordnete zum Europaparlament und Leiterin der ÖVP Delegation, von 2005 bis 2015 Bezirksvorsteherin des ersten Bezirks in Wien, von 2015 bis 2020 Stadträtin für die FPÖ im Wiener Rathaus. Da sie nun unabhängig und parteiungebunden schreiben will, ist sie aus der Freiheitlichen Partei ausgetreten, der sie aber nach wie vor nahe steht. Stenzel schreibt regelmäßig auf ihren Blog *ursula-stenzel.at*.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) FPÖ – Kickl: SPÖ outet sich einmal mehr als Migrationspartei Österreichs

10. 06. 2021



Die Hoffnungsträgerin der SPÖ, Pamela Rendi-Wagner will ihre Partei noch mehr auf Migrationskurs bringen. *Bild: SPÖ Presse und Kommunikation / wikimedia / (CC BY-SA 2.0)*

FPÖ: Einwanderungsstopp und Rückführungen statt Pull-Faktor

Wien (OTS) – „Die SPÖ auf Rendi-Wagner-Kurs schlägt jetzt offen in die gleiche Kerbe wie die Grünen. Das Motto lautet: Neue Wählerschaft durch Einbürgerungen quasi am Fließband“, meinte heute der designierte FPÖ-Bundesparteiobmann Klubobmann NAbg. Herbert Kickl zu den neuen Einbürgerungsabsichten der SPÖ. Kickl weiter:

„Aber offenbar sind die Sozialdemokraten nach dem Rückzug Doskozils derart außer Tritt geraten, dass die abgehobene Parteispitze im Gegensatz zu den Vorstellungen der eigenen Basis und der überwiegenden Mehrheit der österreichischen Bevölkerung ihr Heil jetzt wieder in der Multikulti-Mottenkiste sucht. Das ist nicht visionär für Österreich, das ist heimatzerstörend.“

SPÖ: Rechtsanspruch auf Einbürgerung

Die SPÖ will einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung nach sechs Jahren Aufenthalt. In Österreich geborene ausländische Kinder sollen die Staatsbürgerschaft automatisch erhalten. „Damit outet sich die SPÖ einmal mehr als MPÖ, sie sollte sich gleich Migrationspartei Österreichs nennen“, meinte Kickl und betonte: „Die Staatsbürgerschaft muss man sich verdienen. Sie ist ein hohes Gut und kein beliebiger Fetzen Papier.“

Dänemark führe Migranten zurück, die SPÖ hingegen wolle sie vermehrt ins Land bringen und falle in alte Einwanderungsfantasien zurück. „Die SPÖ-Spitze wäre wohl eher besser

bei den Grünen aufgehoben“, meinte Kickl. „Wer klare und faire Regeln beim Thema der Zuwanderung will, hat nur die FPÖ als verlässlichen Partner. Denn unser Motto lautet: Zuwanderungsstopp statt Pull-Faktor, Rückführung statt Asylrekorde.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER



Steffen Reiche

Liebe Freunde und Freundinnen, ich habe gerade die Petition "Freiheit für alle politischen Gefangenen in Belarus!" unterzeichnet und möchte Dich fragen, ob auch Du Dich hinter dieses Anliegen stellen kannst. Dieses Anliegen bedeutet mir viel! Je mehr Unterstützung wir für diese Kampagne mobilisieren können, desto grösser sind unsere Chancen, die Kampagne zu gewinnen. Mehr über die Kampagne lesen und die Petition unterzeichnen:

https://act.campax.org/petitions/freilassung-aller-politischer-gefangenen-in-belarus?share=28716014-b5ba-45a3-ba6b-1fab6e0d6390&source=email-share-button&utm_medium=&utm_source=email

Pfarrer Steffen Reiche nimmt Sie gerne in seinen „Predigerkreis“ auf. Sie erhalten dann direkt neben den Predigten und Andachten auch Hinweise zu Gesellschaft und Politik und zu interessanten Veranstaltungen:
Steffen-reiche@gmx.de





Zugleich biete ich Ihnen mein Buch "Tief träumen und hellwach sein" an. Ihnen kann ich den Autorenrabatt anbieten und so sind es auch trotz Porto nur 20 €. Die CD kostet € 5,00.

Aufruf zur Unterstützung *Seiten 220 - 222*

1) Aufruf der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin zur Unterstützung*)

Die finanzielle Lage der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin ist schwierig. Gründe sind durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie gegenwärtig der Ausfall sämtlicher Veranstaltungen, die nicht nur Kosten verursachen, sondern – von Fall zu Fall – auch für die nötigen Einnahmen sorgen können.

Wir sind für unsere Arbeit vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt. Das heißt einerseits: wir dürfen keine Rücklagen bilden (mit denen wir jetzt wirtschaften könnten, unsere Miet- und anderen Kosten selbst tragen), aber wir dürfen für Ihre großzügige Spende eine Spendenquittung ausstellen.

Wir haben die herzliche Bitte, unsere Arbeit durch eine Geldspende zu unterstützen, damit unsere Tätigkeit weitergehen kann. Wir arbeiten ehrenamtlich.

Sie erhalten am Ende des Jahres eine Spendenbescheinigung, unsere Arbeit ist vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt!

Unsere Bankverbindung (Zusatz „Spende“ auf der Überweisung nicht vergessen!):

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:

Konto bei der Postbank Berlin

IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC BNKDEFF

**) Unser erfolglosester Aufruf!!!*

02) Paten für Jahrbuch Weichsel-Warthe 2022 gesucht



Jahrbuch-Paten für 2022 gesucht

Auch für das „Jahrbuch Weichsel-Warthe 2022“ werden wieder Jahrbuch-Paten gesucht. Durch diese Patenschaft sollen vor allem die Mehrkosten und der Versand an interessierte Personen und Einrichtungen in unseren Heimatgebieten im Posener Land, in Mittelpolen, Wolhynien und Galizien finanziert werden.

Nähere Einzelheiten zu der Übernahme der Jahrbuch-Patenschaft entnehmen sie bitte unseren entsprechenden Hinweisen in „Weichsel-Warthe“ sowie unserem „Jahrbuch Weichsel-Warthe 2021“, S. 176.

Herausgeber: Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Bundesverband e.V., 65185 Wiesbaden, Friedrichstr. 35 III, Tel. 06 11 / 37 97 87, Fax 06 11 / 1 57 49 72, E-Mail: LWW@gmx.de
Bankverbindung der LWW: Spanda-Bank Südwest EG, IBAN: DE86 5509 0500 0000 9587 55, BIC: GENODEF1S01
Schriftleitung: Dr. Martin Sprungala. - Erscheint einmal monatlich. Redaktionsschluß am 1. des Vormonats. - Druckvorbereitung: manz-werbedesign, Kranenhöhen
ISSN 0509-9757 - Für unterzeichnete oder signierte Artikel trägt der Verfasser die Verantwortung. - Nachdruck gestattet, sofern 2 Belegexemplare zugesandt werden.
Die Herausgabe dieser Folge wurde durch eine Zuwendung der Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk (NOKW) ermöglicht.

3) BdV: Die „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung

BdV Bund der Vertriebenen

„Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung

Die 1955 von Bundespräsident Theodor Heuss enzündete „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung. Das Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen auf dem Theodor-Heuss-Platz in Berlin, an dem wir jährlich am Tag der Heimat unserer Opfer gedenken, wird seit vielen Jahren von uns mitgepflegt.

So nutzen wir Spenden unserer Mitglieder dazu, die „Ewige Flamme“ brennen zu lassen. Dazu bitten wir in diesem Jahr um eine Spende auf das unten angegebene Konto.

Bankverbindung
Deutsche Bank Bonn

BdV Förderverein

IBAN:
DE54 3807 0059 0077 0107 00

BIC:
DEUTDEDK380





4) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

Sehr geehrter Herr Hanke,

herzlichen Dank für Ihr Angebot, in Ihrem Rundbrief auf unser Anliegen aufmerksam zu machen. Gerne nehmen wir diese Möglichkeit wahr. Angefügt finden Sie einen Text, der in ähnlicher Weise schon mehrfach abgedruckt wurde.
Ich habe soeben nachgeschaut: Wir haben in unserem Katalog 17 Heimatzeitschriften über Westpreußen nachgewiesen. Allerdings sind die jeweiligen Bestände sehr lückenhaft und bestehen häufig nur aus neueren Ausgaben. Insofern erhoffe ich mir durch den Aufruf viele Ergänzungen.

Nochmals vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen
H. P. Brogiato

Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften
Heimatzeitschriften erbeten

Die Geographische Zentralbibliothek (GZB) im Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig hat Ende 2013 vom Bund Heimat und Umwelt (BHU) die „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ übernommen. Um diese Sondersammlung systematisch auszubauen, wurden in den vergangenen drei Jahren zahlreiche Heimatvereine, Museen usw. mit der Bitte angeschrieben, das Anliegen zu unterstützen und der GZB ihre Heimatzeitschriften zur Verfügung zu stellen. Inzwischen werden mehr als 1000 Zeitschriften und Serien aus dem deutschsprachigen Raum regelmäßig zugesandt. (http://ifl.wissensbank.com). Da die Bibliothekslandschaft in Deutschland dezentral aufgebaut ist und einzelne Bibliotheken regionale Sammelschwerpunkte aufweisen, kann man in keiner deutschen Leihbibliothek (die Deutsche Nationalbibliothek als Präsenzbibliothek bildet einen Sonderfall) heimatkundliche Literatur regionsübergreifend vorfinden. Durch den Aufbau der „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ entsteht somit ein einmaliger Bestand, der es erlaubt, heimatkundliche und regionalgeschichtliche Literatur räumlich vergleichend zu untersuchen.

Wir hoffen, dass sich durch diesen Aufruf viele Redaktionen, Heimatkreisbetreuer, Heimatmuseen, aber auch Privatpersonen entschließen können, die von Ihnen betreuten Zeitschriften an die Leipziger Bibliothek zu senden. Erwünscht sind auch die Zeitschriften, die inzwischen eingestellt wurden, von denen es aber vielleicht noch Lagerbestände gibt. Bei größeren Sendungen können die Versandkosten gegen eine Rechnung übernommen werden. Für weitere Informationen setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung:

Dr. Heinz Peter Brogiato
Leibniz-Institut für Länderkunde
GZB – Heimatzeitschriften
Schongauerstr. 9
04328 Leipzig
E-Mail: h_brogiato@ifl-leipzig.de
Ruf: 0341 600 55 126

So wahr mir Gott helfe: Der Amtseid des Bundeskanzlers



dpa/Kay Nietfeld Der dritte Amtseid: Bundeskanzlerin Angela Merkel am 17.12.2013 im Bundestag mit Parlamentspräsident Norbert Lammert.

„So wahr mir Gott helfe“:

Laut Artikel 64 des Grundgesetzes müssen Kanzler und Minister bei der Amtsübernahme vor dem Bundestag den Amtseid leisten. Artikel 56, der die Vereidigung durch den Bundespräsidenten vorsieht, legt den Wortlaut fest.

In Artikel 56 heißt es:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Du musst denken, dass du morgen tot bist, musst das Gute tun und heiter sein. Freiherr vom Stein

**„Wird der Zweifel Gegenstand des Zweifels,
zweifelt der Zweifelnde am Zweifel selbst, so verschwindet der Zweifel."**

Der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel, der am 27. August 250. Geburtstag hat, in seinen Vorlesungen über die „Philosophie der Religion" (Berlin 1832).

Aus: Der Tagesspiegel, 19.08.2020, S. 6.

**„Berlin braucht bessere Schulen.
Kann ja nicht jeder Politiker werden."**

Kampagnenspruch der CDU Berlin – in Orange auf Schwarz und illustriert mit Merkelraute. Eine PR-Aktion, für die es via Twitter gleich viel Kritik gab. Weil: Was soll das eigentlich bedeuten?

Aus: Der Tagesspiegel, 12.08.2020, S. 6.

„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“

Arthur Schopenhauer

Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von Morgen aussieht!

Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)

„Heimat gestalten und nicht nur verwalten!“

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin

A. b) Forderungen und Grundsätze *Seite 226*

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsaetze.pdf>

1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG);

2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

A.c) Mitteilungen *Seiten 227 - 253*

01) Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung eröffnet am Mittwoch, 23. Juni 2021

PRESSEINFORMATION

Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung eröffnet am Mittwoch, 23. Juni 2021

Berlin, 16.06.2021

In Deutschland gibt es einen neuen Lern- und Erinnerungsort zu Flucht, Vertreibung und Zwangsmigration

In Berlin eröffnet am Mittwoch, 23. Juni 2021, das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung. Das Haus ist Deutschlands erster und einziger Lern- und Erinnerungsort, der Zwangsmigrationen in Geschichte und Gegenwart ins Zentrum stellt. Gerahmt von spektakulärer Architektur erwarten das Publikum auf mehr als 5.000 m² eine Ständige Ausstellung, wechselnde Sonderausstellungen, eine Bibliothek mit Zeitzeugenarchiv sowie Bildungsangebote und Veranstaltungen. Eine Besonderheit ist der Raum der Stille zum Innehalten.

Vor allem in Kriegen und bewaffneten Konflikten müssen Menschen fliehen oder werden vertrieben. Fern ihrer Heimat bauen sie unter meist widrigen Umständen ein neues Leben auf. Was sind die Ursachen für diese leidvolle, bis heute millionenfache Erfahrung? Was bedeutet Zwangsmigration für die Betroffenen? Warum trifft es besonders Frauen, Kinder und alte Menschen? Und wieso ist die Erinnerung an Vertreibungen oft umstritten? Um diese und viele andere Fragen geht es im neuen Dokumentationszentrum.

Direktorin Dr. Gundula Bavendamm erklärt den Ansatz der über viele Jahre gewachsenen, neuen Kultureinrichtung in der Hauptstadt:

„Im Dokumentationszentrum geht es um Flucht und Vertreibung der Deutschen, aber auch um die vielen anderen Menschen, die Zwangsmigration erleben mussten und bis heute erleben. Im Geist der Versöhnung schließen wir damit eine Lücke in der deutschen Erinnerungskultur. Wir sagen: Vertreibungen sind ein Unrecht und benennen die Verursacher des Leids. Unsere Empathie gilt allen Flüchtlingen und Vertriebenen. Historische und politische Phänomene werden sachlich und auf dem Boden der Wissenschaft erklärt. Auf diese Weise wirken wir Polarisierungen, aber auch Relativierungen entgegen. Das neue Haus versteht sich als ein Diskussionsangebot für alle Interessierten."

Die Ausstellung schildert eine europäische Geschichte der Zwangsmigrationen vom 20. Jahrhundert bis in unsere Zeit. Im Mittelpunkt stehen Flucht und Vertreibung von rund 14 Millionen Deutschen im historischen Kontext des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Politik.

Stiftung
Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Stresemannstraße 90, 10963 Berlin

T +49 30 206 29 98-20
F +49 30 206 29 98-99
presse@f-v-v.de

PRESSEBILDER
als Download im Pressebereich unserer Webseite:

flucht-vertreibung-versoehnung.de

Im ersten Obergeschoss tauchen Besucherinnen und Besucher in eine europäische Geschichte der Zwangsmigrationen ein. Sechs Themeninseln dienen als Einführung und Überblick. Sie können in beliebiger Reihenfolge entdeckt werden. Großformatige Exponate und Objektinstallationen an jeder Insel wecken die Neugier.

Anhand zahlreicher Beispiele aus dem 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart geht es in diesem Teil der Ausstellung um die Ursachen, Phänomene und Folgen von Zwangsmigrationen allgemein. Die Deutschen begegnen dem Publikum als Verursacher und Betroffene von Vertreibungen. Filme, Bilder und Objekte machen die Erfahrungen von Flüchtlingen und Vertriebene unmittelbar anschaulich. Der Pass einer deutschen Jüdin mit einem aufgestempelten „J", das Tagebuch eines jungen Mädchens aus Ostpreußen über erlittene sexuelle Gewalt, das Foto eines Theaters in Athen, das als Flüchtlingslager dient oder das Smartphone eines syrischen Flüchtlings – die Exponate führen zu universellen Fragen.
Wie hängen die Idee der Nation und der Nationalismus zusammen? Warum sind Minderheiten besonders oft von Vertreibungen betroffen? Wie kommt es dazu, dass Vertreibungen heute international strafbar sind? Welche Erfahrungen machen Flüchtlinge und Vertriebene auf ihrer Flucht? Was bedeutet das Leben in Lagern für diese Menschen? Wie gelingt ihnen nach dem Verlust der Heimat ein Neuanfang? Und warum ist die Erinnerung an Zwangsmigrationen oft so umstritten?

Im zweiten Obergeschoss geht es vertiefend um Flucht und Vertreibung der Deutschen. Ein chronologischer Rundgang führt das Publikum durch drei Bereiche. Projektionen an den Wänden lassen einzelnen Personen oder Familien hervortreten und schaffen eine besondere Atmosphäre.

Zu Beginn werden die nationalsozialistische Politik, der Zweite Weltkrieg, die deutsche Besatzungsherrschaft in Europa und der Holocaust thematisiert. Eine Installation dokumentiert die Planungen der Alliierten für die Vertreibung der Deutschen während des Krieges bis hin zu den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz. Anhand von oftmals persönlichen Zeugnissen geht es im Anschluss um Evakuierungen und die massenhafte Flucht der Deutschen vor der Roten Armee.

Im zweiten Abschnitt stehen Vertreibungen als ein Mittel zur Neuordnung Europas durch die Siegermächte und die ostmitteleuropäischen Staaten im Mittelpunkt. Davon betroffen sind rund 14 Millionen Deutsche aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und den südosteuropäischen Siedlungsgebieten, aber auch Millionen Menschen aus Polen, der Ukraine oder Weißrussland. Rund 500 Exponate aus der Sammlung der Stiftung sowie 45 internationale Leihgaben führen die menschlichen Schicksale lebendig vor Augen.

Der dritte Abschnitt dreht sich um die Ankunft und Verteilung von 12,5 Millionen Menschen in den Besatzungszonen in Deutschland. Mit zahlreichen Originalen, Dokumenten und Medienstationen wird die allmähliche und nicht

Unser besonderer Dank gilt:

marte.marte Architekten, Feldkirch (A)
Architektur

Königs Architekten, Köln
Raum der Stille

Atelier Brückner, Stuttgart
Ausstellungsgestaltung

tp management GmbH, Berlin
Projektsteuerung

Raumkonzepte + Interior Design | Zauleck, Berlin
mit art vos (NL)
Innenausstattung & Bibliothek

Die Ständige Ausstellung des Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Auf etwa 1300 m² Ausstellungsfläche über zwei Geschosse sind rund 700 Exponate zu sehen. Die meisten Originale stammen aus der Sammlung des Dokumentationszentrums. Hinzu kommen 45 auch internationale Leihgaben. 140 Karten unterstützen die geographische Orientierung und 250 Fotos machen ein komplexes Thema anschaulich. 65 teils interaktive Medienstationen stehen zur Verfügung. Besonders hervorzuheben sind neun animierte Erklärfilme in einfacher Sprache an markanten Punkten des Rundgangs. Das renommierte Büro Atelier Brückner aus Stuttgart übernahm die Architektur und die Gestaltung.

Die Ausstellung schildert eine europäische Geschichte der Zwangsmigrationen vom 20. Jahrhundert bis in unsere Zeit. Im Mittelpunkt stehen Flucht und Vertreibung von rund 14 Millionen Deutschen im historischen Kontext des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Politik.

Erstes Obergeschoss: Eine europäische Geschichte der Zwangsmigrationen

Im ersten Obergeschoss tauchen Besucherinnen und Besucher in eine europäische Geschichte der Zwangsmigrationen ein. Sechs Themeninseln dienen als Einführung und Überblick. Sie können in beliebiger Reihenfolge entdeckt werden. Großformatige Exponate und Installationen an jeder Insel wecken die Neugier.

Anhand zahlreicher Beispiele aus dem 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart geht es in diesem Teil um die Ursachen, Phänomene und Folgen von Zwangsmigrationen vor allem in Europa – aber auch darüber hinaus. Die Deutschen begegnen dem Publikum als Verursacher und Betroffene von Vertreibungen. Filme, Bilder und Objekte machen die Erfahrungen von Flüchtlingen und Vertriebene unmittelbar anschaulich. Der Pass einer deutschen Jüdin mit einem aufgestempelten „J", das Tagebuch eines jungen Mädchens aus Ostpreußen über erlittene sexuelle Gewalt, das Foto eines Theaters in Athen, das als Flüchtlingslager dient, oder das Smartphone eines syrischen Flüchtlings –die Exponate zu universellen Fragen.

Wie hängen die Idee der Nation und der Nationalismus zusammen? Warum sind Minderheiten besonders oft von Vertreibungen betroffen? Wie kommt es dazu, dass Vertreibungen heute international strafbar sind? Welche Erfahrungen machen Flüchtlinge und Vertriebene auf der Flucht? Was bedeutet das Leben in Lagern für diese Menschen? Wie gelingt ihnen nach dem Verlust der Heimat ein Neuanfang? Und warum ist die Erinnerung an Zwangsmigrationen oft so umstritten?

Zweites Obergeschoss: Flucht und Vertreibung der Deutschen

Im zweiten Obergeschoss geht es vertiefend um Flucht und Vertreibung der Deutschen. Ein chronologischer Rundgang führt das Publikum durch drei aufeinander folgende Bereiche. Projektionen an den Wänden lassen einzelne Personen, Paare oder Familien hervortreten und schaffen eine besondere Atmosphäre.

Zu Beginn werden die nationalsozialistische Politik, der Zweite Weltkrieg, die deutsche Besatzungsherrschaft in Europa und die Ermordung der europäischen Juden thematisiert. Eine wandfüllende Installation dokumentiert die Planungen der Alliierten für die Vertreibung der Deutschen während des Krieges bis hin zu den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz. Anhand von oftmals persönlichen Zeugnissen geht es im Anschluss um Evakuierungen und die massenhafte Flucht der Deutschen vor der Roten Armee.

Im zweiten Abschnitt stehen Vertreibungen als ein Mittel zur Neuordnung Europas durch die Siegermächte und die ostmitteleuropäischen Staaten im Mittelpunkt. Rund 14 Millionen Deutsche aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und den südosteuropäischen Siedlungsgebieten sind davon betroffen, aber auch Millionen Menschen aus Polen, der Ukraine oder Weißrussland. Anhand vieler Exponate aus der Sammlung des Dokumentationszentrums und von Leihgebern aus dem In- und Ausland werden persönliche Erfahrungen und Schicksale lebendig.

Der dritte Abschnitt dreht sich um die Ankunft und Verteilung von 12,5 Millionen Menschen, die infolge von Flucht und Vertreibung in die Besatzungszonen in Deutschland gelangen. Mit zahlreichen Originalen, Dokumenten und Medienstationen wird die allmähliche und nicht immer einfache Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Bundesrepublik und der DDR geschildert. Ein Akzent liegt dabei auf der Erinnerungskultur. Eine imposante Vitrine präsentiert 251 Objekte einer ehemaligen sudetendeutschen Heimatstube aus Gärtringen bei Stuttgart.

Die Ständige Ausstellung schließt mit einem europäischen Epilog. Meilensteine einer neuen Staatenordnung seit Ende des Kalten Krieges, die Verständigung Deutschlands mit seinen europäischen Nachbarn und die Wiederkehr von Flucht, Vertreibung und ethnischen Säuberungen durch die Jugoslawienkriege in Europa klingen hier an. Auch die Gründungsgeschichte der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung wird aufgegriffen.

Besondere Merkmale der Ständigen Ausstellung

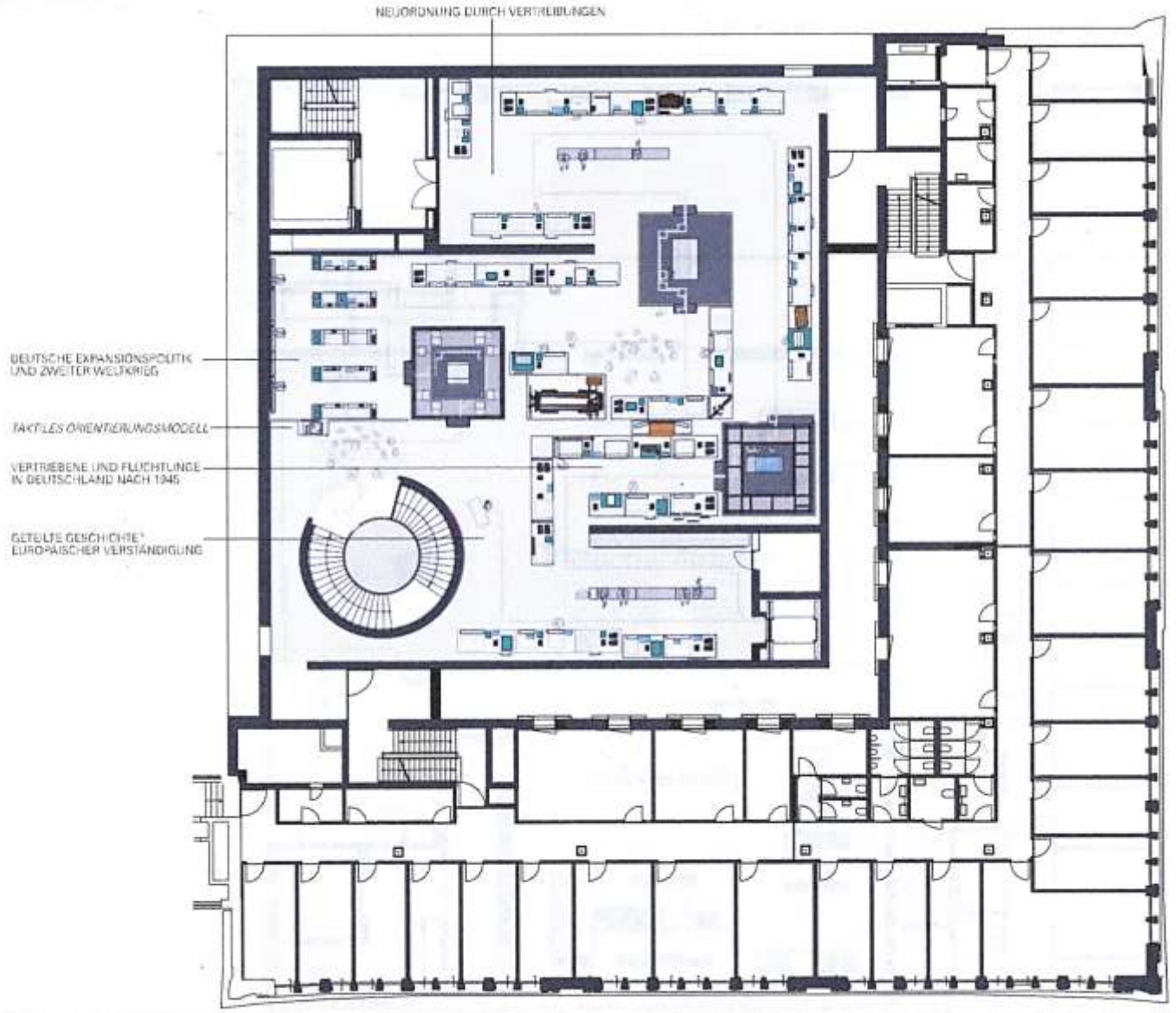
Ein wesentliches Anliegen der Präsentation ist, die millionenfache Erfahrung von Flucht, Vertreibung und Heimatverlust greifbar zu machen. Deswegen verweisen viele Ausstellungsstücke auf individuelle Erfahrungen und persönliche Schicksale. Insgesamt 54 Biographien zeichnen knappe Lebensbilder vor allem von Flüchtlingen und Vertriebenen. Einige davon stellen auch Personen vor, die Vertreibungen und ethnische Säuberungen planten oder ausführten.

Die Präsentation versteht sich als Diskussionsbeitrag in Ausstellungsform. Dafür stehen beispielhaft 13 Objekte, zu denen sich jeweils drei Personen aus unterschiedlichen Blickwinkeln äußern. Es sprechen Kuratorinnen und Kuratoren, wissenschaftliche Expert*innen, Schenker und Leihgeber*innen, aber auch Personen des öffentlichen Lebens. Ihre Statements kann man sich über den Audioguide anhören und das Objekt aus unterschiedlichen Perspektiven auf sich wirken lassen.

Die Ausstellung richtet sich an ein breites Publikum ohne besondere Vorkenntnisse. Alle Texte sind auf Deutsch und Englisch zu lesen. Der Audioguide ist auf Deutsch, in Einfacher Sprache, Englisch, Polnisch, Tschechisch, Russisch und Arabisch verfügbar. Der Besuch der Ständigen Ausstellung und die Nutzung des Audioguides sind kostenlos. An 197 Stationen kann man so mediale Anwendungen aktivieren oder vertiefende Texte anhören. Außerdem steht eine Audiotour zur Verfügung, die anhand von 64 ausgewählten Exponaten durch die Präsentation führt.

Mitten im ersten Teil der Ständigen Ausstellung im ersten Obergeschoss befinden sich das Forum und die Werkstatt. Im Forum haben Interessierte die Möglichkeit sich selbst zu beteiligen. Sie können Notizen zu Exponaten aus der Ständigen Ausstellung hinterlassen. An einer Medienstation kann man die eigene Fluchtroute oder den Vertreibungsweg von Verwandten eingeben. Außerdem stehen wechselnde Fragen zur Abstimmung, die sich auf Zwangsmigrationen in Geschichte und Gegenwart beziehen.

Das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung mit seiner Ständigen Ausstellung ist barrierefrei und inklusiv. Alle öffentlichen Bereiche sind mit dem Rollstuhl zugänglich. Ein taktiles Bodenleitsystem dient der eigenständigen Orientierung auch für blinde und seheingeschränkte Menschen. In allen Geschossen kann man sich an Modellen die Räume auch tastend erschließen. Hinzu kommen elf Taststationen und eine Riechstation in der Ständigen Ausstellung. Die animierten Erklärfilme an markanten Punkten des Rundgangs werden auch in Deutscher Gebärdensprache präsentiert.



2. OBERGESCHOSS
FLUCHT UND VERTREIBUNG
DER DEUTSCHEN

ATELIER BRÜCKNER

DOKUMENTATIONSZENTRUM FLUCHT, VERTREIBUNG, VERSÖHNUNG 2021
BERLIN

1m

02) Gedenkstunde für die Opfer von Flucht und Vertreibung als Online-Veranstaltung

BMI überträgt am 20. Juni 2021 im livestream

Pressemitteilung des Bundes der Vertriebenen

BdV Bund der Vertriebenen

Pressemitteilung

Gedenkstunde für die Opfer von Flucht und Vertreibung als Online-Veranstaltung

BMI überträgt am 20. Juni im Livestream

Aus Anlass des nationalen Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni 2021 wird das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) coronabedingt die Gedenkstunde in Berlin als Online-Veranstaltung ohne anwesende Gäste durchführen und über einen Livestream im Internet übertragen.

Bundesinnenminister Horst Seehofer wird die Veranstaltung eröffnen. Der Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro in Berlin, Prälat Dr. Karl Jüsten, wird ein Grußwort sprechen. Für die Ansprache konnte in diesem Jahr die Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes, Gerda Hasselfeldt, gewonnen werden. Das Schlusswort wird – wie es seit der ersten Veranstaltung im Jahr 2015 Tradition ist – der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius MdB, sprechen.

Dr. Fabritius erklärt dazu: „Es ist ein wichtiges und positives Signal an die deutschen Heimatvertriebenen und ihre Nachkommen, dass diese Veranstaltung trotz der anhaltenden Pandemie-Bedingungen stattfinden kann – wenn auch in einem Online-Format. Vertreibung ist immer ein Verbrechen. Es ist gut, dass dieses Bewusstsein durch das jährliche Gedenken am 20. Juni gestärkt wird."

Der Livestream der Veranstaltung ist am 20. Juni ab 13:00 Uhr über die Internetseite https://www.protokoll-inland.de abrufbar. Der BdV wird die Veranstaltung auch über seine eigene Internetseite bzw. die sozialen Medien verlinken.

14. Juni 2021

Herausgeber:
BdV-Bundesgeschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon +49 (0)228 81007-0
Telefax +49 (0)228 81007-52

Pressekontakt:
Marc P. Halatsch
Pressesprecher
Stresemannstraße 94
10963 Berlin
Telefon +49 (0)30 5858 443-50
Telefax +49 (0)30 5858 443-57
E-Mail presse@bdvbund.de

Die Pressemitteilungen des Bundes der Vertriebenen sind zur Information, zur redaktionellen Verwertung bzw. zur Veröffentlichung bestimmt. Beiliegende Fotos dienen ebenfalls der redaktionellen Verwertung bzw. der Veröffentlichung. Bitte beachten Sie die Urhebernennung sowie ggf. weitere Hinweise im Text. Sollten Sie weitere Fotomotive wünschen, sprechen Sie uns unter den genannten Kontaktdaten an. Weitere Auskünfte erteilt die Pressestelle.

03) Wien: Marsch für die Familie am 19. Juni 2021

13. 06. 2021



Bildquelle: marschfuerdiefamilie.at

Der traditionelle Marsch für die Familie steht wieder unmittelbar bevor, und wir möchten Sie/Dich einladen, daran teilzunehmen, um dieses wichtige Transportmittel für die Kultur des Lebens zu stärken und den aktuellen politischen Angriffen auf die Ungeborenen, auf die Normalität der Vater-Mutter-Kinder-Familie und auf die Selbstverständlichkeit natürlicher Identitäten mit Engagement entgegenzutreten. Der

Marsch für die Familie

findet am Sonnabend, dem 19. Juni 2021 statt.

14.00 Uhr Kundgebung mit prominenten Rednern am Stephansplatz,

anschließend Demonstrationszug mit den „Kaiserjägern“

zum Ballhausplatz, dort Schluß-Kundgebung



Der selbstbewußte Artikulation der Position des Lebensschutzes ist umso aktueller, als der sogenannte Matić-Bericht in der übernächsten Woche zur Abstimmung ins EU-Parlament gelangt. Diese Nachfolge-Initiative des berüchtigten Estrella-Berichts hat das Ziel „Abtreibung als Menschenrecht“ zu stilisieren, sexuelle Beliebigkeit als erzieherisches und schulisches Dogma zu verordnen und das Paradigma der kulturellen Homosexualität zu universalisieren.
Jeder und jede von uns ist aufgerufen, ein sichtbares und starkes Zeichen für das Recht auf Leben und die Überlegenheit einer „Kultur der Normalität“ zu setzen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Adolf Loos: Brünner und Pilsner G´schichten

Der Juni bringt eine ganze Menge Kulturereignisse ins Tschechische Zentrum Wien! Das wichtigste ist ohne Zweifel die Eröffnung der von Dezember 2020 verschobenen Ausstellung zu Adolf Loos (* 10. Dezember 1870 in **Brünn** - † 23. August 1933 in Kalksburg/Wien) „*im tschechischen Kontext“. **Adolf Loos: Brünner und Pilsner G'schichten** ist von Mittwoch, 09. Juni 2021 bis Ende August in der Galerie des CZ in der Herrengasse 17 (1010 Wien) während der Öffnungszeiten* - MO, MI, DO von 10 – 17 Uhr, DI 10 – 18 Uhr und FR 10 – 16 Uhr zu besichtigen.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 68, 2021

Wien, am 07. Juni 2021

05) Ausschreibung: Informationsreise für Medienvertreter nach Neusatz/Novi Sad

Das Zentrum der Wojwodina in Serbien ist 2022 Kulturhauptstadt Europas. Besichtigungen und Gespräche vom 02. bis 05. September 2021.

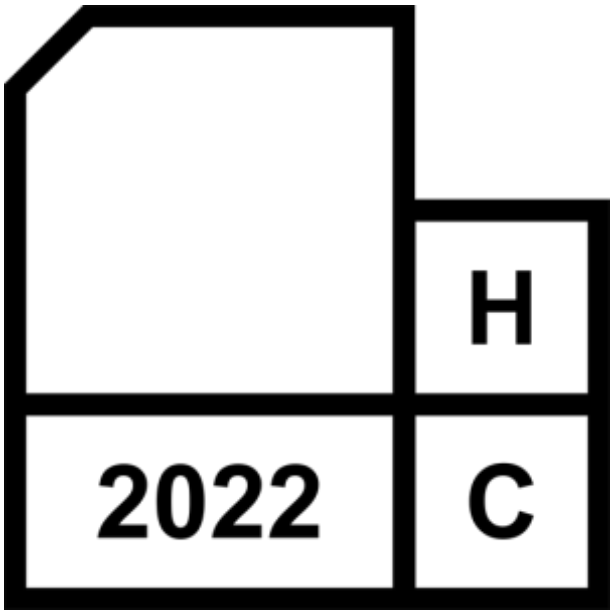
Anmeldeschluss: 28. Juni 2021

https://www.kulturforum.info/de/ueber-uns/ausschreibungen-des-kulturforums/8424-informationsreise-fur-medienvertreter-in-die-kulturhauptstadt-europas-2022-neusatz-novi-sad

01. Juni 2021



Nachtansicht von Neusatz/Novi Sad mit seiner Donaubrücke.-
Foto: © Foundation »Novi Sad – European Capital of Culture 2022«



Logo »Neusatz/Novi Sad (Нови Сад) 2022«

Neusatz/Novi Sad, die größte Stadt der Wojwodina und die zweitgrößte Stadt Serbiens, ist 2022 Kulturhauptstadt Europas. Aus diesem Anlass lädt – unter Vorbehalt der weiteren Entwicklungen in der Corona-Krise – das Deutsche Kulturforum östliches Europa zu einer

Informationsreise für Medienvertreter

ein. Die Reise bietet deutschsprachigen Journalistinnen und Journalisten die Möglichkeit, Geschichte und Gegenwart sowie die multikulturelle Tradition der Europäischen Kulturhauptstadt 2022 kennenzulernen. Auf dem Programm stehen Besuche bei einschlägigen Kultureinrichtungen und Gespräche mit den Verantwortlichen für das Programm der Kulturhauptstadt 2022.

Medienvertreter können sich bis zum **28. Juni 2021** bewerben. Wir erwarten Angaben zum Interessenschwerpunkt und zu den Medien, für die ein Beitrag geplant wird.

Einer der zehn Teilnehmerplätze ist ausdrücklich für eine Nachwuchskraft in der Ausbildung reserviert.

Organisatorische Details

- **Dauer:** 2. bis 5. September 2021
- **Anreise:** Donnerstag, 2. September 2021, mit dem Flugzeug nach Belgrad und Shuttle-Bus nach Neusatz/Novi Sad
- **Abreise:** Sonntag, 5. September 2021 (wie Anreise)
- **Unterbringung:** Hotel in der Innenstadt von Neusatz/Novi Sad (3 Übernachtungen mit Frühstück, Einzelzimmer)
- **Verpflegung:** Kosten für drei Abendessen und zwei Mittagessen werden übernommen; die Getränkekosten zahlt jede/r selber
- **Kosten:** Das Deutsche Kulturforum übernimmt Organisation, Betreuung und Kosten der Reise bis auf einen Eigenbeitrag in Höhe von 300,- € pro Person (200,- € für die Nachwuchskraft)
- ***Seite xxx zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 792 vom 17.06.2021***

Vorgesehenes Programm

- Gespräche mit dem Leitungsteam der Stiftung »Neusatz/Novi Sad 2021« über das geplante Kulturhauptstadtprogramm
- Begegnung mit dem Bürgermeister Miloš Vučević der Stadt
- Besuch ausgewählter Museen wie das Museum der Wojwodina und Gespräche mit Ausstellungskuratoren oder/und anderen Kulturvertretern,
- Teilnahme am Programm des Festivals »Kaleidoscope of Culture«
- Treffen mit Vertretern der deutschen Minderheit in Serbien
- Stadtrundgang und Besichtigung der Festung Peterwardein,
- Besuch ausgewählter Museen sowie Gespräche mit Ausstellungskuratoren oder/und anderen Kulturvertretern

Weitere Informationen

Mehr zur Europäischen Kulturhauptstadt finden Sie hier:

- Neusatz/Novi Sad
  OME-Lexikon
- Novi Sad/Neusatz
  Deutsche Spuren entlang der Donau - reisen, begegnen, erleben

Veranstalter

- Deutsches Kulturforum östliches Europa e.V.

Ansprechpartnerin

Dr. Ingeborg Szöllösi
Deutsches Kulturforum östliches Europa
Berliner Straße 135 Haus K1
14467 Potsdam
Tel. +49 (0)331 20098-11
E-Mail: szoelloesi@kulturforum.info

Hinweis

Im Oktober 2021 ist eine weitere Journalistenreise geplant: nach Kaunas (Litauen). Die Ausschreibung für diese Reise wird rechtzeitig erfolgen. Einer Bewerbung für beide Reisen steht nichts im Weg.

Das Kulturforum wird gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

06) Buchmesse Saar, 18. bis 20. Juni 2021

Das Deutsche Kulturforum östliches Europa auf der virtuellen Buchmesse Saar 2021



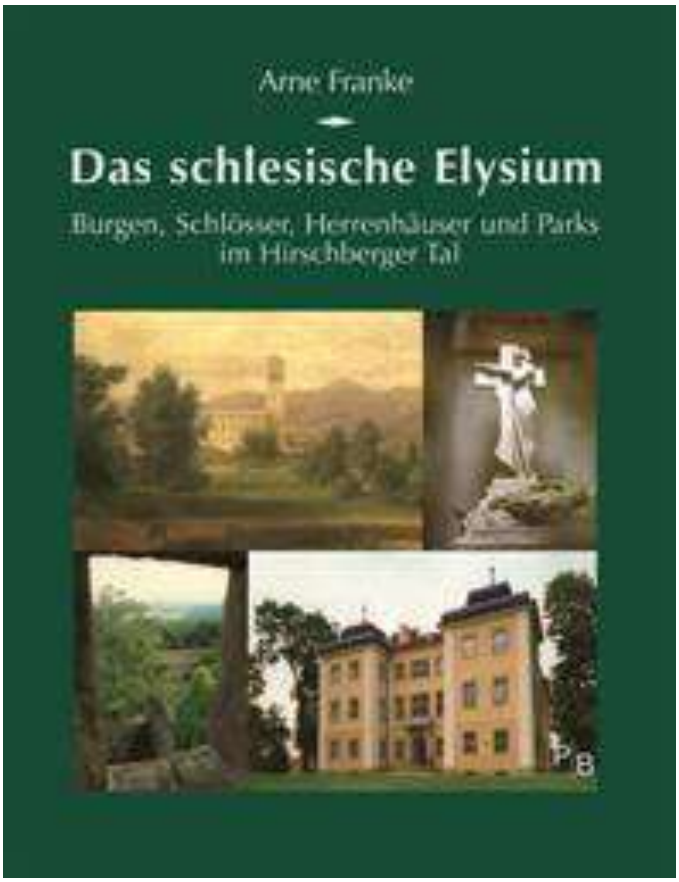
Das Deutsche Kulturforum östliches Europa auf der virtuellen Buchmesse Saar 2021

Besuchen Sie unseren Stand und treffen Sie uns in Gather Town!

Das digitale Messeerlebnis rückt näher: Vom 18. bis zum 20. Juni 2021 können Sie auf der Buchmesse Saar nicht mehr nur unseren virtuellen Stand besuchen, sondern auch mit uns sprechen. Zu folgenden Zeiten sind wir auf dem virtuellen Messegelände Gather Town unterwegs:

- Freitag, 18. Juni 2021, 17-19 Uhr: Ariane Afsari, Arne Franke
- Samstag, 19. Juni 2021, 17-19 Uhr: Tanja Krombach
- Sonntag, 20. Juni 2021, 10-12 Uhr: Judith Hördt, 14-16 Uhr: Ariane Afsari

Digitales Meet & Greet: Am Messefreitag wird der Kunsthistoriker und Denkmalpfleger Arne Franke in Gather Town digital präsent sein und gerne Fragen zur Neuauflage seines beliebten Kulturreiseführers „Das Schlesische Elysium“ beantworten. Nutzen Sie diese Gelegenheit!



Das schlesische Elysium
Burgen, Schlösser, Herrenhäuser und Parks im Hirschberger Tal
von Arne Franke

5., erweiterte und überarbeitete Auflage

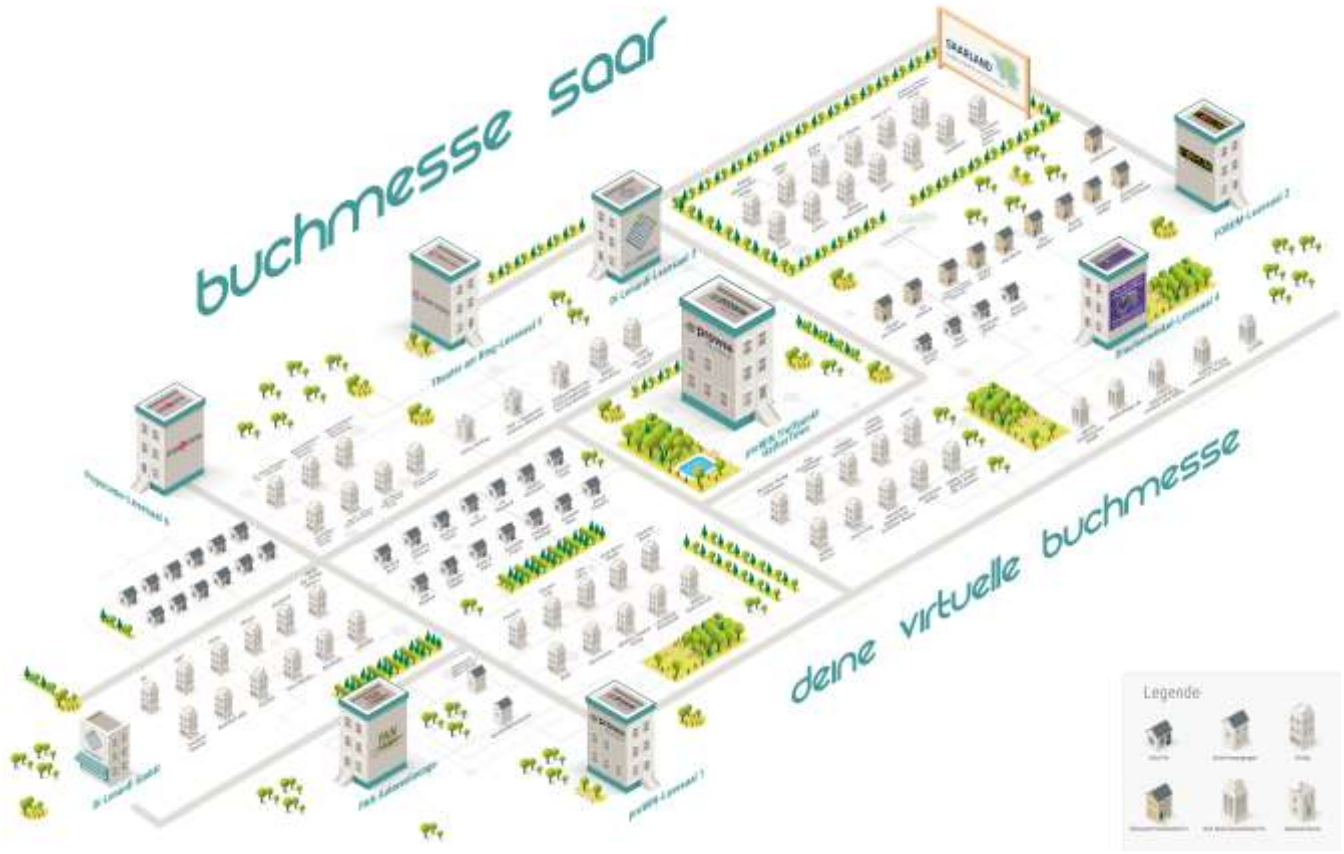
ISBN 978-3-936168-90-7

»Das Buch lädt zum bloßen Genießen ein, man ist schon ein wenig dort, bevor man vielleicht wirklich hinfährt.« (SR2 Kulturradio)

Im Hirschberger Tal entstand in Jahrhunderten eine Kulturlandschaft von europäischem Rang, in der sich auch preußische Könige ihre Sommersitze errichteten. Der reich bebilderte kunsthistorische Führer widmet sich jedem Objekt mit einer Beschreibung und einem kurzen Abriss seiner Geschichte, ergänzt durch die Region allgemein betreffende Themen, touristische Hinweise und Anfahrtsbeschreibungen.

https://www.buchmesse-saar.de/Aussteller/DT_KF_OE/

Unser virtueller Büchertisch
Einpacken, Auspacken, Aufstellen … Messestände sind nicht jedermanns Sache. Unsere aber schon! Wir vermissen unsere Büchertische und Buchmessenstände, durch die wir immer wieder mit Interessierten ins Gespräch kommen. Nachdem die Buchmesse Saar 2021 zum zweiten Mal ins »Digitale« gezogen ist, bieten wir unseren Messestand virtuell an. »Klicken« Sie vom 18. bis 20. Juni 2021 vorbei.
@Buchmesse Saar



Kontakt
Deutsches Kulturforum östliches Europa e. V.
Judith Hördt
Berliner Straße 135 | Haus K1
14467 Potsdam

Deutschland
T. +49 331 20098-19
hoerdt@kulturforum.info
www.kulturforum.info

07) Siebenbürgen heute – eine europäische Landschaft

Dokumentarfilmreihe mit Filmvorführungen & Gesprächen in den Kinostar Arthaus-Kinos Heilbronn. Start im Juni 2021

Zuwanderung nach Siebenbürgen. Dokumentarfilm von Florin Besoiu
Siebenbürgen im Film

Der Name ist Programm: Der Dokumentarfilm *Zuwanderung nach Siebenbürgen* von Florin Besoiu zeigt genau diese. Im Rahmen der Filmreihe »Siebenbürgen heute – eine europäische Landschaft« der Kulturreferentin für Siebenbürgen am Siebenbürgischen Museum in Gundelsheim a. N. wird er in Kooperation mit dem Kulturforum am 24. Juni 2021 um 19.30 Uhr gezeigt.

@Arthaus Kino Heilbronn

https://www.kinostar.com/kino/kinostar-arthaus-heilbronn/



Birthälmer Kirchenburg im Morgengrauen.- *Foto: © Florin Besoiu 03. Juni 2021*

Siebenbürgen ist schön, geheimnisvoll und kosmopolitisch. Seine vielfältige Kultur, seine wechselvolle Geschichte, seine Sehnsuchtsorte sind ein inniges Abbild Europas. Wie leicht und bleibend man sich in diese von Sagen umwobene, jedoch oft fast vergessene Region verlieben kann, zeigt eine Reihe von jüngeren Dokumentarfilmen.

Die Vorführtermine werden jeweils begleitet von einem anschließenden Podiums- und Publikumsgespräch mit den Filmemachern aus Spanien, Rumänien und Deutschland.

Die Termine:

Donnerstag, 24. Juni 2021, 19:00 Uhr
Zuwanderung nach Siebenbürgen
D/RO 2017, Regie: Florin Besoiu

Herbst 2021, 19:00 Uhr
Gherdeal
D/RO 2003, Regie: Thomas Beckmann & Martin Nudow

Herbst 2021, 19:00 Uhr
Leaving Transylvania – Ein siebenbürgischer Abschied
IRL/RO 2006, Regie: Dieter Auner

Moderation: Dr. Heinke Fabritius, Kulturreferentin für Siebenbürgen am Siebenbürgischen Museum

Ansprechpartnerin

Dr. Heinke Fabritius
Kulturreferentin für Siebenbürgen am Siebenbürgischen Museum
Schlosstraße 28
74831 Gundelsheim
Tel: +49 (0)6269/422 312
E-Mail: fabritius@siebenbuergisches-museum.de
www.siebenbuergisches-museum.de

Kinostar Arthaus-Kinos
Kirchbrunnenstr. 3
74072 Heilbronn
T: +49 (0)7131 6422222
www.kinostar.com

Eintritt:
7,– Euro
6,– Euro ermäßigt

Die Filmreihe ist ein Projekt der Kulturreferentin für Siebenbürgen am Siebenbürgischen Museum in Gundelsheim a. N. in Kooperation mit dem Kinostar Theater GmbH, der Kreisgruppe Heilbronn im Verband der Siebenbürger Sachsen in Deutschland e.V. und dem Deutschen Kulturforum östliches Europa, Potsdam

08) Landesgruppe Bayern lädt zur Teilnahme am Brünner Versöhnungsmarsch

Die Landesgruppe Bayern der SL wird auch heuer wieder, wie in den letzten beiden Jahren, am Brünner Versöhnungsmarsch am 31. Juli 2021 teilnehmen. Geplant ist, mit zwei Bussen anzureisen. Von 30. Juli bis 2. August 2021 hat **Lm. Schmalcz** für alle Teilnehmer ein buntes Programm (incl. drei Übernachtungen /HP und Heurigenbesuch im Weinviertel!) zusammengestellt (siehe unten).

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 67, 2021

Wien, am 03. Juni 2021

09) 71. Sudetendeutscher Tag in München: „Verantwortung für die Heimat – unser Weg in die Zukunft“



Zu einem außergewöhnlichen Sudetendeutschen Tag treffen wir uns heuer von 16.- 18. Juli in Bayerns Landeshauptstadt München. Unter dem Motto **„Verantwortung für die Heimat – unser Weg in die Zukunft“** freuen wir uns nach dem weitgehenden Ende der pandemiebedingten Einschränkungen besonders auf ein Wiedersehen mit unseren Landsleuten und Freunden.

In der Philharmonie im Gasteig (Rosenheimer Str. 5, 81667 München) nahe des Sudetendeutschen Museums wurden – natürlich unter Berücksichtigung der geltenden Corona-Regeln – zahlreiche Veranstaltungen geplant.

Eines vorweg – unser Landsmann **Prof. Herbert Zeman** wird den **„Großen Sudetendeutschen Kulturpreis“** erhalten!

Bitte sehen Sie hier alle Preisträger und das genaue Programm, soweit bereits bekannt.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 72, 2021

Wien, am 14. Juni 2021

› „Verantwortung für die Heimat – unser Weg in die Zukunft" – Das Festprogramm des Sudetendeutschen Tages und Vorstellung der Kulturpreisträger

Das große Treffen ist heuer in München

Zu einem außergewöhnlichen Sudetendeutschen Tag treffen wir uns heuer in Bayerns Landeshauptstadt München. Er trägt das Motto „Verantwortung für die Heimat – unser Weg in die Zukunft". Nach dem weitgehenden Ende der pandemiebedingten Einschränkungen freuen wir uns besonders auf das Wiedersehen mit unseren Landsleuten. In der Philharmonie im Gasteig nahe des Sudetendeutschen Museums haben wir – unter Berücksichtigung der Corona-Regelungen – die Veranstaltungen geplant. Hier das Programm.

Freitag, 16. Juli

■ **10.00–18.00 Uhr:** Gelegenheit zum Besuch des **Sudetendeutschen Museums**

■ **14.00 Uhr, Sudetendeutsche Stiftung und SL-Bundesverband:** Verleihung der Sudetendeutschen Kultur- und Förderpreise sowie des Sudetendeutschen Volkstumspreises im Gasteig.

Begrüßung:
– **Dr. Ottfried Kotzian,** Vorsitzender des Vorstandes der Sudetendeutschen Stiftung.

Ansprache:
– **Carolina Trautner MdL,** Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, Schirmherrschaftsministerin

Verleihung der Preise:
– durch den Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe und den SL-Bundeskulturreferent.

Moderation:
– **Iris Marie Kotzian**

Musikalische Gestaltung:
– **Die Gerstlhofer Blasharmoniker**

Samstag, 17. Juli

■ **10.00–18.00 Uhr:** Gelegenheit zum Besuch des **Sudetendeutschen Museums.**

■ **10.00 Uhr: Heilige Messe**

■ **14.00 Uhr:** Festakt mit Verleihung des Europäischen Karls-Preises der Sudetendeutschen Landsmannschaft im Gasteig

Eröffnung durch den Landesobmann der Sudetendeutschen in Bayern,

Grußworte:
– Landeshauptstadt München;
– **Stephan Mayer MdB,** Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat;

Ansprachen:
– Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe;
– **Dr. Markus Söder** MdL, Bayerischer Ministerpräsident, Schirmherr der Sudetendeutschen Volksgruppe.

Verleihung des Europäischen Karls-Preises durch den Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe.

Rede des Karls-Preis-Trägers.

Musikalische Gestaltung:
– **Gastenberger Bunkerblasmusik.**

■ **18.00 Uhr, Sudetendeutscher Volkstumsabend** im Gasteig.

Mitwirkende:
– **Egerland-Jugend** Stuttgart und Gesamtchor;
– **Egerländer Familienmusik Hess;**
– **Schönhengster Volkstanzgruppe;**
– **Stefanie und Elisabeth Januschka;**
– **Die Wischauer.**

Regie und Moderation:
– **Roland Hammerschmied.**

Sonntag, 18. Juli

■ **9.00 Uhr: Veranstaltungen im Sudetendeutschen Haus**

■ **10.00–18.00 Uhr:** Gelegenheit zum Besuch des **Sudetendeutschen Museums.**



Blick in unser neues Museum.
Bild: Manfred Glauche

Großer Sudetendeutscher Kulturpreis

Der Große Kulturpreis geht an Professor Herbert Zeman. 1940 in Persuta in Niederösterreich geboren, wurde es 1976 auf den Lehrstuhl für Neuere deutsche Literatur mit Schwerpunkt Österreichische Literatur der Universität Wien berufen. Mit Freude und Energie baute er seinen Forschungsschwerpunkt auch über die Grenzen Österreichs aus. Zemans Schaffenskraft ist bewundernswert, seine Liste wissenschaftlicher Publikationen und Bücher ist wegen der Fülle und Breite nur schwer zu überblicken. Das war es immer ein besonderes Anliegen, seine Forschungsergebnisse einem größeren Publikum näher zu bringen. Als Vermittler von Kultur und Wissenschaft – 1994 bis 1997 war er Präsident der Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste in München – wurde er bereits mehrfach von der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich ausgezeichnet.



Sudetendeutscher Kulturpreis für Wissenschaft

Der Preis für Wissenschaft geht an den 1930 in Goldenstein im Altvatergebirge geborenen Professor Franz Ellenberger. 1970 wurde er auf den Lehrstuhl für Organische Chemie der Universität Stuttgart berufen, als deren Rektor er von 1987 bis 1990 amtierte. Zu seinen wichtigsten Arbeitsgebieten zählen die Chemie der Aromaten, Heterocyclen und Aminosäuren, die chemischen Grundlagen der Molekularelektronik, Anwendungen von Enzymen in der Synthese sowie die Entwicklung ultradünner organischer Schichten. 350 Veröffentlichungen und 55 Patente dokumentieren seine wissenschaftliche Leistung. Daneben brachte er zukunftsfähige Profilbereiche der Universität voran, unter anderem die Entstehung des Höchstleistungsrechenzentrums mit dem Supercomputer CRAY 2, den Aufbau der engen Verbindung von Geistes- und Ingenieurwissenschaften sowie den Weg zu einer technisch orientierten Biologie mit dem Ausbau der Biomedical Systems.



Sudetendeutscher Kulturpreis für Musik und Darstellende Kunst

Der Preis für Musik und Darstellende Kunst geht an den 1969 in Lauingen geborenen Georg Michael Graf, dessen familiäre Wurzeln im sudetendeutschen Freudenthal liegen. Ausgang und Schwerpunkt seines Musizierens liegen im deutsch-österreichischen Repertoire des 18. und 19. Jahrhunderts, aber er spielte auch die frühe Violasonate cis-Moll op. 3 des Olmützer Komponisten Egon Kraniauth und erweckte damit ein hoher verschollenes Musikerwerk zu neuem Leben. Graf ist ein ganzheitlich denkender und empfindender Musiker. Ihm liegen Fortleben und Vermittlung der klassischen Musik am Herzen. So wurde er zum Mitbegründer des Musikfestivals Schloß Brenz und der Allmanndorfer Kammermusikwoche, die bei freiem oder geringem Eintritt stattfinden, um Barrieren abzubauen und möglichst alle ohne soziale Ausgrenzung zu erreichen.



Preis für sudetendeutsche Heimat- und Volkstumspflege

Der Preis für sudetendeutsche Heimat- und Volkstumspflege geht an Christine Rösch. Die 1970 in Neustadtchein geborene Kuhländerin verknüpft das Neustadtcheiner Kulturbürgertum aus der Zeit vor der Vertreibung. Sie lebt die Kuhländler Volkskultur, und diese lebt dank ihr. Rösch trägt die Tracht nicht nur, sie kann sie auch schneidern. Sie ist Trachtenträgerin, Volkstanzpflegerin und gefragte Fachfrau für die Neutitscheiner Mundart und die Kuhländler Volkslieder. Sie hat sich darum verdient gemacht, daß die Kuhländler Volkskultur nicht nur in der Vertreibung, sondern auch in der Heimat wieder lebt, sich hoher Beliebtheit erfreut und mit Begeisterung ausgeübt wird. Mit ihrer Überzeugungskraft, Glaubwürdigkeit und Engagement und Wissen erreichte Rösch in jüngster Vergangenheit, daß die Kuhländler Volkstänze als weltweites immaterielles Kulturerbe anerkannt und ausgezeichnet wurden.



Kultureller Förderpreis für Musik und Darstellende Kunst

Der Förderpreis für Musik und Darstellende Kunst geht an Myriam Gerdenitsch (* 1996 in München). Ihre Großeltern väterlicherseits stammen aus dem Egerland und aus Schlesien. Aufgewachsen in einem musikliebenden Elternhaus, wurde ihre musikalische Begabung früh erkannt und gefördert. Parallel zum Schulbesuch nahm sie mehrfach erfolgreich an den Wettbewerben von „Jugend musiziert" teil. Seit 2016 studiert sie Violine an der Musikhochschule Nürnberg. Seit 2018 durch ein Deutschlandstipendium gefördert, hatte sie bereits mehrfach Gelegenheit zu Solo-Auftritten. Vorrangig übt sie sich in der Orchesterarbeit, umfangreiche Kammermusikaktivitäten und wirkt im Madrigalchor der Musikhochschule Nürnberg mit. Dabei ist sie nicht auf klassische Musik festgelegt, sondern fühlt sich auch in Rock, Pop und Jazz zu Hause. Seit vielen Jahren ist sie spielend und singend,



Mitglied einer Progressive Rockband. Sie ist eine vielseitig interessierte und perfektionierte Musikerin, die künstlerisches mit sozialem Engagement verbindet, etwa in der ehrenamtlichen Betreuung von Kindern und Jugendlichen oder in der Flüchtlingshilfe.

Kultureller Förderpreis für Publizistik

Ein Förderpreis für Publizistik geht an Julian Klötzl (* 1996 in Weißburg). Nach dem Studium der Germanistik und Politikwissenschaften sowie einer Ausbildung zum Verwaltungsfachmann engagiert er sich in der Kommunalpolitik. Er ist das jüngste Mitglied im hessischen BdV-Ortsverband Lübnberg. Seit zehn Jahren gilt sein Interesse dem Ort Langlarnnitz in Egerland, dem Geburtsort seines Großvaters. Da dessen Geschichte nicht verloren gehen durfte, hat er 2020/21 die dritte überarbeitete Auflage des Heimatbuches „Langlarnnitz mit Ortsteil Federhäuseln" herausgebracht. Neben der Ortsgeschichte liegt Klötzl den Schwerpunkt auf die „Familien A bis Z". Er dokumentiert in 1683 Nummern die Lebensdaten aller Menschen von Langlarnnitz und ihrer Vorfahren. Nach dem Tod der Ortsbetreuerin von Taschwitz übernahm er deren Ehrenamt und organisiert mit Otto Riedl ein jährliches Ortstreffen für ehemalige und heutige Bewohner von Langlarnnitz in Bad Homburg. Julian Klötzl zeigte in seinen jungen Jahren ein großartiges Engagement für die Heimat seiner Großeltern, das für die Zukunft hoffen läßt.



Kultureller Förderpreis für Publizistik

Der zweite Förderpreis für Publizistik geht an den Historiker, Schriftsteller, Heimatforscher und Denkmalpfleger Miloš Bělohlávek. Er beschäftigt sich lebhaft und selbstlos mit der Geschichte seiner Heimatstadt Chodau. Seit 2016 arbeitet er ehrenamtlich als Chodauer Stadthistoriker und schaffte, das Interesse der Öffentlichkeit an der Geschichte der Stadt zu wecken. Dank seiner Arbeit wurden einzigartige historische Schätze in der katholischen Sankt-Laurentius-Kirche gerettet und auf dem Stadtfriedhof Gräber ehemaliger deutscher Bürger restauriert. Zur Erinnerung an das Schicksal der jüdischen Familien in Chodau initiierte er die Errichtung von Stolpersteinen. Den Preis erhielt er für seine erfolgreichen Publikationen, die die deutsche Vergangenheit der Stadt einbeziehen und oft auch auf Deutsch erschienen. Er ist ein Vollblutforscher, der sein reiches Wissen gut an die breite Öffentlichkeit vermittelt, auch in modernen analogen Medien. Mit seiner Begeisterung und menschlichen Herangehensweise an die Geschichte seiner Heimatstadt spricht er nicht nur die heutigen Einwohner von Chodau an, sondern auch die ehemaligen deutschen Bewohner der Region, die er regelmäßig einlädt und bei ihren Heimattreffen betreut.



Kultureller Förderpreis für Wissenschaft

Der Förderpreis für Wissenschaft geht an Gregor Kratter (* 1989 in Neualbenreuth), dessen Eltern sudetendeutsche Wurzeln im Egerland haben. Schon früh wurde er in die Quellenarbeit seiner Eltern einbezogen, die sich mit der Geschichte von Neualbenreuth beschäftigten. Diese Arbeit setzte er während seines Studiums für das Lehramt an Gymnasien fort. 2019 veröffentlichte er seine umfassende Monographie „Zwischen Österreich und Bayern. Die Fraisch mit der Simultaneums-Pfarrei Neualbenreuth im 19. Jahrhundert". Er stellte erstmals eine wissenschaftliche Aufarbeitung über das Phänomen Grenze in einer kleinen Region vor. Dabei rückte er die zwei spätmittelalterlichen Herrschaftsgebiete und deren neuzeitliche territoriale und parochiale Nachfolgeinstitutionen in das Blickfeld und arbeitete anschaulich die nationalstaatlichen Abgrenzungsprozesse und Auswirkungen des Simultaneums auf die Freischützler Neualbenreuth heraus. Er begründete ausführlich, wie daraus ein grenzübergreifendes Kuriosum und ein verwirrendes kirchenrechtliches Verhältnis erwachsen. Gregor Kratter schlug auch eine Brücke in die Jetztzeit mit Betrachtungen über den Begriff „Grenze". Mit der Darstellung vieler unterschiedlicher geschichtlicher Facetten hat Gregor Kratter ein bisheriges und umfangreiches Werk für seine Oberpfälzer Heimat, aber auch für den bayerisch-tschechischen Grenz- und Kulturraum geschaffen.



Kultureller Förderpreis für Volkstumspflege

Der Förderpreis für Volkstumspflege geht an Marina Hammerschmied (* 2000 in Wolfratshausen). Von Geburt an Mitglied der Egerländer Gmoi, wurde Marina Hammerschmied von ihren Eltern an die Traditionen des Egerlandes herangeführt. Sie haben seine überragende Musikalität früh erkannt und gefördert, so spielte Hammerschmied mit drei Jahren in der Geretsrieder Gaststätte Bunkerblasmusik Schlagzeug. Im Laufe der Jahre folgten musikalische Tätigkeiten in weiteren Bands und Orchestern. Für sein musikalisches Wirken wurde Hammerschmied mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet, unter anderem mit dem Musikus-Leistungsabzeichen in Bronze, Silber und Silber Plus sowie dem Förderpreis Johannes von Tepl. Neben der vielfältigen musikalischen Tätigkeit übt Hammerschmied auch Ehrenämter aus. Mit 14 Jahren wurde er in den Ortsrat in Geretsried und zum Landesjugendführer der Egerländer Gmoi Bayern gewählt. Hammerschmied ist der Pflege der Egerländer Musik nicht nur treu geblieben, er spielt sie ganz bewußt. Damit trägt er wesentlich dazu bei, daß eine Kultur lebendig bleibt, auch wenn sie weit weg von ihrer Entstehungsheimat gespielt wird.



Wichtige Hinweise

■ **Veranstaltungsorte.** Philharmonie im Gasteig, Rosenheimer Straße 5, Sudetendeutsches Haus, Hochstraße 8, 81669 München; Sudetendeutsches Museum, Hochstraße 10, 81669 München.

■ **Anfahrt.** Mit der S-Bahn: Alle S-Bahnen (S1 – S8) außer S20: Haltestelle „Rosenheimer Platz", bitte der Ausschilderung „Gasteig" im S-Bahn-Bereich folgen. Mit der Straßenbahn Linie 15/25: Haltestelle „Rosenheimer Platz". Mit dem Auto hat man Parkmöglichkeiten , , 81667 München in der gebührenpflichtigen Parkgarage des Gasteig. Weitere Parkplätze gibt es im Parkhaus am Hubland Inn/Motorama (Hochstraße) oder in der Parkgarage des Hofbräuhofkellers (Innere Wiener Straße) und des Hotels Hilton Munich City (Rosenheimer Straße, Ecke Steinstraße).

■ **Teilnahme.** Für die Teilnahme am Sudetendeutschen Tag ist eine verbindliche Anmeldung erforderlich. Zutritt zu den jeweiligen Veranstaltungen erhält nur, wer im Besitz einer Eintrittskarte ist, die wir nach Anmeldung rechtzeitig zusenden. Anmelden kann man sich bis 30. Juni bei der SL, Hochstraße 8, 81669 München. Telefon (089) 4800370, eMail *info@sudetendeutscher-tag.de*

Die SL glaubt, daß zu den Veranstaltungen in der Philharmonie im Gasteig maximal 500 Teilnehmer zugelassen sind. Wie vielen Gästen Zutritt gewährt wird, hängt von den aktuellen behördlichen Auflagen ab.

Es gilt das zum Veranstaltungszeitpunkt gültige Hygienekonzept.

Mit der Teilnahme an den Veranstaltungen des Sudetendeutschen Tages erklärt man sich einverstanden, auf Aufnahmen zu sein, die die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der SL verwendet.

■ **Festabzeichen.** Mit dem Kauf des Festabzeichens unterstützen Sie die Arbeit der Sudetendeutschen Volksgruppe. Bestellung bei *info@sudetendeutscher-tag.de*, Bankverbindung: IBAN DE73750903000003111470. Mit dem Erwerb des Festabzeichens ist nicht automatisch der Eintritt in den Veranstaltungen des Sudetendeutschen Tages gewährleistet.

■ **Das Bayerische Fernsehen berichtet** in einer Sondersendung am Sonntag, 18. Juli, 23.30 bis 24.45 Uhr über den Sudetendeutschen Tag.



Sudetendeutsche Landsmannschaft
LANDESGRUPPE BAYERN e.V.

Sudetendeutsche Landsmannschaft · Hochstraße 8 · 81669 München

Sudetendeutsche Landsmannschaft
Landesgruppe Bayern
Versöhnungsmarsch Brünn 2021

Hochstraße 8
81669 München
Telefon: (0 89) 48 00 03-46
Fax: (0 89) 48 00 03-96
geschaeftsstelle@sudeten-by.de
www.sudeten-by.de
Steuernummer:
143 / 222 / 50224

München, 27. Mai 2021

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Landsleute,

Europa erwacht wieder und auch unsere landsmannschaftliche Arbeit, auch in der alten Heimat, nimmt wieder Fahrt auf. Deswegen möchten wir auch heuer wieder am Versöhnungsmarsch in Brünn teilnehmen. Bereits in den letzten beiden Jahren waren wir mit Delegationen dabei und es war jeweils ein großer Erfolg.
Wir werden, wie 2019, mit 2 Bussen aus Bayern anreisen. Die Fahrt geht von **Freitag, 30. Juli bis Montag, 2. August 2021**.
Am **Freitag, 30. Juli** fährt der **Nordbus** vom Busbetriebshof Uettingen (6.30 Uhr) über Würzburg (7.00 Uhr), Nürnberg (8.30 Uhr) und Amberg (9.30 Uhr) nach Brünn (Ankunft bis 18.00 Uhr).
Der **Südbus** fährt von Augsburg (7.30 Uhr) und München (9.00 Uhr) und soll auch bis 18.00 Uhr in Brünn sein. Wir werden wieder im bewährten Hotel Best Western International mitten im Stadtzentrum wohnen. Die genauen Abfahrtsorte werden zeitnah bekanntgegeben.
Der **Samstag, 31. Juli** steht ganz im Zeichen des Marsches und des Rahmen- und Alternativprogrammes. **Ich darf hier nochmals darauf aufmerksam machen, dass niemand am Marsch teilnehmen muss, da er doch eine körperliche Herausforderung darstellt.** Es besteht auch die Möglichkeit an verschiedenen Raststationen aufzuhören und mit einem Bus in die Stadt zurückzufahren.

Bankverbindungen:
Sparkasse Mittelfranken Süd
IBAN:
DE78 7645 0000 0221 1775 61
BIC: BYLADEM1SRS
Kreissparkasse
München Starnberg Ebersberg
IBAN:
DE23 7025 0150 0000 0158 34
BIC: BYLADEM1KMS

Am **Sonntag, 1. August** werden wir nach der Teilnahme am Tschechisch-Deutschen Gottesdienst einen Ausflug nach Südmähren durchführen. Ein interessantes kulturell-historisches Programm ist in Vorbereitung.
Am **Montag, 2. August** erfolgt nach dem Frühstück ab 10.00 Uhr die Rückreise nach Bayern.
Der Teilnehmerpreis beträgt **95,00 €** und beinhaltet folgende Leistungen:

- **Busfahrt von Bayern nach Brünn und zurück**
- **3 Übernachtungen mit Frühstück und Halbpension (ohne Getränke).**
- **Ausflug nach Südmähren**

Freitag und Samstag essen wir im Hotel und am Sonntagabend ist das Essen beim „Heurigen" in Niederösterreich vorgesehen.

Bitte melden Sie sich mit beiliegendem Formular bis **Dienstag, 15. Juni 2021** an. Den Teilnehmerbetrag bitte erst nach bestätigter Anmeldung und Zahlungsaufforderung überweisen.
Alle Programmpunkte einschließlich der Gesamtreise vorbehaltlich der dann aktuellen Corona-Regelungen in Deutschland, Tschechien und Österreich.

Mit herzlichen Grüßen

Andreas Schmalcz
Landesgeschäftsstelle

Anmeldeformular

An der Fahrt nach Brünn von Freitag, 30. Juli 2021 bis Montag, 2. August 2021 nehme ich teil.

- Ich werde im Nordbus mitfahren und in …… zusteigen. Die Ankunft erfolgt am gleichen Ort.
- Ich werde im Südbus mitfahren und in ……..zusteigen. Die Ankunft erfolgt am gleichen Ort.
- Ich reise individuell an. In diesem Fall ist trotzdem der Preis von 95,00 € zu zahlen.

Name, Vorname

Adresse:

Geburtsdatum/-ort:
Ich habe folgende Funktionen:

Teilnahme Partner ja nein

Name, Vorname
Geburtsdatum/-ort

Ich benötige ein Einzelzimmer/Doppelzimmer mit……

Ausweisnummer der gemeldeten Teilnehmer (das angegebene Dokument muss im Hotel bereitgehalten werden)

Datum, Unterschrift

An:
SL-LG Bayern, Hochstraße 8, 81669 München
Geschaeftsstelle@sudeten-by.de

Fax: 089/480003-96

01) Neues Heft Sudetenland

Das neue *Sudetenland*-Heft erinnert an die langjährige Geschäftsführerin des Adalbert Stifter Vereins, **Johanna von Herzogenberg**: Verschiedene Beiträge von Weggefährten würdigen sie als Kunsthistorikerin, Kuratorin und Vermittlerin. Zahlreiche ihrer Ausstellungs- und Buchprojekte waren dem Heiligen Johannes von Nepomuk gewidmet, dessen historische Rolle und spätere Mythisierung in einem weiteren Schwerpunkt beleuchtet werden. Was Sie sonst noch alles im Heft finden können, erfahren Sie hier (incl. Bestellmöglichkeit).



Adalbert Stifter Verein e.V.

Telefon +49 89/62 27 16-30

Telefax +49 89/62 27 16-59

sekretariat@stifterverein.de

www.stifterverein.de

1-2 | 2021

Sudetenland

Europäische Kulturzeitschrift

Johanna von Herzogenberg zum 100. Geburtstag



Weitere Themen:
Johannes Nepomuk – Priester, Märtyrer, Brückenheiliger
Mitteleuropäisches Erbe in der tschechischen Gegenwartsliteratur

Neue Ausgabe Sudetenland

1-2|2021

Das neue *Sudetenland*-Heft erinnert an die langjährige Geschäftsführerin des Adalbert Stifter Vereins, Johanna von Herzogenberg: Verschiedene Beiträge von Weggefährten würdigen sie als Kunsthistorikerin, Kuratorin und Vermittlerin. Zahlreiche ihrer Ausstellungs- und Buchprojekte waren dem Heilgen Johannes von Nepomuk gewidmet, dessen historische Rolle und spätere Mythisierung in einem weiteren Schwerpunkt beleuchtet werden. Außerdem bringen wir die Beiträge von Dora Kaprálová und Marek Toman zu einer Veranstaltung über das Erbe Mitteleuropas in der tschechischen Literatur, Lyrik von Radek Fridrich und Zbyněk Fišer, Hansjürgen Gartner präsentiert den Maler Ernst Wild, Zuzana Jürgens unterhält sich mit Joachim Bruss über sein Leben zwischen Deutschland und Tschechien und Franz Adam entdeckt in Karel Ptáčníks Roman „Jahrgang 21“ die spannende Geschichte tschechischer Zwangsarbeiter in Deutschland.

Editorial
Peter Becher: Unsere Baronin

Feuilleton
Annelies Schwarz: Reisen ins böhmische Dorf

Porträt: Johanna von Herzogenberg
Raimund Paleczek: Lebenswallfahrt
Margarete von Buquoy: Gelungene Integration
Anna Knechtel: „Unser schönes böhmisches Land!“
Vladimír Kaiser: Erinnerung an Johanna
Johanna von Herzogenberg: Böhmische Erinnerungen
Georg Jerzy Galinski: „Pani Baronowa“
Sigrid Canz: Kaiser Karls Mantel
Jan Royt: „Svatý Nepomuk“

Thema: Johannes Nepomuk
Vít Vlnas: Deutungskämpfe um Johannes Nepomuk
Josef Svoboda: Versöhnendes Bindeglied
Martin Thiel und Kryštof Zeman: Finde deinen Nepomuk
Bernd Rill: Ein Heiliger kommt selten allein

Thema: Alles Geschichte?
Zuzana Jürgens: Geteiltes Erbe
Marek Toman: Warum ich kein Deutsch spreche
Dora Kaprálová: Mitteleuropa und seine Adresse

Lyrik
Zbyněk Fišer: Rebbes Briefe – Rebeho dopisy
Radek Fridrich: Krevkör

Orte der Vermittlung
Radek Flekal und Lenka Schindlerová: Olmützer Initiationen. Die Arbeitsstelle für deutschmährische Literatur

Im Gespräch
Ein Deutscher unter Tschechen. Zuzana Jürgens im Gespräch mit Joachim Bruss

Prosa
Christine Pitzke: Horní Planá, Mai 2017
Heinz Kobald: Der linke Schuh

Kunst und Kontext
Hansjürgen Gartner: Ernst Wild und seine Zeit

Geschichte im Spiegel
Ivan Meštrović: Zu Gast bei Masaryk

Wiedergelesen
Franz Adam: Generation im Elend. Karel Ptáčníks Roman „Jahrgang 21“

Forum der Übersetzer
Martina Lisa: Vom Schwimmen

Wirtshäuser Europas
Claudia Pollmann: Literatur trifft Geschichte

Würdigungen
Susanne Habel: Preisvergabe mit Hindernissen. Kulturpreise der Sudetendeutschen Landsmannschaft 2020

Rezensionen

Autoren, Mitarbeiter, Bildnachweis

Beauftragter der Bundesregierung
für Aussiedlerfragen und
nationale Minderheiten

02) Beauftragter Fabritius empfängt den Präsidenten der JEV

Andor Barabás ist neuer Präsident der Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV)

https://www.aussiedlerbeauftragter.de/SharedDocs/kurzmeldungen/Webs/AUSB/DE/2021/vorsitzender-jev-juni-2021.html

Datum: 07.06.2021



Quelle: *BMI*

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Prof. Dr. Bernd Fabritius, MdB, hat den Präsidenten der Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV), Andor Barabás am 07.06.2021 zu einem Gespräch in Berlin empfangen. Gesprächsinhalt war die inhaltliche Fortentwicklung und Vernetzung der Jugendarbeit der deutschen Minderheiten im Ausland.

Die Jugendarbeit gehört zu den förderpolitischen Schwerpunkten der Amtszeit des Bundesbeauftragten. Fabritius betonte: "Gute Jugendarbeit ist die beste Garantie dafür, einerseits die eigenen Traditionen und das Brauchtum zu wahren, andererseits beides mit neuem Leben zu füllen und an die nachfolgenden Generationen weiterzugeben. Dabei ist es wichtig, dass die Jugend die Zukunft ihrer Minderheit mit eigenen Akzenten und Impulsen selbst gestalten kann. So freue ich mich, dass Andor Barabás seit Oktober 2020 neuer Präsident des JEV geworden ist."

Barabás bedankte sich für die Gesprächseinladung und sagte, dass sich die JEV als eine selbstbestimmte und selbstorganisierte Jugendorganisation versteht, deren Tätigkeit von jungen Menschen bestimmt wird, die sich für ein dynamisches und vielfältiges Europa unter Wahrung der eigenen Identität einsetzt.

Die Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV), ist das größte Netzwerk von Jugendorganisationen der autochthonen und nationalen Minderheiten in Europa. Unter dem Slogan "Living Diversity – Vielfalt leben" vertritt die JEV Interessen junger Angehöriger nationaler, ethnischer und sprachlicher Minderheiten.

03) Traditionelle Wallfahrt der Minderheiten auf den oberschlesischen St. Annaberg

Unter dem Leitwort **„Versöhnung, Freiheit, Erneuerung“** fand – nach einer coronabedingten Pause im letzten Jahr – am 6. Juni 2021 erneut die traditionelle Wallfahrt der Minderheiten am

St. Annaberg in Oberschlesien statt. Zurückgehende Corona-Zahlen, eine steigende Impfquote und gute Testmöglichkeiten hatten es ermöglicht, das wichtigste spirituelle Fest und eine der bedeutendsten Gemeinschaftsaktivitäten der **deutschen Minderheit in Polen** in diesem Jahr durchzuführen. Anlässe gab es reichlich: So wurde an den 100. Jahrestag der Volksabstimmung in Oberschlesien 1921 erinnert, an die Gründung des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) vor 30 Jahren sowie an das 30. Jubiläum des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages. Hier geht es zum Bericht.

https://www.omv.cdu.de/artikel/traditionelle-wallfahrt-der-minderheiten-auf-den-oberschlesischen-st-annaberg

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 72, 2021

Wien, am 14. Juni 2021

Traditionelle Wallfahrt der Minderheiten auf den oberschlesischen St. Annaberg



Dr. Rudolf Urban/Wochenblatt

Grußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands,
Ministerpräsident Armin Laschet,
für die St. Annaberg Wallfahrt der Minderheiten

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit St. Annaberg verbinden sich viele Erinnerungen und Kapitel der deutsch-polnischen Geschichte. Eine dieser Erinnerungen ist die Reise von Bundeskanzler Helmut Kohl nach Polen im November 1989. Ein zentraler Bestandteil seiner Reise sollte die Teilnahme an einer Versöhnungsmesse in St. Annaberg sein. Doch der Geist der Geschichte, wie Kohl es einmal sagte, durchkreuzte diesen Reiseplan: In Berlin fiel die Mauer und mit ihr der Eiserne Vorhang in Europa. Und so ist Annaberg nicht nur ein Ort der deutsch-polnischen Vergangenheit, sondern auch ein Symbol der gemeinsamen europäischen Zukunft.

Zugleich erinnert uns Annaberg an die Bedeutung des Schutzes von Minderheiten. Bis heute unterstreicht Ihre Wallfahrt dieses hohe Gut und leistet mit Begegnung vor Ort einen wichtigen Beitrag zu Verständigung und Dialog zwischen den Völkern. Für den Beitrag, den Sie zu diesen Werten leisten, danke ich Ihnen herzlich.

Mit freundlichen Grüßen

Ministerpräsident Armin Laschet
Vorsitzender der CDU Deutschlands



OMV



OMV



OMV



OMV



OMV

09.06.2021

Egon Primas spricht Grußwort für die OMV

Unter dem Leitwort „Versöhnung, Freiheit, Erneuerung“ fand – nach einer coronabedingten Pause im letzten Jahr – am 6. Juni 2021 erneut die traditionelle Wallfahrt der Minderheiten an den St. Annaberg in Oberschlesien statt. Zurückgehende Corona-Zahlen, eine steigende Impfquote und gute Testmöglichkeiten hatten es ermöglicht, das wichtigste spirituelle Fest und eine der bedeutendsten Gemeinschaftsaktivitäten der deutschen Minderheit in Polen in diesem Jahr durchzuführen. Anlässe gab es reichlich: So wurde an den 100. Jahrestag der Volksabstimmung in Oberschlesien 1921 erinnert, an die Gründung des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) vor 30 Jahren sowie an das 30. Jubiläum des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages.

Zu den Pilgern sprachen in diesem Jahr u.a. der VdG-Vorsitzende Bernard Gaida und der Deutsche Botschafter in Polen, Arndt Freytag von Loringhoven. Gaida betonte, die deutsche Minderheit gehöre zu denjenigen Menschen, welche die bilateralen Verträge mit Leben erfüllen. Andererseits hätten diese Verträge auch erst zur Anerkennung der Minderheit geführt. Botschafter von Loringhoven erklärte wiederum: „Die Menschen mit deutscher Nationalität in Polen spielen eine hervorgehobene und ganz besonders wichtige Rolle im deutsch-polnischen Verhältnis. Sie sind fester Bestandteil Polens und unverzichtbar als Brückenbauer, bilateral und europäisch.“

Auch der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas, war der Einladung an den St. Annaberg gefolgt. Er hatte Grüße des CDU-Vorsitzenden und nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Armin Laschet mitgebracht. Dieser erinnerte daran, dass der Annaberg in seiner historischen Symbolik an die Bedeutung des Minderheitenschutzes vor Augen führe. Bis heute unterstreiche die Wallfahrt „Wallfahrt dieses hohe Gut und leistet mit Begegnung vor Ort einen wichtigen Beitrag zu Verständigung und Dialog zwischen den Völkern“.

Im bewegenden Hochamt unter der Leitung des Oppelner Bischofs Dr. Andrzej Czaja stand jedoch die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg und die Teilung Oberschlesiens mit ihren Opfern im Zentrum. Bischof Czaja mahnte: „In Anbetracht der Versöhnung braucht man nicht nur ein Gebet für die Gefallenen auf beiden Seiten. Wir brauchen auch ein gemeinsames Gedenken der Ereignisse vor 100 Jahren und mehr noch eine große Sensibilität für das Wahrheitsempfinden bezüglich der vergangenen Ereignisse." Als Symbol dieser Versöhnung wurden nach der Messe gemeinsam Kränze auf dem nahegelegenen Friedhof niederlegt.

Im späteren Tagesverlauf präsentierte der VdG seinen Film „Deutsch im Herzen", der anlässlich des 30. Jubiläums des Dachverbandes der deutschen Minderheit produziert worden war. Egon Primas gratulierte zu diesem „beindruckenden Dokument der Vereins-, aber auch der Geschichte der Minderheit in Polen insgesamt" und wies nochmals auf die besondere Bedeutung des Annaberges als Ort des Friedens und der Begegnung hin. Die Minderheit selbst habe maßgeblich dazu beigetragen, dass der Wallfahrtsort nach kriegerischen Auseinandersetzungen in und um Oberschlesien, nach der Nazi-Zeit und nach dem Kommunismus heute wieder ein solcher Ort ist.

Minderheiten seien Garanten des Friedens, die ein „Recht auf die Identität ihrer Gemeinschaft" hätten, zitierte Primas den polnischen Papst Johannes Paul II. Und mit einem Zitat des deutschen Papstes Benedikt XVI. seien sie auch „kreative, wertorientierte, die Zukunft bestimmende Kräfte".

Dafür, dass sich der Einsatz für die eigene Sprache und Kultur sowie für Verständigung auch bezahlt mache, sei jedoch Unterstützung auch aus Deutschland nötig, meinte Primas. Zu Partnern jenseits der Landesgrenzen gehöre „etwa der Bund der Vertriebenen mit seinen vielen Gliederungen und mit den Menschen, die hier einst auch ihre Heimat hatten – und die sich ebenfalls bis heute für Kulturerhalt, Begegnung und Verständigung einsetzen. Dazu gehört auch die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU, die diese Themen immer wieder in den Unionsparteien in Deutschland sichtbar macht, mit in die Wahl- und Regierungsprogramme einbringt und so politische Unterstützung ermöglicht." Und dazu gehörten auch die Unionsparteien insgesamt, wie es die Grußbotschaft von Armin Laschet deutlich werden lasse.

04) Dreifaltigkeitswallfahrt und Heimattreffen der Neubistritzer in Reingers

Unsere Gedenkveranstaltung, das **Neubistritzer Heimattreffen** am Dreifaltigkeitssonntag dem 30. Mai 2021 wurde - der hoffentlich bald zu Ende gehenden Pandemie entsprechend - sehr einfach gehalten. Bürgermeister **Andreas Kozar** (in der Bildmitte, neben dem Kranz unserer Volksgruppe) erinnerte bei der Kranzniederlegung vor dem Mahnmal an die Heimatvertreibung vor nunmehr 76 Jahren. Er bedankte sich für die feierlich zelebrierte Messfeier bei **Propst Dr. Lango** (re.), der auch ein Gebet und Worte des Gedenkens sprach. Als einzigen Gast konnte der Bürgermeister den früheren Vizebürgermeister von **Oberbaumgarten** / Horní Pěna, **Jaroslav Kubat** begrüßen, der zuvor schon den Gottesdienst mitfeierte und für das Mahnmal ein Blumengesteck aus Oberbaumgarten mitbrachte. Mit einem gemeinsamen Foto zur Erinnerung und der ebenso gemeinsamen Hoffnung auf ein „breiter" gestaltbares Treffen im nächsten Jahr endete diese Gedenkveranstaltung, an der **Lm. Erich Mader** mit der prächtigen Fahne des Heimatkreises Neubistritz (li. Im Bild) teilnehmen durfte.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 68, 2021

Wien, am 07. Juni 2021





01) Transformation von unten. Neue Perspektiven auf den Vereinigungsprozess

Ort
digital (Leipzig)
Veranstalter
Universität Leipzig, Historisches Seminar; Leipziger Institut für Heimat- und Transformationsforschung (LIHT); Johannes-Sassenbach-Gesellschaft e.V.

22.04.2021 - 23.04.2021
Von
Konrad Bunk, Historisches Seminar, Universität Leipzig

Drei Jahrzehnte nach der staatlichen Vereinigung beider deutscher Staaten gerät die unmittelbare Transformationsphase der ostdeutschen Gesellschaft stärker in den wissenschaftlichen Blickpunkt. Der Zeitraum der frühen 1990er-Jahre soll aufgearbeitet werden, weil er in den letzten Jahren erneut Gegenstand politischer Diskurse geworden ist. Der Workshop brachte verschiedene zeitgeschichtliche, medienwissenschaftliche und medienhistorische Forschungsansätze im interdisziplinären Austausch zusammen. Dabei standen Fragestellungen im Mittelpunkt, die rund um das Thema Partizipation damals betroffener Menschen an den jeweiligen Entscheidungsprozessen kreisten. Welche Gestaltungsmöglichkeiten konnten sie in die Transformation einbringen und wie einflussreich waren sie dabei? Die meisten Beiträge entstanden aus laufenden Forschungsvorhaben. So bot sich im Rahmen des Workshops die Möglichkeit, neue Impulse für die jeweiligen Projekte zu gewinnen.

In ihrer Begrüßung erläuterten Detlev Brunner, Judith Kretzschmar und Rüdiger Steinmetz die Ziele und Hintergründe der Veranstaltung. Perspektiven „von unten“ auf den Transformationsprozess seien bislang vielfach vernachlässigt worden und die Periode müsse noch jenseits der verbreiteten Dichotomie Erfolg/Misserfolg untersucht werden. Das habe sich während der jüngsten Jubiläen von 30 Jahren Umbruch in der DDR und deutscher Vereinigung in vielen noch immer verbreiteten negativen Emotionen ausgedrückt.

JUDITH KRETZSCHMAR und RÜDIGER STEINMETZ (beide Leipzig) stellten im ersten Themenbeitrag ihr Projekt zur frühesten Transformationsphase im Spiegel sächsischer Lokalfernsehprogramme vor, das vom Freistaat Sachsen im Programm „Revolution und Demokratie“ gefördert wird. Das Vorhaben basiert auf einer modularen Methoden-Schrittfolge, die auf das gesamte Bundesland angewandt wird. Diese Module reichen von der Suche und Erfassung lokalen Fernsehmaterials über eine Kategorisierung und Einordnung, Kontextualisierung mit Zeitzeugeninterview und Fokusgruppengesprächen bis hin zur Erarbeitung von Materialpaketen für historisch-politische Bildung. Anhand des bereits durchgearbeiteten Fernsehmaterials konstatiert das Projekt schnelle, grundlegende Wandlungs- und Lernprozesse der ostdeutschen Bevölkerung, die von anfänglicher Unbefangenheit gegenüber Westdeutschland hin zu Ernüchterung führten. Kretzschmar und Steinmetz attestierten auf der Basis ihrer heutigen Fokusgruppen- und Zeitzeugengespräche die Reaktivierung traumatisierender Erfahrungen (Zeitzeugen-Generation) sowie eine große Offenheit gegenüber der medienvermittelten Erfahrung (Nachwende-Generation), noch immer große mentale Ost-West-Differenzen und einen andauernden Prozesscharakter der „Vollendung der Einheit“.

MANDY TRÖGER (München) arbeitete den Einfluss bundesdeutscher Presseverlage auf den Transformationsprozess der ostdeutschen Medienlandschaft heraus. Demnach gelang es vier Großverlagen bis zum Herbst 1990, den DDR-Markt unter sich aufzuteilen, wobei ihr Verhalten zwar teilweise ungesetzlich gewesen sei, aber mit Unterstützung der Bundesregierung und gegen den erklärten Willen der DDR-Regierungen stattgefunden habe. Tröger kontrastierte diese Entwicklung mit zeitgleichem Enthusiasmus der ostdeutschen Bevölkerung, ausgedrückt in zahlreichen Zeitungsneugründungen. Diese hätten dem Druck der bundesdeutschen Großverlage allerdings nur kurz standhalten können. Sie zeigte auf, wie die damaligen Geschehnisse den ostdeutschen Pressemarkt bis heute prägen und in charakteristischen Unterschieden zu den alten Bundesländern nachwirken, etwa beim Vorhandensein von mehr verlagsnahen Grossisten.

In seinem Beitrag über Einfluss und Handeln der Gewerkschaften in der Transformationsphase betonte DETLEV BRUNNER (Leipzig/Berlin) zunächst, dass die bundesdeutschen DGB-Gewerkschaften auf die Geschehnisse seit dem Herbst 1989 nicht vorbereitet gewesen seien, aber 1990 trotzdem zügig den wirtschaftlichen Wandel in der DDR zu beeinflussen suchten. Demnach entfiel der ostdeutsche FDGB als Akteur, und gewerkschaftliches Engagement ging von selbstständigen Ost-Gewerkschaften und den DGB-Organisationen aus. Die bundesdeutschen Gewerkschaften hätten im Osten die gewerkschaftliche Neuorganisation vorangetrieben und gleichzeitig deutliche Forderungen zur Gestaltung des Transformationsprozesses gestellt. Das widerspreche der verbreiteten Meinung, die Gewerkschaften seien nur verspätet und träge beim Thema Ostdeutschland aktiv geworden. Die großen Leitlinien der Transformationspolitik mitzubestimmen, sei den Gewerkschaften aber schwergefallen, auch weil sie in der federführenden Treuhandanstalt nur verhältnismäßig geringen Einfluss gehabt hätten. Trotzdem ließen sich durchaus prominente Erfolge feststellen, etwa der Erhalt des mitteldeutschen Chemiedreiecks, für das sich insbesondere die IG Chemie eingesetzt habe. Um abschließende Urteile über Ergebnisse und den gewerkschaftlichen Einfluss treffen zu können, müsse aber weiter geforscht werden, so Brunner.

JAKOB WARNECKE (Potsdam/Leipzig) arbeitete an einem konkreten Beispiel den Einfluss von Betriebsrat und Gewerkschaft auf die Transformation des Stahlwerks Hennigsdorf heraus. Dort sei Protestkultur und basisdemokratisches Engagement im Herbst 1989 von Anfang an stark durch Personal des Werks geprägt gewesen. Zeitgleiche Kontaktaufnahme zu bundesdeutschen Gewerkschaftsorganisationen sei aus traditionellen Netzwerken zu West-Berliner und Bremer Industriebetrieben und nicht völlig neu entstanden. Betriebliche Demokratisierung und Erneuerung habe 1989/90 aus der Belegschaft selbst heraus stattgefunden, sodass legitimiertes Personal die gewerkschaftliche Einheit 1990 vollzog. Alles Engagement sei immer eng verzahnt gewesen mit außerbetrieblichen Kräften wie dem örtlichen Bürgerkomitee, das bis zum Sommer 1990 starken Einfluss auf den Betrieb ausüben konnte.

JÖRN-MICHAEL GOLL (Leipzig) sprach abschließend über die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im Transformationsprozess. Ohne vorige Initiative der bundesdeutschen Verbände der föderalen GEW seien in der DDR bis Sommer 1990 neue GEW-Verbände entstanden. Sie hätten sich in expliziter Opposition zum bisherigen SED-Staat gegründet, obwohl Lehrpersonal ideologisch eng eingebunden gewesen sei. Deshalb hätten Diskurse über ehemalige Verknüpfungen mit dem alten System einen großen Stellenwert eingenommen. Die Führungsfiguren und wichtiges Personal in zweiter Reihe seien nicht aus der Bundesrepublik, sondern aus dem oppositionellen und aus altem DDR-Gewerkschaftsmilieu gekommen. Weil viele Mitglieder der neuen Verbände an Hochschulen und Kindertagesstätten tätig waren, sei die GEW erst jetzt faktisch zur übergreifenden

Bildungsgewerkschaft geworden. Goll konstatierte, dass auch auf dem Feld der Gewerkschaftsgeschichte in der Transformationszeit nach wie vor hoher Forschungsbedarf besteht.

In der Abschlussdiskussion forderte Rüdiger Steinmetz die Zeitzeugengeneration der Transformation auf, die damaligen Kämpfe nicht fortzusetzen. Alle Generationen mit ihren spezifischen Fragestellungen müssten in der Geschichtsschreibung mitgedacht werden. Auch dürfe die weitere Forschung nicht westdeutsch dominiert stattfinden und 1989/90 nicht als „Stunde null“ gelten. Schon vorher im bundesdeutschen Kapitalismus angelaufene Prozesse müssten stets mitgedacht werden und könnten im Licht der ostdeutschen Transformation besser verstanden werden. Gerlinde Frey-Vor (MDR, Leipzig) warf die Frage auf, ob zeitgenössische sozialwissenschaftliche Arbeiten über Wiedervereinigung und Transformationszeit nicht im aktuellen Diskurs neu erforscht und ausgewertet werden sollten. Detlev Brunner bekräftigte, dass auf diesem Feld künftig gearbeitet werde. Die Diskutant:innen äußerten vielfach den Wunsch, ähnliche Veranstaltungen mit weiteren interdisziplinären Beiträgen und Perspektiven auch zukünftig stattfinden zu lassen. Brunner betonte abschließend, dass der Workshop als ein Auftakt für künftige Tagungen im Rahmen der entstehenden Leipziger Forschungsstelle für Transformationsgeschichte dienen solle.

Konferenzübersicht:

Begrüßung und Einführung

Judith Kretzschmar/Rüdiger Steinmetz (Leipzig): Abbruch. Umbruch. Aufbruch. Transformationsprozesse in lokalen Fernsehprogrammen Sachsens (1990-1995). Mit Beispielen

Mandy Tröger (München): 30 Jahre Medienwende. Wie medienpolitische Lobbyarbeit westdeutscher Verlage die Transformation der DDR-Presselandschaft beeinflusste

Detlev Brunner (Leipzig/Berlin): Einfluss ohne Mitbestimmung? Gewerkschaftliches Handeln in der Transformationsphase der 1990er-Jahre

Jakob Warnecke (Potsdam/Leipzig): Betrieb und Gewerkschaft in der Transformation. Das Fallbeispiel Hennigsdorf

Jörn-Michael Goll (Leipzig): Die GEW im Einheits- und Transformationsprozesse

Abschlussdiskussion

Zitation
Tagungsbericht: Transformation von unten. Neue Perspektiven auf den Vereinigungsprozess, 22.04.2021 – 23.04.2021 digital (Leipzig), in: H-Soz-Kult, 02.06.2021, <www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8957>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

01) CDU-Brinkhaus: "Brauchen wir einen neuen Lastenausgleich?"

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Ralph Brinkhaus, hat für den 23.06.2021 zu einer Videokonferenz zum Thema

„Brauchen wir einen neuen Lastenausgleich?“

eingeladen (Anhang 1). Er will das im Zusammenhang mit einer angeblichen Aussiedler- und Vertriebenenpolitik der Bundesrepublik Deutschland bringen, einer Politik, die sich im Wesentlichen dadurch auszeichnet, dass die zumeist unter CDU-Beteiligung stehenden Bundesregierungen ihrer völkerrechtlichen Verpflichtung nicht nachgekommen sind, die Wiedergutmachung der an den Vertriebenen begangenen Menschenrechtsverbrechen von den Vertreiberstaaten einzufordern.

Stolz darauf braucht die Regierung wahrlich nicht zu sein.

Dafür hat sie deutsche Steuergelder für eine ganze Anzahl von Themen verwendet, deren Notwendigkeit in sehr vielen Fällen als unbegründet angesehen worden ist. Ein Beispiel davon habe ich in dem ebenfalls angehängten „Offenen Brief“ beschrieben.

Lesen Sie ihn und handeln Sie.

Mit freundlichen Grüßen
Karin Zimmermann
Am Hang 19
53819 Neunkirchen-Seelscheid
E-Mail: info@AVIADOC.de

Offener Brief

zum Thema „Brauchen wir einen neuen Lastenausgleich?“, das anl. einer Veranstaltung im Rahmen einer Videokonferenz diskutiert werden soll.

Sehr geehrte Damen und Herren,

als ich vor Jahresfrist meiner Ärztin (einer Grünen) erklärte, dass die Menge an Geld, die der Staat derzeit zum Fenster hinauswirft, wohl nur durch einen Lastenausgleich wieder „beschafft“ werden könne, hat die mich für verrückt erklärt. Sie hatte den Begriff „Lastenausgleich“ noch nie gehört. Sie vertraute auf die Zusicherung des SPD-Kanzler-kandidaten Scholz, die BRD habe in der Vergangenheit so gut gewirtschaftet, dass sie die Kosten der Pandemie leicht stemmen könne.

Nun ist es der Genosse Brinkhaus, der als erster die „Katze aus dem Sack“ lässt.

Wenn er die Frage stellt, ob wir ein neues Lastenausgleichsgesetz brauchen, kommt bei uns Alten, die das Gesetz und seine Auswirkungen miterlebt haben, der Verdacht auf, dass hier – wieder mal – die „Blinden von der Farbe reden“:

Im Anfang der 50**er** Jahre hatte die „junge Bundesrepublik“ Deutschland 15 Millionen vertriebener Deutscher vor dem Verhungern zu bewahren. Dass diese Vertreibung unter Bruch der elementaren Grundsätze des Völkerrechtes von den Siegermächten Polen, Tschechien, Russland und anderen erfolgt war, **hatte sie nicht zu verantworten.**

Die heutige, „alte Bundesrepublik“ **hat ihre Geldnot aber weitgehend selbst zu verantworten. Nur ein Beispiel:**

- Sie lässt - noch immer - unkontrolliert ungezählte, zumeist junge Männer ins Land,
- die vor dem Überschreiten der Grenze ihre Ausweise weggeworfen haben,
- die behaupten, sie seien in ihrer Heimat an Leib und Leben gefährdet - ein Land, das sie aber gelegentlich (sehr freiwillig) per Flugzeug aufsuchen, um dort Urlaub zu verbringen,
- die hier üppige Sozialleistungen genießen, die von deutschen Steuerzahlern aufgebracht werden.
- Sie hat auch zu verantworten, dass hunderttausende von denen nicht wieder nach Hause geschickt werden, obwohl deren Asylantrag letztinstanzlich abgelehnt worden ist.
- Sie schickt sie auch dann nicht nach Hause, wenn sie hier durch das Begehen von Verbrechen aufgefallen sind.

Wenn diese alte – meist unter CDU-Einfluss stehende – Bundesrepublik jetzt vor der Pleite steht, **hat sie das aber selbst zu verantworten.**

Genau diese Partei ist es, deren Fraktionsvorsitzender nun nach „Lastenausgleich“ ruft, um die seit Jahren auf der Hand liegende Verschwendungssucht seiner Regierung zu vertuschen.

Sehr geehrter Herr Brinkhaus, merken sie sich:

Das Thema „Lastenausgleich“ ist seit drei Generationen Geschichte.

Das Gesetz über den Lastenausgleich (Lastenausgleichsgesetz, LAG) vom 14.08.1952 hatte zum Ziel, den Deutschen, die infolge des Zweiten Weltkrieges und seiner Nachwirkungen Vermögensschäden oder besondere andere Nachteile erlitten hatten, eine finanzielle Starthilfe im eigenen Land zu gewähren.[1]

[1] https://de.wikipedia.org/wiki/Lastenausgleichsgesetz.

In der Präambel des LAG kann man lesen:

„In Anerkennung des Anspruchs der durch den Krieg und seine Folgen besonders betroffenen Bevölkerungsteile auf einen die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit und die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten berücksichtigenden Ausgleich von Lasten und auf die zur Eingliederung der Geschädigten notwendige Hilfe sowie

unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, dass die Gewährung und Annahme von Leistungen **keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen und Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens** bedeutet,

und unter dem weiteren ausdrücklichen Vorbehalt, dass die Gewährung und Annahme von Leistungen für Schäden im Sinne des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes weder die Vermögensrechte des Geschädigten berühren noch einen Verzicht auf die Wiederherstellung der unbeschränkten Vermögensrechte oder auf Ersatzleistung enthalten,

hat der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates das nachstehende Gesetz beschlossen:…..

Es geht also um Krieg und die Beseitigung der Nachkriegsfolgen von 15 Millionen deutscher Staatsbürger, die – ohne dass sie sich irgendetwas haben zuschulden kommen lassen – von fremden Truppen von Haus und Hof davongejagt, und von einer auf die andere Stunde vor dem „Nichts“ standen.

Natürlich war damals das dafür notwendige Geld im Staatshaushalt nicht vorhanden. „Woher nehmen und nicht stehlen.“[2] Höhere Steuern waren keine Lösung: **Also hat man denjenigen Bürgern, die in irgendeiner Weise über Eigentum verfügten, dieses „weggenommen“.** „Weggenommen“ in der Art und Weise – so kenne ich es – dass etwa dem Bauern, der über ein Bauernhaus und Äcker verfügte, die Hälfte des Einheitswertes seines Betriebes als Schuld ins Grundbuch eingetragen wurde. Diese Schuld hatte er dann im Laufe der nächsten 25 Jahre wieder zurückzuzahlen. Er musste – auf gut deutsch – sein Eigentum wieder zurückkaufen.

Außer dass der Staat in seiner heutigen Verschwendungssucht über kein Geld mehr verfügt, liegt aber ein Fall, der einen Vermögensentzug der Besitzenden zur Folge hat, auch nicht im Entferntesten vor.

Als der damalige Finanzminister Eichel im Jahr 1995 gefragt wurde, wie er den die gigantischen Schulden bezahlen wolle, die die BRD schon damals hatte, lautete seine Antwort sinngemäß: „Sie müssen sich das als Gelände vorstellen. Da gibt es Berge und da gibt es Täler. Nun verschiebt man die Berge in die Täler und das Problem ist erledigt.“[3]

---

[2] Stehlen ist wohl nicht der richtige Begriff, denn - so sagt es der DUDEN – ist stehlen etwas, was einem nicht gehört, **heimlich, unbemerkt an sich nehmen,** in seinen Besitz bringen. Der Entzug des Eigentums war aber keineswegs heimlich und unbemerkt.

[3] So war es nach meiner Erinnerung.

Genau so sehe ich den (mehr dilettantischen) Versuch des CDU-Fraktionschefs, unter der Bezeichnung „Lastenausgleich“ erneut an das Geld derjenigen Leute zu kommen, die welches haben. Sei es in Form von Bargeld, in Form von Aktien oder in Form eines Einfamilienhäuschens, das sie sich in Kenntnis der miserablen Renten, die sie zu erwarten haben, vom Mund abgespart haben. Ganz einfach ausgedrückt: Wer was hat, bekommt es weggenommen. So einfach sieht das nach meiner Vermutung aus.

Wozu **Eckhard Pols MdB,** der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag die Einladung mitunterschrieben hat? Vermutlich soll nur irgendein Bezug zu uns Vertriebenen in die Diskussion einfließen.[4]

Liebe Leute – **damit bin ich am Schluss meines „Offenen Briefes“:**

Liebe Politiker, liebe Chefredakteure, liebe Journalisten, liebe Ärzte, Handwerker und ihr lieben Angestellten, Beamten, Soldaten, usw.,: Wenn Ihr jetzt nicht aufpasst, ist euer Erspartes (zu einem großen Teil) weg. Weg, um die Verschwendungssucht der Regierung fortsetzen zu können.

Macht da nicht mit. Stoppt das Ganze. Wehrt Euch.

Am 26. September dieses Jahres ist eine gute Gelegenheit dazu.

Mit freundlichen Grüßen

Karin Zimmermann
Am Hang 19
53819 Neunkirchen-Seelscheid
E-Mail: info@Aviadoc.de
(parteilos)
(12.06.2021)

From: Einladung - CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Sent: Monday, June 07, 2021 1:13 PM

To: Einladung - CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Subject: Einladung | Fachgespräch digital | Bilanz der Aussiedler- und Vertriebenenpolitik: Brauchen wir einen neuen Lastenausgleich? | 23. Juni 2021



Fachgespräch digital:
Bilanz der Aussiedler- und Vertriebenenpolitik

Sehr geehrte Damen und Herren,

Deutschland diskutiert Strategien zur wirtschaftlichen Bewältigung der Corona-Pandemie – der größten Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg – **und dabei steht auch die Forderung nach einem neuen Lastenausgleich im Raum.**

Die Aufnahme der Aussiedler und Heimatvertriebenen nimmt innerhalb der Kriegsfolgenbewältigung der Bundesrepublik Deutschland eine Sonderstellung ein. Die Integration von über 16 Millionen Deutschen stellt eine der größten Leistungen unserer Nachkriegsgeschichte dar. Dabei war das Lastenausgleichsgesetz von zentraler Bedeutung, das sich zu einem umfassenden Eingliederungs- und Entschädigungsprogramm entwickelte. Das Bundesausgleichsamt existiert bis heute.

Wir wollen in diesem wichtigen Bereich der Heimatpolitik eine Bilanz ziehen und angesichts des anstehenden Reformjahrzehnts in Bund und Ländern die notwendige Staatsmodernisierung und die Bedeutung historischer Vorbilder diskutieren.

Zu dieser Veranstaltung im Rahmen einer Videokonferenz laden wir Sie herzlich ein für

Mittwoch, den 23. Juni 2021, von 14.30 bis 16.00 Uhr.

Über Ihre Teilnahme würden wir uns freuen. Gerne können Sie die Einladung an andere Interessierte weiterleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Ralph Brinkhaus MdB
Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Eckhard Pols MdB
Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Programm

14.30 Uhr Begrüßung

Eckhard Pols MdB

Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

14.35 Uhr Einführung

Thorsten Frei MdB

Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

14.40 Uhr Grußwort

Ralph Brinkhaus MdB

Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Seite xx zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 792 vom 17.06.2021

14.45 Uhr Videogrußbotschaft

Dr. Angela Merkel MdB

Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland

14.55 Uhr Impuls

Prof. Dr. Bernd Fabritius MdB

Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

15.05 Uhr Diskussion

Brauchen wir einen neuen Lastenausgleich? Heimatpolitik und Reformen in Deutschland

Prof. Dr. Michael Hüther

Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln

Nina Warken MdB

Integrationsbeauftragte
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Thomas Heilmann MdB

Mitglied u.a. des Parlamentarischen Begleitgremiums Covid-19-Pandemie und Autor des Buches „NEUSTAAT. Politik und Staat müssen sich ändern „

Heiko Hendriks

Beauftragter der nordrhein-westfälischen Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern

Moderation
Karoline Gil

Bereichsleiterin Integration & Medien am Institut für Auslandsbeziehungen und YouTuberin

15.55 Uhr Ausblick

Stephan Mayer MdB

Parlamentarischer Staatssekretär

im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Anmeldung

Anmeldung

Bitte melden Sie sich bis zum **21. Juni 2021** unter www.cducsu.de/veranstaltungen oder direkt hier an:

Vielen Dank! Bei der Anmeldung ist die Angabe einer E-Mail-Adresse unbedingt erforderlich, damit wir Ihnen einige Tage vor dem Konferenztermin die Zugangsdaten zur Videokonferenz per E-Mail zusenden können.

Technische und organisatorische Hinweise

- Anmeldung unter www.cducsu.de/veranstaltungen bis zum **Montag, 21. Juni 2021**.
- **Veranstaltungsformat:** Die Veranstaltung findet als **Videokonferenz** von Ihrem PC, Laptop, Smartphone o.ä. statt.
- **Technische Voraussetzungen:** Zur Teilnahme an der Videokonferenz benötigen Sie **das Programm „Cisco Webex Meetings „**. Sollten Sie „Cisco Webex Meetings „ noch nicht installiert haben, können Sie es unter folgenden Links herunterladen:

  iPhone/iPad (iOS): https://apps.apple.com/de/app/cisco-webex-meetings/id298844386#?platform=ipad
  Smartphone (Android): https://play.google.com/store/apps/details?id=com.cisco.webex.meetings&hl=de
  Computer: https://www.webex.com/de/downloads.html
- **Einschaltzeit:** Ab **14.15 Uhr**. Die Konferenz ist bereits 15 Minuten vor Beginn zugänglich. Bitte installieren Sie die notwendige Software vorab und schalten Sie sich rechtzeitig zu.
- **Zugangsdaten: Meeting-Kennnummer und Passwort übersenden wir Ihnen zeitnah zum Veranstaltungstermin in einer gesonderten E-Mail an die von Ihnen bei der Anmeldung angegebene E-Mail-Adresse.**
- **Koordination und Planung:** Heike Brehmer MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.
- **Fachliche Vorbereitung:** Sven Oole, Geschäftsführer der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag; T 030.227-51989.
- **Pressebetreuung:** Pressestelle der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag; T 030.227-53015.

- **Organisation und technischer Support:** Katrin Steinbach und Judith Gaida, Innerer Dienst der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag; T 030.227-51288.
- **Datenschutz:** Es gelten die allgemeinen Datenschutzhinweise. Mit der Anmeldung bestätige ich, dass ich die Datenschutzhinweise zur Kenntnis genommen habe.
- **Foto und Videoaufnahmen:** Im Rahmen der Veranstaltung werden Fotos und Filme zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit sowie zur internen und externen Dokumentation der Veranstaltung gemacht und verwertet.

A. eb) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen S. 278 - 342

01) Leserbrief zu einer äußerst ernsten Angelegenheit: „Amerika" – ein Name mit Vergangenheit

Amerika umbenennen?

Zu Ihrer Berichterstattung über verschiedene Initiativen zur Umbenennung deutscher Universitäten. Diese Aktivitäten sind zwar lobenswert, können aber nur ein Anfang sein, eine wesentliche Ausweitung der Überprüfungen ist dringend geboten. Deshalb mein Vorschlag, die bekannten Probleme in größerem Rahmen und mutiger anzugehen. Warum werden Städtenamen zum Beispiel unhinterfragt hingenommen? Karlsruhe, Ludwigsburg, Friedrichshafen … die Aufzählung ließe sich noch lange fortsetzen. Das geht gar nicht! Der Hintergrund der jeweiligen Namensgeber bedarf sorgfältiger Untersuchung, aber allein schon die bedrückende Dominanz männlicher Namensgeber zeigt, dass es so nicht bleiben kann. Andere Länder sind da weiter: Das frühere Bombay heißt heutzutage längst Mumbai. Entschlossene, im Grunde überfällige Schritte würden auch international Aufsehen erregen, Achtung und Respekt verschaffen. An Vorschlägen zur Umbenennung dürfte es wohl nicht mangeln.

Wenn es, wie hier nur angedeutet werden kann, im eigenen Haus auch noch genug zu erledigen gibt, sollte dies nicht den Blick auf globale Missstände verstellen. Als krassestes Beispiel für Anachronismus ist natürlich „Amerika" zu nennen. Benannt nach … Amerigo Vespucci! Unglaublich, allein der Gedanke an diesen historischen Missgriff kann für schlaflose Nächte sorgen. Da anscheinend ein deutscher Kartograf für diesen erschreckenden Zustand verantwortlich ist, liegt bei der deutschen Seite auch die Verpflichtung, mit einer vorsichtigen, aber energischen diplomatischen Initiative eine Revision dieses Fehlgriffs anzustoßen und für Gerechtigkeit mit alternativen Vorschlägen zu sorgen. Und natürlich ist eine Entschuldigung (und eventuell auch Zahlung von Entschädigung) bei allen Bewohnern dieses Kontinents unumgänglich!

Anscheinend (leider!) noch nicht ausreichend ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gedrungen ist neben vielem anderen auch das Problem der Monatsnamen, obwohl kleine Initiativen unermüdlich tätig sind. Vor allem „Juli, August" werden weltweit tagtäglich benützt, ohne einen Gedanken daran zu verschwenden, dass dadurch permanent römische Sklavenhalter wie Julius Cäsar und Kaiser Augustus geehrt werden. In diesem Fall läge es nahe, diese belasteten Namen etwa durch solche von damaligen Aufständischen zu ersetzen. In diesem Zusammenhang ist auch Jesus zu erwähnen, jener bekannte Religionsstifter des Altertums und etwa Zeitgenosse der erwähnten Römer. Sein Ausspruch: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist (…)" ist möglicherweise als Unterstützung der damaligen Sklaverei zu verstehen. Das bedarf noch näherer, sorgfältiger Prüfung, denn die Konsequenzen einer negativen Entscheidung weltweit wären erheblich.

DR. THOMAS HEINRICH W. WALTHER, FRANKFURT AM MAIN

Fundstück FAZ vom 07.06.2021 – zugesandt von FAZ-Leser Roger Kunert

02) Rettet die Berliner Mohrenstraße

Kolumne von Götz Aly

... und Götz Aly kämpft weiter für die Mohrenstraße, er fordert die Berliner auf, innerhalb der nächsten vier Wochen Protestbriefe gegen die Umbenennung zu schreiben, und zwar an Bezirksamt Mitte, Kulturamt, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin.

Und nicht ohne Grund, bittet er die Briefschreiber, sich den Eingang bestätigen zu lassen.

Kolumne

Rettet die Berliner Mohrenstraße!

GÖTZ ALY

Am 14. Mai verkündete das „Amtsblatt für Berlin", dass die Mohrenstraße in Mitte zum 1. Oktober wegbenannt werden soll. Seit 330 Jahren gehört diese Straße zu der in ihrer historischen Struktur erhaltenen Friedrichstadt. Durchgesetzt haben diesen Geschichtsfrevel Grüne, SPD und Linke im Bezirk Mitte. Zuvor hatten dieselben Parteien im Abgeordnetenhaus eine Ermächtigungsklausel beschlossen, mit der sie die Ausführungsvorschriften des Straßengesetzes um ein gummiweich formuliertes Kriterium zur Umbenennung ergänzten: den „Bezug zu rassistisch-imperialistischen Ideologien". Aber dieser besteht im Fall Mohrenstraße nicht.

Ohne jede Begründung wird zudem behauptet, der Straßenname schade „dem nationalen und internationalen Ansehen Berlins" und enthalte einen „rassistischen Kern". Dazu ist zu sagen: Zur Zeit der Benennung wurden in der ständisch verfassten Gesellschaft einzelne Menschen- und Berufsgruppen mit Straßennamen nicht diskriminiert, sondern ehrend als Gemeinschaften hervorgehoben. Deshalb haben wir in Berlin die Schützenstraße, die Jüdenstraße, den Gendarmenmarkt, den Kadettenweg, den Hugenottenplatz, die Böhmische Straße usw. Die Mohrenstraße kreuzt die nach dem vor 320 Jahren regierenden Königspaar – Friedrich und Charlotte – benannten Straßen des heutigen Zentrums. Eine derart hervorgehobene Position im alten und heutigen Zentrum Berlins kann nicht herabsetzend gemeint gewesen sein. Im Deutschen wird das Wort Mohr seit langer Zeit nicht mehr als Bezeichnung für einen Menschen dunkler Hautfarbe verwendet; es existiert auch nicht als Schimpfwort.

Die Mohrenstraße ist Teil der Stadtgeschichte, ähnlich der Mauerstraße, dem Festungsgraben, der Invaliden- oder der Hirtenstraße. Dasselbe gilt für die zur Mohrenstraße parallel verlaufende Taubenstraße. Sie war nicht etwa dem Vogel, sondern solchen Soldaten gewidmet, die im Kriegsdienst ertaubt waren und dort Unterkunft gefunden hatten. Gilt das demnächst als behindertenfeindlich? Es gibt keinen Grund, an den historischen Namen zu rütteln. Sie sind Schriftdenkmale, die es uns Heutigen ermöglichen, die Vergangenheit unserer Stadt zu lesen und besser zu verstehen.

Was tun? Nach den Paragraphen 40 und folgende des Bezirksverwaltungsgesetzes wäre das Bezirksamt verpflichtet gewesen, die „Mitwirkung der Einwohnerinnen und Einwohner zu fördern" und diese rechtzeitig „über ihre Mitwirkungsrechte zu unterrichten". All das haben der Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel und die zuständige Stadträtin Sabine Weißler (beide Grüne) fahrlässig oder willentlich unterlassen.

Die Idee zur Umbenennung wurde von einer kleinen, wenig informierten antikolonialistischen Gruppierung forciert. Diese nennt das Bezirksamt „zivilgesellschaftliche Akteurinnen/Akteure". Diejenigen, die dagegen seit Jahren begründete Einwände erheben, zählt dasselbe grün-rot-rot durchherrschte Amt nicht zur Zivilgesellschaft. Dagegen sollte man sich zur Wehr setzen.

In den nächsten vier Wochen können alle Berliner und Berlinerinnen brieflich Widerspruch gegen die Umbenennung einlegen, zu richten an: *Bezirksamt Mitte von Berlin, Abt. Weiterbildung, Kultur, Umwelt usw-., Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin.* Lassen Sie sich den Eingang bestätigen und schreiben Sie uns Ihre Meinung.

Aus: Berliner Zeitung v. 18.05.2021, S. 6

Wort der Woche, in: Preußische Allgemeine Zeitung / Das Ostpreußenblatt (PAZ) v. 28.08.2020, S. 24:

„Herrn Amo kennt keiner, aber er war dem Vernehmen nach einem Mohren. Fazit: Bisher wurden in der Hauptstadt alle Mohren gewürdigt. In Zukunft nur noch einer."

Robert von Loewenstern, auf „Achgut.com" (24. August) zur Umbenennung der Berliner Mohrenstraße in Anton-Wilhelm-Amo-Straße.

03) Die Linke ist bei Straßenumbenennungen wieder aktiv: sie fordert, die Roonstraße in Lichterfelde West umzubenennen

Die eigene Parteiengeschichte ist für DIE LINKE ein Tabu, mit der Umbenennung von Straßen aber zieht sie machtheischene „Politiker“ am Nasenring hinter sich her



Lokales

Roonstraße umbenennen

LICHTERFELDE. Die Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) setzt sich für die Umbenennung der Roonstraße in Lichterfelde in Betty-Kierski-Straße ein. Roon war Kriegs- und Marineminister und seine Verdienste bestanden darin, die organisatorischen Voraussetzungen für die Kriegsführung in den Jahren 1864 und 1871 zu schaffen. Eine solche Heldenverehrung sei heutzutage nicht mehr zeitgemäß, erklärt die Linksfraktion in ihrem Antrag. Darin wird das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf aufgefordert, die Voraussetzungen für eine Umbenennung der Roonstraße in Betty-Kierski-Straße zu schaffen. Sie wäre laut der Fraktion ein zweifaches Signal: Steglitz-Zehlendorf würde die Opfer des Faschismus ehren und der Bezirk erhöhe den Anteil an Straßen, die nach Frauen benannt sind. Betty Johanna Kierski nahm sich 1942 das Leben, um ihrer Deportation zu entgehen. Für sie wurde in der Kommandantenstraße 9 ein Stolperstein gesetzt. Mehr zur Person von Betty Kierski auf www.stolpersteine-berlin.de/biografie/6322.



Aus: Berliner Woche (Steglitz-Dahlem) v. 12.05.2021, S. 2

Roon-Denkmal am Großen Stern, Foto: Susanne Kähler < https://bildhauerei-in-berlin.de/bildwerk/roon-denkmal/>

Und es werden nicht nur alle nach Roon benannten Straßen betroffen sein, sondern auch die benachbarten Straßen die nach preußischen Militärs benannt sind. Und natürlich auch das Roon-Denkmal am Großen Stern.

Auf der Grundlage von schlechtem Geschichts- und Geographie-Unterricht in den Schulen soll die Geschichte unseres Landes und unseres Volks verfälscht werden. Und viele machen dabei mit!

04) Straßenumbenennungen ohne Ende? Hermann von Wissmann

Grunewald ohne Wissmann

Nach der Umbenennung der Neuköllner Wissmannstraße in Lucy-Lameck-Straße könnte bald auch die Wissmannstraße in Grunewald anders heißen. Eine Jury hat aus einigen Vorschlägen einen möglichen neuen Namen ausgewählt. Diesen verrät das Gremium aus Fraktionsvertreter:innen, Mitgliedern des Bündnisses „Decolonize Berlin" und Anwohnern aber noch nicht. Man habe vertraulich getagt, sagte BVV-Vorsteherin Annegret Hansen (SPD). Der Vorschlag werde zuerst den Bezirksverordneten für deren endgültige Entscheidung mitgeteilt.

Hermann von Wissmann (1853 bis 1905) war ein Afrikaforscher und Befehlshaber deutscher Kolonialtruppen. Ihm wird besonders die blutige Niederschlagung eines Aufstands der Küstenbevölkerung in Ostafrika angelastet.

Kurz vor der Jurysitzung regte die CDU-Abgeordnetenhauskandidatin im Wahlkreis Grunewald, Sandra Khalatbari, eine Umbenennung in Baraschstraße an. Daraufhin meldete sich Joachim Neu beim Tagesspiegel, der unter anderem als Sprecher der Bürgerinitiative Stuttgarter Platz bekannt ist, und teilte mit, dass er dieselbe Idee bereits vor Monaten eingebracht habe.

Die jüdische Familie Barasch wohnte einst in der Wissmannstraße 11. Das NS-Regime ermordete Artur Barasch 1942 im KZ Sachsenhausen, seine Frau Irene sowie die Kinder Else und Werner flohen ins Ausland. Mieter des Hauses wollten mit einem Bürgergarten an die Familie erinnern. Dies scheiterte an einem Neubauprojekt des Eigentümers.

Die Straßenschilder der Wissmannstraße wurden von Unbekannten mit blutroter Farbe besprüht. Sandra Khalatbari ärgert sich über diese „Selbstjustiz" und fordert eine „zeitnahe" Reinigung. *CD*

Aus: Der Tagesspiegel v. 19.05.2021, S. 3 in „Leute – Charlottenburg-Wilmersdorf"

05) Demokratischer Diskurs ausgeschlossen - noch einmal: Maerckerweg

a) Die SPD

Anzeige

Hass aus dem Straßenbild tilgen

Noch immer ehren zahlreiche Straßennamen Rassisten und Antisemiten

Jeder Lokalpolitiker weiß: Mit Straßenumbenennungen macht man sich unter den Anwohnerinnen und Anwohnern kaum Freunde. Dennoch lohnt ein Blick auf den Einzelfall, wer da bis heute alles geehrt wird – auch in Steglitz-Zehlendorf.

Viele werden sie kennen: Die Spanische Allee im Ortsteil Schlachtensee. „Was nur die wenigsten wissen: Als die Straße 1939 ihren Namen erhielt, sollte mitnichten unser europäischer Nachbar gewürdigt werden," erläutert Martin Kromm, Sprecher für Bildung und Kultur der SPD-Fraktion. Vielmehr erfolgte die Benennung durch die Nationalsozialisten zur Ehrung der aus Spanien zurückkehrenden „Legion Condor". Diese war an zahlreichen Kriegsverbrechen beteiligt, unter anderem an der Zerstörung der Stadt Guernica, der Hunderte Zivilisten zum Opfer fielen.

Nur wenigen bekannt dürfte hingegen der Maerckerweg in Lankwitz sein. Benannt ist die kurze Straße nach dem Kolonialisten und Antisemiten Georg Maercker. Dieser war unter anderem am Völkermord an den Herero und Nama im heutigen Namibia aktiv beteiligt.

Die Umbenennung des Maerckerwegs ist mittlerweile beschlossene Sache. „Bei der Spanischen Allee würde eine Umwidmung genügen – der Name könnte also bleiben, dann jedoch an die deutsch-spanische Freundschaft erinnern," erklärt Kromm. „Dass ausgerechnet die Grünen hier lieber mit CDU und AfD gemeinsame Sache machen, damit hatten wir nicht gerechnet!"

Diskussionen gibt es derzeit auch über die Pacelliallee, die Treitschkestraße, den Hindenburgdamm und den U-Bahnhof Onkel-Toms-Hütte.



Martin Kromm
Der Rechtsanwalt und Familienvater aus Steglitz setzt sich für Integration, Chancengleichheit und Teilhabe ein. Er ist stellvertretender BVV-Vorsitzender.



Für Sie

In der „Berliner Woche“ vom 27.01.2021 findet sich eine mehrseitige Parteiwerbung der SPD. Auf Seite 4 dieser „Einlage“ (siehe oben) findet sich auch der Beitrag von einem Martin Kromm. Da heißt es: „Der Rechtsanwalt und Familienvater aus Steglitz setzt sich für Integration, Chancengleichheit und Teilhabe ein. Er ist stellvertretender BVV-Vorsitzender“.

Auch Martin Kromm hat sich die Umbenennung von Straßen zur Aufgabe gemacht und bezieht sich dabei in seinem Beitrag auf den Maerckerweg in Berlin-Lankwitz und behauptet: „Benannt ist die kurze Straße nach dem Kolonialisten und Antisemiten Georg Maercker…“

Wie bei seinem Parteigenossen und Fraktionsvorsitzenden, Rechtsanwalt Norbert Buchta, kann auch bei Genossen Martin Kromm davon ausgegangen werden, dass dem Genossen die Geschichte der SPD nach dem Ersten Weltkrieg wie auch die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderte Biographie zu General Georg Maercker aus Baldenburg in Westpreußen

> **Claus Kristen: Ein Leben in Manneszucht. Von Kolonien und Novemberrevolution.**
> **Der „Städtebezwinger“ Georg Maercker. Schmetterling Verlag, Stuttgart 2018**

nicht bekannt sind. Von Deutscher Kolonialgeschichte und Würdigung von Lebensleistungen ganz zu schweigen.

Wichtig ist hier wohl allein die mögliche politische Einflussnahme und Machtausübung mit Hilfe der SED-Traditionspartei „Die Linke“.

Bürgerbeteiligung ist nur etwas für „Demokraten“, wenn der Bürger dieselbe Meinung hat, wie man selber! Die Arbeiter in der Arbeiter-Partei von 1920 dachten wohl auch anders als Anwälte in der SPD von heute!

Das ist äußerst beschämend für diese Partei mit einer so langen demokratischen Tradition! Und es stellt sich die Frage, ist eine Partei noch „demokratisch“, wenn Ihre Funktionsträger die demokratischen Rahmenbedingungen lediglich als Mittel ansehen, sich selbst Macht zu verschaffen, ohne Rücksicht auf ihre Mitglieder und Wähler, vom Volk ganz zu schweigen!

b) und die AfD meint es gut und passt sich den Strömungen an

Drucksache - 2286/V

Betreff:	Bürgerfreundlich: Umwidmung statt Umbenennung des Maerckerweges	
Status:	öffentlich	
	Ursprung	aktuell
Initiator:	AfD-Fraktion	AfD-Fraktion
Verfasser:	1. Döhnert 2. Graffstädt	
Drucksache-Art:	Antrag	Antrag
Beratungsfolge:		

Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von Berlin 19.05.2021 48. öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf - Videokonferenz	Vorberatung	
Ausschuss für Bildung und Kultur 02.06.2021 36. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur	Empfehlung	

Sachverhalt

Die BVV möge beschließen:

Bezugnehmend auf den Beschluss 1080/V aus Drs. 1393/V sowie das diesbezügliche Schreiben der BzStR'in Schellenberg vom 14.04.2021 wird das Bezirksamt beauftragt, anstelle der Umbenennung des Maerckerweges eine Umwidmung zu Ehren von Karl Anton Maercker, Jurist und während der Revolution 1848 zeitweilig preußischer Justizminister, vorzunehmen (ebenso geeignet ist der Theologe Otto Maercker, der in der DDR 1957 wegen Boykotthetze in einem Schauprozess verurteilt wurde.)

Begründung:

Umbenennungen sind regelmäßig mit organisatorischem und finanziellem Aufwand für Bezirk, Stadt sowie für ansässige Bürger und Unternehmen verbunden. Eine entsprechend erläuterte Umwidmung erfüllt den ursprünglich mit der Umbenennung beabsichtigten Zweck genauso mit dem Vorteil des Wegfalls der damit verbundenen Kosten.

c) SPD und Die Grünen – und die CDU tritt bei. Auch hier: Lesen ist unbequem!

Drucksache - 2281/V

Betreff:	Ehemaligen Maerckerweg in Maria-Rimkus-Weg umbenennen	
Status:	öffentlich	
	Ursprung	aktuell
Initiator:	GRÜNE-Fraktion	GRÜNE- und CDU-Fraktion
Verfasser:	1. Steinhoff/Wojahn 2. Hippe	
Drucksache-Art:	Antrag	Antrag
Beratungsfolge:		

Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von Berlin Vorberatung
19.05.2021

Ausschuss für Bildung und Kultur Empfehlung
02.06.2021
36. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur

Sachverhalt

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt nimmt eine Umbenennung des ehemaligen Maerckerwegs in Maria-Rimkus-Weg vor.

Begründung:

Maria Rimkus wurde 1910 in Berlin geboren und half ab Dezember 1942 der hochschwangeren jüdischen Zwangsarbeiterin Ruth Abraham. Diese Hilfe dehnte sie schnell auf die weitere Familie Abraham aus und besorgte 1943 auch gefälschte Papiere für deren Flucht. Maria Rimkus wurde dazu von der Gestapo vorgeladen und verhört, aufgrund Mangel an Beweisen aber wieder entlassen. Auch nach dem Krieg half Maria Rimkus der Familie Abraham in ihrer neuen Heimat USA weiterhin. Sie wird seit 1953 durch den Staat Israel in der Gedenkstätte Yad Vaschem als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt und lebte seit 1963 bis zu ihrem Tod im jetzigen Bezirk Steglitz-Zehlendorf.

In der 104. Sitzung des Ältestenrats am 18.05.2021 ist die CDU-Fraktion dem Antrag beigetreten.

Rögner-Francke
Bezirksverordnetenvorsteher

d) die SPD

Drucksache - 2266/V

Betreff:	Umbenennung des Maerckerwegs in Maria-Rimkus-Weg	
Status:	öffentlich	
	Ursprung	aktuell
Initiator:	SPD-Fraktion	SPD-Fraktion
Verfasser:	1. Buchta 2. Flores Ramirez 3. Trenczek	
Drucksache-Art:	Antrag	Antrag
Beratungsfolge:		

	Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von Berlin 19.05.2021	Vorberatung
48. öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf - Videokonferenz		
	Ausschuss für Bildung und Kultur 02.06.2021	Empfehlung
36. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur		

Sachverhalt

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, zeitnah den Maerckerweg in Maria-Rimkus-Weg umzubenennen.

Begründung:

Mit Beschluss 1080/V hat die BVV am 20.05.2020 beschlossen, den Maerckerweg umzubenennen. Ein Namensvorschlag wurde zu diesem Zeitpunkt noch nicht beschlossen. Seitens des zuständigen Amtes wurde nun auf Grundlage der Straßenumbenennungsliste der Vorschlag gemacht, den Weg in Maria-Rimkus-Weg umzubenennen. Dies ist zu begrüßen. Maria Rimkus half Menschen jüdischer Herkunft während der NS-Herrschaft zur Flucht und war damit eine stille Heldin. Sie wohnte seit ihrer Geburt in Berlin-Lankwitz und seit 1963 in der Mörchinger Straße in Berlin-Zehlendorf. Maria Rimkus verstarb am 21.01.2001.

Rögner-Francke
Bezirksverordnetenvorsteher

06) Vorletzter Reichskanzler: Pflege für Kurt von Schleichers Grab soll nicht mehr vom Land bezahlt werden

Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf wollen das Grab aus der Liste der Ehrengräber streichen. Von Schleicher ist umstritten.

Thomas Lippold

27.02.2021, 21:52 Uhr

Auf dem Parkfriedhof Lichterfelde in Steglitz-Zehlendorf liegt das Grab von Kurt von Schleicher, der als letzter Reichskanzler der Weimarer Republik bekannt ist. Seit einem Senatsbeschluss aus dem Jahr 1978 ist es als Ehrengrab des Landes Berlin anerkannt, in diesem August soll die letzte Verlängerung auslaufen.

Doch die SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Steglitz-Zehlendorf fordert nun mit Unterstützung der Linksfraktion, das Ehrengrab von Schleichers nicht mehr zu verlängern und aus der Liste der Ehrengräber zu streichen. Von Schleicher gilt als umstrittene politische Figur: bis zum Januar 1933 war er Reichskanzler und direkt für die Ernennung seines Nachfolgers Adolf Hitler verantwortlich. Von Schleicher wurde zusammen mit seiner Ehefrau Elisabeth am 30. Juni 1934 von Angehörigen der SS in seiner Neubabelsberger Villa ermordet.

Wer genau die Grabstätte von Kurt von Schleicher pflegt, ist eine gute Frage. Sicher ist sich die grüne Bezirksstadträtin Maren Schellenberg da selbst nicht – das geht aus einer Anfrage des Linken-Abgeordneten Gerald Bader an das Bezirksamt hervor. In der Grabstättenakte sei vermerkt worden, dass die Grabpflege 1978 noch von Angehörigen oder einer beauftragten Firma übernommen wurde.

Zwanzig Jahre später wurde festgestellt, dass keine „gärtnerische Instandsetzung erforderlich sei." Seitdem, steht in der Anfrage, „ist davon auszugehen, dass die Pflege durch das Bezirksamt erfolgt."

Auch über die Kosten ist man sich nicht ganz im Klaren. Die Stückkosten für die Pflege einer Grabstelle lagen 2019 bei 86,78 Euro. Die Summen variieren aber, „so dass weder für das Ehrengrab Kurt von Schleicher noch insgesamt für Ehrengräber eine Summe für das Bezirksamt genannt werden kann." Im Satz darauf dann die Info: Ein Ehrengrab kostet das Land Berlin etwa 800 Euro pro Jahr.

„Berufsoffizier, Politiker, Reichskanzler"

Bei den Gründen für die letztmalige Verlängerung des Nutzungsrechtes an der Grabstätte, die 2015 erfolgte, notiert das Bezirksamt nur trocken „Fehlanzeige". Auch sieht es sich nicht zuständig für die Beurteilung der „wesentlichen Verdienste von Kurt von Schleicher, die ein Ehrengrab rechtfertigen", und zitiert lediglich aus der Liste der Ehrengrabstätten des Landes, in der es trocken heißt: „Berufsoffizier, Politiker, Reichskanzler."

Nun stört sich Gerald Bader von der Linksfraktion aber nicht vorrangig an den Kosten für das Ehrengrab. Ihm geht es um den „Status des Grabes innerhalb einer städtischen Gedenkkultur, und nicht um die Grabstätte an sich." Mit diesem heißen Thema will sich das

Bezirksamt aber nicht befassen, und so antwortet Bezirksstadträtin Schellenberg auf die abschließende Frage, ob das Bezirksamt ein Ehrengrab für Kurt von Schleicher denn für berechtigt hält: „Es steht daher dem Bezirksamt nicht zu, eine Entscheidung des Senats von Berlin zu hinterfragen."

„Aus unserer Sicht", schreibt Gerald Bader, „wäre es nun an der Zeit, den Ehrengrabstatus der Grabstätte von Schleicher in diesem August auslaufen zu lassen. Die SPD-Fraktion hat

bereits einen Antrag dahingehend auf den Weg gebracht, dem wir uns in der Forderung anschließen."

In dem Antrag, der Anfang März im Bezirksausschuss für Bildung und Kultur behandelt werden soll, fordert die SPD, das Ehrengrab von Schleichers nicht mehr zu verlängern. „Kurt von Schleicher hat sich nicht verdient gemacht, die Ehre für ein durch den Staat gepflegtes Grab und Andenken zu erhalten."

Weiter heißt es in der Begründung: „Kurt von Schleicher war kein Demokrat. Sein Ziel war die Beseitigung der Weimarer Republik und die Schaffung eines autoritären Staates. Er gehörte einem konservativ-reaktionärem Lager an, das bei dem Sturz des letzten frei gewählten Reichskanzler Hermann Müller (SPD) mitgewirkt hat. Feinde der Demokratie sind keine Personen, die durch ein Ehrengrab gewürdigt werden dürfen."
Von Schleicher habe durch Ränkespiele die Stabilität der Weimarer Republik unterminiert

Gerald Bader sieht das ähnlich. Ihm „ist es ein Rätsel, inwiefern sich ein Mensch, der diverse faschistische Personen und Massenorganisationen in Querfrontstrategien eingebunden hat und sie so salonfähig machte, um Berlin verdient gemacht haben soll. Vielmehr hat von Schleicher durch seine stetigen Ränkespiele und Geheimabsprachen (auch mit Adolf Hitler) die Stabilität der Weimarer Republik unterminiert und zugleich die Aufrüstung Deutschlands vorangetrieben." Bader sieht von Schleicher sogar als „einen von mehreren überaus prominenten Steigbügelhaltern des deutschen Faschismus", eine Anerkennung durch ein Ehrengrab sei somit unverdient.

Bei einer Rede vor dem Deutschen Bundestag 2003 bezeichnete Bernd Braun von der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg von Schleicher als „einen der entschiedensten Gegner Hitlers". Eine längere Abhandlung über das Kabinett von Schleicher, die vom Bundesarchiv veröffentlich wurde, liest sich etwas anders.

Zusammenfassend heißt es dort über von Schleicher: „Seiner eigenen Legende ist er, gemessen an dem, was er erreicht und was er verfehlt hat, nicht gerecht geworden; seiner politischen Maxime dagegen ist er treu geblieben. In den Intrigen des Januar 1933 wurde er mit seinen eigenen Waffen geschlagen. Die politischen Irrtümer und Fehleinschätzungen, mit denen er zur autoritären Aushöhlung des Weimarer Verfassungsstaates beigetragen hatte, schlugen in seinem Sturz auf ihn selbst zurück."



Als „Steigbügelhaltern des deutschen Faschismus“ bezeichnet ein Bezirksverordneter der Linksfraktion von Steglitz-Zehlendorf von Schleicher. *Foto: mauritius images / World Book Inc*.

Auf dem Parkfriedhof Lichterfelde in Steglitz-Zehlendorf liegt das Grab von Kurt von Schleicher, der als letzter Reichskanzler der Weimarer Republik bekannt ist. Seit einem Senatsbeschluss aus dem Jahr 1978 ist es als Ehrengrab des Landes Berlin anerkannt, in diesem August soll die letzte Verlängerung auslaufen.

Doch die SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Steglitz-Zehlendorf fordert nun mit Unterstützung der Linksfraktion, das Ehrengrab von Schleichers nicht mehr zu verlängern und aus der Liste der Ehrengräber zu streichen. Von Schleicher gilt als umstrittene politische Figur: bis zum Januar 1933 war er Reichskanzler und direkt für die Ernennung seines Nachfolgers Adolf Hitler verantwortlich. Von Schleicher wurde zusammen mit seiner Ehefrau Elisabeth am 30. Juni 1934 von Angehörigen der SS in seiner Neubabelsberger Villa ermordet.

Wer genau die Grabstätte von Kurt von Schleicher pflegt, ist eine gute Frage. Sicher ist sich die grüne Bezirksstadträtin Maren Schellenberg da selbst nicht – das geht aus einer Anfrage des Linken-Abgeordneten Gerald Bader an das Bezirksamt hervor. In der Grabstättenakte sei vermerkt worden, dass die Grabpflege 1978 noch von Angehörigen oder einer beauftragten Firma übernommen wurde.

Zwanzig Jahre später wurde festgestellt, dass keine „gärtnerische Instandsetzung erforderlich sei.“ Seitdem, steht in der Anfrage, „ist davon auszugehen, dass die Pflege durch das Bezirksamt erfolgt.“

[Wenn Sie alle aktuellen Nachrichten live auf Ihr Handy haben wollen, empfehlen wir Ihnen unsere App, die Sie hier für Apple- und Android-Geräte herunterladen können.]

Auch über die Kosten ist man sich nicht ganz im Klaren. Die Stückkosten für die Pflege einer Grabstelle lagen 2019 bei 86,78 Euro. Die Summen variieren aber, „so dass weder für das Ehrengrab Kurt von Schleicher noch insgesamt für Ehrengräber eine Summe für das Bezirksamt genannt werden kann.“ Im Satz darauf dann die Info: Ein Ehrengrab kostet das Land Berlin etwa 800 Euro pro Jahr.

„Berufsoffizier, Politiker, Reichskanzler“

Bei den Gründen für die letztmalige Verlängerung des Nutzungsrechtes an der Grabstätte, die 2015 erfolgte, notiert das Bezirksamt nur trocken „Fehlanzeige“. Auch sieht es sich nicht

zuständig für die Beurteilung der „wesentlichen Verdienste von Kurt von Schleicher, die ein Ehrengrab rechtfertigen“, und zitiert lediglich aus der Liste der Ehrengrabstätten des Landes, in der es trocken heißt: „Berufsoffizier, Politiker, Reichskanzler.“

Nun stört sich Gerald Bader von der Linksfraktion aber nicht vorrangig an den Kosten für das Ehrengrab. Ihm geht es um den „Status des Grabes innerhalb einer städtischen Gedenkkultur, und nicht um die Grabstätte an sich.“ Mit diesem heißen Thema will sich das Bezirksamt aber nicht befassen, und so antwortet Bezirksstadträtin Schellenberg auf die abschließende Frage, ob das Bezirksamt ein Ehrengrab für Kurt von Schleicher denn für berechtigt hält: „Es steht daher dem Bezirksamt nicht zu, eine Entscheidung des Senats von Berlin zu hinterfragen.“

„Aus unserer Sicht“, schreibt Gerald Bader, „wäre es nun an der Zeit, den Ehrengrabstatus der Grabstätte von Schleicher in diesem August auslaufen zu lassen. Die SPD-Fraktion hat bereits einen Antrag dahingehend auf den Weg gebracht, dem wir uns in der Forderung anschließen.“

In dem Antrag, der Anfang März im Bezirksausschuss für Bildung und Kultur behandelt werden soll, fordert die SPD, das Ehrengrab von Schleichers nicht mehr zu verlängern. „Kurt von Schleicher hat sich nicht verdient gemacht, die Ehre für ein durch den Staat gepflegtes Grab und Andenken zu erhalten.“

Weiter heißt es in der Begründung: „Kurt von Schleicher war kein Demokrat. Sein Ziel war die Beseitigung der Weimarer Republik und die Schaffung eines autoritären Staates. Er gehörte einem konservativ-reaktionärem Lager an, das bei dem Sturz des letzten frei gewählten Reichskanzler Hermann Müller (SPD) mitgewirkt hat. Feinde der Demokratie sind keine Personen, die durch ein Ehrengrab gewürdigt werden dürfen.“

Von Schleicher habe durch Ränkespiele die Stabilität der Weimarer Republik unterminiert

Gerald Bader sieht das ähnlich. Ihm „ist es ein Rätsel, inwiefern sich ein Mensch, der diverse faschistische Personen und Massenorganisationen in Querfrontstrategien eingebunden hat und sie so salonfähig machte, um Berlin verdient gemacht haben soll. Vielmehr hat von Schleicher durch seine stetigen Ränkespiele und Geheimabsprachen (auch mit Adolf Hitler) die Stabilität der Weimarer Republik unterminiert und zugleich die Aufrüstung Deutschlands vorangetrieben.“ Bader sieht von Schleicher sogar als „einen von mehreren überaus prominenten Steigbügelhaltern des deutschen Faschismus“, eine Anerkennung durch ein Ehrengrab sei somit unverdient.

Bei einer Rede vor dem Deutschen Bundestag 2003 bezeichnete Bernd Braun von der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg von Schleicher als „einen der entschiedensten Gegner Hitlers“. Eine längere Abhandlung über das Kabinett von Schleicher, die vom Bundesarchiv veröffentlich wurde, liest sich etwas anders.

Zusammenfassend heißt es dort über von Schleicher: „Seiner eigenen Legende ist er, gemessen an dem, was er erreicht und was er verfehlt hat, nicht gerecht geworden; seiner politischen Maxime dagegen ist er treu geblieben. In den Intrigen des Januar 1933 wurde er mit seinen eigenen Waffen geschlagen. Die politischen Irrtümer und Fehleinschätzungen, mit denen er zur autoritären Aushöhlung des Weimarer Verfassungsstaates beigetragen hatte, schlugen in seinem Sturz auf ihn selbst zurück.“

Ob sich die Anerkennung als Ehrengrab nun ebenfalls als Fehleinschätzung herausstellen wird, ist eine schwierige Frage, mit der sich zunächst der Bildungs- und Kulturausschuss der BVV am kommenden Mittwoch beschäftigen darf.

Aus: *27.02.2021, 21:52 Uhr bzw. Der Tagesspiegel, 28.02.2021, S. 10*

https://www.tagesspiegel.de/berlin/letzter-reichskanzler-der-weimarer-republik-pflege-fuer-kurt-von-schleichers-grab-soll-nicht-mehr-vom-land-bezahlt-werden/26959160.html

Drucksache - 2148/V BVV Berlin Steglitz-Zehlendorf

Betreff:	Kein Ehrengrab für Kurt von Schleicher	
Status:	öffentlich	
	Ursprung	aktuell
Initiator:	SPD-Fraktion	SPD-Fraktion
Verfasser:	1. Buchta 2. Dr. Stratievski	
Drucksache-Art:	Antrag	Antrag
Beratungsfolge:		

Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von Berlin 17.02.2021	Vorberatung
45. öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf	überwiesen
Ausschuss für Bildung und Kultur 03.03.2021	Empfehlung
34. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur	

Sachverhalt

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass das Ehrengrab für Kurt von Schleicher auf dem Parkfriedhof Lichterfelde nicht mehr verlängert wird bzw. aus der Liste der Ehrengräber gestrichen wird. Kurt von Schleicher hat sich nicht verdient gemacht, die Ehre für ein durch den Staat gepflegtes Grab und Andenken zu erhalten.

Begründung:

Kurt von Schleicher war kein Demokrat. Sein Ziel war die Beseitigung der Weimarer Republik und die Schaffung eines autoritären Staates. Er gehörte einem konservativ-reaktionärem Lager an, das bei dem Sturz des letzten frei gewählten Reichskanzler Hermann Müller (SPD) mitgewirkt hat. Feinde der Demokratie sind keine Personen, die durch ein Ehrengrab gewürdigt werden dürfen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Bildung und Kultur der Bezirksverordnetenversammlung von Steglitz-Zehlendorf am 02.03.2021

Name	Art der Mitarbeit	Herkunft	seit
Tom Cywinski	Ausschussmitglied	CDU	09.04.2019
Dr. Clemens Escher	stellv. Ausschussvorsitzende(r)	CDU	09.04.2019
Dr. Sabine Lehmann-Brauns	Ausschussmitglied	CDU	09.04.2019
Martin Kromm	Ausschussmitglied	SPD	28.03.2019
Ellinor Trenczek	Ausschussmitglied	SPD	28.03.2019
Carsten Berger	Ausschussmitglied	GRÜNE	10.04.2019
Lukas Uhde	Ausschussmitglied	GRÜNE	28.03.2019
Johann Trülzsch	Ausschussmitglied	AfD	28.03.2019
Mathia Specht-Habbel	Ausschussvorsitzende(r)	FDP	28.03.2019
Hans-Walter Krause	Ausschussmitglied	LINKE	10.04.2019
André Tinibel	Bürgerdeputierte(r)	CDU (BD)	10.04.2019
Sabina Spindeldreier	Bürgerdeputierte(r)	CDU (BD)	28.03.2019
Alexander Niessen	Bürgerdeputierte(r)	SPD (BD)	15.05.2019
Dr. Detlef Meyer zu Heringdorf	Bürgerdeputierte(r)	GRÜNE (BD)	28.03.2019
Dennis Klein	Stellv. Bürgerdeputierte(r)	CDU (Stellv. BD)	28.03.2019
Martina Bischof	Stellv. Bürgerdeputierte(r)	CDU (Stellv. BD)	28.03.2019
Wibke Bronsch	Stellv. Bürgerdeputierte(r)	SPD (Stellv. BD)	28.03.2019

*

Dieses Thema finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

Von der Geschichtsklitterung zur Geschichtsfälschung:
Straßenumbenennungen für eine andere Republik, für eine andere Gesellschaft – für ein anderes Volk?
Das Beispiel Steglitz-Zehlendorf in Berlin: Paul von Hindenburg, Max von Gallwitz, Georg Maercker

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Geschichtslandschaft_Strassen_Gedenktafeln_%20Ehrengraeber.pdf

Eine Ergänzung auf den Leitseiten ist in Arbeit!

07) … und auch in anderen Bezirken Straßenumbenennungen, beispielsweise in Tempelhof-Schöneberg

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin

Westpreußisches Bildungswerk Berlin-Brandenburg
Ostdeutscher Hochschulbund Danzig-Westpreußen
Landesarbeitsgemeinschaft für Ostkunde im Unterricht e.V. Berlin

Postbank Berlin IBAN DE 26 100 100 10 0001199 101 BIC BNKDEFF
Brandenburgische Straße 24, 12167 Berlin-Steglitz
Mo 10 – 12 Uhr und n.V. (Ruf: 030-257 97 533 mit AA und Fernabfrage); Fax auf Anfrage
westpreussenberlin@gmail.com
www.westpreussen-berlin.de

Vorsitzender: Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke**; stv. Vors.:** Ute Breitsprecher
Schatzmeister: Dieter Kosbab Ruf: 030-661 24 22

24. Januar 2021 Hk

O f f e n e r B r i e f
Zum Beschluss der BVV von Tempelhof-Schöneberg am 20.01.2021, den Kaiser-Wilhelm-Platz in Richard-von-Weizsäcker-Platz umzubenennen.

Sehr geehrter Herr Olschewski,

wir „kennen“ uns aus meiner Tempelhofer bzw. vor allem aus meiner Tempelhof-Schöneberger Zeit (1982-2005) als Bezirklicher Planungsbeauftragter (BmBm-Plab). Daher wende ich mich in meinen „Offenen Brief“ zum BVV-Beschluss zur Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Platzes direkt an Sie, in der Gewissheit, dass mein Schreiben dann nicht gleich kommentarlos in den Papierkorb wandert. Und unsere Erfahrungen, mit Parteien des „linken Spektrums“, über ihre Entscheidungen einen sachlichen demokratische Diskurs zu führen, sind schlecht: Man will nicht mit uns reden!

Als wir vor einigen Wochen von der Absicht des Herrn Bertram von Boxberg (Bündnis 90/Die Grünen) in der Presse lasen, dass er sich für diese Umbenennung einsetzt, hatte ich es nicht für möglich gehalten, dass es ihm und seiner Partei gelingen würde, die CDU und die FDP in die „rotgrüne Schmuddelzone“ der Veränderung der Geschichtslandschaft zu ziehen, an der die „politische Linke“ seit Jahren, mangels anderer Probleme, arbeitet.
Zu diesem Zeitpunkt äußerte Herr von Boxberg – scheinheilig, wie ich meine! – noch seine Verwunderung darüber, dass die CDU seinem tollen Vorschlag, einen CDU-Politiker mit dieser Umbenennung an einer herausragenden Stelle zu ehren, nicht folgen, sondern sich mit der Benennung eines Saales im Rathaus Schöneberg begnügen wolle.

Es ist äußerst bedauerlich, dass sich Ihre Fraktion diesem Vorhaben angeschlossen hat. Ja, es gibt eine Straße in Berlin-Lankwitz, die seit 1894 „Kaiser-Wilhelm-Straße“ heißt, ein Blick in deren Umgebung zeigt Ihnen auch, wohin in Zukunft die Reise in Schöneberg geht: die Umbenennung vieler Straßen im Umfeld des Nollendorfplatzes, und nicht nur, weil der Name dort auch vorhanden ist, sondern weil es sich um für bestimmte Kreise ungeliebte Namensgeber handelt! Wir sind tief enttäuscht darüber, dass die Parteien der BVV Tempelhof-Schöneberg sich dafür hergegeben haben, an diesem Ort im Zuge der „historischen Reichsstraße 1“, die nach Osten in die historischen ostdeutschen Landschaften Ost-Brandenburg, Pommern, Westpreußen und Ostpreußen führt, Ihre „einfältigen“ Ziele zu verwirklichen. Einfalt statt Vielfalt!

Die Berliner CDU, so ihr Generalsekretär Stefan Evers am 22.01.2021 im Berliner „Tagesspiegel“ (Seite 8), „(habe) bereits vor einigen Jahren angeregt, den noch namenlosen Platz vor dem Roten Rathaus [Eberhard Diepgen legte immer Wert auf die Bezeichnung: „Berliner Rathaus“, Anm. R.H.] nach von Weizsäcker zu benennen…“ Die Fraktionen der BVV Tempelhof-Schöneberg waren nicht in Not.

Die Linke, die SPD, Bündnis 90/Die Grünen – und nun auch CDU und FDP – sind bundesweit u.a. mit Umbenennungen in der Geschichtslandschaft aktiv, sie verfälschen unsere Geschichte und zugleich stehen sie für den Rückgang bei der Vermittlung von Geschichts- und Geographiekenntnissen in unserm Bildungssystem.
Eine Bürgerbeteiligung findet in den seltensten Fällen statt. Ein Beispiel bietet die Umbenennung der Mohrenstraße in Berlin-Mitte, wo Sozialdemokraten, Bündnis 90/Die Grünen und die Partei Die Linke sich einig waren, dann aber die Partei Die Linke ausscherte und eine Bürgerbeteiligung forderte; die bisherigen Bündnispartner setzten sich dann dort über diese – immerhin anerkennenswerte Forderung – ihres bisherigen Partners hinweg und setzten die Umbenennung der Mohrenstraße mit Mehrheitsbeschluss ihrer Stimmen in der BVV von Berlin-Mitte durch.

Herr von Boxberg ist mir aus meiner Zwölf-Apostel-Kirchengemeinde, wo er anerkennenswerterweise seit Jahren gute Arbeit für die historischen Friedhöfe der Gemeinde leistet, bekannt. Neuerdings hat sich Herr von Boxberg auch in die „AG Berliner Ehrengräber“ eingebracht, in der wir daran arbeiten, selbstherrliche, intransparente Entscheidungen von RotRotGrün zu hinterfragen, denen in den letzten Jahren eine Vielzahl von Ehrengräbern zum Opfer gefallen sind: Ehre nicht auf Zeit, sondern für immer ist die Forderung der AG Berliner Ehrengräber. Und da will Herr von Boxberg mitziehen, dem so viel an Straßenumbenennungen liegt? Misstrauen ist angebracht (https://www.langhans-gesellschaft.org/ehrengrab/ag-berliner-ehrengraeber/).
Diese AG Berliner Ehrengräber geht auf eine Initiative des ehemaligen Leitenden Baudirektors von Kreuzberg, Herrn Dipl.-Ing. Wolfgang Liebehenschel (SPD) zurück, der bei Forschungen zu seinen schlesischen Landsleuten auf das Problem der Beseitigung von Ehrengräbern ohne Beteiligung der Öffentlichkeit aufmerksam wurde und auch die Begründungen für die Löschung der Ehrengräber – kein Bekanntheitsgrad und hohe Kosten – für „irre und herbeigezogen“ hält.

Auch wir Westpreußen sind davon betroffen, beispielsweise durch den. Wegfall des Ehrengrabes für Hugo Conwentz (*1855 Sankt Albrecht bei Danzig – †1922 Berlin) auf dem Stahnsdorfer Friedhof im Jahre 2014 (sein Grab war ursprünglich auf dem Alten Matthäus-Friedhof in Schöneberg und wurde 1938/39 auf Grund der „Germania-Planungen von Albert Speer 1938/1939 nach Stahnsdorf umgebettet). Im Jahre 2005 führten wir zum 150. Geburtstag von Hugo Conwentz eine Tagung im Botanischen Garten durch, auf dem Stahnsdorfer Friedhof hielten wir mit dem Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf eine Feierstunde an seinem Grabe ab, Frau Bezirksbürgermeisterin Monika Thiemen, SPD, hielt die Gedenkrede. Vorher hatte die Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin die gestohlene Bronzeskulptur zu Conwentz in der Bildgießerei Noack nachgießen lassen.

Hugo Conwentz gilt als Begründer des Staatlichen Naturschutzes, er wurde Direktor der 1906 in Danzig gegründeten „Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen“, die 1911 nach Schöneberg umzog. An dem Gebäude in der Grunewaldstraße gibt es nur eine Gedenktafel für seinen Sekretär (!), nicht für ihn, auch an seinem letzten Wohnhaus in der Schöneberger Wartburgstraße gibt es noch keine Gedenktafel!
Ich rege an, dass Sie/sie sich für die Gedenktafel(n) zur Erinnerung an Hugo Conwentz einsetzen. Sie können sich dabei auf den § 96 des „Bundesvertriebenengesetzes – BVFG“ berufen, nach dem Bund, Länder, Gemeinden usw. zur Pflege des ostdeutschen Kulturgutes verpflichtet sind!

Die aktuellen bundesweiten Umbenennungswellen werden weitergehen. Der Kaiser-Wilhelm-Platz – ach ja, wenige Anwohner, wenige Proteste – wird nicht die letzte Aktion dieser Art sein, sie wird fortgesetzt werden, natürlich ohne Bürger (wenn diese anderer Meinung sein sollten) – und die CDU kann sagen: wir sind dabei!

Wir haben in diesem Land, in dieser Stadt, in diesem Bezirk, so viele andere Probleme: Errungenschaften der Kaiserzeit (Toilettenanlagen, Postämter usw.) werden beseitigt, man könnte sich u.a. beschäftigen mit kaputten Schulen und Straßen und Brücken, unzureichenden Planungen im Verkehrswesen und beim Wohnungsbau u.a.m.

Mit freundlichen landsmannschaftlichen Grüßen

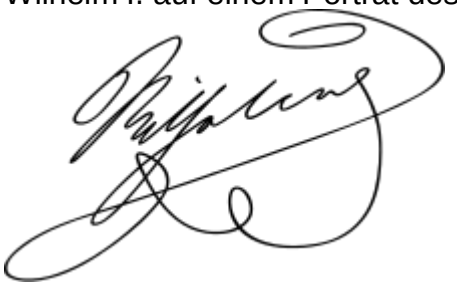
Reinhard M. W. Hanke, Vorsitzender

https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_I._(Deutsches_Reich)

Wilhelm I. (Deutsches Reich)



Wilhelm I. auf einem Porträt des Hoffotografen Wilhelm Kuntzemüller (1884)



Wilhelm I., mit vollem Namen **Wilhelm Friedrich Ludwig von Preußen** (* 22. März 1797 in Berlin; † 9. März 1888 ebenda), aus dem Haus Hohenzollern war von 1861 bis zu seinem Tod König von Preußen und seit der Reichsgründung 1871 erster Deutscher Kaiser.

Nach der Herrschaftsübernahme für seinen erkrankten Bruder Friedrich Wilhelm IV. wandelte Wilhelm sich 1858 vom konservativen *Kartätschenprinz* der Märzrevolution zum liberalen Prinzregenten der Neuen Ära. Am 18. Oktober 1861 krönte er sich im Königsberger Schloss zum König von Preußen. Die Regierungsgeschäfte überließ er weitgehend seinem Ministerpräsidenten und späteren Reichskanzler Otto von Bismarck. Nach den

Einigungskriegen und der Reichsgründung wurde Wilhelm am 18. Januar 1871 im Schloss Versailles zum Deutschen Kaiser proklamiert. In den folgenden Jahren gewann er im jungen Nationalstaat große Popularität.

Inhaltsverzeichnis

- 1 Herkunft und frühe Jahre
- 2 Ehe und Kinder
- 3 Prinz von Preußen
  - 3.1 Märzrevolution
  - 3.2 Flucht nach London
  - 3.3 Rückkehr nach Berlin
  - 3.4 Koblenzer Jahre
  - 3.5 Neue Ära
  - 3.6 Freimaurerei
- 4 König von Preußen
  - 4.1 Krönung in Königsberg
  - 4.2 Politik als König
  - 4.3 Einigungskriege
- 5 Deutscher Kaiser
  - 5.1 Proklamation in Versailles
  - 5.2 Politik als Kaiser
  - 5.3 Späte Jahre und Tod
- 6 Ziel von Attentaten
- 7 Denkmäler und Ehrungen
- 8 Dynastische Verbindungen
- 9 Literatur
- 10 Weblinks
- 11 Einzelnachweise

Herkunft und frühe Jahre



Königin Luise mit Prinz Wilhelm (links) und Kronprinz Friedrich Wilhelm (rechts), Gemälde von Carl Steffeck, 1886

Wilhelm Friedrich Ludwig von Preußen war der zweite Sohn des Kronprinzenpaares Friedrich Wilhelm von Preußen und Luise von Mecklenburg-Strelitz, Tochter des Herzogs Karl II. von Mecklenburg-Strelitz. Der Vater bestieg noch im Jahr von Wilhelms Geburt den preußischen Königsthron. Die Erziehung des Prinzen übernahm Johann Friedrich Gottlieb Delbrück, der zuvor Rektor des Magdeburger Pädagogiums gewesen war.

Bis zum Krieg mit Frankreich verbrachte Wilhelm an der Seite seines älteren Bruders Friedrich Wilhelm eine glückliche Kindheit. Die Idylle zerbrach 1806 infolge der verheerenden Niederlage Preußens und der winterlichen Flucht der Herrscherfamilie nach Ostpreußen. Sein Vater stellte Wilhelm traditionsgemäß an seinem zehnten Geburtstag als Fähnrich in das Regiment Garde zu Fuß ein. Der frühe Tod seiner Mutter Luise traf den 13-jährigen Wilhelm tief.

Ab März 1813 hatte Wilhelm einen neuen Erzieher in Gestalt des preußischen Oberst Johann Georg Emil von Brause erhalten, der ihm auch nach dem Ausscheiden aus der Gouverneursstellung im September 1817 in väterlicher Freundschaft lebenslang verbunden blieb.[1] Seit Mai 1814 im Rang eines Majors begleitete Wilhelm seinen Vater im Feldzug in Frankreich, wobei er an den Schlachten bei La Rothière Arcis-sur-Aube, Bar-sur-Aube und Paris teilnahm. Bei Bar-sur-Aube hatte Wilhelm am 26. Februar 1814 zum ersten Mal im feindlichen Feuer gestanden. Für seinen Mut verlieh ihm am 38. Geburtstag seiner Mutter der Vater das Eiserne Kreuz II. Klasse.[2]

Am 31. März zog Wilhelm mit seinem Vater in Paris ein. Er begleitete ihn auch beim Besuch in England und folgte ihm nach der endgültigen Niederlage Napoleons im Juli 1815 nach Paris. Am 1. Januar 1816 erhielt er das Kommando des Stettiner Gardelandwehrbataillons, 1818 als Generalmajor das Kommando einer Gardeinfanteriebrigade, am 1. Mai 1820 den Oberbefehl über die 1. Gardedivision und wurde zum Generalleutnant befördert. Am 22. März 1824 übernahm Wilhelm die Führung des III. Armeekorps, schließlich kommandierte er von 30. März 1838 bis 22. Mai 1848 das Gardekorps.

Auch in Staatsangelegenheiten wurde er vom König zur Beratung herangezogen. Wiederholt wurde er in Staats- und Familienangelegenheiten an den Petersburger Hof gesandt.

Ehe und Kinder



Augusta von Sachsen-Weimar-Eisenach

Nachdem er 1826 auf die Heirat mit der Prinzessin Elisa Radziwiłł verzichtet hatte, weil diese vom König nicht als ebenbürtige Partnerin eines preußischen Prinzen angesehen wurde, vermählte er sich am 11. Juni 1829 mit der Prinzessin Augusta von Sachsen-Weimar-Eisenach, der Tochter des Großherzogs Karl Friedrich von Sachsen-Weimar-Eisenach, deren Schwester Maria die Gemahlin seines jüngeren Bruders Karl war.

Die Ehe kam letztendlich auf Betreiben seines Vaters zustande und verlief nicht sonderlich glücklich. Ihm gelang es jedoch, seine Liebschaften sowohl vor seiner Frau als auch vor der Öffentlichkeit verborgen zu halten.

Aus der Ehe gingen zwei Kinder hervor:

- Friedrich Wilhelm (1831–1888) ⚭ 1858 Prinzessin Victoria von Großbritannien und Irland (Tochter von Königin Victoria)
- Luise (1838–1923) ⚭ 1856 Großherzog Friedrich I. von Baden

Zwei Fehlgeburten verhinderten weitere Kinder.

Als Sommerresidenz diente Wilhelm und Augusta seit 1835 das Schloss Babelsberg in Potsdam, als Winterresidenz seit 1837 das heutige Alte Palais in Berlin.

Prinz von Preußen



Ausritt des Prinzen Wilhelm von Preußen in Begleitung des Malers,
Gemälde von Franz Krüger, 1836



König Friedrich Wilhelm IV., Bruder Wilhelms I.



Märzrevolution 1848 in Berlin



Karl Anton Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen

Märzrevolution

Nachdem die Frau des Kronprinzen, Elisabeth Ludovika von Bayern, in Folge einer 1828 erlittenen Fehlgeburt, unfruchtbar geworden war,[3] hatte Friedrich Wilhelm III. seinen zweitgeborenen Sohn, Wilhelm, zum vorläufigen Nachfolger des späteren Königs bestimmt.[4] Mit dem Tod seines Vaters im Jahr 1840 erhielt Wilhelm als präsumtiver Thronfolger seines Bruders, des nunmehrigen Königs Friedrich Wilhelm IV., den Titel Prinz von Preußen.[5] und wurde bald darauf zum General der Infanterie befördert.

Laut Forschungen Rüdiger Hachtmanns von 1997 blieb dem preußischen Militär am 19. März 1848 angesichts der heftigen *Berliner Barrikadenkämpfe* nur der Weg des Rückzugs, wollte es unter dem zermürbenden Straßenkampf nicht nach und nach aufgerieben, politisiert oder nervlich zerrüttet werden. Der Prinz von Preußen war wegen seines Plädoyers für eine militärische Lösung bei den Anhängern der Revolution derart verhasst, dass er vom taktierenden König den Befehl erhielt, umgehend nach London zu reisen.

Durch sein unentschlossenes Schwanken zwischen militärischer und diplomatischer Lösung trug Friedrich Wilhelm IV. maßgebliche Verantwortung für die Eskalation. Er wurde von der Berliner Öffentlichkeit aber weniger für den Barrikadenkampf verantwortlich gemacht als Prinz Wilhelm, obwohl Wilhelm bereits am 10. März 1848 vom König zum Generalgouverneur der Rheinarmee ernannt worden war und somit keine Befehlsgewalt über die in und um Berlin stationierten Truppen innehatte. Die Tatsache, dass Karl von Prittwitz speziell den Einsatz von Kartätschkugeln genehmigt hatte, wurde fälschlicherweise auf Wilhelm zurückgeführt. Bereits am 12. Mai polemisierte der Auskultator Maximilian Dortu in einer Rede Wilhelm als „Kartätschenprinzen“, diese Verspottung wurde in der Folge von

einer Vielzahl an Zeitungen aufgegriffen. Am 19. März floh Wilhelm in die Spandauer Zitadelle und in den folgenden Tagen ins Exil nach London. In Regierungskreisen wurde zu diesem Zeitpunkt darüber debattiert, ob Wilhelm zu Gunsten seines Sohnes, des späteren Kaisers Friedrich III., von der königlichen Nachfolge ausgeschlossen werden sollte.[6]

Den Befehl zur Beendigung des „Skandals“ – der Protestdemonstration der Bevölkerung – auf dem Berliner Schlossplatz am 18. März gab zwar Friedrich Wilhelm IV. selbst. Aber dass sein Militär diesen Befehl in einer Weise auslegte, die den Einsatz von Schusswaffen beinhaltete, wurde fälschlicherweise vor allem dem „Prinz von Preußen“, dem späteren Kaiser Wilhelm I. angelastet. Die Tatsache, dass Friedrich Wilhelm IV., verunsichert durch die Eskalation und um eine politische Lösung bemüht, seinem Bruder, vor dem Feindbild der aufgebrachten Massen, nahelegte, für eine befristete Zeit außer Landes zu gehen, wurde später zu einer Legende umgestrickt und als „Verbannung“ dargestellt. Aber der Aufforderung seines Bruders Friedrich Wilhelm IV. kam Wilhelm nicht aufgrund von so etwas wie einer Verbannung nach. In Verkleidung als Kaufmann, ging Wilhelm in quasi „geheimer Mission“ nach England, allerdings nicht ohne dem König von Preußen seine Verachtung ausgedrückt zu haben. Zugleich bekannte sich Wilhelm dazu, damit Preußen und der Monarchie zu dienen und sie zu bewahren, eine Aufgabe, für die – seiner Ansicht nach – „kein Opfer groß genug“ sein könne.[7]

Flucht nach London

Der Prinz floh mit Hilfe des Majors im Stab des Gardekorps August Oelrichs (1801–1868) aus Berlin und reiste unter dem Decknamen *Wilhelm Oelrichs* am 23. und 24. März unter Mithilfe von William O’Swald nach London. Bei der Abreise soll Augusta den Major schriftlich instruiert haben, „welche Ansichten“ er „dem Prinzen gegenüber geltend zu machen habe“.[8] In London verkehrte Wilhelm mit Prinzgemahl Albert, Robert Peel, John Russell, Henry John Palmerston und anderen Staatsmännern und klärte seine politischen Anschauungen. An den deutschen Einheitsbestrebungen nahm er lebhaften Anteil. Die Berliner sangen derweil Spottlieder auf ihn:

> Schlächtermeister Prinz von Preußen
> komm doch, komm doch nach Berlin!
> Wir wollen dich mit Steinen schmeißen
> und die Barrikaden ziehn.

Der Berliner Barrikadenkampf gehörte mit 300 toten Demonstranten zu den verlustreichsten Unruhen der Märzrevolution. König Friedrich Wilhelm IV. wies später jede Verantwortung von sich und verbreitete im Manifest *An meine lieben Berliner* stattdessen das abstruse Gerücht von einer angeblichen ausländischen Verschwörung.[9]

Rückkehr nach Berlin

Prinzessin Augusta weilte derweil mit den zwei Kindern in Potsdam. Anfang Juni kehrte Wilhelm nach Berlin zurück. Am 30. Mai hatte sich der Prinz in Brüssel öffentlich und schriftlich zur konstitutionellen Regierungsform für Preußen bekannt und so auf die Demonstration von 10.000 Berlinern gegen seine Rückkehr reagiert. Zum Abgeordneten in die preußische Nationalversammlung gewählt, nahm er zwar das Mandat an, aber, nachdem er in einer kurzen Rede seine konstitutionellen Grundsätze dargelegt hatte, kündigte er die Niederlegung seines Abgeordnetenmandats an und kehrte nach Potsdam zurück. Im September ernannte der König auf seinen Vorschlag einige Minister des neuen gegenrevolutionären Ministeriums des Generals Ernst von Pfuel.

Am 8. Juni 1849 ernannte der Reichsverweser Johann von Österreich Wilhelm zum Oberkommandierenden der „Operationsarmee in Baden und in der Pfalz“, die aus den preußischen Korps Hirschfeld und Groeben und dem Neckarkorps des Deutschen Bundes bestand. Aufgabe war die Niederschlagung der Revolutionen in der Pfalz und in Baden. Nachdem Wilhelm am 12. Juni bei Ingelheim einem ersten Attentat entgangen war, unterwarf die Operationsarmee in wenigen Wochen die Aufständischen. Seit dem Feldzug gehörte der damalige Stabschef Hirschfelds und spätere Heeresreformer Albrecht von Roon zu Wilhelms persönlichem Umkreis. Mit der Einnahme der Festung Rastatt, der letzten Bastion der Revolutionäre, wurde zugleich auch die Märzrevolution in Deutschland endgültig niedergeschlagen. Die Siegesfeier fand mit dem gemeinsamen Einzug des Großherzogs Leopold von Baden und Wilhelms am 19. August in Karlsruhe statt.

Koblenzer Jahre

Am 12. Oktober zog er an der Spitze von Truppen, die in Baden gekämpft hatten, in Berlin ein und wurde zum Generalgouverneur der Rheinprovinz und der Provinz Westfalen ernannt. Seinen Wohnsitz nahm er in Koblenz, der Hauptstadt der Rheinprovinz.[5] 1854 wurde er zugleich Generaloberst der Infanterie mit dem Rang eines Generalfeldmarschalls und Gouverneurs der Festung Mainz.

In Koblenz residierten Augusta und Wilhelm von Preußen gemeinsam von 1850 bis 1858 im Kurfürstlichen Schloss. Insbesondere Prinzessin Augusta fühlte sich in dieser Stadt wohl; hier hatte sie endlich die Gelegenheit, ein Hofleben zu gestalten, wie sie es aus ihrer Kindheit am Weimarer Hof gewöhnt war. Ihr Sohn Friedrich studierte im nahen Bonn Rechtswissenschaften und war damit der erste preußische Thronfolger, der eine akademische Ausbildung erhielt. Auch daran war Augustas Einfluss maßgeblich beteiligt.

Am Koblenzer Hof verkehrten insbesondere auf das Betreiben von Prinzessin Augusta hin liberale Menschen wie der Historiker Maximilian Duncker, die Rechtsprofessoren Moritz August von Bethmann-Hollweg und Clemens Theodor Perthes sowie Alexander von Schleinitz.[5] Auch Wilhelm nahm unter dem Eindruck der 1848er Revolte eine politisch gemäßigtere Haltung an, die bei seinem regierenden Bruder auf Unwillen stieß. Kritisch wurde Prinzessin Augustas tolerante Haltung gegenüber dem Katholizismus beobachtet, die in der Koblenzer Zeit besonders offensichtlich wurde – eine Haltung, die man in einer Zeit, als die religiöse Konfession noch eine große Bedeutung hatte, bei einer preußisch-protestantischen Prinzessin als unpassend empfand.

Neue Ära

Die früher dem Prinzen ungünstige Stimmung war infolge seiner Zurückhaltung gegenüber den extremen Positionen der politischen und kirchlichen Reaktion und des Junkertums so sehr in das Gegenteil umgeschlagen, dass er, besonders seit den Verwicklungen mit Österreich und seit dem Krimkrieg, als Hauptvertreter der Machtstellung Preußens galt, und dass alle Hoffnungen der patriotischen und liberalen Partei sich ihm zuwandten, als er während der Erkrankung des Königs am 23. Oktober 1857 als dessen Stellvertreter und ab 7. Oktober 1858 als Prinzregent an die Spitze der Regierung trat. Nachdem er am 26. Oktober gemäß Art. 58 der Preußischen Verfassung den Eid auf die Verfassung geleistet hatte, berief er am 5. November das liberale Ministerium Karl Anton Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen („Neue Ära“) und legte am 8. November in einem Erlass an dieses seine Regierungsgrundsätze und Ziele dar.

Zwar betonte er, dass von einem Bruch mit der Vergangenheit nicht die Rede sein könne; er erklärte sich aber entschieden gegen alle Scheinheiligkeit und Heuchelei; ebenso sprach

er sich dagegen aus, dass Preußen sich in der auswärtigen Politik fremden Einflüssen hingebe, vielmehr müsse es durch eine weise Gesetzgebung, Hebung aller sittlichen Elemente und Ergreifung von Einigungsmomenten in Deutschland Eroberungen zu machen suchen. Diese Aussagen fanden im Volk und bei dem neu gewählten, überwiegend liberalen Abgeordnetenhaus Beifall, da vor allem der Einfluss der kirchlichen Reaktion und die russische Politik Friedrich Wilhelms IV. Unwillen hervorgerufen hatten, und wurden fast allein beachtet; viel zu wenig dagegen die Worte des Prinzen, in denen er von der notwendigen Heeresreform und den dazu erforderlichen Geldmitteln sprach, da Preußens Heer mächtig und angesehen sein müsse, wenn Preußen seine Aufgabe erfüllen solle.

Dies sah der Prinz als seine Hauptaufgabe an, und der Verlauf der Ereignisse von 1859, als die Mobilmachung auf große Schwierigkeiten stieß und bedeutende Mängel im Heerwesen aufdeckte, konnte ihn nur darin bestärken. Die Majorität des Abgeordnetenhauses war jedoch nicht bereit, im Vertrauen auf des Prinzen konstitutionelle und deutsch-nationale Gesinnung und Politik die Mehrkosten der 1860 eingebrachten durchgreifenden Heeresreorganisation definitiv zu bewilligen.

Freimaurerei

Wilhelm wurde als Prinz von Preußen am 22. Mai 1840 in einer gemeinsamen Veranstaltung aller preußischer Großlogen (Große Landesloge, Große National-Mutterloge, Royal York zur Freundschaft) in die Freimaurerei aufgenommen. Die Aufnahme leitete der damalige Ordens-Unterarchitekt Wilhelm Ludwig Viktor Graf Henckel von Donnersmarck im Namen der Großen Landesloge. Wilhelms Vater stimmte dem unter der Bedingung zu, dass er auch das Protektorat über die drei Großlogen übernahm, das 1774 Friedrich der Große begründet hatte.

Am 22. Oktober 1840 wurde Prinz Wilhelm in das Ordenskapitel „Indissolubilis“ aufgenommen, ebenfalls durch Graf Henckel von Donnersmarck, da der amtierende Ordensmeister erkrankt war.

Am 26. Dezember 1841 wurde Prinz Wilhelm zum Ordens-Unterarchitekten, dem dritthöchsten Amt innerhalb der Großen Landesloge, ernannt. Er legte das Amt aber am 15. Juli 1842 nieder, um seine Neutralität als Protektor gegenüber den anderen beiden Großlogen nicht zu gefährden.

König von Preußen



Karikatur Wilhelms I. von Thomas Nast

Krönung in Königsberg



Krönung Wilhelms I. zum König in Königsberg, Gemälde von Adolph Menzel, 1861

Nach dem Tod seines Bruders Friedrich Wilhelm IV. am 2. Januar 1861 bestieg Wilhelm den preußischen Thron. Mit der von ihm selbst auf eigene Kosten veranstalteten Krönung meinte Wilhelm einen Kompromiss zwischen der nicht in der Verfassung vorgesehenen, aber von ihm gewünschten Erbhuldigung, und der dort vorgeschriebenen Eidesleistung im Parlament gefunden zu haben.[10] Im *Aufruf an mein Volk* vom 8. Januar 1861 bekräftigte er seine Treue zum Eid auf die Verfassung, den er bereits 1858 als Prinzregent abgelegt hatte. Am 18. Oktober 1861 fand die prachtvolle Krönungsversammlung in Königsberg in der Schlosskirche statt.

Wilhelm setzte sich selbst die Krone aufs Haupt, nahm das Zepter und das Reichsschwert vom Altar und hob sie mit ausgestreckten Armen in die Höhe. Diesen Moment, den Höhepunkt der Krönung, stellte Adolph Menzel in seinem Gemälde „Krönung Wilhelms I." dar (in gleicher Weise zeigte später eine Statue den König auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz in Königsberg). Eine Salbung hatte nicht stattgefunden. Danach krönte er seine Frau zur Königin. Zum Abschluss der Feiern sagte Wilhelm im Thronsaal des Königsberger Schlosses: „Von Gottes Gnaden tragen Preußens Könige seit 160 Jahren die Krone. Nachdem durch zeitgemäße Einrichtungen der Thron umgeben ist, besteige ich als erster König denselben. Aber eingedenk, daß die Krone nur von Gott kommt, habe ich durch die Krönung an geheiligter Stätte bekundet, daß ich sie in Demut aus seinen Händen empfangen habe."[11]

Politik als König



Otto von Bismarck

Die Neuwahlen am 6. Dezember 1861 wurden durch die neu gegründete Deutsche Fortschrittspartei sehr deutlich gewonnen (auf Anhieb mit 104 Abgeordneten in der Kammer). Mit dem Rücktritt des Ministeriums der Neuen Ära (17. März 1862), das der König fallen ließ, weil es im Abgeordnetenhaus die Bewilligung der Mittel für die tatsächlich bereits durchgeführte Heeresreorganisation nicht erreichen konnte, begann der Verfassungskonflikt. Der König hielt zäh an der Heeresreform fest, auch weil er die staatsrechtliche Grundsatzfrage des Verhältnisses von König und Parlament berührt sah. Da er sich in seinen Machtbefugnissen als souveräner Herrscher in Frage gestellt sah, dachte er zeitweise sogar an Abdankung. Die entsprechende Urkunde war bereits unterzeichnet, als Otto von Bismarck – auf Initiative des Kriegsministers Albrecht von Roon – den König von diesem Schritt abhielt. Bismarck erklärte sich bereit, als Ministerpräsident auch ohne genehmigten Haushalt (Lückentheorie) zu regieren und die Heeresreform durchzusetzen.

Durch die Ernennung Bismarcks zum preußischen Ministerpräsidenten am 23. September 1862 und die Unterstützung seines Ministeriums gegen das Abgeordnetenhaus verlor der König seine frühere Popularität, wie sich besonders bei den 50-jährigen Erinnerungsfesten an die Befreiungskriege 1863 und an die Vereinigung verschiedener Provinzen mit Preußen 1865 zeigte. Während zugleich die Reformen im Innern völlig stockten, ja vielfach ein schroffes Polizeiregiment zur Herrschaft kam, ließ sich der König von Bismarck zu einer entschiedenen Politik in der deutschen Frage bestimmen. Erfolge in der Deutschlandpolitik sollten von dem autoritären Regiment im Inneren ablenken und die politischen Gegner mit der Zeit ins eigene Lager ziehen.

Im Jahr 1866 bot die durch den gewonnenen Deutschen Krieg ausgelöste patriotische Begeisterung eine günstige Gelegenheit zur Beendigung des Verfassungskonflikts. Durch die Indemnitätsvorlage von 1866 genehmigte der preußische Landtag nachträglich die Staatshaushalte seit 1862. Wilhelm lenkte wieder stärker in liberale Bahnen ein. Die verhassten Minister der Konfliktsperiode wurden entlassen und machten Anhängern einer freisinnigen Reform Platz. Mit der Gründung des Norddeutschen Bundes vom 1. Juli 1867 wurde Wilhelm der Inhaber des Bundespräsidiums.

Einigungskriege



Nach der Schlacht bei Königgrätz, Gemälde von Emil Hünten, 1886


Nach der Schlacht bei Sedan, Gemälde von Carl Steffeck, 1884

Die erste Gelegenheit zu Erfolgen in der Deutschlandpolitik bot der Deutsch-Dänische Krieg von 1864, in dem Preußen und Österreich gemeinsam als Wahrer deutscher Interessen in den mit Dänemark verbundenen Herzogtümern Schleswig und Holstein auftraten. Wie von Bismarck kalkuliert, kam es nach dem Sieg über die weitere Behandlung Schleswig-Holsteins zum Konflikt mit Österreich, mit dem Preußen damals noch immer um die Führung im Deutschen Bund konkurrierte. Der König erhielt das Siegestelegramm von der Schlacht bei Düppel auf der Rückfahrt von einer Truppeninspektion auf dem Tempelhofer Feld. Augenblicklich kehrte er um, um den Soldaten die Siegesbotschaft zu verkünden. Im Anschluss fuhr er zum Kriegsschauplatz, wo er am 21. April 1864, bei einer Parade auf einer Koppel zwischen Gravenstein und Atzbüll, den „Düppelstürmern“ persönlich dankte.[12]

Obwohl Wilhelm zunächst nur widerstrebend Bismarcks Politik gefolgt war, eine kriegerische Entscheidung gegen Österreich zu suchen, übernahm er im Deutschen Krieg von 1866 selbst den Oberbefehl über das Heer und errang dank der überlegenen strategischen Planung des Generalstabschefs Helmuth von Moltke den kriegsentscheidenden Sieg in der Schlacht von Königgrätz. Bei den Friedensverhandlungen folgte er wiederum Bismarcks Rat und verzichtete, wenn auch ungern, auf die Annexion Sachsens, um Bismarcks deutsche Einigungspläne nicht zu durchkreuzen.

Im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 übernahm Wilhelm wieder den Oberbefehl über die gesamte in Frankreich einrückende Armee, befehligte selbst bei Gravelotte und bei der Schlacht bei Sedan; zudem leitete er von Oktober 1870 bis März 1871 von Versailles aus nominell die militärischen Operationen und die politischen Verhandlungen über die Gründung des Deutschen Reichs. Tatsächlich spielte auch hierbei Bismarck die wesentliche Rolle. Im November 1870 unterzeichnete der bayerische König Ludwig II. den von Bismarck verfassten Kaiserbrief. Wilhelm war nur schwer davon zu überzeugen, Preußen künftig in einem gesamtdeutschen Nationalstaat aufgehen zu lassen, auch wenn er selbst an dessen Spitze treten sollte. Der Annahme des Titels *Deutscher Kaiser* widersetzte er sich noch bis zum Vorabend der Kaiserproklamation im Spiegelsaal von Versailles, die am 18. Januar 1871 stattfand.

Deutscher Kaiser

Proklamation in Versailles



Proklamierung des Deutschen Kaiserreiches, Gemälde von Anton von Werner, 1885

Durch die Kaiserproklamation, die am 18. Januar 1871, dem 170. Jahrestag der Königskrönung Friedrichs III. von Brandenburg, im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles stattfand, nahm Wilhelm für sich und seine Nachfolger zur Krone Preußens den Titel eines *Deutschen Kaisers* an und versprach, „allzeit Mehrer des Deutschen Reichs zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiet nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung“. Der Proklamation war ein erbitterter Streit über den Titel zwischen Bismarck und König Wilhelm vorausgegangen. Wilhelm fürchtete, dass die deutsche Kaiserkrone die preußische Königskrone überschatten würde. Am Vorabend der Proklamation meinte er:

„Morgen ist der unglücklichste Tag meines Lebens! Da tragen wir das preußische Königtum zu Grabe.“

– Wilhelm I.

Wilhelm war wenig motiviert, Kaiser zu werden; er achtete den Titel des preußischen Königs höher. Ob er nun „Deutscher Kaiser“ oder „Kaiser von Deutschland“ heißen sollte, blieb unentschieden. Der badische Großherzog Friedrich I., sein Schwiegersohn, löste das Problem, das noch am Morgen der Proklamation ungeklärt war, indem er einfach ein Hoch auf „Kaiser Wilhelm“ ausbrachte und die heikle Titelfrage umging.[13] Letztlich blieb es bei der von Bismarck mit Rücksicht auf die deutschen Fürsten gewählten Bezeichnung „Deutscher Kaiser“. Der Kaiser war so verbittert, dass er Bismarck nicht einmal die Hand gab. Am 16. Juni 1871 hielt er seinen glänzenden Einzug in Berlin.

Politik als Kaiser



Wilhelm I. in Uniform mit Orden und Pickelhaube, 1884

Wilhelm akzeptierte aber letztlich, dass die Politik des neuen Deutschen Reiches von Bismarck bestimmt wurde. Das zeigen ihm zugeschriebene Aussprüche wie „Bismarck ist wichtiger“ oder:

„Es ist nicht leicht, unter einem solchen Kanzler Kaiser zu sein.“

– Wilhelm I.[14]

In Übereinstimmung mit Bismarck war er bemüht, den äußeren Frieden durch Bündnisse mit den Nachbarmächten (außer Frankreich) zu sichern. Zu diesem Zweck brachte er im September 1872 in Berlin im sogenannten Dreikaisertreffen den Dreikaiserbund zwischen dem Deutschen Reich, Russland und Österreich-Ungarn zustande, der die beiden letzteren Mächte einander annäherte und Frankreich politisch isolierte. Besuche des Kaisers in St. Petersburg und Wien 1873 und in Mailand 1875 dienten der weiteren Unterstützung dieser außenpolitischen Annäherung.

Eine andere – vor allem ehrenvolle – außenpolitische Aufgabe fiel dem Kaiser 1871 zu, als er um Vermittlung zwischen den USA und Großbritannien im sogenannten Schweinekonflikt gebeten wurde. Mit seiner Entscheidung vom 21. Oktober 1872 zugunsten der USA beendete er den bereits seit 13 Jahren andauernden Grenzkonflikt zwischen dem US-Bundesstaat Washington und dem kanadischen British Columbia. 1878 begründete Wilhelm die Generalstabsstiftung.

Späte Jahre und Tod



Trauerzug für Wilhelm I. im Berliner Lustgarten, 1888

Wilhelm, der im hohen Alter hohe Popularität genoss und für viele das *alte Preußen* verkörperte, starb nach kurzer Krankheit im Dreikaiserjahr am 9. März 1888 im Alten Palais Unter den Linden und wurde am 16. März im Mausoleum im Schlosspark Charlottenburg beigesetzt.

Aus Sympathie der Deutschen zu Kaiser Wilhelm wurde die Zeile „Wir wollen unseren alten Kaiser Wilhelm wieder haben“ zur Melodie des 1875 von Richard Henrion komponierten Fehrbelliner Reitermarschs gesungen.

Sein Ausspruch „Ich habe keine Zeit müde zu sein“ wurde zum Synonym für Pflichterfüllung bis zum letzten Augenblick und wurde später zum geflügelten Wort. Dies sollen die letzten zusammenhängenden Worte gewesen sein, die Wilhelm I. an seinem Todestag äußerte.

Michel Lock schuf 1891 eine Skulpturen-Gruppe mit dem in einem Lehnstuhl sitzenden und sterbenden Wilhelm I.

Ziel von Attentaten

Am 12. Juni 1849 entging Wilhelm bei Ingelheim einem ersten Attentat.

Am 14. Juli 1861 verübte der Student Oskar Becker in Baden-Baden ein Attentat auf Wilhelm, verwundete ihn aber nur leicht am Hals.

Am 11. Mai 1878 feuerte der arbeitslose, sich in Berlin aufhaltende Klempnergeselle Max Hödel, als der Kaiser mit seiner Tochter, der Großherzogin von Baden, in offenem Wagen durch die Straße Unter den Linden fuhr, mit einem Revolver mehrere Schüsse gegen ihn ab, von denen nicht einer traf.[15] Weil sich unter den Mitgliedskarten mehrerer politischer Parteien, die er bei seiner Festnahme bei sich hatte, auch eine der Sozialdemokratie befand, nahm Bismarck dies am 24. Mai zum Anlass, im Reichstag ein „Gesetz zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen“ zu beantragen. Dieser Gesetzesantrag fand jedoch keine Mehrheit im Reichstag. Kronprinz Friedrich, der für den nach dem Nobiling-Attentat am 2. Juni 1878 schwer verletzten Kaiser die Stellvertretung übernommen hatte, bestätigte im August das Todesurteil gegen Hödel.[16]

Drei Wochen später am Sonntag, dem 2. Juni 1878, feuerte ein anderer Attentäter an fast der gleichen Stelle, noch bevor sich die Aufregung über das vorherige Attentat gelegt hatte, aus einem Fenster des Hauses Unter den Linden Nr. 18 zwei Flintenschüsse gegen Wilhelm ab, als dieser allein in den Tiergarten fuhr. Der Kaiser wurde von dreißig Schrotkörnern an Kopf und Armen getroffen und so schwer verwundet, dass er zwei Tage später den Kronprinzen Friedrich Wilhelm zum Stellvertreter ernannte. Er überlebte nur durch die sein Haupt schützende Pickelhaube. Der Täter, Karl Eduard Nobiling, ein junger promovierter Landwirt, wurde gefasst, nachdem er Selbstmord versucht und sich dabei schwer verletzt hatte.[17]

Die Empörung über diese Attentate nutzte Bismarck, um im Reichstag das Sozialistengesetz durchzubringen, indem er verbreiten ließ, dass für beide Attentate letzthin die Sozialdemokratie verantwortlich sei. Die Wahrscheinlichkeit, dass Nobiling geistesgestört war, wurde von vielen als hoch eingeschätzt. Nach seinen eigenen Angaben war ihm nur daran gelegen, bekannt zu werden.

Wilhelm I. erholte sich nur langsam und kehrte nach längerem Aufenthalt in Baden und Wiesbaden am 5. Dezember nach Berlin zurück, wo er die Regierung wieder übernahm. Im Juli wurde aus Anlass seiner „glücklichen Errettung“ im ganzen Reich die Kaiser-Wilhelms-Spende aus den Gaben von knapp 12 Millionen Spendern gesammelt. Der Ertrag von über 1,7 Millionen Mark bildete das Stammkapital einer freiwilligen Altersrenten- und Kapitalversicherung für „gering bemittelte Klassen“. Der Schock des Attentats stärkte wider Erwarten die schwächelnde Gesundheit des Kaisers. Wilhelm nannte Nobiling später „seinen besten Arzt“.

Bei der Einweihung des Niederwalddenkmals am 28. September 1883 in Rüdesheim bereiteten Anarchisten um August Reinsdorf ein Attentat mit Dynamit auf Wilhelm I. vor. Wegen des feuchten Wetters versagte aber der Zünder.

Denkmäler und Ehrungen

Zwischen 1867 und 1918 wurden im deutschsprachigen Raum mehr als 1000 Kaiser-Wilhelm-Denkmäler errichtet, die primär oder sekundär dem Andenken des Kaisers gewidmet waren. Zu den bekanntesten und größten gehören das Kyffhäuserdenkmal (1896), das Kaiser-Wilhelm-Denkmal an der Porta Westfalica (1896) und das Kaiser-Wilhelm-Denkmal am Deutschen Eck in Koblenz (1897). Bei vielen dieser Denkmäler geht es allerdings nicht allein um die Person Wilhelms I., sondern oft auch darum, ihn in seiner Rolle als „Reichsgründer“ und ersten Deutschen Kaiser zu verherrlichen. Beim offiziellen Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmal in Berlin (1897) steht Wilhelm I. schließlich stellvertretend für den monarchischen Nationalstaat im Sinne des Wilhelminismus.[18]

Carl Koldewey, der Leiter der Ersten Deutschen Nordpolar-Expedition, benannte eine Insel in der Hinlopenstraße (Spitzbergen) 1868 Wilhelm-Insel.

1869 wurde dem preußischen Kriegsmarinehafen an der Nordsee der Name Wilhelmshaven gegeben, die Drehbrücke über den Hafen wurde Kaiser-Wilhelm-Brücke genannt. Der 1895 eröffnete Nord-Ostsee-Kanal hieß bis 1948 Kaiser-Wilhelm-Kanal. Der Sporntunnel bei Cochem auf der Moselstrecke heißt seit seiner Eröffnung 1877 Kaiser-Wilhelm-Tunnel. Im selben Jahr wurde die 1872 in Straßburg gegründete Kaiser-Wilhelms-Universität nach ihm benannt.

Verschiedene Schiffe erhielten seinen Namen: Kombischiff König Wilhelm I. (1871), Salonschiff auf dem Bodensee Kaiser Wilhelm (1871), Raddampfer Kaiser Wilhelm (1887), Passagierschiff Kaiser Wilhelm der Große (1897), Panzerschiff SMS Kaiser Wilhelm der Große (1898).

Vom 21. bis 23. März 1897 fand die sogenannte Centenarfeier (Hundertjahrfeier) zum einhundertsten Geburtstag statt.[19] Anlässlich dieses Jubiläums wurde unter anderem die Zentenarmedaille verliehen, das „Deutsche Centenar-Sportfest“ veranstaltet und der Grundstein für das Sportdenkmal Berlin-Grünau gelegt. Aus diesem Anlass wurde auch der Spandauer Ortsteil Potsdamer Vorstadt in Wilhelmstadt umbenannt.

Der Versuch seines Enkels Kaiser Wilhelm II., seinen Großvater mit dem Titel „der Große“ auszuzeichnen, fand in der Bevölkerung ebenso wenig Widerhall wie in der Historiographie.[20]

Siehe auch: Liste der Kaiser-Wilhelm-I.-Denkmäler

https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Kaiser-Wilhelm-I.-Denkm%C3%A4ler

[Wird hier ausgespart! Vielleicht für später!]



Wilhelm I. in Zivil, nach 1871



Kaiser Wilhelm I. mit Sohn, Enkel und Urenkel, 1882

Dynastische Verbindungen

Vorfahren

Ahnentafel Wilhelm I.

Ururgroßeltern	König Friedrich Wilhelm I. (Preußen) (1688–1740) ⚭ 1706 Sophie Dorothea von Hannover (1687–1757)		Herzog Ferdinand Albrecht II. von Braunschweig-Wolfenbüttel (1680–1735) ⚭ 1712 Antoinette Amalie von Braunschweig-Wolfenbüttel (1696–1762)		Herzog Christian III. (Pfalz-Zweibrücken) (1674–1735) ⚭ 1719 Karoline von Nassau-Saarbrücken (1704–1774)		Landgraf Ludwig VIII. (Hessen-Darmstadt) (1691–1768) ⚭ 1717 Charlotte Christine Magdalene Johanna von Hanau-Lichtenberg (1700–1726)		Graf Christian Karl Reinhard von Leiningen-Dagsburg-Falkenburg (1695–1766) ⚭ 1726 Katharina Polyxena von Solms-Rödelheim (1702–1765)		Herzog Adolf Friedrich II. (Mecklenburg) (1658–1708) ⚭ 1705 Christiane Emilie Antonie von Schwarzburg-Sondershausen (1681–1715)		Herzog Ernst Friedrich I. (Sachsen-Hildburghausen) (1681–1724) ⚭ 1704 Sophia Albertine von Erbach (1683–1742)	
Urgroßeltern	Prinz August Wilhelm von Preußen (1722–1758) ⚭ 1742 Luise Amalie von Braunschweig-Wolfenbüttel (1722–1780)			Landgraf Ludwig IX. (Hessen-Darmstadt) (1719–1790) ⚭ 1741 Henriette Karoline von Pfalz-Zweibrücken (1721–1774)			Prinz Georg Wilhelm von Hessen-Darmstadt (1722–1782) ⚭ 1748 Maria Luise Albertine von Leiningen-Dagsburg-Falkenburg (1729–1818)			Karl zu Mecklenburg (1708–1752) ⚭ 1735 Elisabeth Albertine von Sachsen-Hildburghausen (1713–1761)				
Großeltern	König Friedrich Wilhelm II. (Preußen) (1744–1797) ⚭ 1769 Friederike von Hessen-Darmstadt (1751–1805)						Großherzog Karl II. (Mecklenburg) (1741–1816) ⚭ 1768 Friederike Caroline Luise von Hessen-Darmstadt (1752–1782)								
Eltern	König Friedrich Wilhelm III. (Preußen) (1770–1840) ⚭ 1793 Luise von Mecklenburg-Strelitz (1776–1810)														
Kaiser Wilhelm I. (1797–1888)															

Literatur

- Wilhelm Jordan: *Kaiser Wilhelm I.* Frankfurt am Main 1896.
- Erich Marcks: *Wilhelm I.* In: *Allgemeine Deutsche Biographie* (ADB). Band 42, Duncker & Humblot, Leipzig 1897, S. 517–692.
- Kurt von Priesdorff: *Soldatisches Führertum.* Band 7, Hanseatische Verlagsanstalt Hamburg, o. O. [Hamburg], o. J. [1937], S. 31–51, Nr. 2143.
- Franz Herre: *Kaiser Wilhelm I. Der letzte Preuße.* Kiepenheuer & Witsch, Köln 1980, ISBN 3-462-01409-9.
- Karl Heinz Börner: *Wilhelm I. Deutscher Kaiser und König von Preußen. Eine Biographie.* Akademie, Berlin 1984.
- Günter Richter: *Kaiser Wilhelm I.* In: Wilhelm Treue (Hrsg.): *Drei deutsche Kaiser. Wilhelm I. – Friedrich III. – Wilhelm II. Ihr Leben und ihre Zeit 1858–1918.* Ploetz, Freiburg, Würzburg 1987, ISBN 3-87640-192-5, S. 14–75.
- Hellmut Seier: *Wilhelm I. Deutscher Kaiser 1871–1888.* In: Anton Schindling, Walter Ziegler (Hrsg.): *Die Kaiser der Neuzeit, 1519–1918: Heiliges Römisches Reich, Österreich, Deutschland.* C. H. Beck, München 1990, ISBN 3-406-34395-3, S. 395–409 (Vorschau).
- Jürgen Angelow: *Wilhelm I. (1861–1888).* In: Frank-Lothar Kroll (Hrsg.): *Preußens Herrscher. Von den ersten Hohenzollern bis Wilhelm II.* Beck, München 2006, S. 242–264.
- Guntram Schulze-Wegener: *Wilhelm I. Deutscher Kaiser, König von Preußen, Nationaler Mythos.* Mittler, Hamburg 2015, ISBN 978-3-8132-0964-8 (Rezension).
- Robert-Tarek Fischer: *Wilhelm I. Vom preußischen König zum ersten Deutschen Kaiser.* Böhlau, Köln 2020, ISBN 978-3-412-51926-1

Weblinks

Commons: Wilhelm I. – Album mit Bildern, Videos und Audiodateien

Wikisource: Wilhelm I. – Quellen und Volltexte

- Literatur von und über Wilhelm I. im Katalog der Deutschen Nationalbibliothek
- Werke von und über Wilhelm I. in der Deutschen Digitalen Bibliothek
- Zeitungsartikel über Wilhelm I. in der Pressemappe 20. Jahrhundert der ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft.
- Dorlis Blume: *Wilhelm I..* Tabellarischer Lebenslauf im LeMO (DHM und HdG) , 10. September 2014
- *Wilhelm <Deutsches Reich, Kaiser, I.>; 1797–1888*, Eintrag in der Deutschen Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften
- Wilhelm I. – Deutsche Biographie
- Wilhelm I. von Preußen – rbb Preußen-Chronik
- Christian Feldmann: *Kaiser Wilhelm I. - Der letzte Preuße* Bayern 2 Radiowissen. Ausstrahlung am 18. Januar 2021 (Podcast)
- Jörg Beuthner: *22.03.1797 - Geburtstag von Kaiser Wilhelm I.* WDR ZeitZeichen vom 22. März 2017. (Podcast)

Einzelnachweise

1.

 Kurt Jagow: *Wilhelm und Elisa. Die Jugendliebe des Alten Kaisers*. K. F. Koehler, Leipzig 1930, passim.
  Zur „Feuertaufe“ Wilhelms siehe Franz Herre: *Kaiser Wilhelm I. Der letzte Preuße.* Kiepenheuer & Witsch, Köln 1980, ISBN 3-462-01409-9, S. 70 f.
  Wolfram Letzner: *Berlin – eine Biografie. Menschen und Schicksale von den Askaniern bis Helmut Kohl und zur Hauptstadt Deutschlands.* Nünnerich Asmus, Mainz 2016, ISBN 978-3-945751-37-4.
  Jürgen Angelow: *Wilhelm I. (1861–1888).* In: Frank-Lothar Kroll (Hrsg.): *Preußens Herrscher. Von den ersten Hohenzollern bis Wilhelm II.* Beck, München 2000, ISBN 3-406-46711-3, S. 242–264, hier: S. 248.
  Dorlis Blume: *Wilhelm I.*. Tabellarischer Lebenslauf im LeMO (DHM und HdG)
  Guntram Schulze-Wegener: *Wilhelm I. Deutscher Kaiser – König von Preußen – Nationaler Mythos*. Mittler, Berlin 2015, S. 189–191.
  Günter Richter: *Kaiser Wilhelm I.*, in: Wilhelm Treue (Hrsg.): *Drei Deutsche Kaiser, Wilhelm I. – Friedrich III. – Wilhelm II. Ihr Leben und ihre Zeit.* Köln, (Ploetz *Handbücher der Geschichte*) S. 15–80, hier: S. 27 ff.
Peter Mast: *Wilhelm I.* In: Gerhart Hartmann, Karl Schnith (Hrsg.): *Die deutschen Kaiser. 1200 Jahre europäische Geschichte.* Wiesbaden 2006, S. 747–761.
Christopher Clark: *Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600–1947.* München 2007, S. 536–582.
  Gerd Heinrich (Hrsg.): *Karl Ludwig von Prittwitz. Berlin 1848.* de Gruyter, Berlin/New York 1985 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Band 60), ISBN 3-11-008326-4, S. 421.
  Günter Richter: *Zwischen Revolution und Reichsgründung.* In: Wolfgang Ribbe (Hrsg.): *Geschichte Berlins.* Band 2: *Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart.* Beck, München 1987, S. 616.
  Zu Sinn, Vorbereitung und Ablauf der Krönung Wilhems I. siehe Iselin Gundermann: *Via Regia. Preußens Weg zur Krone. Ausstellung des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz 1998*. Duncker und Humblot, Berlin 1998, ISBN 3-428-09454-9, S. 95–175.
  Hermann Robolsky: *Das Testament Kaiser Wilhelms I. Eine Festschrift zum hundertjährigen Geburtstage des ersten Hohenzollern-Kaisers*. Berlin 1897, S. 21.
  Theodor Fontane: *Der schleswig-holsteinische Krieg im Jahr 1864*, Berlin 1866, (S. 254 ff. books.google); Alfred Cramer: *Geschichte des Infanterie-Regiments Prinz Friedrich der Niederlande (2. Westfälisches) Nr. 15*. Verlag R. Eisenschmid, Verlagsbuchhandlung für Militärwissenschaft, Berlin 1910.
  Hermann Oncken: *Grossherzog Friedrich I. von Baden und die deutsche Politik von 1854 bis 1871*. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1898, abgedruckt in: Martin Wein (Hrsg.): *Ich kam, sah und schrieb – Augenzeugenberichte aus fünf Jahrtausenden*. DTV, München 1964.
  Ludwig Bamberger: *Bismarck posthumus*. Berlin 1899, S. 8 (books.google).
  Der Mordversuch gegen den deutschen Kaiser Wilhelm I. am 11. Mai 1878. Wikisource
  Zur Bestätigung des Todesurteils durch den Kronprinzen sowie zur Position des Kaisers, der sich bei seinem Sohn hierfür bedankte, siehe Marcus Mühlnikel: *„Fürst, sind Sie unverletzt?“ Attentate im Kaiserreich 1871–1914*. Schöningh Verlag, Paderborn 2014, S. 143 f.
  Der Mordversuch gegen den deutschen Kaiser Wilhelm I. am 2. Juni 1878. Wikisource
  Thomas Nipperdey: *Nationalidee und Nationaldenkmal in Deutschland im 19. Jahrhundert*. In: Theodor Schieder, Walther Kienast (Hrsg.): *Historische Zeitschrift*. Bd. 206, München 1968, S. 543–544.

 Feier des hundertsten Geburtstages Seiner Majestät des hochseeligen Kaisers Wilhelms des Großen (Ministerialerlass vom 3. d. M. [März 1897] – IVa A 1547). In: Eisenbahndirektion Mainz (Hrsg.): *Sammlung der herausgegebenen Amtsblätter*. Jg. 1897, Bekanntmachung Nr. 23, S. 59.

20. Andreas Rose: *Wilhelm I. – ein Großer? „Verweigerte Größe“ – Kaiser Wilhelms I.* Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg.

Vorgänger	Amt	Nachfolger
Friedrich Wilhelm IV.	**König von Preußen** 1861–1888	Friedrich III.
—	**Präsident des Norddeutschen Bundes** 1867–1871	—
—	**Deutscher Kaiser** 1871–1888	Friedrich III.

Normdaten (Person): GND: 118632884 | LCCN: n80149385 | NDL: 00795186 | VIAF: 43148190 | Wikipedia-Personensuche
Kategorien:

- Kaiser (Deutsches Reich)
- König (Preußen)
- Regent
- Opfer eines Attentats
- Friedrich Wilhelm III. (Preußen)
- Namensgeber für ein Schiff
- Luise von Mecklenburg-Strelitz
- Augusta von Sachsen-Weimar-Eisenach
- Wilhelm I. (Deutsches Reich)
- Gouverneur (Mainz)
- Generaloberst (Königreich Preußen)
- Person in den Koalitionskriegen (Preußen)
- Person im Deutsch-Dänischen Krieg (Preußen)
- Person im Deutschen Krieg
- Person im Deutsch-Französischen Krieg
- Freimaurer (19. Jahrhundert)
- Freimaurer (Deutschland)
- Ritter des Schwarzen Adlerordens
- Träger des Großkreuzes des Eisernen Kreuzes
- Träger des Großkreuzes des Roten Adlerordens
- Träger des Großkreuzes des Pour le Mérite
- Träger des Hausordens von Hohenzollern
- Ritter des Hosenbandordens
- Träger des Elefanten-Ordens
- Großkreuz des Militär-St.-Heinrichs-Ordens
- Träger des Militär-Karl-Friedrich-Verdienstordens (Großkreuz)
- Träger des Militär-Max-Joseph-Ordens (Großkreuz)
- Großkreuz des Großherzoglich Hessischen Ludwigsordens

- Träger des k.u. Sankt Stephans-Ordens (Großkreuz)
- Träger des Leopoldsordens (Großkreuz)
- Mitglied der Ehrenlegion (Großkreuz)
- Ritter des Annunziaten-Ordens
- Träger des Ordens der hl. Mauritius und Lazarus (Großkreuz)
- Träger des Ordens der Krone von Italien (Großkreuz)
- Träger des Ordens des Heiligen Andreas des Erstberufenen
- Träger des Ordens des Heiligen Georg
- Träger des Alexander-Newski-Ordens
- Träger des Seraphinenordens
- Träger des Nordstern-Ordens (Großkreuz)
- Träger des Weißen Adlerordens (Kongresspolen)
- Ritter des Ordens Karls XIII.
- Ritter des Ordens vom Goldenen Vlies (Spanien)
- Walhalla
- Hohenzoller (Linie Brandenburg-Preußen)
- Mitglied der Preußischen Nationalversammlung
- Ehrenmitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften
- Preuße
- Deutscher
- Geboren 1797
- Gestorben 1888
- Mann

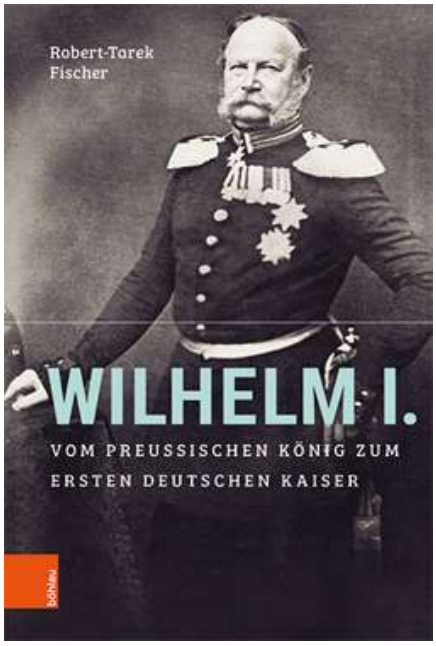
Diese Seite wurde zuletzt am 5. April 2021 um 04:05 Uhr bearbeitet.

Abgerufen am 04.05.2021, 17:00 Uhr

Rezension auf den folgenden Seiten aus:

AWR-Nr. 782 vom 14.01.2021 (Seiten 133 - 161)

http://www.westpreussen-berlin.de/Leitseiten_Rezensionen_AWR-Dateien/20210207_Leitseiten_Rezensionen_AWR_neu.htm



Robert-Tarek Fischer: Wilhelm I. Vom preußischen König zum ersten Deutschen Kaiser. (mit 25 schwarzweißen und mehrfarbigen Abb.). Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag (2020). 404 Seiten. ISBN 978-3-412-51926-1. € 35,00.

Mehr als nur Herrscher unter Bismarck
Neue Biographie setzt Wilhelm I. in günstigeres Licht

Nein, Wilhelm I. war doch nicht bloß ein historischer Nebenakteur, der von seinem Regierungschef Otto von Bismarck gelenkt wurde und der für zahlreiche Beobachter kaum mehr war als eine gekrönte Marionette, die sich zwar oftmals störrisch zeigte, sich letztlich aber dem großen Virtuosen der Politik Preußens und dann auch Deutschlands fügte. So etwa in Nikolsburg 1866, als Bismarck Wilhelm ganz dringend davon abriet, dem bei Königgrätz besiegten Österreich nach der Väter alter Sitte Territorien abzunehmen. Oder bei der Kaiserproklamation 1871, die Wilhelm in der von Bismarck vorgesehenen Form ganz und gar nicht gefiel. Dieses mehrfache Nachgeben trug wesentlich zu der Marginalisierung des Hohenzollernmonarchen bei, die zu DDR-Zeiten der marxistische Historiker Ernst Engelbert im ersten Band seiner Bismarck-Biographie mit folgender Bewertung Wilhelms I. boshaft-spöttisch auf die Spitze trieb: „Drei Kriege, drei Siege, dreimal gefeiert ein tumber Tor!“ Das ging nun entschieden zu weit, den grundehrlichen, aber keinen intellektuellen Überflieger darstellenden Wilhelm I. als einen Trottel hinzustellen, und so abschätzig hat sich meines Wissens auch kein anderer Historiker geäußert. Doch der Tenor war meist so, wie Wilhelm ihn selbst vorgab, als er darüber klagte, es sei nicht leicht, unter einem Kanzler wie Bismarck Kaiser zu sein. Diese (nicht zweifelsfrei belegbare) Aussage prägt noch bis heute weitgehend das Bild des ersten Deutschen Kaisers als eines Mannes, der von Fremden gesteuert wurde.

Neues Bild von Wilhelm I.

Derartige Einschätzungen will nun der 1965 geborene österreichische Historiker und Sachbuchautor Robert-Tarek Fischer, der als Ministerialbeamter seit vielen Jahren in Österreichs Bundeskanzleramt tätig ist, widerlegen und zeichnet ein günstigeres Bild Wilhelms I. Fischer ist nämlich der Auffassung, daß die bisherige Beurteilung des Monarchen dessen durchaus aktiver politischer Wirksamkeit nicht gerecht wird. Wiewohl auch laut Fischer an der Bedeutung Otto von Bismarcks als Ausnahmepolitiker nicht zu rütteln ist, ist es für den österreichischen Historiker zu wenig, „Wilhelm I. auf die Rolle eines Edelkomparsen zu reduzieren“, da der die preußisch-deutsche Geschichte in Summe doch wesentlich beeinflußt habe.

Fischer zeigt uns, daß Wilhelm alles andere als ein unpolitischer Mensch war und bereits in jungen Jahren in seinen Briefen eine große Zahl engagierter Kommentare zu politischen Ereignissen sowie zu Kardinalfragen der Politik in Preußen und Europa abgab. Wir können nachvollziehen, daß er – wenngleich die historischen Fakten es nicht rechtfertigen – von seinen Zeitgenossen und noch lange danach als „Kartätschenprinz“ (in heutiger Diktion als „Hardliner“) gesehen wurde. Wilhelm war in der Tat ein so vehementer Verfechter des Absolutismus und hielt am Herrschertum von Gottes Gnaden so resolut fest, daß er 1848 beim Ausbruch der Revolution als einziger Spitzenvertreter der Dynastie der Hohenzollern ins Ausland fliehen mußte. Dies alles zeigt sein Biograph ebenso glaubhaft auf wie seine nach dieser tiefen Zäsur erfolgende Umorientierung, in deren Verlauf er moderatere Konzepte ersann, welche Stellung das monarchische Prinzip in einem konstitutionellen Staat einnehmen sollte.

Der neue Biograph Wilhelms I. unterteilt die unerwartet lange Herrschaft, die der Hohenzoller mit erst 60 Jahren antrat und die aufgrund seiner exorbitanten Rüstigkeit noch 30 Jahre andauerte, in drei Abschnitte, wovon der erste im Oktober 1857 begann: Damals

übernahm er ein Jahr lang die Stellvertretung seines älteren Bruders, des schwer erkrankten Königs Friedrich Wilhelm IV. Ein Jahr später, im Oktober 1858, leitete Wilhelm die bis ins Jahr 1862 reichende „Neue Ära“ ein, in der er als Prinzregent und ab 1861 als König ein Regiment führte, das an Selbstherrschaft grenzte. Damit war er es, der sozusagen „im Alleingang“ den preußischen Verfassungskonflikt entfachte und speziell durch sein dezidiertes Aufrüstungsprogramm, das Preußens militärische Schlagkraft immens erhöhte, einen Schlüssel zur kleindeutschen staatlichen Einigung schuf.

Den zweiten Herrschaftsabschnitt Wilhelms I. zeigt uns Fischer als von den Einigungskriegen gegen Dänemark (1864), Österreich (1866) und Frankreich (1870/71) geprägt. Zwar kam es zu allen drei Waffengängen nicht auf Wilhelms betreiben - nein, er mußte zum Jagen erst getragen werden -, doch übte er laut Fischer „als letzter Monarch Europas im Krieg ein Armeeoberkommando aus, das mehr als eine reine Fiktion darstellte“. Daß Wilhelm sich danach mehr und mehr von den politischen Tagesgeschäften zurückzog und so Bismarcks Position gravierend verstärkte, erklärt der Autor damit: In den 1866 von Preußen annektierten Staaten herrschte ob der Vereinnahmung großer Unmut, und so brauchte es in den folgenden Jahren eine rege Reise- und Besuchsdiplomatie Wilhelms, um die neuen Untertanen mit der Herrschaft der Hohenzollern auszusöhnen und ein inneres Zusammenwachsen zu unterstützen.

Robert-Tarek Fischer hält es für nicht gerechtfertigt, aufgrund seines Verzichts auf politische Gestaltung Wilhelms Aktivitäten in seiner dritten Herrschaftsphase (der Kaiserzeit von 1871 bis 1888) fast ganz auszublenden. Immerhin hätten auch sie „keine geringe Bedeutung für den weiteren Verlauf der preußisch-deutschen Geschichte, dies vor allem in gesellschaftspolitischer Hinsicht“, gehabt. Auf Einzelheiten dazu soll im Rahmen dieser Buchrezensionen allerdings nicht eingegangen werden.

Die hier zu besprechende Biographie ist von der recht ungewöhnlichen Begebenheit geprägt, daß die Tätigkeitsbereiche jenes Mannes, der immerhin 30 Jahre preußischer König war und außerdem 17 Jahre als Deutscher Kaiser fungierte, zumeist nur wenig bekannt oder gänzlich unbekannt sind. Das Buch, das der Österreicher Robert-Tarek Fischer ausgerechnet über den Preußen Wilhelm I. vorgelegt hat, weist Merkmale einer „klassischen“ Biographie auf, führt aber an einigen Stellen darüber hinaus. Es analysiert außerdem die politischen Themenbereiche, denen Wilhelm I. seinen Stempel aufdrückte oder in denen er seinen Einfluß zur Geltung brachte. In der Gesamtschau läßt sich die erfreulich leicht und flüssig zu lesende Biographie Fischers auch als Studie über die Spuren verstehen, die Wilhelm I. in der Historie Preußens und Deutschlands hinterlassen hat. Die Lektüre des Buches, das sein Objekt in sehr informativer Weise in die historischen Ereignisse von Wilhelms Lebenszeit „einbettet“, ist auf jeden Fall zu empfehlen.

Rezensent: Dr. Mario Kandil, Linnich

Eingang: 04.01.2021

Auch hierzu lesenswert, die allgemeinen Ausführungen in „paperpress“, gegründet am 7.4.1976 – Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V. “, einem privaten Pressedienst aus dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg:

Siehe nächste Seiten!

45 Jahre **paperpress** 1976-2021

Nr. 585-23 24. Januar 2021 46. Jahrgang

Ein Platz für Richard von Weizsäcker

Die Betroffenen können froh sein, dass sie die Bemühungen nicht mehr miterleben müssen, ihnen ein Denkmal in Form einer Straße oder eines Platzes zu setzen. Die Berliner taten sich beispielsweise schwer, den ersten Bundeskanzler **Konrad Adenauer** zu würdigen. Der Rheinländer Adenauer war nicht gerade der beste Freund Berlins. Von der Trauer seines Todes am 19. April 1967 überwältigt, sorgte die CDU dafür, dass bereits sieben Tage später der Kaiserdamm in Adenauerdamm umbenannt wurde. Nach heftigen Protesten der Anwohner: *„Wir wollen unsern alten Kaiser Wilhelm wiederhaben!"* erfolgte die Rückbenennung bereits neun Monate später. Übrigens: in dem Lied von **Heino**, von wem sonst, ist KW1 gemeint, der mit dem langen Bart. Der Namensgeber für den Kaiserdamm ist Wilhelm Zwo, das war der mit dem Ersten Weltkrieg.

Der Friedrich-Wilhelm-Platz in Friedenau ist nach Friedrich Wilhelm benannt, der sich Friedrich III nannte und als 99-Tage-Kaiser in die Geschichte einging. Er war der Sohn von WI und Vater von WII. 1945 sollte der Platz in Engelsplatz umbenannt werden, was der Magistrat jedoch nicht umsetzte.

Wann der Beschluss der Tempelhof-Schöneberger Zählgemeinschaftsvariante aus CDU, Grünen und FDP umgesetzt wird, den Kaiser-Wilhelm-Platz in Richard-von-Weizsäcker-Platz umzubenennen, ist ungewiss. Eigentlich besteht die Zählgemeinschaft aus SPD und Grünen. CDU, Grüne und FPD proben aber schon mal am Beispiel des früheren Bundespräsidenten, welche anderen Optionen es noch gibt.

Der SPD-Bezirksverordnete **Axel Seltz** stellt nach Angaben der Berliner Morgenpost in Frage, *„ob der Kaiser-Wilhelm-Platz, an Haupt- und Kolonnenstraße gelegen, aufgrund seiner eher geringen Bedeutung überhaupt der richtige Platz sei, um **Richard von Weizsäcker** zu ehren." „Damals war der Platz für **Marlene Dietrich** zu popelig, und jetzt soll von Weizsäcker mit diesem popeligen Platz gewürdigt werden."* Marlene Dietrich hat ihren Platz vor dem Filmfestspieltheater bekommen, der liegt allerdings nicht in Schöneberg, sondern in Tiergarten. Ihr Grab befindet sich aber auf einem Friedhof in Friedenau, was zu Schöneberg gehört.

Der Bezirk tut sich schwer mit der Namensgebung. So sollte beispielsweise **Hildegard Knef** geehrt werden, weder in Schöneberg geboren noch dort beigesetzt. Gefunden wurde der Vorplatz zum Bahnhof Südkreuz, alles andere als ein Platz und nicht einmal eine postalische Adresse. Das wird sich jedoch ändern, wenn Vattenfall seine neue Zentrale einweiht. Die Adresse lautet dann Hildegard-Knef-Platz 1. **Günther Pfitzmann** hat mit seiner Fernsehserie „Praxis Bülowbogen" diesen Schöneberger Kiez weltberühmt gemacht. Die CDU regte 2014 deshalb an, dort eine Straße nach ihm zu benennen. Der Kultur-Ausschuss des Bezirks lehnte das *„unter anderem mit der Begründung, dass Pfitzmann keine Frau sei und man Wege und Plätze lieber mit Frauennamen versehen wolle,"* ab. *Quelle: Tagesspiegel*

2017 wurde dann in Nikolassee, in der Nähe seines einstigen Wohnhauses, ein Platz nach ihm benannt.

Dass **Richard von Weizsäcker**, 1981 bis 1984 Regierender Bürgermeister, und von 1984 bis 1994 Bundespräsident, keine Frau ist, muss nicht erwähnt werden. Oder doch? Denn für ihn gelten die Vorgaben des Kulturausschusses nicht. Der Bezirksverordnete Seltz hat vollkommen recht, der Kaiser-Wilhelm-Platz ist nicht nur popelig, sondern auch nicht besonders attraktiv und eines Bundespräsidenten vom Format von Weizsäckers nicht würdig. Der Platz ist nicht mehr als ein lärmender Straßenabzweig von Schöneberg nach Tempelhof. In die Schlagzeilen gerät er schlimmstenfalls, wenn dort ein Radfahrer zu Tode kommt.

Am Kaiser-Wilhelm-Platz befand sich seit 1892 das Schöneberger Rathaus. 1914 erfolgte der Umzug ins neue Rathaus an der Martin-Luther-Straße, die schon seit 1899 so hieß. Das alte Rathaus wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört. Schon früher gab es Diskussionen, den Kaiser-Wilhelm-Platz umzubenennen. Zum Beispiel 1962 nach dem Schöneberger Bürgermeister **Konrad Dickhardt**. Nach ihm wurde dann im selben Jahr eine sehr schöne Straße in Friedenau benannt, die hinter dem Walther-Schreiber-Platz auf der Rheinstraße beginnt und in einem großen Bogen wieder auf die Rheinstraße kurz vor dem Rathaus Friedenau stößt. Zuvor hieß sie Ringstraße, was Sinn machte. 1973 gab es einen weiteren Versuch, den Kaiser-Wilhelm-Platz umzubenennen, nämlich nach dem ermordeten chilenischen Staatspräsidenten **Salvador Allende.** Im selben Jahr wurde im Ost-Berliner Köpenick eine Straße nach ihm benannt, die noch heute so heißt.

Dass Wikipedia ein schnelles Medium ist, beweist der aktuelle Eintrag: *„2020 kam es zu einem neuen Vorstoß für eine Umbenennung nach dem früheren Regierenden Bürgermeister und Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker."*

Die SPD-Fraktionsvorsitzende **Marijke Höppner** kritisiert den Vorstoß von CDU, Grünen und FDP als *„starkes Stück"*, zumal andere Namensvorschläge für den Bezirk noch nicht umgesetzt wurden.

In einem Artikel in der BZ vom 21.02.2018 wird CDU-Generalsekretär **Stefan Evers** wie folgt zitiert:

Impressum: paperpress – gegründet am 7.4.1976 – Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Alle zwei Monate erscheint eine Druckausgabe von paperpress, die kostenlos über paperpress@berlin.de bestellt werden kann.
Die Druckausgabe wird gesponsert vom PIEREG Druckcenter Berlin – www.pereg.de
Spendenkonto: Paper Press e.V. – Postbank Berlin – IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01

45 Jahre **paperpress** 1976-2021

Nr. 585-23 24. Januar 2021 46. Jahrgang

„Natürlich braucht der Platz einen Namen (gemeint ist der Platz vor dem Roten Rathaus) *allerdings muss er auch umgestaltet werden. Statt Ödnis zwischen Fernsehturm und Rotem Rathaus wollen wir den historischen Stadtkern Berlins wiederherstellen. Den Platz vor dem Rathaus würden wir dann Richard-von-Weizsäcker-Platz nennen."*

Inzwischen ist die U-Bahn gebaut und der Platz sieht halbwegs ordentlich aus. Zeit also, das Projekt Namensgebung in Angriff zu nehmen. Die örtliche CDU aus Tempelhof-Schöneberg spuckt jedoch der Landes CDU kräftig in die Suppe. Denn zwei Richard-von-Weizsäcker-Plätze wird es nicht geben. Wenn ein Platz für den ehemaligen Regierenden Bürgermeister und Bundespräsidenten geeignet wäre, dann der vor dem Roten Rathaus, und keine kleine Verkehrsinsel, die den Namen Platz nicht verdient.

Pandemie bedingt finden die BVV-Sitzungen des Bezirks nur noch verkürzt statt. Offenbar war die Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Platzes für CDU, Grüne und FDP so wichtig, dass sie den Tagesordnungspunkt 10.1 per Geschäftsordnungsantrag nach vorn gezogen haben.

Ersucht wird das Bezirksamt per Beschluss, den Platz umzubenennen. Da für Straßen und Plätze im Bezirks sicherlich die Grüne Verkehrs-Stadträtin **Christiane Heiß** zuständig ist, wird das wohl nichts mit dem Projekt. Sie ist ja nicht einmal in der Lage, eine Fahrradstraße einzurichten.

„Die Bürgerinnen und Bürger im direkten Umfeld des Platzes sollen angemessen beteiligt und informiert werden.", steht in der Drucksache. Da können wir ja gespannt sein. Als Begründung wurde angegeben, dass von Weizsäcker als Regierender Bürgermeister sein Büro im Rathaus Schöneberg hatte und am 8. Mai 1985 eine bedeutende Rede gehalten hat. *„Es ist angemessen, diese große Persönlichkeit mit der Nennung einen prominenten Platz in Berlin, in Tempelhof-Schöneberg, zu ehren."* Berlin Ja, Tempelhof-Schöneberg mit diesem Platz Nein.

Jetzt wird's leicht komisch in dem Text: *„Dem Gedenken an Kaiser-Wilhelm* (I, der mit dem Bart) *würde eine Namensänderung nicht schaden. In Berlin* (Lankwitz) *gibt es beispielsweise eine weitere Straße, die den Namen des Kaisers trägt."* Da wollen es sich die christlich-grün-liberalen Bezirksverordneten offenbar nicht mit den Hohenzollern verscherzen.

Es wird noch besser: *„Die Nennung des Platzes nach Richard von Weizsäcker soll keineswegs eine Abkehr von der Regel, Straßen und Plätze vorrangig nach Frauen zu benennen sein. Bei einer derart bedeutenden Persönlichkeit wie Richard von Weizsäcker muss aber eine Ausnahme von der Regel möglich sein und wird durch diese auch gedeckt."* Sagt wer?

Die SPD-Fraktion hat geschlossen gegen den Antrag gestimmt. Gern hätte die SPD die Benennungen im Kulturausschuss diskutiert. *„Natürlich hätte das Zeit gekostet, aber so weitreichende Entscheidungen nicht richtig auszuloten und dazu BVV-Beschlüsse über Benennungen nach Frauen zu ignorieren, ist nicht professionell und tut der Sache nicht gut,"* findet **Martina Sommerfeld**, Kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

„Man kann es nur einen Pyrrhussieg nennen, den CDU, FDP und Grüne erreicht haben. Letztlich schadet er allen. Er belastet die Zusammenarbeit der Fraktionen in der BVV, denn konstruktiv ist es nicht, den Wunsch nach einer Überweisung in den Kulturausschuss abzulehnen und die ohnehin schon durch die Pandemie zeitlich begrenzte BVV-Sitzung für eine Debatte zu nutzen, die durch einen überraschend per Beschluss vorgezogenen Antrag initiiert wurde.

Er schadet der örtlichen CDU. Mit diesem Coup haben sie verhindert, dass ein – für einen Bundespräsidenten – angemessener Ort für die Würdigung von Weizäckers gesucht werden kann. Der Kaiser-Wilhelm-Platz ist nicht mehr als eine kleine Insel im tosenden Verkehr weit ab vom Schaffensort der Bundespräsidenten.

Und, er schadet den Grünen. Ihr Wählerpotential wird es nicht nachvollziehen können, dass eine Partei, die sich neben Klima- und Umweltschutz auch Feminismus auf die Fahnen geschrieben hat, einen konservativen männlichen Namensgeber für die Umbenennung eines Stadtplatzes ausgesucht hat," erklärt **Marijke Höppner**, Vorsitzende der SPD-Fraktion. Die frauenpolitischen Sprecherin **Manuela Harling** ergänzt: *„Noch in der letzten Wahlperiode haben SPD und Grüne gemeinsam für eine Namensliste mit Frauennamen gekämpft, die für eine Straßenbenennung in Tempelhof-Schöneberg in Frage kommen. Die gemeinsame Linie, Straßen nach Frauen zu benennen – wie es die Ausführungsvorschrift zum Berliner Straßengesetz vorsieht – solange bis ein gesellschaftliches Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern im Straßenland erkennbar ist, haben die Grünen endgültig bei der 48. BVV am 20. Januar verlassen. Das ist doppelt bitter. Denn einerseits braucht eine gleichberechtigte Gesellschaft Vorbilder beider Geschlechter. Bisher sind Frauen aber eher in der Minderheit und tauchen auf Straßennamensschildern selten auf. Anderseits enthält der Namenspool viele Namen von Schönebergerinnen und Tempelhoferinnen, die noch auf eine Würdigung der Lebensleistung warten. Daher hätte es den Grünen gut angestanden, gemeinsam mit der SPD-Fraktion im Bezirk für Gleichstellung zu kämpfen."*

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

Impressum: paperpress – gegründet am 7.4.1976 – Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Alle zwei Monate erscheint eine Druckausgabe von paperpress, die kostenlos über paperpress@berlin.de bestellt werden kann.
Die Druckausgabe wird gesponsert vom PIEREG Druckcenter Berlin – www.pereg.de
Spendenkonto: Paper Press e.V. – Postbank Berlin – IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01

Anmerkung: Über Richard von Weizsäcker hat ein Partnerverein eine Untersuchung vorgelegt, die weitgehend auf Recherchen des Nachrichtenmagazins „DER SPIEGEI" beruht und zu einem sehr nachdenklichen negativen Urteil kommt!

Die AfD will den Kaiser-Wilhelm-Platz behalten



CDU, Grüne und FDP wollen eine Umbenennung

Auf Antrag der CDU beschloss die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Tempelhof-Schöneberg am 20.01.2021 mit den Stimmen von CDU, Grünen und FDP, den Kaiser-Wilhelm-Platz im Herzen Schönebergs demnächst in Richard-von-Weizsäcker-Platz umzubenennen. SPD und Linke waren nicht gegen eine Umbenennung, wollten aber den Namen einer Frau und stimmten deshalb mit nein.

Einzig die AfD-Fraktion stemmte sich mit ihrer Ablehnung gegen diese unsinnige und kostentreibende Umbenennung für Anwohner, Gewerbetreibende, Behörden und BVG.

Der Kaiser-Wilhelm-Platz wurde 1892 nach dem in der Bevölkerung sehr beliebten Kaiser Wilhelm I. benannt. Das 1871 gegründete Kaiserreich ist nach dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts nach außen hin identisch mit der Bundesrepublik Deutschland, d.h., Kaiser Wilhelm war das erste Oberhaupt des Staates, in dem wir noch heute leben. Wir wollen als einzige Partei 130 Jahre Ortsgeschichte bewahren und den Namen eines allgemein bekannten Platzes nicht willkürlich ändern lassen.

CDU und FDP zeigen durch ihr Zusammengehen mit den Grünen nun zum wiederholten Male, dass sie inzwischen nur noch Steigbügelhalter dieser Partei sind. Zusätzliche Kosten für die Allgemeinheit sind CDU, Grünen und FDP vollkommen egal – und das mitten in der Corona-Krise.

AfD-Fraktion Tempelhof-Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz
10825 Berlin
URL: afd-fraktion-ts.de
Mail: bvv-fraktion@afd-fraktion-ts.de

AfD | BVV-FRAKTION TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Berliner Bürgerverein e. V. BBV
Flotowstraße 9
10555 Berlin
Ruf: 030-391 73 70

Dr. Ans Weinert (UBC)

An die Bezirksbürgermeisterin
von Berlin Tempelhof-Schöneberg
Frau Angelika Schöttler
John-F.-Kennedy-Platz 1
10825 Berlin

Kaiser-Wilhelm-Platz

Sehr geehrte Frau Bezirksbürgermeisterin,

ausgerechnet Freunde aus Israel drängten mich, einer skandalträchtigen Sache nachzugehen, die von deutschen Medien gleichsam in die Versenkung geschoben wurde:

Am 20. Januar 2021 entschied eine sog. Zählgemeinschaft in der Bezirksversammlung von Tempelhof-Schöneberg den zu Kaiser Wilhelm I. Ehren benannten bescheidenen Platz umzubenennen. Das geschah zwei Tage nach dem 150. Reichsgründungsjubiläum. Offenbar hatten die Teilnehmer dieser Zählgemeinschaft den Geschichtsunterricht geschwänzt, folglich keine Ahnung von der Bedeutung des Tages: Am 18. Januar 1871 wurde aus zwei großen Staaten Preußen und Bayern und über 30 Klein- und Kleinststaaten ein einheitlicher deutscher Bundesstaat geschaffen und damit die Basis für die heutige Bundesrepublik gelegt, was der englische Premier-Minister Disraeli am 9. Februar 1871 - also drei Wochen später – so beschrieb:
„Die deutsche Reichsgründung ist ein größeres politische Ereignis als die französische Revolution!“

Mit dieser Neu-(Wieder-)Gründung unter dem Staatsoberhaupt Kaiser Wilhelm I. ging wirklich ein „Ruck“ durch das ganze Land (wie es Bundespräsident Roman Herzog einmal formulierte) womit eine wirtschaftliche, wissenschaftliche (Apotheke der Welt), technische, soziale Entwicklung auf den Weg gebracht wurde, die in der Welt einmalig war und sogar die USA übertraf (was gerade ausländische Historiker immer wieder betonten). Man betrachte die klassischen Industrie- und (Hoch-)Schulbauten aus dieser Zeit, die nicht nur – auch heute noch – eine Wohltat fürs Auge sind; sie zeigen die fortschrittliche Dynamik, die mit der Reichsgründung das Land erfasst hatte und innerhalb weniger Jahre deutsche Wirtschaft und Wissenschaft – gestützt durch eine zuverlässige Verwaltung – an die Weltspitze katapultierte (was Disraeli sofort erkannte).

Für Bundeskanzler Willy Brandt war es vor 50 Jahren (also zum 100. Reichsgründungstag) selbstverständlich, die Reichsgründer Otto von Bismarck und Kaiser Wilhelm I. angemessen zu ehren; als Regierender Bürgermeister hätte er es nicht zugelassen, Kaiser Wilhelm I. zu entehren. Offenbar kannte er den Hinweis von Helmut Schmidt, sich der eigenen geschichtlichen Wurzeln bewußt zu sein.

In der Vergangenheit erlebte ich immer wieder die unangenehme Situation, wenn Freunde aus dem Ausland (besonders Israel) zu Besuch kamen, dass sie in Berlin oft vor großen Orientierungsproblemen standen, obwohl sie sich – wie sie meinten – gut vorbereitet hatten. Das Problem: die Eltern nahmen häufig (im Andenken an Berlin) bei ihrem Weggang Berlin-Stadtpläne mit, die auch „dem Nachwuchs“ als Stadtführer dienen sollten, was wegen der vielen (sinnlosen) Umbenennungen nur sehr lückenhaft möglich ist.

Wir bitten Sie, verehrte Frau Bezirksbürgermeisterin, die offensichtlich geschichtswidrige Fehlentscheidung einer „Zählgruppe“ ausgerechnet in der deutschen Hauptstadt zu „kassieren“ und den alten Namen Kaiser-Wilhelm-Platz zu belassen bzw. wieder herzustellen.

Was am Kaiserdamm (Rückbenennung) möglich war, dürfte auch hier kein Problem sein.

Danke für Ihre Mühe, halten Sie es wie Luther!

Mit vorzüglicher Hochachtung

Berliner Bürgerverein e. V. BBV
Flotowstraße 9
10555 Berlin
Ruf: 030-391 73 70

Dr. Ans Weinert (UBC)

An die Fraktionen von
Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP
in der Bezirksverordnetenversammlung
von Berlin Tempelhof-Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz 1
10825 Berlin

Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Platzes in Richard-von-Weizsäcker-Platz

Sehr geehrte Bezirksverordnete,

Sie haben beschlossen, den Kaiser-Wilhelm-Platz in Richard-von-Weizsäcker-Platz umzubenennen. Wir wehren uns dagegen. Wir fordern Sie auf, diese Entscheidung zurückzunehmen!

Es hat sich immer bewährt, bei Dingen, die die Allgemeinheit betreffen, den Bürger einzubeziehen (verlangt das nicht auch das Grundgesetzt?).

Das setzt voraus, diesen Bürger umfassend zu informieren – auch über geschichtliche Vorgänge. Da sollte man sich einen „zu Ehrenden“ schon genauer anschauen. Gerade bei Herrn v. Weizsäcker, der sich gern als das Maß aller Dinge sah, wird jeder Geschichtsinteressierte im Internet schnell fündig – man muß nur gezielt suchen.

Auf dieser Basis haben wir Ihnen einen „Denk- und Arbeitshilfe“ zusammengestellt (s. Anlage).

Sollte das Abstimmungsergebnis zur Umbenennung nicht korrigiert werden, wäre das ein Schlag in das Gesicht jedes Toten bzw. Geschädigten in einem Entwicklungsland.

War es nicht ausgerechnet der Premier-Minister des britischen Weltreiches und geistige Vater Israels, Disraeli, der mehrfach seine hohe Meinung über Wilhelm I. geäußert hat? Aber ein offenbar geschichtsunkundiger Nachwuchs will den in aller Welt geehrten „vom Sockel“ holen.

Im übrigen war Wilhelm I. viel zu bescheiden, nach dem höchsten Staatsamt zu drängeln, da mußte schon Bayernkönig Ludwig „nachhelfen“. Mit seiner bescheidenen Lebensweise (er lebt nicht mal im Schloß) beschämte er geradezu so manchen Bundespräsidenten.

Lassen Sie also den Kaiser-Wilhelm-Platz bestehen, nehmen Sie Ihre Abstimmung zurück!

Ihrer Antwort sehen wir mit Aufmerksamkeit entgegen!

Mit vorzüglicher Hochachtung

<u>Anhang: Richard v. Weizsäcker statt Kaiser Wilhelm I</u>.

Werte Damen und Herren,

Sie sind angetreten, nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt mitzugeben. Dann verwirrt es doch sehr, dass Sie ausgerechnet eine Person als "Lichtträger" präsentieren, die in schlimmste Umwelt- und Menschheitsverbrechen in einem Entwick= lungsland verstrickt ist. Dass Sie dafür einen hochverdienten Mann (Kaiser Wilhelm I.) vom Sockel stoßen, sei Ihnen nicht nachgetragen; schließlich hatte schon vor Jahren Präsidententochter Rau erkannt: "Geschichtsunterricht kannst Du vergessen..." Folglich können Sie nicht wissen, wie ausgerechnet der Politiker Disraeli, englischer Premierminister und geistiger Vater Israels, am 21. Februar 1871 den 18. Januar 1871 bewertete:
"Die deutsche Reichsgründung (18. Jan. 1871) ist ein größeres politisches Ereignis als die französische Revolution". Damit würdigte er auch die Leistung von Kaiser Wilhelm I, den er persönlich hoch verehrte, und von Kanzler Bismarck.

Nun geht der Normalbürger davon aus, wenn jemand zu Straßen- bzw. Platzehren auser= koren wird, sollen besondere Lebensleistungen an ihn erinnern. Seltsam: Jetzt will man den kleinen Kaiser-Wilhelm-Platz nach einem Mann benennen, dessen Tätigkeit vor Übernahme des Amtes eines Regierenden Bürgermeisters in Berlin in merkwürdiges Dunkel gehüllt wird, obwohl das bekannteste deutsche Nachrichtenmagazin "Der Spiegel", ARD, und WDR seine "Biedermann-Abdeckung" schon vor Jahren bzw. sogar Jahrzehnten lüfteten (s. Spiegel 31/1991, 32/1991, 48/1992). "Es ist schon zu lange her" und ähnliche Aus= flüchte können keine Argumente ersetzen. Selbst wenn jemand nur bedingt des Lesens kundig ist, damals nur "Klippschüler" war, müsste mindestens stutzig werden- ver= schlampter bzw. verschlammter Geschichtsunterricht kann keine Ausrede sein.

Zur geistigen Rückschau: Wurde nicht seinerzeit in Nürnberg von den Siegern der Strafbestand "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" (natürlich nur von den Unterlegenen) geprägt? Bereits 1956 schrieb der medizinische Leiter bei Boehringer Ingelheim (Weizsäckers späterer Arbeitgeber) Dr. Graubner von Giftstoffen, deren Eigenschaften einzigartig seien mit schwerster Zerstörbarkeit und merklicher Vergiftung durch Dioxin. Doch statt aus Sicherheitsgründen Alarm zu schlagen, als ein Werkschemiker das Ultragift entdeckte, suchte man dafür Geschäftsfelder, die man dann- v. Weizsäcker war längst Mitglied der Geschäftsleitung- über die amerikanische Giftfirma Dow Chemicals im Vietnamkrieg fand. Nun gab es aber den von der Bundesregierung angeord= neten Verzicht auf ABC-Waffen aus den fünfziger Jahren und gab es nicht das Kriegs= waffen-Kontroll-Gesetz? Hier zeigte sich die "Weitsicht" des Firmenchefs Ernst Boehringer. Hatte dieser doch rechtzeitig "einen begabten Juristen" an Land gezogen: Richard von Weizsäcker, der offenbar für juristische Finessen bekannt war. So wurde die dioxinhaltige Giftbrühe als "Entlaubungsmittel" verkauft und damit Gesetze und Verträge umgangen; offenbar geschützt durch ein "Kartell des Schweigens aus Chemie und Politik", wie Der Spiegel schrieb.
In Seveso(Italien) und Bophal(Indien) reichten nach Betriebsunfällen dioxinhaltige Giftwolken aus, um Menschen in Panik zu versetzen. In Vietnam- später auch in Laos ("weil noch übrig war")- wurden, wie der WDR in einem Dokumentarfilm an zahlreichen Beispielen zeigte, durch tonnenweise ausgeschüttete- von Boehringer produzierte Dioxin-Giftbrühe (von der US-Army beschönigend "Agent Orange" genannt) so stark ge= schädigt, daß Mißbildungen bei Neugeborenen noch in der dritten Generation auftreten.

Während die USA jede medizinische Hilfe für dadurch schwer geschädigte "Krüppel" ab=
lehnen, rang sich Boehringer Ingelheim zu einer bescheidenen Zahlung von 5 Millionen
Mark an die Opfer durch,verbunden mit einer "offiziellen Entschuldigung" (die den
Geschädigten mit ihren schweren Leiden und deutlich verkürztem Leben "hilft").
US-Flugzeuge und Hubschrauber versprühten in über 9000 Einsätzen 35 Millionen Tonnen
"Agent Orange" (das für Menschen hochgiftig ist). Mit der sogenannten "Urwald-Ent=
laubung" - mit Zerstörung ganzer Dörfer- wurden vielfach Felder verseucht, damit
keine Nahrungsmittel mehr wuchsen- also Hungersnöte bei der Zivilbevölkerung auslöste.
Rund 20 Krankheiten gelten heute als unmittelbare Folge des Einsatzes von "Agent
Orange", darunter Leukämie, Wirbelsäulenschäden, Leberschäden, Krebs, Nervenleiden,
Diabetes, Parkinson. Insgesamt sind ca. 3 Millionen Vietnamesen an den Folgen er=
krankt bzw. qualvoll gestorben, darunter mindestens 150 000 Kinder.
Die 6-köpfige Boehringer Geschäftsführung, der auch v. Weizsäcker angehörte, half
den Amerikanern und machte dabei ein gutes Geschäft. Hieß es doch in einem hauseige=
nen Bericht (s. Spiegel) an den Produktionsleiter: solange der Krieg in Vietnam
dauere, seien Absatzschwierigkeiten nicht zu erwarten. Zudem hatte im Mai 1962 Fir=
menchef Ernst Boehringer verfügt, ... "alle für Vorstand und Geschäftsführung bestimm=
ten Zuschriften Dr. Richard von Weizsäcker zuzuleiten". Wenn v. Weizsäcker in
seinen Memoiren sich als "völlig ahnungslos" hinstellt, dürfte das eher unter "juri=
stische Finessen" zu verbuchen sein. Denn als nach dem Spiegel-Bericht 48/1992
(über eine 1984 entdeckte undichte Hamburger Müllhalde mit Boehringer-Gift aus dem
Zweigwerk) der Chemie-Konzern seine 36-jährige Dioxin-Vertuschungspolitik revidieren
musste, geriet der frühere Geschäftsführer v. Weizsäcker in Erklärungsnot- nicht die
einzige (ARD-Fernsehsendung "Hamburger Gift" am 2. Dezember 1992).

Übrigens kann v. Weizsäckers Zurückhaltung nicht überraschen, wenn man das Verhältnis
der Familien v. Weizsäcker und Boehringer kennt. Berichtete nicht v. Weizsäcker in
seinen Memoiren: Zwischen beiden gab es ein Freundschaftsband, das die ganze Familie
eingeschlossen habe. Firmengründer Robert Boehringer sei neben seinen Eltern für ihn
bis in seine mittleren Lebensjahre die wichtigste Bezugsperson gewesen.

Zur Erinnerung: Im Dezember 1969 bekräftigte die UNO-Vollversammlung- aufgeschreckt
durch alarmierende Berichte über Totgeburten in Vietnam- die Gültigkeit der Genfer
Konvention (von 1925 !), derzufolge Herbizide (dazu gehört die von Boehringer herge=
stellte und vertriebene Dioxin-Giftbrühe) zu den durch die Genfer Konvention geäch=
teten chemischen Waffen zählen. Als am 19. März 1965 der Liefervertrag zwischen
Boehringer- Ingelheim und Dow Chemical abgeschlossen wurde, ging das nur nach genauer
Prüfung und Zustimmung des Juristen in der Boehringer Geschäftsführung, der hieß
Richard von Weizsäcker--und dieser "begabte Jurist" (Ernst Boehringer) sollte bei
diesem "Bombengeschäft" von der seit über 40 Jahren gültigen Genfer Konvention noch
nichts gehört haben?
Die Krönung hierzu: Als Präsident des Evangelischen Kirchentages 1969 in Stuttgart
(Motto "Hungern nach Gerechtigkeit") richtete er an die Kirchentagsbesucher den
Appell "neue Antworten zu suchen auf Bedrohung des Lebens durch Vernichtungswaffen".

18 Monate später, am 7.Januar 1971, stieg zum letzten Mal ein Sprühflugzeug in den
Himmel über Vietnam. Über 4 Jahre machten amerikanische Vernichtungsbürokraten ein
ganzes Land zum Labor und ein Volk zu Kaninchen- ein gewaltiger Testeinsatz auch
der Boehringer Chemie-Waffe, wobei jeder Einsatz (und die 15 verschiedenen "Herbizid-
Cocktails") protokolliert wurde.

Was für Verdienste bleiben aus der Zeit als Regierender Bürgermeister, wo er trotz
seines Wortes "Berlin ist meine Aufgabe" längst nach etwas Höherem schielte?
Aber auch als Bundespräsident hat man nicht automatisch ein Anrecht auf Platz- oder
Straßenbenennung. Das schon gar nicht, wenn dabei ein verdientes Staatsoberhaupt
entehrt wird. In keinem anderen Land wäre so ein Fußtritt auf die eigene Geschichte
möglich- man denke nur an Polen, Frankreich, Italien.
Im übrigen lässt sich durch Umbenennung von Straßen / Plätzen Geschichte nicht ändern;
sie verärgert allerdings viele Berlin-Besucher und besonders viele Berliner (Kosten?).

Wer sich fürchtet, seiner Vergangenheit ins Gesicht zu sehen, muss notwendigerweise
auch fürchten, was kommen wird.

Vaclav Havel, tschechischer Politiker

*

Hinweis:
Von den Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg hat lediglich die AfD-Fraktion geantwortet. Die AfD hat mittlerweile rund 2.000 Flugblätter (s. oben) am Kaiser-Wilhelm-Platz verteilt. Nach unserem Wissen, haben die Medien davon keine Kenntnis genommen. Auch nicht die wöchentliche Lokalbeilage des „Tagesspiegels“.

Wir danken dem Berliner Bürgerverein für seine Stellungnahmen!

Bei den sog. „Geschichtsvereinen“ herrscht Schweigen. Und die angeschriebene „Preußische Gesellschaft“ hat uns bis zum heutigen Tage nicht geantwortet. Armes Preußen!

Die Redaktion

Dr. Lothar Mundt
(AfD)
12:29 Uhr am 30.05.2021

Sehr geehrter Herr Hanke,

besten Dank für die Information über die beiden Schreiben des Berliner Bürgervereins. Die Sache ist leider schon gelaufen, wie Sie der unter folgendem Link abrufbaren „Mitteilung zur Kenntnisnahme“ der zuständigen Stadträtin entnehmen können:

https://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/vo020.asp?VOLFDNR=7959

Die von der BVV auf Antrag der Linken gewünschte nachträgliche Bürgerbeteiligung wird es demnach nicht geben.

Mit freundlichen Grüßen

Lothar Mundt

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

Drucksache - 2093/XX

Betreff:	Geregeltes Verfahren für die Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Platzes	
Status:	öffentlich	
	Ursprung	aktuell
Initiator:	Die Fraktion DIE LINKE	Bezirksamt
Verfasser:	Frau Heiß, Christiane	Schöttler, Angelika
Drucksache-Art:	Antrag	Mitteilung zur Kenntnisnahme

Beratungsfolge:

Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg von Berlin 24.03.2021		Entscheidung
50. öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg von Berlin - Videokonferenz - Youtube Link: https://youtu.be/POr_AzSHhEs	vertagt	
09.04.2021		
Fortsetzung der 50. öffentlichen Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg von Berlin - Die Sitzung findet im Videocall statt, die Informationen zum LiveStream entnehmen Sie bitte dem Infoblatt		ohne Änderungen in der BVV beschlossen
Bezirksamt		Erledigung
Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg von Berlin		Kenntnisnahme
19.05.2021		
52. öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg von Berlin - Die Sitzung findet im VIDEOCALL statt. Livestream auf Youtube: https://youtu.be/N5OWkRFRdk8		

Die BVV fasste auf ihrer Sitzung am 09.04.2021 folgenden Beschluss:

Das Bezirksamt wird ersucht, die mit Drucksache 2025/XX beschlossene angemessene Bürgerbeteiligung und Information der Bürgerinnen und Bürger im direkten Umfeld zeitnah einzuleiten.
Das Bezirksamt teilt hierzu mit der Bitte um Kenntnisnahme mit:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat mit Drucks. Nr. 2025/XX das Bezirksamt ersucht, "den Kaiser-Wilhelm-Platz in Schöneberg nach dem 6. Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland in Richard-von-Weizsäcker-Platz umzubenennen. Die Bürgerinnen und Bürger im direkten Umfeld des Platzes sollen angemessen beteiligt und informiert werden."

Dem Bezirksamt ist der Widerspruch in der o.g. Drucksache aufgefallen:

Bürgerbeteiligung ist die "Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen und Maßnahmen." (duden.de, 27.4.21).
Allerdings wurde hier die politische Entscheidung, die Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Platzes in Richard-von-Weizsäcker-Platz, schon vorweggenommen.
Eine ernst gemeinte Beteiligung am Entscheidungsprozess wird somit ad absurdum geführt.

Das Bezirksamt verzichtet daher auf eine Bürgerbeteiligung. Das Verwaltungsverfahren für Straßenbenennungen, wozu auch die Umbenennung gehört, sieht zudem grundsätzlich Bürgerbeteiligungen weder vor noch werden hierfür entsprechende Ressourcen vorgehalten. Betroffene Anlieger sind über Umbenennungen lediglich „in geeigneter Weise zu informieren.“ (s. Ausführungsvorschriften zu § 5 des Berliner Straßengesetzes (AV Benennung) vom 1. Februar 2017).

Diese Information der Anwohnenden wird das Bezirksamt zeitnah vor dem Aufstellen der neuen Schilder durchführen. Zudem wird es eine feierliche Eröffnung mit Interessierten geben. Eine Pressemitteilung informiert rechtzeitig vor dem Termin.

Nach § 5 (1) S. 1 des Berliner Straßengesetzes "sind die öffentlichen Straßen zu benennen, sobald es im öffentlichen Interesse, insbesondere im Verkehrsinteresse, erforderlich ist."

Die Umbenennung ist hier zulässig, da sie eine Doppelbenennung beseitigt; „Wiederholungen von Straßennamen sind im Laufe der Zeit durch Umbenennungen zu beseitigen.“ (s. AV Benennung). Da es im Bezirk Steglitz-Zehlendorf eine gleichlautende Kaiser-Wilhelm-Straße gibt, ist die Umbenennung zulässig und trägt zur öffentlichen Sicherheit und Ordnung bei.*)

Der Ordnungscharakter muss bei Straßenbenennungen auch stets im Vordergrund stehen; die Ehrung von Personen kann nur Nebenzweck sein.

Hinsichtlich der Wahl der Straßennamen gibt es – unter Beachtung der Ausführungsvorschriften - ein weites Ermessen. Die Herbeiführung eines breiten Konsenses vor der Beschlussfassung empfiehlt sich aus zweierlei Gründen: erstens Erreichung einer hohen Akzeptanz des neuen Straßennamens in der Bevölkerung, insbesondere bei den Anliegenden und zweitens die Vermeidung der Beschädigung des Ansehens der zu Ehrenden.

Im Verfahren vorgesehen ist im Übrigen die Anhörung naher Angehöriger. Dieses ist bereits erfolgt und die nahen Angehörigen freuen sich über den Beschluss.

****) Ach, wie verlogen!*** *(Anm. der Redaktion)*

<u>Der Kaiser-Wilhelm-Platz, ein Platz im Zuge der berühmten Reichsstraße 1 Aachen – Berlin – Königsberg/Pr….</u> *(Aufnahmen: R. Hanke)*



Blick durch die Kolonnenstraße zur Hauptstraße (Reichsstraße 1)





Kaiser-Wilhelm-Platz: mehr als fünf Buslinien fahren den Platz an…





Kaiser-Wilhelm-Platz Ecke Crellestraße (im linken Bild die Hauptstraße links hinten)





Kaiser-Wilhelm-Platz Ecke Kolonnenstraße, diese führt zum Flughafen Tempelhof



Gedenktafel an einem der wenigen Gebäude, die zum Kaiser-Wilhelm-Platz gehören



Kaiser-Wilhelm-Platz: Blick Richtung Crelle und Kolonennstraße, linker Bildrand Hauptstraße, rechts die zum Platz gehörenden Gebäude, wo einst auch das Schöneberger Rathaus stand

Kaiser-Wilhelm-Platz (Berlin-Schöneberg)

Nach: WIKIPEDIA v. 10. Juni 2021

https://de.wikipedia.org/wiki/Kaiser-Wilhelm-Platz_(Berlin-Sch%C3%B6neberg)

Kaiser-Wilhelm-Platz

Platz in Berlin



Die Gedenktafel „Orte des Schreckens, die wir niemals vergessen dürfen“ auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz

Basisdaten	
Ort	Berlin
Ortsteil	Schöneberg
Angelegt	1893
Neugestaltet	2006–2007
Einmündende Straßen	Hauptstraße, Kolonnenstraße, Crellestraße
Bauwerke	Springbrunnen

Nutzung	
Nutzergruppen	Fußgänger, Radfahrer, Straßenverkehr, ÖPNV

Der dreieckige **Kaiser-Wilhelm-Platz** im Berliner Ortsteil Schöneberg des Verwaltungsbezirks Tempelhof-Schöneberg ist eines der geschäftlichen Zentren des Bezirks.

Inhaltsverzeichnis

- 1 Namensgebung
- 2 Lage
- 3 Bebauung
  - 3.1 Überblick
  - 3.2 Einzelne Gebäude (Auswahl)
- 4 Weblinks
- 5 Einzelnachweise

Namensgebung

Die Benennung des Platzes erfolgte nach Kaiser Wilhelm I., da sich auf dem Platz ein Denkmal für ihn befand. Die Grundstücke Hauptstraße 88 (ab 1893: Nummer 136), *Bahnstraße* 50/51 (ab 1893: Nummer 48; die Straße würde 1958 in Crellestraße umbenannt) und Kolonnenstraße 67 wurden am 13. Juni 1893 in *Am Kaiser-Wilhelm-Platz* benannt.

Die um den Platz herum im Gründerzeitstil errichteten Mietshäuser trugen zunächst die Adressen der anliegenden Straßen, erhielten nach 1892 den Zusatz „Am Kaiser-Wilhelm-Platz“ und eine entsprechende Nummerierung als Postadresse. Die Häuser Kaiser-Wilhelm-Platz 1–5 wurden im Zweiten Weltkrieg kaum beschädigt. Der Name des Platzes blieb seit seiner Benennung erhalten, obwohl es mehrfach Bestrebungen für einen neuen Namen gab.

In den 1990er Jahren wurde südlich des Platzes auf dem Gelände des im Zweiten Weltkrieg zerstörten historischen Rathauses die *Kaiser-Wilhelm-Galerie* errichtet.

Auf der Höhe des Kaiser-Wilhelm-Platzes befand sich früher die Grenze zwischen Alt- und Neu-Schöneberg. Über eine Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Platzes gab es nach dem Zweiten Weltkrieg wiederholt Diskussionen. Unter anderem sollte er 1962 nach dem im Jahr 1961 verstorbenen Schöneberger Bürgermeister Konrad Dickhardt benannt werden, 1973 nach dem chilenischen Staatspräsidenten Salvador Allende. Allerdings blieb es bei dem historischen Namen. 2020 kam es zu einem neuen Vorstoß für eine Umbenennung nach dem früheren Regierenden Bürgermeister und Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker.[1] 2021 beschloss die Bezirksverordnetenversammlung die Umbenennung.[2]

Lage



Kaiser-Wilhelm-Passage

Der Kaiser-Wilhelm-Platz ist eines der Zentren des Ortsteils Schöneberg. Er war das Zentrum des Einwandererdorfs *Neu-Schöneberg*. Von hier aus sind es rund 400 Meter in südwestlicher Richtung entlang der Hauptstraße, vorbei am Postamt Schöneberg, bis zur angerförmigen historischen Dorfaue *Alt-Schöneberg*. Rund um den Platz gibt es eine Vielzahl von Einkaufsmöglichkeiten – vom Einzelhandelsgeschäft bis zum Kaufhaus sowie der *Kaiser-Wilhelm-Passage*. Im ehemaligen Kaufhaus *Hertie* befand sich bis in die 1980er Jahre eine Filiale der Kaufhauskette *Bilka*. Im Rahmen der Insolvenz des Hertie-Konzerns wurde das Kaufhaus im August 2009 geschlossen. Von November 2009 bis Juli 2013 befand sich im Erdgeschoss des Gebäudes eine Filiale der Schuhhandelskette *Reno*.

Am Kaiser-Wilhelm-Platz zweigt die Kolonnenstraße in östlicher Richtung zur „Roten Insel“ und dem S-Bahnhof Julius-Leber-Brücke ab, die dann als Dudenstraße zum ehemaligen Flughafen Tempelhof weitergeführt wird. Nach Nord-Nordost zweigt am Platz die Crellestraße (bis 1958: *Bahnstraße*) ab, die zum S-Bahnhof Yorckstraße (Großgörschenstraße) führt.

Bebauung

Überblick



Historisches Foto des ehemaligen Schöneberger Rathauses
am Kaiser-Wilhelm-Platz, um 1895

Auf der östlichen Seite des Kaiser-Wilhelm-Platzes befand sich seit 1874 das alte Schöneberger Rathaus. Nach Fertigstellung des neuen Rathaus Schöneberg am damaligen *Rudoph-Wilde-Platz* (dem späteren John-F.-Kennedy-Platz) im Jahr 1914, wurde das Gebäude anderweitig genutzt und im Zweiten Weltkrieg zerstört.

Der Platz wurde von 2006 bis 2007 mit dem Ziel umgebaut, die große dreieckige Mittelinsel an den östlichen Bürgersteig anzuschließen und damit die Bewegungsmöglichkeiten für Fußgänger und die Aufenthaltsqualität in diesem örtlichen Zentrum zu verbessern. Am

5. Juli 2007 konnte der umgebaute Platz wiedereröffnet werden.[3] An der Stelle des früheren Kaiser-Wilhelm-Denkmals wurde eine Lichtbrunnenanlage installiert, neues Wegepflaster aufgebracht, Fahrradbügel und Bänke mit Edelstahlfüßen, nostalgische Poller und ein Schutzziergitter aufgestellt.[4]

Seit der Rekonstruktion werden die von Süden kommenden Rechtsabbieger zur Kolonnenstraße zunächst noch weiter über die Hauptstraße (die hier als Bundesstraße 1 verläuft) geführt, bevor sie am Platzende hinter dem Kaiser-Wilhelm-Platz rechts in die Kolonnenstraße einbiegen können. Auf dem Platz steht eine Gedenktafel für die Opfer der Konzentrationslager mit dem Titel „Orte des Schreckens, die wir niemals vergessen dürfen“ sowie den Namen der Konzentrationslager.

Einzelne Gebäude (Auswahl)

- Die Gebäude Kaiser-Wilhelm-Platz 4 Ecke Kolonnenstraße (Architekt Theodor Göttgen)[5] und Nummer 5 Ecke Hauptstraße 146 und Crellestraße 48 (Charlottenburger Architekt Georg Roensch) sind gelistete Baudenkmale.[6]



Kaiser-Wilhelm-Platz 5; Juli 2013

- Das Haus Kaiser-Wilhelm-Platz 5 ist ein fünfstöckiges Mietshausensemble, das auch die Adressen Hauptstraße 146 (westlich) und Crellestraße 48 (östlich) trägt. Es wurde 1890–1891 im Auftrag des Kaufmanns Bötcher – Eigentümer des Grundstücks Bahnstraße 49[7] – ebenfalls von Georg Roensch erbaut. Als Schmuck erhielt es spätklassizistische Fassadenelemente, Erdgeschoss und erste Etage sind stark rustiziert. Die Häuserfront aller drei Straßenseiten ist zusammen rund 90 Meter lang (37/10/43 m).

  Ab 1893 gehörte das Haus dem Rentier H. Prausnitz, ehemaliger Besitzer der *Zigarrenfabrik und Rohtabakhandlung Prausnitz & Metze* und seiner Frau Helene aus Berlin (Bülowstraße 6), die einen Verwalter (Portier) eingesetzt hatten. Das dreiflügelige Gebäude trug die Adressen Hauptstraße 88 (seit um 1893 Nummer 136, 1920 auf Nummer 146 geändert) und *Bahnstraße* 50/51 (seit um 1893 Nummer 48; erst am 28. März 1958 wurde die Bahnstraße in Crellestraße umbenannt). Später wechselten die Eigentümer; nach dem Zweiten Weltkrieg ging das Gebäude an die Berliner Wohnungsgesellschaft *Haus und Grund*.
  Im Erdgeschoss befindet sich von Anfang an eine Gastwirtschaft, seit den 1990er Jahren mit vietnamesischer Küche. Außerdem gab oder gibt es dort ein Leihhaus,

eine Zigarrenhandlung, eine Buchhandlung, ein Schuhgeschäft, einen Schmuckladen, ein Fahrradbüro.
In der ersten Etage befinden sich ebenfalls Geschäftsräume, die (chronologisch geordnet) nacheinander (Auswahl) einen Arzt (ab 1900), eine Korsettfabrik (ab 1904), einen Schneider (ab 1910), einen Zahnarzt (ab 1910), den Haus- und Grundbesitzer-Verein (ab 1920), ein Photographenatelier (1933) beherbergten.[8]

- Westlich des Platzes steht in der Hauptstraße 18 das 1902 im Neorenaissance-Stil erbaute *Damenheim*, das in der Kaiserzeit ausschließlich von alleinstehenden vermögenden Damen und „höheren Töchtern“ bewohnt wurde. Diese Damen gehörten zu den Frauen, die seinerzeit erstmals in die (damals meist von Männern dominierte) Berufswelt einsteigen durften, beispielsweise Lehrerinnen und Ärztinnen. Der Wohnkomfort war für die Zeit außerordentlich fortschrittlich: Zentralheizung in den teilweise möblierten Zimmern, Speise- und Lesesaal sowie Hauspersonal.

Weblinks

Commons: Kaiser-Wilhelm-Platz (Berlin-Schöneberg) – Sammlung von Bildern, Videos und Audiodateien

- Kaiser-Wilhelm-Platz. In: *Straßennamenlexikon des Luisenstädtischen Bildungsvereins* (beim Kaupert)

Einzelnachweise

Der Tagesspiegel, 13.10.2020: Ehrung für früheren Bundespräsidenten: Grünen wollen Richard-von-Weizsäcker-Platz.
Frauen wurden bei der Umbenennungs-Debatte nicht berücksichtigt. Abgerufen am 26. März 2021.
Der Brunnen wächst noch. In: *Berliner Zeitung*, 6. Juli 2007.
Umbau des Kaiser-Wilhelm-Platzes, abgerufen im Jahr 2012.
Kaiser-Wilhelm-Platz 4, Mietshaus, 1889–1892 von Theodor Göttgen
Kaiser-Wilhelm-Platz 5, Mietshaus, 1890–1891 von Georg Roensch
Berliner Adressbuch 1890

8. Berliner Adressbuch ab 1894

- Diese Seite wurde zuletzt am 10. Juni 2021 um 08:31 Uhr bearbeitet.

08) Götz von Aly zu Rotrotgrünem Brutalismus in Berlin

Kommentar von Götz Aly im Wortlaut

Annette A., Mittwoch, 02. Dez. 2020,
23:35 Uhr

Liebe Freunde, jetzt endlich komme ich dazu, euch noch den von mir gestern gepriesenen Kommentar von Götz Aly in der gestrigen Berliner Zeitung zu übermitteln; Hervorhebungen von mir.
Nun fehlt noch die überregionale Presse ... Aber dieser Kommentar wird endlich dem Problem zum ersten Mal gerecht!
Auch ist bis heute kein angemessener Beitrag in der Berliner Abendschau gelaufen ...

Alle drei von Götz Aly angesprochenen Skandale kennt ihr auch aus meinen Übersichten ...
Es ist zu hoffen, daß der Kommentar von Götz Aly im Berliner Kurier morgen wiederholt wird ...
Schreibt Leserbriefe!

Leserbriefe FAZ: leserbrief@faz.de
Süddeutsche: leserbriefe@sueddeutsche.de
Berliner Zeitung: leser-blz@berlinerverlag.com

Einen herzlichen Gruß
Annette Ahme
Vorsitzende Berliner Historische Mitte e. V.
c/o Friedrichstädtische Galerie – Stresemannstr. 27 – 10963 Berlin
(030) 2521689 / (0177) 2521689 – skype: annette.ahme

Rotrotgrüner Brutalismus in Berlin
Berliner Zeitung vom Dienstag, 1. Januar 2020

Berlin Sowohl Die Linke als auch die SPD und Die Grünen tun gerne so, als hätten sie weit geöffnete Ohren für Bürgerbeteiligung. Dass zumindest in Berlin das Gegenteil stattfindet, sei an drei aktuellen Beispielen thematisiert.

Vor kurzem wurde in **Pankow die Mauer des Friedhofs im Ortsteil Französisch-Buchholz weggebaggert, und zwar mitsamt den hugenottischen Erbbegräbnissen aus dem 18. Und 19. Jahrhunder**t. Sie erinnerten an die als Flüchtlinge in Preußen aufgenommenen protestantischen Franzosen: In Französisch-Buchholz waren es 17 Familien, darunter die Chartons, die Guyots, die Cunis oder Mathieus. Für den stadtgeschichtlich frevelhaften Abriss ist Bezirksstadtrat Vollrad Kuhn (Grüne) verantwortlich. Er flüchtet sich in windige Ausreden.

Das zweite Beispiel bezieht sich auf die seit gut 300 Jahren bestehende Mohrenstraße. Am 17. August hatten die Verordneten des Bezirks Mitte auf Antrag der Grünen und der SPD mehrheitlich beschlossen, den Straßennamen als angeblich rassistisch zu tilgen und die Straße nach dem durchaus würdigen Philosophen Anton Wilhelm Amo zu benennen. Das soll ausdrücklich ohne die Beteiligung von Anrainern und alternative Vorschläge geschehen.

Dieser Vorgehensweise entspricht eine Alibi-Veranstaltung, die das bezirkliche Kulturamt am vergangenen Sonntag online zelebrierte. Anfangs wurde behauptet, es gehe nicht um den Straßennamen; tatsächlich redeten die zugelassenen, sich inhaltlich völlig einigen Diskutanten ununterbrochen davon. Die Auswahl der Gleichgesinnten hatte der Verein *„Each One Teach One* (*EOTO*) – Empowerment für Schwarze, Afrikanische- und Afrodiasporische Menschen“ getroffen. Ein Kritiker, der im Chat-Kanal höflich widersprach, wurde kurzerhand weggelöscht, weil er sich angeblich nicht „respektvoll“ ausgedrückt habe (Erdogan lässt grüßen). Insgesamt hörten sich (mit mir) 25 bis 50 Menschen die zähe Präsentation wechselseitiger Selbstbestätigung an. Für diese bürgerferne Nichtdiskussion ist die rot-grüne Spitze des Bezirksamts Mitte verantwortlich, speziell die Stadträtin Sabine Weißler (Grüne).

Nun zum dritten Fall: **Es geht um die 44 Meter breite Mühlendammbrücke**, die im Lauf der nächsten **zehn Jahre** erneuert werden muss. Die zuständige Senatorin Regine Günther (Grüne) will dieses **Betonmonster** in fast derselben Breite neu errichten lassen und bügelte Gegenvorschläge für ein nur 32,60 Meter breites, für Fußgänger, Radfahrer, Autos und Straßenbahnen gegliedertes, damit auch leichteres und weniger plump-brutales Bauwerk ab. Ihren Sprecher Jan Thomsen lässt sie mitteilen: „Wir wollen ein künstliches Nadelöhr an dieser Stelle für alle Verkehrsarten vermeiden.“

Tatsächlich steht im Zusammenhang der Brücke die Frage an, wie das schon von den Nazis verunstaltete, dann zusammengebombte und hernach im Namen des Autoverkehrs vollständig weggesprengte ehemalige Berliner Zentrum auf moderne Weise rekonstruiert werden kann. Es geht um die Wiederbelebung einer urban vollständig verödeten Zone. Aber dafür interessieren sich Grüne, SPD und Linke nicht. Schlecht gelaunt und ungemein wurstig herrschen sie in soft-stalinistischer Manier.

09) Anwohner lehnen Inge-Meysel-Straße ab. Von Hildburg Bruns



Anwohner lehnen Inge-Meysel-Straße ab

Von **HILDBURG BRUNS**

Friedrichshain – **Der Vorhang ist gefallen. Auf Vorschlag der Grünen beschloss die Bezirksverordneten-Versammlung eine namenlose Straße zwischen Koppenstraße und Franz-Mehring-Platz in Inge-Meysel-Straße zu benennen. Daraus wird überraschenderweise nichts!**

Die legendäre Volksschauspielerin (1910–2004) wurde in Rixdorf (heute Neukölln) geboren, wuchs in Friedrichshain auf. Ihre prägenden Jahre erlebte sie am Rose-Theater und an der Ballettschule am Strausberger Platz. Zum großen Star avancierte Meysel im Berliner Volksstück „Fenster zum Flur", das 1960 im Hebbeltheater uraufgeführt wurde.

Später engagierte sich die „Mutter der Nation", wie sie auch genannt wurde, gegen den Paragraphen 218 (Schwangerschaftsabbruch) und setzte sich für die Rechte der Homosexuellen im Kampf gegen Aids ein. Meysel war ein gern gesehener Gast in vielen Talkshows. Das Publikum liebte und hasste sie wegen ihrer offenen und direkten Art.

Doch die Anwohner überzeugte das alles nicht: Nur 32 stimmten dafür, 206 dagegen. Somit wird es keine Inge-Meysel-Straße geben!

Inge Meysel im Mai 1980 im Garten ihres Hauses in Bullenhausen bei Hamburg

Foto: DPA

Aus: B.Z., Nr. 64/11 v. 17.03.2021, S. 13

Anmerkung der Redaktion: Quittung für den „Straßenumbenenner-Block" und seine Helfershelfer? Aber was kümmert diese „Oberen" die Meinung des Volkes, wenn das Volk anderer Meinung ist? In diesem Falle war es nicht einmal eine „Umbenennung", sondern eine Erstbenennung, aber die r ungeliebten „Umbenennungswellen" schlagen jetzt wohl zurück. Gut so! - Hk

Und die Partei „Bündnis 90 / Die Grünen" zeigt uns ihr demokratisches Gesicht!

Aus der B.Z. in Berlin
https://www.bz-berlin.de/berlin/friedrichshain-kreuzberg/inge-meysel-strasse-kommt-doch

siehe nächste Seite:

In Friedrichshain: Inge-Meysel-Straße kommt doch



Inge Meysel in Berlin. *Foto: picture alliance / United Archiv*

 Hildburg Bruns, 19. März 2021, 08:07

Es wird doch eine Inge-Meysel-Straße in Friedrichshain geben! Darauf pocht Grünen-Kulturpolitiker Werner Heck: „Die Bezirksverordnetenversammlung hat die Benennung einer Straße ohne Namen beschlossen und sie wird auch umgesetzt“.

Kurios: Die Anlieger müssen den neuen Namen der westlich von ihnen gelegenen Straße aber nicht als Anschrift übernehmen. Sie können ihre bisherige Adresse der östlich von ihnen gelegenen Straßen (u.a. Pariser Kommune, Franz-Mehring-Platz) behalten.

Denn in einer Befragung hatten von 1000 Anliegern nur 32 Haushalte für einen Wechsel zur Inge-Meysel-Straße plädiert.

Die neuen Meysel-Straßenschilder in der namenlosen Straße werden erst in einigen Monaten aufgehängt. Die legendäre Volksschauspielerin (1910–2004) wurde in Rixdorf (heute Neukölln) geboren, wuchs in Friedrichshain auf. Ihre prägenden Jahre erlebte sie am Rose-Theater und an der Ballettschule am Strausberger Platz. Zum großen Star avancierte Meysel im Berliner Volksstück „Fenster zum Flur“, das 1960 im Hebbeltheater uraufgeführt wurde.
Später engagierte sich die „Mutter der Nation“, wie sie auch genannt wurde, gegen den Paragraphen 218 (Schwangerschaftsabbruch) und setzte sich für die Rechte der Homosexuellen im Kampf gegen Aids ein.
Meysel war ein gern gesehener Gast in vielen Talkshows. Das Publikum liebte und hasste sie wegen ihrer offenen und direkten Art.
Doch die Anwohner überzeugte das alles nicht, sie scheuen den bürokratischen Aufwand, wollen keine Inge-Meysel-Straße auf ihrem Ausweis.

A. f) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe *Seiten 343 - 356*

01) Soldatendenkmal des Kyffhäuserbundes auf dem Friedhof der Kirchengemeinde Alt-Schöneberg in Berlin



Soldatendenkmal auf dem Friedhof Alt-Schöneberg am 19.05.2021

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin

Westpreußisches Bildungswerk Berlin-Brandenburg
Ostdeutscher Hochschulbund Danzig-Westpreußen
Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.
www.westpreussen-berlin.de

Brandenburgische Straße 24 Steglitz Postbank Berlin
12167 Berlin DE 26 1001 0010 0001 1991 01
Ruf: 030-257 97 533, Fax: auf Anfrage BIC PBNKDEFF
westpreussenberlin@gmail.com
1. Vorsitzender: Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke,
st.Vors: Ute Breitsprecher;
Schatzmeister: Dieter Kosbab, Ruf: 030-661 24 22

22. Mai 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit Monaten ist ein Soldaten-Denkmal für Opfer des Krieges, dass - so eine Tafel darunter - einst vom Kyffhäuser-Bund aufgestellt wurde, in einem jämmerlichen Zustand: es wurde sichtbar mit roter Farbe übergossen (s. Fotos in der Anlage).

Das Denkmal liegt an der Schöneberger Hauptstraße, am Friedhofseingang, zwischen der Dorfkirche und einer Polizei-Dienststelle (!) und - auf dem nächsten Grundstück - dem Heimatmuseum Schöneberg.

Wir würden uns freuen, wenn Sie sich mit dem Denkmal beschäftigen würden und es den alten Zustand versetzen könnten.
Wir bitten Sie, uns über den Fortgang der Angelegenheit zu informieren.

Mit freundlichen landsmannschaftlichen Grüßen
Reinhard M. W. Hanke, Vorsitzender
c/o. Büro der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage
www.westpreussen-berlin.de
www.ostmitteleuropa.de

Kyffhäuser-Landesverband Berlin e. V.

Landesvorsitzender Heiko Leistner, Wotanstraße 12, 10365 Berlin (Geschäftsstelle)
stellvertretender Landesvorsitzender Ulrich Hesse, Babelsberger Str. 48,10715 Berlin
Landesschatzmeister: Michael Geerdts, Angerburger Allee 47, 14055 Berlin
Bankverbindung: Postbank Berlin, IBAN DE67 1001 0010 0056 9041 05
E-Mail: Kyffhaeuser-LV-Berlin@web.de / www.kyffhäuser-landesverband-berlin.de

Bearbeiter: Heiko Leistner

Kyffhäuser-Landesverband Berlin e.V., Wotanstr. 12, 10365 Berlin

23. Mai 2021

An die
Landsmannschaft Westpreußen e.V.

Brandenburgische Straße 24
12167 Berlin

Ihre EMail vom 22. Mai 2021

Sehr geehrter Herr Hanke,

vielen Dank für Ihre EMail vom 22. diesen Monats, in der Sie uns über den Zustand des Soldatendenkmals an der Schöneberger Dorfkirche hinwiesen.

Zu Recht stimmt Ihre Aussage, dass das Denkmal, nebst Gedenkplatte, vom damaligen Kyffhäuserbund Berlin aufgestellt wurde. Dies geschah ca. 1929/30 vom damaligen Reichskriegerbund Kyffhäuser, dessen Sitz ebenfalls in Schöneberg war. Schön öfters wurden Farbattacken auf das Denkmal verübt, die Täter jedoch nie ermittelt.

In der ersten Zeit haben Kameraden, des 1952/53 gegründeten Kyffhäuser Landes- und Gebietsverband Berlin e.V., versucht die Schmierereien zu beseitigen. Der letzte, uns gemeldete Anschlag wurde im letzten Jahr verübt. Damals wollte das Bezirksamt/Dorfkirche die Schäden beseitigen.

Wir sind über die Situation sehr unzufrieden, vor allem was den Umgang gewisser politisch gesinnter Menschen mit kulturellen Gütern oder Gedenken oder gar Traditionspflege betrifft.

Wie ich recherchieren konnte, sind sie, genau wie wir, eine Vereinigung, die die Traditionspflege und das Gedenken erhält; also Werte, die in heutiger Zeit nicht nur verloren gehen sondern auch verleumdet und in die rechte Ecke gestellt werden.

Sofern Sie nichts dagegen haben, würde ich mich gerne auch persönlich mit Ihnen treffen.

Mit kameradschaftlichen Grüßen

Heiko Leistner
-Landesvorsitzender-
(Das Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist auch ohne Unterschrift ein gültiges Dokument.)



https://berlin.museum-digital.de/index.php?t=objekt&oges=56050



Dorfkirche Schöneberg, *19.05.2021 (wie auch die folgenden Aufnahmen v. R. Hanke)*



Links Eingang zum Friedhof mit dem Soldaten-Denkmal, rechts Sitz der Polizeidirektion 4 - Abschnitt 42. Einige Schritte weiter nach rechts befindet sich das Heimatmuseum Schöneberg…









Tafel des Kyffhäuserbundes am Denkmal

Aufnahme von R. Hanke am 08.03.2017:







02) Friederike Mayröcker - zum Tod einer ganz Großen

Kohlrabenschwarzes Haar und eine zettelübersäte Schreibwohnung: Nicht zuletzt im Bildgedächtnis der Literatur war **Friederike Mayröcker** (* 20. Dezember 1924 in Wien) eine Legende. Bis ins hohe Alter schrieb die wohl bedeutendste deutschsprachige Dichterin der Gegenwart ihr Lebenswerk fort, das Surrealismus, Sprachexperiment und Alltagsbeobachtung auf kunstvollste Weise verband. Am Freitag verstarb Mayröcker mit 96 Jahren, wie ihr Verlag bekannt gab.

Lmn. **Jenny Schon** (*1944 in **Trautenau** / Trutnov) hat ihr im Vorjahr in ihrem Gedichtband „Fragen bleiben“ (Geest Verlag, 2020) diese Zeilen gewidmet.

Jenny Schon

Cherub - Friederike Mayröcker ist am 4.6.2021 gestorben
gewidmet nach Lesungen in Berlin
(* 20. Dezember 1924 in Wien)

Wilderin in den Gängen der Grammatik Ich folge dir
Knarrende Dielen ausgetretene Stiegen Luft dick daß die Ohren dröhnen
Witterung aufnehmend und schon greifst du in den Raum
mit den unverbrauchten Wortstämmen
Ich traue mich nicht deine Spinnenbeinfinger zu streicheln
die Worte ergreifen als seien sie eine Beute
Jägerin selbst auf der Hut vor der Zerstörung der Zeit
Deine stockigen Glieder zerfallen Ein Schattenspiel
wenn das Licht schwindet Deine gläserne Sprache zersplittert mein Herz
Du fällst meinen Wortstamm Ich bin sprachlos Deine Zunge spaltet
mein Trommelfell Ich blute aus in deiner Kraft
Was übrig bleibt düngt eines Tages das Ruhebeet der Worte
Du signierst das Buch entwirrst dein Gerippe erhebst dich und
der Schatten Ernst Jandls folgt dir Ich gehe zum Kleistgrab nach Wannsee
die Selbsttötung der Dichtung betrauernd und du fährst nach Wien
Berlin läßt nicht locker Der Potsdamer Platz ruft dich
Sie sind wieder hineingewachsen deine Gebeine in die ausgelatschten
Schuhe eures gemeinsamen Lebens So bereift bist du reisefertig
Die Wunden im Sand schließen sich Auf deinem Herzen trampeln
Touristen Noch immer Ernst Jandl am Lesetisch und du
sagst es war am Küchenfenster beim letzten Mal Es ist schwer
einen Mann auszukehren Auch die Berliner Stadtreinigung
hat keinen Container für Gedichte zwischen Hochhäusern
Der Verkehr für einen Abend beruhigt Ein kollektives Lauschen
deiner staubigen Stimme Knarrende Dielen beim Abgang -
Der Abendstern ist dem Cherub gewichen

aus: Jenny Schon, Fragen bleiben, Gedichte, Geest Verlag, 2020.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 68, 2021

Wien, am 07. Juni 2021

03) 101 Jahre Trianon – Das zerbrochene Schweigen

04. 06. 2021



Bild: AlphaCentauri / Wikimedia, CC BY-SA 3.0,

Von Elmar Forster

Vor 101 Jahren trat der Friedensvertrag von Trianon in Kraft: Ungarn verlor dadurch drei Fünftel seines Staatsgebietes und mehr als 60 Prozent seiner Bevölkerung: „Das Diktat war ein Todesurteil. Es gibt keine Nation, die einen solchen Blutzoll überlebt hat.“ (Ministerpräsident Orbán) Selbst linke Leitmedien stimmen dieser Aussage zu: „Die Siegermächte zerstückelten das ungarische Königreich regelrecht, kein anderes Land wurde territorial und demografisch derart hart bestraft: …Fast jede ungarische Familie wurde damals zerrissen.“ (Spiegel)

Und das, obwohl der ungarische Ministerpräsident Tisza gegen den Krieg gewesen war. Das jetzt in Budapest errichtete Trianon-„Denkmal der nationalen Zusammengehörigkeit“ erinnert an Holocaust-Gedenkstätten: „Eine 100 Meter lange Steinrampe, vorbei an den Namen aller Ortschaften des einstigen Königreichs Ungarn, führt zum ewigen Feuer herunter, das ein mächtiger Quader umgibt. Tiefe Risse stehen für die Staaten, die seit 1920 auf dem Gebiet entstanden sind.“ (NZZ)

Linke Politeliten verhöhnen aber das ungarische Volk abschätzig mit „ungarischer Reichsnostalgie“ (Spiegel): „Während überall anderswo die politische Neuordnung des Kontinents nur noch Gegenstand akademischer Diskussionen ist.“ (Spiegel) – Dahinter versteckt sich ost-rassistischer Anti-Magyarismus.

Heute leben in den Trianon-Nachfolgestaaten ca. 2,4 Millionen Ungarn,[1] bei einer Gesamtbevölkerung Ungarns von ca. 9,8 Millionen entspricht das einem Fünftel. Man stelle sich vor: In den Nachkriegs-Nachbarstaaten (von Österreich mit 9 Millionen Einwohner und Deutschland mit 83 Millionen) würden noch 18 Millionen Deutschsprachige leben…

Für beide Länder ist der Pariser Diktatfriede eben nur mehr tote Geschichte.

1921 wurde das Burgenland nachträglich wieder Österreich zugeschlagen. Der Verlust Ödenburgs /Soprons wird heute noch beklagt: „Das Burgenland verlor damit seine Hauptstadt, Österreich einen Verkehrsknotenpunkt und Wien seinen ‚Gemüsegarten'. Nach dem Verlust Südtirols … war dies nun der vorerst letzte Tiefschlag." (Die Presse – 2011)

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es in allen Nachfolgestaaten des Diktatfriedens zu ethnischen Säuberungen an den Deutschen (in Polen, der Tschechoslowakei, Rumänien, Ungarn). Nach der Wende 1989 verließen auch die Siebenbürger Sachsen in Rumänen ihre Heimat. Auch Südtirol (mit einer österreichischen Minderheit von rund. 314.600) ist damit nicht wirklich vergleichbar: 1960 brachte der österreichische Außenminister Kreisky die Südtirol-Frage vor die UNO. Seither hat sich das Land ein starkes Autonomierecht erkämpft.

Der ungarischen Minderheit in den Trianon-Nachfolgestaaten wurde bisher das Selbstbestimmungsrecht verwehrt, und zwar in doppelter Weise: von den nationalen Regierungen und von der EU, die dieses Unrecht ignoriert.

1) Slowakei

Die Regierung Mečiar (1993–98) ließ zweisprachig-ungarische Ortstafeln abschaffen, ungarische Vornamen wurden im Geburtsregister slowakisiert. 1996 war Slowakisch selbst bei einem dienstlichen Gespräch zwischen zwei Ungarn Pflicht. Als ich einmal in Bratislava mit einem Supermarkt-Kassier Ungarisch sprach, wurden wir deswegen von Slowaken rassistisch beschimpft. Der Kassier setzte dann das Gespräch nur mehr auf Slowakisch fort. (In Ungarn waren deutsche- oder slowakische Ortstafeln hingegen immer eine Selbstverständlichkeit.)

1996 sank durch ein neue Verwaltungsgliederung (in Nord-Süd-Richtung) der Anteil der ungarischen Minderheit überall unter 30%. 2009 wurde (unter dem sozialistischen Regierungschef Fico) der Gebrauch der ungarischen Sprache in offiziellen Einrichtungen außerhalb der „Ungarn-Gebiete" (Mindestanteil 20%) unter Strafe gestellt (100 – 5000 Euro).

Schließlich wurde sogar dem damaligen ungarischen Staatspräsidenten Sólyom die Einreise verweigert: Er wollte (am 21. August 2009, dem slowakischen Feiertag zur „Niederschlagung des Prager Frühlings") als Privatmann an der Einweihung einer Statue des ungarischen Königs Stephan (in der – durch Trianon – geteilten Stadt Komarom/Komarno) teilnehmen. Der damalige EU-Parlamentspräsident Buzek „wollte sich nicht in den Konflikt einmischen" (Deutsche Welle)

2) Ukraine

In der Ukraine dürfen seit 2017 nationale Minderheitensprachen nur noch in der Grundschule unterrichtet werden. Die einzige Unterrichts- und Offizialsprache (seit 2019) ist Ukrainisch. Bei Zuwiderhandlung drohen Geldstrafen.

2018 bedrohte eine „Todesliste" (der Nationalistengruppe Mirotvorec/„Friedensmacher") 300 ungarisch-ukrainische Funktionäre, weil sie angeblich im Besitze der ungarischen Doppel-Staatsbürgerschaft waren (Die Welt). Eine Internet-Petition (des ukrainischen Parlaments) rief zu deren Deportation auf. Auch der staatliche Aufkauf leerstehender

ungarischer Wohnungen wurde diskutiert: Um „dort ukrainische Vertriebene aus dem russisch besetzten Osten des Landes anzusiedeln“ (Die Welt, ebda). Während der Krim-Krise wurden v.a. ungarisch-stämmige Soldaten an die Front versetzt.

3) Rumänien

In der geografischen Mitte Rumäniens leben 700.000 Ungarn-Szekler. Selbst Ceausescu konnte deren Freiheitswillen nicht brechen. 2013 wollte die rumänische Regierung die historischen Ungarn-Szekler-Bezirke auflösen. Aus Protest dagegen forderten 100.000 Szekler mit einer 53 Kilometer langen Menschenkette territoriale Autonomie.

1990 gab es (kurz nach der 89er-Wende) pogromartige Ausschreitungen in der Stadt Targu Mures/Marosvásárhely, „offenbar provoziert durch Stasi-Akteure.“ (Die Welt) Danach verließen 15.000 Ungarn die Region (ein Rückgang von 10 Prozent); die verbliebenen wurden zu einer Minderheit (1992: 51,6 Prozent, bis 2002: 49,0 Prozent).

Trotz Verbesserungen seither (ungarisch-sprachige Bildungseinrichtungen) sind aber 90 Prozent der Exekutivorgane weiterhin mit Rumänen besetzt (bei mehr als 70 Prozent ungarischer Bevölkerung). (Die Welt)

Wer für diese Minderheitenrechte eintritt, wird als heilloser Nationalist diskreditiert: „Orbán spielt mit diesem historischen Schlüsselereignis. Auf seine Initiative hin erklärte das Parlament bereits 2010 den 4. Juni zum ‚Tag des nationalen Zusammenhalts‘.“ (Spiegel, ebda)

Allerdings steht selbst die linke Opposition hinter Orbán: „Vor 100 Jahren läuteten die Glocken, und das Land trauerte um die Entscheidung von Trianon.“ (Karacsony, index.hu). Der links-grüne Budapester Oberbürgermeisters Karacsony ließ sogar am 4. Juni um 16:30 Uhr den Verkehr für eine Minute lang anhalten: „Um die Zukunft nicht aufzugeben, wenn wir uns der Vergangenheit stellen, müssen wir eine Minute lang ein gemeinsames Gedächtnis haben.“ (Karacsony, ebda)

Bisher allerdings war Karacsony noch als grüne Lichtgestalt gefeiert worden: „Die liberalen Oberbürgermeister von Budapest, Warschau, Prag und Bratislava haben in der ungarischen Hauptstadt die … Gründung des Verbandes ‚Freie Städte‘ unterzeichnet – als Pakt gegen ihre konservativen … Regierungen.“ (Die Presse)

Mit Trianon wurde „eine Entscheidung getroffen, die offensichtlich Unrecht war und die Selbstbestimmung der Nationen in den Schlamm schüttete.“ (index.hu, Karacsony, ebda) Verschwiegen wird eine doppelte versöhnliche Geste Orbáns: Öffentlich lobte er Karacsony dafür; und er reichte der (zum Festakt erschienen) Opposition die Hand.

Die verlogene Heuchelei der ungarischen Linken mit Trianon zeigt sich am Referendum über die Doppelstaatsbürgerschaft 2004 (für 3,5 Millionen Auslandsungarn). Diese lehnten die Sozialisten (unter ihrem „Lügenpremierminister“ Gyurcsány) vehement ab: und zwar aus Angst vor mindestens 800.000 ungarischen Immigranten. Der sozialistische Regierungschef lobte das Scheitern des Referendums[2] als: „freudvollen“ Entscheid und „verantwortungsvollen Patriotismus“.

Die 100-Jahr-Trianon-Gedenkfeier boykottierte er dann als Oppositionsführer mit dem absurden Argument, dass diese die Nation spalten würde und weil keine parteipolitischen Reden zugelassen waren (dies galt auch für Orbán). ORF-Mann Lendvai lobte Gyurcsány noch: „der begabteste, schlagkräftigste und dynamischste

Politiker der ungarischen Linken“. 2006 stürzte jener Ungarn dann durch seine „Lügenrede“ ins Chaos. Friedliche Demonstrationen wurden von der westlichen Mainstreampresse verleumdet (Ungarn: Wo Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist.“ bpb)

Erst 2010, unter der Orbán-Regierung, stimmten 97,7 Prozent der Abgeordneten für die Doppelstaatsbürgerschaft. Die slowakische Regierung drohte damals mit der Aberkennung der slowakischen Staatsbürgerschaft.

Während die Black-Life-Maters-Bewegung enthusiastisch gefeiert wird, lautete der Tenor zum „Sprachenstreit“ unterschwellig negativ: „Ungarn schwingt EU-Keule(!) gegen Ukraine“ (Deutsche Welle). Es wird sogar Verständnis für die Ukraine gezeigt: „Das neue ukrainische Bildungsgesetz soll die Rolle der Amtssprache stärken(!) … Vor allem Ungarn poltert(!)“ Die berechtigten diplomatischen Proteste wurden verniedlicht: „Ärger mit den Nachbarn“(ebda). Selbst der Europarat ermahnte die Ukraine.

Der Grund für diese links-mediale Verachtung: Weil Orbán gerade auch wegen seiner Trianon-Kritik (zum dritten Male) eine Zweidrittel-Mehrheit im Parlament errungen hat: „Auslandsungarn sind ein Teil der Machtbasis des autoritären(!) Ministerpräsidenten.“ (Deutsche Welle). Denn erst durch die Doppelstaatsbürgerschaft wird das Trianon-Unrecht evident: „Kiews Ungeschick(!) im Umgang mit den Minderheiten ist für den Nationalisten(!) Orbán nun eine weitere Gelegenheit, seine Fürsorge(!) für die Auslandsungarn zur Schau(!) zu stellen.“ (Deutsche Welle) Mittlerweile liegt das umstrittene Gesetz bei der Venedig-Kommission des Europarates zur Prüfung vor.

Mit dieser konsequenten Außenpolitik „gefährdet“ Orbán aber freilich die offizielle Nachkriegs-Siegergeschichtsschreibung, die Zerstörung des alten Mitteleuropas: „Wir alle, trotz aller politischer Unterschiede, gehören derselben ungarischen Nation an.“ (Orbán) In einer Grußbotschaft zitierten Auslandsungarn jede Zeile des Nationalhymnus.

Der englische Guardian reagierte fassungslos: „Orbán tankt ungarischen Nationalismus mit Trianon auf.“ Und zwar deshalb, weil die Regierung Orbán „ungarische Pässe verteilt hat … Die überwiegende Mehrheit hat Stimmen für Orbáns Fidesz-Partei abgegeben.“ (Guardian)

Der Casus belli lautet: Nationale Identität. Dass „Orbán diese Gefühle genutzt hat, um Ungarn als wiederauflebende(!) Nation(!) zu zeigen.“ (Guardian). Denn dadurch steckt die links-globalistische One-world-Ideologie in der Krise: „Das Trianon-Trauma ist in Ungarn im gesamten politischen Spektrum zu spüren.“ (Guardian) So „läuteten“ zum Gedenktag nicht nur „in ganz Budapest Kirchenglocken“ (Guardian), sondern im gesamten Karpatenbecken. Nur eine linke ungarische Splitterpartei, die DK (4,37 Prozent), verhöhnte das Problem: „Die Trauer um Trianon … lähmt und verbraucht auch die moralische und politische Macht des Heimatlandes.“ (Guardian)

Der verschwiegene, weil diskreditierte Name dieses DK-Vorsitzenden lautet: Ferenc Gyurcsány. 2006 hatte dieser „Lügenpremier“ in einer parteiinternen Rede unumwunden zugegeben, „die Menschen vor seiner Wiederwahl belogen zu haben.“ (Spiegel) *„Wir haben morgens und abends gelogen… Und in der Zwischenzeit haben wir vier Jahre lang sowieso nichts gemacht.* Nichts*.“ Als Draufgabe beschimpfte Gyurcsány Ungarn noch als „Drecksnutten-Land“ (*kurva ország*), weil „wir es verfickt haben“ (*elkúrtuk*). Und gab auch noch Einblick in die Geheimnisse sozialistischen Vulgär-Regierens: „Was wäre, wenn wir nicht … miteinander ficken, sondern … große soziale Angelegenheiten erledigen würden.“*

Damit stürzte er Ungarn in die größte Krise seit 1956: Dass er mit brutalsten Polizeistaatsmethoden friedliche Demonstranten niederprügeln hat lassen, tolerierte die EU stillschweigend. Die 50-Jahrfeier zum Ungarnaufstand 1956 musste von starken Polizeikräften abgeschirmt werden: „Die Staatsgäste (EU-Kommissionspräsident Barrosso und europäische Staatschefs) soll(t)en ungestört bleiben." (Spiegel)

Doch bleibt Geschichte unerbittlich mit ihrer Frage nach der historischen Wahrheit: „Vor 100 Jahren haben manche richtig gesagt: Wir werden bei der Bestattung derjenigen dabei sein, die uns zu Grabe tragen wollten." (Orbán) „Heute gibt es keine Tschechoslowakei, kein Jugoslawien und keine Sowjetunion, kein britisches, kein französisches Reich mehr. Und was von ihnen übriggeblieben ist, dreht sich jetzt in der multikulturellen Umklammerung ihrer rachsüchtigen Kolonien."

„Die 100 Jahre Einsamkeit von Ungarn sind vorbei." (Orbán) *Dieses Bild stammt aus dem gleichnamigen Roman (1967) des Literaturnobelpreisträger García Márquez. Viele seiner Gedanken treffen auf das Trianon-Ungarn zu…*

- Mittlerweile geht Ungarn „Bündnisse mit Serbien, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Polen ein" (varosi kurir). Anlässlich der 100-Jahr-Feier „begrüßte" der slowakische Präsident *Matovič 100 Persönlichkeiten der magyarischen Minderheit zu einem Festakt, „auf Ungarisch und drückte sein Verständnis aus" (*Ungarn Heute*). Und Orbán nahm* „die Bereitschaft meines slowakischen Kollegen an, die Vergangenheit hinter sich zu lassen und eine Zukunft aufzubauen." (Orbán)
- Márquez: *„Das Leben ist nichts weiter als* **eine Aufeinanderfolge von Möglichkeiten***, um zu überleben."*
  „Ein wahrer Freund ist der, der Deine Hand nimmt, aber Dein Herz berührt."
- *Denn die Pariser-Friedensdiktate verfolgten nur einen Zweck:* „Der Westen hat die 1000 Jahre alten Grenzen und die Geschichte Mitteleuropas vergewaltigt…" (Orbán)
- Márquez: *„Das Leben besteht nicht einfach darin, dass man einmal lebte, sondern, dass man sich daran erinnert, und wie man sich daran erinnert, um davon zu erzählen."*
- Orbán: *„Wir haben uns gegen die Angriffe der westlichen Reiche verteidigt, uns von den Verwüstungen der Heiden aus dem Osten erholt… Ungarn war 400 Jahre lang ein starker und unabhängiger Staat. Dann kämpften wir 300 Jahre lang gegen das Osmanische Reich…"*
- Márquez: *„Gott bürdet jedem nur so viel auf, wie er auch ertragen kann.* – Egal, was auch passiert, niemand kann dir die Tänze nehmen, die du schon getanzt hast. *Pass gut auf dein Herz auf. Du stirbst innerlich an gebrochenem Herzen."*
- *Doch vor dieser Wahrheit fürchtet sich die globalistische Linke am meisten…:* „Wir Ungarn freuen uns (auf) die gemeinsame Zukunft mit der Slowakei, Serbien, Kroatien und Slowenien, die stolz auf ihre nationale Identität sind. Die Geschichte hat den Völkern Mitteleuropas eine letzte Chance gegeben, eine neue Ära einzuleiten. Um uns gegen die Gefahren aus Ost und West zu verteidigen. Wir danken unseren getrennten nationalen Gemeinschaften für die jahrzehntelange Loyalität gegenüber ihrem Heimatland." (Orbán)
- Márquez: „Die Menschen werden nicht an dem Tag geboren, an dem ihre Mutter sie zur Welt bringt, sondern dann, wenn das Leben sie zwingt, sich selbst zur Welt zu bringen.
  Das Geheimnis eines schönen Alters ist der würdige Umgang mit der Einsamkeit." (Márquez) „Keine Person verdient deine Tränen, und die, die sie verdienen, werden dich nie zum Weinen bringen."
- Orbán: *„Wir blieben, weil wir zu Hause sind. Und weil wir zu Hause sind, blieben wir."*
- Márquez: *„Wir haben keine andere Welt, in die wir auswandern können."*

- Orbán: *„Wir müssen mit dem Selbstvertrauen und der Haltung einer Nation leben, die weiß, dass sie der Welt mehr gegeben, als sie zurückerhalten hat.“*
- Márquez: „Nichts in der Welt ist schwieriger als die Liebe.“
- Orbán: „Wir Ungarn sind weder verschwunden noch umgekommen… Wir … hörten das Wort Gottes, beachteten es… Um irgendwie Gott näher zu kommen, der ewig ist“ (Orbán)
- Márquez: „Hab keine Angst. Gott wartet schon an der Türe auf dich. Ich glaube nicht an Gott, aber ich habe Angst vor ihm.“
- ***Seite xx zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 792 vom 17.06.2021***

Damit aber schloss Orbán, der Berufspolitiker, aus der Welt der Macht an die des Geistes, der Literatur, an. Wahrscheinlich aber hat dieses Mal García Márquez nicht recht behalten: „Das Einzige, was du auf der Welt verändern kannst, ist die Lage deines Kopfkissens.“ Vielmehr Friedrich Hölderlin: „Was bleibt, stiften die Dichter.“ Allermeistens aber große Politiker…

PS: Dieser Artikel ist ein Teil des Ungarn-Buches von Elmar Forster, welches im Juli 2021 im Gerhard-Hess-Verlag erscheinen wird: “ ‚Freiheit, Liebe’ (Petöfi) – Ungarns Kampf für die Wahrheit – Plädoyer für eine verleumdete Nation“.

_____

[1] in Rumänien: mindestens. 1,2 Mio, Slowakei: 460.000, Serbien 250.000, Ukraine bis zu 200.000, Österreich 16.500, Kroatien 16.500, Slowenien 6.000

[2] wegen zu geringer Beteiligung von 19% – allerdings mit knapper Pro-Mehrheit ausgegangen

Dr. Elmar Forster ist Lehrer und lebt(e) seit 1992 als Auslandsösterreicher in Ungarn, Prag, Bratislava, Polen und Siebenbürgen (Rumänien). Seit 2009 unterrichtet er auch wieder an österreichischen Schulen.

Quelle: Andreas Unterberger

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

A. g) Fördermöglichkeiten *Seite 357*

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

01) Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen

02) Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.

03) Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

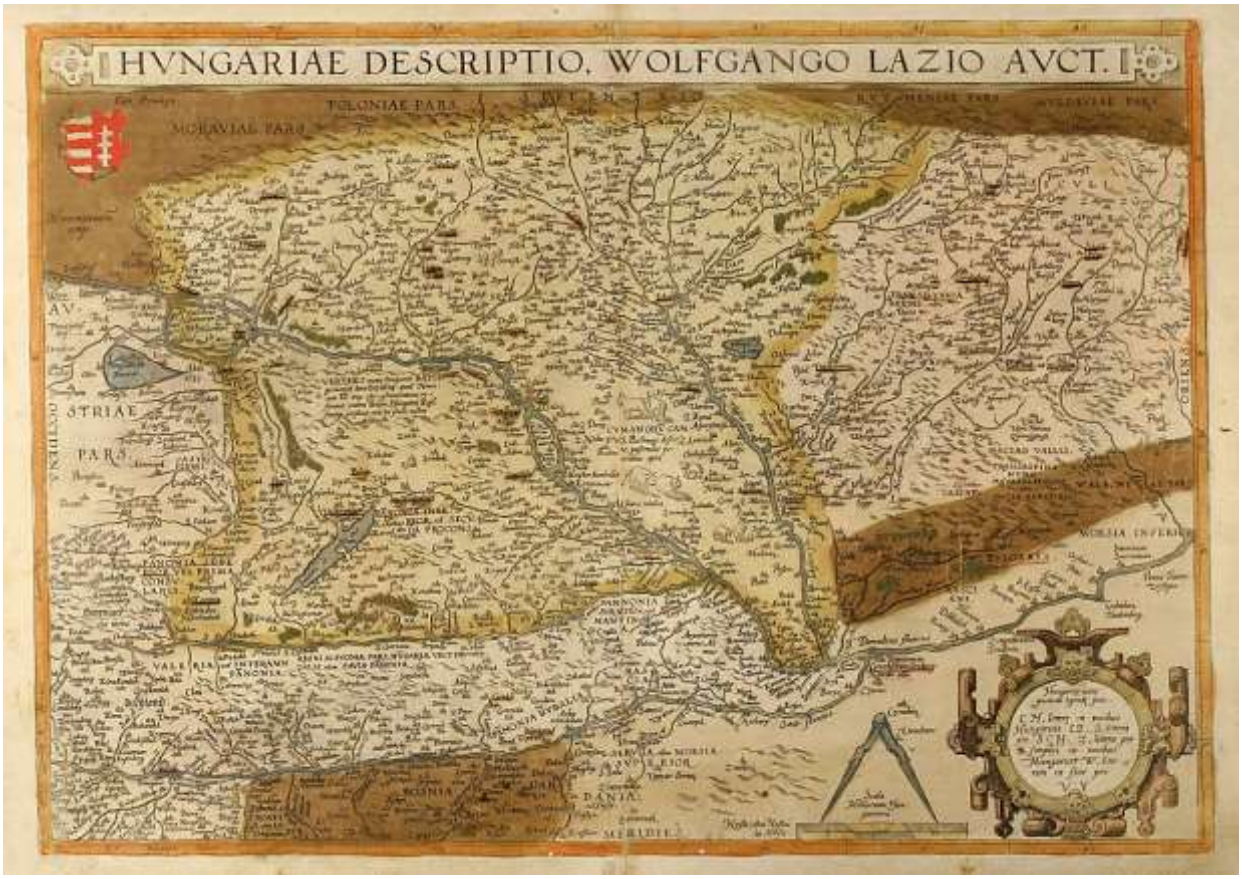
<*http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf*>

A.h) Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde
Seiten 358 - 426

01) Jenő Szűcs: Drei Europas

Von Yann Caspar

08. 06. 2021



Tabula Hungariae · Bildquelle: Wikipedia

In seinem Vorwort zu Jenő Szűcs' *Les trois Europes* (L'Harmattan, Paris 1985) schätzt der französische Historiker Fernand Braudel das Werk seines ungarischen Kollegen sehr hoch ein: „Wir begrüßen mit Dankbarkeit […] Jenő Szűcs' brillantes Buch, das einen Umriss, ein originelles Paradigma der Geschichte unseres Kontinents darstellt: Darin unterscheiden sich in der Tat der Westen, Mittelosteuropa und Osteuropa."

Mit zahlreichen Belegen ausgestattet, zeigt Szűcs Buch große Gelehrsamkeit in der Rechtsgeschichte und Leichtigkeit im Umgang mit Begriffen, die mit der Geschichte des Feudalismus zu tun haben, um die These von der Existenz dreier europäischer Regionen zu stützen. Die heutige Visegrád-Gruppe entspricht dabei in etwa dem, was er Mittelosteuropa nennt, in der Mitte und gefangen zwischen West- und Osteuropa.

Szűcs untersucht die Trennlinien dieser drei Europas anhand der Ostgrenze des Karolingerreiches um das Jahr 800, der durch das Schisma von 1054 entstandenen Linie und der durch die zweite Leibeigenschaft um 1500 gezogenen Linie.

Obwohl Ostmitteleuropa innerhalb des Westens geboren wurde und zu ihm gehört, erklärt Szűcs, dass es eine Region in der Defensive ist und zwischen zwei Gruppen aufgerieben

wird, die unterschiedliche Weltwirtschaften bilden. Sie kamen durch die großen Expansionen in die Moderne zustande: der Westen durch die Annexion Amerikas und Osteuropa durch die Annexion Sibiriens hin zum Pazifik.

Die Entsendung von Legaten nach Quedlinburg (973), die Krönung Stephans in Ungarn (1000), die Piasten in Polen und die Přemysliden in Böhmen machen diese Region zu einem Teil von Europa Occidens. Szűcs hört jedoch nicht auf, auf die Besonderheiten Ostmitteleuropas hinzuweisen, die es von weiter westlich gelegenen Regionen unterscheiden: eine von konzentrischen Kreisen umgebene Macht, eine Hypertrophie des Adels (und das frühe Auftreten eines kleinen, unkultivierten, selbstherrlichen Adels), ein Mangel an Freiheitskreisen, die die Entwicklung der städtischen Wirtschaft ermöglichten, und eine fehlende Trennung zwischen Gesellschaft und Staat.

Die Staaten in dieser Region waren zunächst Formationen vom Typus „suite du prince“ (Gefolgschaft), folgten aber nicht der gleichen Entwicklung wie ihre westlichen Nachbarn, die feudalen Zerfall und die Rückkehr der zentralen Macht erlebten. Sie sind gekennzeichnet durch eine Blockade der aufsteigenden Gesetzlichkeit und durch einen früh erstarrten Adel.

„Wenn ungarische Historiker, die traditionell ‚etatistisch‘ orientiert sind, sich darüber freuen, dass die Einheit des mittelalterlichen ungarischen Staates nie durch den feudalen Zerfall gebrochen wurde, vergessen sie, dessen negative Auswirkungen zu erwähnen“, so der Autor.

Gekennzeichnet durch eine „Deformation westlicher mittelalterlicher Formen“, hätte sich dieses Ostmitteleuropa dennoch in seiner Besonderheit behaupten können, wenn es nicht bald (in Wirklichkeit ab der ersten Krise des Feudalismus zwischen 1300 und 1450) dazu gekommen wäre, dass es „den Preis für die Rekonvaleszenz des Westens zahlen musste.“ Obwohl es Teil des Westens ist, ist Mittelosteuropa zugleich dessen Peripherie, die dem Zentrum dient, um dessen Krisen aufzufangen.

Es ist fast schon banal zu sagen, dass diese Beobachtung auch heute noch gültig ist. Gibt es in der Tat viele Unterschiede zwischen der aktuellen Lage und den Lösungen, die der Westen in der Krise der städtischen Wirtschaft im Mittelalter (Kapitaltransfer) hervorbrachte und später der Politik der Arbeitsteilung, die das nach dem Westfälischen Frieden aus Westeuropa entfernte Haus Habsburg im Rahmen seines mitteleuropäischen Reiches umsetzte?

Das Interesse dieses Buches liegt jedoch weniger in den wirtschaftlichen Beziehungen, die es uns zu verstehen erlaubt, als vielmehr in der Aktualität seiner Überlegungen zur Organisation der Macht in Mittel- und Osteuropa und seinem Verhältnis zum westlichen Nachbarn.

Das Ausbleiben des Zerfalls des Feudalismus und des Trennungsprozesses zwischen Staat und Gesellschaft in dieser Region erklärt, warum es auch heute noch recht selten ist, sich in diesen Ländern sozial entfalten zu können, ohne in so genannte Herrschaften integriert zu werden. Daher ist das Kleingewerbe in dieser Region, insbesondere in Ungarn, nicht sehr aktiv.

Einen unter ungarischen Historikern etablierten Ansatz aufgreifend, wonach Ungarn nach der Niederlage von Mohács (1526) aus einer Reihe von blinden Flecken und schlechten Kompromissen mit dem Westen bestand, beschwört Szűcs ungarische Illusionen herauf

und beklagt, dass den „nationalen Eliten“ ständig eingeredet wird, sie seien in Aufruhr, während ihre Agitation sehr oft nur ein Symptom ihrer mentalen und politischen Abhängigkeit vom Westen ist.

Dies trifft den Kern der ungarischen depressiven Natur, die man als den Konflikt zwischen der Selbstsuggestion des Rebellen und der Passivität des Nil Admirari zusammenfassen kann, wie ihn der Dichter Mihály Babits schildert.

Als Produkt seiner Geschichte ist auch Jenő Szűcs, – der von sich sagt, er habe István Bibó als seinen Meister-, in dieser Abhängigkeit vom Westen gefangen. Er scheint zu bedauern, dass seine Region nicht in der Lage war, dem westlichen Entwicklungsmodell vollständig zu folgen, da sie auch von Elementen der östlichen Entwicklung (weit verbreitete Leibeigenschaft, Verstaatlichung der Gesellschaft) beeinflusst wurde.

Obwohl er es nicht so deutlich sagt – er schreibt in den frühen 1980er Jahren – ist es klar, dass er nicht weit davon entfernt ist, die Entwicklung im Osten mit dem Gefängnis der Menschen gleichzusetzen, als ob alles, was aus dem Westen kam, gut und alles, was aus dem Osten kam, schlecht wäre.

Szűcs beschreibt akribisch, wie sehr Mittelosteuropa durch eine Verzerrung der westlichen Entwicklung geprägt wurde. Wenn man sieht, was diese genuin westliche Entwicklung erreicht hat, ist man in der Lage, sich über die Ergebnisse ihrer Deformation in Ostmitteleuropa zu wundern. Einige sagen, ein bisschen schlechter als der Westen, andere sagen, ein bisschen besser. In jedem Fall ist Jenő Szűcs Arbeit absolut unverzichtbar, um die Eigenheiten dieser Region zu erkennen.



Yann Caspar

Der studierte Jurist und Wirtschaftswissenschaftler Yann Caspar interessiert sich für politische und wirtschaftliche Fragen im postsowjetischen Raum. Der Franko-Ungar ist auch Autor zahlreicher literarischer Kolumnen.

VISEGRÁD POST
COMPRENDRE L'EUROPE CENTRALE

Dieser Beitrag erschien zuerst bei der VISEGRÁD POST, unserem Partner bei der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Vor den Vorhang. Ein besonderes Beispiel von Vergangenheits-bewältigung in Südmähren



„Wenn ich den Friedhof besuche, frage ich mich immer, wo die ganzen deutschen Gräber sind. Heute sind bei uns im Ort nur noch zwei erhalten (das sind die Gräber 141, Lim, und 22, Prchal – siehe Bild oben). Also beschloss ich, mich selbst um sie zu kümmern und veranlasste ihre Restaurierung (Anfertigung der Spitze Grab Franziska Prchal, Wiederherstellung der Schrift, Reinigung) sowie die Reparatur der Inschrift auf dem zentralen Kreuz. Ich möchte, dass es eine Erinnerung an diejenigen ist die hier gelebt haben“ schreibt uns V. Barák, ein befreundeter tschechischer Einwohner von **Großsteurowitz** / Starovice (Kreis Nikolsburg, nahe Auspitz) in Südmähren.





Bericht eines tschechischen Bewohners von Großsteurowitz / Starovice - einer Gemeinde im Kreis Nikolsburg nächst Auspitz!

Ich berichte, dass alle Glasfenster in der Ortskirche eingebaut wurden bis auf zwei an der Front. Die Fenster wurden gestiftet: vier Fenster von der jetzigen ortsansässigen tschechischen Bevölkerung und fünf Fenster von den ehemaligen deutschen Bewohnern und deren Nachkommen. Diese Fenster wurden in letzter Zeit wieder erneuert - wir werden in einem der nächsten Pressedienste auch Bilder davon bringen.

Ich denke an die Errichtung eines Denkmals für die Gefallenen des Dorfes im Ersten Weltkrieg. Dies wäre eine Gedenktafel mit Namen, Geburts- und Sterbedatum (falls bekannt). Zusätzlich zu den 33 Namen die in der Pfarrchronik angeführt sind, ist es mir gelungen zwei weitere Gefallene ausfindig zu machen. Ich werde berichten, wie sich die Angelegenheit entwickelt. Dies würde von unserer Familie selbst organisiert werden.
Wenn ich den Friedhof besuche, frage ich mich immer, wo die ganzen deutschen Gräber sind. Heute sind nur noch zwei erhalten (das sind die Gräber 141, Lim, und 22, Prchal).
Also beschloss ich, mich selbst um sie zu kümmern und veranlasste ihre Restaurierung (Anfertigung der Spitze Grab Franziska Prchal. Wiederherstellung der Schrift, Reinigung) sowie die Reparatur der Inschrift auf dem zentralen Kreuz. Ich möchte, dass es eine Erinnerung an diejenigen ist, die hier gelebt haben.
Zufällig stieß ich auf das Material des Rates der Regierung der Tschechischen Republik über die Pflege deutscher Gräber, das Sie hier einsehen können.
Es handelt sich um ein Empfehlungsmaterial, so dass jede Kommune selbst entscheiden muss, wie sie vorgeht. Deshalb schlage ich gemäß den Empfehlungen vor, dass wir uns nicht auf die Gemeinde verlassen und auf dem Friedhof an der Stelle des Grabes 142 (heute steht dort nur ein Grundstein) eine Tafel mit folgender tschechisch-deutscher Inschrift anbringen:

„Zu Ehren des Gedenkens an die auf dem örtlichen Friedhof begrabenen deutschen Einwohner, die hier ihren ewigen Traum schlafen. Diejenigen, die uns vorangegangen sind, haben hier keine Grabsteine mehr und sollten nicht vergessen werden. Herr, gib ihnen den ewigen Frieden, mögen sie in Frieden ruhen!
Altstadt (Großsteurowitz)."

Die Gestaltung der Gedenktafel ist verhandelbar. Wenn es um den Beitrag der Einheimischen ginge, würde sich auch der Fonds für die tschechisch-deutsche Zukunft beteiligen.

Die Dorfchronik ist digitalisiert worden und wir werden in Absprache mit dem Pfarrer versuchen, sie ins Internet zu stellen.

Vilém Barák

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 67, 2021

Wien, am 03. Juni 2021

03) Nationalbesitzstand und „Wiedergutmachung“. Zur historischen Semantik sudetendeutscher Kampfbegriffe. Eine Dissertation von Iris Nachum zum Thema



Iris Nachum

Nationalbesitzstand und „Wiedergutmachung“

Zur historischen Semantik sudetendeutscher Kampfbegriffe.

Veröffentlichungen des Collegium Carolinum – Band 142

ca. 400 Seiten, gebunden, 1. Auflage 2021

Preis: 70.- € (versandkostenfrei innerhalb von. D/A/CH)

ISBN: 978-3-525-35215-1

Verlag Vandenhoeck & Ruprecht
Theaterstraße 13, D 37073 Göttingen, Tel.: +49 551 5084-40

Netzseite: www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com.
E-Mail: info@v-r.de

Die Historikerin und Politologin **Iris Nachum** legte 2015 eine Publikation unter dem Titel „Nationalbesitzstand und Wiedergutmachung“ vor, die 2021 vom Collegium Carolinum als Bd. 142 im **Verlag Vandenhoeck & Ruprecht** herausgegeben wurde.

Die über 390 Seiten im Einzelnen zu besprechen und zu bewerten, wäre wie diese Dissertation schon ein respektables Unternehmen, zumal die Verfasserin 43 Seiten genutzter Archivmaterialien wie Literatur sowie Zeitungsberichte herangezogen hat.

Der Haupttext wird zudem durch eine Vielzahl von Anmerkungen ergänzt.

In ihrer Einleitung verweist Iris Nachum auf die Diskussion innerhalb der sudetendeutschen Verbände in Deutschland und Österreich um die politischen Ziele und die daraufhin an einigen Punkten neugefassten Satzungsvorgaben. Sie bezieht sich dabei auf die **SL-Satzung** und Erklärungen der **„Sudetenpost“** wie auch des Bundesvorsitzenden **Bernd Posselt**, ohne jedoch die Bestimmungen der Grundrechtecharta, die integraler Bestandteil der gültigen Satzung sind, in ihre Betrachtung einzubeziehen…- bitte lesen Sie hier weiter.

https://drive.google.com/file/d/15gBlN2AJWr0zi96jtGtDXJSAnQO9D6XD/view

Die lange Tradition der sudetendeutschen Forderung nach Wiedergutmachung

Eine interessante Veröffentlichung aus Tel Aviv – dazu einige Anmerkungen

Die Historikerin und Politologin **Iris Nachum** legte 2015 eine Publikation unter dem Titel „Nationalbesitzstand und Wiedergutmachung“ vor, die 2021 vom Collegium Carolinum als Bd. 142 im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht herausgegeben wurde.
Die über 300 Seiten im Einzelnen zu besprechen und zu bewerten, wäre wie diese Dissertation schon ein respektables Unternehmen, zumal die Verfasserin 43 Seiten genutzter Archivmaterialien wie Literatur sowie Zeitungsberichte herangezogen hat.
Der Haupttext wird zudem durch eine Vielzahl von Anmerkungen ergänzt.
In ihrer Einleitung verweist Iris Nachum auf die Diskussion innerhalb der sudetendeutschen Verbände in Deutschland und Österreich um die politischen Ziele und die daraufhin an einigen Punkten neugefassten Satzungsvorgaben. Sie bezieht sich dabei auf die SL-Satzung und Erklärungen der „Sudetenpost“ wie auch des Bundesvorsitzenden Bernd Posselt, ohne jedoch die Bestimmungen der Grundrechtecharta, die integraler Bestandteil der gültigen Satzung sind, in ihre Betrachtung einzubeziehen.

Durchaus positiv ist hier anzumerken, dass sie deutlich macht, dass die sudetendeutsche Seite seit 1919 und bis 1938 und auch nach der Vertreibung 1945 immer wieder Wiedergutmachung vom tschechoslowakischen Staat gefordert hat. Diesen „anti-tschechischen Kampfbegriff“, wie sie es nennt (S. 6) habe **Lodgman von Auen** eingeführt, und dieser sei von Vertretern anderer sudetendeutscher Politiker verwendet worden. Dabei sei es um die Erhaltung oder Wiederherstellung des **nationalen Besitzstandes der Sudetendeutschen** gegangen. Dieser Frage geht die Verfasserin bei allen sudetendeutschen Parteien, bei deren Politikern und Publikationen nach, wobei sie auch die Rolle von jüdischen Aktivisten wie **Bruno Kafka** oder **Ludwig Spiegel** untersucht, die bisher vernachlässigt worden ist.
Außerordentlich umfangreich sind zudem Ausführungen zur Sudetendeutschen Partei und deren Vertretern wie **Konrad Henlein**, **Ernst Kundt**, **Heinrich Rutha** oder **Karl Hermann Frank**, wobei deren Haltung zur Autonomie, zum Nationalsozialismus und zum Judentum im Vordergrund ihres Interesses steht.
Überraschend ist, dass auch in diesem Buch wieder die Legende vom Abschluss des Münchner Abkommens „ohne das Beiseins eines tschechoslowakischen Repräsentanten“ (S. 306) weitergetragen wird.

Schließlich hatten Präsident Beneš und die tschechoslowakische Regierung schon vorher der Abtretung des Sudetenlandes aufgrund des 4 Mächte-Druckes zugestimmt.
In ihren Schlussbetrachtungen stellt Nachum fest, dass die sudetendeutschen Wiedergutmachungsforderungen **nach 1989 „kein positives Resultat"** erzielt haben, auch wenn teilweise das **jüdische Beispiel** als Begründung angeführt wurde.

Hier konnten bei einem derart komplexen und zum Teil umstrittenen Thema nur einige Anmerkungen gemacht werden. Leider blendet die Autorin einige wichtige Stimmen wie von **Wenzel Jaksch** oder **internationaler Völkerrechtler** aus und folgt allzu sehr problematischen Veröffentlichungen von **H. H. Hahn** und Anhang.

Trotzdem sollte man die **Diskussion annehmen**, denn die Thematik geht weit über das Verhältnis der Sudetendeutschen zur Tschechischen Republik und das Schicksal der jüdischen Bürger im 20. Jahrhundert hinaus.
Nach dem Anschluss Österreichs im März 1938, der von den europäischen Staaten politisch akzeptiert wurde, gab es für die Sudetendeutschen angesichts der falschen Politik der tschechoslowakischen Staatsführung keine Alternative zur Revision von Versailles und St. Germain.
20 Jahre einer Zwangsmitgliedschaft zu einem nationalistischen Staatsgebilde standen viele Jahrhunderte der Zugehörigkeit zu deutsch-österreichischen Staaten gegenüber.

Rüdiger Goldmann

Iris Nachum – Nationalbesitzstand und „Wiedergutmachung". Zur historischen Semantik sudetendeutscher Kampfbegriffe. Veröffentlichungen des Collegium Carolinum – Band 142.

ca. 416 Seiten, gebunden, 1. Auflage 2021. Preis: 70.- € (versandkostenfrei innerh. D/A/CH), ISBN: 978-3-525-35215-1, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Theaterstraße 13, D 37073 Göttingen, Tel.: +49 551 5084-40, Netzseite: www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com. E-Mail: info@v-r.de

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 71, 2021

Wien, am 10. Juni 2021

Dieser Beitrag von **Rüdiger Goldmann** erschien in der aktuellen Ausgabe unserer Monatszeitung

Bitte helfen Sie mit einem Abo – im Inland nur **35 €**, in Deutschland und übriges Europa **41 €** pro Jahr - mit, den Bestand unserer Zeitung weiter zu sichern! Auf Wunsch senden wir Ihnen gerne ein Probeexemplar zu, Nachricht mit Angabe der Adresse an office@sudeten.at genügt.

04) 14 Tage im Elbsandsteingebirge: ein Erlebnisurlaub zur Verständigung

Wollen Sie Elbsandstein-, Lausitzer und Böhmisches Mittel-Gebirge von ein und demselben Ort aus kennenlernen, neue internationale Freundschaften schließen und Natur und Kultur vor Ort mitgestalten? Das alles ist ohne weiters möglich, und zwar vom 22. August bis 5. September 2021 – in diesem Zeitraum ist ein „Work Camp“ im idyllischen **Rabstein-Tal** nahe **Böhmisch Kamnitz** / Česka Kamenice in Nordböhmen geplant. Alles weitere erfahren Sie hier (incl. Anmeldung).

Übrigens: die Teilnahme ist bis auf An- und Abreise kostenlos, aber nicht umsonst! Schließlich wird hier ein Stück sudetendeutscher Geschichte aufgearbeitet

https://drive.google.com/file/d/1mtQvpBEJkvt-2ZmeE4B3T0XAAZvInmyT/view

14 Tage Elbsandsteingebirge: Erlebnisurlaub zur Verständigung

Wollen Sie Elbsandstein-, Lausitzer und Böhmisches Mittel-Gebirge von ein und demselben Ort aus kennenlernen, neue internationale Freundschaften schließen und Natur und Kultur vor Ort mitgestalten? Und wollen Sie dies nach erfolgreicher Anmeldung bis auf die Fahrt hin und zurück ohne weitere Kosten erleben?
Das alles ist ohne weiters möglich vom 22. August bis 5. September 2021, wenn Corona im August und September kein Hinderungsgrund mehr ist. Wir bereiten in Deutschland, Österreich und Tschechien miteinander alles vor für ein „Work Camp“ im idyllischen Rabstein-Tal des Flusses Kamnitz/ Kamenice von Böhmisch Kamnitz/ Česka Kamenice in der Tschechischen Republik nahe Tetschen-Bodenbach / Děčín und Dresden.
Sie brauchen nur zu kommen und sich aktiv an der gemeinsamen Aufgabe zu beteiligen. Alles weitere steht für Sie bereit, wenn Sie sich dafür interessieren, anmelden und ausgewählt werden.
Vorausgesetzt werden Schulkenntnisse in Englisch und eine persönliche Ausrüstung für das Leben im Zeltlager (es genügt ein geeigneter Schlafsack) und eine für die Tätigkeit im Freien angemessene Bekleidung. Wir informieren über das Projekt, das im letzten Jahr zum ersten Mal stattgefunden hat.
Sie sind im kommenden August schon mind. 18 Jahre alt, interessiert und wollen mehr erfahren? Sie können sich gerne gleich an den Autor dieses Beitrags über rabstein@web.de wenden. Sie finden das auch über alle Österreichischen Partner-Organisationen, die Work Camps anbieten, nach Eingabe des Zeitraums 22.8. bis 5.9. oder auch direkt über den Link IBG (Internationale Begegnung in Gemeinschaftsdiensten) (workcamp-plato.org)

https://frontend.workcamp-plato.org/searchresult.352.aspx?startDate=22/08/2021%20&endDate=%2005/09/2021&countries=CZE&gender=&age=&types=ENVI&projects=7-29&plus=false&code=&platoorgid=4ddbf1ef-c69e-4f0d-87ff-1e4e193c31a9

Es ist das Angebot:
Czech Republic: Create a Place of Reconciliation in Rabstejn

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Schmidt,
rabstein@web.de;

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 70, 2021

Wien, am 09. Juni 2021

05) Moser-Kristall: Luxusgläser für die oberen Zehntausend

Könige, Kaiser und Päpste – sie alle wussten und wissen die Qualität von Moser-Kristall zu schätzen. Firmengründer **Ludwig Moser** begann als kleiner Glasgraveur in einem bescheidenen Holzladen und brachte es innerhalb weniger Jahre an die Weltspitze. Dies klingt wie eine Tellerwäscher-Karriere in den USA – hat sich aber tatsächlich im böhmischen **Karlsbad** / Karlovy Vary zugetragen.

https://deutsch.radio.cz/moser-kristall-luxusglaeser-fuer-die-oberen-zehntausend-8719849

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 71, 2021

Wien, am 10. Juni 2021

Moser-Kristall: Luxusgläser für die oberen Zehntausend

09.06.2021



Moser-Kristall.- *Foto: Ondřej Tomšů, Radio Prague International*

Könige, Kaiser und Päpste – sie alle wussten und wissen die Qualität von Moser-Kristall zu schätzen. Firmengründer Ludwig Moser begann als kleiner Glasgraveur in einem bescheidenen Holzladen und brachte es innerhalb weniger Jahre an die Weltspitze. Dies klingt wie eine Tellerwäscher-Karriere in den USA – hat sich aber tatsächlich im böhmischen Karlsbad abgespielt.

https://deutsch.radio.cz/moser-kristall-luxusglaeser-fuer-die-oberen-zehntausend-8719849



Foto: Ondřej Tomšů, Radio Prague International

Eine breite goldene Umrandung und ein klassisch-elegantes Design – dies sind die Attribute der „Splendid“-Reihe. Die Wein-, Wasser- oder auch Brandygläser mit diesem Namen bilden eine der ältesten und traditionsreichsten Kollektionen aus dem Hause Moser. Schon Edvard Beneš hat sie in seiner Funktion als Präsident der Tschechoslowakei der englischen Prinzessin und späteren Königin Elisabeth II. zur Hochzeit geschenkt. Dass die „Splendid“-Produkte auch zum Teuersten gehören, was mit der Marke Moser gekauft werden kann, muss kaum erwähnt werden. Petr Nový, Kurator des Museums für Glas und Bijouterie in Jablonec nad Nisou / Gablonz an der Neiße, hat vor einigen Jahren eine große Moser-Ausstellung im Prager Gemeindehaus zusammengestellt:



Petr Nový.- *Foto: Tschechisches Fernsehen*

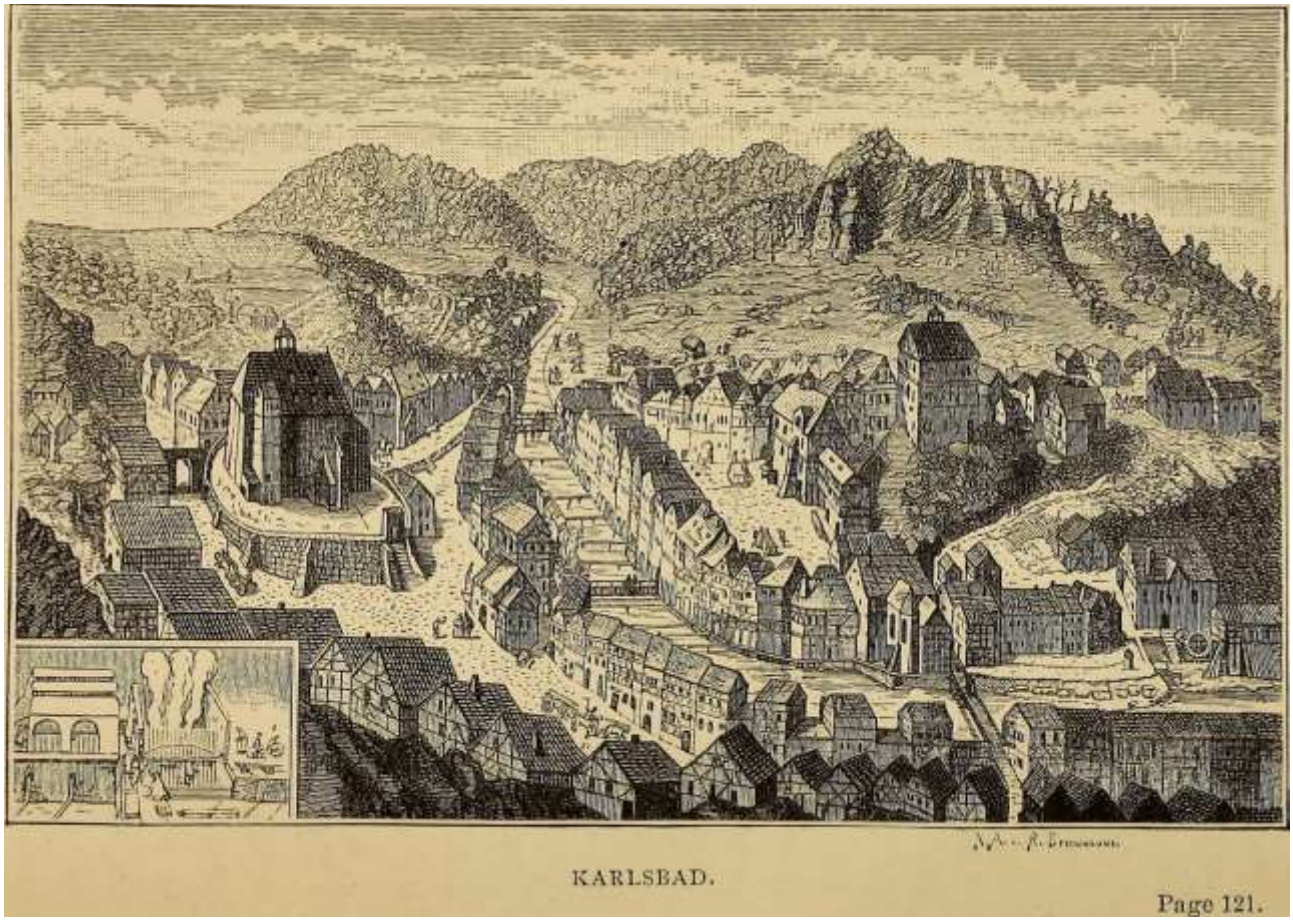
„Kommt man zu jemandem in die Wohnung und sieht dort ein ‚Splendid'-Produkt, dann weiß man, dass der Besitzer nicht am Hungertuch nagt. Als Ludwig Moser mit seiner Firma begann, gründete er sie als ein Handelsunternehmen. Er war ein Graveur und genialer Geschäftsmann. Dabei war um 1857 herum keine gute Zeit für tschechisches Glas, im Gegenteil."



Ludwig Moser.- *Foto: Ondřej Tomšů, Radio Prague International*

Dafür florierte damals aber der Kurbetrieb in Karlovy Vary / Karlsbad, der Heimatstadt von eben jenem Ludwig Moser. Und genau dies machte sich der junge Firmengründer zunutze…

Aber der Reihe nach. Ludwig Löwi Moser wurde am 18. Juni 1833 in eine jüdische Familie geboren. Sein Vater Lazar betrieb eine Kantine mit rituellen Speisen, die unter anderem auch Mitglieder der Familie Rothschild bei ihren Kuraufenthalten regelmäßig besuchten. Angeblich war er der erste Jude, dem eine ganzjährige Arbeitserlaubnis in Karlsbad erteilt wurde.



Karlsbad im 19. Jahrhundert.- *Quelle: Gutmann, Edward: Health resorts, New York, D. Appleton and company, The Library of Congress, Flickr, gemeinfrei*

Sein Sohn Ludwig besuchte die Schule nicht nur im heimatlichen Karlsbad, sondern auch in Wien und in Loket / Elbogen. Zur Lehre ging er bei Andreas Mattoni, der eine der angesehensten Werkstätten für Glasgravur in Karlsbad betrieb. Daneben lernte Moser beim Maler Ernst Anton zeichnen. Erste Berufserfahrungen sammelte der junge Graveur auf der anschließenden Wanderschaft, die ihn unter anderem für sieben Monate nach Berlin führte. 1855 kehrte Ludwig in die Heimat zurück und verdiente sich mit einem kleinen Souvenirladen am Ufer des Flüsschens Teplá sein erstes Kapital. Dieses investierte er, gerade einmal 24 Jahre alt, in seine eigene Gravurwerkstatt nebst Geschäft.



Lukáš Jabůrek.- *Foto: Tschechisches Fernsehen*

Lukáš Jabůrek ist Glasdesigner und hat das Erbe Ludwig Mosers für einige Jahre als künstlerischer Leiter der Firma weitergeführt. 2012 berichtete er im Tschechischen Rundfunk:

„Es sind Skizzenbücher erhalten geblieben, die die gesamte Produktion seit 1857 bis heute umfassen. Dort finden sich tausende verschiedene Formen, Ideen und Entwürfe. Sie bieten zum einen eine tolle Inspiration für neue Designs. Aber wir haben natürlich auch Kunden, die sich Repliken von historischen Stücken wünschen, etwa aus der Zeit des Jugendstils oder Art Déco. Dann greifen wir darauf zurück. Manchmal ist es eine echte Herausforderung herauszufinden, wie und mit welchen Materialien damals gearbeitet wurde.“

Czech Made - MOSER

https://deutsch.radio.cz/moser-kristall-luxusglaeser-fuer-die-oberen-zehntausend-8719849

Erfolge auf der Weltausstellung



Foto: Ondřej Tomšů, Radio Prague International

In seinen Anfangstagen handelte Ludwig Moser mit Glaswaren, aber vor allem mit Spiegeln. Ein Inserat im zeitgenössischen „Karlsbader Wochenblatt“ preist einen modernen Toilettenspiegel an, der nicht nur praktisch sei und jedes Zimmer verschönere, sondern vor allem wegen seines günstigen Preises empfohlen werden könne. Sein Geschäftssinn verhalf Moser zu einem guten Absatz seiner Waren in den Kurhäusern Karlsbads. Diese wurden zu dieser Zeit in großer Zahl neu gebaut und mussten schließlich ausgestattet werden. Bald konnte er ein zweites Geschäft an der gut frequentierten Kurpromenade eröffnen.



Foto: Ondřej Tomšů, Radio Prague International

Ebenso eifrig präsentierte Ludwig Moser seine Produkte im Ausland. Inzwischen hatte er sich auf dekoratives Luxusglas spezialisiert. Dazu bezog er aus dem Böhmerwald und aus Harrachov / Harrachsdorf im Riesengebirge erstklassiges Rohmaterial, das in seiner Werkstatt von Hand geschliffen und graviert wurde. 1873 feierte Moser damit Erfolge auf der Weltausstellung in Wien. 1889 in Paris hatte er dann bereits einen Platz in der Ausstellungsjury inne.



Glashütte im Karlsbader Stadtteil Dvory.- *Quelle: Moser*

Zu dieser Zeit machte sich der Unternehmer in seiner Produktion gänzlich unabhängig. Im Karlsbader Stadtteil Dvory gründete er, gemeinsam mit seinen Söhnen Rudolf und Friedrich, eine Glashütte und stellte fortan sein eigenes Kristallglas her. 24 Schmelzpfannen und 350 Mitarbeiter zählte die Hütte. Gearbeitet wurde mit Holzformen in tausendfacher Gestaltung. Einige davon sind heute noch im Moser-Besucherzentrum in Karlsbad zu sehen. Dessen Leiterin Jitka Svobodová verweist auf ein weiteres Ausstellungsstück und die Körperkraft, die das Glasbläsergewerbe erfordert:



Glashütte Moser.- *Foto: Filip Jandourek, Tschechischer Rundfunk*

„Wie schwer ein Blasrohr ist, hängt davon ab, was mit ihm gerade hergestellt wird. Bei einem kleinen Becher oder einer Vase sind das meist ein bis zwei Kilogramm. In unserem Besucherzentrum stellen wir aber auch ein Blasrohr aus, das 16,5 Kilogramm Material trägt. Dies entspricht dem Rohmaterial einer großen Vase. Unsere Blasgläser halten das Rohr also in waagerechter Stellung, müssen gleichzeitig blasen und es von einer in die andere Hand bewegen. Man kann sich vorstellen, wie anstrengend diese Arbeit ist.“



Foto: Ondřej Tomšů, Radio Prague International

Die Firma Moser legt noch heute Wert auf ihre handwerkliche Tradition. Der Aufwand spiegelt sich entsprechend in den Preisen wider. Schon Ludwig Moser zielte auf die höchsten gesellschaftlichen Schichten ab. Mit diversen Titeln als Hoflieferant für Kaiser Franz Josef I. oder den englischen König Edward VII. erlangte er hohes internationales Prestige. Der persische Schah verlieh Moser gar den „Orden der Aufgehenden Sonne“.



Foto: Ondřej Tomšů, Radio Prague International

Graveur, Maler und Bildhauer in Einem



Foto: Naďa Krásná, Tschechischer Rundfunk

Heute werden auch anderen Mitarbeitern des Unternehmens internationale Ehrungen zuteil. Garvurmeister Tomáš Lesser etwa erhielt 2020 den französischen Orden für Kunst und Literatur. Er erläutert, dass durch das Übereinanderlegen verschiedener Farbschichten ein Kristallprodukt mit einem bunten Motiv verziert werden kann. Und Lesser bestätigt die Feststellung, dass dies der Malerkunst gleichkomme:



Tomáš Lesser.- *Foto: ČT24*

„Das kann man tatsächlich so sagen. Das Gravieren von Glas ist ein Stück weit auch Bildhauerarbeit. Man hat es ja mit einer Plastik zu tun und muss die Anatomie der Figuren kennen. Ebenso nötig sind Kenntnisse zu Farben und ihren Abstufungen.“

Lessers eigentliches Handwerk aber ist das Schleifen und Gravieren:



Foto: Filip Jandourek, Tschechischer Rundfunk

„Jeder Graveur hat zwei Geräte. Das größere ist eine verkleinerte Schleifmaschine mit zwei abgedeckten Karbon-Scheiben, die mit Wasser gekühlt werden. Zur Gravur einer Vase wird zunächst das Motiv aufgemalt, und mit den Karbon-Scheiben wird der Großteil des Glases abgeschliffen. Dann kommen immer kleinere Scheiben zum Einsatz. Für die Details wechselt man an das leichtere Gerät. Dies ist mit kleinen Diamant- und Kupferscheiben ausgestattet, mit denen die kleinsten Details ganz fein bearbeitet werden.“



Glashütte Moser.- *Foto: Filip Jandourek, Tschechischer Rundfunk*

Als Ludwig Moser 1916 im Alter von 83 Jahren starb, übernahm sein Sohn Leo die technische und künstlerische Leitung. Nach den Krisenzeiten des Ersten Weltkriegs richtete er das Unternehmen verstärkt auf den Export aus und pflegte weiter die Kontakte zu höchsten internationalen Würdenträger. Papst Pius XI. überbrachte Leo Moser persönlich eine Glaskollektion mit dem eingravierten päpstlichen Emblem.



Glashütte Moser.- *Foto: Naďa Krásná, Tschechischer Rundfunk*

Zu Beginn der 1920er Jahre war die Fabrik im Karlsbader Stadtteil Dvory eine der modernsten Glashütten in der Tschechoslowakei und das größte Glasunternehmen des Landes. Die Weltwirtschaftskrise aber überstand es nicht. 1933 verkauften die Moser-Nachkommen fast alle ihre Aktien an die Tschechische Unionbank. Damit endete die Geschichte der Firma Moser als Familienunternehmen.



Foto: Filip Jandourek, Tschechischer Rundfunk

Aber auch in den folgenden Jahrzehnten als Staatsunternehmen behielt der Name Moser seinen guten internationalen Ruf. Als die tschechische Glasindustrie nach 1989 in die nächste Krise rutschte, schaffte es die Firma Moser nicht nur zu überleben, sondern neu zu florieren. Und das gilt bis heute. Durch die Ausrichtung auf anspruchsvollste Kundengruppen stellen Billigprodukte aus asiatischen Ländern keine Konkurrenz für das Unternehmen in Karlsbad dar. Zudem hat sich die Verbindung von Tradition und neuesten Trends als erfolgreich erwiesen. Jana Zielinsky ist die Leiterin der „Designblok“-Messe:



Jana Zielinski.- *Foto: Ian Willoughby, Radio Prague International*

„Moser ist eines unserer hervorragenden Beispiele. Auch wenn 90 Prozent der Firmenproduktion weiterhin eher traditionell ist, arbeitet man in Karlsbad auch mit neuen Designern zusammen. Mit Boda Horák gibt Moser zum Beispiel wunderschöne Original-Stücke heraus.“

Schon Leo Moser hatte die Kooperation mit Nachwuchskünstlern gesucht und die Studenten der Prager Kunstakademie eine Reihe seiner Produkte entwerfen lassen. Nachdem er das Familienunternehmen aufgeben musste, arbeitete Leo Moser als technischer und künstlerischer Direktor der Glaswerke in Poděbrady / Podiebrad. Kurz vor dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht emigrierte er nach Paris und floh 1941 weiter in die USA. Dort leben noch heute die Moser-Nachfahren.

Autoren: Daniela Honigmann , Jitka Škápíková , Magdalena Šorelová

06) Die Personennamen Tirols in Beziehung auf deutsche Sage und Literaturgeschichte

Von Prof. Ignaz v. Zingerle

Das Vorwort, sowie die Zwischenkommentare stammen von Georg Dattenböck, Schriftleiter des „Südtirol-Informationsdienstes“ (SID).

Vorwort:

Einer Untersuchung des „Südtiroler Landesinstituts für Statistik“ (ASTAT) aus dem Jahre 2015 zufolge, herrschen bei der Vornamensgebung für Neugeborene immer noch die einheimisch-christlichen Namen vor, wenngleich seltsamste exotische Vornamen aus aller Welt, die keinerlei Bezug zur Tiroler Identität haben, manche Leser auch schon irritiert haben mögen.

Sprache ist Heimat. Aus ihr gewinnt man das Bewußtsein der eigenen Identität. In unserem SID-Beitrag zur Muttersprache hatten wir auf den Literaturwissenschaftler, Germanisten Volkskundler und Schriftsteller Ignaz Vinzenz Zingerle, Edler v. Summersberg (*6.6.1825 in Meran, †17.9.1802 in Innsbruck) Bezug genommen. Zingerle hatte darauf hingewiesen, daß die deutsche Sprache gerade in Südtirol mitentscheidend geprägt wurde.

Vielfach wurden wir gebeten, diese wertvolle kulturgeschichtliche Arbeit, welche 1856 in Stuttgart, in der von Franz Pfeiffer herausgegebenen „Vierteljahresschrift für deutsche Altertumskunde ‚Germania‘“ erschienen war, wieder öffentlich zu machen. Wir kommen dieser Bitte gerne nach.

Prof. Ignaz v. Zingerle:

„Scheinbar Geringfügiges wird oft in der Geschichte bedeutungsvoll und wirft Licht auf Zustände, die sonst in Dunkel gehüllt wären. Dies gilt auch von den Personen- oder Taufnamen, die der Geschichtsforscher kaum eines Blickes oder einer Bemerkung würdigt. Diese kleinen, verachteten Wörter spiegeln uns oft die Geschichte, die politischen und religiösen Sympathien, die Bildung ihrer Zeit. Was hier im Allgemeinen bemerkt ist, gilt auch für die Taufnamen, die im Mittelalter in Tirol geschöpft und gegeben wurden.

Die Sitte, daß patriotische Väter ihren Söhnen den Namen des regierenden Fürsten oder des künftigen Thronfolgers beilegen, blühte schon im Mittelalter. Die Kaisernamen Konrad, Heinrich, Friedrich, Otto, Rudolf begegnen darum am öftesten; nebst diesen finden sich in Tirol die Namen der Landesfürsten Meinhard und Sigmund am zahlreichsten.

Allein nicht nur Verehrung gegen bestimmte Heilige oder weltliche Gebieter hatte die Wahl der Taufnamen Einfluß, sondern auch die Lieblingslectüre bedingte sehr oft die Benennung eines Kindes.
Eltern, die für einen Dichter hochbegeistert waren, legten dessen Namen ihren Kindern bei; andere, die für eine Dichtung schwärmten, benannten ihre Kinder nach den Helden derselben. Dadurch wird es möglich, aus den Taufnamen auf die Lectüre des Zeitalters und auf die Bewunderung dieses oder jenes Dichtwerkes zu schließen, und in dieser Beziehung will ich die Taufnamen, wie sie das Mittelalter in meiner Heimat liebte, des Nähern besprechen.
Am bekanntesten und beliebtesten, erzählt von Jung und Alt, waren die wunderbaren ewigen Mähren der Heldensage, die vom hohen Norden bis hinunter zu den wälschen Marken gesagt und gesungen wurden. Unter diesen stand der ostgothische Sagenkreis Tirol am nächsten. Saß ja der Amelungentrost zu Bern nahe bei Tirol und bestand in unseren Bergen die lobe-bären Abenteuer, zu denen uns die alten Lieder melden.
Der kluge Hildebrand hatte seine Burg am grünen Gardasee und ritt mit seinem Herrn oft die Etsch herauf ins heutige Tirol. Kein Wunder deshalb, wenn Kinder die Namen dieser hochberühmten Helden, deren Thaten männiglich bekannt waren, erhielten.
Oft schon begegnet uns der Name, den Dietrichs Vater Dietmar trug. Nur beispielshalber führe ich Dietmar de Helbling 1299, Dietmar von Katzenzungen 1328, Dietmar von Vintl 1237 an. Es ließe sich sehr leicht eine große Anzahl von Edlen, die diesen Namen führten, nachweisen.
Ungleich häufiger, beinahe zahllos, kommt der Name Dietrich, des berühmtesten Amelungen, vor, z.B. Dietrich von Lienz (12. Jhdt.), Dietrich de villa S. Martini 1202, Dietrich de Zobl 1340. Dieser beliebte Name findet sich auch oft in den Formen Dieto und Dietelinus wieder.
An des großen Amelungen [des Ost-Gotenkönigs Dietrich] *Seite stand der kluge Hildebrand, der den Herrn auf allen Zügen begleitete und sein Waffenmeister und Rathgeber war. Wie beliebt sein Name in Tirol war, mögen folgende Belege zeigen.*
Ich fand Hildebrand von Weineck 1194, Hildebrand de Firmian I. 1242 und II. 1323, Hildebrand de Helbling 1277, Hildebrand de Krakofel 1256, Hildebrand von Latsch 1161, und einen Zweiten 1222, Hildebrand von Liechtenberg 1292, einen anderen 1330, Hildebrand de Caldes 1390, Hildebrand von Fuchs 1430 und 1519, Hildebrand Rasp 1370, und 1460, Hildebrand de Greifenstein 1311, Hildebrand de Niederthor 1185, Hildebrand von Perchtingen 1267 und 1320, Hildebrand von Mils 1288. In der Familie der Grafen von Brandis allein sind mir sechs Hildebrande bekannt."

> <u>*Anmerkung Dattenböck*</u>*:* Der Name Hildebrand ist uns erstmals im Text des „Hildebrands-Liedes" überliefert. Das ‚Lied' schildert einen dramatischen Schwertkampf zwischen Vater und Sohn und den schweren Seelenkampf Hildebrands, der in seinem Wehruf an Irmingot gipfelt.
> *„Ich hörte das sagen, daß sich die Herausforderer einzeln trafen, Hildebrand und Hadubrand, zwischen den Heeren, Sohn und Vater. Sie sahen nach ihrem Panzer, schlossen ihr Schirm-hemd, gürteten sich ihr Schwert um, die Reisigen über die Ringe, da sie zu jenem Streit ritten…".*
> Meinen Forschungen nach, war in der ‚Berner Klause', 20 km nördlich von Verona gelegen, der historische Sitz des Hildebrand, Gefolgsmann des Dietrichs v. Bern. Der berühmteste Tiroler Sagenforscher, Karl Felix Wolf schrieb in seinen „Dolomitensagen" (S. 555ff, Innsbruck 1913) ebenfalls:
> *„Die Klause liegt nicht weit von Verona, das in der deutschen Heldensage Berne genannt wird; darum heißt sie bei den Deutschen: Berner Klause, bei den*

Italienern: Chiusa di Verona. Darum fühlen wir uns, wenn wir die Klause betreten, vor allem mit Dietrich v. Bern verbunden. Auf dieser (westlichen) Seite der Schluchten befindet sich eine feste Burg, die im Spätmittelalter als mächtige, runde Bastei ausgebaut worden ist und heute noch ungebrochen dasteht. Diese – oder die von ihr nicht weit entfernte Burg ze Garte am Gardasee – muß Arnold v. Lübeck gemeint haben, als er im 12. Jhdt. seine ‚Slawenchronik' schrieb und bemerkte, daß bei der ‚Veronensium Clusa' ein sehr starkes Bollwerk stehe, das vor uralten Zeiten her als der Sitz Hildebrands bezeichnet werde."

Noch im 16. Jahrhundert war das Bistum Trient mehrheitlich deutsches Sprachgebiet. Im 11. und 12. Jahrhundert verboten, aus machtpolitischen Erwägungen, die Bischöfe v. Trient ihren Untertanen, sich mit welschen Frauen oder Männern südlich der „Berner Klause" zu verheiraten: die Kaiser hatten großes Interesse, daß die Bischöfe v. Trient die für das Reich lebenswichtige Straße durch das Etschtal immer beherrschten. Im Vorwort des ‚Codex Wangianus', benannt nach dem berühmten Fürstbischof v. Trient, Friedrich v. Wangen (aus Wangen bei Bozen stammend, *~1175; †6.11.1218 in Akkon in Galiläa) ist zu lesen:

„Um den Bischof von Trient an seinen Grenzen mehr zu sichern, übertrug ihm der Kaiser das feste Schloß Garda unter der Bedingung, keinem Lombarden oder Veronesen die Obhut desselben anzuvertrauen".

Urkunden im ‚Codex Wangianus' dokumentieren ebenfalls die alte deutsche Sprachgrenze „Berner Klause":

„16.8.1198: Brianus, Sohn Aldrighets v. Castelbarco, verkauft dem Bischofe Konrad v. Trient für 2200 Pfund Berner sein Schloß zu Castelbarco und sein Haus zu Pratalia. Der Bischof ertheilt ihm beide wieder zu Lehen, für ihn und seine männlichen Nachkommen, und in deren Ermangelung auch für die weiblichen, woferne sie nicht nach der Lombardei oder Veroneser-Mark heiraten. In Ermangelung aller Nachkommenschaft fällt das Lehen von Castelbarco auf die Schwestern des Brianus und deren Erben, woferne auch diese nicht nach der Lombardei oder der Veroneser-Mark heiraten; Pratalia aber fällt dem Bisthume anheim".

„1203: Die Brüder Nikolaus und Heinrich von Egna übergeben dem Bischofe Konrad v. Trient das alte Schloß Egna, welches bisher ihr und ihrer Vorfahren Allod [eigener Besitz] *gewesen war. Der Bischof ertheilt ihnen hierauf dasselbe Schloß wieder zu Lehen, auf ihre männlichen und weiblichen Deszendenten [Nachkommen], doch sollen letztere sich nicht von der Veroneser-Klause abwärts verheiraten'.* (Rudolf Kink: „Codex Wangianus. Urkundenbuch des Hochstiftes Trient", S. 135, 153; Wien 1852).

Zingerle: „*Den Namen Herbrand, den Hildebrands Vater und ein Held Dietrichs, sowie Sintrams Vater führten, trugen Herbrand de Milun 1145 und Herebrand von Anras 1305. Des Waffemeisters Sohn Alebrand findet sich vertreten durch Alebrand von Nän 1468 und Alebrand von Caldonazi 1257.*

Von den Helden, die den Preis der Amelungen umgaben und ihn nach Worms und auf andere Abenteuer begleiteten, finden sich folgende in Taufnamen wieder:

a. *Wolfhart, Wolfhart von Fuchs 1346 und 1434, Wolfhart Zobl I. 1370, II. 1422, Wolfhart von Koburg 1490, Wolfhart Mexner 1374, Wolfhart de Niderndorf 1324.*
b. *Wittich, z. B. Wittich de Monte 1270 Wittich ob dem Berge 1420, Wittich de Mellûn 1164, Wittich von Matrei 1254 (?), Wittich de Völthurns 1221, Wittich de Bozen 1245.*

c. *Alphart, z. B. Alphart de Greifenstein 1350, Alphart von Goldeck 1392.*
d. *Eckart, z .B. Eckart von Ried 1361, Eckart von Garnstein 1162, Eckart von Intechingen 1257, Eckart von Villanders, Ekcart von Trostburg.*

Von den übrigen Namen des ostgothischen Heldenkreises konnte ich nur Heime in Heime de Rischon 1154 finden.“

Anmerkung Dattenböck: In der nordischen ‚Thidrekssaga‘ ist ‚Brynhild‘ die Herrin einer Burg: diese war dadurch berühmt, daß auf dem Gestüt der Burg die wertvollsten Hengste gezüchtet wurden. Der Name ‚Brynhild‘ bedeutet: ‚die im Brustpanzer Streitende/Kämpfende‘. Mit ‚Brynhild‘ wurde deshalb, nach Ansicht des Verfassers, die Römische Armee bezeichnet: die röm. Legionäre trugen Brustpanzer, die Germanen nicht. Die Germanen nannten diese Brustpanzer ‚brunniniltja‘, in der Sage ist es „Brynhild‘.

Nahe des Kastells Vemania war eine Pferdezuchtanstalt der Römischen Armee im heutigen Betmauer in Schwaben: ‚Brynhildes Gestüt‘. In dieser Burg ‚Brynhilds‘ lebte auch jener in der Sage erwähnte Rossezüchter Studder mit seinem Sohn Heime. Schon in Heimes Kindheit erkannte sein Vater, daß Heime nicht sein Erbe antreten wird.

Heime beschloß als junger Mann, Dietrich von Bern zum Zweikampf herauszufordern. So ritt er mit seinem Hengst ‚Rispe‘ und seinem Schwert namens ‚Blutgang‘ zur Berner Klause, wo er sich in einem äußerst harten Zweikampf dem Dietrich geschlagen geben mußte. Trotz seiner Niederlage schloß er sich Dietrichs Schwertgenossen an.

Heime brachte als Geschenk für Dietrich den herrlichen Hengst ‚Falke‘ aus Vaters Gestüt nach Bern, den auch Dietrich ritt. Dietrich schenkte im Gegenzug Heime sein Schwert ‚Nagelring‘. Ist es nur reiner Zufall, daß wenig südlich des ehemaligen Römerkastell Vemania in Schwaben, der Ort ‚Nagelringen‘ an der ehemaligen römischen Heerstraße liegt? Dieses römische Reiterkastell Vemania liegt 35 km vor Bregenz. Der dem Kastell nahe Ort Heimenkirch soll seinen Namen dem Germanenfürsten Heimo verdanken. Bei Heimenkirch und drei weiteren Orten fanden sich Reste römischer Burgi (Wachtürme), die zwischen den größeren Kastellen im Abstand von ~2 km standen. Das Römerkastell Vemania war der historische Kern der im Jahre 1043 erstmals erwähnten Stadt Isny und war Teil der Kette von Kastellen des spätantiken Donau-Iller-Rhein-Limes der ehemals römischen Provinz Raetia II.

Diese römischen Kastelle wurden unter Kaiser Diokletian ab 280 als Ersatz für den aufgegebenen obergermanisch-rätischen Limes eingerichtet. Die in Isny stationierten römische Reiterei hatte den ~40 Kilometer langen Grenzabschnitt bis Bregenz (Brigantium) zu überwachen.

Wie sehr die Dietrichüberlieferung in Tirol nach wie vor beheimatet ist, zeigt das große Gemälde aus dem Jahre 1537 an der Außenwand des „Riesenhauses“ in Reith bei Seefeld. Prof. Dr. Hermann Reichert schrieb in seinem Beitrag „Heime in Wilten und in der Thidrekssaga“ (S. 508 in: „Studien zum Altgermanischen. Festschrift für Heinrich Beck“):

‚Somit ergibt sich als wahrscheinlicher Befund: Tirol hatte im 13. Jahrhundert mit Niederdeutschland die Heldenfigur Heimo/Heime gemeinsam; die niederdeutsche Quelle hält Tirol für die ‚historische‘ Heimat. Das riesige Gemälde auf der Hausmauer zeigt sehr anschaulich den Kampf des ‚Thyrsus‘ (Dietrich) gegen den ‚Eindringling Heimo‘“.

Zingerle: „*Öfters zeigt sich Fasold, der nach der Vilkina-Saga zu den Helden Dietrichs zählt, nach Wackernagels Lügenmärchen, daß Ottokar v. Steiermark ein Riese war und zu Dietrichs Gegner gehörte, in den Genealogien tirolischer Geschlechter, als Fasold von Frundsberg 1252, Fasold von Trens 1312 und ein zweiter des Namens 1272. Aber nicht nur nach Dietrich und seinen Helden wurden Namen geschöpft, sondern Degenkinder wurden sogar nach seinem Helm benannt. Hildegrin hieß der Helm, den König Otnit und später Dietrich von Bern trug, und sein Name findet sich in Geschlechtsregistern wieder. Mir begegnete Hildegrin von Rischon 1170 und ein Hildegrin von Niderndorf 1324.*

Neben und mit den Dietrichsagen waren die Nibelungenlieder ohne Zweifel in unseren Bergen sehr bekannt und die Namen der bedeutendsten Helden der Nibelungen kehren auch in alten Personennamen wieder. Vor allem begegnet uns der strahlende Siegfried in Namen, wie Siegfried de Serentina 1166, Siegfried von Tschöz 1227, drei Siegfriede von Rothenburg
(I. 1192, II. 1209, III. 1264), Siegfried von Goldeck 1231, Siegfried von Gerwig 1327, Siegfried de Rischon 1322, Siegfried von Fuchs 1257.

Von den Namen der burgundischen Könige fand ich Günther öfters, darunter Gundachar von Niwenburg 1246. Der Name des grimmen Hagen findet sich häufig, z.B. Hagen von Matrei 1254 - Anm.: dieser ist ident mit - *Hagen von Fragenstein 1254.*

Ungleich öfter begegnet man dem Namen Rüdegers, des bis zum Tod treuen Markgrafen von Pechelarn. Z.B. Rüdeger von Niderndorf 1259, Rüdeger von Castelrut 1331, Rüdeger von Grießingen 1255, II. 1350, Rüdeger de Intechingen 1236, Rüdiger de Helbling 1329, Rüdeger de Rischon 1170, drei Rüdeger von Langenmantel (I. 1165, II. 1200, III. 1262), Rüdeger de Albeins 1236. Rüdeger von Trens 1312, Rüdiger von Matrei 1218, Rüdeger de Metz 1208, Rüdeger de Millûn 1208.

Beinahe ebenso lebte Volker, der ritterliche Sänger, in Taufnamen fort, als Volker de Flachsberg 1231, II. 1333, Volker de Chemenaten 1236, II. 1287, Volker de Niderthor 1296.

Von den übrigen Helden findet sich Piligrin, der fromme Bischof von Passau (Pilgrin Juckl 1361, Piligrin de Castelrut I. 1240, II. 1287, Pilgrin von Torrant 1140, Pilgrin von Falkenstein I. 1297, II. 1330, III. 1366, Piligrin de Mellûn 1308) und Etzel (Etzel von Tschengla 1255, fünf Etzel von Enna bis 1347) vertreten.

Von den im Nibelungenliede vorkommenden Frauennamen begegnet uns Uta in den verschiedenen Formen Uta, Guta, Juta sehr oft (Guta de Alwines 1152, Juta de Aufenstein 1293, Guta de Castelrut 1142, Guta Karlinger 1310, Juta de Brausnberg, Uta von Matrei - dieser Name findet sich auch im Orte Utenheim/Outinheim im Jahre 970).

Auch Helka, des Etzels erste Gattin, an der ‚vil maeger juncfrowen lip verweiset was', klingt in vielen Frauennamen nach, als Helka von Rodank 1244, Helka von Goldeck I. 1250, II. 1280, Helka von Stegen 1344, Helka von Starkenberg 1210, Helka von Matrei 12(..), Helka von Katzenzungen 1319, Helka de Cumpan 1382. Die Namen Chriemhilde und Brünhilde fand ich in ihrer vollständigen Form nicht, desto öfter die Verkürzung Hilde, als Hilda von Maienburg 1322, Hilda von Tschengls 1329 u.a.

Daß der Name Sigmund in Tirol häufig vorkam, ist schon oben berührt worden. Schließlich glaube ich hier bemerken zu müssen, daß auch ein Nibelinus von Maienburg sich findet.

Die Helden und Frauen der Gudrun finden sich in folgenden Namen vertreten:

a. *Horand, in Horand von Gorjach 1347, Horand von Trautmannsdorf 1324.*
b. *Hildeburg ist ein so häufiger Name, daß es genügt, nur einige Beispiele anzuführen: Hildeburg von Lichtenstein 1304, Hildeburg Stuck 1260, Hildeburg von Köstlan 1327.*

c. *Herwig konnte ich nirgends finden, desto öfter Gerwig, als: Gerwig de Matrei 1365, Gerwig de Montalbon 1215, Gerwig von Lichtenstein 1288, Gerwig von Liebenberg 1310, Gerwig von Rotenstein 1478.*

Unzählige Male kehrte der Name Walter, den der von Ekkehart besungene Königssohn aus Aquitanien und der vielseitigste der Minnesänger führten, z. B. Walter de Rodank 1123, Walter von Rubin 1162, Walter von Naturns 1308, Walter von Partschins 1303, Walter de Porta 1142, Walter von Vintl 1309, Walter de villa s. Martini 1276, Walter de Millûn 1164.
Aber nicht nur die Helden und Frauen deutscher Sage und deutscher Heldendichtung klingen in den tirolerischen Taufnamen des Mittelalters weiter, sondern auch die Dichter der Tafelrunde fanden ihre Verehrer und ihre Namensträger. Hoch vor allen gepriesen scheint der Name Parzival gewesen zu sein. In der für die deutsche Literatur und Kunst hochbegeisterten Familie der Annaberger (Anton v. Annaberg 1420-80, der als Jüngling am Rhein und in Burgund für Wissenschaft und Poesie begeistert wurde, legte eine Bibliothek auf seinem Schloß an) kommen meines Wissens allein drei dieses Namens vor (1429-1660).“

> <u>*Anmerkung Dattenböck*</u>: Zunächst im Besitz der Annaberger auf Burg Annaberg im Vinschgau, dann in der nahen Burg Obermontani im Vinschgau, wurde eine Abschrift des Nibelungenliedes aufbewahrt und durch Johann Chrysanth Weber (*1798 in Lienz, †1859 in Frankfurt/M., Lehrer am Gymnasium in Meran und Abgeordneter in der Frankfurter Nationalversammlung) gerettet und befindet sich jetzt als ‚Hs I‘ in Berlin.

<u>Zingerle</u>: „*Ebenso führen drei Edle von Weinsack diesen Namen I. 1352, II. 1394, III. 1491. Schon im 11. Jahrhundert begegnet uns ein Parzival de Caldes (1007), später finden wir Parzival de Saleck 1357, Parzival de Tschöz 1219 u.a.*
An den Parzival und Titurel zugleich erinnert der Name der schönen Sigrune, die dem Maienglanz bei thaunassen Blumen glich und deren Herzen Ehr und Heil entblühte (Titurel Str. 32). Er war der beliebteste Frauenname und fand sehr viel Trägerinnen in den ersten Familien des Landes, z.B. Siguna von Kolb 1299 und 1366, von Stufels 1327, von Heuberg 1459, von Hettingen 1391, von Perchtingen 1312, von Tschöz 1364, von Villanders 1375, von Pitrich 14(..), von Gözens 1477, von Braunsberg 1286, von Eps 1430 (?), von Freundsberg 1560.
Wie der von Wolfram gefeierte Ritter des heiligen Grals waren Tristan und Isolde, die der liebe Meister Gottfried so reizend und heiter besungen hat, gar wohl gekannt und geehrt. Dies zeigen uns die alten Fresken auf Runkelstein bei Bozen, dies das häufige Vorkommen derselben in Taufnamen. So finden wir Tristan de Maienburg 1305 und 1312, II. 1329. Isolda de Maienburg 1322, Isolda von Katzenzungen 1333 und 1370, Isolda von Braunsberg 1286, Isolda von Niderthor 140(?). Hier muß bemerkt werden, daß oft der Name Saelde nach Mairhofers Genealogien auch statt Isolda gebraucht wurde, z. B. Selda von Aur 1327, Selda von Voigtsberg 1290, Selda von Parnberg 1416.“

> <u>*Anmerkung Dattenböck:*</u> Schloß Runkelstein liegt nahe bei Bozen auf einem Felsen hoch über der Talfer, am Eingang zum Sarntal und im Gemeindegebiet von Ritten. Runkelstein bewahr-te seinen mittelalterlichen Charakter, wurde 1237 durch die Brüder Friedrich und Beral von Wangen neu erbaut. 1385 erwarben die Brüder Franz und Niklaus Vintler die Burg und be-gannen 1388 mit dem Umbau und der Ausmalung. Sehr bekannt sind die Malereien von Tris-tan und Isolde um 1410, sowie

die des Artusritters Garel vom blühenden Tal. Ebenso finden sich u.v.a. auch Malereien von Dietrich von Bern, von Siegfried und Dietleib von Steier.
Die berühmten Iwein-Fresken in Schloß Rodenegg, nordöstlich von Brixen gelegen – siehe oben: Walter de Rodank 1123 und Helka von Rodank 1244 - könnten in ihrer Entstehungszeit noch in die Lebenszeit des Hartmann v. Aue fallen († ~zwischen 1210 und 1220).
Nach brieflicher Mitteilung des Breisgauer Forschers Prof. Dr. Peter Volk „*taucht der keltische Name Iwein bereits 1147/1155 in Vill vor der Burg Rodenegg auf … und damit war wahrscheinlich auch die Geschichte von Iwa(i)n bereits bekannt*“. Hartmann v. Aues Romane ‚Erec' und ‚Iwein' entstanden ~1165 und ~1177.
„*Iwein, ein deutscher Ritter, rettete 1183 die Festung Karak [in Palästina], vor einer Überrumpelung durch Saladin*“, schrieb Reinhold Röhricht in: „Die Deutschen im Heiligen Land“ (S. 48, Innsbruck 1894).

Zingerle: *„Von anderen Namen aus dem Kreis der Tafelrunde fand ich sehr häufig Artus und einmal Ginovre (Anna Ginovre von Annenberg † 1667), ferner Gawein (Gawein de Maienburg 1288, Gawein Botsch 1390); Lanzelot (Lanzelot von Thurn in Glurns 1370), Wigalois (de Niderhaus 1314), Iwein (Iwein de Rothenstein 14(..).*
Die so oft vorkommenden Namen Karl und Roland (Roland von Lichtenstein im 13. Jahrhundert, Roland von Schrifenstein 1497, Roland von Mareit 1349) erinnern uns an die kärlingischen Sagen.
Von Namen, die auch berühmte Dichter des Mittelalters tragen, findet sich am zahlreichsten Freidank (Freidank von Vals 1336, Freidank Göszl 1454, Freidank von Auhofen 1358, Freidank Stegen 1295, Freidank Stuck 1316), was uns nicht überraschen darf, da Freidanks Bescheidenheit in Tirol sehr bekannt und geschätzt war.
Ein Vellenburger führte den Namen Wolfram (im 14.Jhdt.). Nebst Gotfried begegnen uns öfters Hartman: Hartman de Stufels 1319; Hartman von Langenmantel 1330, Hartman Stuck 1260, und Werner: Werner von Millûn I. 1142, II. 1192, Werner de Varn 1280, Werner de Hettingen I. 1301, II. 1327, III. 1331, Werner de Völs 1120., Werner Fink von Katzenzungen I. 1260, II. 1288, III. 1318, Werner de Albeins 1143, Werner de Räsina 1176.
Aus den angeführten Beispielen, die ich in Mairhofers Genealogien des tirolischen Adels entnahm, zeigt sich, daß die Namen der berühmtesten Helden der deutschen Dichtungen des Mittelalters wohl bekannt und als Taufnamen sehr beliebt waren.
Mit dem 15. Jahrhundert verschwinden mehr und mehr die alten Namen, wie die Kenntniß der alten heimischen Dichtung und Sage allmählich erlosch. An die Stelle der ehrwürdigen schönen Namen der Altvorderen treten Benennungen wie Balthasar, Melchior, Kaspar, Eva, Zacharias, Justina, Elias, Achatius, Erasmus, Eustachius, Gabriel, Tobias, Potentiana, Ossara und ähnliche.
Freuen würde es den Verfasser dieser Zeilen, wenn er durch sie nicht nur das Augenmerk auf die reichen Namen des Mittelalters gelenkt, sondern auch dazu beigetragen hätte, den einen oder den andern wieder in Gebrauch zu rufen. Schließlich sei noch bemerkt, daß die uralten Namen Ortwein, Siegwein und Kuprian in Tirol als Geschlechtsnamen heutzutage noch vorkommen.“

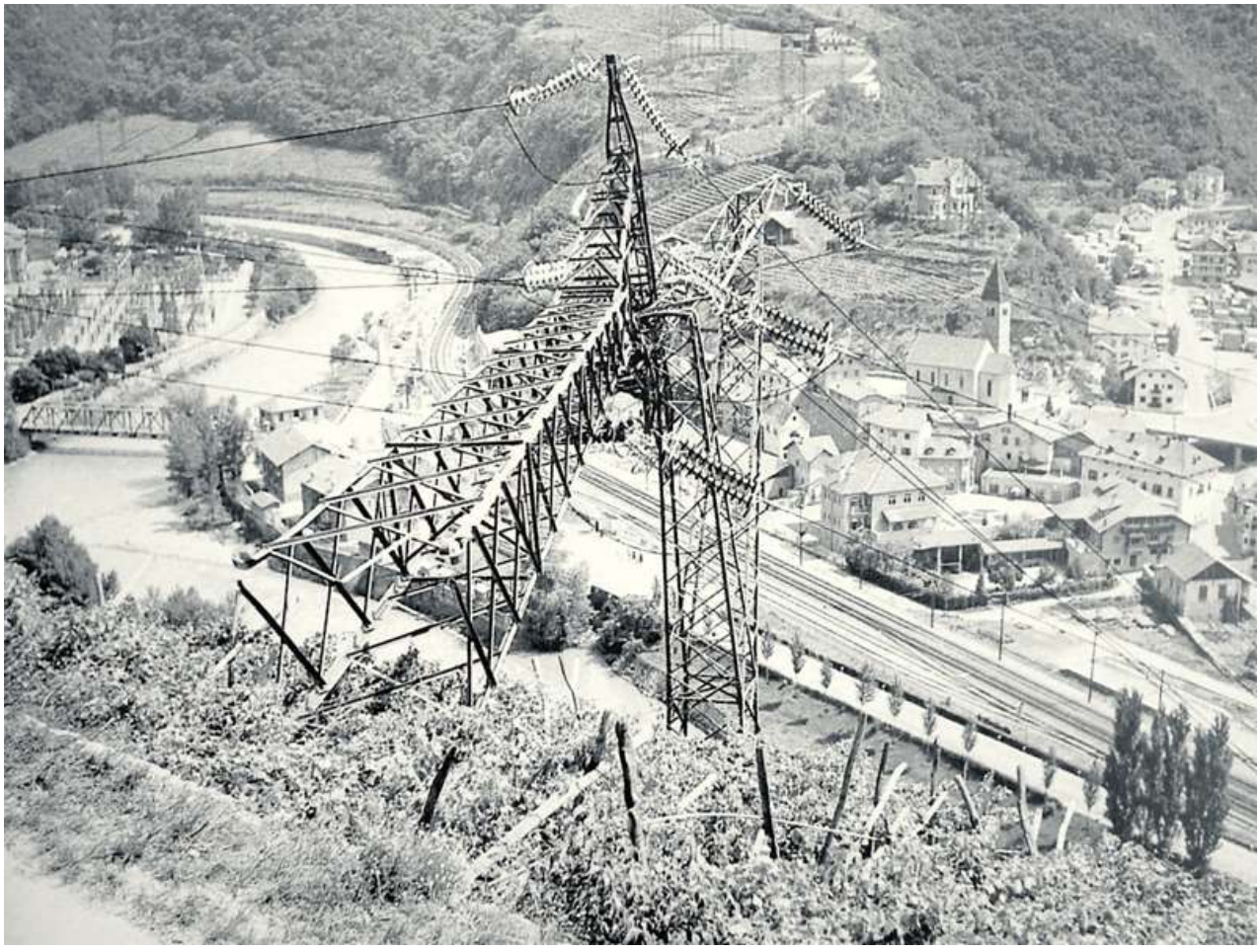
Anmerkung Dattenböck: Bedeutende Historiker und Literaturwissenschaftler sind davon überzeugt, daß *„Tirol zu jenen Gebieten des deutschen Sprachraumes gehört, wo sich die Heldendichtung länger als anderswo der Gunst der literarisch Interessierten erfreute“* [Dr. Egon Kühebacher: „Deutsche Heldenepik in Tirol. König Laurin und Dietrich von Bern in der Dichtung des Mittelalters“; Vorwort S. 5, Athesia-Verl. 1979].

Für das Epos ‚Laurin' und das' Eckenlied' ist es, laut Kühebacher *„jedenfalls wesentlich, daß die heldenepische und ritterlich-höfische Schicht auf volkstümlichem Südtiroler Erzählgut größtenteils ladinischer Herkunft ruht."* Das ‚Ambraser Heldenbuch' wurde zwischen den Jahren 1504 bis 1516 von Hans Ried, Zöllner am Eisack, im Auftrag des Kaisers Maximilian I. abgeschrieben. Für unser Wissen über die gesamte mittelhochdeutsche Dichtung ist dieses Buch von unschätzbarem Wert, denn hier werden uns die mittelhochdeutschen Epen ‚Kudrun', ‚Biterolf und Dietleib', Hartmann von Aues ‚Erec', sowie ‚Meier Helmbrecht' und das Nibelungenlied überliefert.

07) 60 Jahre „Feuernacht": Auspizien des Südtiroler Freiheitskampfs

Von Reinhard Olt

16. 06. 2021



Bildquelle: Prof. Olt

Ein Reisebus verlässt Innsbruck. Die Insassen begeben sich auf „Exkursion" nach Verona. „Pro arte et musica" heißt ihr Programm, auf das sie Günther Andergassen, Hochschullehrer am Salzburger Mozarteum, mitnimmt. Doch sie sind keine gewöhnlichen Ausflügler, ihre Fahrt am 10. Juni 1961 dient der Tarnung. Auch Herlinde Molling, die an diesem Tag ihr Sport-Coupé mit dem Münchner Kennzeichen M-LE 333 gen Süden chauffiert, um in Vilpian, einem Ort zwischen Bozen und Meran, auf ihren Mann Klaudius zu treffen, der zu besagter Reisegruppe gehört, ist nicht wirklich zum Vergnügen unterwegs. Im Kofferraum transportiert sie Sprengstoff. Sprengstoff führen auch die „Exkursionsteilnehmer" in

Rucksäcken mit sich. Auf Almhütten, Waldlichtungen, selbst in einem Gasthof mitten in Bozen trifft man sich mit Landsleuten aus dem südlichen Teil Tirols und übergibt ihnen die portionierten „Mitbringsel“.

Donarit und Zeitzünder



Am Spätabend des 11. Juni verlässt Luis Steinegger seinen Hof und fasst oberhalb von Tramin das dort in einer Höhle verwahrte Donarit, welches einer der Exkursionsteilnehmer überbracht hat. Mit seinem Freund Oswald Kofler präpariert er zwei Strommasten in Altenburg. Sie befestigen den Sprengstoff, legen die Zündschnur lose um die Stahlträger. Dann wird der Zeitzünder, Marke Eigenbau, scharf gemacht. Die Uhr der Dorfkirche schlägt zehn Mal, als Steinegger den Zünder auf eins stellt. Pünktlich um ein Uhr detonieren die Ladungen, die Strommasten krachen in sich zusammen. Dasselbe in Sinich nahe Meran, wo Sepp Innerhofer von Schenna aus mit dem Feldstecher beobachtet, wie die von ihm „geladenen“ Masten unter widerhallendem Getöse wie Streichhölzer umknicken. Auch in Bozen durchbricht um dieselbe Zeit ein lauter Knall die nächtliche Ruhe. Das donnergleiche Grollen, dem weitere Detonationen folgen, reißt viele aus dem Schlaf. Zwischen eins und halb vier blitzt und knallt es rund um den Bozner Talkessel, krachen stählerne Ungetüme zu Boden. (Zeitzeugenberichte aus dem 2011 im Innsbrucker Tyrolia-Verlag erschienenen Buch „Südtirol 1961, Herz Jesu-Feuernacht …“ von Birgit Mosser-Schuöcker und Gerhard Jelinek)

Ausnahmezustand, Haft, Folter, Tod

Am Morgen des 12. Juni, des „Herz-Jesu-Sonntags“, wird das Ausmaß dessen ersichtlich, was die „Feuernacht“ bewirkte: 37 Hochspannungsmasten, acht Eisenbahnmasten und zwei zu Kraftwerken führende Hochdruckwasserleitungen sind in die Luft geflogen: Eine effektvolle konspirative Gemeinschaftsaktion des „Befreiungsausschusses Süd-Tirol“ (BAS) mit dem Ziel der größtmöglichen Schädigung Italiens unter Schonung von Menschen und Privateigentum. Die Weltöffentlichkeit soll auf das Südtirol-Problem aufmerksam gemacht und auf die als Besatzungsregime empfundene italienische Staatsmacht Druck ausgeübt werden. Dem BAS gehören etwa 200 Aktivisten aus beiden Teilen Tirols an: „Wir fordern für Südtirol das Selbstbestimmungsrecht! (…) Europa und die Welt werden unseren Notschrei hören und erkennen, dass der Freiheitskampf der Südtiroler ein Kampf (…) gegen die Tyrannei ist.“ Doch ihr Aufruf zum Kampf erfährt erst breitere Unterstützung, als die Bevölkerung die Reaktion Roms auf die Feuernacht direkt verspürt: es verhängt den

Ausnahmezustand über die Provinz, das gesamte IV. Armeekorps – 24 000 Soldaten – sowie zusätzlich 10 000 Carabinieri – kasernierte Polizeikräfte – werden nach Südtirol verlegt. Bis Ende Juli werden die meisten Südtiroler BAS-Mitglieder inhaftiert, darunter auch Sepp Kerschbaumer, ihr Kopf. Seine Mitstreiter Franz Höfler und Anton Gostner erliegen grausamen Folterungen in der Carabinieri-Kaserne von Eppan. Jetzt erst kommt es zu einer Welle der tätigen Solidarität. Auch von politischer Seite in Österreich.



Was treibt die „Bumser“ an, wie die Attentäter noch heute im Volksmund genannt werden? Sie wollen ein markantes Zeichen setzen, um die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf das ungebrochene neokolonialistische Gebaren Roms zu lenken. Der südliche Landesteil Tirols ist Italiens Kriegsbeute, Belohnung dafür, dass es aus dem Dreibund (mit Deutschem Reich und Österreich-Ungarn) zu Beginn des Ersten Weltkriegs ausschert, sich anfangs als „Neutraler“ geriert, um 1915 auf der Seite der Entente-Mächte England und Frankreich als Verbündeter in den Krieg eintritt. Vor dem Untergang der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie war es – wie „Welschtirol“ (Trentino) für fünf Jahrhunderte Teil der „gefürsteten Grafschaft Tirol“ und also Habsburger-Kronland. Nach dem Friedensdiktat von Saint-Germain-en-Laye (10. September 1919) gliedert das Königreich Italien am 10. Oktober 1920 das Land bis zum Brenner ein. Mit der Machtübernahme Mussolinis 1922 soll das „Alto Adige“ („Hochetsch“) entdeutscht und kulturell italianisiert werden. Das römische Verwaltungssystem wird eingeführt, die italienische Sprache zur alleinigen Amts- und Unterrichtssprache erklärt. Infolge gezielter Ansiedlung von Unternehmen und Beschäftigten aus Altitalien verdreifacht sich bis 1939 die Zahl ethnischer Italiener in Südtirol. Schließlich verabreden die Diktatoren Mussolini und Hitler, „Achsenpartner“ im bald darauf entfesselten Krieg, das sogenannte Optionsabkommen: damit zwingen sie die Südtiroler, sich entweder für „das Reich“ zu entscheiden und die Heimat zu verlassen, oder zu bleiben und in der Italianità aufzugehen.



Die verfälschte Autonomie

Nach dem Zweiten Weltkrieg verwerfen die Alliierten die Rückgliederung Südtirols an Tirol und das wieder erstandene Österreich, wie es mehr als 175 000 im Geheimen gesammelte und in Innsbruck an Kanzler Leopold Figl übergebene Unterschriften fordern. Zwar gesteht ein zwischen Außenministern Karl Gruber und dem italienischen Ministerpräsidenten Alcide de Gasperi im September 1946 zu Paris geschlossenes Abkommen den Bewohnern der Provinz Bozen weitgehende sprachliche und kulturelle Rechte sowie eine gewisse Selbstverwaltung zu. Doch Rom führt diese Übereinkunft im ersten Autonomiestatut von 1948 dadurch ad absurdum, dass es seine Gültigkeit für die Region Trentino-Alto Adige festlegt, worin die beiden Nachbarprovinzen zusammengeschlossen und die Südtiroler von der Dominanz der ethnischen Italiener des Trentino majorisiert sind. Dagegen und gegen die auch vom demokratischen Italien quasi in Kolonialherrschaftsmanier bruchlos fortgesetzte Ansiedlung von Süditalienern – in neuerlichen Wohnbau- und Industrieprojekten – wenden sie sich in der vom nachmals legendären Landeshauptmann Silvius Magnago initiierten „Los von Trient“-Bewegung. Die 1950er und 1960er Jahre sind daher vom Aufbegehren gegen die römische Politik erfüllt. Vorläufer des BAS ist die „Gruppe Stieler“; auch sie hält sich strikt an das Gebot „Gewalt lediglich gegen Sachen“.



Gleichwohl kommt es am Tag nach „Feuernacht“ durch unglückliche Umstände zum ersten Opfer; ein italienischer Straßenwärter entdeckt nahe (der Provinz- und Sprachgrenze an der Landenge von) Salurn an einem mächtigen Baum einen nicht detonierten Sprengsatz, mit dem der Baum gefällt und die Straßenverbindung gen Trient sinnfällig-zeichensetzend unterbrochen werden sollte, der ihn während seines Entfernungsversuchs tötet. Infolge späterer Anschläge sind – auf beiden Seiten – insgesamt 25 Todesopfer zu beklagen. Jüngere Forschungen haben indes gezeigt, dass davon nicht wenige auf das Konto konspirativer Anschläge unter maßgeblicher Beteiligung italienischer Geheimdienstleute sowie des italienischen Zweigs „Gladio“ der verdeckt operierenden Nato-Geheimorganisation „Stay behind“ gehen.

150 BAS-Aktivisten wird man habhaft, einige können entkommen und setzen ihre Aktivitäten von Nord- und Osttirol aus fort. Im Mailänder Sprengstoffprozess 1963 gegen 94 Angeklagte (87 aus Südtirol, 6 aus Österreich, einer aus der Bundesrepublik) werden zumeist langjährige Haftstrafen ausgesprochen. Ein halbes Jahr später stirbt Sepp Kerschbaumer in einem Veroneser Gefängnis; 15.000 Südtiroler folgen seinem Sarg.

Viel ist seit jener „Feuernacht“ in Südtirol geschehen. Aufgrund zweier Deklarationen der Vereinten Nationen (UN), vor die der damalige österreichische Außenminister Bruno Kreisky den Südtirol-Konflikt trägt, wird in zähen Verhandlungen zwischen Rom, Bozen und Wien schließlich eine Lösung in Form eines neuen Autonomiestatuts gefunden, der die seit 1945 im Lande dominante Südtiroler Volkspartei (SVP) 1969 mit knapper Mehrheit zustimmt. Verbunden mit „Paketmaßnahmen“ und „Durchführungsbestimmungen“, deren Verwirklichung sich aufgrund römischer Finten immer wieder verzögert, wird der Konflikt mit der von der Schutzmacht Österreich vor den UN abgegebenen „Streitbeilegungserklärung“ gegenüber Italien erst 1992 völkerrechtlich beigelegt. Heute gehört die Provincia autonoma di Bolzano – Alto Adige Autonome Provinz Bozen-Südtirol zu den prosperierenden Gebieten Italiens und darüber hinaus, weshalb diejenigen, die mit den obwaltenden Verhältnissen, in denen sie sich mehr oder weniger komfortabel einrichteten, zufrieden sind und sie, wie allem Anschein nach die heutige Führung der nach wie vor regierenden Mehrheitspartei SVP –

und mit ihr alle Parlamentsparteien des „Vaterlands Österreich“ außer der oppositionellen FPÖ – quasi als politischen und rechtlichen Endzustand erachten sowie als „Vorbild für die friedliche Beilegung von Minderheitenkonflikten“ propagieren. Alle anderen Südtiroler deutscher und ladinischer Zunge, die deutschsüdtiroler Opposition ohnedies, die austro-patriotischen Vereinigungen wie Heimatbund (SHB) und Schützen (SSB), aber auch diejenigen wenigen in der SVP, die die Autonomie nicht als „Endstadium“, sondern lediglich als Zwischenschritt auf dem völkerrechtlich möglichen und menschenrechtlich gebotenen Weg zur Selbstbestimmung betrachten, welche 1919 und 1946 verweigert wurde, setzen sich nach wie vor für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts ein.

Kein „Ende der Geschichte“

Ist der „Feuernacht“ eine politische Bedeutung und zukunftsgestalterische Wirkkraft eigen? Stets lehnten Magnago und die engere SVP-Führung Anschläge als prinzipiell verwerfliche Taten ab. Ebenso wie österreichische Politiker aus der Erlebnisgeneration bestritten sie, von deren Vorbereitung gewusst oder mit den Aktivisten zu tun gehabt oder gar zusammengewirkt zu haben. Das darf jedoch in dieser Pauschalität füglich bezweifelt werden, weil wir heute wissen, dass und welche Persönlichkeiten in Nordtirol, in anderen österreichischen Bundesländern, auch im benachbarten Bayern sowie in der damaligen Bonner Politikerriege und selbstredend auch in Südtirol hinter ihnen standen, ihr Tun wenn nicht ausdrücklich guthießen so doch mit Sympathie – und vereinzelt sogar über das Ideelle hinaus – begleiteten. Später hieß es dann, die Anschläge seien als „Anstoß für die Änderung der italienischen Südtirolpolitik“ zu sehen, an deren Ende die „Paket-Lösung“ von 1969 und das Zweite Autonomiestatut von 1972 standen. Das sei letztlich jenen zu verdanken (gewesen), die mit dem Einsatz ihres Lebens wesentlich dazu beitrugen, die Heimat vor Italiens ins Werk gesetztem fait accompli, nämlich einebnende, entnationaliserende Assimilierung, zu bewahren. Magnago äußert einmal, die Anschläge hätten „einen bedeutenden Beitrag zum Erzielen einer besseren Autonomie für Südtirol“ geleistet.

Doch Autonomie als Zustand und Wert an und für sich, wie sie Magnagos politische Enkel innerhalb und außerhalb seiner SVP geradezu verabsolutieren, weil es ihrem wohlgefälligen Mehren selbstbetrügerischen Zufriedenheitsempfindens frommt und das kompromisslerische Arrangement mit Rom sowie die schleichende Italophilie begünstigt, oder gewissermaßen gar als eine Art „Ende der Geschichte“ betrachten, wie nicht wenige Angehörige der politischen Klasse Österreichs – all ihren Sonntagsreden von der „Herzensangelegenheit Südtirol“ zum Trotz – wollten just die Freiheitskämpfer nicht. Weder jene, derer die italienische Staatsmacht 1961 und in den Jahren danach habhaft wurde, sie als „Terroristen“ verurteilte und manche sogar zu Tode schund; noch die damals Entwischten und in Abwesenheit menschenrechtswidrig zu lebenslänglicher oder mehrjähriger Haft Verurteilten und die seitdem ihre Heimat nicht mehr gesehen haben. Und schon gar nicht all jene, die sich ihnen und ihren Zielen auch heute und in Zukunft weiter verbunden und diesseits wie jenseits des Brenners durchweg ihrem Erbe verpflichtet fühlen.



Selbstbestimmtes „Los von Rom“

Ihr Ziel war und bleibt die Selbstbestimmung, das ideelle, materielle, politisch-rechtliche „Los von Rom“. Zu welchem Behufe und in welcher völker- oder staatsrechtlich geregelten Form, ob als nurmehr absolut lose mit Italien verbundenes, über Kulturhoheit, Jurisdiktion und Polizeigewalt verfügendes autonomes Territorium mit weitestgehendem Eigenstaatlichkeitscharakter, ob als von Österreich und Italien gemeinsam verwaltetes Kondominium mit Eigenrecht, ob als gänzlich unabhängiger souveräner Kleinstaat, ob als zehntes Bundesland Österreichs oder ob mit dem Bundesland Tirol und also Österreich wiedervereint, ist und bleibt offen. Klar muss allerdings sein, dass über das südliche Tirol und dessen Zukunft allein diejenigen zu befinden haben, die weder 1918/19 noch 1945/46 gefragt, sondern vor vollendete Tatsachen gestellt worden sind, nämlich die Südtiroler deutscher und ladinischer Zunge – und zwar in freier, gleicher und geheimer Ausübung ihres unverbrüchlichen Rechts auf Selbstbestimmung.



Prof. Dr. phil. Dr. h.c. Reinhard Michael Olt *war 27 Jahre Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (F.A.Z.) und von 1994 bis 2012 deren politischer Korrespondent in*

Wien für Österreich, Ungarn, Slowenien, zeitweise auch für die Slowakei. Daneben nahm er Lehraufträge und an deutschen und österreichischen Universitäten wahr und lehrte als Gastprofessor an ungarischen Hochschulen.
Seit 1990 ist er Träger des Tiroler Adler-Ordens, seit 2013 des Großen Adler-Ordens. 1993 erhielt er den Medienpreis des Bundes der Vertriebenen (BdV). 2003 zeichnete ihn der österreichische Bundeskanzler mit dem Leopold-Kunschak-Preis aus, und der österreichische Bundespräsident verlieh ihm den Professoren-Titel. 2004 wurde er mit dem Otto-von- Habsburg-Journalistenpreis für Minderheitenschutz und kulturelle Vielfalt geehrt und ihm das Goldene Ehrenzeichen der Steiermark verliehen.
2012 promovierte ihn die Eötvös-Loránt-Universität in Budapest zum Ehrendoktor (Dr. h.c.), verbunden mit der Ernennung zum Professor, und 2013 verlieh ihm der österreichische Bundespräsident das Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst. 2021erhielt er vom ungarischen Staatspräsidenten das Komturkreuz des ungarischen Verdienstordens.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) 60 Jahre Feuernacht – DANKE!

Pressemitteilung,
Tirol, den 8. Juni 2021.

Höchste Zeit, die Freiheitskämpfer heim zu lassen.

DANKE! Mit diesem Wort in Form von großen Buchstaben haben Vertreter der Süd-Tiroler Freiheit heute vor dem Landtag an die Feuernacht erinnert, welche sich in dieser Woche zum 60. Mal jährt. Vor dem Landtag anwesend waren auch Freiheitskämpfer aus den 1960er Jahren, die eindrucksvoll schilderten, wie wichtig die Anschläge waren, um für die Volksgruppenrechte der Süd-Tiroler zu kämpfen. Neben der Erinnerung an dieses bedeutende Ereignis stand aber auch die Forderung im Vordergrund, die noch immer im Exil lebenden Freiheitskämpfer endlich heim zu lassen. Bereits diese Woche wird dazu im Landtag ein Antrag zur Abstimmung gelangen.

Die Freiheitskämpfer der 60er Jahre haben ihre Gesundheit und ihr ganzes Leben dafür geopfert, dass wir Süd-Tiroler unsere Volksgruppenrechte erlangten. Ohne die Feuernacht, mit der die Weltöffentlichkeit auf das Süd-Tirol-Problem aufmerksam gemacht wurde, hätte Italien die Autonomieverhandlungen weiter verzögert und die Italienisierung ungehindert fortgeführt. Es ist uns daher ein besonderes Anliegen, den Süd-Tiroler Freiheitskämpfern vor dem Landtag auch offiziell für ihren Einsatz zu danken, so die Landtagsabgeordneten Sven Knoll und Myriam Atz-Tammerle. **Das, was die Süd-Tiroler Freiheitskämpfer für unsere Heimat und unser Volk geleistet haben, ist keine Selbstverständlichkeit, ihnen gebührt dafür unser Dank und unsere Anerkennung!**

Umso verwerflicher ist es daher, dass jene Freiheitskämpfer, die sich durch ihre Flucht nach Österreich vor Folter, Kerker und gezielter Ermordung retten konnten, noch immer im Exil leben müssen und nicht zu ihren Familien nach Süd-Tirol zurückkehren dürfen. Es ist höchst an der Zeit, endlich einen Schlussstrich unter dieses leidvolle Kapitel zu ziehen und dafür Sorge zu tragen, dass diese Helden unserer Heimat endlich heimkehren dürfen.

In diesen Tagen findet Rom ein Treffen zwischen dem österreichischen Bundespräsidenten und dem italienischen Staatspräsidenten statt, bei dem es auch um die Frage der Freiheitskämpfer geht. Mit dem Antrag im Landtag soll daher auch die Forderung

Süd-Tirols nach einer Begnadigung bzw. Amnestie nochmals offiziell unterstrichen werden. Italien schuldet Süd-Tirol zumindest dieses Zeichen der Wiedergutmachung.

Das Vermächtnis der Süd-Tiroler Freiheitskämpfer ist uns ein politischer Auftrag. Die Süd-Tiroler Freiheit wird daher mit einer ganzen Reihe von Veranstaltungen und Initiativen an die Feuernacht vor 60 Jahren erinnern.



PS: Foto (v.l.n.r.: Maya Mayr, Meinrad Berger, Myriam Atz-Tammerle, Sven Knoll, Eva Klotz, Herlinde Molling, Klaudius Molling) und Antrag im Anhang. Für Rückfragen erreichen Sie den L.-Abg. Sven Knoll unter der österreichischen Handynummer +43 676 6800409

SÜD-TIROLER FREIHEIT
Landtagsfraktion
Südtiroler Straße 13 | 39100 Bozen
landtag@suedtiroler-freiheit.com
www.suedtiroler-freiheit.com
Tel. +39 0471 946170

Öffnungszeiten: Montag bis Freitag
von 9 bis 12 Uhr sowie von 15 bis 18 Uhr

Südtiroler Landtag
Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
Cunsëi dla Provinzia autonoma de Bulsan

Bozen, 15.11.2018

An den Präsidenten
des Südtiroler Landtages
Bozen

BEGEHRENSANTRAG

Nr. 1/18

Begnadigung der Süd-Tiroler Freiheitskämpfer

Im Jahr 2015 hat der Südtiroler Landtag mit großer Mehrheit einen Antrag zur Begnadigung der Süd-Tiroler Freiheitskämpfer angenommen. Seither hat es im Fall Tiralongo und der Porze-Scharte neue Erkenntnisse gegeben, die aufzeigen, dass die Süd-Tiroler Freiheitskämpfer zu Unrecht beschuldigt werden. Trotz dieser neuen Erkenntnisse und mehrfacher Interventionen hat Italien jedoch noch immer keine Maßnahmen zur Begnadigung der Süd-Tiroler Freiheitskämpfer ergriffen. Es ist daher ein notwendiger Akt der Willensbekundung, dass auch der neugewählte Süd-Tiroler Landtag die Forderung nach einer Begnadigung der Süd-Tiroler Freiheitskämpfer erhebt.

Seit Jahren wird bereits auf die untragbare Situation jener Männer hingewiesen, welche sich in den 1960er Jahren am Süd-Tiroler Freiheitskampf beteiligt haben und dafür bis heute vom italienischen Staat juridisch verfolgt werden, da sie sich durch Flucht vor Folter und Gefängnis retten konnten. Noch immer ist es diesen Männern nicht möglich, lebend nach Süd-Tirol einzureisen, bzw. von ihren bürgerlichen Rechten Gebrauch zu machen. Es sei in diesem Zusammenhang nur an das Schicksal von Siegfried Steger erinnert, der vor einigen Jahren nicht einmal am Begräbnis seiner eigenen Mutter teilnehmen durfte, sowie an jenes von Heinrich Oberlechner, der nur mehr als Toter in sein Heimattal zurückkehren konnte.

Bolzano, 15/11/2018

Al presidente
del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
Bolzano

VOTO

N. 1/18

Concessione della grazia agli attivisti sudtirolesi

Nel 2015 il Consiglio provinciale ha approvato a grande maggioranza una mozione con cui si invoca la grazia per gli attivisti sudtirolesi. Da allora, per quanto riguarda il caso Tiralongo e l'attentato di Cima Vallona ci sono stati nuovi sviluppi in base ai quali gli attivisti sudtirolesi sarebbero stati condannati ingiustamente. Nonostante i nuovi elementi e svariati interventi, l'Italia non ha mai preso provvedimenti per graziare queste persone. È dunque assolutamente necessario che anche il neoeletto Consiglio provinciale faccia sentire la propria voce chiedendo la grazia per gli attivisti sudtirolesi.

Da anni ormai si fa presente l'insostenibile situazione di quegli uomini che negli anni '60 hanno partecipato all'attivismo sudtirolese e che da allora sono perseguiti dallo Stato italiano essendo fuggiti all'estero per scampare alla tortura e al carcere. A questi uomini è tuttora precluso il rientro da vivi in Alto Adige ovvero la possibilità di avvalersi dei diritti civili. Basti pensare alla vicenda di Siegfried Steger, che alcuni anni fa non ha potuto partecipare al funerale della madre, o a quella di Heinrich Oberlechener, che due anni fa è potuto tornare solo da morto nella sua valle di origine.

An Einzelschicksalen wie diesen wird ersichtlich, dass es sich bei den ausstehenden Begnadigungen der Süd-Tiroler Freiheitskämpfer nicht nur um eine politische Angelegenheit handelt, sondern überdies um eine menschliche Tragödie, deren Tragweite für Nichtbetroffene kaum nachzuempfinden ist. Ohne dabei die Tragik der Opfer vergessen zu wollen, die es auch auf italienischer Seite gegeben hat, sei darauf hingewiesen, dass die Umstände ihres zu Todes, bzw. die damit verbundenen Verstrickungen des italienischen Geheimdienstes, vielfach noch immer nicht geklärt wurden, die Schuld dafür aber pauschal den Süd-Tiroler Freiheitskämpfern in die Schuhe geschoben wurde. Vor allem aber sei bemerkt, dass es weder des Freiheitskampfes noch der Toten bedurft hätte, wenn Italien nicht imperialistische Machtansprüche auf Süd-Tirol geltend gemacht hätte.

I destini di queste persone mostrano che la concessione della grazia agli attivisti sudtirolesi non è solo una questione politica ma anche e soprattutto una tragedia umana, che le persone non coinvolte possono immaginare solo con grande sforzo. Senza volere per questo dimenticare la tragedia delle vittime che ci sono state anche da parte italiana, va però detto che non sono state ancora chiarite le circostanze della loro morte o il coinvolgimento dei servizi segreti italiani, e che l'intera colpa è stata addossata agli attivisti sudtirolesi. Va altresì ricordato che non ci sarebbero stati né l'attivismo sudtirolese né quei morti se l'Italia non avesse avanzato rivendicazioni imperialistiche sull'Alto Adige.

Die Freiheitskämpfer der 1960er Jahre haben sich, vergleichbar mit den Partisanen des Zweiten Weltkrieges, gegen die verbrecherischen Methoden eines Staates zur Wehr gesetzt, dessen einziges Ansinnen es war, Süd-Tirol mit allen Mitteln zu unterdrücken und zu italienisieren.

Gli attivisti degli anni '60, così come i partigiani della seconda guerra mondiale, si sono opposti ai metodi criminali di uno Stato il cui unico obiettivo era quello di sottomettere e italianizzare l'Alto Adige con qualsiasi mezzo.

Ohne den Einsatz der Freiheitskämpfer, die für Land und Leute ihr gesamtes Leben geopfert haben, und diese Last bis heute tragen, wäre das Süd-Tirol Problem nicht internationalisiert worden und es in der Folge auch nicht zu „raschen" Autonomieverhandlungen gekommen, von deren Ergebnissen heute alle Sprachgruppen profitieren.

Senza l'intervento degli attivisti, che hanno sacrificato tutta la loro vita a questa terra e ai loro abitanti e che ne pagano ancora il prezzo, la questione sudtirolese non sarebbe assurta a rango internazionale, e in seguito non ci sarebbero state "rapide" trattative per un'autonomia di cui oggi beneficiano tutti i gruppi linguistici.

Angesichts der Tatsache, dass der italienische Staat in den letzten Jahren unzählige Schwerverbrecher und Terroristen begnadigt hat, ist die ausstehende Begnadigung der verbliebenen Süd-Tiroler Freiheitskämpfer nicht nur ein längst überfälliger Akt der politischen Gerechtigkeit, sondern vor allem ein notwendiger Akt der Menschlichkeit.

Considerato che negli ultimi anni lo Stato italiano ha concesso la grazia a innumerevoli terroristi e a persone che si sono macchiate di gravi reati, diventa un atto di giustizia politica dovuto da tempo ma soprattutto un necessario atto di umanità concedere la grazia agli attivisti sudtirolesi ancora in vita.

Dies vorausgeschickt,

Ciò premesso,

spricht sich

der Südtiroler Landtag

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

si pronuncia a favore

für eine umgehende Begnadigung der verblie-

dell'immediata concessione della grazia ai rima-

benen Süd-Tiroler Freiheitskämpfer aus und

fordert

den italienischen Justizminister, sowie den italienischen Staatspräsidenten auf,

die ausstehenden Begnadigungen der Süd-Tiroler Freiheitskämpfer der 1960er Jahre unverzüglich in Angriff zu nehmen, damit diese in ihre Heimat und zu ihren Familien zurückkehren können.

gez. Landtagsabgeordnete
Myriam Atz Tammerle
Sven Knoll

nenti attivisti sudtirolesi e

invita

il ministro della Giustizia nonché il presidente della Repubblica

a procedere quanto prima alla concessione della grazia agli attivisti sudtirolesi degli anni '60 affinché possano tornare nella loro terra e dalle loro famiglie.

f.to consiglieri provinciali
Myriam Atz Tammerle
Sven Knoll

Beim Generalsekretariat des Südtiroler Landtages am 15.11.2018 eingegangen, Prot. Nr. 5206/he

Pervenuto alla segreteria generale del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano in data 15/11/2018, n. prot. 5206/PA

Am Sonntag., 06. Juni 2021, um 07:46 Uhr, schrieb unser Mitarbeiter G. Datterböck aus Osterreich:



„***Selbst wenn Italien den Schlern mit Gold überziehen wollte, könnten wir dem Ziel der Landeseinheit nicht entsagen****!"* Dieser programmatische Satz des Kaiserjäger-Offiziers und mutigen Streiters gegen den Faschismus, Dr. Eduard Reut-Nicolussi (22.6.1888 in Trient, † 18.7.1958), ist das Bekenntnis aller Patrioten, ganz gleich, welcher weltanschaulich Gesinnung sie immer angehören mögen.

Dem Landtagspräsidenten Sepp Noggler wurde am 3.7.2020 in Bozen von einer Abordnung der Schützen ein Manifest übergeben, das in Deutsch, Italienisch und Ladinisch verfasst worden ist. Dort steht:

„Wenn Südtirol heute ein blühendes Land ist, so verdanken wir dies vor allem der Zähigkeit und dem Fleiß vieler Landsleute. Südtirols Geschichte ist eine Geschichte von Armut und Entbehrung, von harter Arbeit und unbeugsamen Willen, von fremder Unterdrückung und einheimischem Widerstand, es ist eine Geschichte, die uns Respekt und Achtung abverlangt. Das heutige Südtirol ist eine Erbschaft – von uns geerbt und geliehen. Aber nur auf Zeit, um es unseren Kindern weiterzugeben. Vererben wir unseren Kindern aber vor allem eines; eine sichere Zukunft in einem sicheren Land. Hohe Landespolitik, liebe Südtirolerinnen und Südtiroler, schreiben wir gemeinsam Geschichte und gehen wir gemeinsam diesen eingeschlagenen, diesen eigenen Weg bis zum Ende. ***Zu keinem Zeitpunkt kann dem Südtiroler Volk das Recht auf Selbstbestimmung vorenthalten werden****. Südtirol hat den Verbleib bei Italien* ***nie angestrebt****. Die Autonomie ist eine Zwischenlösung.* ***Das Selbstbestimmungsrecht aber ist und bleibt ein Grundrecht eines jeden Volkes****. Wir fordern deshalb im Sinne der Unabhängigkeit und Freiheit den Südtiroler Landtag dazu auf, alles Notwendige in die Wege zu leiten. Südtirol kann!"*

Der Landeskommandant der Schützen, Jürgen Wirth-Anderlan, sagte bei diesem Anlaß:

„Nach 100 Jahren Unrecht und nach 100 Jahren Pleiten, Pech und Pannen bei diesem für uns fremden Staat, ist wohl die Zeit gekommen, dass sich auch unsere Landespolitiker auf die Verabschiedung vorbereiten sollten. Denn wer an eine Auferstehung Italiens nach dieser Krise glaubt, der glaubt wohl auch daran, dass man Wasser schweißen kann. Die Freiheit und die Selbstbestimmung sind unser höchstes Gut, und genau dafür lohnt es sich zu kämpfen, aus Respekt vor der Vergangenheit und aus Verantwortung gegenüber der Zukunft“

Das Volk singt: Bozner Bergsteigermarsch / Wohl ist die Welt so groß und weit

https://youtu.be/p_8LnrL3s7w

Karl Felderer, St. Christina

1. Wohl ist die Welt so groß und weit
Und voller Sonnenschein
Das allerschönste Stück davon
Ist doch die Heimat mein
Dort wo aus schmaler Felsenkluft
Der Eisack springt heraus
Von Sigmunds Kron der Etsch entlang
Bis zur Salurner Klaus

Hei di hei da hei da
Ju vi val le ral le ra
Hei da hei da
Ju vi val le ral le ra.

2. Wo König Ortler seine Stirn
Hoch in die Lüfte reckt,
Bis zu des Haunolds Alpenreich,
Das tausend Blumen deckt:
Dort ist mein schönes Heimatland
Mit seinem schweren Leid,
Mit seinen stolzen Bergeshöh'n,
Mit seiner stolzen Freud.

3. Im Frühling, wenn's im Tal entlang
Aus allen Knospen sprießt,
Wenn auf dem Schlern im Sonnenhang
Der Winterschnee zerfließt:
Da fühl ein eigen Sehnen ich
Und halt es nicht mehr aus,
Es ruft so laut die Heimat mich,
Ich wandre froh hinaus.

4. Wenn in der Sommersonnwendnacht
Das Feuer still verglimmt,
Weiß jeder und das Herz ihm lacht:
Die Kletterzeit beginnt.
Von König Laurins Felsenburg,
So stolz und kühn gebaut,
Hab wohl von jeder Zinne
Oft die Heimat ich geschaut.

5. Dann kommt mit seiner Herrlichkeit
Der Herbst ins Land herein
Und alle Keller füllen sich
Mit Heimatfeuerwein.
Man sitzt beim vollen Glase dann
Und singt ein frohes Lied,
Wenn in des Abends Dämmerschein
Der Rosengarten glüht.

6. Das Jahr vergeht, die Zeit verrinnt
Und leise über Nacht deckt's Heimatland
In Berg und Tal
Des Winters weiße Pracht.
Zu einem kleinen Hüttlein
Führt die Spur von meinen Ski,
Und abends tönt vom Berg ins Tal
Ganz leis die Melodie:

7. Drum auf und stoßt die Gläser an,
Es gilt der Heimat mein:
Die Berge hoch, das grüne Tal,
Mein Mädel und der Wein!
Und wenn dann einst, so leid mir's tut,
Mein Lebenslicht verlischt,
Freu ich mich, daß der Himmel auch
Schön wie die Heimat ist!

09) 60. Jahrestag Feuernacht- Plakataktion SHB- SSB - WSB

Pressemitteilung

„Lasst uns gemeinsam das Unmögliche versuchen.

Die Freiheit und die Selbstbestimmung sind unser höchstes Gut.“

Diese Worte des Salzburger Extremsportlers Felix Baumgartner bilden die Kernaussage des neuen Plakates, das der Südtiroler Heimatbund gemeinsam mit dem Südtiroler- und dem Welschtiroler Schützenbund in Südtirol, Österreich und in Welschtirol (Hier in italienischer Sprache) aufhängen ließ.

Anlass dazu ist der 60. Jahrestag der Feuernacht, in der beherzte Frauen und Männer in der Herz-Jesu-Nacht, auf die auch nach dem Faschismus weiter fortgeführte nationalistische Politik Italiens im südlichen Tirol aufmerksam machen wollten.

Unter Sepp Kerschbaumer bildete sich eine Widerstandsbewegung, die durch gewaltsame Aktionen die Weltöffentlichkeit auf die unhaltbaren Zustände in Südtirol aufmerksam machen wollte. Das Ziel war das Selbstbestimmungsrecht und die Wiedervereinigung Tirols.

In der Nacht vom 11. auf den 12. Juni 1961 rollte eine Welle von Detonationen durch die Täler Südtirols. Stundenlang blitzten Sprengladungen auf, krachte der Donner von Explosionen, und am nächsten Morgen lagen Dutzende Stromleitungsmasten zerstört auf dem Boden.

Was war damals geschehen? Der Druck, dem die deutsche Bevölkerung Südtirols seit vier Jahrzehnten ausgesetzt war, hatte sich, nachdem alle legalen Mittel und Verhandlungen versagt hatten, in gewaltsamen Aktionen Luft gemacht.

Einladung zur Gedenkveranstaltung „60 Jahre Feuernacht“

Am Samstag, den 12. Juni erinnert der Südtiroler Heimatbund und der Südtiroler Schützenbund in einer Veranstaltung in Frangart/Eppan an diese für Südtirol so wichtigen Nacht, nach der Rom endlich einsehen musste, dass Südtirol nicht Italien ist. In Folge kam es dann zur Einsetzung der Neunzehnerkommission und ernsthaften Verhandlungen.

Die Historikerin Dr. Margareth Lun und der Ehrenlandeskommandant des SSB Elmar Thaler werden kurze Ansprachen halten und eine Kranzniederlegung für die Freiheitskämpfer wird die Gedenkfeier abschließen. Beginn ist um 18 Uhr.

(Plakattext entnommen aus der Rede von Felix Baumgartner (18. Februar 2018 in Meran).

https://youtu.be/LHOkQfFIcNk?t=217

Roland Lang

Obmann des Südtiroler Heimatbundes

Felix Baumgartner Gedenkrede - Andreas-Hofer-Landesfeier Meran
https://www.youtube.com/watch?v=LHOkQfFIcNk&t=217s





60 Jahre Feuernacht: Holt sie endlich heim!

Der Südtiroler Heimatbund und der Südtiroler Schützenbund haben gestern Abend gemeinsam in Frangart bei einer Gedenkfeier an die Feuernacht erinnert.



DANIELE FIORENTINO

Heimatbund-Obmann Roland Lang bei der Begrüßung in Frangart.

FRANGART /Z/ Der Abend begann mit der Frontabschreitung. Anschließend begrüßte Roland Lang, Obmann des Südtiroler Heimatbundes, rund 200 Schützen, Marketenderinnen und zahlreiche Interessierte, die zum Sepp-Kerschbaumer-Gedenkstein in Frangart gekommen waren.

„Heute gedenken wir der beispiellosen Frauen und Männer, die ihr Leben selbstlos in den Dienst der Heimat stellten", betonte Lang und erinnerte an die Nacht vom 11. auf den 12. Juni 1961, als 37 Strommasten in die Luft gesprengt worden waren, um international auf das Südtirol-Problem aufmerksam zu machen. Es folgte ein Wortgottesdienst, der von Diakon Hermann Pirpamer zelebriert wurde. Die Gedenkreden hielten die Historikerin Margareth Lun und Schützen-Ehrenlandeskommandant Elmar Thaler, der für eine Begnadigung plädierte. „Statt sich für ihren Mut zu bedanken, fabuliert man dann, ob denn die Anschläge wirklich hilfreich waren, sagt zum wiederholten Mal, Gewalt ist nie eine Lösung, oder bringt es sogar soweit, dass man sich mit satter Mehrheit im Landtag gegen eine Begnadigung ausspricht", so Elmar Thaler.

Nach den Gedenkreden folgten die Heldenehrung und die Kranzniederlegung. Die Ehrenkompanie „Sepp Kerschbaumer" Eppan feuerte eine Ehrensalve ab. Zum Abschluss der Gedenkfeier übergab Heimatbund-Obmann Lang dem Landeskommandanten-Stellvertreter Renato des Dorides ein Portrait des Freiheitskämpfers Luis Amplatz.

Quelle? Datum?

10) Die Feuernacht. Interview mit Hubert Speckner (Militärhistoriker im österreichischen Bundesheer/Kurator der BAS-Ausstellung „Opfer für die Freiheit“) von Mag.phil. Andreas Raffeiner
In: Tiroler Schützenzeitung, 45. Jahrgang, 3-2021, S. 12 – 14.

BOZEN von Mag. phil. Andreas Raffeiner

Die **Feuernacht**

Interview mit Hubert Speckner (Militärhistoriker im österreichischen Bundesheer / Kurator der BAS-Ausstellung „Opfer für die Freiheit“).



Herr Speckner, warum kam es zur „Feuernacht“?
Die Ursache der Feuernacht am 11./12. Juni 1961 liegt in den faschistischen Maßnahmen zur „Majorisierung“ und „Italianisierung“ Südtirols ab 1922, teilweise aber auch schon in Maßnahmen des „Siegers“ Italien nach der Annexion Südtirols nach Kriegsende. Dazu kam die „Option“, die neuerlichen Maßnahmen zur „Majorisierung“ nach dem Zweiten Weltkrieg, die neuerliche Verweigerung der Selbstbestimmung und selbst einer Volksabstimmung. Die Südtiroler Aktivisten des Befreiungsausschusses Südtirol hatten oft noch die Hilflosigkeit und die „Sprachlosigkeit“ in den italienischen Schulen unter den rein italienischsprachigen faschistischen Lehrern erlebt. Dann erlebte die Bevölkerung, wie die versprochene Autonomie durch das „Pariser Abkommen“ bzw. „Gruber-De Gasperi-Abkommen“ nicht umgesetzt wurde, dies alles unter dem drohenden Zeichen der starken italienischen Zuwanderung mit den gleichzeitigen wirtschaftlichen Folgen für die Südtiroler. Es gab kaum Wohnmöglichkeit, da die zahlreichen neu errichteten sozialen Wohnbauten, die Ina-Casa-Wohnungen, fast ausschließlich an Italiener vergeben wurden und die neu geschaffenen Arbeitsplätze in der Industriezone ebenfalls größtenteils an Italiener vergeben wurden. Und wieder erlebte die Bevölkerung die Hilf- und Sprachlosigkeit gegenüber den ausschließlich italienischsprachigen Carabinieri, der Polizei und praktisch des gesamten italienischen Verwaltungsapparates bis hin zu den Briefträgern, da in den 1950er Jahren Südtiroler Briefträger entlassen und durch Italiener ersetzt wurden. Der direkte Anlass für die Feuernacht, die Erkenntnis der BAS-Führung, jetzt etwas tun zu müssen, lag sicher auch in dem von der zeithistorischen Forschung oft unbeachteten neuen italienischen Staatsbürgerschaftsgesetz vom Frühjahr 1961, das von der DC mit Unterstützung der Neofaschisten durchgebracht wurde. Mit dieser Novelle hätte Italien per Verwaltungsakt, also ohne Gerichtsentscheid, missliebigen Südtirolern die Staatsbürgerschaft entziehen können und sie damit zu „Staatenlosen“ gemacht. Der Text dieses neuen Staatsbürgerschaftsgesetzes war mit ziemlicher Deutlichkeit auf die Optanten ausgelegt und hätte somit einen Großteil der Bevölkerung betroffen. Obwohl das neue Staatsbürgerschaftsgesetz bereits beide Kammern des Parlaments passiert hatte und lediglich die Unterschrift des Staatspräsidenten gefehlt hat, wurde es letztlich – glücklicherweise – nicht umgesetzt. Nicht zuletzt soll das internationale Interesse, das nach der Feuernacht zur Südtirol-Problematik bestand, dafür verantwortlich gewesen sein. In diesem Fall hätte die Feuernacht eine direkte Wirkung gehabt.

Gab es auch andere Möglichkeiten, sich gegen die italienische Unterdrückungspolitik zur Wehr zu setzen?
Andere Möglichkeiten, politische Aktivitäten der Südtiroler Politiker wie auch „ziviler Widerstand“ der Bevölkerung und des BAS wie die zahlreichen Flugzettel, Protestaktionen wie vor allem die Kundgebung auf Schloss Sigmundskron im November 1957 hatten wenig gefruchtet oder führten zu noch schärferen Unterdrückungsmaßnahmen. Man darf auch nicht vergessen, dass damals weltweit einige Befreiungsaktionen Erfolg hatten und daher vielleicht als Vorbild dienten.

Hat dieses Datum schlagartig die österreichisch-italienischen Beziehungen verbessert?
Die italienisch-österreichischen außenpolitischen Beziehungen verschlechterten sich nach dem Gruber-De Gasperi-Abkommen ständig, da Italien alle Versprechungen einer Autonomie verschleppte oder überhaupt verweigerte, die völkerrechtliche Relevanz des Abkommens mit der Schutzmachtfunktion Österreichs für die deutsch- und ladinischsprachige Bevölkerung Südtirols negierte und stattdessen Südtirol als „inneritalienische Angelegenheit“ und das Gruber-De Gasperi-Abkommen als ohnehin bereits erfüllt betrachtete. Österreich war als besetztem Staat bis zum Staatsvertrag 1955 außenpolitisch die Hände gebunden, was Italien als „Siegermacht“ auszunutzen wusste. Italien war ja auch Gründungsmitglied der NATO und betonte außenpolitisch ständig seine „Bündnistreue“ entgegen dem „neutralen“ Österreich. Durch den Staatsvertrag änderte sich Österreichs außenpolitischer Handlungsspielraum aber beträchtlich, was unter Außenminister Dr. Bruno Kreisky dann auch 1959 zur Erwähnung der Südtirol-Frage vor der UNO-Generalversammlung und 1960 und 1961 zur Vorbringung dieser Problematik mit zwei UNO-Resolutionen führte. Darüber entstand in Italien eine unglaubliche Aufregung, da Südtirol nach wie vor als „inneritalienische Angelegenheit“ betrachtet wurde und letztlich bis heute betrachtet wird, wie sich ja auch wieder bei der Problematik um die österreichische Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler zeigte. Italien setzte Österreich sowohl vor wie auch nach der Feuernacht außenpolitisch stark unter Druck und verstärkte diesen Druck beständig bis zum Höhepunkt, dem italienischen Veto gegen Österreichs EWG-Verhandlungen nach dem Vorfall auf der Porzescharte am 25. Juni 1967.

Nach der „Feuernacht“ wurde Südtirol in ein italienisches Heerlager verwandelt. Kann man die Reaktion Roms mit dem Wissen von heute nachvollziehen?
Man muss die Reaktion Roms bei genauerer Akteneinsicht in die umfangreichen außenpolitischen Akten zu Südtirol – die freilich nur in Österreich uneingeschränkt zugänglich sind – etwas anders sehen als bisher in der zeithistorischen Forschung üblich: Italien war offenbar keinesfalls von der Feuernacht völlig überrascht, son-

11) „Ostiiarei“ – ein venetisches Sprachrelikt?

Von Jože Rant

08. 06. 2021



Foto: Flickr / Philip Brown / Demokracija

Gibt es noch Überreste der ausgestorbenen venetischen Sprache?

Die Wochenzeitung DEMOKRACIJA veröffentlichte vor kurzem einen Beitrag des Journalisten Gašper Blažič über die Debatte und die offizielle Position der Kommission für die slowenische Sprache an der Slowenischen Akademie der Wissenschaften zu der Frage, ob die in venetischer Schrift abgefasste Inschrift „ostiiarei“ in den Höhlen von Škocjan (St. Kanzian) ein venetisches Sprachrelikt ist, oder ob es auch eine slowenische Interpretation gibt und es sich somit um eine altslowenische Inschrift handeln könne.

Die „lege artis“-Erklärung von Prof. Dr. Snoj ist die, dass es sich um eine Votivinschrift (Widmung) an einen gewissen Ostiiare handelt. Die Inschrift bestehe nur aus einem Wort, nämlich dem venetischen Personennamen Ostiiareus; es handle sich also nicht um zwei Wörter „osti iarei“, was auf Slowenisch als „gesund bleiben, jung bleiben“ interpretiert werden könnte.

Gemeinsame Vorfahren der Veneter und der Protoslowenen

Das venetische „ostiiarej“ wird aus dem Substantiv „ostij“ mit der Bedeutung „Gast“, lat. hostis, und mit dem Suffix -iar(is), gebildet. Das Suffix -iar könnte die gleiche Rolle haben wie z.B. das gallo-keltische Suffix -mar oder das (alt-)slawische Suffix -mir, die die Eigenschaft des Namensträgers betonen sollen. Allerdings kann iar (oder jar) auch ein eigenständiges Wort-Adjektiv sein, das in slawischen Sprachen Jugend, Kühnheit, Stärke bezeichnet. Zum Beispiel, jarčka ist eine junge Henne, jarec ist ein junger Widder; ferner jaro Schlange, wütend sein. Die altslawischen Götter des Frühlings sind Jarilo und Jarovit.

Selbst in den ladinischen Dialekten, in dem Gebiet, das einst von den Veneti und den Karni bewohnt wurde, ist iar im Sinne von jung noch erhalten. Zum Beispiel bedeutet „iarina“ auf Ladinisch „junge Henne“, und im Kanton Tessin finden wir den Bergnamen Monte Iarz (im Bleniotal). Im Ladinischen bedeutet „goste“ Jause, „gešč“ ist Gast, ist also verwandt mit dem slowenischen gost, gostiti se, und hier sind das g oder h noch nicht ausgestorben wie im venetischen (h)osti(s). Das venetische Ostijarei könnte somit mit junger, kräftiger Gast übersetzt werden. Wir kennen aber auch altslawische Namen wie Radegost, Gostimir, Gostislav. Aber es stimmt auch, dass das Suffix -iar (-ar oder -jar) selbst eine Aktivität in Bezug auf ein Substantiv anzeigt. Auf Slowenisch zum Beispiel: hop-hmeljar, jewel-draguljar, gosli-goslar. Auf jeden Fall sind das venezianische „iar“ und „osti“ auch im Slowenischen einigermaßen verständlich.

Die geheimnisvollen Wurzeln der Veneti

Wie viele andere Linguisten hat Snoj die venetische Sprache korrekt unter die italischen Sprachen eingeordnet (also Sprachen wie Latein, Etruskisch, Umbrisch). Über die linguistische Einordnung des Venetischen in die Familie der indoeuropäischen Sprachen sind die Meinungen jedoch noch geteilt. Ich erinnere mich zum Beispiel daran, dass der Akademiker Prof. Dr. Janez Orešnik in seinem Vortrag vor den Mitgliedern der Gesellschaft für Klassik im März 2013 sagte, dass die venetische Sprache und das Slowenische verwandte Sprachen seien, dass aber das Slowenische nicht von der venetischen Sprache abstammt. Der Keltologe und Archäologe Prof. Dr. Peter Anreiter (Universität Innsbruck) vertritt in seinem Buch über die vorrömischen Namen Pannoniens die These, dass der gesamte Ostalpenraum von der Schweiz bis nach Pannonien, also das Siedlungsgebiet der Räter, Veneter und Karnier, in vorrömischer Zeit von einem einzigen indogermanischen Volk bewohnt war, das keine Kelten waren. Auch der renommierte indogermanische Linguist Luka Repanšek klassifiziert die venetische Sprache als eine italische Sprache. Jadranka Gvozdanović (Universität Heidelberg) vergleicht die Merkmale der Sprache der nordadriatischen Veneter mit der Sprache der baltischen, osteuropäischen Veneter entlang der Weichsel und der Sprache der atlantischen, armorikanischen Veneter. Sie stellt gewisse Ähnlichkeiten zwischen ihnen fest, weist aber auch auf den Einfluss der Sprache der benachbarten keltischen Stämme hin. Sie macht ferner auf die Hinweise auf die baltischen Veneti in den Chroniken des frühen Mittelalters, unmittelbar nach dem Niedergang der Antike, aufmerksam. Jordanes (gest. 551, Getica) schreibt von den Veneti und den Slawen, dass sie aus demselben Stamm stammen, aber dass es drei verschiedene Namen für sie gebe. Procopius (De bello Gothico) schreibt, dass Veneti und Slawen die gleiche „barbarische“ Sprache sprechen. Die Sprachwissenschaft ist sich hingegen bei weitem nicht einig darüber, wie die sprachlichen Merkmale der italischen, keltischen und auch slawischen Sprachen im Falle der nordadriatischen Venetier ineinandergreifen.

Wer waren die Ureinwohner?

Es ist daher legitim zu fragen, ob es Überreste der venetischen Sprache gibt, die den slawischen (slowenischen) Charakter dieser Sprache bezeugen könnten. In antiken Inschriften in lateinischer Sprache auf römischen Steindenkmälern aus dem heutigen Slowenien, aber auch aus der weiteren Umgebung wie Istrien, Dalmatien und Pannonien, finden wir nicht nur die Namen römischer Bürger und der keltischen oder keltisierten wohlhabenden Elite, sondern auch die Namen der Ureinwohner, deren linguistische Analyse den Charakter ihrer Sprache offenbaren kann. Eine zweite Quelle für Informationen über die ausgestorbene venetische Sprache (und vielleicht auch über die rätische oder „illyrische“ Sprache) könnten die Reste der Ursprache im Sprachschatz der Dialekte der Bewohner abgelegener Bergtäler und -orte in den Ostalpen und der weiteren Umgebung, also der Ladiner in den Dolomiten, der Furlaner und vor allem der Rätoromanen in der Schweiz sein.

Geografische Namen, Bergnamen, Talnamen, Flussnamen und Familiennamen sind ebenfalls sehr langlebig und zeitbeständig. Solange sie nicht absichtlich verfremdet wurden, können sie Elemente der Namen bewahren, die ihnen von den ersten Bewohnern gegeben wurden, vielleicht sogar bis in prähistorische Zeiten zurück. Dies sind in der Regel Namen, die die geomorphologischen Merkmale des Ortes, seine Nutzung sowie wirtschaftliche oder kulturelle Aspekte (alter Glaube, zeremonielle Orte, Mythen) widerspiegeln.

Latinisierte einheimische Namen

Interessant sind die latinisierten Namen der Ureinwohner auf antiken Denkmälern aus der Umgebung von Ljubljana, aus Šmarata (Sankt Margarethen) und aus dem Karst, wie Buttus, Buttura, Bucco, Buccirega (Ig), die slowenischen Nachnamen oder Wörtern wie But, butati, Butara, Buk, buka, bukati sehr ähnlich sind. Für den berühmten, kürzlich verstorbenen Linguisten Eric Hamp war der „italische“ Name Rega ein Rätsel. Der Name stammt vom Rande der Sümpfe von Ljubljana und bedeutet auf Slowenisch „Frosch“. Es gibt auch Ähnlichkeiten mit slowenischen Namen oder Wörtern in Dutzenden von einheimischen Namen, wie Caucavus, Cosutus, Crouta, Iarcius, Maleius, Meleius, Medu, Racco, Rantillus, Samuda, Sumelu, Uragisa, Veselie, Vesnis, Vetra, Vindus, Volovicus usw. Ist dies nur eine zufällige phonetische Ähnlichkeit? Die Wahrscheinlichkeit ist gering. Haben diese alten einheimischen Namen einen italischen, vielleicht keltischen oder sogar indogermanischen Charakter? Es wäre sicher schön und nützlich, wenn unsere Sprachwissenschaftler uns erklären könnten, ob es sich um eine zufällige Ähnlichkeit handelt oder ob es Reste von italischen oder keltischen Sprachen auf slowenischem Boden gibt.

Verbindungen zwischen Slowenisch und Latein

Das Slowenische als slawische Sprache und das Lateinische als italische Sprache, und damit auch die rätoromanischen und ladinischen Dialekte, sind durch eine Reihe von Isoglossen verbunden. Das alles natürlich auf der Basis einer gemeinsamen proto-indoeuropäischen Sprache (PIE), der das Altslowenische sehr ähnlich ist und auch dem Altrussischen sehr nahe steht. Zum Beispiel sind das slowenische und das russische sekira, das lateinische securis und das rätoromanische skir (im slowenischen Dialekt skira) verwandt. Ähnliche beredte Isoglossen sind jug-urceus-urce, garden-hortus-urt oder iert, fairy-tale-parola-praula und viele andere. In der Regel ist die rätoromanische oder ladinische Isoglosse der slowenischen Isoglosse ähnlicher als der lateinischen Isoglosse, so dass man daraus schließen könnte, dass sie älter ist als die lateinische Isoglosse. Oder anders gefragt: Haben die Vorfahren der Slowenen (etwa im 6. Jahrhundert) das Wort für Krug aus dem lateinischen urceus als Vorlage entlehnt? Oder könnte es umgekehrt sein, dass die Vorfahren der Lateiner das Wort Krug als Vorlage für urceus von einer älteren proto- oder protoslawischen Ethnie übernommen haben? Auf jeden Fall waren die alten Slawen schon in prähistorischer Zeit mit irdenen (keramischen) Krügen vertraut und hatten wahrscheinlich weder Bedarf noch Grund, im 6. Jahrhundert „italische“ Wörter zu übernehmen.

Multidisziplinäre Forschung kann Klärung schaffen

Im westlichen Teil und im Herzen der Ostalpen finden sich im Wortschatz der Rätoromanen und Ladiner eine Reihe von Wörtern, die allem Anschein nach Überreste eines sehr alten slowenischen Substrats sind. Typische Beispiele sind z.B. „cossessa“ für mähen, „mouže“ für melken, „coss“ für Korb, „cric“ für schreien, „sdermenar“ für schütteln und viele andere Wörter und Isoglossen. Dass es sich wahrscheinlich um ein altslowenisches (slawisches) Substrat handelt, zeigen auch eine Reihe von Orts- und Familiennamen, die in vielen Fällen recht identisch und in Slowenien üblich sind: Bodesche, Calischa, Coritto, Cotschna, Golo, Glina, Ribitschi, Strela, Šija, Urschai, Zavrag, Welesch, Nav, Belin, Devin. Es ist die

Aufgabe der Sprachwissenschaftler, diese Analogien zu bestätigen und vor allem zu klären, ob es sich tatsächlich um alte slowenische Namen (und vor allem Worte) handelt, die in den rätoromanischen und ladinischen Dialekten überlebt haben. Wenn es sich tatsächlich um uralte sprachliche Relikte aus dem slawischen Sprachraum tief im Westen in den Alpen handelt, dann ist es die Aufgabe von Archäologen, Historikern, Genetikern und Archäogenetikern sowie Ethnologen zu erklären, wann und wie dieses interessante Phänomen entstanden ist. Nur multidisziplinäre wissenschaftliche Forschung kann Antworten auf die hier aufgeworfenen Fragen geben.

DEMOKRACIJA Dieser Beitrag erschien zuerst bei DEMOKRACIJA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Katalin Novák: Christentum ist keine Option, sondern eine Bestimmung

11. 06. 2021



Katalin Novák, Ministerin ohne Portfolio für Familien und Vizepräsidentin von Fidesz · *Bildquelle: Facebook*

Kirchenbau in Ungarn auf 1.000-Jahres-Hoch, sagte Ministerin Katalin Novák auf einer Konferenz

Für uns Europäer ist das Christentum keine Frage der Wahl, sondern eine Bestimmung, betonte Katalin Novák, Ministerin ohne Geschäftsbereich für Familien und Vizepräsidentin des Fidesz, am Montag auf einer Konferenz mit dem Titel „Christentum und politischer Handlungsspielraum im 21. Jahrhundert“.

Bei der Veranstaltung, die von der Otto-Habsburg-Stiftung und der Nationalen Universität für den öffentlichen Dienst organisiert wurde, sagte Novák, die Geschichte zeige uns, dass Europa mehr als eine geografische Einheit sei;

„(Es ist) eine spirituelle Realität, und wenn dieser spirituelle Inhalt in Zukunft fehlt – entweder weil er absichtlich verdrängt wird oder weil wir ihn mehr als zwei Jahrtausende lang unbeachtet gelassen haben – wird Europa seine Essenz verlieren“, sagte sie.

Die Regierung unterstützt christliche Institutionen

Unter anderem unterstütze die ungarische Regierung die wachsende Rolle der Kirchen im öffentlichen Dienst, sagte Novák. So habe sich die Zahl der kirchlichen Bildungseinrichtungen, die Kinderkrippen, Kindergärten und Schulen betreiben, sowie die Zahl der Kinder, die sie besuchen, seit 2010 verdoppelt. Die Rolle der Kirche beim Kinderschutz, bei Kinderlagern und in der Altenpflege habe ebenfalls zugenommen, erklärte sie.

In Budapest lebe eine der größten jüdischen Gemeinden in Europa, die ein Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Hochschule habe, so Novák.

Die Ministerin sprach auch über die Einführung des obligatorischen Religions- bzw. Ethikunterrichts im öffentlichen Schulwesen und darüber, dass im Karpatenbecken auf eine in Europa einzigartige Weise 3.000 Kirchen erneuert und 130 neue Kirchen gebaut wurden.

„Einen Kirchenbau in dieser Größenordnung hat es in Ungarn seit König Stephan nicht mehr gegeben“, betonte sie und fügte hinzu, dass keine Kirche geschlossen und keine in ein Einkaufszentrum umgewandelt worden sei.

Statistiken in Bezug auf Heirat und Kinder sehen unglaubliche Verbesserungen

Novák sagte, dass Ungarn laut Eurostat den größten Anteil in der Europäischen Union für die Unterstützung von Kirchen und kirchlichen Schulen ausgibt. Sie sagte auch, dass in den letzten zehn Jahren die Zahl derjenigen, die die Kirchen mit einem Prozent ihrer persönlichen Einkommenssteuer unterstützen, um 400.000 gestiegen ist, die Zahl der Taufen nicht mehr sinkt, die Zahl der kirchlichen Eheschließungen gestiegen ist und eine halbe Million Kinder in den Religionsunterricht eingeschrieben wurden.

Die Ministerin hob hervor, dass immer mehr Kinder in der Ehe geboren werden, die Zahl der Scheidungen auf einem Sechs-Jahrzehnt-Tief sei und die Zahl der Abtreibungen in der Ehe seit 2010 um fast die Hälfte und die der außerehelichen Geburten um zwei Drittel gesunken sei.

Novák wies darauf hin, dass die Regierung mehr tue, als nur ein Lippenbekenntnis zur Religion abzulegen.

„Wir haben nicht einfach eine Art christliche Erneuerung proklamiert und darüber geredet, sondern wir haben uns entschieden, im Namen der Regierung verantwortlich zu handeln“, sagte sie. „Wir sind uns der Zweideutigkeit und des halben Erfolges dieser Schritte bewusst, deshalb arbeiten wir daran, sie prinzipiell zu etablieren.“

mandiner

Dieser Beitrag erschien zuerst bei MANDINER, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Die besten Weine des Plattensees prämiert

13. 06. 2021



Bildquelle: Magyar Nemzet

Am Ende der Woche findet im Hotel Annabella in Balatonfüred der XVIII. Balatoner Weinwettbewerb statt, bei dem die besten Weine der sechs Weinregionen der Region von acht Kommissionen unter der Leitung der internationalen Weinwissenschaftlerin Gabriella Mészáros verkostet und prämiert werden. Weine der Weinregionen Badacsony, Nagy-somló, Zala, Boglár, Balaton-felvidéki und Füred-csopak werden dabei bewertet, und die ausgewählten Gewinner werden mit dem Titel des besten Weines des Jahres ausgezeichnet.

Letztes Jahr verhinderte die Corona-Epidemie die Durchführung des Wettbewerbs, aber heuer steht dem Wettbewerb von mehr als 360 verschiedenen Weinen nichts im Wege.

Vor zwei Jahren war der Sieger in der Kategorie Weißwein der Badacsony Riesling aus dem Jahrgang 2016, der beste Rot- und Dessertwein kam vom Weingut Bujdosó, der beste Rosé aus Balatonlelle-Rádpusztán und der beste Sekt kam vom Weingut Garamvári.

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Transkarpatien (Karpato-Ukraine): zuhause in der Minderheit

Gastbeitrag von einen ungarischen Studenten in der (heutigen) Ukraine

11. 06. 2021



Bildquelle: Ungarnreal

Der im Titel enthaltene Gedanke geht mir oft durch den Kopf: **Bin ich in Transkarpatien, in meiner Heimat, eigentlich zuhause?! Zählen meine Rechte genauso viel wie die der zur Mehrheitsnation gehörenden Bürger?** – Bisher fühlt es sich nämlich nicht so an.

Über mich muss man wissen, dass i**ch ein durchschnittlicher junger Ungar aus Transkarpatien bin.** Nachdem ich die Schule beendet hatte, stand ich vor der gleichen Entscheidung wie jeder andere Schulabgänger auch – wie und vor allem wo geht es weiter? Das ist für uns eine schwierige Frage. Wir müssen entscheiden, ob wir “zuhause” bleiben

wollen oder unser Leben im Ausland fortsetzen. **Ich möchte zuhause,** in Transkarpatien etwas aus mir machen, hier möchte ich **weiterlernen und später eine gut bezahlte Arbeit finden.** Da, wo ich mir das erlangte Wissen zunutze machen kann,

wo ich meine Erfahrungen an die nachfolgende Generation weitergeben kann, sie ermutigen kann, auch den schwereren Weg zu wählen – in der Heimat zu bleiben.

Das von unseren Lehrern oft erwähnte "**echte Leben" ist nicht so einfach**, wie wir es uns beim Verlassen unserer Alma Mater voller Begeisterung, aber verantwortungslos vorstellen. Im Alter von 17 Jahren sollen wir verantwortungsbewusste Entscheidungen über unser Schicksal treffen, in Fragen, bei denen sich später herausstellen kann, dass die Entscheidung falsch war. **Ich bin in meiner Heimat geblieben und versuchte, mich als Student des hiesigen Hochschulsystems zu bewähren – aber wie lange und wofür reicht das aus?!** In der Ukraine gilt die **Wehrpflicht für alle jungen Männer unter 27**. Eine Befreiung davon bekommen nur jene, die ein attestiertes gesundheitliches Problem haben oder in Vollzeit studieren oder an einer Berufsausbildung teilnehmen. Für die meisten jungen Leute bedeutet das ein Jahrzehnt voller Sorge. Nicht jeder kann es sich finanziell leisten, zehn Jahre lang zu studieren, um der Wehrpflicht irgendwie zu entgehen. So ist es auch bei mir.

Meine Eltern haben mich allerdings nicht großgezogen,

damit ich an irgendeiner ostukrainischen Front mein Leben für ein Land hergebe, das mich nicht in meiner Muttersprache studieren lässt und mir Sanktionen erteilt, wenn ich mich auf Ungarisch äußere. Kann man sich überhaupt vorstellen, was in einem jungen ungarischen Mann aus Transkarpatien vorgeht, wenn er nach Hause kommt und ein Einberufungsbescheid auf ihn wartet?

Selbst wenn sich mit einem sechsjährigen Bachelor- und Masterstudium Zeit gewinnen lässt – 3–4 Jahre verbringt man dennoch in Beklommenheit und Angst. Das ist der hauptsächliche Grund dafür, dass e**in großer Teil der ungarischen Jugend Transkarpatiens in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft ins Ausland emigriert.**

In den letzten sieben Jahren hat die wechselnde Regierung der Ukraine versucht, unsere Muttersprache durch ein Sprachgesetz zu unterdrücken, sie hat die nationale Identität unserer Kinder mit einem Bildungsgesetz besiegelt, unsere nationalen Symbole wurden von Barbaren abgerissen, unsere Alltagsruhe wird durch Drohbotschaften gestört.

Doch vergebens: Diese grausamen Taten stärken uns umso mehr, sie spornen uns an, nicht aufzugeben, **was seit tausend Jahren uns gehört und was unsere Vorfahren mit ihrem Leben für uns verteidigt haben**; sie gaben ihr Blut, damit wir den größten Schatz – **unsere Muttersprache und nationale Kultur – bewahren** und stolz an die Generation nach uns weitergeben können.

Lieber Leser! **Es ist nicht leicht, als Ungar in der heutigen, von Kämpfen geplagten Ukraine zu leben,** doch schon immer waren es die Schwierigkeiten, die den Ungarn wie eine Sprungfeder Kraft gaben, sie aufrecht hielten und vorwärts brachten. Unsere Vorfahren fürchteten sich nicht, dabei hatte man auch sie zu unterjochen versucht. Ich als junger Transkarpatier sehe und erlebe die Schwierigkeiten und Probleme, mit denen wir schon seit langem zu kämpfen haben. Doch Angst und Unterwürfigkeit sind mit dem Charakter der Ungarn nicht vereinbar. Wir sind es unserer ruhmreichen Vergangenheit schuldig, alles zu tun, was in diesem Chaos getan werden kann und muss: für unser Ungarntum einzustehen.

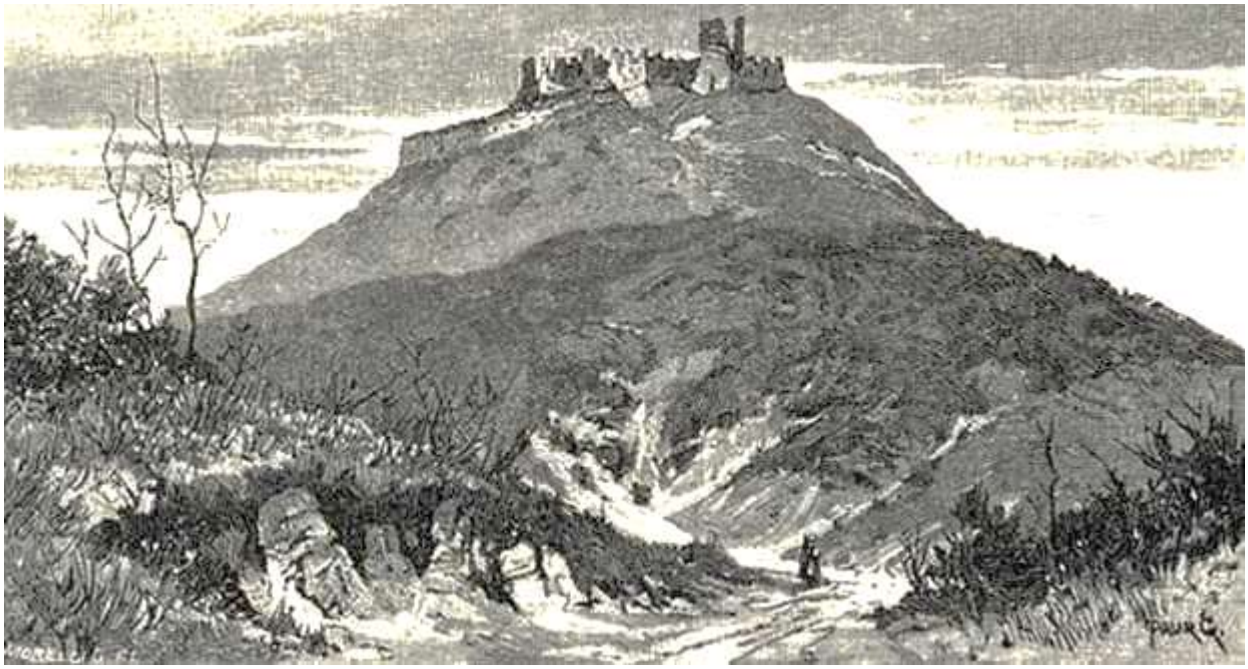
Wir wurden hier geboren, dies ist unsere Heimat, von hier kann uns niemand vertreiben oder uns assimilieren, denn wir sind hier zuhause. Hier in Transkarpatien. Ungar zu sein

und auch als Minderheit zu bestehen ist kein alltägliches Gefühl, sondern ein wahres Wunder, und wir sind es unseren Vorfahren und Nachkommen schuldig.

"Das Ungarntum ist kein Hutschmuck, sondern wird von den Ungarn in der Tiefe ihres Herzens getragen, wie die Auster ihre Perle trägt. Das Gefühl unseres Ungarntums brennt tief in uns, sodass wir fast schon selbst nichts davon wissen, wie Vulkane, die kalte Steinberge sind, bis sie einmal zu grollen beginnen." (Géza Gárdonyi)

Géza Gárdonyis tief schürfende Gedanken bestärken mich darin, dass **wir, egal wo auf der Welt wir leben, unsere Muttersprache und Kultur nicht aufgeben dürfen**, denn das ist es, was uns auch in der Diaspora und in den Gebieten außerhalb der Landesgrenzen zu einer starken Nation macht.

Wodurch bleibt ein Mensch ein echter Ungar, wenn man von allen Seiten versucht, seine Rechte zu mindern, ihm seine alten Schätze zu entreißen, sich in seinen Alltag einzumischen?! Durch das Erbe seiner Vorfahren. **Die nachfolgende Generation wird später von uns Rechenschaft darüber fordern, was wir getan haben, um diesen erkämpften und über Jahrhunderte hinweg bewahrten Schatz weiter zu vererben.**



Die Burg von Huszt · *Bildquelle: Sumida Magazin*

Wir werden stolz sagen können: wir haben unsere Schulen, unsere Kirchen, unsere Muttersprache und unseren Glauben erhalten.

Das ist natürlich nur möglich und nur dann können wir dies mit Stolz verkünden, wenn wir uns nicht der Willkür einiger Politiker unterwerfen, denn **Zeiten ändern sich und werden schließlich uns Recht geben.** Wir werden später unseren Kindern und Enkeln in die Augen sehen müssen, und das werden wir nur dann ohne Scham tun können, wenn auch sie in der Schule in ihrer Muttersprache lernen können, wenn sie in der Kirche Predigten in ihrer Muttersprache hören können.

Es hängt von uns ab – von unserer Ausdauer und unserem Rückgrat – ob es so sein wird.

Der Autor ist Student, der seinen Namen wegen der politischen Lage in der Ukrainen nicht öffentlich bekanntgeben möchte.

Ungarnreal Dieser Beitrag erschien zuerst in deutscher Übersetzung von Sophia Matteikat bei UNGARNREAL, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Délvidék/Vojvodina: Ungarns verlorener Süden

Von Zsuzsa Thyssen Cirkl

09. 06. 2021



Bildquelle: Ungarnreal

Charles De Gaulle drückte sich 1946 folgendermaßen aus: "*Es gab viele unerwartete Ereignisse in dem dreißigjährigen Kriegsdrama, das mit unserem Sieg geendet hat."* Auch die meisten Historiker betrachten den **Zeitraum zwischen den zwei Weltkriegen** zu Beginn des 20. Jahrhunderts als nichts, weiter als **eine Waffenruhe vor der unvermeidlichen Fortsetzung.**

Die erzwungene Friedensordnung durch Pariser Vorstadtverträge von 1919 und schlecht durchdachte Entscheidungen beschworen den zweiten Weltkrieg als Folge geradezu herauf.

Das am 4. Juni 1920 in Trianon, im Schloss der französischen Könige unterzeichnete **Friedensdiktat entzog Ungarn zwei Drittel der seit tausend Jahren ihm gehörenden Gebiete, gleichzeitig zwang es den dazu proportionalen Teil seiner Bevölkerung in ein Minderheitendasein, größtenteils unter der Herrschaft von Nachbarländern und -völkern,** die in der Welt nicht unbedingt für ihre Gerechtigkeit bekannt waren. Über die Folgen ließe sich lange sprechen: **Die Muttersprache konnte nicht mehr gesprochen und die eigene Kultur nicht mehr ausgelebt werden, fast alle seit Jahrhunderten gut funktionierenden Institutionen wurden von den Ordnungskräften verboten, Besitz wurde beschlagnahmt, Menschen wurden umgesiedelt** usw.

Sämtliche Maßnahmen verstießen gegen die im Friedensvertrag von Trianon festgelegten Regelungen.

Ungarn verlor zudem sein fruchtbarstes landwirtschaftliches Gebiet, das zuvor als Kornkammer des Landes gegolten hatte. **Die serbischen Machthaber schlossen der größtenteils von Ungarn und Deutschen bewohnten Vojvodina,** die nun zum Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen gehörte, **bei der Aufteilung in Landkreise auch nördliche Regionen Serbiens an.** Dadurch wurden **die ethnischen Verhältnisse verändert,** was der Friedensvertrag eigentlich eindeutig untersagte. Leider beschäftigten sich die Mächte, die die Zerteilung des Landes angeordnet hatten, mit derlei ungerechten Vorgehensweisen kaum noch.

Kein Wunder, schließlich bereiteten sie sich schon auf den zweiten Weltkrieg vor!



Mit anderthalb Millionen Euro hat Ungarn die Sanierung der historischen Synagoge von Szabadka (Maria-Theresiopel, Subotica) unterstützt (2017) · Bildquelle: Vajdasági Magyar Szövetség

Die nicht-slawische Bevölkerung in der Vojvodina erlebte ihre schmerzhaftesten, bis heute nicht überwundenen Verluste im Zeitraum vom Herbst 1944 bis Sommer 1948. Jede einzelne ungarische oder deutsche Familie trug Trauer, vorausgesetzt, es war von ihr noch jemand übrig geblieben, der trauern konnte.

Von Frühjahr 1941 bis Herbst 1944 hatte Ungarn seine durch das Friedensdiktat von Trianon verlorenen südlichen Gebiete zurückgewonnen. Deren erneuter Verlust wurde im Herbst 1944 offensichtlich, und dieses Mal nahm die neu entstehende Regierung des aus der Monarchie zur Republik umgeformten Jugoslawiens, mit Josip Broz Tito an der Spitze, ihre Rache sehr ernst. **Am 21. November dieses Jahres traf der Antifaschistische Rat der Nationalen Befreiung Jugoslawiens (AVNOJ) einen eindeutigen Beschluss.**

Durch diesen wurden die in der Vojvodina lebenden Deutschen, also mehr als eine halbe Million Menschen, für kollektiv schuldig erklärt und vollständig enteignet. Gleiches galt für drei ungarische Gemeinden. Damit begann ein Blutvergießen, das den Begriff des Kriegsverbrechens bei Weitem erschöpft.

Diejenigen, die die ungarischen und deutschen Bewohner der Region nach dem ersten Weltkrieg noch am Leben gelassen hatten, wollten nicht noch einmal ein Risiko eingehen. **Die Geschehnisse können mit Sicherheit als indirekte Folge des Vertrags von Trianon betrachtet werden**. Die ungarische Bevölkerung der Vojvodina erwartet zu Recht Verständnis und Mitgefühl seitens des deutschen Volkes, denn wir hier fühlten und fühlen auch mit **Deutschen** mit, die am Ende des 18. Jahrhunderts aus Baden-Württemberg, dem Elsass, der Pfalz, Hessen und dem Saarland hierher umgesiedelt und **vom Regime Titos fast vollkommen ausgerottet wurden.**

Da dies in den deutschsprachigen Medien und im deutschen Schulwesen nicht thematisiert wird, möchten wir hier kurz zusammenfassen, was sich eigentlich zugetragen hat.

Im Oktober und November 1**944 flüchteten fast 240 000 Deutsche aus der Vojvodina;** ihren gesamten Besitz ließen sie dabei zurück, er wurde freie Beute. Sie versuchten **ihr Leben zu retten**. Die meisten von ihnen fuhren mit dem Schiff nach Südamerika und bis heute weiß man nicht, wie viele von ihnen dort an Land gingen und ein neues Leben beginnen konnten.

Die in der Vojvodina verbliebenen 260 000 Deutschen wurden, mit sehr wenigen Ausnahmen, von den Partisanen in Sammellager getrieben. Über Nacht wurden viele deutsche Dörfer mit Stacheldraht umzäunt, dorthin wurden auch die Bewohner der Nachbardörfer gebracht.

Es entstanden **30 Sammellager für Deutsche in der Batschka, 43 im Banat und 9 in Syrmien,** in der benachbarten Teilrepublik **Kroatien sind 9 Lager** bekannt. Infolge der unmenschlichen Verhältnisse und körperlichen Peinigung **starben etwa 100 000 Menschen**, und auch das Überleben war kein dankbares Schicksal. **Laut der Daten** des Innenministeriums der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien **waren am 18. Januar 1946 in Jugoslawien 117 485 sogenannte Volksdeutsche in Gefangenschaft, und nur 12 897 Deutsche lebten in Freiheit**.

Das letzte Lager in Gakowa (serbisch Gakovo) wurde 1948 aufgelöst!

Wie viel Zeit war seit dem Ende des Krieges bereits vergangen?! **In Gakowa waren mehr als 8000 Deutsche** den Torturen des Lagers erlegen, im vier Kilometer entfernten **Kruschiwel (serbisch Kruševlje) mehr als 5000.** In diese zwei Lager hatte man **Frauen, Kinder und Alte verschleppt**. Hier waren auch meine Urgroßeltern väterlicherseits gefangen. Nach ihrer Freilassung verboten sie, wie viele andere, den Gebrauch der deutschen Sprache in ihrer Familie, da sie es für lebensgefährlich hielten, ihre Identität zu offen zu zeigen.

Erwiesenermaßen u**nterstützten mehr als 90 Prozent der Deutschen in der Vojvodina Hitlers Politik nicht**, die meisten stellten sich sogar offen dagegen, womit sie ihr Leben riskierten.

Der gesamte Besitz der Deutschen, ihre Felder, Häuser, Werkstätten, Schlachthöfe und Fabriken, **wurde beschlagnahmt.** In ihre Häuser siedelte Tito die Armen aus dem weniger entwickelten südlichen Teil das Landes um, großzügig schenkte er ihnen alles, wofür mehrere Generationen geschuftet hatten.

Von 500 000 Deutschen bleiben heute kaum mehr als 3000, und nur wenige von ihnen sprechen noch die Muttersprache.

Sicher ist: Jugoslawien und der in den Augen der Welt **bis heute hoch angesehene Marschall Tito haben mit einer halben Million Deutscher und vierzigtausend Ungarn „abgerechnet“**. Deswegen bedeutet Trianon für uns Deutsche und Ungarn aus der Vojvodina gleichermaßen Trauer!

Die Autorin, Zsuzsa Thyssen Cirkl, ist eine aus der Vojvodina stammende Journalistin.

Ungarnreal Dieser Beitrag erschien zuerst in deutscher Übersetzung von Sophia Matteikat bei UNGARNREAL, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIEN KOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) Neusiedler Sees (Fertő): Die Entwicklung des ungarischen Uferprojekts schreitet gut voran

Von Attila Borsodi

15. 06. 2021



Das geplante neue Ufer des Neusiedlersees (Fertő) bei Kroisbach (Fertőrákos) ·
Bildquelle: Sopron-Fertő Turisztikai Fejlesztő Nonprofit Zrt

Inmitten von unausgesetzten Angriffen der Linken verteidigte der Bürgermeister von Ödenburg (Sopron) Ciprián Farkas auf seiner Social-Media-Seite die Erneuerung der Uferanlagen auf der ungarischen Seite des Neusiedler Sees und erklärtete, dass die Stadt und die Region für das Projekt sind. Die Arbeiten schreiten gut voran, und wenn das Projekt abgeschlossen ist, soll es auf der ungarischen Seite des Sees einen kultivierten Strandbereich mit öffentlichen Flächen geben.

Ciprián Farkas erklärte, dass die Entwicklung des Seeufers eines der wichtigsten Elemente des 2015 unterzeichneten Programms „Moderne Städte“ ist, das ein integraler Bestandteil seines Wahlprogramms war. „Wir vertreten die Interessen der Menschen in Ödenburg, die Linke jedoch vertritt die Interessen von wohlhabenden Österreichern“, betonte der regierende Bürgermeister.

Mit der Erneuerung der Uferanlagen auf der ungarischen Seite des Neusiedler Seess versuchen Ödenburg und seine Region, den jahrzehntelangen Rückstand aufzuholen. Das Ziel des Projekts ist es, einen kultivierten Strandbereich mit öffentlichen Flächen Gemeinschaftsraum nicht nur auf der österreichischen, sondern auch auf der ungarischen Seite des Sees zu schaffen und damit der bisherigen Situation ein Ende zu setzen, in der einige wenige – hauptsächlich wohlhabende Österreicher – einen bedeutenden Teil des unmittelbaren Uferbereichs privatisiert haben. In der Zwischenzeit vertreten die linken Parteien die österreichischen Interessen in der Entwicklung. Das zeigt sich deutlich daran,



Ciprián Farkas (Fidesz-KDNP), Bürgermeister von Ödenburg · *Foto: MTI*

dass sie sich zwar gegen die Schaffung eines neuen Freizeitzentrums auf einem künstlichen Strandbereich aussprechen, der ursprünglich vor dem Regimewechsel für diesen Zweck vorgesehen war, aber darüber schweigen, dass es in Österreich ohnedies bereits mindestens ein Dutzend ähnlicher Zentren gibt und dass auch dort derzeit groß angelegte Entwicklungen im Gange sind. In den letzten Tagen haben mehrere linke Politiker, darunter Klára Dobrev, die Ehefrau des DK-Vorsitzenden Ferenc Gyurcsány, das Projekt angegriffen, das im Rahmen der Erhaltung der Naturwerte durchgeführt wird, wobei sie die Tatsache ignorierten, dass die Einwohner von Ödenburg seit langem auf diese Entwicklung warten.

Die Bauarbeiten am revitalisierten Strand des Neusiedler Sees schreiten gut voran. Die Entwicklung verfügt über alle notwendigen Umwelt-, Naturschutz- und Wassergenehmigungen. Das Projekt wurde vom ungarischen ICOMOS-Nationalkomitee genehmigt und wird vom ungarischen Komitee der Ramsar-Konvention, dem Nationalpark und dem Welterbeverein unterstützt. Die Entwicklung wird von den Bürgern von Ödenburg und Umgebung, den in der Gegend tätigen NGOs und den örtlichen Bürgermeistern unterstützt.

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) Die Zipser Burg – eine der größten Burgen in der Slowakei

15. 06. 2021



Zipser Burg · *Foto: Ján Pallo*

Die Zipser Burg, eine der größten Burgen in der Slowakei, die sich über 41.000 Quadratmeter erstreckt, ist ein außergewöhnliches Beispiel mittelalterlicher Festungsarchitektur.

Dank ihrer strategischen Lage konnten ihre Verteidiger weite Teile der beiden Handelswege überblicken, die in Ost-West- und Nord-Süd-Richtung zwischen der Hohen und der Niederen Tatra verlaufen. Diese wunderbare Lage blieb auch den frühesten menschlichen Siedlern der Region nicht verborgen, und in der Nähe wurde der Schädel eines neolithischen Menschen entdeckt.

Es gibt auch Hinweise auf Siedlungen aus dem Jahr 2 v. Chr., und es wurden Münzen aus der keltischen und römischen Zeit gefunden. Während Reste früherer Bauten gefunden wurden, wurde die heutige Burg zu Beginn des frühen 12. Im 13. Jahrhundert als ein monumentaler romanischer dreistöckiger prismenförmiger Palast hinzugefügt. Heute ist dies ein seltenes Beispiel für einen erhaltenen profanen romanischen Bau. Wer den Dom in Spišská Kapitula besucht hat, kann Verbindungen zwischen der Architektur beider Gebäude ziehen, da sie von denselben italienischen Architekten und Steinmetze errichtet wurden.

Bis zum Ende des 13. Jahrhunderts hatte sich der Burgkomplex über den größten Teil des heutigen Geländes ausgebreitet. Die Burg gehörte den königlichen Dynastien von Árpád und Anjou. Die Zipser Burg zeichnete sich im 13. Jahrhundert als eine der stärksten Burgen

in der Region aus, da sie 1241 von tatarischen Angreifern zwar schwer beschädigt, jedoch nicht erobert wurde. Im Jahre 1464 ging sie in den Besitz der Familie Zápolya über, die die Burg von einer militärischen Festung zu einem gotischen Adelssitz umbaute. Sie fügten eine Kapelle hinzu, die der heiligen Elisabeth geweiht war, und orientierten sich bei ihrem Umbau am Vorbild anderer europäischer Burgen aus dieser Zeit.

Die Familie Zápolya besaß die Burg bis zum Jahr 1528, bevor sie an die wohlhabende Familie Thurzo weitergegeben wurde. Diese baute neue Paläste, erweiterte die Befestigungsanlagen und verwandelte die Burg in einen komfortablen Renaissancesitz. Im Jahre 1636 wechselte der Komplex erneut den Besitzer und ging an die Familie Csáky, die die letzte Adelsfamilie war, die die Burg tatsächlich bewohnte. Im 18. Jahrhundert verließ die Familie die Burg, die nach einem Großbrand im Jahr 1780 zur Ruine wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Schloss zum staatlichen Kulturgut erklärt.

Später gab es Ausgrabungen und Rekonstruktionsarbeiten, um ein Museum einzurichten. Das Schloss wurde 1961 zum Nationaldenkmal und wurde 1993 in die UNESCO-Liste des Weltkulturerbes aufgenommen.

Die Burg ist im Wesentlichen eine Ruine, aber genug der Mauern und inneren Paläste sind intakt, um ein Museum und eine Kapelle zu beherbergen, während das Gelände weit genug ist, um zu langen Erkundungen anzuregen. Es gibt auch einen schönen, steilen Wanderweg auf und um den Hügel, auf dem es steht, und im Sommer wird das Gelände manchmal für Musik- und Theateraufführungen genutzt. Wer möchte, kann hier einen ganzen Tag lang etwas unternehmen.

Der Wachturm bietet dem Besucher wahrscheinlich die meiste Unterhaltung. Eine steinerne Wendeltreppe führt in einer unmöglichen Enge hinauf, vorbei an schmalen Fenstern, die einen kurzen Blick nach draußen erlauben, sowie an mittelalterlichen Latrinen, die in die Wände gehauen wurden und den Soldaten dienten, die hier ihren Dienst versahen. Oben angekommen, etwa 640 Meter über dem Meeresspiegel, wird man mit einer spektakulären Aussicht auf hunderte Hektar umliegender Landschaft und auf die umliegenden Dörfer belohnt. Das nächstgelegene Dorf, Spišské Podhradie, diente ursprünglich als Gesindesiedlung für die Burg und vermittelt eine gute Vorstellung von der Größe der Burg.

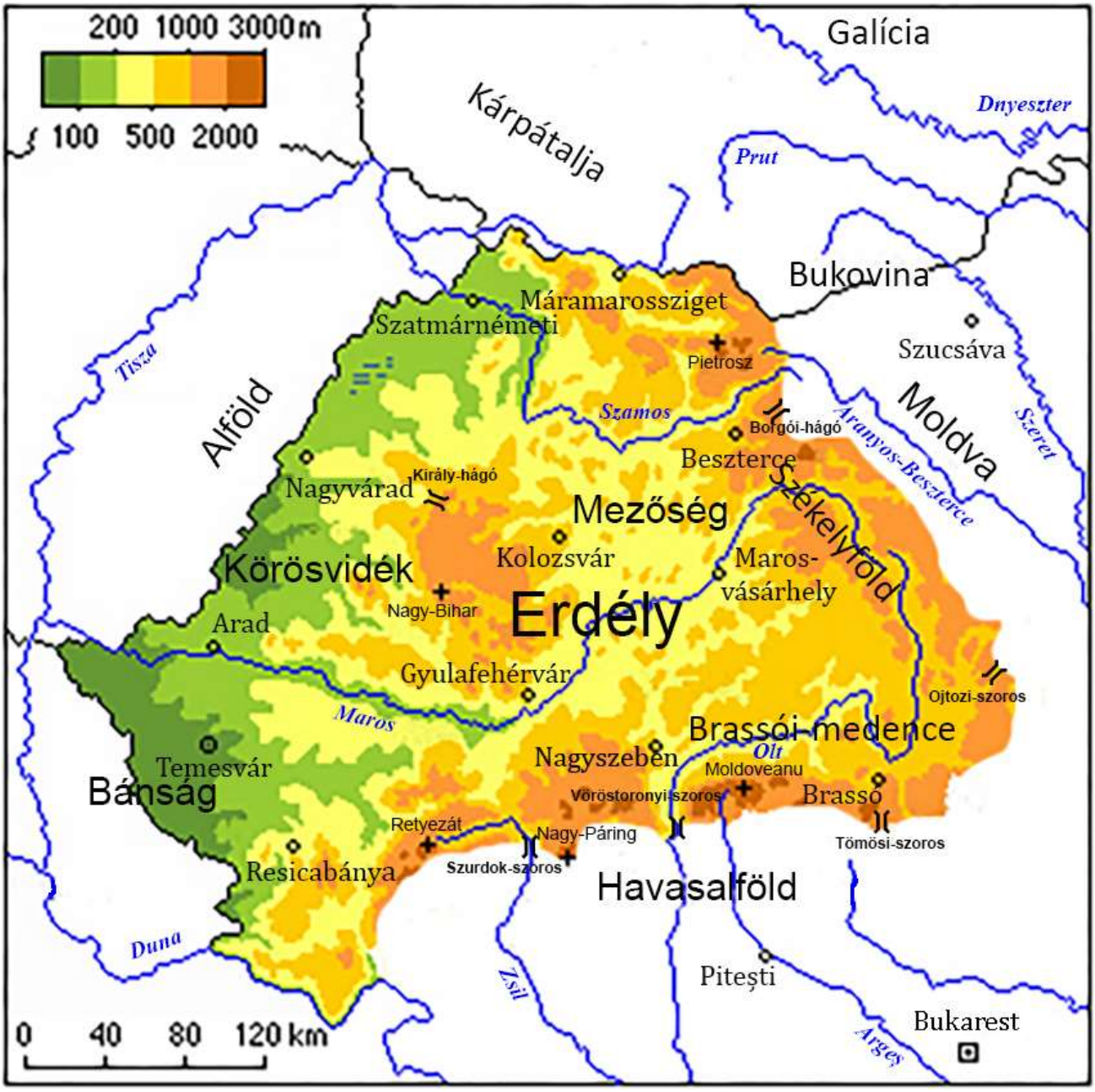
Quelle: Slovak Spectator

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) Mit offenen Augen in Siebenbürgen

Von Róbert Laczkó-Vass (Kolozsvár/Klausenburg/Cluj-Napoca, Siebenbürgen)

10. 06. 2021



Bilquelle: Ungarnreal

Es ist üblich, das **multiethnische Siebenbürgen als** "**Schweiz des Ostens**" zu bezeichnen. **Die Geographie und die Selbstverwaltungstraditionen** der im Karpatenbogen gelegenen Region **weisen viele Ähnlichkeiten mit der Alpenrepublik auf,** aber ihre ethnische Landkarte wurde im Jahrhundert **seit dem Friedensvertrag von Trianon,** der zur Aufteilung des historischen Ungarns führte, so neu gezeichnet, dass **das Schweizer Beispiel heute utopisch erscheint.**

Nur wenige Menschen wissen, dass hier 1568, 30 Jahre vor dem Edikt von Nantes, zum ersten Mal in der Welt religiöse Toleranz verkündet wurde.

Natürlich hat das friedliche Zusammenleben immer seine Widersacher gehabt, wie überall in Europa. So war **der österreichische Kaiser,** der maßgeblich an der Niederschlagung der Revolution und des Unabhängigkeitskrieges von 1848/49 beteiligt war, so erfolgreich darin, **die siebenbürgischen Volksgruppen gegeneinander auszuspielen,** dass nationale Gemeinschaften mit ähnlichem Schicksal, aber unterschiedlicher Kultur zu antagonistischen Parteien wurden.

Der Friedensvertrag von Trianon hatte traurige Folgen für die Ungarn in Siebenbürgen, vor allem durch die Assimilierung.

Die ungarische Minderheit begann in Rekordzeit, ihren eigenen Weg zu suchen, doch es fiel den Menschen schwer, sich selbst zu finden, und ihre **Entwicklungsmöglichkeiten waren stark eingeschränkt. Das kommunistische Staatssystem nach dem Zweiten Weltkrieg zielte auf die bewusste Assimilierung** verschiedener ethnischer Gruppen ab, und die sogenannte "**Homogenisierung**" diente in erster Linie diesem Zweck.

Die ethnischen Proportionen der siebenbürgischen Städte wurden durch Massenumsiedlungen unter dem Vorwand der Industrialisierung verändert, und die Mehrheit derjenigen, die aus anderen historischen Regionen kamen, verstand den Geist und das Wesen des „Transylvanismus" nicht.

Die Folgen von Trianon kann jeder sehen, der Siebenbürgen mit offenen Augen besucht. Während das **Szeklerland** noch ein relativ **einheitlich ungarisches ethnisches Bild** aufweist, gibt es in Königsboden **kaum noch Sachsen. In den letzten Jahrzehnten des Kommunismus verkaufte das Ceausescu-Regime einige von ihnen gegen ein Kopfgeld an die damalige Bundesrepublik Deutschland.** In der Zwischenzeit hat sich in anderen siebenbürgischen Komitaten, vor allem **in Südsiebenbürgen, die Assimilierung der ungarischen Gemeinden beschleunigt**, und wir können hier meist nur in der Vergangenheitsform von den Ungarn reden, die dort früher einmal gelebt haben. Natürlich ist dies nicht nur das Ergebnis von Trianon, die rasante Zerstörung des baulichen Erbes erfolgte allerdings im 20. Jahrhundert.



Die Burg Vajdahunyad in Siebenbürgen · *Bildquelle: Maszol*

Die Einschränkungen aufgrund der Coronavirus-Epidemie waren für viele von uns ein Ansporn dazu, in der Heimat zu reisen. **Im Komitat Hunyad** (Jud.Hunedoara) besuchen die Touristen vor allem das **Familiengut des großen ungarischen Renaissancekönigs Mátyás (Matthias) Hunyadi,** die Burg **Vajdahunyad** (Eisenmarkt; Hunedoara). Es ist ein gut erhaltenes Baudenkmal, so wie auch die Burg im benachbarten **Déva** (Diemrich; Deva) vorbildlich restauriert wurde, **aber die ungarischen Denkmäler** in den umliegenden Dörfern – mittelalterliche oder moderne Kirchen, Adelssitze und Schlösser – **geben ein bedauerliches Bild ab**. Die Burg Déva ist das Thema einer der dramatischsten ungarischen Volksballaden, in der **Kőműves Kelemen, der Baumeister** und seine elf Gefährten die Frau von Kelemen vergeblich an den Burgmauern bauen, da diese immer wieder einstürzen, und die Aufgabe nur mit einem Blutopfer vollzogen werden kann. Diese Geschichte könnte auch **ein Symbol für die Bemühungen der stark dezimierten ungarischen Gemeinschaft in Südsiebenbürge**n sein.

Die Ruinen einer imposanten ungarisch-protestantischen Kirche ragen **neben der alten orthodoxen Kirche im Dorf Hunyad**, das heute vollständig von Rumänen bewohnt wird, in den Himmel. Der freundliche alte Hausmeister der wunderschön restaurierten orthodoxen Kirche erzählte traurig, wie **die protestantische Kirche ohne Gemeinde und Priester geblieben war** und wie ihre **riesige Kirche,** auf deren Orgel der damalige ungarische Kantor als Junge Psalmen zu spielen pflegte, **zerstört worden war.** In weniger als fünfzig Jahren stürzte die Decke ein, das Kirchenschiff wurde von dichtem Gestrüpp überwuchert, und die Spitze des Kirchturms wurde von einem Sturm weggefegt.

Das ist das typische Schicksal von protestantischen oder katholischen Kirchen in Siebenbürgen, die ohne Gemeinde bleiben: Sobald ein Hängeschloss am Haupttor angebracht wird, ist alles verloren, und oft werden unschätzbare Werte zerstört.

Man könnte die Geschichten endlos fortsetzen, was alles **in den letzten hundert Jahren an den Rand der endgültigen Zerstörung geraten ist.** Ein paar der Beispiele sind besonders auffällig. **Die Kirchenburgen der Sachsen sind besonders wertvolle Denkmäler Siebenbürgens**, mehrere von ihnen sind als Weltkulturerbe geschützt, doch v**or einigen Jahren stürzte** aufgrund von Desinteresse und Fahrlässigkeit der **700 Jahre alte Turm der Kirchenburg in Szászveresmart** Rothbach (Rotbav, Jud.Brassov) ein. **In den Ruinen der sächsisch-evangelischen Kirche in Kiszsolna** (Senndorf; Jelna) im Landkreis Beszterce-Naszód **wurde in letzter Minute eine zeitgenössische siebenbürgische Nachbildung von Giottos berühmter römischer Navicella gefunden**, ähnliche sind nur in Florenz, Pistoia und Straßburg zu sehen. Trotz der verworrenen Eigentumsverhältnisse und der Bürokratie ermöglichen **internationale Kooperationen und ungarische Stiftungsgelder den Experten nun, die Reste des Freskos zu rehabilitieren. Die wertvollen mittelalterlichen Freskos an den Wänden der ungarisch-protestantischen Kirche in Kéménd (Chimindia), Komitat Hunyad, mit ihrer eingestürzten Decke wurden vor zwei Jahrzehnten vom Regen praktisch weggespült.** Von **Studenten aus Kolozsvár** (Klausenburg, Cluj-Napoca) vor der totalen Zerstörung gerettet, **wurde die Kirche wunderschön restauriert** und wird bald in den Kreislauf des Tourismus eingeschaltet.

Ähnlich spektakulär, wenn auch aufgrund mangelnder Ressourcen eher zeitaufwendig, ist die **Sanierung des Schlosses *Bánffy* in Bonchida** (Bonisbruck; Bontida), bekannt als das **Versailles Siebenbürgens.**



Der Zustand des Schlosses Bánffy in Bonchida 2018.

Die Güter und Schlösser der siebenbürgisch-ungarischen Aristokratie wurden im Kommunismus verstaatlicht, in die imposanten Gebäude zogen staatliche Institutionen, aber Geld wurde sehr wenig aufgewendet. **Mehrere Besitze konnten in den letzten Jahrzehnten per Gerichtsverfahren zurückgeholt werden,** aber

ein großer Teil befindet sich in einem Zustand des permanenten Verfalls, von einer Reihe von Schlössern bleiben nur Ruinen.

Es wäre ein großer beruflicher und gemeinschaftlicher Erfolg, wenn eines oder zwei dieser Gebäude wieder in einen nutzbaren Zustand versetzt würden.Touristen, die in Siebenbürgen unterwegs sind, können **in Verbindung mit den verfallenden Baudenkmälern viele Erzählungen über die menschlichen Schicksale und kommunalen Dramen** hören, die sich dort zutrugen.

Der menschliche Kontext der letzten hundert Jahre siebenbürgischer Geschichte erschließt sich am ehesten aus den bedauerlichen Geschichten der Einheimischen.

Dieser Beitrag ist nicht geeignet, die tieferen Zusammenhänge herzustellen, sondern soll lediglich zum Nachdenken anregen.

Eines der dramatischsten Werke der siebenbürgisch-ungarischen Literatur des 20. Jahrhunderts ist **Zoltán Jékelys Gedicht „*In der Kirche von Marosszentimre*“,** in dem er parallel **zur Zerstörung einer mittelalterlichen Dorfkirche den Untergang einer Gemeinschaft und einer Kultur voraussieht.** Aber als ich im Frühjahr dort war, arbeiteten Archäologen, Zimmerleute und Maurer rund um die Ruinen des historischen Gebäudes: Der symbolträchtige Ort erwacht wieder zum Leben, und das ist eine positive Entwicklung sowohl für die Mehrheitsbevölkerung als auch für die Minderheiten.

Der Autor, Róbert Laczkó-Vass, ist Schauspieler aus Kolozsvár/Klausenburg/Cluj-Napoca.

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien zuerst in deutscher Übersetzung von Dr. Gergely Muraközi bei UNGARNREAL, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

A. i) Plattform des Arbeitskreises für ostdeutsche Landsmannschaften u.ä. (Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa) Seiten 427 - 429

01) Zentrale Festveranstaltung zum Tag der Heimat 2021

BdV Bund der Vertriebenen

Der Präsident

Bund der Vertriebenen, Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn

An die
Landsmannschaften
Landesverbände
außerordentlichen Mitgliedsverbände
landsmannschaftlichen Landesgruppen
BdV-Bezirks- und Kreisverbände
Heimatkreisgruppen
Präsidium
Bundesausschuss

Dr. Bernd Fabritius MdB

BdV-Bundesgeschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon +49 (0)228 81007 30
Telefax +49 (0)228 81007 52
E-Mail info@bdvbund.de
Internet www.bund-der-vertriebenen.de

Bonn, im Juni 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Landsleute,

unsere zentrale Festveranstaltung zum **Tag der Heimat 2021** findet in diesem Jahr am

Samstag, den 28. August 2021,
12.00 bis 14.00 Uhr
in der Urania Berlin e.V.,
An der Urania 17, 10787 Berlin

statt.

Mit diesem Schreiben lade ich Sie herzlich nach Berlin ein. Wir hoffen, dass wir in diesem Jahr unsere traditionelle Auftaktveranstaltung trotz Pandemie wieder durchführen können. Wir wollen in Berlin ein kraftvolles Zeichen für unseren Verband und unser verständigungspolitisches Engagement setzen.

Die diesjährige Festansprache wird der Ministerpräsident des Freistaates Bayern, Dr. Markus Söder MdL, halten.

Unser Leitwort lautet:

„Vertreibungen und Deportation ächten – Völkerverständigung fördern".

Damit erneuern wir zum einen unsere aus eigener, bitterer Erfahrung resultierende Forderung, Menschen und ihre Heimat nicht zum Spielball machtpolitischer Konflikte werden zu lassen. Jeder Mensch verdient es, in seiner Heimat dauerhafte Lebensperspektiven vorzufinden. Zum anderen weisen wir auf den 80. Jahrestag des sogenannten „Stalin-Erlasses" hin, an den wir als einen Schwerpunkt ebenfalls am 28. August erinnern wollen. Das Schicksal unserer Russlanddeutschen ist untrennbar mit diesem Tag verknüpft.

Der Blick auf die aktuelle Flüchtlingslage weltweit zeigt, wie eng die Ächtung von Menschenrechtsverletzungen wie Vertreibung und Deportation auch mit unserem friedenssichernden Einsatz für Völkerverständigung verbunden ist. Überdies wird deutlich, dass dieses Engagement dauerhaft notwendig bleibt, denn selbst wenn dieses Ziel einst erreicht ist, wird die Arbeit fortgesetzt werden müssen, um das Erreichte zu sichern.

Der **Ablaufplan** für den 28. August 2021 sieht wie folgt aus:

12.00 - 14.00 Uhr	Festveranstaltung zum Tag der Heimat Urania Berlin e.V.
15.00 Uhr	Kranzniederlegung am Zentralen Mahnmal der deutschen Vertriebenen Theodor-Heuss-Platz, Berlin

Die Teilnahme an dem Festakt in der Urania Berlin ist pandemiebedingt nur mit Einlasskarten bzw. Zugangsberechtigung möglich. Ob die Veranstaltung in Präsenz durchgeführt werden kann und wie vielen Gästen der Zutritt möglich sein wird, kann aufgrund der Pandemie nur im Einklang mit den dann geltenden behördlichen Auflagen entschieden werden. Deshalb werden wir die Veranstaltung aufzeichnen und im Internet anbieten.

Bitte teilen Sie uns, spätestens bis zum **16. August 2021** auf beigefügtem Antwortformular mit, ob und wie Sie an der Veranstaltung teilnehmen möchten.

Ich freue mich darauf, Sie zu unserem Tag der Heimat 2021 – sei es in Präsenz oder virtuell – begrüßen zu können.

Mit besten Grüßen



Dr. Bernd Fabritius MdB

Anlagen Anmeldeformular

Diese Seiten sind im Aufbau! Wir sind auf Ihre Mitarbeit angewiesen. Wir können uns vorstellen, dass auch weitere landsmannschaftliche Gliederungen eine Plattform in unserem AWR erhalten. Der Vorteil: Unser AWR ist durch seine Erscheinungsweise hochaktuell!



02) Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V. Berlin-Brandenburg vervollständigt Vorstand durch Briefwahl

Die Landsmannschaft hat mit einer schriftlichen Wahl ihren Vorstand wieder vervollständigen können. Die Briefwahl war vom Amtsgericht angeordnet worden, nachdem die bisherige stv. Vorsitzende Frau M. Peters zurückgetreten war und Ihren Rücktritt dem Amtsgericht mitgeteilt hatte.

Der Vorstand setzt sich nunmehr wie folgt zusammen:

Bernd Schmieder, Vorsitzender,
Thomas Ruschin, 1. Stv. Vorsitzender,
David Peixoto, 2. Stv. Vorsitzender
Marcus Lausch, Schatzmeister

Der Gesamtvorstand wird von uns in einer der nächsten Ausgaben des AWR vorgestellt werden.
Die Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e. V. Berlin-Brandenburg arbeitet in Bürogemeinschaft mit uns.

A. j) Plattform des Arbeitskreises für landsmannschaftliche ostdeutsche Heimatkreise (Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa) *Seiten 430 - 440*

Heimatkreis Wirsitz
Kom. Heimatkreisvertreter: Frank-Rainer Seelert
Lange Straße 6 27211 Bassum
Tel.: 04241-970350 Mobil-Telefon: 0178-6393122 E-Mail: frank.seelert@t-online.de

01) *Einladung zur 30. Weißenhöher Himmelfahrt, 24. bis 31. Juli 2021*



Seniorenpension Haus Anna-Charlotte
ul. Strzelecka 21 89-340 *Białośliwie* *Polen*

Frank-Rainer Seelert
Mehrgenerationeninitiative Natissis
Lange Str. 6
27211 Bassum
Tel.: 04241-970350
E-Mail.: frank.seelert@t-online.de

01) 30. Weißenhöher Himmelfahrt, 24. bis 31. Juli 2021

leider mussten wir auch in diesem Jahr den Termin der 30. Weißenhöher Himmelfahrt wegen der Covid-19 Pandemie verschieben und freuen uns nunmehr herzlich zur 30. Weißenhöher Himmelfahrt einzuladen.

Leitung: Frank-Rainer Seelert, Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke, Diplom-Biologin Marlies Rother

Vorgesehenes Programm:

- Änderungen vorbehalten –

Sonnabend 24.07.2021	**Anreise**
19:00 – 20:00 Uhr	Abendbrot
ab 20:00 Uhr	Begrüßung und Vorstellung der Teilnehmer Der Heimatkreis Wirsitz und seine Nachbarkreise – Perspektiven für die Zukunft

Sonntag 25.07.2021	**Weißenhöhe und Wirsitz**
08:30 - 09:15 Uhr	Frühstück
09:30 – 12:00 Uhr	Rundgang durch Weißenhöhe (u.U. Besuch der Werkstatt der Wirsitzer Kleinbahn mit Bahnfahrt)
12:00 – 14:00 Uhr	Mittagspause
14:00 - 17:00 Uhr	Freilichtmuseum in Netztal
18:30 – 20:00 Uhr	Abendbrot
Montag 26.07.2021	**Weißenhöhe**
08.30 – 09:15 Uhr	Frühstück
09:30 – 11.00 Uhr	Vortrag Reinhard M. W. Hanke: Hermann Löns – geboren in Culm, Kindheits- und Jugendzeit in Deutsch Krone
12:00 – 14:00 Uhr	Mittagspause
15:00 – 17:00 Uhr	Waldspaziergang in Weißenhöhe
18:30 – 19:30 Uhr	Abendbrot
Ab 20:00 Uhr	Vortrag Frank-Rainer Seelert: Kurt Schumacher, geb.1895 in Culm
Dienstag 27.07.2021	**Graudenz und Kulm**
08:00 - 09:00 Uhr	Frühstück
09:15 –18:00 Uhr	Tagesfahrt nach Kulm (Führung: R. Hanke) und Graudenz (
19:00 – 20:00 Uhr	Abendbrot
Ab 20:30 Uhr	Gespräche unter den Teilnehmern
Mittwoch, 28.07.2021	**Die Kulturlandschaft des Netzetales / Museum Schneidemühl**
08:00 – 09:00 Uhr	Frühstück
09:15 – 13:00 Uhr	Entdeckungen in den Altkreisen Wirsitz und Zempelburg
13:00 - 14:00 Uhr	Mittagspause
14:30 – 17:30 Uhr	Botanische Entdeckungen im Netze-Tal Diplom-Biologin Marlies Rother (angefragt) mit Mittags-Picknick
18.00 - 19:00 Uhr	Abendbrot
19.15 Uhr	PKW-Abfahrt nach Schneidemühl
20.00 Uhr	Abendvortrag im Kreismuseum Schneidemühl mit Dr. Jaroslaw Rola/Schneidemühl: "Neue archäologische Entdeckungen im Großraum Schneidemühl"
Donnerstag 29.07.2021	**Thorn mit Stadtführung**
08:00 – 09:00 Uhr	Frühstück
09:15 – 18:00 Uhr	Besuch der Stadt Thorn: Stadtführung (Ltg.: R. Hanke)
Freitag 30.07.2021	**Schneidemühl**
08.00 – 09.00 Uhr	Frühstück
09.30	Abfahrt nach Schneidemühl
10:00 – 13:00 Uhr	Treffen mit Angehörigen der Gruppe der Deutschen Minderheit (verbunden mit Stadtführung)
13:00 : 14:30 Uhr	Mittagspause in Weißenhöhe
14:30 – 18:00 Uhr	Nachmittag im Haus Anna-Charlotte
Ab 19:00 Uhr	Grillabend mit Gesang
Sb, 31.07.2021	**Heimreise**
Ab 09:00 Uhr	Rückfahrt bis Königs Wusterhausen (Essen) usw.

Teilnehmerbeitrag: € 259,00 bei eigener Anreise inkl. Übernachtung/Frühstück (im Seniorenhaus Anna-Charlotte oder in einer Pension in Weißenhöhe) im Doppelzimmer, Einzelzimmerzuschlag € 85,00. Hin- und Rückfahrt ab Königswusterhausen: ca. € 135,00. **Andere Abfahrtsorte auf Anfrage.** Die Ausflüge sind im Reisepreis enthalten, ausgenommen sind Eintrittsgelder und die Fahrt mit der Wirsitzer Kreisbahn. Die Mahlzeiten im Seniorenhaus Anna-Charlotte kosten 45 Zloty (z.Zt. ca € 10,00), in Restaurants ca. 60 bis 70 Zloty (z.Zt. € 13,00 bis € 15,00).

Reisebedingungen: Bitte beachten Sie: Sie müssen einen gültigen Personalausweis oder Reisepass mit sich mitführen. Ein Covid-19-Test ist zur Zeit nicht erforderlich. Falls Sie bereits 2 Covid-19 Impfungen erhalten haben, nehmen Sie bitte Ihren Impfpass mit. Ich empfehle den Abschluss einer Auslandsreiseversicherung. Die Teilnahme erfolgt auf eigenes Risiko. Von den Veranstaltern wird keine Haftung für Schäden jeglicher Art übernommen, soweit sie auf Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit beruhen. Dies gilt auch für die Sponsoren, die betroffenen Gemeinden und die Besitzer privater Gebäude, Wege bzw. deren Vertreter. Dies gilt auch für abhanden gekommene Wertsachen, Bekleidungsstücke und andere Gegenstände. Das Betreten von Parks und Wäldern sowie des Netze-Tals erfolgt grundsätzlich auf eigene Gefahr. Wir weisen ausdrücklich auf die Gefahren abseits der Wege hin, z.B. abgestorbene oder kranke Bäume und Äste, Wurzeln, Steine, Gewässer, Insekten, giftige Pflanzen. Eine Verkehrssicherungspflicht der Veranstalter abseits von Wegen besteht nicht. Jeder Teilnehmer wird darauf hingewiesen, dass er für sich selbst verantwortlich ist. Die Veranstalter übernehmen keinerlei Haftung. Die Veranstalter können bei Vorliegen wichtiger Gründe dem Teilnehmer einen Platzverweis erteilen.

Anmeldungen bitte an Frank-Rainer Seelert, Lange Str. 6, 27211 Bassum, Tel.: 04241-970350 oder 0178-6393122.

Mit freundlichen Grüßen

Frank-Rainer Seelert

ANMELDUNG

Herrn
Frank-Rainer Seelert
Lange Str. 6
27211 Bassum

Hiermit melde ich mich (uns) zur 30. Weißenhöher Himmelfahrt vom 25.07. bis 31.07.2020 an.

_____
Name, Vorname(n), Geburtstag

_____
Anschrift und Rufnummer

Zusammen mit mir melde ich folgende Teilnehmer verbindlich an:

1. _____
Name, Vorname(n), Geburtsdatum

2. _____
Name, Vorname(n), Geburtsdatum

3. _____
Name, Vorname(n), Geburtsdatum

Ich reserviere ____ Doppelzimmer ____ Einzelzimmer (bitte Anzahl eintragen)

Ich habe folgende Wünsche/Anregungen:

_____

_____
Bitte Ihre Wünsche eintragen

O Eigene Anreise oder

O Gewünschter Abfahrtsort: _____

Meine Anmeldung ist verbindlich. Die im Anschreiben (der Einladung) genannten Reisebedingungen erkenne ich an. Eine kostenlose Stornierung ist bis zum 10. Juli 2021 möglich, danach fallen Stornierungskosten in Höhe von € 50,00 an.

_____ _____
Ort/Datum Unterschrift



Seniorenhaus Anna-Charlotte
ul. Strzelecka 21 89-340 Białośliwie Polen

Mehrgenerationeninitiative Natissis
Frank-Rainer Seelert

Lange Str. 6 27211 Bassum
Tel.: 04241-970350
Mobiltelefon: 0178 6393122
E-Mail.: frank.seelert@t-online.de

02) Sommertage an Netze und Brahe mit einem „Kleinen Treffen“, 14. bis 21.08.2021

Liebe Heimatfreunde,

leider konnten in diesem Jahr viele geplante Treffen nicht stattfinden. Ich freue mich daher umso mehr Sie heute zu einem kleinen, nicht offiziellen Treffen bzw. zu einem „Ausflug“ in die Heimat einladen zu können Ich habe ein, wie ich denke, interessantes Programm zusammengestellt und hoffe, dass die Covid-19 Pandemie uns ein halbwegs „normales“ Treffen unter Beachtung der geltenden Vorschriften ermöglicht.

Das Seniorenhaus Anna-Charlotte ist seit 1990 ein beliebter Treffpunkt von Landsleuten in der Heimat. Am 29. Mai wurde vom RBB Fernsehen eine Reportage über das Seniorenhaus Anna-Charlotte und die deutsch-polnische Familiengeschichte gesendet.

Vorgesehenes Programm:
Leitung: Sibylle Dreher und Frank-Rainer Seelert

Sa, 14.08.2021	**Anreise**
ab 15:00 Uhr	Anreise , Kaffee und ca. 18.00 Uhr Abendessen
ab 19:00 Uhr	Begrüßung und Vorstellung der Teilnehmer Arbeit für die Heimat – Perspektiven für die Zukunft

So, 15.08.2021	**Schneidemühler Ständchen**
09:00 – 12:00 Uhr	Begrüßung von offiziellen Gästen Frühstück und Frühschoppen im Garten des Seniorenhauses Fahrt mit der Wirsitzer Kreisbahn (Museumseisenbahn)
13:00 Uhr	Gemeinsames Mittagessen
15:00 Uhr	Nachmittagskaffee mit Kuchen Schneidemühler Ständchen mit dem Chor der Deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaft aus Schneidemühl/*Piła*
18:00 Uhr	Gemeinsames Abendessen, bei gutem Wetter mit dem traditionellen „Weißenhöher Grillabend“

Mo, 16.08.2021 Flatow

09:00 – 18:00 Uhr Wir fahren in die Stadt Flatow/*Złotów,* Besuch des Museums, Stadtrundgang und Fahrt durch den Landkreis.
Vortrag: „Erinnerungen an ein Leben zwischen Polen und Deutschland aus den Aufzeichnungen des Wirsitzer/Flatower Kaufmanns Feodor Seelert“ sowie ein Kurzvortrag von Berthold Seelert: „Wie ich zum Heimatkreis Wirsitz kam“ *).

19:00 Uhr Gemeinsames Abendessen im Seniorenhaus Anna-Charlotte

Di, 17.08.2021 Heimattag

09:00 – 18.00 Uhr Wir organisieren einen Besuch Ihres Heimatortes, **bitte geben Sie ihre Wünsche unbedingt bei der Anmeldung an!**

Mi, 18.08.2021 Potulitz, Bromberg

09:30 – 18:00 Uhr Unser traditioneller Ausflug nach Bromberg… In Potulitz/*Potulice* Gedenken an die Opfer beider Nationen von dort Weiterfahrt nach Bromberg mit Stadtführung, Besuch des Museums in den Speichern an der Brahe, Mittagessen im Restaurant auf der Mühleninsel, Gedenken an Wilfried Samel, Heimatkreisvertreter Bromberg-Stadt und einer der Gründungsväter der Partnerschaft Wilhelmshaven – Bromberg/Bydgoszcz. Wir legen ein Gesteck an die zu seinen Ehren von der Stadt Bromberg/Bydgoszcz gepflanzte Eiche.

19:00 Uhr: Gemeinsames Abendessen im Seniorenhaus Anna-Charlotte

ab 20:00 Uhr Gespräche unter den Teilnehmern **)

Do, 19.08.2021 Wir gehen aus… (Teil 1): Wirsitz - Zempelburg

09.00 – 18:00 Uhr Rundfahrt (Tagesfahrt) durch die Kreise Wirsitz/*Wyrzysk*, und Zempelburg/*Sępólno Krajeńskie* mit allerlei Sehenswürdigkeiten

19:00 Uhr: Gemeinsames Abendessen im Seniorenhaus Anna-Charlotte

ab 20:00 Uhr: Gespräche unter den Teilnehmern **)

Fr, 20.08.2021 Wir gehen aus... (Teil 2): Schneidemühl – Schönlanke

09:00 Uhr Rundfahrt durch den Kreis Schneidemühl/*Piła* und den Netzekreis

18:00 Uhr Abschlussabend im Seniorenhaus Anna-Charlotte

Sa, 21.08.2021 Heimreise

09.00 Uhr Rückfahrt

*) Berthold Seelert wurde am 5. Oktober 2007 geboren, ist jüngstes Mitglied des Heimatkreises Wirsitz und hielt bereits Kurzvorträge zu verschiedenen Themen bei den Wirsitzer Treffen

**) Gespräche/Diskussionen über aktuelle Themen und Erlebnisse des jeweiligen Tages.

Teilnehmerbeitrag: € 350,00 bei eigener Anreise inkl. Übernachtung/Frühstück (im Seniorenhaus Anna-Charlotte oder in einer Pension in Weißenhöhe/Bialosliwie) im Doppelzimmer, Einzelzimmerzuschlag € 85,00. Hin- und Rückfahrt ab Bremen/Bassum und dem „Berliner Umland“ zwischen Magdeburg und Frankfurt/Oder: ca. € 155,00. Bei Bedarf können wir auch ein zweites Fahrzeug über Hamburg. Lübeck, Rostock einsetzen. Die Ausflüge sind im Reisepreis enthalten, ausgenommen sind Eintrittsgelder und die Fahrt mit der Wirsitzer Kreisbahn. Die Mahlzeiten im Seniorenhaus Anna-Charlotte kosten 45 Zloty (z.Zt. ca € 10,00), in Restaurants ca. 60 bis 70 Zloty (z.Zt. € 13,00 bis € 15,00).

Reisebedingungen: Bitte beachten Sie: Sie müssen einen gültigen Personalausweis oder Reisepass mit sich mitführen. Ein Covid-19-Test ist zur Zeit nicht erforderlich. Falls Sie bereits 2 Covid-19 Impfungen erhalten haben nehmen Sie bitte Ihren Impfpass mit. Ich empfehle den Abschluss einer Auslandsreiseversicherung. Die Teilnahme erfolgt auf eigenes Risiko. Von den Veranstaltern wird keine Haftung für Schäden jeglicher Art übernommen, soweit sie nicht auf Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit beruhen. Dies gilt auch für die Sponsoren, die betroffenen Gemeinden und die Besitzer privater Gebäude, Wege bzw. deren Vertreter. Dies gilt auch für abhanden gekommene Wertsachen, Bekleidungsstücke und andere Gegenstände. Das Betreten von Parks und Wäldern sowie des Netze-Tals erfolgt grundsätzlich auf eigene Gefahr. Wir weisen ausdrücklich auf die Gefahren abseits der Wege hin, z.B. abgestorbene oder kranke Bäume und Äste, Wurzeln, Steine, Gewässer, Insekten, giftige Pflanzen. Eine Verkehrssicherungspflicht der Veranstalter abseits von Wegen besteht nicht. Jeder Teilnehmer wird darauf hingewiesen, dass er für sich selbst verantwortlich ist. Der Veranstalter übernimmt keinerlei Haftung.

Anmeldungen bitte an Frank-Rainer Seelert, Lange Str. 6, 27211 Bassum, Tel.: 04241-970350 oder 0178-6393122.

Mit freundlichen Grüßen

Frank-Rainer Seelert

ANMELDUNG

Herrn
Frank-Rainer Seelert
Lange Str. 6
27211 Bassum

Hiermit melde ich mich (uns) zu den „Sommertagen an Netze und Brahe" vom 14.08. bis 21.08.2020 an.

_____
Name, Vorname(n), Geburtstag

_____
Anschrift und Rufnummer

Zusammen mit mir melde ich folgende Teilnehmer verbindlich an:

1. _____
Name, Vorname(n), Geburtsdatum

2. _____
Name, Vorname(n), Geburtsdatum

3. _____
Name, Vorname(n), Geburtsdatum

Ich reserviere ____ Doppelzimmer ____ Einzelzimmer (bitte Anzahl eintragen)

Ich habe folgende Wünsche/Anregungen:

_____

_____

_____

_____
Bitte Ihre Wünsche eintragen

O Eigene Anreise oder

O Gewünschter Abfahrtsort: _____

Meine Anmeldung ist verbindlich. Die im Anschreiben (der Einladung) genannten Reisebedingungen erkenne ich an. Eine kostenlose Stornierung ist bis zum 1. Juli 2021 möglich, danach fallen Stornierungskosten in Höhe

von € 50,00 an.

_____ _____
Ort/Datum Unterschrift





Herzlich Willkommen beim Heimatkreis Schneidemühl e.V.

http://www.schneidemuehl.net/vorstand.html

03) Heimatkreis Schneidemühl: Patenschaftstreffen in Cuxhaven abgesagt

Liebe Schneidemühlerinnen, liebe Schneidemühler,
liebe Bezieher des Schneidemühler Heimatbriefes,

hier nun die amtliche Mitteilung, auch auf Anraten unserer Patenstadt Cuxhaven, dass unser diesjähriges Patenschaftstreffen Ende August 2021, einschließlich der Mitgliederversammlung, wegen der Corona-Pandemie, nicht stattfinden kann.

So müssen wir uns damit abfinden und hoffen, dass wir im nächsten Jahr, Ende August 2022, auch noch fit genug sind, und eine Fahrt nach unserer Patenstadt Cuxhaven machen können.

Nun wünsche ich den Schneidemühler Landsleuten und auch unserer Patenstadt Cuxhaven alles Gute, bleiben sie munter und vor allem bleiben sie gesund.
Es grüßt im Namen des Vorstandes herzlich und in heimatlicher Verbundenheit Horst Vahldick.

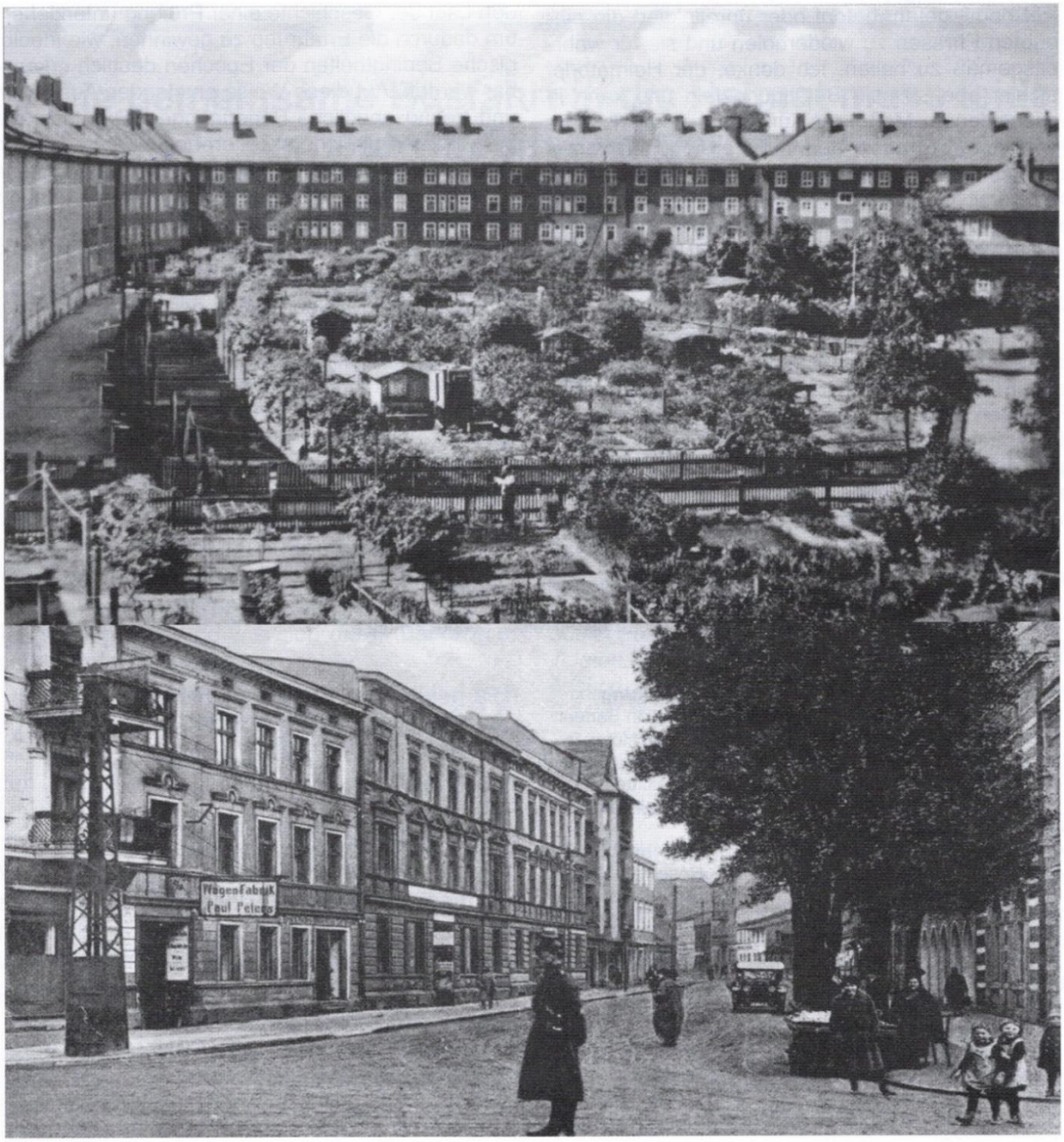
Patenstadt
Cuxhaven

Schneidemühler Heimatbrief

Schneidemühl

508 Jahre Schneidemühl 1513 – 2021

Herausgeber: Heimatkreis Schneidemühl e.V. 16. Jahrgang, 3. Ausgabe Mai/Juni 2021



Schneidemühl Ring und Breite Straße

Editorial

Sehr geehrte Leser des Heimatbriefs, liebe Landsleute,

im Monat Mai ist noch – und immer wieder – an das Kriegsende 1945 zu erinnern, da wir ja in den Strang der Geschichte eingebunden sind und bei genauerem Hinsehen auch erkennen können wie die Ereignisse von damals fortwirken. Diese Erinnerungstraditionen pflegten und pflegen in Ost oder West verschiedene Sichtweisen, die heute nur schwer und langsam zu korrigieren sind. Es ist also nicht damit getan, betont oder unreflektiert die eingeübten Phrasen zu wiederholen und sie für wahrheitsgemäß zu halten. Ich denke, der Heimatbrief hat hier ebenso sein Betätigungsfeld und kann in bescheidenem Maße zur Aufklärung und Wissensvermittlung beitragen, denn wir Vertriebenen tragen in besonderer Weise an diesem Schicksal und haben somit die Aufgabe, die komplexe Geschichte des deutschen Volkes aus Sicht Betroffener darzustellen, so wie es Frau Wydra beispielhaft in der Fortsetzung ihres Berichts „Als es dunkel wurde in der Welt" deutlich macht.

In diesem HB beschäftigt unseren Schneidemühl-Chronisten ein sehr emotionales Thema: Die letzten Tage des alten Schneidemühl. Es ist allen Freunden unserer Heimat empfohlen den Bericht des Arztes Stukowski noch einmal zu lesen. Diejenigen, die diese Tage und Wochen erlebten und sich erinnern können, aber auch die später Geborenen, bekommen eine Vorstellung von den zerstörenden Kräften von Kriegen. Damit sind nicht nur die Vernichtungen materieller und wirtschaftlicher Güter gemeint sondern auch die des Lebens, von Familie und Freundschaften – und in diesem Falle, des Zweiten Weltkrieges, auch das Beseitigen von Kultur und Geschichte. Großflächig wurden die ostdeutschen Provinzen möglichst weitgehend von deutscher Lebensart „gesäubert" und räuberisch in Besitz genommen. Umso erfreulicher ist, dass nach Jahrzehnten sich jüngere Menschen finden, welche den Lauf der Geschichte einer Prüfung unterziehen, um dadurch die Erfahrung zu gewinnen, wie ideologische Bedingtheiten der Epochen deutlich erkennbar werden. Auf diese Weise entstanden Austausch und freundschaftliche Begegnungen. Das lässt auf bessere und ehrlichere Zeiten hoffen. Das dies ein Prozess ist und somit Ausdauer und immer erneute Bereitschaft zum oft schmerzlichen Eingeständnis von Irrungen bedeutet aber auch eine freudige Erkenntnis neuer, genauerer Sichtweisen ermöglicht, sollte uns im Streben beflügeln.

Liebe Leser, bleiben Sie in der von Ängsten geprägten Gegenwart körperlich und geistig aktiv, lassen Sie sich nicht entmutigen. Bleiben Sie in regem Austausch mit Ihren Lieben, achten Sie auf eine gesunde Kost. Ich möchte Ihnen zurufen: Leben Sie gesund! – das ist die ermunternde, fordernde Variante zum altbekannten, eher passiven Gruß: Bleib gesund!

Herzlich grüßt Ihr Manfred Dosdall

Impressum

Der Schneidemühler Heimatbrief ist das Organ des Heimatkreises Schneidemühl e.V.
Abendrothstraße 16, 27474 Cuxhaven

Vorsitzender
Horst Vahldick
Richard-Wagner-Str. 6
23556 Lübeck
Telefon: 0451/476009

Schriftleitung
Manfred Dosdall *(md)*
Münchehofer Str. 1a
15374 Müncheberg
Telefon: 033432/71505
mdosdall@freenet.de

Redaktionsschluss
jeweils am 1. des Vormonates. Alle Einsender erklären sich einer evtl. notwendigen redaktionellen Bearbeitung ihrer Beiträge durch die Redaktion einverstanden.

Gestaltung
Christian Sender
Zu den Höfen 2
31691 Seggebruch
E-Mail: heimatbrief.schneidemuehl@gmail.com

Bezieherkartei - Rückfragen
Rosemarie Pohl
Hebbelstraße 2
49716 Meppen
Telefon: 05931/12424
Mobil: 0157 882 39 228
Email: rosipohl36@gmail.com

Druck
Druckerei GmbH Carl Küster
Dieterichsstraße 35a, 30159 Hannover
Telefon: 0511/321107

Bezugspreis Heimatbrief
Jahresabonnement 25,00 € bei 6 Ausgaben
Das Bezugsgeld ist im Voraus zu überweisen

Bankverbindung
Empfänger: Heimatkreis Schneidemühl e.V.
BIC: BRLADE21CUX, Stadtsparkasse Cuxhaven
IBAN: DE76 2415 0001 0000 1953 13

Familienanzeigen
Gegen eine Spende

Der Heimatbrief ist überparteilich und überkonfessionell.

Diese Seiten sind im Aufbau! Wir sind auf Ihre Mitarbeit angewiesen. Wir können uns vorstellen, dass auch weitere landsmannschaftliche Gliederungen eine Plattform in unserem AWR erhalten. Der Vorteil: Unser AWR ist durch seine Erscheinungsweise hochaktuell!

01) Beschleunigte Suburbanisierung aufgrund der Pandemie – Räumliche Bevölkerungsentwicklung und ihre Folgen

Dienstag, 22. Juni 2021, online

Online-Vortrag von Prof. Dr. Norbert Schneider, Wiesbaden, im Leipziger Geographischen Kolloquium

Welche Trends kennzeichnen gegenwärtig die räumliche Bevölkerungsentwicklung in Deutschland? Welchen Einfluss hat die Covid-19-Pandemie auf die aktuellen Tendenzen? Welche Konsequenzen resultieren aus den jüngsten Entwicklungen im Hinblick auf regionale und demografische Disparitäten? Anhand neuester amtlicher Daten und empirischer Befunde stellt der Vortrag Thesen zur künftigen Entwicklung von Regionen und zu möglichen Veränderungen der Alltagsorganisation zur Diskussion. Sie alle leitet die Frage an: Beschleunigt die Pandemie sozialen Wandel?

Prof. Dr. Norbert F. Schneider ist Soziologe und seit 2009 Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden. Nach Tätigkeiten an den Universitäten Bamberg und Mainz unterrichtet er heute als Gastprofessor an den Universitäten Wien und Frankfurt am Main. Schneider ist Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Demographie, Mitherausgeber mehrerer Zeitschriften und Buchreihen und Mitglied mehrerer Expertengremien zur Beratung von Bundes- und Landesregierungen.

Veranstaltungsplakat (PDF)

Teilnahme

Die Veranstaltung findet online über das Konferenztool GoToMeeting statt.
Zugangscode: 268-792-501

Leipziger Geographisches Kolloquium

Die Vortragsreihe "Leipziger Geographisches Kolloquium – LGK" wird gemeinsam veranstaltet von: Institut für Geographie der Universität Leipzig, Leibniz-Institut für Länderkunde, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung

LEIPZIGER GEOGRAPHISCHES KOLLOQUIUM SOMMERSEMESTER 2021

Neu gedacht: Urbane und regionale Entwicklungen von morgen

Dienstag, 22. Juni 2021 | 17.15 Uhr

Beschleunigte Suburbanisierung aufgrund der Pandemie – Räumliche Bevölkerungsentwicklung und ihre Folgen

Online-Vortrag von Prof. Dr. Norbert Schneider, Wiesbaden

Teilnahme über GoToMeeting:
URL: https://global.gotomeeting.com/join
Zugangscode: 268-792-501

Welche Trends kennzeichnen gegenwärtig die räumliche Bevölkerungsentwicklung in Deutschland? Welchen Einfluss hat die Covid-19-Pandemie auf die aktuellen Tendenzen? Welche Konsequenzen resultieren aus den jüngsten Entwicklungen im Hinblick auf regionale und demografische Disparitäten? Anhand neuester amtlicher Daten und empirischer Befunde stellt der Vortrag Thesen zur künftigen Entwicklung von Regionen und zu möglichen Veränderungen der Alltagsorganisation zur Diskussion. Sie alle leitet die Frage an: „Beschleunigt die Pandemie sozialen Wandel?"

Prof. Dr. Norbert F. Schneider ist Soziologe und seit 2009 Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden. Nach Tätigkeiten an den Universitäten Bamberg und Mainz unterrichtet er heute als Gastprofessor an den Universitäten Wien und Frankfurt am Main. Schneider ist Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Demographie, Mitherausgeber mehrerer Zeitschriften und Buchreihen und war und ist Mitglied mehrerer Expertengremien zur Beratung von Bundes- und Landesregierungen.

Aktuelle Publikationen:

SCHNEIDER, Norbert F. / KREYENFELD, Michaela (Hrsg.) (2021): Research Handbook on the Sociology of the Family. Cheltenham: Edward Elgar

ERLINGHAGEN, Marcel / ETTE, Andreas / SCHNEIDER, Norbert F. / WITTE, Nils (Hrsg.) (2021): The Global Lives of German Migrants. Consequences of International Migration Across the Life Course. Cham: Springer

ETTE, Andreas / STRAUB, Sophie / WEINMANN, Martin / SCHNEIDER, Norbert F. (Hrsg.) (2021): Kulturelle Vielfalt in der öffentlichen Verwaltung. Repräsentation, Wahrnehmung und Konsequenzen von Diversität. Opladen: Barbara Budrich

Das Leipziger Geographische Kolloquium ist eine gemeinsame Veranstaltung von: Institut für Geographie der Universität Leipzig, Leibniz-Institut für Länderkunde, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ

UNIVERSITÄT LEIPZIG

HELMHOLTZ ZENTRUM FÜR UMWELTFORSCHUNG UFZ

Leibniz-Institut für Länderkunde

02) Buchvorstellung "Vertriebene in SBZ und DDR" (16.06.21) und zur internationalen Fachtagung (08./09.07.21)

03) Volksabstimmungen über die territoriale Zugehörigkeit unter besonderer Berücksichtigung der Volksabstimmungen nach dem Ersten Weltkrieg vor 100 Jahren

Internationale Fachtagung, 08. bis 09. Juli 2021, im Livestream auf Youtube

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne möchten wir Sie zu der Buchvorstellung „Vertriebene in SBZ und DDR“ von Hartmut Koschyk (Hg.) und Dr. Vincent Regente (Hg.) sowie zu der internationalen Fachtagung „Volksabstimmungen über die territoriale Zugehörigkeit unter besonderer Berücksichtigung der Volksabstimmungen nach dem Ersten Weltkrieg vor 100 Jahren“ der Kulturstiftung in Verbindung mit der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht einladen.

Beide Veranstaltungen werden rein online stattfinden und als Live-Stream über den Youtube-Kanal der Kulturstiftung aufrufbar sein.

Buchvorstellung **„Vertriebene in SBZ und DDR“**
am: **16. Juni 2021**
ab: **18.00 Uhr**
Live-Stream auf Youtube unter: **www.bit.ly/kulturstiftungvideo**

Internationale Fachtagung **„Volksabstimmungen über die territoriale Zugehörigkeit unter besonderer Berücksichtigung der Volksabstimmungen nach dem Ersten Weltkrieg vor 100 Jahren“**
am: **8. und 9. Juli 2021**
ab: **14.15 Uhr** (8. Juli) und **09.00 Uhr** (9. Juli)
Live-Stream auf Youtube unter: **www.bit.ly/kulturstiftungvideo**

Anhängend finden Sie weitere Informationen sowie die Programmabläufe zu beiden Veranstaltungen.

Fragen zur Veranstaltung beantworten wir gerne telefonisch oder per E-Mail und wir freuen uns Sie bei unseren Veranstaltungen begrüßen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen
i.A. Eva Schmiederkal

_____

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
Berliner Büro
Brunnenstrasse 191
10119 Berlin
Tel.: 030/86335510
E-Mail: bueroberlin@kulturstiftung.org
https://kulturstiftung.org/

04) Neue Podcast-Episode online: "Melde gehorsamst, ich bin so bloed." – 100 Jahre Schwejk. Eine tschechisch-deutsche Beziehungsgeschichte



Abbildung: Einige der Zutaten, aus denen der Podcast entstand. *Foto: Vera Schneider*

Im Frühjahr 1921 erschien der erste Teil des auf sechs Bände ausgelegten Romans *Osudy Dobrého Vojáka Švejka za Svetové Války,* den sein Autor Jaroslav Hašek nicht vollenden konnte und der dennoch zur Weltliteratur zählt. Unser Jubiläums-Podcast beleuchtet anhand der »Biografie« der Schwejk-Figur einen originellen Ausschnitt der tschechisch-deutschen Beziehungsgeschichte.

Denn dank der Vermittlung Max Brods war der von Grete Reiner übersetzte Roman (*Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk,* 1926) im deutschsprachigen Raum zunächst erfolgreicher als in seiner böhmischen Heimat. Dramatisierungen erfolgten unter anderem durch Max Brod und Hans Reimann (1928) sowie – unter der Mitwirkung von Bertolt Brecht – an der Berliner Piscator-Bühne (1928). 1943 entstand Brechts *Schweyk im Zweiten Weltkrieg* mit Musik von Hanns Eisler.

In zahlreichen Adaptionen für die Bühne beweist Hašeks Vorlage bis heute ihre Aktualität als zeitloses Antikriegsbuch. Auch im deutschen und österreichischen Film hat Schwejk viele Gesichter. Und die Neuübersetzung *Die Abenteuer des guten Soldaten Švejk im Weltkrieg* von Antonín Brousek nimmt seit 2014 auch diejenigen für den Roman ein, die mit Grete Reiners K.u.k.-Flair und ihrem »böhmakelnden« Schwejk nichts anzufangen wussten.

Die Moderatorinnen Vera Schneider und Ariane Afsari verbindet jeweils auch eine persönliche »Beziehungsgeschichte« mit Schwejk. Sie stellen die vom Schauspieler und Synchronsprecher Wolfgang Wagner für diesen Podcast eingesprochenen Zitate und zahlreiche O-Töne in ihren kulturgeschichtlichen Kontext.

Es erklingen neben Auszügen aus beiden Übersetzungen auch Texte von Max Brod, Egon Erwin Kisch, Kurt Tucholsky und F. C. Weiskopf sowie die Stimmen von Fritz Muliar, Walter Plathe und Gisela May. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website.

<*https://www.kulturforum.info/*>

Eine Produktion des Deutschen Kulturforums östliches Europa im Rahmen des Jahresthemas 2021 Literarische Landschaften im östlichen Europa.

< *https://www.kulturforum.info/de/termine-main-menu/jahresthema*>

Der Podcast ist ab sofort auf unserem Spotify-Kanal Von Asch bis Zips abrufbar. Die Nutzung des Streamingdienstes Spotify ist in der Basis-Version kostenfrei, eine Registrierung ist erforderlich. Alternativ steht der Podcast auch auf unserer Website zur Verfügung.

Pressekontakt
Dr. Vera Schneider
Deutsches Kulturforum östliches Europa
Berliner Straße 135 Haus K1
14467 Potsdam
Tel. +49 (0)331 20098-23
schneider@kulturforum.info

05) Deutsche Herrschaft der besetzten Sowjetunion. Von Hunger, Zwangsarbeit und Alltagsgewalt in den Jahren des Zweiten Weltkriegs

Veranstalter
Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal und Gedenkstätte Steinwache Dortmund

Wuppertal

Mittwoch, 30. Juni 2021
Von
Ulrike Schrader, Alte Synagoge Wuppertal

Online-Vortrag von Prof. Dr. Tatjana Tönsmeyer, Bergische Universität Wuppertal, 30. Juni 2021, 18.00 Uhr

Der Vortrag widmet sich der Frage, welche Konsequenzen die deutsche Herrschaft für die einheimische, jüdische wie nichtjüdische Bevölkerung der Sowjetunion hatte. In besonderer Weise werden dabei Aspekte beleuchtet, die bisher weniger im Zentrum der Aufmerksamkeit gestanden haben, vor allem: Was bedeutete Besatzung für das Alltagsleben? An ausgewählten Beispielen aus dem Kontext der Versorgung, der Arbeit, aber auch der alltäglichen Gewalt wird der Vortrag zeigen, dass „Vorkriegsnormalitäten“ sich

tiefgreifend veränderte. – In ihren Ausführungen wird die Referentin auch auf die Befunde des von ihr geleiteten Forschungs- und Editionsprojekt „Societies under German Occupation. Experiences and Everyday Life in World War II“ eingehen.

Tatjana Tönsmeyer ist seit 2011 Professorin für Neuere und Neueste Geschichte an der Bergischen Universität Wuppertal. Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind u. a. die Geschichte des Nationalsozialismus, des Zweiten Weltkriegs und der europäischen Besatzungsgesellschaften. Sie ist Leiterin des internationalen Netzwerks „Besatzungsgesellschaften“ und eine der Herausgeber*innen der Quellenedition „Coping with Hunger, Dealing with Shortage. Everyday Life under German Occupation in World War II”, die im Herbst 2021 erscheinen wird. Sie ist Mitglied in verschiedenen Beiräten, darunter der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, des Deutschen Historischen Instituts Warschau sowie der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe zur Errichtung einer Dokumentations-, Bildungs- und Erinnerungsstätte zur deutschen Besatzungspolitik während des Zweiten Weltkriegs.

Die Einwahldaten bitte unter info@alte-synagoge-wuppertal.de anfordern; sie werden Ihnen am Nachmittag des jeweiligen Vortragstags zugeschickt.

Der Vortrag ist Teil der digitalen Veranstaltungsreihe „Vernichtungskrieg. Vor 80 Jahren: Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941“ der Begegnungsstätte Alte Synagoge und der Gedenkstätte Steinwache Dortmund vom 2. Juni bis 7. Juli 2021.

Kontakt

info@alte-synagoge-wuppertal.de

https://www.alte-synagoge-wuppertal.de/

Zitation
Deutsche Herrschaft der besetzten Sowjetunion. Von Hunger, Zwangsarbeit und Alltagsgewalt in den Jahren des Zweiten Weltkriegs. In: H-Soz-Kult, 18.05.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-97688>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

06) Frauen als Vorkämpferinnen sozialer Gerechtigkeit?

- **Völlig vergessen – die oberschlesische Kämpferin Agnes Wabnitz**
  Roswitha Schieb, Borgsdorf b. Berlin
- **Stets gegenwärtig – die jüdische Intellektuelle Rosa Luxemburg**
  Holger Politt, Rosa-Luxemburg-Stiftung

Donnerstag, 23. September 2021, 18:00 Uhr

Zernack-Colloquium online



Abbildung: Wissenschaftliche Ferienkurse 1904 (Dim Franka/Franko-Museum, L'viv, 232 mem.)

Webinar:

Drinnen oder draußen?
Historische Debatten um politische und zivilgesellschaftliche Teilhabe in Mittel- und Osteuropa

Partizipations- und Exklusionspotentiale imperialer Ordnungen: Bildungswege im 19. Jahrhundert

Hier gelangen Sie direkt zum Zoom-Webinar.

https://zoom.us/webinar/register/WN_ptE2X-PDR-K1x9mKygVrzA

Im Mittelpunkt der Präsentationen stehen bewusst Akteure und Akteurinnen, die nichtdominanten ethnischen Gruppen des geteilten Polen angehörten. Auf diese Weise gehen Yvonne Kleinmann und Martin Rohde der Frage nach, welche sprachlichen und soziopolitischen Orientierungsoptionen sich Angehörigen der nichtpolnischen Bevölkerung in imperialen Zusammenhängen eröffneten. Anhand jüdischer und ukrainischer Schul- und Bildungswege untersuchen sie, welche Möglichkeiten der Partizipation es innerhalb der jeweiligen imperialen Bildungsinstitutionen in deutscher bzw. russischer Sprache gab, auf welches Echo diese bei Juden und Jüdinnen bzw. Ukrainern und Ukrainerinnen stießen und welche sprachlichen und institutionellen Alternativen sich im Laufe des 19. und frühen 20. Jahrhunderts boten. In vergleichender Perspektive stellen sie die übergeordnete Frage, welche Bedeutung die jeweiligen Lernformen, Sprachen und Institutionen für die Selbstwahrnehmung für die beteiligten Personen und Gruppen hatten.

Mit:

Prof. Dr. Yvonne Kleinmann, Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien in Halle

Dr. Martin Rohde, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Moderation:

Dr. Iwona Dadej, Agnieszka Zawadzka, Zentrum für Historische Forschung Berlin

Die Vortragsreihe wird aufgrund der pandemischen Lage zumindest vorläufig online stattfinden; Nachfragen bitte hier: info@cbh.pan.pl

Eine Kooperation zwischen dem Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften (ZFH), dem Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien in Halle und dem Deutschen Kulturforum östliches Europa in Potsdam.

Kontakt

Dr. Iwona Dadej
E-Mail: Iwona.Dadej@cbh.pan.pl
Ariane Afsari
E-Mail: afsari@kulturforum.info

Deutsches Kulturforum östliches Europa
Berliner Straße 135 | Haus K1
14467 Potsdam
Tel. +49 (0)331 20098-0
Fax +49 (0)331 20098-50
deutsches@kulturforum.info
www.kulturforum.info

Zernack-Colloquium 2021: Drinnen oder draußen?

Die sechsteilige Vortragsreihe zum Thema »Historische Debatten um politische und gesellschaftliche Teilhabe in Mittel- und Osteuropa« wird zumindest vorläufig online stattfinden



Titelblatt des »Humoristischen Volksblatts« Kikeriki! vom 30. Januar 1879 (Ausschnitt, Bildbeschreibung: s.u.). Abbildung: © Österreichische Nationalbibliothek, ANNO

14. Januar 2021

Das Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften – ZFH lädt in Kooperation mit dem Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien in Halle und dem Deutschen Kulturforum für östliches Europa in Potsdam zum Klaus-Zernack-Colloquium 2021 ein.

Im Mittelpunkt des Interesses des neuen Colloquiums stehen historische Auseinandersetzungen um Teilhabe am politischen und sozialen Leben in Mittel- und Osteuropa. Die sich im Laufe der Zeit verändernden rechtlichen und kulturellen Kontexte von Ausgrenzungsmechanismen, Inklusionspolitiken und Kämpfen um Anerkennung wollen wir anhand von religiöser und ethnischer Zugehörigkeit, politischem und materiellem Status sowie Geschlecht diskutieren.

Welche rechtlichen Rahmenbedingungen lagen politischer und sozialer Exklusion bzw. Inklusion zugrunde? Welche Gruppen oder Personen wurden aufgrund bestimmter Eigenschaften oder Wahrnehmungen nicht berücksichtigt oder explizit von der Teilhabe ausgeschlossen? Unter welchen Bedingungen und mit welchen Mitteln ließen sich solche exkludierenden Systeme aufbrechen? Welche Arten von Partizipation waren in imperialen Herrschaftsordnungen möglich, und welche wurden erst in demokratischen Ordnungen entwickelt? Welche neuen Formen von Inklusion und Exklusion sind seitdem entstanden?

Unsere Gäste beleuchten die sich verändernden rechtlichen Grundlagen für Inklusion und Exklusion sowie Diskurse um die Zugehörigkeit zu bestimmten gesellschaftlichen Gruppen oder auch Selbstausgrenzung von denselben. Ebenso betrachten sie die – unter Umständen abweichende – gesellschaftliche Praxis und Bewegungen der Selbstermächtigung.

Die diesjährige sechsteilige Vortragsreihe wird aufgrund der pandemischen Lage zumindest vorläufig online stattfinden. Links zu den Veranstaltungen werden jeweils zeitnah bekannt gegeben.

Anmeldung

Anmeldungen nehmen wir auch unter E-Mail: info@cbh.pan.pl gerne entgegen.

Termine

(Änderungen vorbehalten)

Donnerstag, 18. Februar 2021, 18:00 Uhr
Exklusion und Inklusion im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts aus rechtshistorischer Perspektive

- ***Staatsangehörigkeit in Deutschland: Einbürgern und Ausschließen***
  Dieter Gosewinkel, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
- ***Frauen ohne Vaterland. Die Staatsangehörigkeit verheirateter Frauen***
  Marion Röwekamp, Wilhelm und Alexander von Humboldt-Lehrstuhl, Mexico City
- *Moderation: Iwona Dadej*

Donnerstag, 15. April 2021, 18:00 Uhr
Die Bedeutung religiöser und ethnischer Zugehörigkeiten in der frühen Neuzeit

- ***Türken, Mohren und Tataren – Bilder des Anderen. Muslimische Lebenswelten in Brandenburg-Preußen im 18. Jahrhundert***
  Stephan Theilig, Humboldt-Universität zu Berlin
- ***Ethnische Gruppenbildung in der Vormoderne***
  Jürgen Heyde, Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa – GWZO Leipzig

Donnerstag, 20. Mai 2021, 18:00 Uhr
Das Partizipationspotential imperialer Ordnungen

- **Russländisches Reich**
  Yvonne Kleinmann, Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien, Halle
- **Habsburgerreich**
  Martin Rohde, Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien, Halle

Donnerstag, 23. September 2021, 18:00 Uhr
Frauen als Vorkämpferinnen sozialer Gerechtigkeit?

- **Völlig vergessen – die oberschlesische Kämpferin Agnes Wabnitz**
  Roswitha Schieb, Borgsdorf b. Berlin
- **Stets gegenwärtig – die jüdische Intellektuelle Rosa Luxemburg**
  Holger Politt, Rosa-Luxemburg-Stiftung

Donnerstag, 28. Oktober 2021, 18:00 Uhr
Vom Numerus Clausus zur Demokratisierung der Akademie?

- **Wissenschaft und Universitäten als Labore der Exklusion und Integration?**
  Annette Vogt, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte und Humboldt-Universität zu Berlin
- **Der polnische akademische Kontext am Beispiel des Lemberger Universitätsmilieus**
  Iwona Dadej, Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften

Donnerstag, 2. Dezember 2021, 18:00 Uhr
Zonen der Begrenzung – Aspekte von Grenzen in der Moderne

- **Epidemien und Quarantänen im 20. Jahrhundert als Mittel der ökonomischen Begrenzung am Beispiel Österreich-Ungarns und der Türkei**
  Christian Promitzer, Universität Graz
- **Grenzen und Gedächtnisdiskurs am Beispiel zweier Denkmäler in Graz und Ljubljana**
  Monika Stromberger, Universität Graz

Pressekontakt
Dr. Iwona Dadej: Iwona.Dadej[at]cbh.pan.pl
Ariane Afsari: afsari[at]kulturforum.info


Kikeriki!

Nr. 9. (XIX. Jahrgang.) Humoristisches Volksblatt. 30. Jänner 1879.

Theater und Parlament.

Uebertriebene Pest-Besorgnisse.

Titelblatt der »Kikeriki!« vom 30. Januar 1879 (s.u.)

Foto: Anfang des Jahres 1879 wurde bekannt, dass im russischen Astrachan in einigen Dörfern die Pest ausgebrochen war. Aus Angst, die Seuche könne sich bis nach Österreich ausbreiten, wurden die Grenzen zu Russland und zum Balkan abgeriegelt. Die in Wien erscheinende Satirezeitschrift »Kikeriki!« thematisierte die damalige große Pestangst. Abbildung: © Österreichische Nationalbibliothek, ANNO, Kikeriki vom 30. Januar 1879.

Text:
Kikeriki: Sie, bester Sicherheitswachmann, um Gotteswillen, lassen Sie diese zwei Leut' dort nicht bei der Linie herein.
Sicherheitswachmann: Ja warum denn nicht?
Kikeriki: Weil ich gelesen hab, daß die Pest am leichtesten durch alte Lumpen in die Stadt gebracht wird.

Das Klaus-Zernack-Colloquium ist eine seit über 10 Jahren am ZFH in Berlin Pankow etablierte Vortrags- und Diskussionsreihe, die sich mit Problemen und Themen der (nicht nur) historischen Forschung von Beziehungs- und Verflechtungsgeschichte im deutsch-polnischen, aber auch mittel- und osteuropäischen Kontext befasst.

Das Kulturforum wird gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

07) Neues Leben in alten Mauern

Ein Dokumentarfilm von Florin Besoiu. Filmvorführung & Gespräch

https://kulturforum.info/de/termine-main-menu/veranstaltungen/1023743-neues-leben-in-alten-mauern

Donnerstag, 24. Juni 2021, 15:30 Uhr

Barrierefrei

Bundesplatz-Kino Berlin
Bundesplatz 14, 10715 Berlin, Deutschland



Die Evangelische Stadtpfarrkirche Hermannstadt/Sibiu.- *Foto: © Florian Besoiu*

Die Evangelische Kirche A B. in Rumäniens steht – seit der Massenauswanderung der Siebenbürger Sachsen in die Bundesrepublik Deutschland Anfang der 90er Jahre – vor einer Jahrhundertaufgabe: die siebenbürgisch-sächsischen Kirchenburgen und Kirchen vor dem Verfall zu retten. Die über 160 Kirchenburgen und rund 100 Kirchen sind einzigartige Baudenkmäler in Europa, deren Erhalt und Pflege für viele Menschen zur höchsten Pflicht und Aufgabe geworden ist.

Florin Besoiu, den das Berliner Publikum bereits seit 2019 von der **Deutschlandpremiere seines erfolgreichen Dokumentarfilms *Zuwanderung nach Siebenbürgen*** kennt, widmet seinen neuen Film *Neues Leben in alten Mauern* (RO 2020) dem Kulturerbe der Siebenbürger Sachsen. Wir lernen Menschen kennen, die Mittel und Wege finden, um die mittelalterlichen Bauwerke zu sanieren, sie für Gottesdienste, aber auch für Festivals und andere kulturelle Veranstaltungen zugänglich zu machen.



Die Kirchenburg von Holzmengen/Hosman. Hier findet seit 2015 jährlich das »Holzstock Festival« statt.- *Foto: © Florian Besoiu*

Mit EU-Fördergeldern wird beispielsweise die Hermannstädter Stadtpfarrkirche renoviert, aber es engagieren sich seit vielen Jahren auch kleine Firmen mit bescheideneren Mitteln. In einem kleinen Dorf wie Felldorf/Filitelnic treffen sich die Bewohner des Ortes, Rumänen und Ungarn, regelmäßig, um das Kulturerbe der Siebenbürger Sachsen wieder instand zu setzen und den evangelischen Friedhof zu pflegen. Andere versuchen alte Kirchenburgen einer neuen Verwendung zuzuführen – in Holzmengen/Hosman findet seit 2015 jährlich das Holzstock Festival, das mit seinen vielfältigen Freizeitangeboten, Workshops und Konzerten Jung und Alt in seinen Bann zieht.

Lauter optimistisch stimmende Initiativen stellt Besoiu in seinem Film vor. Ihm ist eine facettenreiche Dokumentation gelungen, die einen malerischen Landstrich mit seinen Menschen, seinen Baudenkmälern und Traditionen aufleben lässt.

Nach der Filmvorführung beantwortet Regisseur Florin Besoiu Publikumsfragen.

***Moderation**:* Dr. Ingeborg Szöllösi, Südosteuropa-Referentin des Deutschen Kulturforums östliches Europa

Der Regisseur

Florin Besoiu, geb. 1984 in Mühlbach/Sebes in Siebenbürgen (Rumänien), Studium an der Theaterhochschule in Hermannstadt/Sibiu, seit 2006 Schauspieler, Theaterregisseur, Theaterpädagoge, Journalist, Filmregisseur. Autor von zahlreichen Kurzfilmen und Dokumentarfilmen, u. a. zur Deportation der Rumäniendeutschen in die Sowjetunion: *Die Alptraumreise* (2010) und *Die Überlebenden im Winter. Erinnerungen aus der Deportation* (2017).

Der Film wurde durch das Demokratische Forum der Deutschen in Hermannstadt mit Mitteln des Departements für Interethnische Beziehungen der Regierung Rumäniens gefördert.

Ein Projekt des Deutschen Kulturforum östliches Europa, Potsdam, in Zusammenarbeit mit dem Bundesplatz-Kino Berlin

http://www.bundesplatz-kino.de/



Literaturhaus Berlin
Fasanenstraße 23
10719 Berlin
+49 (0)30 887 286 0
info@literaturhaus-berlin.de

08) »Vicky Baum, Gabriele Tergit, Irmgard Keun«

Literarische Führung

Sonntag, 27. Juni 2021, 11:00 Uhr
7 € / erm. 4 €
Tickets

https://literatur-berlin.tickettoaster.de/produkte/1436-tickets-vicky-baum-gabriele-tergit-irmgard-keun-literaturhaus-berlin-berlin-am-27-06-2021

Mit Sebastian Januszewski

Vicky Baum, Gabriele Tergit und Irmgard Keun sind drei herausragende Autorinnen der Weimarer Republik, deren Leben und Werk eng mit Berlin verknüpft sind. Der literarische Spaziergang stellt die wichtigsten Werke und markante Lebensabschnitte der Schriftstellerinnen vor. Beim Geburtshaus Irmgard Keuns startend, endet die Führung am letzten Berliner Wohnort Gabriele Tergits.

Dauer ca. 1,5 h; Treffpunkt: vor dem Haupteingang des Literaturhaus Berlin

Literaturforum im Brecht-Haus Berlin
Chausseestraße 125, 10115 Berlin

https://www.google.com/maps/place/Literaturforum+im+Brecht-Haus/@52.5289772,13.3826518,17z/data=!3m1!4b1!4

09) Otto

Lesung von Dana von Suffrin im Rahmen unseres Jahresthemas 2021: »Literarische Landschaften im östlichen Europa« und im Rahmen der Lesereihe »Unerhörte Familiengeschichten aus dem östlichen Europa«

https://kulturforum.info/de/termine-main-menu/veranstaltungen/1023559-otto

Sonnabend, 03. Juli 2021, 19:00 Uhr

Eintritt: 5,00 Euro, ermäßigt 3,00 Euro

Nicht barrierefrei!



Collage aus Buchcover und Autorenfoto *Dana* von Suffrin.- *Foto: © Gerald von Foris*

»In ihrem Romandebüt erzählt Dana von Suffrin, was es heißt, wenn ein starrköpfiger jüdischer Familienpatriarch zum Pflegefall wird. Und wie schwer es fällt, von einem Menschen Abschied zu nehmen, den man sein ganzes Leben eigentlich loswerden wollte.

Für sein Umfeld war Otto, der pensionierte Ingenieur, schon immer eine Heimsuchung. Aber als er aus dem Krankenhaus zurückkehrt, ist alles noch viel schlimmer. Nach wie vor ist er aufbrausend, manipulativ, distanzlos und von wahnwitzigen Einfällen beseelt – aber jetzt ist er auch noch pflegebedürftig. Seinen erwachsenen Töchtern macht er unmissverständlich klar: Ich verlange, dass ihr für mich da seid. Und zwar immer! Für Timna und Babi beginnt ein Jahr voller unerwarteter Herausforderungen, aber auch der Begegnung mit der eigenen Vergangenheit und Familiengeschichte, die so schräg ist, dass Außenstehende nur den Kopf schütteln können.

Klug, liebevoll und mit sehr viel schwarzem Humor erzählt Dana von Suffrin, wie Timna versucht, ihre dysfunktionale Familie zusammenzuhalten, ohne selbst vor die Hunde zu gehen. *Otto* ist Hommage und zugleich eine Abrechnung mit einem Mann, in dessen jüdischer Biografie sämtliche Abgründe des 20. Jahrhunderts aufscheinen.« (*Quelle*: Verlag Kiepenheuer & Witsch)

Grußwort
MinDirig. Winfried Smaczny, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Kulturforums östliches Europa

Moderation
Dr. Ingeborg Szöllösi, Länderreferentin Südosteuropa beim Deutschen Kulturforum

Dana von Suffrin wurde 1985 in München geboren. Sie studierte Politikwissenschaft, Neuere und Neueste Geschichte und Komparatistik in München, Neapel und Jerusalem. Seit 2009 ist sie Museums- und Stadtführerin in München. 2017 Promotion mit einer Arbeit zur Rolle von Wissenschaft und Ideologie im frühen Zionismus, seitdem Postdoc an der LMU. Sie lebt in München.

Eine Veranstaltung im Rahmen unseres **Jahresthemas 2021: Literarische Landschaften im östlichen Europa**. Außerdem gehört die Veranstaltung zur Lesereihe **Unerhörte Familiengeschichten aus dem östlichen Europa**, die das Deutsche Kulturforum ursprünglich von Januar bis April 2020 durchführen wollte – aufgrund der Corona-Pandemie mussten einige Termine in den Juli 2021 verschoben werden.

Das Kulturforum wird gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

10) Letzte Fahrt nach Königsberg

Lesung von Ulrich Trebbin im Rahmen unseres Jahresthemas 2021: »Literarische Landschaften im östlichen Europa« und im Rahmen der Lesereihe »Unerhörte Familiengeschichten aus dem östlichen Europa«

https://kulturforum.info/de/termine-main-menu/veranstaltungen/1023560-letzte-fahrt-nach-koenigsberg

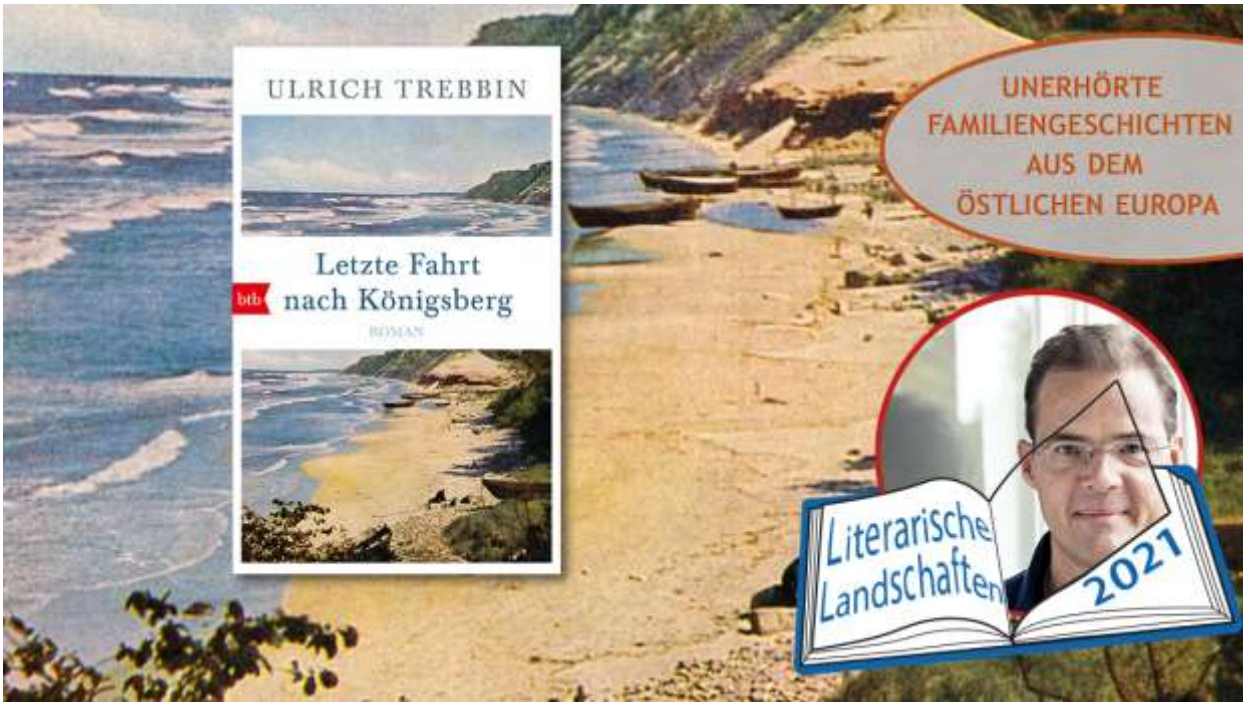
Sonnabend, 10. Juli 2021, 19:00 Uhr

Eintritt: 5,00 Euro, ermäßigt 3.00 Euro

Nicht barrierefrei!

Literaturforum im Brecht-Haus Berlin
Chausseestraße 125, 10115 Berlin, Deutschland Adresse mit Google Maps öffnen.

https://www.google.com/maps/place/Literaturforum+im+Brecht-Haus/@52.5289772,13.3826518,17z/data=!3m1!4b1!4m5!3m4!1s0x47a851eb89a20b3f:0xb1206f14da755b4f!8m2!3d52.5289772!4d13.3848405



Collage aus Buchcover und Autorenfoto Ulrich Trebbin.- *Foto: © Sonja Herpich*

»Königsberg, das sind für Ella die Möwen über dem Fischmarkt, das ist der ornamentale Rundbogen über dem väterlichen Weinkontor. Das sind die unbeschwerten Tage an der Küste des Samlands und das ist Victor, ihre erste große Jugendliebe. Doch Anfang 1945, kurz vor Kriegsende, liegt die einst so prachtvolle Metropole Ostpreußens in Schutt und Asche. Und auch in Potsdam, wohin sich Ella mit ihren beiden Kindern geflüchtet hat, wird die Lage immer beklemmender, die Essensvorräte immer knapper.

Als Ella sich an die zahllosen Einmachgläser im Keller ihrer alten Königsberger Wohnung erinnert, gefüllt mit Mirabellen, Sauerkraut und Schweinebraten, wagt sie das Unmögliche:

Mitten hinein in den Vormarsch der russischen Truppen steigt sie in den Zug nach Königsberg, in eine Welt, die dem Untergang geweiht ist.« (*Quelle*: btb Verlag)

Grußwort
MinDirig. Winfried Smaczny, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Kulturforums östliches Europa

Moderation
Dr. Ingeborg Szöllösi, Länderreferentin Südosteuropa beim Deutschen Kulturforum

Ulrich Trebbin hat in Regensburg studiert und ist Hörfunkjournalist und Gestalttherapeut. Er arbeitet beim Bayerischen Rundfunk und in seiner psychotherapeutischen Praxis. *Letzte Fahrt nach Königsberg* ist sein Debüt als Romanautor, eine literarische Annäherung an die ostpreußischen Wurzeln seiner Familie.

Eine Veranstaltung im Rahmen unseres **Jahresthemas 2021: Literarische Landschaften im östlichen Europa**. Außerdem gehört die Veranstaltung zur Lesereihe **Unerhörte Familiengeschichten aus dem östlichen Europa**, die das Deutsche Kulturforum ursprünglich von Januar bis April 2020 durchführen wollte – aufgrund der Corona-Pandemie mussten einige Termine in den Juli 2021 verschoben werden.

Das Kulturforum wird gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Topographie des Terrors

Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin-Kreuzberg
Info@topographie.de
www.topographie.de
Ruf: 030-254 509-0
Fax: 030-254-09-99

11) Kampf um die Brester Festung 1941. Ereignis - Narrativ - Erinnerungsort

Dienstag, 22. Juni 2021, 19:00 Uhr

B. b) Vorlesungsreihen, Diskussionen, Seminare u.ä. Seiten 461 - 500

01) Die Klagen der Hohenzollern - Eine Dokumentation

"Die Klagen der Hohenzollern - Eine Dokumentation" - Website-Launch und Podiumsdiskussion am 15. Juni 2021, 20 Uhr

Veranstalter
Sophie Schönberger, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e. V. (VHD))

Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e. V. (VHD)

Frankfurt am Main (digital)

15.06.2021
Von
Frank Kell, Geschäftsstelle, Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e.V.

Mit einem Website-Launch am 15. Juni 2021, 20 Uhr, wird das Wiki "Die Klagen der Hohenzollern", das die juristischen Schritte der Hohenzollern dokumentiert und in ihre historischen und juristischen Kontexte einbettet, der Öffentlichkeit vorgestellt. Die anschließende Podiumsdiskussion diskutiert die Frage, welche Rahmenbedingungen ein öffentlicher Dialog aus juristischer, historischer, politischer und medialer Perspektive braucht. Die Veranstaltung findet als Zoom-Webinar statt.

"Die Klagen der Hohenzollern - Eine Dokumentation" - Website-Launch und Podiumsdiskussion am 15. Juni 2021, 20 Uhr

REGISTRIERUNG: https://zoom.us/webinar/register/WN_xdJRIxBYQbWbOsG9rCp7_Q

Seit dem Jahr 2014 führt Georg Friedrich Prinz von Preußen, Ururenkel des letzten deutschen Kaisers, Verhandlungen mit der öffentlichen Hand. Es geht um Fragen der eigentumsrechtlichen Zuordnung von Kulturgütern, um Leihverträge mit öffentlichen Museen sowie um Entschädigungszahlungen für Immobilien, die nach 1945 in der sowjetisch besetzten Zone enteignet wurden. Vor dem Hintergrund der öffentlichen Thematisierung dieser Verhandlungen ist es zu einer Vielzahl äußerungsrechtlicher Streitigkeiten gekommen, in denen Georg Friedrich Prinz von Preußen Medienhäuser, Journalist:innen, Politiker:innen und Wissenschaftler:innen juristisch angegriffen hat. Teilweise blieb es bei anwaltlichen Drohschreiben, in anderen Fällen entwickelten sich gerichtliche Verfahren.

Aufgrund der großen Zahl dieser Streitigkeiten, die auch zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion geworden sind, und der einschüchternden Wirkung, die von einem juristischen Vorgehen ausgehen kann, haben sich die Vorsitzende des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e. V. (VHD), Prof. Eva Schlotheuber, und Prof. Dr. Sophie Schönberger (Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Kunst- und Kulturrecht an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf) entschieden, die juristischen Schritte zu dokumentieren. Begleitet durch das Transparenzprojekt FragDenStaat, das durch den „Prinzenfonds“ zur Unterstützung betroffener Journalist:innen und Wissenschaftler:innen zuletzt ein Schlaglicht auf die Thematik geworfen hatte, wurden nun unter dem Titel „Die Klagen der Hohenzollern

– eine Dokumentation“ in einem „Wiki“ aus verschiedenen Quellen Rechtsstreitigkeiten rund um das Thema für die Öffentlichkeit zusammengetragen. Sie werden zugleich in ihren historischen und juristischen Kontext gestellt.

Ziel dieser Dokumentation ist es, das juristische Vorgehen und die juristischen Entscheidungen transparent zu machen. Das soll auch die wichtige öffentliche Auseinandersetzung mit der Frage nach Ausmaß, Intention und Einschüchterungspotential dieses ungewöhnlichen juristischen Vorgehens unterstützen. Mit Hilfe der Dokumentation lässt sich nachvoll-ziehen, welche Aussagen von Georg Friedrich Prinz von Preußen angegriffen wurden und warum.

Darüber hinaus soll das Projekt aber auch eine größere Debatte darüber anstoßen, wie in der aktuellen Situation wissenschaftliche, politische und allgemeine öffentliche Diskussionen geführt werden können und geführt werden sollten. Die „Klagen der Hohenzollern“ verweisen exemplarisch auf die wichtige Frage nach der Bedeutung des wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurses als Mittel der Selbstverständigung einer demokratischen Gesellschaft. Dabei geht es auch um die Rahmenbedingungen, unter denen ein solcher Diskurs gelingen kann.

Mit einem Website-Launch am 15. Juni 2021, 20 Uhr, wird die Dokumentation der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Veranstaltung findet als Zoom-Webinar statt, für das Sie sich über folgenden Link registrieren können: https://zoom.us/webinar/register/WN_xdJRIxBYQbWbOsG9rCp7_Q

Die anschließende Podiumsdiskussion „Geschichte vor Gericht“ diskutiert die Frage, welche Rahmenbedingungen ein öffentlicher Dialog aus juristischer, historischer, politischer und medialer Perspektive braucht. Welche Rolle spielen juristische Schritte für die Wissenschaft, die Medien und Politik?

Programm

Grußwort
Anja Steinbeck, Rektorin der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

I. Website-Launch „Die Klagen der Hohenzollern – eine Dokumentation“

Einführung
Eva Schlotheuber, Vorsitzende des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e. V.

Die Klagen der Hohenzollern – eine juristische Dokumentation
Sophie Schönberger, Professorin für Öffentliches Recht, Kunst und Kulturrecht an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Prinzenerzählungen. Die Hohenzollern und ihre Geschichte
Eckart Conze, Professor für Neuere und Neueste Geschichte am Seminar für Neuere Geschichte der Philipps-Universität Marburg
Stephan Malinowski, Senior Lecturer of Modern European History an der University of Edinburgh

II. Podiumsdiskussion: „Geschichte vor Gericht: Wissenschaftliche Diskurse – Öffentliche Diskurse – Juristische Verfahren – Politische Bewertungen“

Moderation
Anja Reinhardt, Deutschlandfunk

Es diskutieren:
- Michael Haller, Professor em. für Allgemeine und Spezielle Journalistik an der Universität Leipzig und Wissenschaftlicher Direktor des gemeinnützigen Europäischen Instituts für Journalismus- und Kommunikationsforschung (EIJKJ) in Leipzig
- Martin Sabrow, Direktor des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam und Professor für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin
- Sophie Schönberger, Professorin für öffentliches Recht, Kunst- und Kulturrecht an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und Co-Direktorin des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung
- Manja Schüle, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg

Kontakt

Frank Kell
Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e.V.
Geschäftsstelle
c/o Goethe-Universität Frankfurt/Main
Senckenberganlage 31-33
60325 Frankfurt/Main

kell@historikerverband.de
Tel.: 069 798 32572

https://www.historikerverband.de

Zitation
Die Klagen der Hohenzollern - Eine Dokumentation. In: H-Soz-Kult, 09.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98199>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) Einladung zur Buchvorstellung "Vertriebene in SBZ und DDR" (16.06.21) und zur

03) Internationalen Fachtagung (08./09.07.21)

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne möchten wir Sie zu der Buchvorstellung „Vertriebene in SBZ und DDR“ von **Hartmut Koschyk (Hg.)** und **Dr. Vincent Regente (Hg.)** sowie zu der internationalen Fachtagung „Volksabstimmungen über die territoriale Zugehörigkeit unter besonderer Berücksichtigung der Volksabstimmungen nach dem Ersten Weltkrieg vor 100 Jahren“ der Kulturstiftung in Verbindung mit der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht einladen.

Beide Veranstaltungen werden rein online stattfinden und als Live-Stream über den Youtube-Kanal der Kulturstiftung aufrufbar sein.

Buchvorstellung **„Vertriebene in SBZ und DDR“**
am: **16. Juni 2021**
ab: **18.00 Uhr**
Live-Stream auf Youtube unter: **www.bit.ly/kulturstiftungvideo**

Internationale Fachtagung **„Volksabstimmungen über die territoriale Zugehörigkeit unter besonderer Berücksichtigung der Volksabstimmungen nach dem Ersten Weltkrieg vor 100 Jahren“**
am: **8. und 9. Juli 2021**
ab: **14.15 Uhr** (8. Juli) und **09.00 Uhr** (9. Juli)
Live-Stream auf Youtube unter: **www.bit.ly/kulturstiftungvideo**

Anhängend finden Sie weitere Informationen sowie die Programmabläufe zu beiden Veranstaltungen.

Fragen zur Veranstaltung beantworten wir gerne telefonisch oder per E-Mail und wir freuen uns Sie bei unseren Veranstaltungen begrüßen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen
i.A. Eva Schmiederkal

_____

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
Berliner Büro
Brunnenstrasse 191
10119 Berlin
Tel.: 030/86335510
E-Mail: bueroberlin@kulturstiftung.org
https://kulturstiftung.org/



gefördert durch:

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Aktuelle Änderungen im Programm entnehmen Sie bitte unseren Internetseiten:

www.kulturstiftung.org

Weitere Auskünfte:

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn
Brunnenstraße 191, 10119 Berlin
Telefon Bonn: 0228 / 915 12 0
Telefon Berlin: 030 / 863 355 10
E-Mail: kontakt@kulturstiftung.org

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Deutsche Gesellschaft e.V.

Abbildungen:
Vorderseite Titel „Vertriebene in SBZ und DDR"
Rückseite Wikipedia/Ijara, Vertriebenendenkmal Hauptfriedhof Erfurt, CC BY 3.0

HINWEISE

1. Live-Stream und Aufzeichnung
Die Buchvorstellung und das Podiumsgespräch zum Thema „Vertriebene in SBZ und DDR" werden am 16. Juni 2021 ab 18 Uhr als Live-Stream auf dem Youtube-Kanal der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen übertragen und anschließend dort abrufbar bleiben:

www.bit.ly/kulturstiftungvideo

2. Publikation
Der Band ***„Vertriebene in SBZ und DDR"*** von Hartmut Koschyk (Hg.) und Vincent Regente (Hg.) erscheint im be.bra wissenschaft verlag. Das 224 Seiten umfassende Paperback mit 15 s/w-Abbildungen ist im gut sortierten Buchhandel unter der **ISBN 978-3-95410-274-7** für 24,- € erhältlich.

3. Teilnahmemöglichkeit
Während der Ausstrahlung des Live-Streams können auf dem Youtube-Kanal der Kulturstiftung Fragen gestellt werden.

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen | Deutsche Gesellschaft e.V.

EINLADUNG



Buchvorstellung

16. Juni 2021

online

ZUM BUCH

Das Schicksal der Vertriebenen in der SBZ (Sowjetische Besatzungszone) und späteren DDR ist bislang wenig erforscht. Die Beiträge des Bandes „Vertriebene in SBZ und DDR" nehmen das Thema in seinem ostmitteleuropäischen Kontext in den Blick. Besondere Beachtung erfährt dabei die Resilienz der Vertriebenen und ihrer Erinnerungen gegenüber der SED-Geschichtspolitik.

Es geht um den „Umsiedler"-Diskurs in Staat, Kultur und Gesellschaft, um die Behandlung des Themas in der Politik der SED und in der Arbeit des MfS, aber auch um die Verarbeitung in Literatur und Film. Erweitert wird die Perspektive um das Schicksal der Heimatverbliebenen in der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakei sowie um gegenwärtige Fragen der Erinnerungskultur, der Integrationspolitik und der deutsch-polnischen Verständigung nach 1989.

Mit Beiträgen von Heike Amos, Jens Baumann, Gundula Bavendamm, Carl Bethke, Stefan Donth, Bernd Fabritius, Tilman Asmus Fischer, Bernard Gaida, Hartmut Koschyk, Irena Kurasz, Michael Schwartz und Matěj Spurný sowie einem Grußwort von Reinfried Vogler.

PROGRAMM

Mittwoch, 16. Juni 2021

18.00 Uhr – Einleitung und Grußwort
> ***Thomas Konhäuser***, Geschäftsführer der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
> ***Reinfried Vogler***, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

18.10 – Impulsvortrag „Vertriebene in SBZ und DDR"
> ***Dr. Stefan Donth***, Leiter Zeitzeugenarchiv der Stiftung „Gedenkstätte Hohenschönhausen"

18.30 – Gespräch
> ***Dr. Stefan Donth***, Leiter Zeitzeugenarchiv der Stiftung „Gedenkstätte Hohenschönhausen"
> ***Hartmut Koschyk***, PStS a.D. Mitherausgeber des vorgestellten Buches
> ***Herta Mahlo***, Zeitzeugin
> ***Dr. Vincent Regente***, Leiter der Abteilung EU & Europa der Deutschen Gesellschaft e.V. und Mitherausgeber des vorgestellten Buches
> ***Reinfried Vogler***, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

> Moderation: ***Maria Ossowski,*** Kulturkorrespondentin (rbb)

TEILNEHMERINNEN UND TEILNEHMER

Dr. Stefan Donth, Leiter Strategie und Zeitzeugenarchiv der Stiftung „Gedenkstätte Hohenschönhausen" und stellvertretender Sprecher des Forschungsverbundes „Landschaften der Verfolgung"

Thomas Konhäuser, Geschäftsführer der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Hartmut Koschyk, Parlamentarischer Staatssekretär a.D., ehem. Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten und Mitherausgeber des vorgestellten Buches, stv. Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft e. V.

Herta Mahlo, Zeitzeugin der Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg, ehem. Dolmetscherin Deutsch/Polnisch und seit Jahrzehnten engagiert für die deutsch-polnische Versöhnung

Dr. Vincent Regente, Leiter der Abteilung EU & Europa der Deutschen Gesellschaft e. V. in Berlin und Mitherausgeber des vorgestellten Buches

Reinfried Vogler, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Präsident der Sudetendeutschen Bundesversammlung

Moderation: ***Maria Ossowski***, Kulturkorrespondentin des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb)

Kulturstiftung
der deutschen Vertriebenen

EINLADUNG



Volksabstimmungen über die territoriale Zugehörigkeit

unter besonderer Berücksichtigung der Volksabstimmungen nach dem Ersten Weltkrieg vor 100 Jahren

Internationale Fachtagung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen in Verbindung mit der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht

8. und 9. Juli 2021

online

Zum Tagungsthema

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist ein positiver Rechtssatz des geltenden Völkerrechts und heute zwingendes Völkerrecht. Seit feststeht, dass es eine echte Völkerrechtsnorm ist, darf es ohne seine Berücksichtigung keinen völkerrechtlich gültigen Gebietsübergang mehr geben.

Das Selbstbestimmungsrecht ist eng mit der Volksabstimmung verbunden und die Ausübung dieses Rechts kann nur legitim durch eine Volksabstimmung erfolgen. Die Menschen selbst sollen über ihr Schicksal, ihre Zugehörigkeit zu einem Staat oder Staatenverbund entscheiden und nicht die Regierungen.

Das Symposium der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen in Verbindung mit der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht beschäftigt sich speziell mit der Bedeutung der Volksabstimmungen über Gebietstransfers, die die deutsche und europäische Geschichte, besonders auch in Mittel- und Mittelosteuropa, beeinflusst haben.

Sie fanden zu einer Zeit statt, in der das Selbstbestimmungsrecht der Völker noch kein Rechtssatz des Völkerrechts war, sondern nur ein politisches Postulat, aber gleichwohl zu einer Befriedung beigetragen hat, soweit das Abstimmungsverhalten von den Regierungen respektiert wurde.

Insgesamt wird die Veranstaltung zeigen, dass respektierte Volksabstimmungen dem Frieden und der Aussöhnung mit dem Nachbarn dienen. Sie ist darauf bedacht, den wissenschaftlichen Austausch und damit die Verständigung zwischen Deutschland und seinen Nachbarländern in Mittel- und Ostmitteleuropa zu fördern.



gefördert durch:

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Aktuelle Änderungen im Programm entnehmen Sie bitte unseren Internetseiten:

www.kulturstiftung.org

Weitere Auskünfte:

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn
Brunnenstraße 191, 10119 Berlin
Telefon Bonn: 0228 / 915 12 0
Telefon Berlin: 030 / 863 355 10
E-Mail: kontakt@kulturstiftung.org

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Abbildungen:
Vorderseite: Deutsches Haus Alleinstein, Wikimedia/gemeinfrei;
Rückseite: Notgeld der Gemeinde Husbyholz vom 1. Juli 1921, Wikimedia/gemeinfrei

HINWEISE

1. Live-Stream und Aufzeichnung

Die internationale Fachtagung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen in Verbindung mit der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht „Volksabstimmungen über die territoriale Zugehörigkeit unter besonderer Berücksichtigung der Volksabstimmungen nach dem Ersten Weltkrieg vor 100 Jahren" wird am 8. und 9 Juli als Live-Stream auf dem Youtube-Kanal der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen übertragen und anschließend dort abrufbar bleiben:

www.bit.ly/kulturstiftungvideo

2. Teilnahmemöglichkeit

Während der Ausstrahlung des Live-Streams können auf dem Youtube-Kanal der Kulturstiftung Fragen gestellt werden. Für eine direkte Beteiligung auf der Konferenzplattform Zoom sind Anmeldungen bis zum 5. Juli möglich unter der E-Mail:

veranstaltungen@kulturstiftung.org

PROGRAMM

Donnerstag, 8. Juli 2021

14.15 Uhr - Grußwort
> ***Reinfried Vogler***, *Vorsitzender der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen*

14.30 – Begrüßung und Einführung in die Thematik
> ***Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Gilbert H. Gornig***, Marburg
> ***Prof. Dr. Peter Hilpold***, Innsbruck

14.45 – Volksabstimmungen in Eupen-Malmedy. Eine Geschichte der Region bis 1945
> ***Dr. Günther Rautz***, Leiter der Abteilung „Minderheitenrecht", EURAC research, Bozen

15.30 – Volksabstimmung in Kärnten 1920
> ***Dr. Günther Rautz***, EURAC

16.15 – Pause

16.30 – Gebietsreferenden im Völkerrecht
> ***Prof. Dr. Peter Hilpold***, *Innsbruck*

17.15 – Die „Anschluss-Volksabstimmung" in Salzburg 1921 und ihr verfassungsrechtlicher Rahmen
> ***Univ. Prof. Dr. Wilhelm Brauneder***, *Wien*

18.00 Uhr – Volksabstimmungen in Tirol über den Anschluss an das Deutsche Reich
> ***Prof. Dr. Gunda Barth-Scalmani***

Freitag, 9. Juli 2021

09.00 Uhr – Volksabstimmung in Ödenburg/Sopron und Umgebung 1921
> ***Dr. Richard Lein***, Institut für die Erforschung der Habsburgermonarchie und des Balkanraumes, Österreichische Akademie der Wissenschaften

09.45 Uhr – Volksabstimmung in Schleswig nach dem Ersten Weltkrieg 1920
> ***Dr. jur. Holger Kremser***, Georg-August-Universität Göttingen

10.30 Uhr – Pause

11.00 Uhr – Volksabstimmung in Oberschlesien und Teilung Oberschlesiens
> ***Dr. Karsten Eichner***, Universität Gießen

11.45 Uhr – Volksabstimmung in West- und Ostpreußen
> ***Barbara Kämpfert***, Kulturstiftung

12.30 Uhr – Pause

13.30 Uhr – Gebietsreferenden im präunitären Italien
> ***Dr. Gian Luca Fruci***, Universität Pisa

14.15 Uhr – Das Volk befindet über die Zugehörigkeit des Saarlandes
> ***Dennis Traudt***, Europa-Institut, Universität des Saarlandes

15.00 Uhr – Pause

15.30 Uhr – Referenden über die Zugehörigkeit der Krim und der Ostukraine zu Russland
> ***Dr. Carolin Gornig***

16.15 Uhr – Die Abstimmun in Westiran 1969 – ein Zerrbild eines Gebietsreferendums
> ***Prof. Dr. Stefan Oeter***, Universität Hamburg

17.00 Uhr – Zusammenfassung und Diskussion der Tagungsergebnisse
> ***Prof. Dr. Peter Hilpold***, Innsbruck
> ***Prof Dr. Dr. h.c. mult. Gilbert H. Gornig***, Marburg

17.15 Uhr Schlusswort
> ***Reinfried Vogler***, Vorsitzender der Kulturstiftung

04) – 06) Oberseminar der Historischen Geographie Bamberg

Veranstalter
Professur für Historische Geographie, Otto-Friedrich-Univerversität Bamberg

Veranstaltungsort
Bamberg (digital)

20.05.2021 bis 08.07.2021

Von
Professur für Historische Geographie, Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Das Oberseminar ist eine Vortragsreihe sowie Forum für alle an der Historischen Geographie Interessierten und fördert den Austausch zwischen Studierenden, Nachwuchswissenschaftler:innen und Gästen.

Oberseminar der Historischen Geographie Bamberg

Online-Vorträge jeweils donnerstag ab 16.15 Uhr

Das Format erlaubt spannende Einblicke in geplante und laufende Masterarbeiten und Promotionen aus dem Themenspektrum der Historischen Geographie.

Programm

Jeweils donnerstags, 16.15 Uhr–17.45 Uhr
über Zoom, Link unter https://www.uni-bamberg.de/histgeo/oberseminar/

20.05.2021
Zeit, dass sich was dreht – Windenergieanlagen aus denkmalkundlicher Perspektive
(Leo Bockelmann, Bauhaus-Universität Weimar)

27.05.2021
Genossenschaftliche Lagerhäuser in Franken – Elementare Bestandteile eines Strukturwandels in der Landwirtschaft
(Simon Kotter, Institut für Fränkische Landesgeschichte)

10.06.2021
Der Beginn der Elektrifizierung in Oberfranken. Akteure, Voraussetzungen, Hindernisse, Auswirkungen und Reichweite
(Walter Gaube, Institut für Fränkische Landesgeschichte)

17.06.2021
Moderne auf dem Land? Städtebau und Raumplanung im Kontext der industrialisierten DDR-Landwirtschaft
(Fridtjof Florian Dossin, Otto-Friedrich-Universität Bamberg)

24.06.2021
Entwicklung und Einfluss von historischen Wander- und Pilgerwegen auf die touristische Wegeerschließung
(Andreas Fenz, Otto-Friedrich-Universität Bamberg)

01.07.2021
Kaffee-Schmuggel in der Eifel: Lukratives Geschäft in den Nachkriegsjahren. Eine historisch-geographische Betrachtung
(Robin Radl, Otto-Friedrich-Universität Bamberg)

08.07.2021
„God save the village green!“ – Britische Identität im Pop und Rock der 1960er Jahre
(Jost Dockter, Otto-Friedrich-Universität Bamberg)

Kontakt

anna.regener@uni-bamberg.de

https://www.uni-bamberg.de/histgeo/oberseminar/

Zitation
Oberseminar der Historischen Geographie Bamberg. In: H-Soz-Kult, 21.05.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-97779>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

07) Konferenz: Von der Versöhnung zur Alltäglichkeit? 30 Jahre deutsch-polnische Nachbarschaft

Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften
Deutsches Polen-Institut Darmstadt
Łazarski-Hochschule Warschau
laden Sie herzlich zu
einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz im Hybridformat ein

vom 17. bis 19. Juni 2021 in Warschau
und vom 24. bis zum 25. Juni in Oppeln
mitsamt Online-Übertragung

Am 17. Juni 2021 werden 30 Jahre seit der Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland vergangen sein. Aus diesem Anlass wollen wir eine Bilanz der vergangenen 30 Jahre ziehen und die Richtung für zukünftige Aktivitäten aufzeigen. Dreißig Jahre nach der Vertragsunterzeichnung, auf den Tag genau, werden uns während der Konferenz in Warschau in Gesprächen mit Zeitzeugen die Ereignisse von 1990/91 nähergebracht. An den folgenden Tagen greifen Referentinnen und Referenten, Kommentatorinnen und Kommentatoren in thematischen Sektionen zentrale Themen für die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen auf wie Wirtschaft, Sicherheit, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Zivilgesellschaft sowie Geschichtspolitik und Erinnerungskultur. Wir werden auch darüber diskutieren, wie die deutsch-polnische Kommunikation gefördert werden kann.

In Oppeln werden wir uns auf die regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit konzentrieren. Über ihre Vorteile und Herausforderungen werden Vertreter von Unternehmen diskutieren, die diese mitgestalten. Darüber hinaus werden sich Experten und Praktiker über die Situation der Polen in Deutschland und der Deutschen in Polen austauschen.

Detaillierte Informationen finden Sie auf den Webseiten:

PL: http://bit.ly/30_pl_de
DE: https://bit.ly/30_de_pl

Mitveranstalter: Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, Friedrich-Ebert Stiftung in Warschau,
Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung, Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

Mitveranstalter der Veranstaltung in Oppeln: Marschallamt der Woiwodschaft Oppeln, Deutsch-Polnische Industrie- und Handelskammer

Konferenzsprachen: Polnisch und Deutsch. Die Veranstaltungen werden simultan gedolmetscht.

08) Polen und seine Sprache(n)

Veranstalter
Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien

Online
Gefördert durch
DAAD
07743 Jena

03.06.2021 - 08.07.2021
Von
Johann Wiede, Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien, Universität Jena

Die Online-Vortragsreihe /Polen und seine Sprache(n)/ nimmt die Sprachenlandschaft Polens in Gegenwart und Geschichte in den Blick, deren Vielfalt in der Regel unberücksichtigt bleibt. Die Wechselbeziehungen zwischen dem (Standard-)Polnischen und seinen kleineren und größeren sprachlichen Nachbarn stehen ebenso im Zentrum wie soziopolitische Fragen der Sprachplanung, -förderung und -toleranz.

Polen und seine Sprache(n)

Online-Vortragsreihe aus Jena ab dem Sommersemester 2021

Polen gilt als ethnisch und sprachlich homogener Staat. Dieser Umstand ist auf die Zwangsmigrationen des 20. Jahrhunderts und die Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten zurückzuführen. In seiner Geschichte war Polen jedoch von Multiethnizität, religiösem Pluralismus und sprachlicher Vielfalt geprägt. Spuren des sprachlichen Reichtums Polens haben sich bis heute erhalten können. Darüber hinaus tragen Polens Mitgliedschaft in der Europäischen Union sowie aktuelle geopolitische Entwicklungen zu einer erneuten Bereicherung des sprachlichen Profils Polens bei.

In der im Sommersemester 2021 beginnenden Online-Vortragsreihe Polen und seine Sprache(n) werfen wir gemeinsam mit geladenen Expert*innen einen Blick auf die Sprachenlandschaft Polens in Gegenwart und Geschichte und diskutieren u. a. Fragen wie: Welche Wechselbeziehungen bestehen zwischen dem Polnischen und seinen kleineren und größeren sprachlichen Nachbarn? Macht sich der heutige intensive Kontakt kleiner sprachlicher Varietäten Polens mit der polnischen Mehrheitssprache in Wortschatz oder Grammatik bemerkbar? Wie sind die soziopolitischen Rahmenbedingungen für anders- und mehrsprachige Gruppen und lösen oder befördern sie Sprachkonflikte? Wie vital sind nicht-(standard-)polnische Varietäten und wie wird ihre Transmission an nachkommende Generationen gewährleistet?

Anmeldung: johann(dot)wiede(at)uni-jena(dot)de

Programm

Die Vorträge im Sommersemester 2021:

03.06. Dr. Diana Matut (Halle): Das postvernakulare Zeitalter?! Jiddisch im Polen der Gegenwart

10.06. Prof. Dr. Hanna Makurat-Snuzik (Gdańsk): Kashubian as a Regional Language Dominated by Polish

08.07. Prof. Dr. Rafał Górski / Prof. Helena Grochola-Szczepanek (Kraków): Der Dialekt von Spisz

Kontakt

johann.wiede@uni-jena.de

Zitation
Polen und seine Sprache(n). In: H-Soz-Kult, 07.05.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-97520>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

09) Südosteuropa ist tot? Lang lebe Südosteuropa! Positionierungen in einem interdisziplinären Forschungsfeld.
X. Dr. Fritz-Exner-Kolloquium zur Südosteuropaforschung

Veranstalter
Prof. Dr. Claudia Weber (Europa-Universität Viadrina), Dr. Jacqueline Nießer (Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien Regensburg), Dr. Elisa Satjukow (Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien Regensburg)
Veranstaltungsort
Europa-Universität Viadrina

Frankfurt/Oder

21.06.2021

Von
Elisa Satjukow, Institut für Ost- und Südosteuropäische Geschichte, Historisches Seminar, Universität Leipzig

Die Beschäftigung mit der (Selbst-)Verortung, Wissensproduktion und Wissensvermittlung innerhalb der Südosteuropaforschung steht im Mittelpunkt des diesjährigen Dr.-Fritz-Exner-Kolloquiums zur Südosteuropaforschung.

- de
- en
- ***Seite xx zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 791 vom 03.06.2021***

Seite xx zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 792 vom 17.06.2021

X. Dr. Fritz-Exner-Kolloquium zur Südosteuropaforschung Südosteuropa ist tot? Lang lebe Südosteuropa! Positionierungen in einem interdisziplinären Forschungsfeld

Es ist mehr als 20 Jahre her, seit das Erscheinen von Maria Todorovas Buch Imagining the Balkans (1997, 2009) die Südosteuropaforschung in Aufregung versetzte. Die folgende Auseinandersetzung über ‚den Balkan' als Analysekategorie und/oder mental map (Sundhaussen, 1999, 2003; Todorova, 2002, Troebst, 2003, 2010) hatte auch für die deutschsprachige Forschungslandschaft weitreichende Folgen, da in ihrem Zuge tradierte Raum- und Selbstverständnisse innerhalb des Faches infrage gestellt wurden (vgl. beispielsweise Kaser 2002, Rutar 2014, Calic 2016, Buchenau & Brunnbauer 2018, Troebst 2018, Clewing/Schmitt/Brunnbauer 2019, Brunnbauer/Lampe 2021 u.a.). Während sich komparative und globale Forschungszugänge weitgehend etabliert haben (mit Bezug zu Südosteuropa u.a. zuletzt Mishkova/Trencsényi 2017, Middell 2019, Calic 2019, Todorova 2019), sind viele Fragen der fachlich-inhaltlichen Standortbestimmung einer genuinen Südosteuropaforschung unbeantwortet geblieben. Dazu zählt insbesondere die Auseinandersetzung mit postkolonialen Debatten (anders als beispielsweise in den englischsprachigen Slavic Studies/Southeast European Studies, vgl. hierzu Chary/Verdery 2009, Ruthner/Scheer 2018, Baker 2018, Bjelić 2018, Manolova/Kušić/Lottholz 2019, Tlostanova 2020, Parvulescu/Boatcã 2021) und einer noch immer nur in Ansätzen aufgearbeiteten wechselvollen Geschichte politischer Instrumentalisierungen (dazu zuletzt Höpken 2020). Die Beschäftigung mit der (Selbst-)Verortung, Wissensproduktion und Wissensvermittlung innerhalb unseres kleinen Faches steht im Mittelpunkt des diesjährigen Dr.-Fritz-Exner-Kolloquiums zur Südosteuropaforschung.

Wir erklären die Südosteuropawissenschaften keineswegs für tot, aber wir finden, dass es Zeit ist, erneut und gemeinsam über die Autorenschaft, Methoden, Inhalte und Anknüpfungspunkte der Regionalforschung innerhalb einer Wissenschaftslandschaft im Wandel nachzudenken.

Das Dr.-Fritz-Exner-Kolloquium stellt seit vielen Jahren eine Plattform für den interdisziplinären Austausch jüngerer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dar. Wir möchten das zehnte Zusammentreffen gleichsam nutzen, um diese Tradition fortzusetzen und basierend auf den eigenen Forschungsprojekten eine theoretische und methodologische Diskussion über die im deutschsprachigen Raum situierte Südosteuropaforschung und –lehre anzustoßen.

Folgende Fragen leiten dabei unser Interesse:

- Wie und warum untersuchen Wissenschaftler heute Südosteuropa?
- Welche forschungspraktischen Herausforderungen stellen sich in der Untersuchung Südosteuropas? Wo finden sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den verschiedenen Fachdisziplinen (bspw. Soziologie, Geschichte, Linguistik, Literatur- und Kulturwissenschaften, Anthropologie, Politikwissenschaften u.a.)? Wie positioniert sich die Südosteuropaforschung innerhalb der Osteuropaforschung im Besonderen und innerhalb der Regionalwissenschaften im Allgemeinen?

- Welche Anforderungen muss ein zeitgenössisches Curriculum der Südosteuropastudien erfüllen?
- Welche forschungsethischen Fragen ergeben sich für deutsche / deutschsprachige / in Deutschland forschende Wissenschaftler für eine Forschung über Südosteuropa?
- Wie stellen wir sicher, dass die Produktion von Wissen über Südosteuropa auch im

Austausch mit Wissenschaftler aus Südosteuropa stattfindet und Forschungsergebnisse auch wieder in die Region zurückfließen?

- Wie und in welcher Sprache forschen und schreiben wir über Südosteuropa?
- Wie können wir der Herausforderung begegnen das Fach inklusiver und diverser zu gestalten?
- Wie vermitteln wir Wissen über Südosteuropa an die (nicht-akademische) Öffentlichkeit?

Das Kolloquium richtet sich vornehmlich an fortgeschrittene Studierende, Promovierende und Post-Docs unterschiedlicher Disziplinen, die sich in ihrer Forschung und Lehre mit Südosteuropa beschäftigen. Die Beiträge des Kolloquiums sollen im Anschluss als Sonderausgabe einer Fachzeitschrift herausgegeben werden. Da wir mit unserem Workshop die deutschsprachige Südosteuropaforschung in den Blick nehmen, wird die Veranstaltungssprache überwiegend Deutsch sein. Zumindest passive Deutschkenntnisse sind wünschenswert, die Beiträge können aber auch auf Englisch eingereicht werden. Wenn sprachliche Barrieren die Teilnahme verhindern sollten, dann werden wir gemeinsam eine Lösung finden.

Aufgrund der Corona-Situation ist die Anzahl der Teilnehmer vor Ort auf max. 12 Personen beschränkt, zusätzliche digitale Vorträge für ein breiteres Publikum sind angedacht. Bei Bedarf kann eine Kinderbetreuung vor Ort in Frankfurt/Oder angeboten werden.

Unterbringung und Verpflegung werden von den Veranstaltern getragen. Zu den Reisekosten wird ein Zuschuss gewährt.

Wir bitten um die Zusendung eines Abstracts (300 Wörter) und einer Kurzbiographie bis zum 21. Juni 2021 über das Online-Formular: https://www.sogde.org/de/formulare/x-dr-fritz-exner-kolloquium/

Für die Diskussion vor Ort bitten wir alle Teilnehmer*innen des Kolloquiums bis Mitte September ein 10-seitiges Paper einzureichen.

Zitation
Südosteuropa ist tot? Lang lebe Südosteuropa! Positionierungen in einem interdisziplinären Forschungsfeld, X. Dr. Fritz-Exner-Kolloquium zur Südosteuropaforschung. In: H-Soz-Kult, 21.05.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-97847>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

10) Ländliche Gesellschaft und digitale Geschichtswissenschaften. Sommertagung der Gesellschaft für Agrargeschichte

Veranstalter
Jun.-Prof. Dr. Christine Fertig, Dr. Olaf März (in Kooperation mit der „Arbeitsgemeinschaft Digitale Geschichtswissenschaft“ des Verbands der Historiker und Historikerinnen Deutschlands) (Gesellschaft für Agrargeschichte)
Ausrichter
Gesellschaft für Agrargeschichte
Veranstaltungsort
Online (ZOOM), Anmeldung bei C. Fertig

Frankfurt

25.06.2021

Anmeldefrist:
18.06.2021
Von
Niels Grüne, Universität Innsbruck und Friederike Scholten-Buschhoff

Online_Sommertagung zum Thema "Ländliche Gesellschaft und digitale Geschichtswissenschaften".
Die Jahrestagung der „Gesellschaft für Agrargeschichte“ nimmt die Perspektiven digitalen Arbeitens in der agrarhistorischen und der den historischen ländlichen Raum tangierenden Forschung in den Blick. Die Vorträge stellen Ergebnissen neuerer Forschungsprojekte dar und reflektieren den methodischen Mehrwert bzw. heuristischen Nutzen der digitalen Arbeitskomponenten.

GfA Sommertagung: Ländliche Gesellschaft und digitale Geschichtswissenschaften

Das Digitale bewegt sich seit geraumer Zeit in immer mehr disziplinäre Verzweigungen der Geistes- und Geschichtswissenschaften. Mit dem Begriff Digital Humanities werden nicht mehr nur Projekte etikettiert, die sich durch die Verwendung digitaler Werkzeuge (Datenbanken, Annotations-, Simulations-, Analyse-, Visualisierungs- und Präsentationstools) auszeichnen, der Begriff steht mittlerweile für eine lebhafte Diskussion

über die Chancen, Risiken, Ziele und Grenzen digitalen Arbeitens und kreist bereits um die Frage der wissenschaftlichen Autonomie dieses neuen Arbeitsfeldes innerhalb der Geisteswissenschaften. Indiz für die wachsende Bedeutung digitaler Praktiken innerhalb der Geschichtswissenschaft ist nicht nur das Erscheinen einer zunehmenden Zahl von Publikationen, die Einrichtung von Lehrstühlen und Arbeitsgruppen im akademischen und institutionellen Umfeld sowie die Gründung von Vereinen und Initiativen auf Seiten der Studentenschaft und interessierter Laien, sondern auch die explizite Auseinandersetzung der historischen Fachdisziplinen mit diesem Thema.Die Jahrestagung der „Gesellschaft für Agrargeschichte“ nimmt die Perspektiven digitalen Arbeitens in der agrarhistorischen und der den historischen ländlichen Raum tangierenden Forschung in den Blick. Die Vorträge stellen Ergebnissen neuerer Forschungsprojekte dar und reflektieren den methodischen Mehrwert bzw. heuristischen Nutzen der digitalen Arbeitskomponenten. Die Referent:innen kommen aus den akademischen Feldern der quantifizierenden Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, der ländlichen Politik-, Verfassungs- und Konfliktforschung sowie des weiten Spektrums kulturhistorischer Zugänge zur Geschichte des ländlichen Raums. Sie diskutieren die Implementierung von digitalen Komponenten eines Projektkonzeptes, wie Datenerhebung, -analyse, -präsentation, Anwendung geeigneter Softwaretools und deren Anpassung an das jeweilige Projekt. Neben Fragen der digitalen Quellenkritik werden auch Möglichkeiten der Archivierung und Nachnutzung von Forschungsdaten thematisiert. Die Tagung wird einen nachhaltigen Beitrag zur Entwicklung digitaler Arbeitsweisen und der Reflektion von Potentialen und Grenzen der Digital Humanities leisten. Anmeldung bis Freitag 18. Juni bei: Christine.fertig@uni-muenster.de

Programm

08:30 Öffnung des Zoom-Raums

08:45-09:00 Christine Fertig, Niels Grüne, Olaf März, Katrin Moeller
Begrüßung und Einführung

<u>1. Sektion: Agrargeschichte virtuell? Forschung mit digitalen Quellen</u>

09:00 - 09:45 Peter Moser
Vom „shift away from history“ im Archivbereich zur Re-Kombination von Archivierung und Forschung. Die schöpferische Kraft der Digitalisierung im Bereich der rural history

10:00-10:45 Josefine Honke
YouTube-Videos als Erinnerungsmedien des „kommunalen Gedächtnisses“

10:45 - 11:15 Pause

<u>2. Sektion: Der ländliche Raum: Historische Forschung mit GIS</u>

11:15-12:00 Gábor Demeter
GIS-aided database-building to visualize the long-term socio-economic transformation of the Hungarian peasantry and land-use changes from 1720 to 1920

12:15 - 13:00 Olaf März
Flurforschung digital. Pfade der räumlichen Rekonstruktion historischer Agrarflächen des 18. Jahrhunderts

13:00-14:00 Mittagspause

3. Sektion: Forschungsdaten: Erfassung, Management, Auswertung

14:00 - 14:45 Henning Bovenkerk
Quantitative Agrargeschichte und digitale Hilfsmittel. Der Einsatz digitaler Werkzeuge in der agrarhistorischen Forschung

15:00 - 15:45 Michael Span
Von der Verlassenschaftsabhandlung zur Datenbank. Eine digital unterstützte Untersuchung der frühneuzeitlichen „Massenquelle“ Inventar

15:45 - 16:15 Pause

16:15 - 17:00 Katrin Moeller
Wie ländlich war die „Ackerbürgerstadt“ des 18. Jahrhunderts? Digitale Werkzeuge der Massendatenanalysen zur Rekonstruktion von Berufs- und Erwerbsbiografien im Forschungstest

17:00 Abschlussdiskussion

17:30 Verleihung des (geteilten) Förderpreises 2021 der Gesellschaft für Agrargeschichte an:
- Gunnar Lehmann für seine Masterarbeit „Landschaftswandel in Brandenburg im Kon-text sozialistischer und postsozialistischer Transformation“ (Universität Göttingen)
- Katharina Wohlfart für ihre Masterarbeit „Zwischen ländlicher Idylle und weiblicher Professionalisierung – Die Wirtschaftliche Frauenschule auf dem Lande in Miesbach in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts“ (LMU München)

18:15 - 19:30 Mitgliederversammlung der Gesellschaft für Agrargeschichte (über BigBlueButton: Zugang mit separatem Link im Einladungsschreiben an die Mitglieder)

Kontakt

christine.fertig@uni-muenster.de
niels.gruene@uibk.ac.at

https://www.agrargeschichte.de/

Zitation
Sommertagung der Gesellschaft für Agrargeschichte. In: H-Soz-Kult, 24.05.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-97834>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

11) The Ukrainian Revolution and the Germans 1917–1918

Marian Luschnat-Ziegler: The Ukrainian Revolution and the Germans 1917–1918

Veranstalter
Herder Institute for Historical Research on East Central Europe
Veranstaltungsort
Marburg (digital)

01.07.2021
Von
Wissenschaftsforum, Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung

Digital HIRA (Herder Institute Research Academy) Book Launch is an event series launched by the Herder Institute for Historical Research on East Central Europe, Institute of the Leibniz Association. We have developed the series to support a vivid academic exchange and discussion at a time when personal contacts remain restricted. The Digital HIRA Book Launch brings together alumni, current HIRA fellows, and interested colleagues offering the newest results of our research to the broader public.

Marian Luschnat-Ziegler: The Ukrainian Revolution and the Germans 1917–1918

The relations between revolutionary Ukraine and the German Reich in the years of upheaval in 1917 and 1918 were both multifaceted and contradictory. The book dwells on the attitudes of Ukrainian revolutionary actors vis-à-vis Germany and the Germans under the conditions of revolution and world war which varied depending on the context. The book discusses how Ukrainians situated Germans in the context of their own aspirations and conflicts, and how they implemented their positions accordingly in interpersonal contact. Since the German occupation policies following the "Bread Peace" of Brest-Litovsk were a key challenge of the bilateral relations, Luschnat-Ziegler's book focuses on the positions of the Ukrainian military vis-à-vis their Brest allies. Hence, the author succeeded in contributing to a more differentiated picture of Ukrainian-German relations in the period of the end of World War I and the revolutions in the former tsarist empire.

Registration:
To register, please send an email to hirev-hi@herder-institut.de. You will receive an automatic response with login information.

Programm

6–7 pm (CET)

Commentaries:
Martin Rohde (Martin Luther University of Halle-Wittenberg)
Christopher Gilley (University of Hamburg)

Kontakt

hira@herder-institut.de

Zitation
The Ukrainian Revolution and the Germans 1917–1918. In: H-Soz-Kult, 15.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98345>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

12) Deutschland in Israel – Israel in Deutschland: 1948 bis zur Gegenwart

12. Internationale Joseph Carlebach Konferenz

Veranstalter
Carlebach-Arbeitskreis an der Universität Hamburg; Institut für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg; Joseph-Carlebach-Institut an der Bar Ilan Universität, Ramat Gan

Hamburg (digital)

05.07.2021 - 06.07.2021
Von
Beate Kuhnle, Verwaltung, Institut für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg

12. Internationale Joseph Carlebach Konferenz

Die Idee zu der Tagung knüpft an die Beobachtung an, dass sich mit der Staatsgründung Israels 1948 parallel zu den beiden deutschen Staatsgründungen deutsch-jüdische Konstellationen grundlegend verändert haben. Wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden neue Bedingungen für Begegnungen zwischen Gemeinwesen geschaffen, deren Menschen durch die für viele Individuen sowie für die kollektive Erinnerung prägende, aber gegensätzliche Holocausterfahrung miteinander verbunden waren. Heute, mehr als siebzig Jahre nach den Staatsgründungen, lassen sich nicht nur unterschiedliche nationale Geschichten rekonstruieren. Vielmehr ist die Geschichte Deutschlands und Israels auf vielfache Weise verflochten, was die Beschreibung markanter historischer Ereignisse, spezifischer Institutionen und Erinnerungsnarrative unter dem Aspekt der histoire croisée bzw. von entangled memories nahelegt. Perspektiven auf Begegnungen und Zusammenarbeit, die durch die Existenz eigenständiger politischer Systeme, Rechtsordnungen, wirtschaftlicher Kontexte und kultureller Aktivitäten gerahmt werden, sollen im Verlauf der zwei Tage im Fokus stehen. In den Vorträgen kommen Wissenschaftler/innen unterschiedlicher Disziplinen zu Wort, die das Mit-, Neben-und Gegeneinander von Israelis und Deutschen in ihren Entwicklungen und Veränderungen in den Blick nehmen, bzw. Israel und Deutschland im jeweils anderen Land nachspüren. Nach jedem Vortrag besteht die Möglichkeit zur Diskussion.

Programm

Montag, 05.07.2021

14.00 Begrüßung: Doerte Bischoff(UHH), Andreas Brämer (IGdJ)
Grußwort: George Yaakov Kohler(JCI, Bar Ilan Universität, Israel)

Panel 1 (Re-)Migration und Zugehörigkeit
Moderation: Doerte Bischoff

14.20 Grit Schorch (Tel Aviv): JüdischeRemigranten aus Palästina/ Israel und der Holocaust-Diskurs der DDR

15.00 Miriam Rürup (Potsdam): Eine neue Form der Diaspora: Die Bedeutung jüdischer Zugehörigkeit im deutschen und im israelischen Staatsangehörigkeitsrecht im Vergleich

15.40-16.00 Pause

Panel 2 Politische Beziehungen
Moderation: Anja Tippner

16.00 Lina Nikou (Jerusalem): Lokale Erinnerungskulturen als Beziehungsgeschichten - Einladungsprogramme für einst Verfolgte des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik

16.40 Katharina Konarek (Haifa): Die deutschen politischen Stiftungen und ihre Rolle im Annäherungsprozess

17.20 David Witzthum (Jerusalem): DerAnfang einer wundersamen Freundschaft? Deutsch-Israelische Annährungen 1948-1960

18.00 Pause

Abendvortrag Joseph Carlebach-Lecture
Moderation: Andreas Brämer

19.00 Michael Brenner (München): Deutschland und Israel –Kultur-politische Beziehungen und kulturelle Verflechtungen (1948 bis zur Gegenwart)

Dienstag, 06.07.2021

Panel 3 Verflechtungen/Entflechtungen: Theater, Literatur und Film
Moderation: Thomas Weber

9.00 Anat Feinberg (Heidelberg): Wieder auf der deutschen Bühne: Israelische Theaterkünstler in Deutschland

9.40 Sebastian Schirrmeister (Göttingen):"Da war ich gekommen, Rache zu nehmen." Deutschlandbesuch und Vergeltungsdiskurs in der israelischen Literatur

10.20-10.50 Pause

10.50 Doerte Bischoff (Hamburg): Vernetzte Geschichte(n): Israel in der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur

11.30 Lea Wohl-von Haselberg (Berlin): Deutsch-israelische Fernsehbeziehungen. Am Beispiel der Filme von Karl Fruchtmann

Pause 12.10 –13.40

Panel 4 Gesten und Narrative des Miteinanders –Projektionen der Differenz
Moderation: George Yaakov Kohler

13.40 Amir Engel (Jerusalem): The 1951 Goethe Prize to Buber -A Case in the Cultural Politics of Reconciliation

14.20 Enrico Lucca (Leipzig): Christian-Jewish Networks. Hugo Bergmann, Gertrud Luckner and the Freiburger Rundbrief

15.00-15.30 Pause

15.30 Alexandra Klei (Hamburg/Berlin): "Bauhaus in Tel Aviv". Bilder und Elemente einer deutschen Erzählung seit den 1980er Jahren

16.10 Julie Grimmeisen (München): Deutsche Israel-Bilder –Israelische Deutschland-Bilder

Im Anschluss: Schlussdiskussion

Die Teilnahme ist frei. Anmeldung über buero.exil@uni-hamburg.de
(Login-Daten werden zugeschickt)

Kontakt

buero.exil@uni-hamburg.de

http://www.igdj-hh.de/event-details-kopie/id-12-internationale-joseph-carlebach-konferenz.html

---

Zitation
Deutschland in Israel – Israel in Deutschland: 1948 bis zur Gegenwart. In: H-Soz-Kult, 15.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98339>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

13) Interdisziplinäre Sommerakademie des Deutschen Polen-Instituts 2021

Veranstalter
Deutsches Polen-Institut
Gefördert durch
Sanddorf-Stiftung Regensburg

64283 Darmstadt

25.08.2021 - 28.08.2021

Anmeldefrist
13.07.2021

Von
Manfred Mack, Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut lädt vom 25. bis 28. August 2021 zu einer interdisziplinären Sommerakademie nach Darmstadt ein. Die Akademie bietet Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern die Möglichkeit, ihre aktuellen Forschungsprojekte (Abschlussarbeiten, Dissertationen, Post-Doc-Forschung) zu präsentieren und miteinander und mit ausgewiesenen Expertinnen und Experten zu diskutieren.

Interdisziplinäre Sommerakademie des Deutschen Polen-Instituts 2021

Die eingeladenen Dozierenden bieten zwei Methoden-Seminare an.

Prof. Dr. Magdalena Marszalek: Gespräch/Interview in literarischem Dokumentarismus und oral history (Literatur- und Kulturwissenschaften)

Prof. Dr. Stefan Garsztecki: Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis in Polen (Politikwissenschaft)

Hauptarbeitssprache ist Deutsch, nach Absprache kann auch auf Polnisch oder Englisch präsentiert werden.

Während der Sommerakademie gibt es die Gelegenheit zu Recherchen in den umfangreichen Bibliotheks- und Archivbeständen des Deutschen Polen-Instituts

Das Rahmenprogramm, in dem Kultur und informeller Austausch im Mittelpunkt stehen sollen, greift thematische Anregungen der Sommerakademie auf.

Bewerbung bis zum 13.7.2021 unter https://www.sommerakademie-polen.de/

Programm

Mittwoch 25.8.

Anreise bis 15 Uhr

16.00 Uhr, Begrüßung (Prof. Dr. Peter Oliver Loew, Manfred Mack, Julia Röttjer M.A.)

17.00 – 20.00 Uhr, Seminar 1 (Politikwissenschaft): Prof. Dr. Stefan Garsztecki (TU Chemnitz): Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis in Polen.

Donnerstag, 26. 8.

9.00 – 12.00, 2 Präsentationen

14.00 – 17.00 Uhr, 2 Präsentationen

20.00 Uhr, Abendveranstaltung

Freitag, 27.8.

9.00 – 12.00 Uhr, Seminar 2 (Literatur- und Kulturwissenschaft): Prof. Magdalena Marszalek (Universität Potsdam): Gespräch/Interview in literarischem Dokumentarismus und oral history

14.00 – 17.00 Uhr, 2 Präsentationen

20 Uhr, Abendveranstaltung

Samstag 28.8.

9.00 – 11.00 Uhr, 2 Präsentationen

11.00 Uhr, Abschlussbesprechung

12.00 Uhr, Gemeinsames Essen

14.00 Uhr, Abreise

Änderungen des Programms aufgrund der Corona-Pandemie vorbehalten.

Kontakt

Manfred Mack, mack@dpi-da.de, +49-6151-4202-22

https://www.sommerakademie-polen.de

Zitation
Interdisziplinäre Sommerakademie des Deutschen Polen-Instituts 2021. In: H-Soz-Kult, 15.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98372>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

14) Industrialisierung in Oberschlesien im ‚Zeitalter der Extreme'. Eine Kulturgeschichte der Wirtschaft am Beispiel des Ballestrem-Konzerns ca. 1890-1950

Veranstalter
Zentrum Mittleres und Östliches Europa (TU Dresden); Museum für Kohlebergbau in Zabrze / Hindenburg OS.
Veranstaltungsort
Digital; Zabrze/Hindenburg OS; Dresden

Gefördert durch
Bundesbeauftragten für Kultur und Medien

13.10.2021 - 15.10.2021
Anmeldefrist
31.07.2021
Von
Steffen Heidrich, Institut für Geschichte/ Zentrum Mittleres und Östliches Europa, Technische Universität Dresden

- de
- en

Das Zentrum Mittleres und Östliches Europa an der Technischen Universität Dresden und das Museum für Kohlebergbau in Zabrze laden ein zur Mitarbeit an dem von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM) geförderten Forschungsprojekt „Industrialisierung in Oberschlesien im ‚Zeitalter der Extreme'. Eine Kulturgeschichte der Wirtschaft am Beispiel des Ballestrem-Konzerns ca. 1890-1950".

Kein Prozess prägte die „Verwandlung der Welt" im 19. Jahrhundert stärker als die Industrialisierung Europas, die sich zunächst nur in einzelnen Regionen der Textil- oder Schwerindustrie vollzog. Oberschlesien war eine Pionierregion der Industrialisierung, in der die rapide wachsende industrielle Produktion die zuvor überwiegend agrarisch genutzte Landschaft durch die Errichtung von Gruben- und Hüttenanlagen, Arbeitersiedlungen und ihre Verbindung mit Eisenbahnlinien transformierte. Der Grenzraum der deutschen, russischen und österreich-ungarischen Kaiserreiche prägte die ethnische Zusammensetzung der Arbeiterschaft ebenso wie die ökonomischen Praktiken der oberschlesischen Unternehmerdynastien, die aus dem großgrundbesitzenden Adel hervorgingen.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert war die Region entscheidend für die Schwerindustrie- und Rüstungsproduktion. Mit der 1922 wirksam gewordenen Teilung infolge des Ersten Weltkriegs wurde Oberschlesien zum Streitobjekt zwischen Deutschland und Polen. Nach dem Überfall auf Polen 1939 annektierte das nationalsozialistische Deutschland den Ostteil und verwandelte ihn in einen weiteren Schauplatz seiner Bevölkerungspolitik und gleichzeitig in eine „Waffenschmiede" des Reiches. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die gesamte Region Teil des staatssozialistischen Volkspolen, das die Industriekonzerne verstaatlichte. Ein großer Teil der deutschsprachigen Bevölkerung wurde vertrieben oder ausgewiesen, somit auch die meisten Personen, die bis dahin zum Kreis der Besitzenden und der Führungskräfte der Montanindustrie gehörten.

Das Projekt verschränkt wirtschaftsgeschichtliche mit kulturhistorischen Perspektiven und Methoden, um die Geschichte der industriellen Prägung Oberschlesiens im deutsch-polnischen Grenzraum zu rekonstruieren und die Wirtschaftsgeschichte in eine allgemeine Kulturgeschichte zu integrieren. Am Fallbeispiel des Ballestrem-Konzerns lassen sich Fragestellungen der Unternehmensgeschichte als Mikrohistorie der oberschlesischen Schwerindustrie mit der materiellen und immateriellen Ausprägung von Industriekultur über die Brüche des 20. Jahrhunderts hinweg verbinden. In den Blick genommen werden die kommunikativen, repräsentativen, erzieherischen und traditionsstiftenden Dimensionen der Arbeiterwohlfahrt, der Kirchen-, Siedlungs- und Firmensitzarchitektur, Sammlungstätigkeiten und Mäzenatentum ebenso wie die Erschließung von Rohstoffen und Absatzmärkten, technische Innovationen, die Nutzung von Zwangsarbeit oder der Umgang mit Umweltzerstörung. Die Untersuchung von ökonomischer Resilienz und Krisenrobustheit, internationaler Netzwerkbildung, politischem Engagement und Anpassung in sich verändernden politischen und wirtschaftlichen Kontexten sollen Wandel und Kontinuitäten adligen Führungsanspruchs im „Zeitalter der Extreme“ anschaulich werden lassen.

Das Forschungsprojekt läuft beginnend mit einem Auftaktworkshop, der vom 13. bis 15. Oktober 2021 online stattfindet, bis Oktober 2023. Am Ende steht eine interdisziplinäre Publikation bestehend aus Beiträgen zu unterschiedlichen Aspekten der oberschlesischen Industriegeschichte. Durch stetigen Austausch, Projekttreffen und einen beratenden Kreis von Expert:innen verschiedener Disziplinen sollen Kohärenz und eine interdisziplinäre Perspektive der Forschungsergebnisse erhöht werden. Den Bearbeiter:innen steht der Zugang und Beratung im Ballestremschen Familienarchiv in Berlin und in den Staatsarchiven der Woiwodschaft Schlesien zur Verfügung.
Wir bitten um Beitragsvorschläge zur methodisch reflektierten Untersuchung sämtlicher ökonomischer, sozialer, religiöser, politischer, baulicher, philanthropischer und mäzenatischer Betätigungen der Familie Ballestrem und deren Auswirkungen im genannten Untersuchungszeitraum oder zu vergleichenden Perspektiven auf die oberschlesische Industriegeschichte bzw. die adligen Industriemagnaten, die das Wirken der Ballestrems in Oberschlesien in ihren internationalen Bezügen verständlich werden lassen.

Bitte schicken Sie eine Skizze (max. 3000 Zeichen) welche Gegenstand und Forschungsperspektive erläutert, und einem kurzen Lebenslauf mit Publikationsliste bis zum 31. Juli 2021 an oberschl@tu-dresden.de.

Mit den Autorinnen und Autoren, die zur Mitwirkung ausgewählt werden, wird ein Werkvertrag über den geplanten Forschungsbeitrag geschlossen. Vorgesehen ist ein Autorenhonorar in Höhe von 1500,- Euro sowie die Möglichkeit zur Erstattung von anfallenden Reisekosten für Bibliotheks- und Archivrecherchen, Zeitzeugen-Interviews oder Ähnliches. Das Honorar wird bei Vertragsabschluss zu einem Drittel ausgezahlt, die restlichen zwei Drittel werden bei Textabgabe zum 31. März 2023 fällig.

Beiträgerinnen und Beiträger verpflichten sich außerdem zur Teilnahme an Projekttreffen, die für März 2022 in Zabrze und Oktober 2022 in Dresden anvisiert sind. Workshops und Konferenz werden in deutscher und englischer Sprache durchgeführt. Spätestens zwei Wochen nach Anmeldeschluss ergehen Einladungen zu einem digitalen Workshop zum Projektstart im Oktober. Wir freuen uns auf Ihre aktive Teilnahme!

Anmeldung und Rückfragen
Steffen Heidrich
E-Mail: oberschl@tu-dresden.de
Telefon: 0351 463-37865 (Sekretariat)

Kontakt

Steffen Heidrich
E-Mail: oberschl@tu-dresden.de

Zitation
Industrialisierung in Oberschlesien im ‚Zeitalter der Extreme'. Eine Kulturgeschichte der Wirtschaft am Beispiel des Ballestrem-Konzerns ca. 1890-1950. In: H-Soz-Kult, 04.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98007>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

15) Der große Aufbruch 1968 – ein Mythos von gestern. Tagung der BAG für Ostdeutsches Kulturerbe im Unterricht e. V. In Soest, November 2021

Bundesarbeitsgemeinschaft für Ostdeutsches Kulturerbe im Unterricht e. V.

1. Vorsitzender

Gerhard Wonner, Jahnstr 8, 83368 St. Georgen, Telefon: 08669-4742, E-Mail: wonner-g@gmx.de

Geschäftsstelle: *Norbert Tarsten*
Frohnhofstr. 20
50765 Köln
Tel.: 0221-5903793
Mail: nortar@web.de

St. Georgen, 22.04.2021

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

hoffe sehr, dass Sie/Du die „Corona"-Zeit bisher gesund und munter gemeistert haben/hast! Noch hat uns die Pandemie aber fest im Griff! Dieses macht eine verbindliche Planung unmöglich.

Sollten die Umstände es erlauben, würde sich für die BAG in diesem Herbst folgende Veranstaltung anbieten:

- Im November 2021 **Tagung der LAG NRW**, in Soest
  Thema: **„Der große Aufbruch 1968 – ein Mythos von gestern?"**

Ob die Rumänienreise im Oktober durchgeführt werden kann, ist eher unwahrscheinlich. Außerdem stehe ich in Verbindung mit dem „Heiligenhof", mittelfristig gibt es dort nur Onlineangebote.
Sollten gemeinsame Veranstaltungen wieder möglich sein, werden wir entsprechende Einladungen versenden.

Nach einer weitern "Unendlichen Geschichte" hat die BAG eine neue Kontonummer – siehe unten. Damit verbunden die freundliche Bitte um eine Jahresspende von mindestens 30,- € für Einzelmitglieder und 50,- € für Ehepaare. Vielen Dank!

Mit den besten Wünschen für Gesundheit und Wohlergehen

Gerhard Wonner
Erster Vorsitzender der BAG

Für Mitgliederbeiträge das Konto der **BAG – Tarsten, IBAN:**
DE85 3705 0198 1935 7844 29, BIC: COLSDE33XXX

16) Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen in der Entwicklung Ostmitteleuropas seit 1989

Veranstalter
Collegium Carolinum in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Geschichte Ost- und Südosteuropas der Ludwig-Maximilians-Universität München

83730 Fischbachau

11.11.2021 - 14.11.2021
Anmeldefrist
15.07.2021
Von
Judith Brehmer

- de
- en

1989 schienen die Staaten Ostmitteleuropas wie unter Laborbedingungen in einer sehr ähnlichen Situation zu sein: Sie teilten die Erfahrungen einer sozialistischen Diktatur, die alle Bereiche des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens einschneidend verändert hatte. Die Revolution von 1989 schuf - bei aller Unterschiedlichkeit der vorangehenden Prozesse - einen Moment der Gleichzeitigkeit in den ostmitteleuropäischen Ländern. Die 1993 von der EU eröffneten Beitrittsperspektiven nach den Kopenhagener Kriterien (Konditionalität) ließen einen gleichgerichteten und gleichzeitigen Prozess der Annäherung Polens, der Slowakei, Tschechiens und Ungarns an die EU erwarten.

Doch zeichnete sich bald eine unterschiedliche Entwicklung ab, als sich in der Slowakei bereits Mitte der neunziger Jahre autoritäre Tendenzen unter dem Ministerpräsidenten Vladimír Mečiar zeigten, die 1997 zunächst zum Ausschluss des Landes aus dem Kreis der für den Beitritt zu NATO und EU vorgesehenen Länder führten. Heute erscheint die Slowakei paradoxerweise als das Land Ostmitteleuropas, in dem die verfassungsmäßige Ordnung am meisten gewahrt wird. Andere Divergenzen kommen hinzu: So kann man in Polen und Ungarn eine Regierungspolitik beobachten, die gegenüber der EU-Kommission kritisch ist, während in der Bevölkerung nach wie vor EU-freundliche Stimmung vorherrscht. Dagegen hat sich in Tschechien bei einer insgesamt mehr an den Vorgaben der EU orientierten Politik in der Bevölkerung eine Skepsis gegenüber der EU verbreitet. Auch im wirtschaftlichen Bereich tun sich bei genauerer Betrachtung zahlreiche Divergenzen auf.

Das Ziel der Tagung ist es, die Entwicklungen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in den ostmitteleuropäischen Staaten vergleichend zu betrachten und auf ihre Unterschiede hin zu untersuchen. Als Fluchtpunkt der Diskussion soll die Frage dienen, ob die Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen aus dem Prozess der Transformation erklärt werden können oder die Berücksichtigung von länger angelegten, historischen Spezifika erfordern, die im revolutionären Prozess von 1989 zunächst nicht sichtbar waren.

Die Vorträge mit einer Länge von 20 Minuten können in deutscher oder englischer Sprache gehalten werden. Reise- und Unterbringungskosten werden übernommen. Die Herausgabe eines Tagungsbandes in englischer Sprache ist beabsichtigt.

Konzeption: Prof. Dr. Martin Schulze Wessel (München), Dr. Darina Volf (München)

Themenvorschläge für Vorträge sind willkommen! Bei Interesse reichen Sie bitte eine Skizze Ihres geplanten Vortrags (ca. 1 Seite) in deutscher, tschechischer, slowakischer oder englischer Sprache bis zum 15.07.2021 ein bei Miroslava Valicek: miroslava.valicek[at]collegium-carolinum.de

Kontakt

Miroslava Valicek: miroslava.valicek[at]collegium-carolinum.de

Zitation
Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen in der Entwicklung Ostmitteleuropas seit 1989. In: H-Soz-Kult, 04.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98143>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

17) Die Herrnhuter Brüdergemeine als Impulsgeber für religiöse und kulturelle Innovation im 18. Jahrhundert

18.-21. Nov. 2021, Herrnhut

Veranstalter
University of Gothenburg, Johannes Gutenberg Universität Mainz, Herrnhuter Brüdergemeine (Prof. Dr. Christer Ahlberger, Prof. Dr. Wolfgang Breul, Dr. Peter Vogt)
Ausrichter
Prof. Dr. Christer Ahlberger, Prof. Dr. Wolfgang Breul, Dr. Peter Vogt

Veranstaltungsort
Komensky Gäste- und Tagungshaus
Gefördert durch
Deutsche Forschungsgemeinschaft, Historische Kommission zur Erforschung des Pietismus, Graf Zinzendorf Stiftung, Axel Springer Stiftung

02747 Herrnhut

18.11.2021 - 21.11.2021
Von
Wolfgang Breul, Evangelische Theologie Kirchengeschichte, Universität Mainz

Die Tagung möchte die vielfältige interdisziplinäre Forschung der letzten Jahrzehnte zur Herrnhuter Brüdergemeine des 18. und frühen 19. Jahrhunderts - mit ihren theologischen, liturgischen und organisatorischen Neuerungen sowie ihrem hohen Grad an Aktivität und Mobilität - verknüpfen und miteinander ins Gespräch bringen.

Die Herrnhuter Brüdergemeine (engl.: Moravian Church) ist innerhalb der internationalen Reformbewegung des Pietismus im 17. und 18. Jahrhunderts die vermutlich wichtigste Gemeindebildung. Ihre bis heute anhaltende Prägekraft verdankt die unter der Leitung des Reichsgrafen Nikolaus Ludwig von Zinzendorf (1700–1760) gegründete Brüdergemeine wesentlich dem hohen Grad an Aktivität und Mobilität einerseits und einer Reihe von attraktiv wirkenden theologischen, liturgischen und organisatorischen Neuerungen

andererseits. Dazu gehören insbesondere ein innovativer, transkonfessioneller Kirchenbegriff, die Ausbildung einer eigenständigen religiösen Sozialordnung, die auch eine Neubestimmung des Geschlechterverhältnisses beinhaltete, die zugespitzte Formulierung theologischer Positionen in Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der Aufklärung, ein Verständnis von Mission, das die kulturelle und soziale Identität ihrer Adressaten in einem für das 18. Jahrhundert beachtlichen Maß akzeptierte, und eine große Zahl neuer religiöser Praktiken und Gottesdienstformen. Die Tagung möchte die vielfältige interdisziplinäre Forschung der letzten Jahrzehnte verknüpfen und miteinander ins Gespräch bringen.

Programm

Keynotes:

Peter Zimmerling: Doch ein Luther redivivus? Der Einfluss Luthers auf Zinzendorfs Ekklesiologie.

Markus Matthias: Empfindsame Religion – Zinzendorfs theologie- und kulturgeschichtliche Bedeutung

Peter Vogt: Herrnhut als christliche Sozialutopie

Wolfgang Breul: Zinzendorfs ekklesiologisches Konzept als Grundlage von Diasporaarbeit und Mission

Gisela Mettele: Transit und Transformation. Die Gemeine auf der Reise

Detailliertes Programm: siehe Homepage

Kontakt

Prof. Dr. Wolfgang Breul, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, breul@uni-mainz.de

https://moravianconference2021.uni-mainz.de/

Zitation
Die Herrnhuter Brüdergemeine als Impulsgeber für religiöse und kulturelle Innovation im 18. Jahrhundert. In: H-Soz-Kult, 04.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98133>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

18) Wie bekommt man das Völkische aus den Köpfen? Reeducation und Reorientation im besetzten Deutschland 1945 bis 1955. Der Stellenwert völkischer Ideologien für Alliierte, deutsche Länder und die Bundesregierung

Veranstalter
Geschichte und Zukunft e.V. und Konrad-Adenauer-Stiftung (Konrad-Adenauer-Stiftung)
Ausrichter
Konrad-Adenauer-Stiftung
Veranstaltungsort
Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35

10785 Berlin

26.11.2021
Anmeldefrist
01.07.2021
Von
Barbara Nowak

In den vergangenen Jahren hat die Forschung erhebliche Fortschritte beim Verständnis der sich über weit über ein Jahrhundert hinweg entwickelnden völkischen Ideologie gemacht. Während die völkischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts mittlerweile gut erforscht sind, ebenso die völkischen Ideologien der Zwischenkriegszeit, die in den Ideologien des nationalsozialistischen Regimes aufgingen, lag ein Bereich bislang im Schatten: die unmittelbare Nachkriegszeit.

Bereits während des Krieges gab es auf alliierter Seite verschiedene Überlegungen, wie die deutsche Bevölkerung nach dem absehbaren Ende des NS-Regimes demokratisiert werden könne. Zu den Ergebnissen zählten die Arbeiten Kurt Lewins ebenso wie das German Educational Reconstruction Committee, die Entnazifizierungsverfahren, die Spruchkammern, die Amerika-Häuser, aber auch in Teilen Aufbauprogramme wie der Marshall-Plan, die Diskussionen um die Entstehung und Durchsetzung des Art. 131 GG und vieles mehr.

Zu den Akteuren der Reeducation gehörte Ernst Cramer (1913-2010). Der gebürtige Augsburger, vor der NS-Verfolgung nach mehrwöchiger KZ-Haft in die USA entkommen, während seine Eltern und sein jüngerer Bruder in Sobibor ermordet wurden, gehörte ab 1945 zu den Presseoffizieren der US-Militärregierung und wirkte wesentlich an der Neugründung deutscher Zeitungen mit. Später machte er Karriere bei Axel Springer, dessen engster Vertrauter er viele Jahre lang war. Cramer, dessen Nachlass viele hundert Aktenbände umfasst, personifiziert die praktische Seite der Reeducation.

Wie er versuchten weitere Protagonisten mit unterschiedlichen Maßnahmen auf vielen Ebenen, das Völkische aus den Köpfen zu bekommen. Zu diesen Protagonisten zählten staatliche Akteure auf alliierter Seite, aber auch Nichtregierungsorganisationen. Ebenso zählten dazu die deutschen Kommunen, die Länder und die Bundesregierung.

Ziel der Tagung ist es, besser zu verstehen, welchen Stellenwert völkische Ideologie und weitere ideologische Strömungen für die Akteure besaßen um ihre Umerziehungsgedanken erfolgreich umzusetzen.

Die internationale, interdisziplinäre Tagung findet am 26.11.2021 statt und richtet sich sowohl an Wissenschaftler der Germanistik, Rechtswissenschaften, Geschichte, Sozialwissenschaften und Politologie, als auch an Experten, aus dem politischen Betrieb. Die Vorträge sollen nicht länger als 20 Minuten sein.
Die Konferenz wird organisiert von Geschichte und Zukunft e.V. (www.ge-zu.org) und der Konrad-Adenauer-Stiftung. Veranstaltungsort ist die Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35, 10785 Berlin.

Die Kosten der An- und Abreise, Mahlzeiten während des Tagungsprogramms und erforderlichenfalls der Übernachtung übernehmen die Veranstalter. Am Vortag findet die pandemiebedingt verschobene 4. Jahrestagung zum Thema „Von völkischem Aufbruch zu mörderischer Politik. Die völkischen Ursprünge nationalsozialistischer Ideologie“ statt. Für eine begrenzte Anzahl an Referenten werden die Übernachtungen vom Vortag zur Ermöglichung der Teilnahme an der 4. Jahrestagung ebenfalls übernommen.

Interessierte reichen bitte Abstracts im Umfang von 300 Worten nebst Kurz-CV (10 Zeilen) bis zum 01.07.2021 ein.

Die Beiträge der Referenten sollen im Jahresband 2022 der neuen Reihe „Politik – Ideologie - Wissenschaft“ beim Verlag Walter de Gruyter erscheinen, Herausgegeben von Dirk Rupnow et al.

Programm

0830h Frühstück

0900h Grußwort der Konrad-Adenauer-Stiftung: Dr. Michael Borchard

0910h Begrüßung und Einführung: Prof. Dr. Dirk Rupnow

0930h Panel I: Die Vorbereitungen der Re-education bis zum 09.05.1945, Kulturgutschutz und Wiedergutmachung. Anschließend Diskussion. Moderation: Prof. Dr. Lynn Rother

1100h Kaffeepause

1130h Panel II: Zuckerbrot und Peitsche: Die Re-education-Programme als Teil eines Gesamtkonzepts: German Educational Reconstruction Committee, Spruchkammern, Marschallplan. Anschließend Diskussion. Moderation: Prof. Dr. Bernd-A. Rusinek

1320h Mittagspause

1420h Panel III Die Teile des Ganzen: Das Wirken von Ernst Cramer, Matthias Walden und die Nachkriegspresse als Teil der re-education. Moderation: PD Dr. Matthias Oppermann

1600h Kaffeepause

1630h Abschlussdiskussion mit Gästen: Die Re-education, Ernst Cramer und die Deutschen. Moderation: Sven-Felix Kellerhoff (Die WELT).

1745h Ende der Veranstaltung / Umtrunk

Kontakt

Geschichte & Zukunft Wissenschaftsplattform ©
c/o History & Dokumentation e.V.
Geschäftsstelle Berlin
Theklastr. 20
12205 Berlin

ge.zu.tagung@hhu.de

https://ge-zu.org/

Zitation
Wie bekommt man das Völkische aus den Köpfen? Reeducation und Reorientation im besetzten Deutschland 1945 bis 1955. Der Stellenwert völkischer Ideologien für Alliierte, deutsche Länder und die Bundesregierung. In: H-Soz-Kult, 11.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98267>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

19) Nachgeholte Historisierung? Der Braunkohlenbergbau als Herausforderung für Geschichtswissenschaft und -vermittlung

Veranstalter
Institut für Landesgeschichte, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt
Veranstaltungsort
Landesmuseum für Vorgeschichte

06114 Halle (Saale)

02.12.2021 - 03.12.2021
Anmeldefrist
31.07.2021
Von
Jan Kellershohn, Institut für Landesgeschichte, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt

Das anvisierte Ende des Braunkohlenbergbaus wirft die Frage nach der Historisierung dieses Industriezweigs auf. Auf dem Workshop sollen zunächst Ansätze zur Erforschung der Geschichte des Braunkohlenbergbaus diskutiert werden. Darüber hinaus dient der Austausch dazu, die Potentiale des Paradigmas der Industriekultur auszuloten. Zuletzt steht der Mehrwert transregionaler Perspektiven für die Erforschung und Vermittlung der Geschichte der Braunkohlenreviere im Mittelpunkt.

Der geplante Ausstieg aus der Braunkohleförderung und -verstromung in Deutschland bis Ende der 2030er Jahre stellt die Landes- und Regionalgeschichte sowie die entsprechenden Kulturinstitutionen vor große Herausforderungen. Der Braunkohlenbergbau ist das hässliche Entlein sowohl der Montan-, Wirtschafts-, Sozial-, Landes- und

Umweltgeschichte; die Erforschung seiner Geschichte steckt noch in den Kinderschuhen. Vor allem die Geschichtsschreibung zum Mitteldeutschen Revier und zur Verflechtung von Braunkohle- und Chemieindustrie ist von Desiderata geprägt. Dass erste Historisierungsversuche abgebrochen sind, erstaunt umso mehr, als sich die Geschichte dieses Industriezweigs durch Problemkonstellationen auszeichnet, die gängigen Zäsuren und Erzählungen verschiedener historiographischer Subdisziplinen entgegenläuft: Arbeitshistorisch lässt die frühe Vollmechanisierung die Diagnose einer „Carbon Democracy“ (Timothy Mitchell) fragwürdig werden. Wirtschaftshistorisch handelt es sich um eine verschleppte Deindustrialisierung, die selbst mit dem geplanten Auslaufen Ende der 2030er Jahre noch in weiter Ferne liegt. Landes- und regionalhistorisch zeigt sich ein Industriezweig, dessen regionales Identifikationspotential zumindest strittig war und ist und der immer auch als Bedrohung des Eigenen wahrgenommen wurde. In vergleichender Perspektive scheint es sich bei dem Braunkohlenbergbau um einen Industriezweig zu handeln, dessen Entwicklung ein Proprium der deutschen Geschichte darstellt. Darüber hinaus verteilte er sich auf mehrere Reviere – vor allem das Mitteldeutsche, das Lausitzer sowie das Rheinische Revier – und fungierte damit, zum Beispiel im Gebiet um Helmstedt, sowohl als verbindenden als auch als trennendes Element zwischen DDR und BRD.

Auch auf Vermittlungsebene bleibt der Braunkohlenbergbau hinter vergleichbaren Industriezweigen zurück. Anfang der 2000er Jahre diagnostizierte Rainer Slotta, dass sich das „minderwertige Mineral“ – auch nach einer ersten Historisierungswelle im Mitteldeutschen und vor allem im Lausitzer Braunkohlenrevier – durch eine „minderwertige Geschichte“ auszeichne. Trotz erster Erfolge steht die industriekulturelle Inwertsetzung der Hinterlassenschaften der Braunkohle und die Einbettung in ein übergreifendes Narrativ noch am Anfang; die Potentiale des Paradigmas der Industriekultur für die Geschichte dieser Branche wurden noch nicht hinlänglich ausgelotet; die durch die deutsche Teilung bedingten Wahrnehmungs- und Erinnerungsasymmetrien nicht hinreichend reflektiert.

Vor diesem Hintergrund sollen auf dem Workshop Forschungs- und Vermittlungsperspektiven zur Geschichte der Braunkohleindustrie diskutiert werden. Folgende drei Komplexe stehen dabei im Mittelpunkt:

Erstens soll nach Ansätzen zur Erforschung der Geschichte der Braunkohlenindustrie gefragt werden. Inwieweit ergab sich die Bedeutung dieses Industriezweiges nie ausschließlich aus seiner Sozial- und Wirtschaftsgeschichte im engeren Sinne, sondern aus seiner Funktion als Medium gesellschaftlicher Selbstthematisierung? Inwieweit wurden über diese umstrittene Industrie immer auch weiterreichende Fragen verhandelt: nach dem Verhältnis von Mensch und der Gestaltbarkeit seiner Umwelt; nach der räumlichen Zugehörigkeit von Menschen und der Bedeutung von Eigentum und Besitz (Umsiedlung/Enteignung); nach Ansprüchen räumlicher Identität, Natürlichkeit und Authentizität (Rekultivierung); nach Bewahrung und Zerstörung; nach dem Verhältnis von Mensch und Maschine sowie nach der Bedeutung energiepolitischer Souveränität? Welche Möglichkeiten bietet vor diesem Hintergrund eine Erinnerungs- und Erfahrungsgeschichte der Braunkohle?

Zweitens steht die Frage nach dem Potential des Paradigmas der Industriekultur im Mittelpunkt. Eignet sich ein Konzept, das aus dem spezifischen Kontext des westdeutschen Ruhrgebiets der 1960er/70er Jahre stammt, als Blaupause für die kulturellen Herausforderungen des Braunkohlenausstiegs? Welche Schwerpunkte produziert dieses Konzept? Wo ist es erforderlich, den Blick zu weiten? Welche Erweiterungen wie eine Erfahrungs- und Kulturgeschichte des Industriellen lassen sich aus den Perspektiven der Landes- und Regionalgeschichte, der *labour history* sowie der *public history* denken?

Drittens soll das Konzept der Transregionalität auf sein Vermittlungs- wie historiographisches Potential für die Geschichte der Braunkohlenreviere befragt werden. Das Wirken von Individuen wie Walther Rathenau, Hermann Gruhl, Carl Adolf Riebeck oder Konrad Piatscheck oder die Geschichte des Petschek-Konzerns belegen beispielsweise, dass das Mitteldeutsche mit anderen Braunkohlerevieren vielfältig verwoben war. Wie lässt sich dem Ineinandergreifen von regionaler Verankerung und transregionaler Verflechtung historiographisch wie geschichtskulturell Rechnung tragen? Welche Raumwahrnehmungen und Weltbeziehungen prägten diesen Industriezweig? Inwieweit erfordert der Braunkohlenbergbau also eine grundsätzlich neue Perspektive auf die Geschichte schwerindustrieller Ballungsräume?

Um Beitragsvorschläge im Umfang von max. 500 Wörtern mit knapper biographischer Notiz wird bis zum 31. Juli 2021 an jkellershohn@lda.stk.sachsen-anhalt.de gebeten. Eine Publikation der Beiträge ist in der Reihe des Instituts für Landesgeschichte Sachsen-Anhalts geplant. Die Kosten für Reise und Übernachtung werden übernommen.

Kontakt

Dr. des. Jan Kellershohn
Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt Landesmuseum für Vorgeschichte
Abt. 6: Institut für Landesgeschichte
Wissenschaftlicher Referent
Richard-Wagner-Straße 9
06114 Halle (Saale)

Tel.: 0345-2939796
E-Mail: JKellershohn@lda.stk.sachsen-anhalt.de

https://archlsa.de/

Zitation
Nachgeholte Historisierung? Der Braunkohlenbergbau als Herausforderung für Geschichtswissenschaft und -vermittlung. In: H-Soz-Kult, 15.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98346>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

20) Zeit in der Landesgeschichte

Veranstalter
Martin Göllnitz (Marburg), Markus Müller (München) und Evelien Timpener (Gießen)

Veranstaltungsort
Just-Liebig-Universität Gießen

13. bis 14.01.2022
Anmeldefrist:
31.07.2021

Von
Markus Christopher Müller

Eine wissenschaftliche Tagung der AG Landesgeschichte des Verbands der Historikerinnen und Historiker Deutschlands lädt Promovierende und PostDocs der Landesgeschichte nach Gießen ein, um dort über die ihren Abschlussarbeiten und Forschungen zugrundeliegende Konzeption von Zeit zu reflektieren und zu referieren.

Zeit in der Landesgeschichte

Zeit kann und muss als eine der zentralen Kategorien der Geschichtswissenschaft bezeichnet werden: sowohl methodisch als auch thematisch. Ohne Zeit oder ohne eine gewisse Konzeption von Zeit gäbe es keine Vorstellung von Geschichte und so nicht einmal die Möglichkeit, diese wissenschaftlich zu untersuchen. Trotzdem ist immer wieder von einer gewissen „Zeitvergessenheit“ die Rede, da die Geschichtswissenschaft ihren Umgang mit Zeit zu wenig bewusst reflektiere. Gerade der wissenschaftliche Nachwuchs hat die Chance, sich schon in den akademischen Qualifikationsarbeiten kritisch mit diesem Phänomen auseinanderzusetzen. Eine wissenschaftliche Tagung der AG Landesgeschichte des Verbands der Historikerinnen und Historiker Deutschlands lädt deshalb Promovierende und PostDocs der Landesgeschichte nach Gießen ein, um dort über die ihren Abschlussarbeiten und Forschungen zugrundeliegende Konzeption von Zeit zu reflektieren und zu referieren.

Gerade die Landesgeschichte hat sich solchen Fragen stärker zu stellen, da sie den Anspruch erhebt, bei ihrem Blick auf bestimmte unterhalb der staatlichen Ebene liegende Länder oder Regionen epochenübergreifende Perspektiven einnehmen zu können. Es fehlt der Landesgeschichtsforschung bisweilen am Austausch, gerade junger LandeshistorikerInnen über die „Länder“grenzen hinaus.

Drei thematische Schwerpunkte bieten sich neben weiteren sicherlich an, eine solche Reflexion zu begleiten:
Zentrale Bedeutung kommt bei der Frage nach der methodischen Bestimmung der Zeit zunächst der Chronologie zu, die bereits Jean Bodin als „Ariadnefaden“ der Geschichtswissenschaft bezeichnete. Die oft mit Blick auf ihre Sinnhaftigkeit hinterfragte und doch nie wirklich abgelöste chronologische Gliederung historiographischer Darstellungen gerät gerade vor dem Hintergrund einer global denkenden Geschichtswissenschaft neu in den Blick. Diese Erkenntnis kann auch in der Landesgeschichte zu einer Sensibilisierung in Bezug auf lokale oder regionale Chronologien führen, die oft vom politischen oder kulturellen Zentrum her konzipiert werden und wurden. Direkt wird so die Frage nach der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen aufgeworfen, die sich gerade in der räumlichen Konkretisierung der Landesgeschichte fassen lässt.

Zweitens lässt sich das Zeitverständnis der historischen AkteurInnen rekonstruieren, was mentalitäts- und sozialhistorische Fragestellungen impliziert, da Zeit und ihr Erleben und Wahr-nehmen als soziale Kategorien sowohl aus der individuellen Perspektive als auch aus der Perspektive von Gruppen in den Blick genommen werden können. Religiöse Vorstellungen spiegeln sich hierin gesellschaftlich normiert genauso wider wie naturwissenschaftliche Erkenntnisse.

Die Analyse von Kontinuität und Wandel führt drittens zu Fragen nach Dekadenz und Rückschritt, nach Progression und Fortschritt – während Veränderung häufig leichter zu fassen ist, bereitet die Identifikation von Kontinuitätslinien oft methodische Schwierigkeiten: Die diachrone Perspektive der Landesgeschichte kann hier gängige Narrative in Frage stellen und mit ihrem Blick auf die Vielfalt historischer Entwicklungen vermeintliche Teleologien aufbrechen.

Diese und weitere Anfragen lassen sich bereits in der Qualifikationsphase an konzipierte oder bereits begonnene Forschungsarbeiten herantragen. Die Tagung lädt zur Reflexion darüber ein, wie dies konkret funktionieren kann.

Daneben soll sie NachwuchswissenschaftlerInnen Gelegenheit zur Vernetzung und zum Austausch geben, aber auch Raum lassen, um zukunftsweisende Themen und neue Positionierungen der Landesgeschichte zu diskutieren.

NachwuchswissenschaftlerInnen in und um die Promotionsphase sind sehr herzlich eingeladen, sich mit einem kurzen, aussagekräftigen Exposé für einen Workshop-Beitrag zu bewerben.

Kontakt

Dr. Markus Müller, Ludwig-Maximilians-Universität München
mueller.markus@lmu.de

Zitation
Zeit in der Landesgeschichte. In: H-Soz-Kult, 18.05.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-97702>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

21) "Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken

Veranstalter
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

40225 Düsseldorf

11.05.2022 - 13.05.2022
Anmeldefrist
31.07.2021
Von
Gero Faßbeck, Institut für Romanistik, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Im Mittelpunkt der Tagung steht die Frage, welche wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und ästhetischen Dynamiken durch Flüsse in Gang gesetzt werden. Neben konkreten Flussräumen (z.B. Rhein, Donau, Oder, Rhône, Ebro, Tiber) soll es dabei auch um Fragen des methodischen Zugriffs auf räumliche Flussdynamiken gehen. Flüsse, so die leitende These, sind nicht nur passive Objekte wissenschaftlicher Beschreibung, sondern sie sind selbst aktiv an der Konstituierung von Räumen beteiligt.

"Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken

Flüsse sind (genauso wie Meere oder Gebirge) seit jeher ein prägender Bestandteil von Räumen. Sie dienen als natürliche Grenzen, formen den Charakter einer Landschaft und prägen das Bild ganzer Regionen. Für die Wahrnehmung eines geografischen Raumes spielen Flüsse daher eine ganz wesentliche Rolle. Entsprechend werden ihre Lage und ihr Verlauf aufs Genaueste beschrieben, vermessen und kartografiert. Als natürliche Gebilde konfrontieren sie den Menschen mit Gefahren (Hochwasser, Dammbrüche, usw.), deren Risiken durch Eingriffe in die Natur (z.B. Staudämme, Kanäle, Begradigungen) minimiert werden. Umgekehrt macht sich der Mensch das natürliche Potenzial von Flussräumen auch zu Nutze (z.B. Wasserkraft, Landwirtschaft). Flüsse sind jedoch nicht nur das passive Objekt wissenschaftlich-technischer Naturbeherrschung, sondern sie sind selbst aktiv an der Konstitution von Räumen beteiligt. Begreift man Flüsse als eigenständige Akteure im Rahmen einer Netzwerk-Theorie, so stellt sich die Frage, welche Dynamiken durch sie in Gang gesetzt werden.

In ökonomischer Hinsicht dienen Flüsse als wichtige Transport- und Verkehrswege. Sie sind Lebensadern der Wirtschaft, die zur Verflechtung von Wirtschaftsräumen beitragen. Ihre verkehrstechnische Nutzung zieht eine Vielzahl von juristischen Diskursen nach sich, die ihrerseits wieder neue Dynamiken erzeugen, indem sie (supra-)staatliche Gesetzgebungen anregen, aus denen neue Institutionen hervorgehen. In politischer Hinsicht sind Flüsse oftmals umkämpfte Grenzen oder Orte kriegerischer Auseinandersetzungen. Mitunter werden sie zur Projektionsfläche für nationale Diskurse, an denen sich langlebige Feindschaften ausbilden (z.B. Rhein, Oder-Neiße). Gleichzeitig bilden sie aber auch Räume des Kontakts, in denen kulturelle Transfer- und Austauschprozesse stattfinden. Flussräume sind somit exemplarische Räume der Abgrenzung und der Verflechtung. Als solche tragen sie entscheidend zur Herausbildung von Raumkulturen bzw. zur Entstehung von Kulturräumen bei (z.B. Donau, Rhein, Oder, Rhône, Tiber, Ebro). Nicht zufällig gilt der Fluss seit der Antike (Heraklit) als Sinnbild für Identitätsproblematiken schlechthin. Denn Flüsse konstituieren Räume mit erheblicher Beharrungskraft, die gerade deswegen konstant bleiben, weil sie immer in Bewegung sind.

Das paradoxe Verhältnis von Konstanz und Veränderung eignet sich auch für ästhetische Diskurse. Bereits im Mythos wird der Fluss als metaphorische Schwelle bzw. Ort des Übergangs markiert (z.B. Lethe, Rubikon). In der Bibel ist er ein Symbol für Reinigung und Heilung (z.B. Jordan). Überaus häufig begegnet man Fluss-Symboliken in Sagen, Märchen und Legenden (z.B. Loreley). Überhaupt scheinen Flussräume in besondere Weise anschlussfähig für eine Imagologie des Wassers zu sein. Daneben spielt der Fluss aber auch eine Rolle bei der Entstehung von Kulturtechniken (z.B. Baden, Schwimmen, Waschen, Kuren) und künstlerisch-diskursiven Praktiken (z.B. Rhein-Romantik). Letztere verbinden sich auffällig häufig mit Flussabschnitten, die als Knotenpunkte für Transferprozesse zwischen einzelnen Regionen dienen (z.B. Furten, Zusammenflüsse). Oftmals bilden diese Räume schon nach kurzer Zeit eigene „Kulturlandschaften“, d.h. räumliche Einheiten, die über bestimmte Merkmale verfügen und an denen sich ein einheitlicher „Stil“ (im Unterschied zu kurzfristigen Moden) entwickelt. Bezeichnenderweise haben sich Orte des Wissens (z.B. Bibliotheken, Klöster, Stifte) im Mittelalter bevorzugt an solchen Flussabschnitten angesiedelt, deren begünstigende Faktoren auch dazu beigetragen haben, künstlerische Praktiken zu verbreiten.

Im Rahmen der Tagung sollen sowohl konkrete Flussräume als auch einzelne der hier vorgestellten Flussdynamiken aus einer geistes- und kulturwissenschaftlichen Perspektive beleuchtet werden. Das Verhältnis von Flussdynamiken und Raumkulturen soll dabei aus einer längeren historischen Perspektive untersucht werden, die den Zeitraum vom Mittelalter bis zum 19. und 20. Jahrhundert abdeckt. Neben thematisch-inhaltlichen Aspekten sind insbesondere auch Beiträge erwünscht, die sich mit methodischen Fragen auseinandersetzen.

Mögliche Themen oder Fragestellungen der Beiträge könnten u.a. sein:

- Wie lassen sich Flussräume mit ihren spezifischen Eigenheiten und Verflechtungen über (nationale) Grenzen hinweg beschreiben?

- Wie lassen sich der Fluss und seine dazugehörigen Elemente (Strom, Quelle, Mündung Fließen, usw.) für eine Analyse von Raumkulturen / Kulturräumen operationalisieren?
- Welche Rolle spielen Flüsse für die Konstitution von Räumen? Welcher kulturellen Anstrengungen bedarf es, um Flüsse als räumliche Einheiten zu konstituieren?
- Inwiefern wird die Wahrnehmung von geografischen Räumen durch Flüsse gelenkt und welche Faktoren tragen dazu bei, dass sich die Raumwahrnehmung verändert?
- Welche Art von wirtschaftlichen, politischen, ästhetischen und künstlerisch-diskursiven Dynamiken entstehen entlang von Flussläufen?

Die Tagung wird organisiert vom Forschungsverbund "Fluide Räume" der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Zu den beteiligten Fachdisziplinen gehören das Institut für Geschichte, germanistische Mediävistik, Romanistik und Kunstgeschichte.

Beiträge aus anderen als den genannten Disziplinen sind jedoch explizit erwünscht.

Die Tagung beginnt am Mittwoch, den 11. Mai 2022, und endet am Freitag, den 13. Mai 2022, jeweils gegen Abend. Veranstaltungsort ist das Haus der Universität Düsseldorf, Schadowplatz 14, 40212 Düsseldorf. Die Anwesenheit der Tagungsteilnehmer an allen drei Veranstaltungstagen ist erwünscht. Kosten für Unterkunft und Reise werden erstattet. Honorare können nicht gezahlt werden.

Wir erbitten die Einsendung von Abstracts (max. 2500 Zeichen) bis zum 31.07.2021 an Fluide.Raeume@hhu.de.

Veranstalter: Geographie Fehlanzeige! Warum?

Prof. Dr. Achim Landwehr
Institut für Geschichte
Heinrich-Heine-Universität
Gebäude 23.32
Universitätsstraße 1
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Guido Thiemeyer
Institut für Geschichte
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 23.31
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Ricarda Bauschke-Hartung
Institut für Germanistik
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.54
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Andrea von Hülsen-Esch
Institut für Kunstgeschichte
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.51
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Ursula Hennigfeld
Institut für Romanistik
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.51
40225 Düsseldorf

Dr. Gero Faßbeck
Institut für Romanistik
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.51
40225 Düsseldorf

Kontakt: Fluide.Raeume@hhu.de

Zitation
"Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken. In: H-Soz-Kult, 03.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98109>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

22) Slavistiktag 2022

Veranstalter
Verband der deutschen Slavistik (Ruhr-Universität Bochum)

Ausrichter
Ruhr-Universität Bochum
44780 Bochum

21.09.2022 - 24.09.2022
Anmeldung bis:
15.01.2022

Von
Thomas Skowronek, Seminar für Slavistik / Lotman-Institut für russische Kultur, Ruhr-Universität Bochum

Der 14. Deutsche Slavistiktag findet vom 21. bis 24. September 2022 an der Ruhr-Universität Bochum statt. Der Verband der deutschen Slavistik lädt alle promovierten Slavist:innen und Doktorand:innen aus dem deutschsprachigen Raum sowie internationale Gäste zur aktiven Teilnahme ein; die Einladung zur passiven Teilnahme richtet sich auch an Studierende.

Der Deutsche Slavistiktag ist die zentrale Tagung der deutschsprachigen Slavistik. Alle drei bis vier Jahre versammelt er Forschende, die sich mit der slavischen Welt und ihrer Erkundung im Bereich der Literatur-, Kultur- und Medienwissenschaft, der Linguistik und der Fachdidaktik auseinandersetzen.

Der 14. Deutsche Slavistiktag findet vom 21. bis 24. September 2022 an der Ruhr-Universität Bochum statt. Der Verband der deutschen Slavistik lädt alle promovierten Slavist:innen und Doktorand:innen aus dem deutschsprachigen Raum sowie internationale Gäste zur aktiven Teilnahme ein; die Einladung zur passiven Teilnahme richtet sich auch an Studierende. Ihre Bewerbung schicken Sie bitte an: slavtag2022@rub.de

Programm
- bis 15. Januar 2022: Bewerbung für aktive Teilnahme, Einreichung der Abstracts
- bis 15. Februar 2022: Information über die Annahme des Themenvorschlags
- 15. Februar – 1. Juni 2022: Nach Zusage Zahlung des Kongressbeitrags (verbindliche Anmeldung)
- bis 1. September 2022: Anmeldung für passive Teilnahme
- 21.–24. September 2022: 14. Deutscher Slavistiktag

Kontakt
slavtag2022@rub.de
https://slavtag2022.blogs.ruhr-uni-bochum.de

Zitation
Slavistiktag 2022. In: H-Soz-Kult, 06.05.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-97428>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

C.a) Ausstellungen usw. in Berlin und Umland Seiten 501 - 519

STAATSBIBLIOTHEK ZU BERLIN – PREUSSISCHER KULTURBESITZ

Telefon
zentrale Einwahl +49 30 266 - 0
Information +49 30 266-433888

Ausstellung

01) Leonardos intellektueller Kosmos

Eine Ausstellung in Kooperation mit dem Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Berlin und dem Museo Galileo, Florenz

11. Mai – 26. Juni 2021

Di/Mi/Sb 11 – 19 Uhr

Do 11 – 21 Uhr

Fr 11 – 16 Uhr

Montag und Feiertage geschlossen.

Bitte informieren Sie sich vor Ihrem Besuch aktuell in unserem Ausstellungsblog unter http://sbb.berlin/ausstellungen über die tägliche Öffnungszeit und die Zugangsbedingungen

Online Anmeldung erforderlich!

Eintritt frei

Staatsbibliothek zu Berlin

Dietrich-Bonhoeffer-Saal

Potsdamer Straße 33

Virtuelle Ausstellung

BESICHTIGUNGSFÜHRUNGEN „AUFGABEN, GESCHICHTE UND ARCHITEKTUR“

Im Augenblick ist es uns leider nicht möglich, Führungen in unseren Häusern anzubieten.
Die in Berlin geltenden Vorschriften zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie sind im Hinblick auf Personenzahl und Abstandsmaße nicht mit unserem regulären Führungsangebot einzuhalten.
Bitte achten Sie auf unsere Webseiten - wenn Führungen wieder möglich sind, werden wir dort informieren.

Aktuelle Covid 19-Hygieneregeln für den Besuch in unseren Häusern:

https://staatsbibliothek-berlin.de/aktuelles/covid-19-hygieneregeln/

Alle Termine vorbehaltlich der aktuellen Corona-Situation. Hier halten wir Sie stets auf dem Laufenden:

https://blog.sbb.berlin/schliessung_coronavirus/

02) Newsletter | Digitaler Ausstellungsbesuch im März/April 2021

Kommunale Galerie Berlin

Frühling 2021 | Neue Ausstellungen in der Kommunalen Galerie Berlin

Kommunale Galerie Berlin <info@kommunalegalerie-berlin.de>

Kommunale Galerie Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde der Kommunalen Galerie Berlin,

mit einer digitalen Eröffnung und drei neuen Ausstellungen in der Galerie möchten wir Sie zu einem Frühlingsbesuch einladen.

Aufgrund der aktuellen Regelungen ist der Galeriebesuch derzeit nur nach vorheriger Anmeldung per Telefon und unter Vorlage eines tagesaktuell bescheinigten, negativen Ergebnisses eines Corona-Antigen-Schnelltestes möglich. Es gilt die Pflicht eine FFP2-Gesichtsmaske zu tragen.

Einen Termin können Sie montags bis freitags von 12 bis 16 Uhr unter Tel 030 9029-16704 buchen.

Für Ihren Besuch steht jeweils ein Zeitfenster von 1 Stunde innerhalb der regulären Öffnungszeiten zur Verfügung. Diese sind Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr, Mittwoch 10 bis 19 Uhr. Am Wochenende ist die Galerie vorerst geschlossen.

Es gilt die aktuelle SARS-CoV-2 Infektionsschutzverordnung des Landes Berlin. Weitere Informationen finden Sie hier.

https://www.kommunalegalerie-berlin.de/ausstellungen/aktuell/

Wir freuen uns über Ihren Besuch!

Das Team der Kommunalen Galerie Berlin



Andreas Göx/Hannes Wanderer, Time Out, Wilmersdorf, 2003

Time Out | Leere Läden in Berlin : revisited

Fotografie von Andreas Göx und Hannes Wanderer

Ausstellung
20. April bis 20. Juni 2021

Nicht McDonald's oder H&M, nicht Edeka oder Vodafone, nicht Media Markt oder Deutsche Bank, die mit Abstand größte Ladenkette in Berlin heißt "Zu vermieten" und ihr Slogan ist "Provisionsfrei". Die Läden sind winzig oder riesengroß, gepflegt oder verkommen, uralt oder hochmodern und alles

dazwischen. Sie sind in den Geschäftszentren und in den Wohngebieten, in der Innenstadt und in den Randbezirken, sie sind überall und es werden immer mehr. Jeder kennt sie, kaum einer hat sie gesehen.

Die Fotografien von Hannes Wanderer und Andreas Gök, die um die Jahrhunderwende entstanden sind, zeigen besondere *Einzelstücke, Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten,*

Widersprüche und Kontraste sowie die Ambivalenz der Leerstands-Ästhetik - ganz Berlin in allen Facetten zwischen Konformität und Chaos.

Weitere Informationen hier:

https://www.kommunalegalerie-berlin.de/ausstellungen/aktuell/time-out-leere-laeden-in-berlin-revisited

Museen Berlin Tempelhof-Schöneberg

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
Abteilung Bildung, Kultur und Soziales
Fachbereich Kunst, Kultur und Museen
Museen Tempelhof-Schöneberg

Museen Tempelhof-Schöneberg

Hauptstraße 40 /42
10827 Berlin

museum@ba-ts.berlin.de

Unser Sekretariat ereichen Sie zur Zeit:
Montag bis Donnerstag von 9 bis 15 Uhr
Freitag von 9 - 14 Uhr

Tel. 030 90277-6163
museum@ba-ts.berlin.de

+++ Aktuell +++

Ab Samstag 24. April 2021 sind alle Standorte der Museen Tempelhof-Schönerg im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes bis auf Weiteres geschlossen!

Wir freuen uns darauf, Sie hoffentlich bald wieder in unseren neuen Ausstellungen zu begrüßen zu können, sobald die aktuelle Lage in Berlin eine Wiedereröffung der Kultureinrichtungen ermöglicht.

Bleiben Sie zuversichtlich.
Ihr Team der Museen Tempelhof-Schöneberg

03) Programme der Museen von Tempelhof-Schöneberg





Verrostete Nägel vom Tempelhofer Feld,
Foto: Sonya Schönberger, 2021

INFORMATIONSORT SCHWERBELASTUNGSKÖRPER

SA 1.5. – SO 31.10.

Nägel
Eine Installation von Sonya Schönberger

Sonderausstellung

Auf dem Tempelhofer Feld befanden sich ab 1941 Zwangsarbeitslager der Lufthansa und der Weser Flugzeugbau. Tausende Menschen unterschiedlicher Nationalitäten mussten unter menschenverachtenden Bedingungen für die nationalsozialistische Rüstungsproduktion arbeiten. Zwischen 2012 und 2014 brachten archäologische Grabungen historische Überreste der Zwangsarbeit hervor.

Die Künstlerin **Sonya Schönberger** lenkt mit ihrer Installation im Schwerbelastungskörper den Blick auf die unmenschliche Situation in den Lagern.

Ort: Informationsort Schwerbelastungskörper, General-Pape-Straße / Loewenhardtdamm, 12101 Berlin



Thälmannplatz, Berlin, 1949, Foto: Schumann (Postkartendetail)

Eine Ausstellung des Aktiven Museums Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. in Kooperation mit der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz.

GEDENKORT SA-GEFÄNGNIS PAPESTRASSE

SA 29.5. – MI 29.9.

Ausgeblendet
Der Umgang mit NS-Täterorten in Ost-Berlin

Sonderausstellung

Im Stadtbild Berlins finden sich heute zahlreiche Gedenkstätten, Dokumentationszentren und Mahnmale, die an die nationalsozialistischen Verbrechen erinnern. Der Einrichtung vieler dieser Orte – gerade, wenn es sich um sogenannte Täterorte handelt – ging jedoch eine lange Geschichte des Ausblendens und Verschweigens sowie politischer Auseinandersetzungen voraus.

Die Ausstellung **Ausgeblendet** erzählt von diesem schwierigen Prozess der Sichtbarmachung in Ost-Berlin vor und nach der deutschen Wiedervereinigung.

Ort: Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße, Werner-Voß-Damm 54 a, 12101 Berlin

SELBST ERKUNDEN

Geschichtsparcours Yorckbrücken

Die zwischen 1875 und 1940 entstandenen historischen Yorckbrücken prägen bis heute den lebendigen Stadtraum zwischen Schöneberg und Kreuzberg und bieten einen autofreien Spazierweg zwischen dem Park am Gleisdreieck und dem sogenannten Flaschenhalspark.

Der **Geschichtsparcours Yorckbrücken** mit seinen vielen Objektschildern lädt dazu ein, die Historie der einst über vierzig Brücken und die zahlreich erhaltenen baugeschichtlichen Spuren auf dem Gelände und in den angrenzenden Parks bei einem Spaziergang zu entdecken.

Für individuelle Entdeckungstouren erhalten Sie Faltpläne sowie eine reich bebilderte Begleitbroschüre bei den Museen Tempelhof-Schöneberg oder als PDF zum Download unter

www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/medien-materialien.html
oder unter **www.yorckbruecken.de**



Foto: eckedesign



Foto: Museen Tempelhof-Schöneberg

SELBST ERKUNDEN

Geschichtsparcours Papestraße

Der **Open-Air-Geschichtsparcours** umfasst das Gelände zwischen der General-Pape-Straße im Westen, der Gontermannstraße im Osten sowie der Kolonnenbrücke im Norden und dem Werner-Voß-Damm im Süden. Anhand von 14 Stationen kann die spannende Geschichte des Geländes entdeckt werden, von der Nutzung als Pferderennbahn um 1840 über die Erschließung durch Eisenbahn und Militär bis zur Mischnutzung nach dem Zweiten Weltkrieg, als hier die Wilhelm-Foerster-Sternwarte ihr Domizil hatte.

Heute befinden sich auf dem Gelände u.a. der **Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße** (siehe S. 64) und der **Informationsort Schwerbelastungskörper** (siehe S. 62).

Für die Tour zum Selbsterkunden durch dieses vielfältige Gebiet erhalten Sie die Broschüre kostenlos über die Bürgerbüros des Bezirksamtes oder zum Download unter
www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/medien-materialien.html
oder unter **www.geschichtsparcours.de**

SELBST ERKUNDEN

Audioguide durch das Bayerische Viertel

An 29 Stationen führt ein neuer **Audioguide** durch das Bayerische Viertel. Vor der Zeit des Nationalsozialismus lebten hier viele jüdische Familien, die ab 1933 ausgegrenzt, verfolgt und ermordet wurden. Während einer Projektwoche des Jugend Museums forschten Jugendliche der Georg-von-Giesche-Schule zur Geschichte des Viertels im Nationalsozialismus und zu Biographien jüdischer Bewohnerinnen und Bewohner.

Den Audioguide finden Sie durch Scannen des QR-Codes oder unter
www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/audioguide

Einen Faltplan mit Karte erhalten Sie kostenlos bei den Museen Tempelhof-Schöneberg und als PDF zum Download unter
www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/medien-materialien.html

SELBST ERKUNDEN

INSEL TOUR

Die »Schöneberger Insel« ist ein lebendiges Viertel mit eindrucksvoller Architektur und wechselvoller Geschichte, das mit einem historischen Informationssystem zu Entdeckungstouren einlädt. 19 Stationen führen in einem historischen Rundgang quer durch den Kiez zwischen der Kolonnenstraße im Norden, dem Gasometer am südwestlichen Ende und dem Industriegelände an der Wilhelm-Kabus-Straße.

www.inseltour-berlin.de

Den Faltplan und ein reich bebildertes Booklet zur INSEL TOUR erhalten Sie kostenlos bei den Museen Tempelhof-Schöneberg und als PDFs zum Download unter:
www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/medien-materialien.html

ARCHIV der MUSEEN TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

SELBST ERKUNDEN

Schöneberg – gestern und heute

Im Rahmen des Digitalisierungsprojektes **»Herwarth Staudt und die Ruinen Schönebergs«** werden rund 100 ausgewählte Abbildungen der Staudt-Negative in der **berlinHistory App** zu entdecken sein. Neben Nachkriegsbildern des Stadtmuseums Berlin, des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst und des BVG-Archivs können auch Ruinen-Bilder der Museen Tempelhof-Schöneberg über die **Vorher-Nachher-Funktion** im Stadtraum verortet und mit aktuellen Fotos verglichen werden. Sie können das Projekt mit Ihrem Smartphone unterstützen und ergänzen.

Weitere Informationen finden Sie auf:
https://berlinhistory.app

berlinHistory.app



Ein partizipatives Angebot im Rahmen des Projektes »Herwarth Staudt und die Ruinen Schönebergs. Einzigartige Fotodokumente der Nachkriegszeit«

Gefördert durch die Senatsverwaltung für Kultur und Europa

BERLIN
Senatsverwaltung für Kultur und Europa

d:g:S

ARCHIV der MUSEEN TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

DIGITAL

»Ein Zimmer für Frau allein«

Das Digitalisierungsprojekt zur Erschließung der Negativ-Sammlung Jürgen Henschel

Jürgen Henschel dokumentierte als Pressefotograf der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in der Frontstadt. Ein Teilbestand der Schöneberger Negativ-Sammlung wurde im letzten Jahr digitalisiert und erstmals der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Der Bestand umfasst die Jahre zwischen 1978 und 1984, eine Zeit, in der mehrere hundert Häuser in Kreuzberg und Schöneberg besetzt wurden. Henschel hielt die Hausbesetzungen mit seiner Kamera fest und dokumentierte parallel dazu die Verwandlung Schönebergs in eine autogerechte Stadt.

Zu entdecken auf
www.museum-digital.de
www.deutsche-digitale-bibliothek.de



Gedenkveranstaltung unter Beteiligung der SEW (Sozialistische Einheitspartei Westberlins) und Kranzniederlegung am Unfallort des ein Jahr zuvor verunglückten Hausbesetzers Klaus-Jürgen Rattay in der Potsdamer Str. 127, 22. September 1982
Foto: Jürgen Henschel

Gefördert durch die Senatsverwaltung für Kultur und Europa

BERLIN Senatsverwaltung für Kultur und Europa

d:g:S

ARCHIV der MUSEEN TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

DIGITAL

Herwarth Staudt und die Ruinen Schönebergs

Einzigartige Fotodokumente der Nachkriegszeit digital zu entdecken

Zur Dokumentation kriegszerstörter Häuser fotografierte **Herwarth Staudt** im Auftrag des bezirklichen Baulenkungsamtes zwischen 1949 und 1957 die Ruinen in Schöneberg. Insgesamt verzeichnete der Bezirk einen Verlust von 35 000 Wohnungen, was 60 Prozent aller Gebäude in Schöneberg entsprach. Mit dem Digitalisierungsprojekt wird der Zugang zu diesem stark nachgefragten Bestand erleichtert und die Langzeitarchivierung der Abbildungen gesichert.

Zu entdecken auf
www.museum-digital.de
www.deutsche-digitale-bibliothek.de



Trümmer auf dem Gelände der Thorwaldsenstraße 1–2, 10. Januar 1954, Foto: Herwarth Staudt

Gefördert durch die Senatsverwaltung für Kultur und Europa

BERLIN Senatsverwaltung für Kultur und Europa

d:g:S



Foto: Museen Tempelhof-Schöneberg

IM STADTRAUM

STOLPERSTEINE

Wir freuen uns darauf, in 2021 wieder mehr **Stolpersteine** zu verlegen. In diesem Jahr plant auch der Künstler **Gunter Demnig** erneut nach Berlin zu kommen. Darüber hinaus warten viele Steine im Schöneberg Museum, die wir in Absprache mit den Angehörigen zu einem passenden Zeitpunkt verlegen werden.

Informationen zu den Verlegungen erfahren Sie über unsere Homepage und unseren Email-Verteiler.

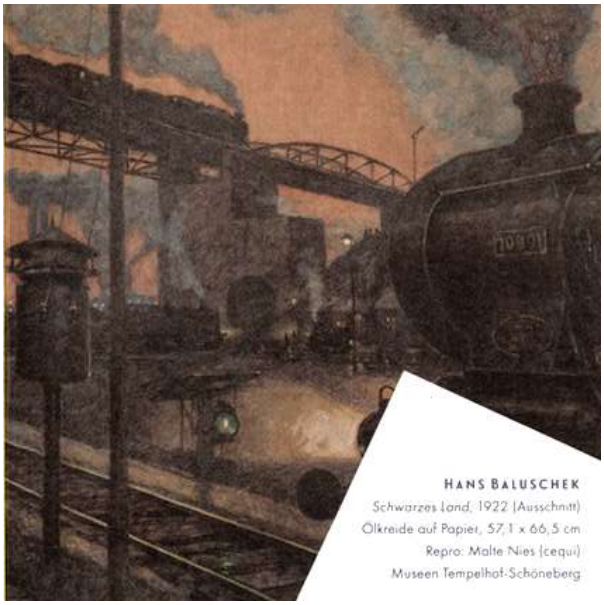
Informationen unter
www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/stolpersteine
Anmeldung zum Email-Verteiler unter
stolpersteine@ba-ts.berlin.de

04) <u>Enthüllte Schätze. 101 Jahre Schöneberger Kunstdepot. Kunstausstellung, 24.04. bis 06.08.2021</u>

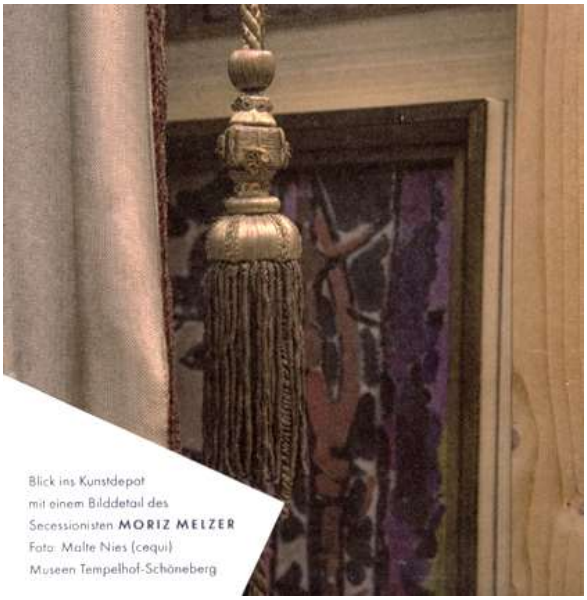


Vor mehr als 101 Jahren wurde der Grundstock für die heutige Kunstsammlung der Museen Tempelhof-Schöneberg gelegt. 1919 erwarb die damals noch selbständige Stadt Schöneberg die Kunstschätze der artsansässigen Sammlerfamilie Levinstein. Durch weitere Ankäufe und Schenkungen entstand nach und nach ein facettenreiches Kunstdepot, das inzwischen über 600 Bilder und Skulpturen beherbergt. Das Jubiläum ist ein willkommener Anlass, um einige dieser Kunstwerke nach langer Zeit wieder zu enthüllen.

Mit Hans Baluschek, Marlene Dietrich, Editha Krause-Droth, Brigitte Krüger, Georg Netzband, Moriz Melzer, Ludwig von Hofmann und Albert Einstein stehen Künstler:innen, Secessionisten und einflussreiche Persönlichkeiten im Mittelpunkt der Ausstellung. Die Bilder lassen die Betrachter:innen eintauchen in die Berliner Kunstszene des ausgehenden 19. und 20. Jahrhunderts. Sie geben Einblicke in damalige Straßenszenen und führen durch abstrakte Landschaften sowie stimmungsvolle Hinterhöfe – bis hin zum Schöneberger Gasometer.



HANS BALUSCHEK
Schwarzes Land, 1922 (Ausschnitt)
Ölkreide auf Papier, 57,1 x 66,5 cm
Repro: Malte Nies (cequi)
Museen Tempelhof-Schöneberg



Blick ins Kunstdepot
mit einem Bilddetail des
Secessionisten **MORIZ MELZER**
Foto: Malte Nies (cequi)
Museen Tempelhof-Schöneberg

BEGLEITPROGRAMM

Zur Ausstellung gibt es ein vielfältiges Begleitprogramm – mit Stadtspaziergängen zum Gasometer auf der „Schöneberger Insel" und kreativen Ferienangeboten für Kinder.

Aktuelle Informationen dazu finden Sie auf
www.museen-tempelhof-schoeneberg.de

SAMMLUNGSKATALOG

Der Sammlungskatalog *Verborgene Schätze. 100 Jahre Kunstsammlung der Museen Tempelhof-Schöneberg* ist reich bebildert und bietet neben vier Essays auch ein umfangreiches Werkverzeichnis.

Die Publikation ist im Museum erhältlich.

Museen
Tempelhof-
Schöneberg

VERANSTALTER
Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin
Abt. Bildung, Kultur und Soziales
Fachbereich Kunst, Kultur, Museen

SCHÖNEBERG MUSEUM
Hauptstraße 40/42, 10827 Berlin
museum@ba-ts.berlin.de
Tel. 030–90277 6163

ÖFFNUNGSZEITEN
Sa–Do 14–18 Uhr, Fr 9–14 Uhr
Für Schulklassen und Gruppen nach Voranmeldung
Mo–Do 9–14 Uhr und nach Vereinbarung
Eintritt frei

WWW.MUSEEN-TEMPELHOF-SCHOENEBERG.DE

05) „Kommt Schwimmen“. Das Seebad Mariendorf 1876 – 1950
Tempelhof-Museum, 07.05. bis 10.10.2021





06) Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht
28.04. bis 17.10.2021, Topographie des Terrors



Ausstellung

Fritz Bauer gehört zu den bedeutendsten und juristisch einflussreichsten jüdischen Remigranten im Nachkriegsdeutschland. Gegen erhebliche Widerstände brachte er als Staatsanwalt wichtige Strafverfahren gegen NS-Täter auf den Weg, insbesondere den Frankfurter Auschwitz-Prozess. Einen entscheidenden Anteil hatte er auch an der Ergreifung Adolf Eichmanns, dem als ehemaligem Leiter des „Judenreferats" im Reichssicherheitshauptamt in Israel der Prozess gemacht wurde.

Die Ausstellung dokumentiert mit vielen Originalobjekten sowie Ton- und Filmaufnahmen Fritz Bauers Lebensgeschichte im Spiegel der historischen Ereignisse. 1930 zum jüngsten Amtsrichter der Weimarer Republik ernannt, wurde er während der NS-Zeit als Jude und Sozialdemokrat verfolgt. Er floh aus Deutschland und kehrte 1949 zurück. Fritz Bauers Auffassung, ein Staatsanwalt habe in erster Linie die Menschenwürde zu schützen, gerade auch gegen staatliche Gewalt, revolutionierte das überkommene Bild dieses Amtes – ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Demokratisierung in der frühen Bundesrepublik.

Exhibition

Fritz Bauer was one of the most important and legally influential returned Jewish emigrants in post-war Germany. As a district attorney, he initiated important criminal proceedings against Nazi perpetrators, in particular the Frankfurt Auschwitz trial, despite considerable opposition. He also played a decisive role in the capture of Adolf Eichmann, who was put on trial in Israel for his crimes as former head of the "Jewish Affairs Section" at the Reich Security Main Office.

This exhibition documents Fritz Bauer's life history in the context of broader historical events, using original exhibits, sound and film recordings. A Jew and Social Democrat who, in 1930, became the youngest district judge in the Weimar Republic, he was subject to persecution in the Nazi period. He escaped Germany, returning only in 1949. Fritz Bauer's view that a district attorney is first and foremost responsible for protecting human dignity, especially against state violence, revolutionised the traditional view of this office – an important step forward in democratisation in the early Federal Republic.

Begleitprogramm

DIENSTAG, 13. JULI 2021, 19 UHR
Fritz Bauer und der Umgang mit der NS-Vergangenheit
Vorträge und Lesung:
Prof. Dr. Lena Foljanty, Wien
Dr. David Johst, Halle
Moderation: Dr. Stephanie Bohra, Berlin

DIENSTAG, 31. AUGUST 2021, 19 UHR
Diener des Rechts und der Vernichtung. Das Verfahren gegen die Teilnehmer der Konferenz von 1941 oder: Die Justiz gegen Fritz Bauer
Buchpräsentation: Christoph Schweider, Frankfurt/M.
Moderation: Dr. Tobias Freimüller, Frankfurt/M.

DIENSTAG, 12. OKTOBER 2021, 19 UHR
Fritz Bauer und der Auschwitz-Prozess
Vortrag: Prof. Dr. Sybille Steinbacher, Frankfurt/M.
Moderation: PD Dr. Annette Weinke, Jena

Ob die Veranstaltungen, wie geplant, im Auditorium des Dokumentationszentrums stattfinden können oder als Livestream angeboten werden, steht derzeit noch nicht fest. Bitte informieren Sie sich kurzfristig unter www.topographie.de

Titelfoto | Title photo
Fritz Bauer, 1963
© fotografie stefan moses, München

Brandenburg-Preußen Museum
Wustrau

Andrea Seehausen
Büro- und Innenleitung
Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau
Tel. 033925-70798
Fax 033925-70799
museum@bpm-wustrau.de
www.brandenburg-preussen-museum.de
Brandenburg-Preußen Museum
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand: Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach

Besucherinformation Mai 2021 - Museum öffnet wieder ab 7. Mai 2021

Liebe Freunde und Freundinnen des Brandenburg-Preußen Museums,

wenige Tage nach Eröffnung einer der schönsten Sonderausstellungen unseres Museums haben wir leider wegen der Corona-Infektionszahlen in unserem Landkreis wieder schließen müssen.
Nun haben die Maßnahmen offenbar Erfolg gezeigt, ab Freitag und auch am kommenden Wochenende ist das Brandenburg-Preußen Museum wieder offen und hoffentlich auch darüber hinaus. Und wir freuen uns, Ihnen die Sonderausstellung

(K)ein Kinderspiel – Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung

zu zeigen.

Es gibt noch eine gute Nachricht aus Wustrau: Gemeinsam mit der Gemeinde Fehrbellin haben wir zwei sehr schöne und ganz unterschiedliche Rundwanderwege ab und nach Wustrau entwickelt, die nun ausgeschildert sind und der Wanderer harren, die den Frühling in der Natur genießen wollen. Der **Zieten-Rundweg** ist 5,8 km lang, er führt über den Rhin und dann nach links durch Wald und Wiese nach Altfriesack und entlang dem Ruppiner See zurück. Der **Constanze-Rundweg** ist 8,5 km lang und führt durch den historischen Dorfkern, knickt dann am preußischen Meilenstein links ab nach Buskow und führt in einer Schleife zum See und dann am See entlang zurück nach Wustrau – besonders für Vogelliebhaber zu empfehlen. In den Bäumen und Büschen herrscht Hochbetrieb. Für jeden der beiden Wanderwege hängt eine Karte dieser E-Mail an.

Auf Ihrer Wanderung können Sie täglich Fischbrötchen in der Fischerei Pfefferkorn bekommen und am Wochenende auch Kaffee und Kuchen im Café Constance. Sonntags bei schönem Wetter gibt es Essen im Theodors und voraussichtlich ab Pfingsten Eis im Birdegg´s. Wir hoffen sehr, dass ab Pfingsten die Gastronomie zumindest außen wieder öffnen kann.

Da wir nur eine begrenzte Zahl von Besuchern gleichzeitig ins Museum lassen dürfen und für Museen eine Anmeldepflicht angeordnet ist, buchen Sie bitte über unsere Homepage ein Zeitfenster oder rufen Sie uns bitte vorher unter 033925 / 70 798 an bzw. senden Sie bitte eine E-Mail, damit wir Ihnen Ihre Besuchszeit reservieren.

Herzliche Grüße, und bleiben Sie gesund!
Ihr Brandenburg-Preußen Museum

Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau
Tel. 033925-70798
Fax 033925-70799
museum@bpm-wustrau.de
www.brandenburg-preussen-museum.de

Das Brandenburg-Preußen Museum
wird getragen von der
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand:
Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach
Steuernummer 27/643/03936


Wustrau-Altfriesack
Altfriesack
Zieten-Rundwanderweg
Länge des Rundweges: 5,8 km = 1 Stunde 20 Minuten


Constance-Rundwanderweg
Länge des Rundweges: 8,5 km = 2 Stunden

07) „Vom Eise befreit sind Strom und Bäche…“ Brandenburg-Preußen Museum Wustrau:
Ausstellung „[K]Ein Kinderspiel: Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung vom 21.03. bis 05.12.2021



C. b) Ausstellungen außerhalb des Raumes von Berlin

Seiten 520 - 528

WESTPREUSSISCHES LANDESMUSEUM

- Die Adresse des Westpreußischen Landesmuseums lautet:
  Franziskanerkloster
  Klosterstraße 21
  48231 Warendorf

- Bei Terminanfragen, Anmeldungen, Adressenänderungen oder Shop-Bestellungen erreichen Sie die Aufsicht
- *telefonisch:*
  02581 92777-13

- Das Geschäftszimmer erreichen Sie
- *telefonisch:*
  02581 92777-0
- *per Fax:*
  02581 92777-14
- *per E-Mail:*
  sekretariat@westpreussisches-landesmuseum.de



01) Augenblicke«. Gemälde und Zeichnungen
von Rolf Löhrmann
22. April bis 20. Juni 2021

Flucht, Vertreibung und Migration: Themen, die seit den neuen Flüchtlingswellen, mit hunderttausenden Schutz suchender Menschen in den vergangenen Jahren eine neue Aktualität in Deutschland erreicht haben. Die Sonderausstellung mit Werken des Malers und Grafikers Rolf Löhrmann (geb. 1950 in Hannover) widmet sich dem Thema Menschen auf der Flucht in intensiver Weise.

Die Motive der seit 2017 entstandenen Arbeiten findet der Künstler in den Printmedien oder in den Weiten des Internets. Fast alle Arbeiten basieren auf sogenannten Schnappschüssen: spontane Fotos ohne jegliche Inszenierung. Die Authentizität der Aufnahmen ist dabei von besonderer Bedeutung. Oftmals sind es nur Details, die Rolf Löhrmann aus dem Gesamtgeschehen herausgreift und in großformatige Acrylbilder und Tuschzeichnungen umsetzt. Durch künstlerische Verfremdung und Überhöhung macht Löhrmann auf das Leid der oftmals traumatisierten Menschen aufmerksam.

In dem Bestreben wider das Vergessen liegt die Schnittmenge zwischen den Arbeiten Rolf Löhrmanns und dem Westpreußischen Landesmuseum, das in seiner Dauerausstellung unter anderem auch den Themenkomplex Flucht und Vertreibung der aus Westpreußen stammenden Menschen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges dokumentiert und für die Nachwelt sichtbar macht.

BEGLEITVERANSTALTUNGEN ZUR SONDERAUSSTELLUNG:

Öffentliche Führungen und Künstlergespräche mit Rolf Löhrmann:
19. Mai.2021 um 16.00 Uhr
20. Juni 2021 um 15.00 Uhr

Lesung mit **Dr. Andreas Kossert**
17. Juni um 18.00 Uhr
»Flucht eine Menschheitsgeschichte«
(weitere Informationen)

Alle Veranstaltungen finden statt, sofern es die Coronaschutzauflagen zulassen. Bitte beachten Sie dazu die jeweils aktuellen Ankündigungen auf unserer Homepage

- Öffnungszeiten:
  Dienstag – Sonntag
  10 – 18 Uhr
- Eintritt:
  Eintrittspreis 4,00 €
  ermäßigt 2,50 €
  Familienkarte 7,00 €

Das Westpreußische Landesmuseum wird gefördert durch:

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

LWL Für die Menschen. Für Westfalen-Lippe.

WARENDORF DIE STADT

Trägerin des Museums:
KULTURSTIFTUNG
WESTPREUSSEN

02) Wolfskinder. Ausstellung zum Thema »Verlassen zwischen Ostpreußen und Litauen«.

Haus der Heimat in Stuttgart



»Sofern es überhaupt ein ›Bewältigen‹ der Vergangenheit gibt, besteht es in dem Nacherzählen dessen, was sich ereignet hat; aber auch dies Nacherzählen, das Geschichte formt, löst keine Probleme und beschwichtigt kein Leiden, es bewältigt nichts endgültig, es hilft aber, ›die innere Wahrheit des Geschehens so transparent in die Erscheinung‹ zu bringen, daß man sagen kann: Ja, so ist es gewesen.«

Hannah Arendt

Nach dem mehrjährigen Vernichtungskrieg des nationalsozialistischen Deutschland in Ost- und Mitteleuropa mit allein 25 Millionen sowjetischer Opfer – etwa die Hälfte Zivilisten – stand die Rote Armee 1944 vor Ostpreußen, der östlichsten Provinz des Deutschen Reichs.

Hunderttausende Deutsche flohen, um befürchteter Rache und Vergeltung zu entgehen. Immer wieder gingen Kinder auf der Flucht verloren oder erlebten die Ermordung der eigenen Familie. Andere mussten ohnmächtig mit ansehen, wie ihre Geschwister verhungerten, die Großeltern aus Schwäche starben oder die Mutter einer Epidemie erlag. Auf sich alleine gestellt, versuchten diese Kinder in der freien Natur des Baltikums zu überleben. Gegen Hunger, Kälte und sowjetische Willkür führten sie einen Kampf um Leben und Tod.

Einige fanden Unterschlupf bei litauischen Bauern, die sie heimlich aufnahmen und notdürftig versorgten. Im Gegenzug halfen die Kinder auf den Höfen aus. Eine Schulbildung blieb den meisten verwehrt, ein Großteil kann bis heute weder lesen noch schreiben. In der Regel erhielten die Kinder eine neue Identität und litauische Namen, um ihre Herkunft zu verschleiern. So blieben sie Jahrzehnte hinter dem Eisernen Vorhang zurück ohne dass ihr Schicksal einer größeren Öffentlichkeit bekannt war. Seit dem Fall der Sowjetunion Anfang der neunziger Jahre veränderte sich auch das Leben der Wolfskinder.

Vermisst, verloren, vergessen …



Foto: Reinhard Werner Bundt. © Claudia Heinermann, 2015

Die Wanderausstellung »Wolfskinder – Verlassen zwischen Ostpreußen und Litauen« dokumentiert in nie zuvor gezeigten Bildern und Textzeugnissen den Weg der Wolfskinder bis heute. Die Ausstellung basiert auf einem Oral History Projekt der Fotografin **Claudia Heinermann** und der Journalistin **Sonya Winterberg**. Für diese einzigartige Dokumentation reisten sie über mehrere Jahre nach Litauen, um die dort lebenden Wolfskinder zu besuchen. Mit ihnen sprachen sie über die Erlebnisse der Kindheit, die Flucht und das Leben hinter dem Eisernen Vorhang – ohne Wurzeln und voll der Sehnsucht nach Familie und Verwandten. Ihre bewegenden Schicksale werden so dem Vergessen entrissen und öffnen sich zu einem vielschichtigen Panorama der Zeitgeschichte.

Eröffnung

Donnerstag, 06. Mai 2021
18:00 Uhr
Voraussichtlich online auf der Website des Hauses der Heimat
weitere Informationen

Öffnungszeiten

Montag, Dienstag und Donnerstag
9:00 Uhr bis 15:30 Uhr

Mittwoch
9:00 Uhr bis 18 Uhr
Im August und an gesetzlichen Feiertagen geschlossen

Derzeitige Bedingungen

Bitte informieren Sie sich vor einem Besuch auf der Homepage www.hdhbw.de oder telefonisch 0711/669510 über die aktuell gültigen Zugangsvoraussetzungen und Hygienevorschriften. Der Eintritt ist frei. Die Ausstellungs- und Veranstaltungsräume sind nicht barrierefrei.

Begleitprogramm

Montag, 17. Mai 2021, 18:00 Uhr
Haus der Heimat, Großer Saal
Nur der Himmel blieb derselbe.
Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben
Ein Vortrag von Dr. Christopher Spatz

Der Bremer Historiker und Autor Christopher Spatz recherchierte das Leben der damaligen Waisenkinder und besuchte sie. In Interviews erzählten ihm die zwischen 1930 und 1942 Geborenen, wie sie das Unmögliche schafften und überlebten. Manche landeten in sowjetischen Heimen, andere flohen auf eigene Faust nach Litauen, um ihr Leben zu retten. Was erlebten damals Vier- und Sechsjährige in den Heimen? Wie bewältigten Acht- und Zehnjährige den Weg in ein fremdes Land, ohne Mutter, Zielort und Sprachkenntnisse? Welche Erfahrungen sammelten sie beim Betteln?
Bitte informieren Sie sich rechtzeitig auf www.hdhbw.de*, ob bzw. unter welchen Zugangsvoraussetzungen die Veranstaltung stattfinden kann.*

Dienstag, 29. Juni 2021, 18:30 Uhr
Live-Vortrag und Diskussion **nur online** unter www.hdhbw.de
Die Folgen des Zweiten Weltkriegs für das nördliche Ostpreußen und Litauen
Vortrag von Prof. Dr. Joachim Tauber

Prof. Dr. Joachim Tauber (Nordost-Institut an der Universität Hamburg) erläutert in seinem Vortrag die Übergangszeit vom Kriegsende bis in die 1950er-Jahre. Die Sowjetunion über¬nahm das nördliche Ostpreußen und begann damit, Siedler aus anderen Teilen der Sowjetunion anzusiedeln. In Litauen stand ein Teil der Bevölkerung hinter der kommunistischen Diktatur, ein anderer Teil leistete in verschiedenen Formen Widerstand. Es folgten viele Jahre andauernde Umwälzungen in politischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht.

Das Buch zu Ausstellung

Wolfskinder, Fotos Claudia Heinermann, Texte Sonya Winterberg, Epilog Wolfgang Frhr. v. Stetten
50,00 €, ISBN 978-90-814089-3-6

Ausführliche Informationen zum Projekt:
www.wolfskinder.eu

Die Ausstellung wurde vom Deutschen Kulturforum östliches Europa in Kooperation mit dem Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg erstellt und wird präsentiert vom Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg

Das Kulturforum wird gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

03) Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold

MUSEUM FÜR RUSSLANDDEUTSCHE KULTURGESCHICHTE

Liebe Museumsfreunde!

Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an unserem Veranstaltungsangebot. Leider ist damit zu rechnen, dass wir auch in diesem Jahr immer wieder neu aushandeln müssen, ob und in welcher Weise unsere Veranstaltungen stattfinden können. Bitte besuchen Sie uns regelmäßig auf unserer Homepage www.russlanddeutsche.de, um zu erfahren, in welcher Form die jeweiligen Veranstaltungen durchgeführt werden.

Alles Gute und beste Grüße

Ihr Museumsteam

Georgstraße 24
32756 Detmold
Ruf: 05231-921 6900
museum@russlanddeutsche.de
https://www.russlanddeutsche.de

Kulturreferat:
Ruf: 05231-921 6913
Mobil: 0162-646 2913
e.warkentin@russlanddeutsche.de

04) Einblicke ins Depot des Sudetendeutschen Museums

Im Sudetendeutschen Museum in München sind mehr als tausend Ausstellungsstücke zu sehen. Weniger bekannt ist das Depot des Museums, das rund 40.000 weitere Objekte beherbergt. Im Depot findet ein wesentlicher Teil der musealen Arbeit statt: Hier werden neue Exponate aufgenommen, digital inventarisiert, konservatorisch behandelt und für eine spätere Präsentation - zum Beispiel im Rahmen von Sonderausstellungen - aufbewahrt. Mit diesem Kurzfilm erhalten Sie einen exklusiven Einblick in das Depot des Sudetendeutschen Museums, begleitet von Sammlungsleiter **Klaus Mohr**:

https://www.youtube.com/watch?v=lAM3t3udysM

Übrigens: bis zum 31. Juli 2021 ist der Eintritt ins Museum – nach vorheriger Anmeldung – gratis!

https://www.sudetendeutsche-stiftung.de/sudetendeutschesmuseum/index.html

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 65, 2021

Wien, am 27. Mai 2021

05) Zwei Häuser eines Herrn Kirchen und Synagogen in der Slowakei. Fotoausstellung von Monika und Ľubo Stacho

https://kulturforum.info/de/termine-main-menu/ausstellungen/1023745-zwei-haeuser-eines-herrn

29. 06. bis 07.08.2021

Evang. Reglerkirche Erfurt
Bahnhofstr. 7, 99084 Erfurt

Mit einem Blick machen die zwischen 2008 und 2011 entstandenen Fotografien von Monika und Ľubo Stacho die Diskrepanz zwischen der Möglichkeit aktiv gelebten Glaubens und ihrer Zerstörung deutlich. Die Form des Diptychons lässt die Motive unmittelbar miteinander ins Gespräch treten. Sie repräsentieren zwei Seiten eines Glaubens an einen gemeinsamen Gott: Auf der einen Seite die christliche, die – wenn auch zur Zeit des Sozialismus eingeschränkt – ihren Gläubigen meist ungebrochen ein repräsentatives Haus bieten durfte. Auf der anderen Seite die jüdische: vernichtet, untergegangen, die Gotteshäuser zweckentfremdet und missbraucht.

Diese Diptychen funktionieren im ursprünglichen Sinne des Wortes als Andachtsbilder, als Anstoß zum Nachdenken darüber, welchen Verlust die geistige Kultur Europas durch die Schoa erlitten hat. Sie sind eine Mahnung zur Anerkennung und Vergegenwärtigung der Gemeinsamkeiten – des Glaubens an einen Gott –, der die drei Weltreligionen Judentum, Christentum und Islam vereint. Die Ausstellung zeigt zugleich die historische Vielfältigkeit des früher dreisprachig slowakisch-ungarischdeutsch geprägten Landes. Sie spiegelt sich in den zahlreichen UNESCO-Welterbestätten der Region. Diese Kulturzeugnisse sollten für kommende Generationen bewahrt und wiederbelebt werden.



Das Fotografenpaar Ľubo und Monika Stacho. *Foto: privat*

Monika und Ľubo Stacho arbeiten in den Bereichen der künstlerischen Fotografie und des Dokumentarfilms. In ihren Werken thematisieren sie oft die multikulturelle und besonders jüdische Geschichte der Slowakei. Ľubo Stacho, geb. 1953, gründete 1990 die Studienrichtung »Fotografie« an der Akademie der bildenden Künste in Bratislava. Er erhielt mehrere internationale Preise und Auszeichnungen und wirkte als Gastprofessor an Universitäten in Belgien, den Niederlanden und Großbritannien. Einzelausstellungen wurden u. a. in Pittsburgh, Wien, Tel Aviv, Tokio und Berlin gezeigt. Seine Fotos sind weltweit in vielen Sammlungen zu finden. Monika Stacho, geb. 1977, unterrichtet Fotografie an der Fakultät für Architektur der Slowakischen Technischen Universität in Bratislava.

»Aus der Befürchtung heraus, dass wir den Glauben unserer älteren jüdischen Brüder zerstört haben und dass auch unser Glaube bedroht wird, habe ich dieses Projekt realisiert. In diesem Projekt geht es um unsere Vergangenheit, aber auch um unsere Zukunft.«
Ľubo Stacho

Öffnungszeiten

Montag bis Samstag
10:00 Uhr bis 13:00 Uhr
17:00 Uhr bis 19:00 Uhr
sowie nach den Gottesdiensten

Eine Ausstellung des Deutschen Kulturforums östliches Europa in Zusammenarbeit mit dem Honorarkonsulat der Slowakischen Republik in Leipzig im Rahmen der Kulturtage der Slowakei in Deutschland von Juni bis September 2021, den Augustinern in Erfurt, dem Bistum Erfurt und dem Katholischen Forum im Land Thüringen
Unterstützt von **u.** – slovak arts council | Fond na podporu umenia, der Evangelischen Reglermeinde Erfurt und der Kulturreferentin für den Donauraum am Donauschwäbischen Zentralmuseum Ulm

Unter der Schirmherrschaft des Thüringer Ministers für Kultur, Bundes und Europaangelegenheiten und Beauftragten für jüdisches Leben in Thüringen und die Bekämpfung des Antisemitismus

Das Deutsche Kulturforum östliches Europa wird gefördert durch: Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

E. a) Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt Seiten 529 - 531

A. Besprechungen

Wir lesen!

B. Besprechungen in Arbeit

01) Alexander-Kenneth Nagel: Corona und andere Weltuntergänge. Apokalyptische Krisenhermeneutik in der modernen Gesellschaft.
(Bielefeld) [transcript] (2021). 209 Seiten.
= Kulturen der Gesellschaft.48.
Print-ISBN 978-3-8376-5595-7. € 30,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5595-1.
Rezensent: Dr. Gerd Klöwer, Berlin

02) Svenja Kück: Heimat und Migration. Ein transdisziplinärer Ansatz anhand biographischer Interviews mit geflüchteten Menschen in Deutschland.
(3 Abb., 2 Tab.). (Bielefeld) transcript (2021). 293 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5511-7 (Print), 978-3-8394-5511-1 (pdf). € 48,00.
Rezensentin: Frau Dr. Maria Werthan, Langerwehe

03) Breslau – Freizeit und Konsum. (zahlreiche historische und aktuelle Abb. im Text, Abb. auf den Klapp-Umschlagseiten). Hg. von Heinke Kalinke, Tobias Weger, Łukasz Bieniasz
(Berlin/Boston) de Gruyter (2021). 313 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 81.
ISBN 978-3-11-070298-9. € 49,95.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

04) Arne Frank unter Mitarbeit von Katrin Schulz: Das schlesische Elysium. Burgen, Schlösser, Herrenhäuser und Parks im Hirschberger Tal. (mit zahlreichen mehrfarbigen und SW-Abbildungen im Text, 2 mehrfarbigen Karten auf den Innenseiten).
Fünfte, überarbeitetete und erweiterte Auflage.
(Potsdam) Deutsches Kulturforum östliches Europa (2021). 307 Seiten.
ISBN 978-3-9361168-90-7. € 19,80.
Rezensent: Peter Börner, Siegburg

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen

01) Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?

02) Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text). (Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.

03) Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975). (Düsseldorf) Droste Verlag 2020. 671 Seiten.
= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 182. ISBN 978-3-7700-5349-0. € 68,00.

04) Handbuch Landesgeschichte. (43 Abb., darunter einige mehrfarbige Abb.). Hrsg. von Werner Freitag, Michael Kißener, Christine Reinle und Sabine Ullmann.
(Berlin) De Gruyter Oldenbourg. (2018). XII, 706 Seiten. = de Gruyter Reference.
Gebunden ISBN 978-3-11-035411-9. € 99,95.

05) Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung. (zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.

06) Das Museum der Zukunft. 43 neue Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums. Hrsg. von schnittpunkt und Joachim Baur. (mit mehrfarb. und SW-Abb.). (Bielefeld) transcript (2020).
313 Seiten. ISBN 978-3-8376-5270-3. € 29,00.

07) Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen).
(Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.

08) Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makała. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020).
400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.

09) Christofer Herrmann / Kazimierz Pospieszny / Ernst Gierlich (Hrsg.): Spiegel der Fürstenmacht. Residenzbauten in Ostmitteleuropa im Spätmittelalter – Typen, Strukturen, Ausschmückung. (zahlreiche Farbfotos, zahlreiche mehrfarbige und einfarbige Abb.). (Bonn) Kulturstiftung der Vertriebenen (1921). 289 Seiten.
ISBN 978-3-88557-243.5. € 24,90.

10) Hans-Jürgen Kämpfert: Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel. Einrichtungen und Persönlichkeiten. (zahlreiche Abb., Stadtplan Danzigs von 1822 auf den Umschlaginnenseiten vorn, Landkarte Westpreußen auf den Umschlaginnenseiten hinten).
Münster / Westfalen: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2020. XI, 396 Seiten.
= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 42.
ISBN 978-3-924238-58-2. € 40,00.

11) Christhardt Henschel (Hg.): Ostpreußens Kriegsbeute. Der Regierungsbezirk Zichenau 1939 – 1945. (19 SW-Abbildungen im Text). (Osnabrück) fibre (2021). 416 Seiten.
= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau.42.
ISBN 978-3-944870-75-5. € 58,00.

12) Arno Mentzel-Reuters und Stefan Samerski (Hg.). Castrum sanctae Mariae: Die Marienburg als Burg, Residenz und Museum. (mit 102 Abb.).
Göttingen: V & R Unipress 2019. 505 Seiten.
= Vestigia Prussica. Forschungen zur Ost- und Westpreußischen Landesgeschichte. Band 1. ISBN 978-3-8471-0883-2. € 59.99.

13) Naturpark Barnim von Berlin bis zur Schorfheide. Eine landeskundliche Bestandsaufnahme. Hg. von Peter Gärtner, Lisa Merkel, Haik Thomas Porada (mit 181 zumeist mehr-farbigen Abb. im Text; 1 Übersichtskarte-Suchpunkte und 1 Tafel mit 4 mehrfarbigen Abb. in Tasche).
Wien, Köln, Weimar. Böhlau Verlag (2020). 496 Seiten.
= Landschaften in Deutschland. Band 80 (herausgegeben im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde und der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig). ISBN 978-3-412-51378-8. € 30,00.

14) Peter Bahl: Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945. (Berlin) Berliner Wissenschaftsverlag (2020). XVII, 1.718 Seiten.
= Bibliothek der brandenburgischen und preußischen Geschichte. Im Auftrag des Brandenburgischen Hauptarchivs und der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Mario Glauert und Michael Wildt. Band 17.
ISBN Print 978-3-8305-5016-7. € 125,00.
ISBN E-Book 978-3-8305-4186-8. Freier Zugang. € 0,00.

15) Reinhard Olt: Im Karpatenbogen. Ungarn und die Diaspora der Magyaren – Reportagen und Analysen. (mit mehrfarbigen Fotos). Budapest: Freunde von Ungarn Stiftung 2020. 232 Seiten. ISBN 978-615-81674-0-6. € 179,10.

Briefe und Leserbriefe — *Seiten 532 - 534*

Lesen und schreiben!



01) Einbahnstraße Borstellstraße – eine Fehlentscheidung.
Brief an die Straßenverkehrsamt von Berlin Steglitz-Zehlendorf



Verkehrszeichen Richtzeichen...

§ 42 Richtzeichen:
Richtzeichen geben besondere Hinweise zur Erleichterung des Verkehrs. Sie können auch AnordnunSehr geehrte Damen und Herren,

tiefbauamt@ba-sz.berlin.de

Ccc: bzbm@ba-sz.berlin.de

Bcc: agom.westpreussen.berlin@gmail.com

13.04.2021, 10:40 Uhr

wegen einer Baustelle ist seit einigen Wochen u.a. der Abschnitt der Borstellstraße zwischen Brandenburgischer Straße und Albrechtstraße zur Einbahnstraße umgewidmet worden. Ich halte das nach meinen Beobachtungen nicht für klug!

Es ist ein verhältnismäßig kurzer Straßenabschnitt von etwa 20 Metern. Nach meinen Beobachtungen ignorieren nicht nur große Lastfahrzeuge diese Regelung und fahren von der Brandenburgischen Straße in Richtung Albrechtstraße der Einbahnstraße-Regelung entgegen. Den großen Lastfahrzeugen ist das auch nicht zu verdenken, denn andernfalls müssten sie sich im Zuge der Borstellstraße durch die mit Autos enggestellten Straßen quälen, sofern sie überhaupt von der Brandenburgischen Straße her nach rechts in die Borstellstraße Richtung Stephanstraße (auch eine Einbahnstraße zwischen Albrechtstraße und Borstellstraße) einbiegen können: es ist dort aufgrund einer Baustellenabsperrung sehr eng.

Aber nicht nur Laster-, sondern auch PKW-Fahrer ignorieren die o.g. Einbahnstraßenregelung.

Ich halte es daher für sinnvoller, wenn statt der Beschilderung als „Einbahnstraße“ Richtzeichen nach § 42 der Straßenverkehrsordnung aufgestellt werden: so weit mir bekannt roter bzw. weißer Pfeil auf blauem Grund (waren die früher nicht anders gestaltet?).

Ich freue mich auf die Umsetzung meines Vorschlags und Ihre Eingangsbestätigung zu meinem Vorschlag, den Sie bitte an die zuständige Stelle weitergeben.

Mit freundlichen Grüßen
Reinhard M. W. Hanke,
Vorsitzender der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin

c/o Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin
Brandenburgische Straße 24 Steglitz
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage
www.westpreussen-berlin.de
www.ostmitteleuropa.de

19.04.2021

Sehr geehrte Damen und Herren vom Tiefbauamt usw.,

zu meinem bislang unbeantworteten Schreiben vom 13. April 2021 ergänze ich:
nach meinen Beobachtungen wird auch die Einbahnstraßen-Ausschilderung der Borstellstraße zwischen Brandenburgische Straße und Stephanstraße nicht nur von LKW-Fahrern, sondern auch von PKW-Fahrern ignoriert. Sie Sollten handeln.

In Erwartung Ihrer freundlichen Antwort verbleibe ich mit freundlichen Grüßen
Reinhard M. W. Hanke

Anmerkung von Reinhard M. W. Hanke am 02.06.2021:
Das Tiefbauamt hat am 19.04.2021 meinen Brief zuständigkeitshalber an die Straßenverkehrsamt des Bezirks weitergeleitet.
Eine Antwort ist bis heute – 17. Juni 2021 - ausgeblieben….



Borstellstraße, Blick Richtung Albrechtstraße von Ecke Brandenburgische Straße



Vom selben Standort: Borstellstraße Richtung Stephanstraße. *Aufnahmen (2): Reinhard M.W. Hanke*

IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.
Öffnungszeit: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.
<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>





Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglit
Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!





P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png *https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png*

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

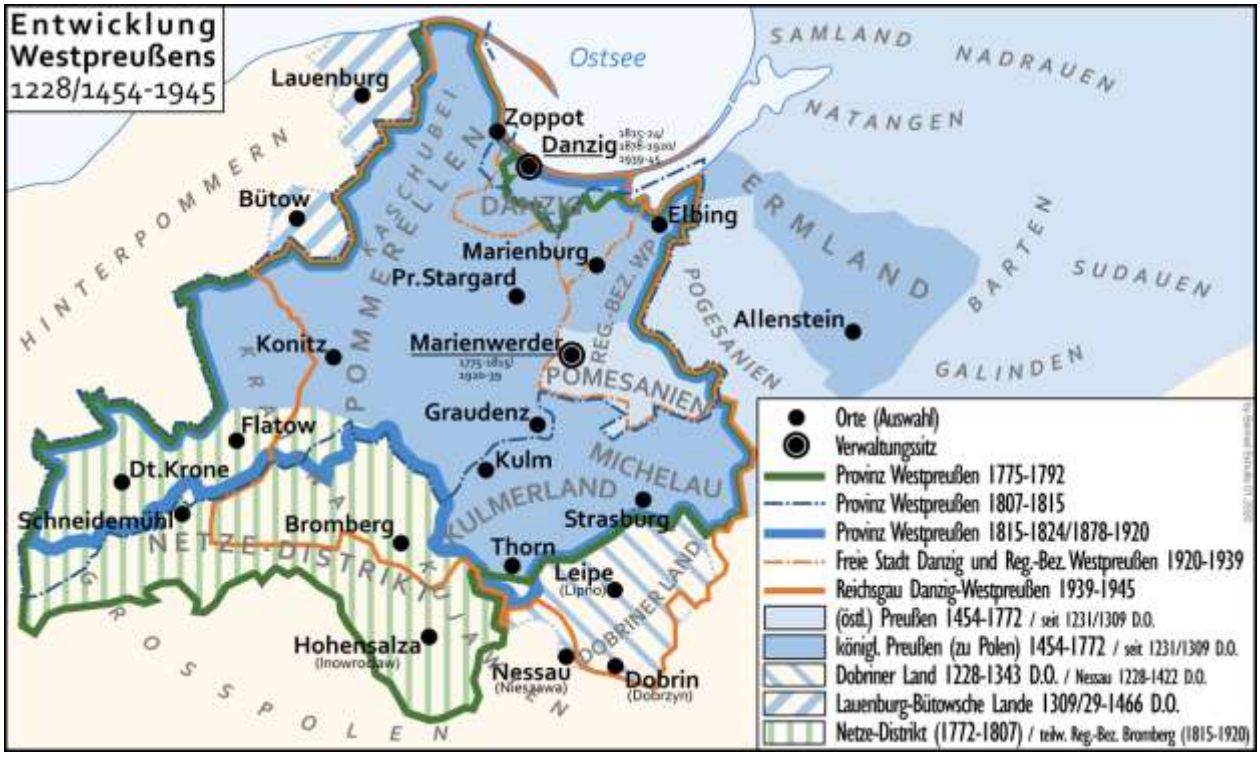
Quelle: WIKIPEDIA „Ostmtteieuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr: https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa *https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa*

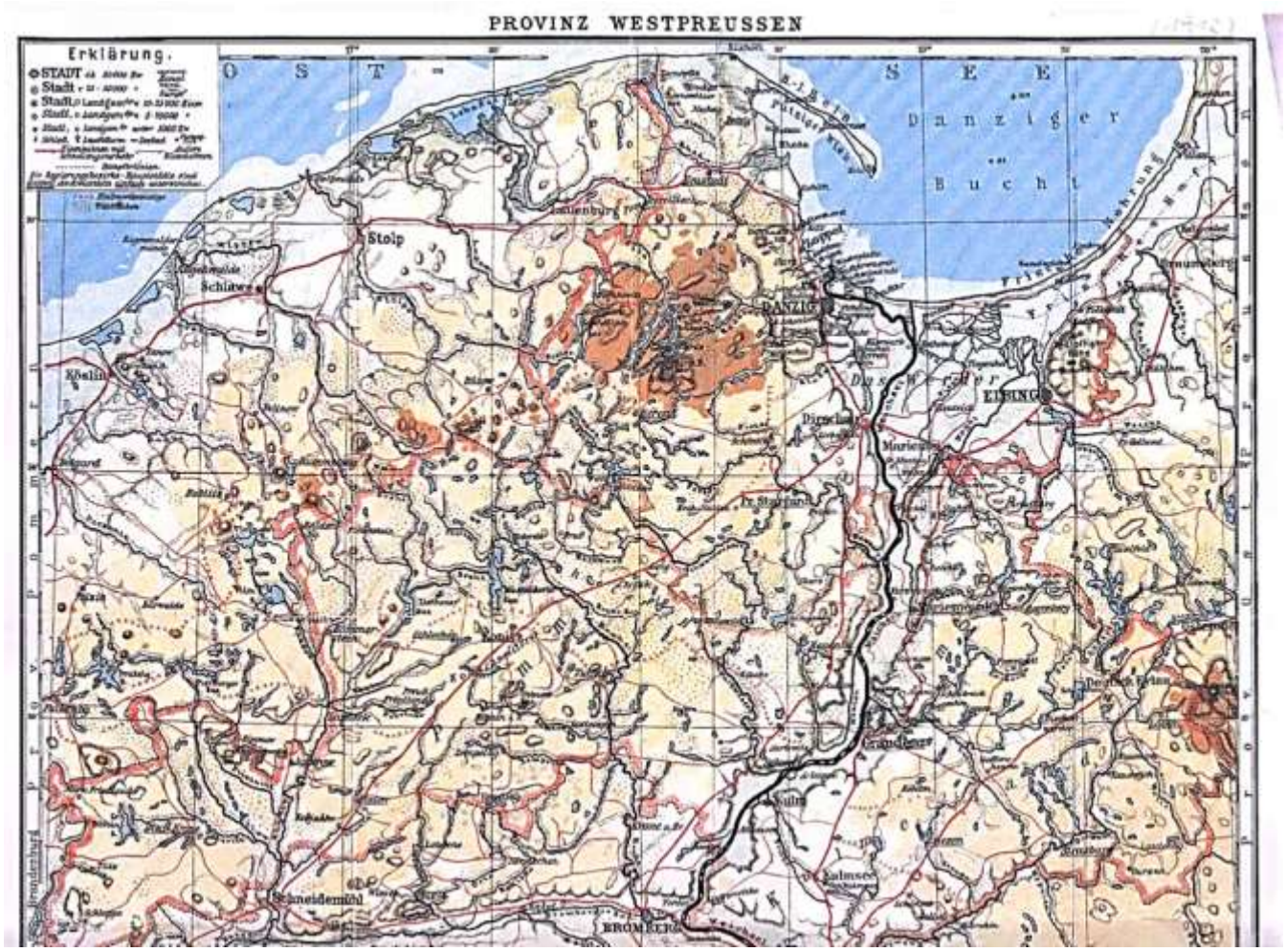


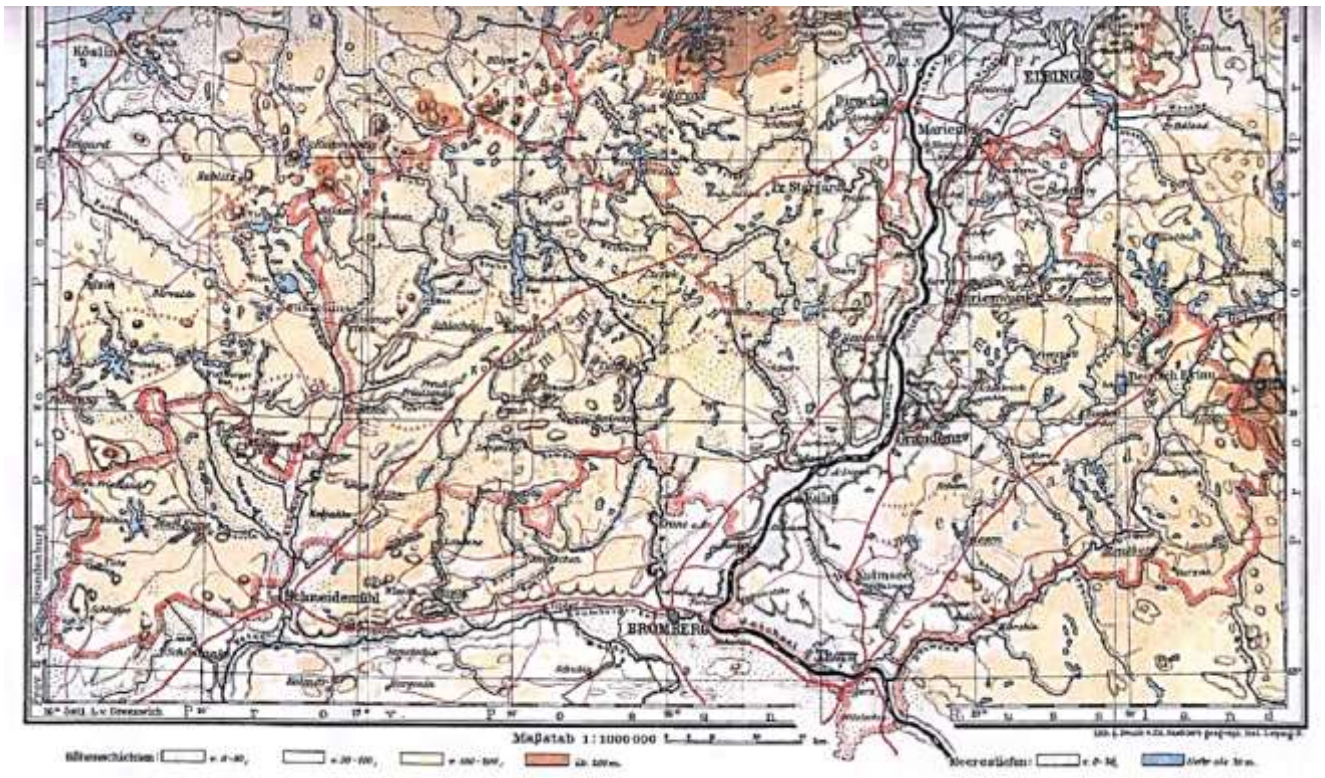
Hellgrau: Herzoglich Preußen. Farbig: Königlich Preußen mit seinen Woiwodschaften als Teil Polen-Litauens.

Beide Karten dieser Seite aus: WIKIPEDIA, aufgerufen am 04.03.2021, 09:50 Uhr: ***https://de.wikipedia.org/wiki/Westpreu%C3%9Fen#/media/Datei:Entwicklung%CC%A0Westpreussen.png***

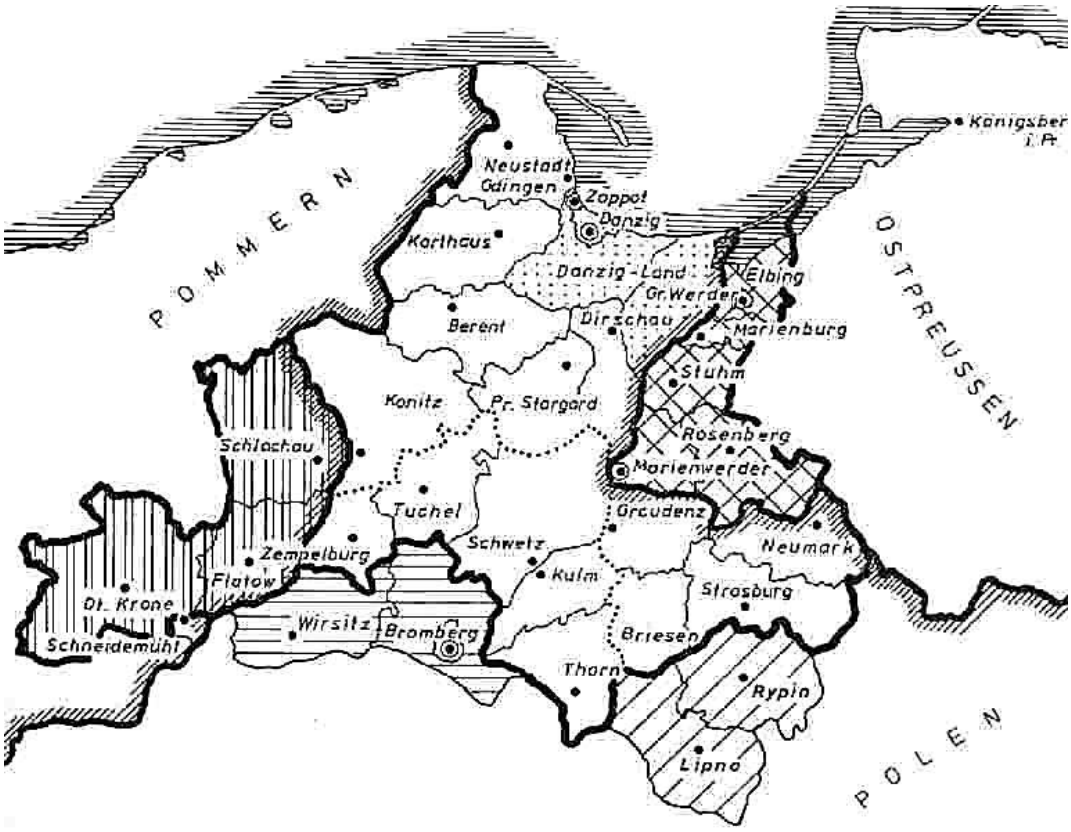


Entwicklung Westpreußens 1228/1454–1945.


PROVINZ WESTPREUSSEN
Erklärung.
O S T
S E E
Danziger
Bucht
Stolp
Schlawe
Köslin
DANZIG
ELBING
Marienburg
Graudenz
Culm
Schneidemühl
BROMBERG


Köslin
ELBING
Marienburg
Graudenz
Culm
Schneidemühl
BROMBERG
Maßstab 1:1000000





Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920